

**OSTEUROPA IN TRADITION
UND WANDEL
LEIPZIGER JAHRBÜCHER**



ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2001

**OSTEUROPA IN TRADITION
UND WANDEL
LEIPZIGER JAHRBÜCHER**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2001

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL LEIPZIGER JAHRBÜCHER

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
und der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V. Leipzig
herausgegeben von
Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Band 3(2)

ISBN 3-89819-094-3

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2001
Harkortstr. 10
D-04107 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.

Redaktion und Satz: Olaf Kirchner
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

	Editorial: Ernstgert Kalbe zum 70. Geburtstag	5
I	Aufsätze und Studien	9
	Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen	9
	Wolfgang Geier: Auf der Suche nach Identität. Der Eurasismus in den zwanziger Jahren	37
	Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko über die russische Revolution	53
	Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin	79
	Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage: programmatische Standortbestimmung	105
	Dieter Segert: Grundlagen und Grenzen des Interesses an Demokratie in Osteuropa	129
II	Berichte und Dokumentationen	151
	Volker Hölzer: Georg Sackes erste Haft 1934/1935 und ihre brieflichen Reflexionen	151
	Willi Beitz: Ein Zeitdokument mit verborgener Tragik	171
	Dokument: Andrej Platonow: Auf der Suche nach der Zukunft (Reise zur Papierfabrik von Kamenka)....	179

Erwin Lewin: Eine Originalquelle zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KP Albanien	193
Dokument: Koço Tashko: Bericht an die Komintern	219
III Kritik und Information	251
Horst Schützler: Die nationale Problematik in der Sowjetunion – in der postsowjetischen Geschichtsschreibung Rußlands	251
Dietmar Endler: Zwischen Apologie und Kritik. Kiril Christow und Deutschland	285
Hilmar Walter: Dositej Obradović und Johann Christoph Adelung	307
Helmut Meier: Ost- und Südosteuropa in den Mitteleuropa-Plänen von Constantin Frantz	317
Ernstgert Kalbe: Betrachtungen zur Balkandiplomatie gestern und heute. Zu Walter Markovs »Grundzügen der Balkandiplomatie« und Hannes Hofbauers »Balkankrieg«	329
Ernstgert Kalbe: Auswahlbibliographie	355
Geplante Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa« für das Jahr 2002	365
Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen	367
Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie zu Osteuropa-Themen	371
Zu den Autoren dieses Bandes	375

Editorial: Ernstgert Kalbe zum 70. Geburtstag

Vor zehn Jahren wurde von der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V. Leipzig das erste Heft einer neuen wissenschaftlichen Zeitschrift *Kulturosoziologie. Aspekt – Analysen – Argumente* herausgegeben. Seit 1995 erscheint sie in Halbjahresbänden, inzwischen im zehnten Jahrgang.

In diesem Zusammenhang entstanden Vorstellungen über die Gründung eines Gesprächskreises zur Geschichte, zur Vergangenheit und Gegenwart Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas sowie möglichen Veröffentlichungen der Ergebnisse seiner künftigen Veranstaltungen. Im Jahre 1992 wurden der *Leipziger Arbeitskreis Osteuropa*, 1994 die Reihe *Osteuropa in Tradition und Wandel* gegründet. In enger Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Leipzig und zugleich als dessen Gremium führte der Arbeitskreis seither annähernd neunzig Kolloquia durch. Die zunächst in fünf Einzelheften herausgegebene Reihe erscheint inzwischen unter dem Titel *Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher* in Jahres- bzw. Halbjahresbänden; der vorliegende ist der vierte, der fünfte und sechste Band sind in Vorbereitung.

Die Vortragenden und Teilnehmer der Kolloquia wie die Autoren der Periodika sind vorwiegend Wissenschaftler aus Leipzig, Berlin, Jena, Dresden und anderen ost- beziehungsweise westdeutschen Städten, besonders solche, die seit Jahrzehnten in Disziplinen und über Themen verschiedener ost-, ostmittel- und südosteuropäischer Forschungs- und Lehrbereiche arbeiten: Historiker, Sprach-, Literatur-, Kultur- und Politikwissenschaftler, Ökonomen und Soziologen, weitere Spezialisten. Fast alle aus der DDR, dem heutigen Osten Deutschlands stammenden Autoren waren bis 1990/1991 oder länger dort an Universitäten und Hochschulen tätig; für die meisten endete ihre akademische Laufbahn mit der Abwicklung und Entlassung.

Alle jedoch haben in den beiden genannten Vereinen, ihren Veranstaltungen und Veröffentlichungsmöglichkeiten neue, anregende und umfangreiche wissenschaftliche Tätigkeitsfelder gefunden. Wesentliche Inhalte der Veranstaltungen wie Veröffentlichungen sind unter anderem: Ursachen, Verläufe, Folgen der um 1989/1991 in Ost-, Ostmittel- und

Südosteuropa stattfindenden politischen und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammen- und Umbrüche; Nationsbildungs- und Transformationsprozesse; vergleichende kulturhistorische Analysen zur Vergangenheit und Gegenwart der genannten Regionen, ihrer Völker und Länder; spezielle sprach- und literatur-, politik- und wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen. Aus den Kompetenzen und wissenschaftlichen Interessen der Beteiligten ergeben sich bestimmte thematische Schwerpunkte: allgemeine Gegenstände wie besondere Zeiträume und Bereiche der rußländischen, polnischen, tschechoslowakischen, jugoslawischen, ungarischen, bulgarischen und albanischen Geschichte, Forschungen zur russischen, polnischen und bulgarischen Literatur, zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa, zu Ostkirchen und Ostjudentum sowie andere Themen.

Die in den Periodika *Osteuropa in Tradition und Wandel*, *Leipziger Jahrbücher* und *Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente* enthaltenen Programme der Kolloquia sowie vor allem die veröffentlichten Beiträge selbst vermitteln ein umfassendes Bild der Breite und Vielfalt dieser wissenschaftlichen Tätigkeiten. Einen weiteren Ausschnitt bietet der vorliegende Band. Er hat kein übergreifendes Thema, sondern ist gewissermaßen ein bunter Strauß von Beiträgen, die aus einem besonderen Grunde hier zusammengefaßt wurden.

Die genannten Kolloquia und Periodika sind ganz wesentlich das Ergebnis der beispielhaften Wirksamkeit von Ernstgert Kalbe. Er vollendet am 27. September 2001 sein 70. Lebensjahr.

Nach dem Studium der Geschichte und Bulgaristik an der Leipziger Universität war er hier von 1955 bis 1991 als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Hochschullehrer, seit 1972 als ordentlicher Professor und Leiter des Lehrstuhls und Wissenschaftsbereiches für Geschichte der Länder und Völker Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas tätig. Der hervorragende Gelehrte Walter Markov war sein akademischer Lehrer. Bis 1990 gehörte Kalbe dem DDR-Nationalkomitee für Balkanistik der AIESEE bei der UNESCO, den Historikerkommissionen DDR-VRB und DDR-UdSSR, dem Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Revolutionsforschung in Leipzig und weiteren wissenschaftlichen Gremien an. Die Auswahl des Schriftenverzeichnisses am Ende des vorliegenden Bandes zeugt von einer umfangreichen Publikationstätigkeit.

Im September 1991 wurde seine akademische Tätigkeit durch die sogenannte Abwicklung beendet. Im Dezember begann für ihn eine neue Wirksamkeit als Projektleiter für ost-, ostmittel- und südosteuropäische

Studien in der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Leipzig und in der Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Leipzig. Daraus entstanden die genannten Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Seit Mai 2000 ist er gewähltes Mitglied der Leibniz-Sozietät e. V. Berlin, die in der Kontinuität der vor 300 Jahren von Gottfried Wilhelm Leibniz gegründeten Gelehrten-gesellschaft steht.

Ernstgert Kalbe ist ein außerordentlich kenntnisreicher und erfahrener Ost- und Südosteuropa-Historiker; er war ein höchst engagierter und konsequenter Hochschullehrer. Dutzende Diplomanden und Doktoranden hat er betreut und zum erfolgreichen Abschluß geführt.

Seine weltschaulichen Überzeugungen und politischen Haltungen hat er weder verleugnet noch verkleidet. Vielmehr bewies und beweist er beispielhaft das Vermögen zur kritischen Beurteilung des eigenen Weges. In seiner in den Sitzungsberichten (38/2000/3) veröffentlichten Antrittsansprache als Mitglied der Leibniz-Sozietät etwa äußert er dies überzeugend. Seine wissenschaftlichen Fähigkeiten und Leistungen, seine intellektuelle Glaubwürdigkeit und moralische Lauterkeit finden weithin Achtung und Anerkennung. Die Vortragenden und Teilnehmer der Kolloquia, die Autoren der Periodika und insbesondere auch des vorliegenden Bandes wünschen Ernstgert Kalbe weitere Jahre erfüllter wissenschaftlicher Tätigkeit und freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihm.

Am 12. und 13. Oktober 2001 veranstalten die beiden Vereine beziehungsweise die Herausgeber der genannten Halbjahresbände in Leipzig eine weitere Arbeitstagung zu Ergebnissen ihrer Forschungen über nationale Formierungs- und soziale Transformationsprozesse in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa.

Diese Veranstaltung ist – wie die vorliegende Veröffentlichung auch – dem Geburtstag Ernstgert Kalbes gewidmet.

Wolfgang Geier

Aufsätze und Studien

JÖRG ROESLER

Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen. Wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel in der Sowjetunion/Rußland 1985–2000

1. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PARADIGMENWECHSEL IM 20. JAHRHUNDERT UND DIE STELLUNG DER SOWJETUNION (RUSSLANDS) IN DIESEM PROZESS

Blickt der Wirtschaftshistoriker zurück auf das vergangene Jahrhundert, so fällt ihm auf, daß über Jahrzehnte der Einfluß von Staat und Markt auf die Regulierung der Wirtschaft von Land zu Land höchst unterschiedlich ausgeprägt war und das Verhältnis von Staatsintervention und Marktregulierung auch innerhalb eines Staatsgebietes wiederholt wechselte. Im Bewußtsein des in der Konfrontation der Systeme aufgewachsenen Beobachters sind in diesem Zusammenhang vor allem das Gegeneinanderstehen von plan- und marktwirtschaftlicher Regulierung bzw. zeitlichem Wechsel zwischen Plan- und Marktwirtschaft innerhalb eines Staatsgebietes, wie ihn vor allem Ostmittel- und Osteuropa zweimal im 20. Jahrhundert erlebten, im Gedächtnis. Weit weniger geistig verarbeitet ist die Tatsache, daß sich auch innerhalb der Marktwirtschaften westlicher Prägung im Verlauf des 20. Jahrhunderts paradigmatische Wechsel, die Rolle des Staates in der Wirtschaft betreffend, vollzogen. Was mit Blickrichtung auf denjenigen Wirtschaftstheoretiker, der die starke Rolle des Staates innerhalb der Marktwirtschaften wissenschaftlich begründete, auch als »Keynesianische Revolution« bezeichnet wurde, war gegenüber der vorangegangenen »Laissez-faire« Periode, in der dem Staat lediglich die Nachwächterrolle in Wirtschaft und Gesellschaft zugeschrieben wurde, tatsächlich ein Paradigmenwechsel. Der bekannteste Wechsel dieser Art war zweifellos das New Deal in den USA, das nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten westeuropäischen Staaten

Nachahmer fand. Als »Thachterian Revolution« wurde, zumindest von seinen begeisterten Anhängern, der Paradigmenwechsel in der britischen Wirtschaftspolitik bezeichnet, der in den achtziger Jahren weg von der Staatsintervention und hin zur Selbstregulierung der Wirtschaft führte.

Vergleichbare paradigmatische Wechsel in der Wirtschaftsführung waren im 20. Jahrhundert auch bei Planwirtschaften zu beobachten. Zwar wurde eher von Reformen als von Revolution gesprochen, wenn der Staat bedeutende Teile seiner Interventionsmacht zugunsten einer »gewissen Selbstregulierung« der Wirtschaft aufgab, doch waren auch hier die Auswirkungen bedeutender, als dies der vor allem durch die Plan-Markt-Dichotomie eingeengte Blick des Beobachters wahrhaben wollte bzw. will: Derartige Paradigmenwechsel gelangen für relativ kurze Zeit, für weniger als ein Jahrzehnt, in der DDR und über mehrere Jahrzehnte in Ungarn und Jugoslawien. Die Ende der 1970er Jahre in China und Anfang der 1980er Jahre in Vietnam eingeleiteten Wirtschaftsreformen bestimmen bis heute die Wirtschaftspolitik dieser Staaten.

Es gibt wohl auf der Erde kein Land von einiger wirtschaftlicher Bedeutung, das hinsichtlich des Verhältnisses von Staatsregulierung und Marktregulierung durch das gesamte 20. Jahrhundert hinweg eine stabile Entwicklung auswies, mit anderen Worten: nicht wenigstens einmal einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel vollzogen hat bzw. vollziehen mußte. Und es gibt wohl kein Land von einiger wirtschaftlicher Bedeutung, das innerhalb der vergleichsweise kurzen Zeit von anderthalb Jahrzehnten derartige Paradigmenwechsel so häufig – insgesamt viermal – vollzog wie die Sowjetunion bzw. Rußland zwischen 1985 und dem Jahre 2000.

Es ist für den Wirtschaftshistoriker eine reizvolle Aufgabe, das wohl radikalste wirtschaftliche »Regulationsexperiment« des vorigen Jahrhunderts zu analysieren und in Entwicklungen, die von Zeitgenossen oft als nichts anderes als chaotisch charakterisiert wurden, Ordnung und damit bis zu einem gewissen Grade auch Erklärung zu bringen. Der Versuch soll im folgenden unternommen werden.

Zuvor ist allerdings noch eine Bemerkung darüber zu machen, warum in diesem Beitrag – in wirtschaftshistorischen Analysen durchaus selten – die zu analysierenden Prozesse ganz explizit mit den Namen der Persönlichkeiten verbunden wurden, die im Untersuchungszeitraum an der Spitze des Staates standen, zumal keiner von ihnen (zuvor) in engem Sinne als Wirtschaftspolitiker tätig gewesen war. Wenn hier von Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen gesprochen wird, dann hat

das vor allem damit zu tun, daß ihre Art und Weise des Regierens den Wirtschaftsreformen ein deutliches Gepräge gegeben hat, da entsprechend russisch-sowjetischer Tradition dem Staate und in diesem wiederum ihrem ersten Manne eine überragende Rolle zukam. Wie die politischen Führer sich, wie sie den Staat einsetzten, hatte auf das Geschick des Landes bedeutenden Einfluß, auch auf dessen Wirtschaft. Der langdienende sowjetische Technokrat Falin hielt es für »die eigentliche Tragödie dieser Nation«, daß »wir in Wahrheit ein Ein-Mann-System hatten: Erst Stalin, dann Chruschtschow, dann Breshnew [...], dann Andropow, Tschernenko und am Ende ... Gorbatschow. Alles war auf diese eine Spitzenperson zugeschnitten.«¹ Diese Tradition hat sich in den neunziger Jahren unter Jelzin und Putin fortgesetzt.

2. GORBATSCHOWS REFORMPROGRAMM ZUR BESCHLEUNIGUNG DES WACHSTUMS DER SOWJETISCHEN WIRTSCHAFT (1985–1986)

Einer der Gorbatschow-Biographen, Kernig, hat behauptet, daß das, was Gorbatschow im März 1985, als er Generalsekretär der KPdSU wurde, übernahm, »wirtschaftlich einem Trümmerhaufen gleich kam«.² Eine derartige Einschätzung mag zwar aus der Sicht der wirtschaftlichen Katastrophensituation der neunziger Jahre verständlich sein, sie entspricht aber nicht den Tatsachen. Wenn es auch in der Kremlführung genug Vertreter gab, die die Sowjetunion für Wirtschaftsreformen reif und überreif hielten, und wenn zwei von ihnen, Suslow und Andropow, auch den von ihnen als tüchtig erkannten Nachwuchspolitiker Gorbatschow mit Blick auf derartige Reformen bis an die Spitze der Partei beförderten, so war Gorbatschows Ernennung keineswegs der Versuch, aus einer akuten Wirtschaftskrise herauszukommen. Was einige im Politbüro und viele in der Gesellschaft beunruhigte, waren die seit Beginn der siebziger Jahre nachlassenden Wachstumsraten der sowjetischen Wirtschaft. Die offiziellen sowjetischen Statistiken wiesen für den Fünfjahrplanzeitraum 1966–1970 noch ein durchschnittliches jährliches Wachstum des Natio-

1 Ich habe keine Angst mehr. Interview Valentin Falin. In: »Der Tagesspiegel«. Berlin vom 11. März 2001.

2 Walter Adam: Moskaus Irrwege. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 11. April 2001.

naleinkommens von 7,8% aus. Dieser Zuwachs hatte sich 1971–1975 auf 5,7% verringert und war 1976–1980 weiter auf 4,3% abgesunken. Die ersten achtziger Jahre brachten ein weiteres Absinken der Zuwachsraten, die 1981–1985 dann im Jahresdurchschnitt 3,6% betragen sollten. Dieses Phänomen, das ungeachtet der durch zwei Erdölpreisexplosionen (1973 und 1978) um ein Vielfaches gestiegenen sowjetischen Exporterlöse zu verzeichnen war, und – bezogen auf die Wirtschaft eigentlich zu Unrecht – als Stagnation bezeichnet wurde, beunruhigte Politbüro und Öffentlichkeit. Gorbatschow wurde gewählt, um der »Stagnation« auf wirtschaftlichem Gebiet ein Ende zu setzen.

Es war nicht allzu schwer, als Ursachen des zurückgehenden Wirtschaftswachstums bürokratische Arbeits- und Leitungsmethoden der Wirtschaftsadministration, Ressourcenverschwendung, Innovationsträgheit, Qualitätsmängel und unzureichende Arbeitsdisziplin auszumachen. Diese Mängel waren in der sowjetischen Wirtschaft keine neue Erscheinung. Kossygin hatte sie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, als er unter Breschnew Ministerpräsident war, mit einer Reihe von Reformmaßnahmen bekämpft und durchaus Erfolge verzeichnen können. Das durchschnittliche jährliche Wachstum des Nationaleinkommens war von 6,5% 1961–1965 auf 7,8% 1966–1970 gestiegen.³

Als Gorbatschow im Dezember 1984 – sein schwerkranker Vorgänger Tschernenko war noch im Amt – seine Reformvorstellungen auf einer Ideologiekonferenz der KPdSU vorstellte und Wege zur »Uskorenie«, d. h. zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte, entsprach er vollständig dem, was diejenigen, die Veränderungen wollten, von ihm erwarteten. »Die Notwendigkeit, die sozialökonomische Entwicklung zu beschleunigen, ist eine dringende und unaufschiebbare Aufgabe«, erklärte Gorbatschow. Denn es sei »ein spürbares Zurückbleiben in der Entwicklung der Wirtschaft zu verzeichnen«.⁴ Die Ziele für den Fünfjahrplan 1986–1990, im Februar 1986 auf dem 27. Parteitag der KPdSU beschlossen, sahen dann auch eine Bescheinigung des wirtschaftlichen Wachstums auf der Grundlage verbesserter wirtschaftlicher Effizienzkennziffern vor. Im Vergleich zur Vorperiode sollte das produzierte Nationaleinkommen wäh-

3 Siehe E. G. Liberman: *Ökonomische Methoden zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion*. Berlin 1973. S. 19–36.

4 Michail Gorbatschow: Rede auf einem Treffen mit Werktätigen der Stadt Togliatti am 8. April 1986. Berlin 1986. S. 7f.

rend des in Angriff zu nehmenden Fünfjahrplanes 1986–1990 deutlich (um 4,2% gegenüber 3,2%) steigen, überwiegend durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität (um durchschnittlich 4,2% – zuvor 2,7%).⁵ Erreicht werden sollte die Intensivierung der Wirtschaft durch eine deutliche Zunahme der Investitionstätigkeit, aber auch durch Initiativen der mit größeren Rechten auszustattenden Betriebe und stärkere materielle Anreize zur Steigerung der Arbeitsleistung der Werktätigen.⁶ Die Bewältigung des ersten Paradigmenwechsels, der zur Realisierung der von Gorbatschow auf dem Parteitag verkündeten »Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung unseres Landes« führen sollte, schien auch unter Berücksichtigung der historischen Reform Erfahrungen gute Aussichten auf Erfolg zu haben.

Das sollte sich jedoch als Fehleinschätzung erweisen. Bereits die Wirtschaftsdaten von 1986 blieben hinter den gesamtwirtschaftlichen Planzahlen deutlich zurück, ungeachtet günstiger Ernteergebnisse. Als Initialzündung hatte sich »Uskorenie« nicht erwiesen.⁷

3. GLASNOST, PERESTROIKA UND ÜBERGANG ZUR »RADIKALEN WIRTSCHAFTSREFORM« (1987–1989)

Nicht zu Unrecht gab Gorbatschow Widerständen im Politbüro und in der Wirtschaftsbürokratie die Schuld und beschloß die – entsprechend der Reformtradition der sechziger Jahre – bis dahin streng auf den Bereich der Wirtschaft beschränkten Reformmaßnahmen auch auf Politik und Gesellschaft auszudehnen. Auf einem ZK-Plenum im Januar 1987 setzte er Öffentlichkeit und eine Umgestaltung des Staatsapparates (Glasnost und Perestroika) gegen die »konservativen Kräfte«, die weiterhin bestrebt waren »alles vom Tisch zu wischen, was nicht in die gewohnten Schemata paßte«. Um ihre Positionen zu erschüttern, wollte

5 Siehe N. I. Ryshkow: Über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR von 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000. Moskau 1986. S. 10 und 22.

6 Siehe Michael Gorbatschow: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den 27. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Moskau 1986. S. 31 bis 63.

7 Siehe Ulrich Weissenburger: Sowjetunion: Wirtschaftskrise verstärkt Desintegration. In: DIW-Wochenbericht. Berlin 57(1990)34 (im weiteren Ulrich Weissenburger: Sowjetunion ...). S. 483.

er die Vorgesetzten in der Wirtschaft der Wählbarkeit durch deren Untergebene unterwerfen. Er plädierte für die »offene Auswahl der führenden Kader«.⁸

Mit dem Druck der sowjetischen Öffentlichkeit, die die Losungen von Glasnost und Perestroika begeistert aufnahm und vehement vertrat und damit die konservativen Kräfte verunsicherte, gelang es Gorbatschow auf dem Juni-Plenum des ZK 1987, die »Grundbestimmungen eine radikalen Umgestaltung der Wirtschaftsleitung« beschließen zu lassen. Unmittelbar darauf, Ende Juni bis Mitte Juli 1987, setzte eine umfangreiche gesetzgeberische Tätigkeit ein,⁹ die auf wirtschaftlichem Gebiet erstmals deutlich über die »Kossygin'schen Reformen« hinausführte und einen zweiten Paradigmenwechsel bedeutete.

Das erste und wichtigste der beschlossenen Gesetze war das Gesetz »Über den staatlichen Betrieb« vom 30. Juni 1987.¹⁰ Die Bestimmungen des Gesetzes besagten, daß der Betrieb im Wirtschaftsleben eine wesentlich größere Rolle spielen sollte als noch in der ersten Reformperiode vorgesehen. Die zentrale Wirtschaftssteuerung sollte sich in Zukunft – das Gesetz sollte am 1. Januar 1988 in Kraft treten – auf wenige, aber wichtige Fragen beschränken: auf die Sicherung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Ausarbeitung einer allgemeinen Wirtschaftsstrategie. An der Planung der Volkswirtschaft als »wichtigste Errungenschaft und Vorzug des sozialistischen Systems« wurde zwar festgehalten, jedoch sollte es nicht mehr die Aufgabe der wirtschaftsleitenden Organe sein, konkrete Produktionsaufgaben vorzugeben und zu kontrollieren.

Das Gesetz über den staatlichen Betrieb regelte mit diesen Maßnahmen den Rückzug des Staates aus der direkten Intervention in Wirtschaftsfragen und überließ die innere Organisation des Unternehmens und seine Beziehungen zu den Zuliefer- und Absatzbetrieben dem Betrieb selbst. Das Gesetz erweiterte auch die Rechte der Betriebsbelegschaften beträchtlich: So wurde der Betriebsleiter wählbar, auf jeweils fünf Jahre.

Gleichzeitig sollten die wirtschaftsleitenden Organe die makroökonomische Entwicklung weiterhin fest in der Hand haben. Dazu waren In-

8 Michail Gorbatschow: Rede und Schlußwort auf dem Plenum des ZK der KPdSU, Moskau am 27. und 28. Januar 1987. Berlin 1987. S. 31.

9 Siehe Über die grundlegende Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft in der UdSSR. Gesetze und Beschlüsse. Berlin 1987.

10 Siehe Das Gesetz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den staatlichen Betrieb (Vereinigung). Moskau 1987.

strumente der indirekten Steuerung über ökonomische Hebel weiter zu entwickeln und konsequent – bis zur Verweigerung des Verlustausgleichs – anzuwenden. Denn die indirekt zentrale Steuerung konnte nur erfolgreich sein, wenn die vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingehalten wurden. Die von der Intervention in Einzelfragen entlasteten wirtschaftsleitenden Organe konnten dafür mehr Zeit und Kraft aufwenden.¹¹

Die das Verhältnis von Staat und Wirtschaft neu regelnden Gesetze vom Sommer 1987 wurden im Mai 1988 noch durch ein Genossenschaftsgesetz ergänzt, das den Eigentumspluralismus in der sowjetischen Wirtschaft einführte. Die Genossenschaftsbetriebe, faktisch privates Gruppeneigentum, standen nunmehr gleichberechtigt neben den staatlichen. Sie waren nicht mehr an die staatlichen Pläne gebunden, konnten ihre Preise selbst festsetzen und eigenständig außenwirtschaftliche Beziehungen aufnehmen.¹² Die sozialistische Marktwirtschaft, bis dahin auf Ungarn beschränkt, hatte sich auch in der Sowjetunion etabliert – wenigstens den gesetzlichen Regelungen nach.

4. DAS SCHEITERN VON GORBATSCHOWS REFORMEN

Die durch Glasnost und Perestroika möglich gemachte »radikale Wirtschaftsreform« schien Früchte zu tragen. Im Jahre 1988 erreichte und überstieg das Wachstum des produzierten Nationaleinkommens erstmals leicht die im Fünfjahrplan 1986–1990 vorgegebene Marge um 0,2% und erreichte 4,4%. Das Wachstum konnte mit einer um fast einen Prozent verringerten Beschäftigtenzahl erreicht werden, da die Arbeitsproduktivität um 4,8% anstieg – deutlich mehr als die im Plan vorgesehenen 4,2%. Der Produktionsanstieg bei Konsumgütern war mit 5,4% überdurchschnittlich.

Die Bevölkerung sah die Wirtschaftsentwicklung weniger positiv. Sie maß den Fortschritt der Reform vor allem daran, wie sich ihre Kaufkraft und die Versorgungslage entwickelte. Zwar machten 1988 die Nominallöhne einen Sprung – sie erhöhten sich um 8,3% gegenüber weniger als

11 Siehe Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus. Bonn 1999 (im weiteren Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa ...). S. 61 f.

12 Siehe ebenda.

vier Prozent im Vorjahr – doch konnte das Konsumgüterangebot dem nicht folgen (es wuchs um 5,4% gegenüber 4,1% im Vorjahr). Wenn der Einzelhandel trotzdem noch um 7,3% stieg, dann waren darin schon wesentliche durch Sortimentsverschiebung erreichte schleichende Preiserhöhungen enthalten. Aber diese mit eingerechnet, wurden deutlich weniger Waren angeboten als hätten gekauft werden können. Überplanmäßige Lohnsteigerungen (im Fünfjahrplan vorgegeben waren 2,3%) und verdeckte Inflation offenbarten, daß die indirekte ökonomische Steuerung der Betriebe durch die wirtschaftsleitenden Organe schlecht funktionierte.¹³ Ein Jahr später, 1989, hatte sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht gebessert. Dagegen waren die Wachstumsraten in fast allen Bereichen wieder unter die für den Fünfjahrplan angestrebten Werte gefallen. Zwar stiegen die Nominallöhne und Gehälter weiter an, jedoch konnte die Konsumgüterproduktion nicht einmal halb so rasch gesteigert werden. Das Ergebnis war eine größere Knappheit und vermehrtes »Schlangestehen«. Im Frühjahr 1989 konnten in acht von 15 Sowjetrepubliken die meisten Lebensmittel nur noch auf Karten gekauft werden. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wuchs, ihre Bereitschaft, sich am Arbeitsplatz für die Effektivitätsziele der Wirtschaftsreform zu engagieren, sank.¹⁴

Weniger enttäuscht waren die Ökonomen, die sich ausgerechnet hatten, daß die volle Wirksamkeit der Reformschritte von 1987/1988 erst 1991 erreicht würde. Aber auch sie schockierte eine Prognose des Wirtschaftsberaters von Gorbatschow, Abalkin, vom Januar 1989, nach der nicht vor 1995 mit positiven Ergebnissen der Wirtschaftsreform zu rechnen sei.¹⁵ Offensichtlich waren, so überlegten viele von ihnen, auch die »radikalen Reformen« von 1987 nicht radikal genug. Das Wirtschaftsreformziel einer »indirekt zentralisierten Wirtschaftsplanung und -leitung« griff noch zu wenig weit.

Worin liegen die Ursachen des Scheiterns der von Gorbatschow seit 1984 propagierten, 1986 mit einer gemäßigten und ab 1987 mit einer radikalen Wirtschaftsreform auf den Weg gebrachten Politik der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums? Der amerikanische Wirt-

13 Siehe Ulrich Weißenburger: Sowjetunion ... S. 484.

14 Siehe Harald Moldenhauer/Eva-Maria Stolberg: Chronik der UdSSR. Die wichtigsten Daten und Ereignisse im Überblick. München 1993. S. 233.

15 Siehe Anders Åslund: Gorbachev's Struggle for Economic Reform. The Soviet Reform Process 1985–1988. London 1989. S. 193f.

schaftswissenschaftler und »Lehrmeister« südamerikanischer und ost-europäischer Wirtschaftsreformer Jeffrey Sachs hat einmal erklärt: Wirtschaftsleistung sei das Produkt der gegebenen Wirtschaftsstruktur, der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik und – von Glück.¹⁶ In Gorbatschows Fall war die gegebene *Wirtschaftsstruktur* zwar relativ – gegenüber den führenden westlichen Industriestaaten – zurückgeblieben, aber Mitte der achtziger Jahre (noch) voll funktionsfähig. Gorbatschows *Wirtschaftspolitik*, die sich in der ersten Reformphase (1985–1986) in bereits einmal erprobten Bahnen bewegte, war anfangs weniger wegen ihrer vorsichtigen ökonomischen Deregulierungskonzeption als wegen des politischen Widerstandes, den sie hervorrief, nur beschränkt erfolgreich. Konnten diese politischen Hindernisse mit dem Übergang zur politischen Reform (Glasnost und Perestroika) auch hinweggeräumt werden, so verkehrte sich die bewußt gewollte Erschütterung der Leitungsstrukturen von (zentralem) Staats- und Parteiapparat in dem Moment ins Negative, als die »radikale Wirtschaftsreform« im Politbüro und ZK durchgesetzt und den wirtschaftsleitenden Organen als verbindlich vorgegeben war. Den zentralen wirtschaftsleitenden Organen mangelte es zunehmend an Fähigkeit oder Autorität, die von der administrativen Seite gesehen weitgehend autonom gewordenen Betriebe indirekt, d. h. mit ökonomischen Methoden zu leiten. Uli Schöler hat diesen Mangel – aus der Perspektive der Betriebe – folgendermaßen charakterisiert: »Summarisch gesprochen litt dieser Reformversuch von vorne herein an fehlender innerer Kohärenz. Dies zeigte sich etwa daran, daß sich zwar die ökonomische Eigenständigkeit der Betriebe tatsächlich durchsetzte, allerdings nicht in der konzeptionell vorgesehenen, geregelten und begrenzten Weise, sondern naturwüchsig ...«.¹⁷

Es wäre aber zu einfach, wollte man die schlechten ökonomischen Resultate der von Gorbatschow initiierten Wirtschaftsreform lediglich seiner Wirtschaftspolitik oder der fehlenden Paßfähigkeit der Maßnahmen für den politischen und wirtschaftlichem Umbau anlasten. Ihm hat es für seine Reformen auch an dem dritten von Sachs genannten Faktor für eine gute Wirtschaftsleistung gefehlt – dem Glück.

16 Siehe Jeffrey D. Sachs: *Experiences in the Transition to a Market Economy*. In: *Journal of Comparative Economics*. Santiago, New York, Boston, London, Sydney, Tokio, Toronto 18(1994)3. S. 273.

17 Uli Schöler: *Ein Gespenst verschwand in Europa ...* S. 62.

Der wohl wichtigste Wirtschaftsfaktor, der Breschnew und seinen Nachfolgern geholfen hatte, ohne Reformen wirtschaftlich weiterzube- stehen, die hohen Erlöse aus dem Erdölexport, verlor kurz nach Gorbatschows Amtsantritt fast völlig seine Bedeutung. Noch als Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs der KPdSU im April 1985 übernahm, wurde ein Barrel Erdöl (159 Liter) auf dem internationalen Markt mit 35 Dollar gehandelt. Als Gorbatschow im Februar 1986 sein Reformprogramm und den Fünfjahrplan 1986–1990 auf dem 27. Parteitag der KPdSU vorstellte, lag der Preis bereits nur noch zwischen zehn und vierzehn Dollar pro Barrel.¹⁸ Milliarden an finanziellen Ressourcen, die nicht mehr wie unter Breshnew der Aufrechterhaltung einer unzureichend produktiven Wirtschaft, sondern ihrer Umgestaltungen nach Effizienz Kriterien gedient hätten, gingen der Sowjetunion verloren. Ein zweiter Faktor, der die für die Reform zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Ressourcen deutlich schmälerte, waren die zusätzlichen Rüstungsausgaben, die sowjetische Militärs nach der Verkündung des »star war«-Programms durch Reagan durchsetzen konnten. Die Investitionsprogramme des Fünfjahrplanes 1986–1990 wurden nie erfüllt – und das keineswegs nur, weil sich die Investitionsvorhaben wegen mangelnder Anreize immer mehr in die Länge zogen, sondern auch, weil immer weniger Mittel für Investitionen zur Verfügung gestellt werden konnten. In keinem Jahr erreichten die geplanten Investitionszuwächse das im Plan angestrebte Niveau. In den Jahren 1988 und 1989 ging der Umfang der vollendeten Investitionen (Kennziffer: Inbetriebnahme von Grundfonds) erstmals seit zwei Jahrzehnten deutlich zurück.¹⁹

5. VON REFORMEN ZUR VERBESSERUNG DER SOZIALISTISCHEN PLANWIRTSCHAFT ZU REFORMEN ZUR EINFÜHRUNG DER KAPITALISTISCHEN MARKTWIRTSCHAFT (1990–1991)

Angesichts der enttäuschenden wirtschaftlichen Ergebnisse auch der zweiten Stufe der Gorbatschowschen Reformen war die Bereitschaft in der Öffentlichkeit, sorgfältig die Ursachen für das Scheitern des bisherigen Reformkonzeptes zu analysieren, gering und der Drang, der Proble-

18 Siehe Anatomie einer Pleite. Der Niedergang der DDR-Wirtschaft seit 1971. Berlin 2000. S. 26.

19 Siehe Ulrich Weißenburger: Sowjetunion ... S. 484.

me durch weiteres »Vorwärtsschreiten« auf dem Wege der Reform zu lösen, groß. Deshalb wurden ab Ende 1989 verstärkt Reformvarianten diskutiert, die weit über den 1987 gefundenen Ansatz einer »sozialistischen Marktwirtschaft« hinausgingen. Ein Mitte November 1989 unter Beteiligung von Mitgliedern der Partei- und Staatsführung auf einer »Wissenschaftlich-praktischen Allunionskonferenz« zum Thema »Die radikale Wirtschaftsreform – entschiedene Beschleunigung« vorgelegtes Konzeptpapier zielte auf eine »gemischt-wirtschaftliche Ordnung« ab. Die Hauptkonturen wurden in eingangs vorangestellten Grundsätzen skizziert, von denen der wichtigste die »Nutzung des Marktes als Hauptform der Koordination der Tätigkeit der Teilnehmer an der Gesellschaftlichen Produktion« war. Damit war auf die Planung als »Hauptsteuerungsinstrument« auch einer auf den Markt orientierten Wirtschaftstätigkeit der Betriebe verzichtet worden. Im Bereich des Eigentums war die Umwandlung bisheriger Staatsbetriebe in verschiedene Arten von Gemeinschaftsbetrieben, aber auch in Privatunternehmen bzw. die Übernahme von Staatsbetrieben durch private Pächter angedacht. In unmittelbarer Verfügung des Staates sollten nur noch das einheitliche Energiesystem, der Bahn-, Luft- und Seetransport, die Telekommunikation und die Rüstungsindustrie verbleiben. Die »staatliche Regulierung ökonomischer Prozesse auf der Grundlage langfristiger Wirtschafts- und Sozialplanung« sowie die Beibehaltung eines »Systems sozialer Garantien« konnte,²⁰ wenn die Marktkoordinierung ernst genommen wurde, nur noch bedeuten, daß sich der Staat – ganz im Sinne der keynesianischen Lehre – eine Kontrolle und ein sporadisches gezieltes Eingreifen in die marktregulierte Wirtschaft vorbehielt.²¹ Der Rubikon von der Plan- zur Marktwirtschaft war auf dieser Konferenz gedanklich bereits überschritten.

In den folgenden Monaten setzte sich die hektische Phase der Ausarbeitung neuer Wirtschaftsprogramme fort, die alle mehr oder minder verklausuliert, den Übergang von der Regulierung über den Plan beim Überwiegen staatlichen Eigentums zur Regulierung über den Markt beim Vorherrschen privaten Eigentums und damit die Konversion der sowjetischen Wirtschaft von einer sozialistischen in eine kapitalistische zum Inhalt hatten. Insgesamt sollen es 15 oder sogar 20 gewesen sein, von denen im Gedächtnis der Öffentlichkeit eigentlich nur das von Gorbatschows wirtschaftspolitischem Berater Schatalin verfaßte Konversi-

20 Siehe Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa ... S. 67.

21 Siehe Karl Georg Zinn: Makroökonomie. Aachen 1989. S. 111.

onsprogramm sowie Jawlinskis Plan eines »Übergangs zum Markt« innerhalb von 400 bzw. 500 Tagen, fortleben.²²

Gleichzeitig vollzog sich 1990 und 1991 innerhalb der Sowjetunion und verbunden mit ihrer zunehmenden Auflösung in Republiken und Regionen ein politischer Machtkampf, in dem Gorbatschow und Jelzin zu Hauptkontrahenten wurden und der im Dezember 1991 mit der vollständigen Entmachtung Gorbatschows, der Auflösung der Sowjetunion und der Übernahme der politischen Macht im wichtigsten Nachfolgestaat der Sowjetunion, Rußland, durch Boris Jelzin endete.

Jelzin hatte sein Amt als Präsident der Russischen Föderation im April 1991 angetreten. Seine Macht war im Oktober/November des Jahres soweit gefestigt, daß er die KPdSU auf »seinem« Territorium verbieten konnte. Damit war die letzte Struktur zerschlagen, mit deren Hilfe eine Rückkehr zu einer größeren Rolle des Staates und des Planes in der Wirtschaft hätte erreicht werden können. Für den Marktsozialismus in irgend einer Form gab es keine strukturellen Voraussetzungen mehr, abgesehen davon, daß dieser kaum noch Befürworter fand.

Gleichzeitig aber mußte Jelzin auf wirtschaftlichem Gebiet Lösungen anbieten, denn der Stand der Ökonomie hatte sich gegenüber 1989 weiter dramatisch verschlechtert. Bereits 1990 hatten sich fast alle wichtigen Kennziffern der wirtschaftlichen Entwicklung ins Negative verkehrt. Die Wirtschaft der Sowjetunion bzw. Rußlands begann zu schrumpfen.²³ Folglich sanken auch die Steuereinnahmen des Staates, die bisher vor allem durch die Zentralisierung der Gewinne der Staatsunternehmen gewonnen worden waren. Aber das war nicht der einzige Grund für verringerte Staatseinnahmen. Auch innerhalb Rußlands reklamierten immer mehr Regionen ihre materiellen und finanziellen Ressourcen für sich. Der Staat bediente sich ersatzweise der Notenpresse. Die Inflation galoppierte und ließ die Kaufkraft der Löhne und Renten von Tag zu Tag schrumpfen. Als Antwort streikten die Bergleute. Im Oktober verdichteten sich Befürchtungen, daß Moskau und das inzwischen wieder in St. Petersburg umbenannte Leningrad den Winter ohne Heizung verbringen würden.²⁴ In dieser Situation fanden diejenigen Wirtschaftswissenschaft-

22 Siehe Daniel Yergin/Joseph Stanislaw: Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts. Frankfurt am Main, New York 1999 (im weiteren Daniel Yergin/Joseph Stanislaw: Staat oder Markt ...). S. 384f.

23 Siehe Ulrich Weißenburger: Sowjetunion ... S. 483–486.

24 Siehe Anders Åslund: How Russia Became a Market Economy. Washington 1995. S. 64–69.

ler bei Jelzin Gehör, die gar nicht erst vom Staat forderten, in die Wirtschaft noch regelnd einzugreifen, sondern die darauf bauten, daß »der Markt es schon richten würde«, wenn man ihm nur Gelegenheit dazu gäbe, d. h. wenn sich der Staat aus der Wirtschaft so weit wie irgend möglich zurückziehen würde. Zum bekanntesten Repräsentanten dieser Gruppe, die nunmehr als »radikale Reformer« bezeichnet wurden – die ehemaligen radikalen Reformer von Abalkin bis Schatalin galten nunmehr bereits als »Konservative« – wurde Jegor Gaidar.

6. PREISFREIGABE UND PRIVATISIERUNG – DIE VOLLSTÄNDIGE DURCHSETZUNG DES PRINZIPS DER MARKTREGULIERUNG IN RUSSLAND UNTER JELZIN (1992–1998).

Gaidar, der sich an den inzwischen überwiegend neoliberal geprägten Wirtschaftslehren des Westens orientierte, plädierte für die vollständige Freigabe der Preise (die im April 1991 noch durch Gorbatschow im Umfang von 30% des Warenvolumens liberalisiert worden waren) und damit für die Schocktherapie als einzig gangbaren Weg zur Beendigung der Wirtschaftskrise. Die ins Land gerufenen ausländischen Wirtschaftsberater, der Schwede Åslund und der Amerikaner Sachs z. B., bestärkten ihn in dieser Zielsetzung. »Gaidars Theorien trafen sich mit Jelzins Instinkten. Nachdem er sich für Reformen entschieden hatte, wollte der russische Präsident so schnell wie möglich vorankommen.«²⁵ Je weniger Rußland wiederzuerkennen sein würde, desto sicherer dünkte sich der ehemalige kommunistische Funktionär vor einer Rückkehr der alten politischen Kräfte.

Die durch Gaidar, den Jelzin zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister erhoben hatte, für den 2. Januar 1992 verfügte Freigabe der Konsumgüterpreise zu 90% und der Preise für Produktionsmittel zu 80%²⁶ stellte ordnungspolitisch den endgültigen Durchbruch zur marktwirtschaftlichen Regulierung und damit den markantesten Paradigmenwechsel in der Zeit zwischen 1985 und 2000 in der Sowjetunion/Rußland dar. Daß diese Marktwirtschaft eindeutig eine kapitalistische

25 Daniel Yergin/Josph Stanislaw: Staat oder Markt ... S. 386.

26 Siehe Jingjie Li: The Characteristics of Chinese and Russian Economic Reform. In: Journal of Comparative Economics. Santiago, New York u. a. 19(1994)1. S. 312.

wurde, dafür sorgten andere radikale Reformer unter Tschubajs. Dessen proklamiertes Ziel war die Schaffung »einer breiten Schicht von Privateigentümern«. Dadurch sollten die Einführung der Marktwirtschaft und das Ende des Kommunismus »unumkehrbar« gemacht werden.²⁷ Die Voucher(Gutschein)-Privatisierung begann im Oktober 1992 und war im Juli 1994 beendet. In dieser Zeit wurde der größere Teil der russischen Industrie privatisiert – bis 1996 insgesamt 18.000 Unternehmen, darunter mehr als drei Viertel aller großen und mittelgroßen Industriefirmen und annähernd 90% der Industrieproduktion. Der Anteil der Beschäftigten in der privaten Industrie stieg auf 80%. Gleichzeitig wurden vier Fünftel der kleinen Läden und Geschäfte im Einzelhandel entstaatlicht. 40 Millionen Menschen waren zu Anteilseignern geworden. Doch auch für die Privatisierung galt, was für die Reformen Gorbatschows ab 1987 charakteristisch wurde – der Staat war nicht in der Lage, die ablaufenden Wirtschaftsprozesse zu lenken. Korruption und Insidergeschäfte, aber auch die zunehmende Not der zunächst zu Mitbesitzern gewordenen russischen Werktätigen führte dazu, daß die Mehrzahl der Eigentumsansprüche an den Betrieben sich bald in den Händen einer relativ kleinen Schicht von Eigentümern konzentrierte, den eigentlichen Nutznießern der »Volksprivatisierung«, die bald durch ihren üppigen Lebenswandel als »Neue Russen« auffielen und deren mächtigste Gruppe heute als »Oligarchen« bezeichnet wird.²⁸

Wenn auch Tschubajs Privatisierungsverfahren vor allem auf die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse gerichtet war, so war sie doch mit der Berechnung verbunden, daß diese Reformmaßnahme, ebenso wie Gaidars Freigabe der Preise, zu einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Rußlands führen würde. Diese aus dem Vertrauen auf die Vorteile marktwirtschaftlicher Regulierung und privaten Eigentums basierenden Erwartungen traten jedoch nicht ein. Im Gegenteil: Wie schon die »radikalen Reformen« von 1987 führten auch die »radikalen Reformen« von 1992–1994 nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. War die Wirt-

27 Siehe Anders Åslund: *How Russia Became a Market Economy*. Washington 1995. S. 240.

28 Siehe Daniel Yergin/Joseph Stanislaw: *Staat oder Markt ...* S. 395–397. – Susan J. Linz/Gary Krueger: *Enterprise Restructuring in Russia's Transition Economy: Formal and Informal Mechanisms*. In: *Comparative Economic Studies*. New York 20(1998)2. S. 5–38.

schaftsleistung Rußlands, gemessen in der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts, im Katastrophenjahr 1991 um fünf Prozent gefallen, so verringerte sie sich 1992 um 14,5%. Bemühten sich die »radikalen Reformer« zunächst noch, dies mit unvermeidbaren Auswirkungen der durch die Preisfreigabe als Kern ihrer Schocktherapie bewirkten »schöpferischen Zerstörung« zu erklären, so konnten sie damit das weitere Absinken der Wirtschaftsleistung – 1993 verringerte sich das Bruttosozialprodukt Rußlands um 8,7% und 1994 sogar um 12,7% – nicht mehr erklären.²⁹

Jawlinskij, einer der ersten sowjetischen Ökonomen, der 1990 für den vollständigen Übergang zur Marktwirtschaft plädiert hatte, kam in einer zusammen mit Braginskij durchgeführten Analyse der russischen Wirtschaft der Jahre 1992 und 1993 zu dem Schluß, daß »das Versagen der Schocktherapie teilweise ihrer schlechten (überstürzten) politischen Einführung geschuldet war. Aber der Hauptgrund für das Versagen besteht in Unzulänglichkeiten, die dem Herangehen selbst inhärent sind.«³⁰ Faude hat diese »Unzulänglichkeiten« der Durchführung der neuen Reformwelle wie folgt beschrieben: »Hauptursache [...] ist die faktische Privatisierung des Staates durch Teile der Bürokratie, die auf das engste mit der aus der wilden Privatisierung hervorgegangenen Wirtschaftsoligarchie verflochten ist. Staatliche Entscheidungen zur Privatisierung, zur Preisregulierung, zur Verteilung von Export- und Importkontingenten [...], zu staatlichen Geldzuflüssen usw. usf. wurden zunehmend zu Beschlüssen darüber, wer sich in Rußland sanktioniert bereichern kann. Der russische Staat spielte in diesem Zusammenhang nicht nur schlechthin eine passive Rolle in der Wirtschaft, sondern viele seiner Strukturen übten eine ausgesprochen disfunktionale Wirkung auf das Wirtschaftsgeschehen aus. Der Staat war nicht in der Lage, wirkliche Rechtssicherheit zu schaffen, er trug auch kaum dazu bei, die kleinen und mittleren Unternehmen als die tragenden Kräfte des wirtschaftlichen Wachstums wirksam zu fördern und noch weniger war er imstande, einen konstruktiven industriepolitischen Einfluß auf die Produktion und den Außenhan-

29 Siehe Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Bonn 1998. S. 184.

30 Grigori Jawlinskij/Sergej Braguinskij: The Inefficiency of Laizsses-Faire in Russia: Hysteresis Effects and the Need for Policy-led Transformation. In: Journal of Comparative Economics. Santiago, New York u. a. 19(1994)1 (im weiteren Grigori Jawlinskij/Sergej Braguinskij: The Inefficiency ...). S. 88–91 (Zitat auf S. 90).

del zu nehmen.«³¹ Verallgemeinert haben Jawlinskij und Braginskij es so ausgedrückt. »Eine Laissez-faire Politik allein kann die Wirtschaft nicht von ihrer ineffizienten Struktur befreien. Vielmehr setzt sie diese ineffiziente Struktur selbst erst vollständig frei.« Und sie kamen zu der Schlußfolgerung: »Um die wirtschaftlichen Probleme Rußlands zu überwinden, ist eine politisch, d. h. durch den Staat geführte Transformation notwendig.«³²

Jelzin wurde im Laufe der Jahre gegenüber dem Reformprogramm zunehmend mißtrauisch. Hatte zwischen ihm und den »radikalen Reformern« in der Einführungsphase der Reform weitgehende Übereinstimmung bestanden, weil sie seinem Interesse an Herrschaftssicherung entgegenkamen, so mußte er nunmehr die negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Reform zunehmend als Bedrohung seiner politischen Position empfinden, die das ihm feindlich gesonnenen Parlament immer wieder in Frage zu stellen versuchte. Er war deshalb im Interesse des Erhaltes seiner Macht doch wieder bereit, den Staat einzusetzen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Als es Jelzins politischen Gegnern, insbesondere den Kommunisten, gelang, bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1993 die soziale Not des Volkes in Stimmengewinne umzusetzen, feuerte er im Januar 1994 Gaidar. In den folgenden sechs Jahren betrieb er bezüglich der Weiterführung der Privatisierung und des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft eine Politik des »stop and go«, deren einzelne Schritte wesentlich mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt wurden. Zwar hielt sich die Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts Rußlands in den folgenden Jahren in Grenzen und schwankte zwischen vier und fünf Prozent, jedoch konnte der seit 1990 andauernde Negativtrend nicht beendet werden. Zwar wurde 1997 erstmals mit 0,9% ein positives Wachstum der Wirtschaft verzeichnet, jedoch bewirkte die im August 1998 einsetzende sogenannte Rußlandkrise, daß sich die Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts weiter fortsetzte (um fünf Prozent).³³ Einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der russischen Wirtschaft leistete der Westen, der aus Furcht vor den Folgen eines Kollapses des immer noch eine atomare Weltmacht darstel-

31 Eugen Faude: Kapitalistische Transformation in Rußland: Stand und Perspektiven. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Frankfurt am Main 11(2000)42. S. 47.

32 Grigorij Jawlinskij/Sergej Braguinskij: The Inefficiency ... S. 90.

33 Siehe Peter Havlik u. a.: The Transition Countries in Early 2000: Improved Outlook for Growth. But Unemployment Is Still Rising. Wien 2000. S. 66.

lenden Landes Rußland mit Krediten versorgte, auch wenn Zins- und Tilgungsdienste angesichts des ökonomischen Fiaskos nur durch die Bereitstellung zusätzlicher Kredite gesichert werden konnten. Das war Jelzins Glücksfall. Die Auslandsverschuldung stieg allerdings auf diese Weise allein zwischen 1992 und 1997 von 83.600 Millionen US-Dollar auf 122.500 Millionen US-Dollar an.³⁴

Das alleinige Vertrauen auf die Marktregulierung bei der Wiederherstellung der Wirtschaftskraft Rußlands hatte sich als ebensowenig begründet erwiesen wie der Versuch als unzulänglich, der Wirtschaft mit sporadischen, das Marktgeschehen begleitenden Maßnahmen des Staates wieder auf die Beine zu helfen. Der verfügte in den neunziger Jahren nicht über ausreichende Instrumente, wie sie den dem Ziel der Sicherung stabiler Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung verpflichteten kapitalistischen Marktwirtschaften Westeuropas und Nordamerikas zur Verfügung standen. Es gelang weder die seit 1990 grassierende Inflation einzudämmen, noch die Neuverschuldung des Staates in Grenzen zu halten. Dadurch fielen die staatliche Währungs- und Kreditpolitik als Steuerungsinstrumente fast vollständig aus.³⁵ Liquiditätsmängel der Betriebe führten in steigendem Maße – bis zu einem Dreiviertel – zur Ersetzung des Verkaufs durch den Austausch von Ware gegen Ware, den Barterhandel.³⁶ Es trat eine paradoxe Situation ein: Mit dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft vollzog sich in Rußland zunehmend die Ersetzung der Ware-Geld-Beziehungen durch den Naturalaustausch.³⁷ Grundsätzlich bewahrheitete sich, was in der internationalen Fachpresse bereits 1994 festgestellt worden war: »Rußland hat die Rolle des Staates zu früh geschwächt.«³⁸

34 Siehe Wirtschaftsfrage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Bonn 1998. S. 186.

35 Siehe Grigori Jawlinskij/Sergej Braguinskij: The Inefficiency ... S. 88f. – Daniel Yergin/Joseph Stanislaw: Staat oder Markt ... S. 398–407.

36 Siehe Eugen Faude: Reformpolitik in Rußland: Stand und Perspektiven. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 2(7). Leipzig 2000. S. 91.

37 Siehe Jan Amrit Poser: Barterisation and Demonetisation in FSU Economies. In: Economic Systems. München 22(1998)3. S. 235–255.

38 Jingjie Li: The Characteristics of Chinese and Russian Economic Reform. In: Journal of Comparative Economics. Santiago, New York u. a. 19(1994)1. S. 313.

7. PUTINS WIRTSCHAFTSREFORMKONZEPT

Wladimir Putin wurde im August 1999 russischer Ministerpräsident. Man betrachtete ihn zunächst als einen der zahlreichen Regierungschefs, die Jelzin seit 1992 fast nach Belieben auswechselte. Im Jahr 1999 war Putin bereits der dritte russische Ministerpräsident. Seine Position wurde durch den Sieg der von ihm mehr oder minder geschaffenen und sich für seine Ziele einsetzenden neugegründeten Partei »Jedinstwo« in den Dumawahlen vom Dezember gestärkt. Zum Jahresbeginn 2000 folgte der Ministerpräsident bereits Jelzin, der Ende Dezember 1999 zurückgetreten war, als amtierender Präsident nach. Ende März 2000 wurde Putin durch Präsidentschaftswahlen in seinem Amt bestätigt. Die Ablösung des alten durch den neuen Präsidenten vollzog sich – im Unterschied zur Ablösung Gorbatschows durch Jelzin 1990/1991 – ohne politischen Machtkampf, zumindest ohne öffentlich geführten.³⁹

Der rasche Aufstieg Putins hat im Inland wie im Ausland zunächst beträchtliche Verwunderung hervorgerufen. Aus Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung wird er vor allem durch die Augustkrise 1998 erklärlich. Sie hatte alle Hoffnungen darauf, daß sich nach der Beseitigung von Planwirtschaft und Dominanz des Staatseigentums im Innern und der Öffnung des russischen Marktes nach außen der immer wieder beschworene wirtschaftliche Aufschwung einstellen würde, zunichte gemacht. Die Verluste der Augustkrise hatte erneut das russische Volk zu tragen. Wie lange noch dessen Geduld mit Jelzin reichen würde, wurde zunehmend ungewiß. »Eine Wende in den politischen Entwicklungsprozessen herbeizuführen wurde in dem Maße für die herrschende Clique immer dringender, wie mit der weiteren Verelendung des Volkes im Zuge der Finanzkrise vom 17. August 1998 der Widerstand zunahm und die Popularität Jelzins und der kapitalistischen »Reformer« bei Umfragen auf wenige Prozentpunkte zusammenschumpfte.«⁴⁰ Wenn man der Analyse Gerns folgt, dann konnte der von der Oligarchie ausgewählte Putin seinen politischen Zweck nur unter zwei Bedingungen erfüllen: Er durfte nicht »ein weiterer« Ministerpräsident Jelzins bleiben, sondern mußte

39 Siehe Willi Gerns: Neue politische Kräfteverhältnisse in Rußland. In: Marxistische Blätter. Essen 38(2000)4. S. 16. – Christoph von Marschall: Die manipulierte Demokratie: In: »Der Tagesspiegel«. Berlin vom 12. Februar 2001.

40 Willi Gerns: Neue politische Kräfteverhältnisse in Rußland. In: Marxistische Blätter. Essen 38(2000)4. S. 16.

Chancen haben, selbst in das höchste politische Amt der Russischen Föderation zu gelangen. Und er mußte zu den »radikalen Reformern« und ihren Ideen auf Distanz gehen, ohne die wirtschaftliche Macht der »Neuen Russen«, d. h. den wiedererrichteten russischen Kapitalismus zu gefährden.

Zu ganz ähnlichen Schlußfolgerungen hinsichtlich des in der Wirtschaftspolitik einzuschlagenden Weges war man auch in der seit Jahren mit Jelzin im Streit liegenden Parlamentsmehrheit gekommen. Im November 1999 brachte der Duma-Vizepräsident Bagurin die Reformwartungen der Jelzin-Opposition an die neue Regierung im Kreml auf die bündige Formel: »Das kommunistische Experiment ist zu Ende, das liberale hat nicht geklappt. Jetzt muß Rußland eine neue Wahl fürs nächste Jahrhundert treffen.«⁴¹

Aus der Sicht der von sehr verschiedenen Seiten an den neuen Ministerpräsidenten herangetragenen Erwartungen war Putins Wirtschaftskonzept, dessen Grundzüge dieser Ende 1999 in einer im Internet veröffentlichten programmatischen Erklärung »Rußland am Vorabend des Millenniums«⁴² erstmals erläuterte, dann keine Überraschung. Als Ausgangspunkt setzte Putin erstmals seit den beschönigenden Zustandsbeschreibungen des Landes durch Jelzin eine realistische Lageeinschätzung: »Rußland durchlebt eine der schwierigsten Perioden seiner jahrhundertlangen Geschichte. Es ist nicht übertrieben, wenn ich davon spreche, daß Rußland erstmals vor der realen Gefahr steht, zu einer zweit- oder drittrangigen Macht unter den Staaten der Welt herabzusinken.«

In den neunziger Jahren sei das Bruttoinlandsprodukt Rußlands auf die Hälfte gesunken. Gemessen am Umfang des Bruttoinlandsprodukts der USA betrage dasjenige Rußlands nur noch ein Zehntel und im Vergleich zu China ein Fünftel. Pro Kopf habe sich das Bruttoinlandsprodukt Rußlands 1998, nach der Augustkrise, auf 3.500 Dollar verringert. Das sei weniger als ein Fünftel des in den G7-Staaten erreichten Wertes. Dieser Entwicklung müsse Einhalt geboten werden.

Was die wirtschaftlichen Aufgaben betraf, kleidete Putin sie in drei »Lehren der neunziger Jahre«: Erstens müsse die Politik des »stop and

41 Christoph von Marschall: Zurück zu alter Sowjetgröße. In: »Der Tagesspiegel«. Berlin vom 17. November 1999.

42 Alle folgenden Zitate stammen aus Vladimir Putin: Rossija na rube e tysjačletij. In: »Novaja gazeta«. Moskau vom 30. Dezember 1999.

go« auf dem Wege zur Marktwirtschaft aufhören. »Das Land benötigt eine langfristige gesamtstaatliche Entwicklungsstrategie.«

Zweitens bedürfte Rußland eines komplexen Systems der staatlichen Regulierung der Wirtschaft und der sozialen Sphäre. Unter den wirtschaftlichen Aufgaben, denen sich der Staat widmen müsse, nannte Putin die »rationale Regulierung der Tätigkeit der natürlichen Monopole«, d. h. der die Naturgüter Rußlands ausbeutenden Firmen wie etwa Gasprom, die sich unter Jelzin zu Wirtschaftsimperien entwickelt hatten. Die Regulierung der natürlichen Monopole betrachte er als eine Schlüsselfrage, da sie »in großem Maße die gesamte Struktur der Industrie- und Verbraucherpreise mitbestimmen. Über die Rohstoffpreise übten die natürlichen Monopole aus diesem Grunde Einfluß auf alle ökonomischen und finanziellen Prozesse aus, auch auf die Dynamik des Einkommens der Bevölkerung.« Putin erklärte sich für eine gezielte Industriepolitik des Staates zur Förderung jener Zweige, die entscheidend für das Voranbringen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wie für den Export sind.

Gleichzeitig vertrat er in seinem Millenniumsprogramm die Meinung, daß Rußland stärker an der internationalen Arbeitsteilung teilnehmen, daß heißt mehr als nur Rohstofflieferant sein müsse, und akzeptierte die in den neunziger Jahren eingetretenen Eigentumsveränderungen, d. h. die Privatisierung des größten Teils der Volkswirtschaft, und forderte eine konsequente Weiterführung der in den letzten Jahren unter Jelzin nur noch halbherzig und zeitweise betriebenen Privatisierungspolitik.

Zu den Hauptaufgaben der staatlichen Einflußnahme auf die Wirtschaft zählte Putin auch die »Formierung eines effektiven Finanzsystems«. In diesem Bereiche liege »eine gewaltige Arbeit« vor der Regierung, die auf folgende Bereiche gerichtet sein müsse:

- die Erhöhung der Effektivität des Staatsbudgets als wichtigstes Instrument der Wirtschaftspolitik des Staates;
- die Durchführung einer Steuerreform;
- die Beseitigung des Barterhandels und der Nutzung sonstiger Geldstellvertreter;
- Maßnahmen zur Unterstützung des Rubelkurses und zur Senkung der Inflation;
- die Schaffung geregelter Finanz- und Fondsmärkte und ihre Umwandlung in ein Instrument der Akkumulation von Investitionsmitteln;
- die Restrukturierung des Bankensystems.

Natürlich, räumte Putin im Milleniumspapier ein, gehen derartige Aufgabenstellungen für den Staat über die gängigen neoliberalen »Vorstellungen von der Rolle des Staates in der Wirtschaft bei der Ausarbeitung der Spielregeln und der Kontrolle ihrer Einhaltung« hinaus. Aber »die jetzige Situation erfordert von uns ein großes Maß staatlicher Einflußnahme auf die Ökonomie und die sozialen Prozesse«.

Aus diesem Zusammenhang heraus ist Putins dritte Lehre aus den neunziger Jahren zu verstehen. Es müsse »zur Verwirklichung einer Reformstrategie übergegangen werden, die für unser Land optimal ist«, daß heißt sich von dem Vorbild westlicher Marktwirtschaften unterscheidet, das den Radikalreformern Gaidar und Tschubajts bei ihren Wirtschaftsreformmaßnahmen vorschwebte.

Die Interpretation von Putins Wirtschaftskonzept bereitet vielen Wirtschaftswissenschaftlern Schwierigkeiten: »Als Mittel, den kranken Organismus des Landes zu heilen, empfiehlt der Präsident die Stärkung der staatlichen Zentralmacht und die weitere Liberalisierung der Wirtschaft«, wunderte sich z. B. Michail Rutkewitsch in der »Prawda Rossii«. »Diese Ziele sind schlecht miteinander zu vereinbaren, sie stehen im Widerspruch zueinander.«⁴³

Mehr Staat und mehr Markt auf einmal erscheint jedoch angesichts der Wirtschaftsgeschichte Rußlands in den neunziger Jahren m. E. durchaus sinnvoll und miteinander vereinbar. Die russische kapitalistische Marktwirtschaft der neunziger Jahre war u. a. deshalb nicht erfolgreich, weil sie eine »wilde«, »mafiose« Marktwirtschaft war, die sich teilweise zur Verwirklichung ihrer Interessen mancher Teile des schwachen und in seinen Bereichen nicht aufeinander abgestimmten Staatsapparates bediente. Dadurch konnten die Bedingungen für eine breite Entfaltung der Marktwirtschaft auf der Grundlage mittelständischer Betriebe nicht entstehen. Außerdem hatten die über die natürlichen Monopole gebietenden Firmen wenig Interesse daran, das Niveau der russischen Wirtschaft insgesamt, vor allem in der verarbeitenden Industrie zu heben. Die Durchsetzung einer kapitalistischen Marktwirtschaft in den westlichen Industrieländern vergleichbarer Struktur voranzubringen, konnte nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben, sondern mußte Aufgabe der Staatsmacht werden, die – und vor allem deren Rolle in der Wirt-

43 Hier zitiert nach der in »Marxistische Blätter« erschienenen deutschen Übersetzung (siehe Michael Rutkewitsch: Die sozialen Widersprüche der Putinschen Etappe. In: Marxistische Blätter. Essen 38(2000)6. S. 16).

schaft – gestärkt werden mußte. Wenn Putin auch das neoliberal definierte Verhältnis von Staat und Wirtschaft als Endziel akzeptabel erschien, so verwarf er im Milleniumspapier doch für das rückständige Rußland den durch die neoliberale Lehre zum Dogma erhobenen Rückzug des Staates aus der Ökonomie entschieden: »Die Erfahrung der neunziger Jahre lehrt uns, daß eine wirklich erfolgreiche [...] Erneuerung unseres Rußlands nicht erreicht werden kann durch die einfach Übernahme abstrakter Modelle und Schemata aus ausländischen Lehrbüchern. Auch die mechanische Kopie der Erfahrungen anderer Staaten kann nicht zum Erfolg führen.«⁴⁴ Aus der Sicht der grundlegenden westlichen Wirtschaftslehren des 20. Jahrhunderts betrachtet, befürwortet Putin im Milleniumspapier nicht das durch den Neoliberalismus vorgeschriebene Verhältnis von Staat und Wirtschaft, sondern das keynesianistische, das die westlichen Industrieländer seit den achtziger Jahren im Gefolge von »Thatcherismus« und »Reagonomics« Schritt auf Schritt aufgegeben hatten.⁴⁵ Sein Wirtschaftskonzept bedeutet erneut einen Paradigmenwechsel – der erste in Richtung auf eine Verstärkung der Rolle des Staates seit Gorbatschows »Uskorenje« fast anderthalb Jahrzehnte zuvor.

Ein vielleicht noch gravierenderer Widerspruch als der zwischen gleichzeitiger Befürwortung eines starken Staates und einer Fortsetzung des außenwirtschaftlichen Öffnungs- und binnenwirtschaftlichen Privatisierungskurses war der zwischen Putins machtpolitischem Hintergrund und seiner im Milleniumsprogramm verkündeten Absicht der Eindämmung des Einflusses von wirtschaftlichen Gruppeninteressen auf den Staat und die Durchführung einer am volkswirtschaftlich Notwendigen orientierten, d. h. unabhängigen Industriepolitik. Putin, der »Günstling der ›Kremlfamilie‹ und der Oligarchen«⁴⁶ erklärte seine Absicht, »die Schattenwirtschaft zurückzudrängen, das organisierte Verbrechen in der Wirtschaft und im Finanz-Kreditbereich zu liquidieren« ebenso wie die Notwendigkeit, die natürlichen Monopole des Landes einer stärkeren staatlichen Aufsicht und Regulierung zu unterstellen. Das mußte ihn rasch in Gegensatz zu wenigstens einem Teil der Oligarchen bringen. Daher konnte die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung Rußland mit

44 »Novaja gazeta«. Moskau vom 30. Dezember 1999.

45 Siehe Daniel Yergin/Joseph Stanislaw: Staat oder Markt ... S. 123–211.

46 Willi Gerns: Neue politische Kräfteverhältnisse in Rußland. In: Marxistische Blätter. Essen 38(2000)4. S. 16.

großer Spannung erwartet werden: Sollten sich Putins Reformvorstellungen ebenso als bloßes Papier erweisen, wie die Reformprogramme der späten Gorbatschow-Zeit oder würde es dem neuen Präsidenten gelingen, die von ihm proklamierten Vorstellungen in Reformmaßnahmen umzumünzen und mit deren Verwirklichung zu beginnen?

8. ZUM STAND DER VERWIRKLICHUNG DER PUTINSCHEN REFORMMASSNAHMEN

Als Putin die Präsidentschaft von Jelzin übernahm, gebot er nicht nur über einen geschwächten Staat, dessen »Regionalfürsten«, die Vorsitzenden der sogenannten »Subjekte der Föderation«, vielfach eine eigene Investitions-, Abgaben- und Steuerpolitik verfolgten.⁴⁷ Die Herrschaft der »Oligarchen« war ungebrochen. Im Parlament verfügten die Kommunisten auch nach dem Sieg von »Jedinstwo« bei den Dumawahlen Dezember 1999 über eine Stellung, die seine Reformpolitik blockieren konnte. Das angebliche »Team der Gleichgesinnten«, als das Putin im Mai 2000 seine Regierung unter Ministerpräsident Kassjanow vorstellte, war eine Kompromißlösung und bestand tatsächlich aus drei miteinander rivalisierenden Gruppen, von denen nur eine, die »Petersburger« unbedingt auf Putins Reformpolitik eingeschworen war.

Offensichtlich ist es Putin gelungen, innerhalb eines knappen Jahres seine Stellung gegenüber den großen Interessengruppen zu stärken und damit die machtpolitischen Voraussetzungen für die Durchsetzung seiner Reformideen zu schaffen.

Was die Regionalfürsten betrifft, so gelang es Putin zwar nur bedingt, auf ihre Wahl – bis zum Februar 2001 wurden 44 der 89 neugewählt – Einfluß zu nehmen. Jedoch war er erfolgreich darin, den Provinzchefs Machtbefugnisse zu entziehen. Es gelang ihm, sie der Aufsicht von sieben von ihm ernannten föderalen »Statthaltern« zu unterstellen.⁴⁸ Vom Parlament ließ sich Putin darüber hinaus die Kompetenz geben, eigenmächtige Regionalfürsten notfalls abzusetzen.

47 Siehe Nicola Berg/Dirk Holtbrügge: In Rußland heißt Öffentlichkeitsarbeit, das eigene Unternehmen gut zu verstecken. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 15. Januar 2001.

48 Siehe Andreas Rüesch: Rußlands Provinzfürsten haben Sitzfleisch. In: »Neue Zürcher Zeitung«. Internationale Ausgabe vom 24./25. Februar. 2001.

Dies war nur ein Beispiel dafür, daß es Putin nach seiner Amtsübernahme gelungen ist, das Parlament, das Jelzins widersprüchliche Reformpolitik jahrelang immer wieder blockiert hatte, zu zähmen. Die starke kommunistische Fraktion ist weitgehend dadurch lahmgelegt, daß Putin ihre Forderungen zu seinen eigenen gemacht hat: »Wie können wir jetzt gegen Putin vorgehen, wenn er in seiner Politik die wichtigsten unserer Forderungen zu realisieren versucht – Stärkung des Staates und Konsolidierung der russischen Nation?« fragte ein prominenter Angehöriger der Oppositionspartei im Oktober 2000.⁴⁹ Auch die Zusammensetzung der Regierung Kassjanow konnte Putin bis zum Frühjahr 2001 zu seinen Gunsten ändern. »An den Schalthebeln der Macht sitzen nun fast ausschließlich Putins Leute aus dem Petersburger Stall um Sergej Iwanow, dem bisherigen Sekretär des nationalen Sicherheitsrates«, hieß es nach der Kabinettsumbildung vom März 2001 in der »Iswestija«.⁵⁰

Der neuen rußländischen Wirtschaftselite machte Putin bereits beim ersten gemeinsamen Treffen klar, daß es ihm mit seinem Wirtschaftsprogramm Ernst war. Unmißverständlich legte er 21 ausgewählten Unternehmern seine Forderungen vor: Sie sollten Abstand von der Staatsmacht halten, einen Beitrag zur Stärkung des Staates leisten und sich mehr um das öffentliche Wohl kümmern. Putin betonte in der Folgezeit – zumindest in der Öffentlichkeit – seine Unabhängigkeit von Jelzins »Oligarchen« und machte seine Distanz zu der millionenschweren Unternehmerelite u. a. durch eine Welle von Ermittlungen von Justiz- und Steuerpolizei gegen bekannte Wirtschaftsführer deutlich, was in der Öffentlichkeit als Warnschuß gegen die Wirtschaftsbosse interpretiert wurde.⁵¹

Hat Putin seine offensichtliche Fähigkeit und Geschicklichkeit aber zu mehr genutzt, als seine persönliche Machtstellung und die des Staates zu festigen? Inwieweit kam die Stärkung seiner Machtposition auch dem Wirtschaftsreformprogramm zugute?

Das Ende 1999 von ihm angekündigte, von einer Gruppe um den Wirtschaftswissenschaftler Gref ausgearbeitete umfangreiche Wirtschaftsreformpapier ist im Juni 2000 veröffentlicht worden. Es war rela-

49 Siehe Alexander Michailow: Wie steht die KPRF zu Putin? In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 4. Oktober 2000.

50 Zitiert in Irina Wolkowa: Wladimir Putin festigte seine Macht. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 30. März 2001.

51 Siehe Putin traf die Wirtschaftsbosse. In »Neues Deutschland«, Berlin vom 31. Juli 2000.

tiv konkret und enthielt einen Anhang mit auf Quartale aufgeschlüsselten Maßnahmen zur Verwirklichung der Wirtschaftsreform.⁵²

Zu den wichtigsten inzwischen vom Parlament beschlossenen Reformmaßnahmen gehört die Steuerreform. Sie trat mit Jahresbeginn 2001 in Kraft. Wichtigste Maßnahme war die Einführung eines einheitlichen Einkommensteuersatzes von 13 Prozent. Damit gehört Rußland zu den am wenigsten mit Steuern belasteten Ländern der Welt. Erklärlich wird der niedrige Ansatz dadurch, daß das bisher gültige, von Gorbatschow noch 1990 eingeführte Steuermodell mit einer beträchtlichen Progression zwar theoretisch hohe Staatseinnahmen aus der Tätigkeit der Wirtschaftsunternehmen versprach, der Staat tatsächlich von diesen Geldern aber wegen der durch die wirtschaftliche Öffnung des Landes fast unbehindert möglichen Steuerflucht ins Ausland wenig sah. Von dem niedrigen Steuersatz erhofft sich die Regierung, daß die Russen mehr von ihrem tatsächlichen Einkommen beim Finanzamt deklarieren und sich die Schattenwirtschaft reduziert – ganz im Sinne des Anliegens der Reform, die einen auch finanziell starken Staat benötigt.⁵³ Die Steuerreform offenbarte einen bei den Reformmaßnahmen der vergangenen anderthalb Jahrzehnte in der Sowjetunion/Rußland vielfach vermißten Realismus und das nötige Augenmaß. Zwei Monate später verabschiedete das Kabinett Kassjanow ein ganzes Paket von Regulierungsmaßnahmen, das aber noch das Parlament passieren muß.

Bisher sieht es ganz danach aus, als würde es Putin gelingen, seine im »Milleniumspapier« geäußerte Vorstellungen über eine Reform der russischen Wirtschaft zu verwirklichen.

Bei der Durchsetzung sowohl der politischen als auch der ökonomischen Stellung des Zentralstaates ist Putin durch zwei Faktoren begünstigt worden, die nichts mit seinen Fähigkeiten und seinem Geschick zu tun haben und somit als glückliche Begleitumstände einzuschätzen sind: Die starke Abwertung des Rubels als Folge der Augustkrise und das erneute Ansteigen der Erdölpreise auf dem Weltmarkt im Jahre 2000. Die Abwertung des Rubels erschwerte Importe aus dem Ausland. So entstand für einheimische Betriebe der Anreiz, mit eigenen, nunmehr dem »Weltniveau« angepaßten Produkten die entstandene Lücke auf dem ein-

52 Siehe Programma prioritetnych mer (2000–2004 gg.) po realizacii Strategii razviti-ja Rossijskoj Federacii do 2010 goda. Moskau 2000.

53 Siehe Russen zahlen nur noch 13 Prozent Steuern. In »Der Tagesspiegel«. Berlin vom 2. Januar 2001.

heimischen Markt zu schließen. Das regte die Industrieproduktion und die Wirtschaftstätigkeit allgemein an. Die Erhöhung der Weltmarktpreise für Erdöl ließen die russischen Exporte, die im ersten Quartal 1999 im Vergleich zum Vorjahr noch um 7,6% zurückgegangen waren, im ersten Quartal 2000 (im Vergleich zum 1. Quartal 1999) um mehr als ein Viertel ansteigen.⁵⁴ Dagegen ist der Bonus, den Jelzin bei ausländischen Kreditoren hatte, auf Putin nicht übertragen worden. Putins Forderungen auf ein Schuldenmoratorium stießen 2000 und 2001 bei den westlichen Gläubigerstaaten nicht mehr auf ein günstiges Echo, so daß Rußland um die fälligen Zahlungen in Milliardenhöhe in Cash oder durch Übertragung von Anteilen von Staatsbetrieben an Gläubiger wohl nicht mehr herumkommen wird.⁵⁵

Auch wenn Rußlands seit Putins Machtantritt günstige Wirtschaftszahlen wohl weniger auf den Erfolg erster Reformmaßnahmen als auf die beiden geschilderten »Glücksumstände« zurückzuführen sind, erhöht die allgemeine Verbesserung der Wirtschaftslage doch auch die Chance, daß die Reformen erfolgreich weitergeführt werden. Im Jahre 1999 stieg das russische Bruttosozialprodukt erstmals seit einem Jahrzehnt wieder signifikant (um 3,2%) an. Die für das zukünftige Wirtschaftswachstum wichtige Investitionskennziffer erhöhte sich 1999 gegenüber 1998 um das 1,6fache und im ersten Quartal 2000 gegenüber dem Vorjahr noch einmal auf das 1,5fache.⁵⁶ Im Jahre 2000 insgesamt wurde ein Wirtschaftswachstum von 4,0% erreicht. Von den ehemals sozialistischen Ländern übertrafen nur Ungarn (5,5%) und Polen (4,6%) diese Marge.⁵⁷

9. FAZIT

Als Gorbatschow im Februar 1986 auf dem 27. Parteitag der KPdSU seine Reformen mit dem Ziel der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums verkündete, ahnte niemand, daß die zur Steigerung der Effi-

54 Siehe Peter Havlik u. a.: *The Transition Countries in Early 2000: Improved Outlook for Growth. But Unemployment Is Still Rising*. Wien 2000. S. 63–66.

55 Siehe Alexander Michailow: *Weihnachten im Schuldenschatten*. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 6.–7. Januar 2001.

56 Siehe Peter Havlik u. a.: *The Transition Countries in Early 2000: Improved Outlook for Growth. But Unemployment Is Still Rising*. Wien 2000. S. 66.

57 Siehe *Wachstums-Schritte*. In: »Das Parlament«. Bonn 51(2001)12. S. 13.

zienz der sozialistischen Planwirtschaft initiierten Reformen zur Abschaffung derselben (und der Sowjetunion als Staat) sowie zur Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft in Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion führen würden. Die immer wieder in der Erwartung einer Verbesserung der bald katastrophalen wirtschaftlichen Lage vorangetriebenen Wirtschaftsreformen erwiesen sich in ihrer immer deutlicheren Ausrichtung allein auf die Marktkräfte als problematisch. Die Übernahme des neoliberalen Wirtschaftsmodells Anfang der neunziger Jahre erwies sich eher als zerstörerisch denn als aufbauend. Die Vorstellung, der Staat müsse sich immer weniger in die Wirtschaft einmischen und sich letztlich ganz aus ihr zurückziehen, um eine wirtschaftliche Wiedergesundung zu erreichen, erwies sich als Fehlkalkulation. Erst mit Putins bewußtem und explizitem Verzicht auf neoliberale Rezepte und seiner Orientierung auf einen starken Staat als regulierende Kraft der in den neunziger Jahren entstandenen russischen Marktwirtschaft, erst mit seinem, wenn man so will, keynesianistischen Herangehen, scheint ein Weg gefunden zu sein, die Wirtschaft Rußlands auf ein Wachstum zurückzubringen, dessen es (wie die gesamte Sowjetunion) in der »Stagnationsphase« der ersten Hälfte der achtziger Jahre verlustig gegangen war.

WOLFGANG GEIER

Auf der Suche nach Identität: Der Eurasismus in den zwanziger Jahren*

Der Eurasismus der zwanziger Jahre ist vor und neben dem gleichzeitig entstehenden Stalinismus der zunächst letzte und wie dieser schließlich vergebliche Versuch, die Bestimmungen der »russischen Idee«, des welt-historischen Topos und der Mission Rußlands, die »russischen Fragen« zum einen noch nach den »Wegzeichen« des 19. Jahrhunderts, zum anderen schon nach jenen zu lösen, die ins 20. Jahrhundert wiesen.¹

Das verhältnismäßig kurze Bestehen dieser Bewegung zwischen 1920 und etwa 1930 könnte dazu führen, sie lediglich als eine Fußnote der vielfach äußerst gegensätzlichen, end- und meistens letzten Endes ergebnislosen Auseinandersetzungen zu diesen Themen anzusehen. Sie ist nichts weniger als das, sondern vielmehr eine Art Brechung und Bün-

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages zur internationalen wissenschaftlichen Konferenz »Rußland und Europa«, veranstaltet vom Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut und der Botschaft der Rußländischen Föderation in der Republik Österreich, 14. und 15. Dezember 2000, Wien.

1 Nach Dostojewski (»Vremja«. 1861) erscheint der Begriff »russische Idee« dann in einem Vortrag von Wladimir Solowjow »L'idée russe« im Jahre 1888 in Paris. 1909 erschien von Wjatscheslaw Iwanow »O ruskoj idee«, (dt. Tübingen 1930), 1946 in Paris von Nikolaj Berdjaew »Russkaja Ideja. Osnovnye problemy ruskoj mysli XIX veka i načala XX veka« (dt. St. Augustin 1983). Berdjaew hat die eurasische Variante der »russischen Idee« so ausgedrückt: »Das russische Volk ist kein rein europäisches und kein rein asiatisches Volk. Rußland ist ein ganzheitlicher Weltteil, ein riesiger Ost-West-Kontinent, es verbindet zwei Welten. Und immer kämpften in der russischen Seele zwei Prinzipien, das östliche und das westliche« (Ebenda. S. 71). – Siehe auch Wladimir Solowjeff: Die geistigen Grundlagen des Lebens. Das Geheimnis des Fortschritts. Sonntags- und Osterbriefe. Drei Gespräche. Jena 1914. – Wladimir Solowjow: Russland und Europa. Jena 1917. – Alexander v. Schelting: Rußland und Europa im russischen Geschichtsdenken. Auf der Suche nach der historischen Identität (Bern 1948). Ostfildern vor Stuttgart 1997. – Michael Wegner/Claus Remer/Erhard Hexelschneider (Hrsg.): Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Leipzig 1995. – Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Wiesbaden 1996.

delung bisheriger Versuche, die »russischen Fragen« zu beantworten, das Wesen der »russischen Idee«, den weltgeschichtlichen Platz und Auftrag Rußlands wenigstens noch in europäischen, in diesem Falle »eurasischen«² Dimensionen und Perspektiven zu bestimmen.

Der gleichzeitig entstehende Stalinismus beanspruchte – andere zeitgeschichtliche Erscheinungen innerhalb Sowjetrußlands oder in der russischen Emigration können hier nicht erörtert werden – in Gestalt einer nun konsequent säkularisierten Orthodoxie: einer als unbezweifelbar wahr und allmächtig erklärten Weltanschauung und der mit ihr begründeten Divinisierung des Führers als personaler Verkörperung der Allmacht und Wissenschaftlichkeit dieser Ideologie, einer so begründeten Verkehrung des ursprünglich von Marx konzipierten und zeitweise noch von Lenin propagierten Verhältnisses von Masse – Klasse – Partei – Führung für die in einem revolutionären Kampf zu erringende ideologische und politische Herrschaft in einer kommunistischen Welt. Der generelle Weg zu diesem Ziel sollte zunächst über eine »Weltrevolution« führen, später wurde die spezielle Variante von der »Errichtung und dem Sieg des Sozialismus/Kommunismus in einem Lande« zum Programm.

Der Eurasismus in den zwanziger Jahren unternahm den am Ende sich selbst ad absurdum führenden Versuch, alle Dilemmata und Paradoxien, Dichotomien und Antinomien der russischen (Geistes-)Geschichte um die Beantwortung der »Fragen«, die Suche nach der »Idee« und dem »Platz« noch einmal in einem Gebilde aufzunehmen, das die erwähnten unüberwindlichen Schwierigkeiten nun in einem vorgeblich neuen Ansatz aufheben, auflösen sollte. Dieser erschien jedoch schließlich als die »Fortsetzung« beziehungsweise Beantwortung der russischen Fragen mit »anderen«, erneut unzulänglichen »Mitteln« und scheiterte sowohl an den zeitgeschichtlich/-geistigen Umständen der zwanziger

2 Die Wendung »eurasisch« bezeichnet eine Art Weltanschauung, einen »-ismus«. »Eurasisch« wäre mißverständlich und könnte geographische beziehungsweise ethnische oder ähnliche Bedeutungen haben (siehe dazu auch Herbert Mackinder: *Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction*. New York 1919). »Eurasien« wird dort als »heartland« (S. 186), als besondere Kulturzone und Mischungsgebiet ethnischer, sozialer, kultureller, religiöser Merkmale und Wesenszüge ostslawisch-russischer, finno-ugrischer, turk-tatarischer und anderer (»turanischer«) Völker verstanden. Bezüge auf Friedrich Ratzels (Leipzig) »Anthropo-/Human-Geographie« und die Theorien Rudolf Kjelléns sind erkennbar.

Jahre außerhalb Sowjetrußlands/der UdSSR als auch an den vom Stalinismus ausgehenden Wirkungen.³

Die im Eurasismus erscheinenden fundamentalen historischen Probleme sind weder in der russischen (Geistes-)Geschichte noch in den entsprechenden außerrussischen, europäischen Wahrnehmungen neu. Es ist hier nicht möglich, den originären russischen Spuren etwa bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts, bis zur ersten Bestimmung der »russischen Idee« mit der historisch, theologisch und politisch »begründeten« Heilslehre von *Moskau* als *Drittem Rom* nachzugehen; im übrigen gibt es dazu umfangreiche und grundlegende Darstellungen.⁴

Vielmehr soll wenigstens an einigen Beispielen gezeigt werden, wie die im Eurasismus enthaltenen Grundfragen in nichtrussischen, europäischen Wahrnehmungen – nicht in ausdrücklichen Bezeichnungen, wohl aber der Sache nach – erscheinen.

In den Jahren 1517 und 1526/27 reiste Sigmund von Herberstein zunächst noch im Auftrage Maximilians I., dann Karls V. beziehungsweise Ferdinands I. zum Moskauer Großfürsten Wassili III. Die daraus entstandenen »*Rerum Moscoviticarum Commentarii*«⁵ galten für zwei Jahrhunderte, bis zu Weber, als das Standardwerk der Rußlandkunde. Als Herberstein nach Moskau kam, war die Idee von »Moskau als Drittem Rom« bereits entstanden und bekannt: Der Mönch Filofej (Philoteos) hatte sie an Herbersteins Gastgeber Wassili III. adressiert. Diese erste Ausformung der »russischen Idee« am Beginn der Neuzeit ist bezeichnenderweise auf Byzanz, nicht etwa wenigstens mit einem histo-

-
- 3 Zu Merkmalen, Wesenzügen des originären Stalinismus siehe auch Wolfgang Geier: *Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen*. Wiesbaden 1995. – Wolfgang Geier: *Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis*. Wiesbaden 1996.
- 4 Siehe Hildegard Schaefer: *Moskau – das dritte Rom. Studien zur Geschichte der politischen Theorien in der slawischen Welt* (Hamburg 1929). Darmstadt 1957. – Bernhard Kytzler (Hrsg.): *Rom als Idee*. Darmstadt 1993 (besonders II: *Roma Secunda et Tertia*. S. 12 ff.). – Oskar Halecki: *Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte* (New York 1950). Darmstadt 1957. – Thomas G. Masaryk: *Rußland und Europa. Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie. Soziologische Skizzen*. 2 Bde (Jena und Berlin 1913). Frankfurt am Main 1993. – Siehe auch Alexander v. Schelling: *Rußland und Europa im russischen Geschichtsdenken. Auf der Suche nach der historischen Identität* (Bern 1948). Ostfildern vor Stuttgart 1997.
- 5 Siehe Sigmund von Herberstein: *Das alte Rußland ...* Zürich 1985 (zuerst lat. *Rerum Moscoviticarum Commentarii ...* Wien 1549. – dt. *Moscouia der Hauptstadt in Reisen ...* Wien 1557. – *Die Moscovitische Chronica ...* Frankfurt am Main 1579).

risch-legitimatorischen Rückgriff auf die Kiewer Rus bezogen. Herberstein deutet in seinen Betrachtungen an, daß das Großfürstentum Moskau als präsumtives Zentrum eines entstehenden russischen Großreiches und damit dieses wohl ihr Verhältnis zu Europa beziehungsweise ihren Platz zwischen Europa und Asien finden müßten.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts entstanden um August Hermann Francke in Halle besondere Anfänge einer Rußlandkunde, getragen durch Personen, Publikationen und Institutionen. Eines der hier aufscheinenden Themen war die »eurasische« Lage Rußlands, welche dann auch in einigen Artikeln des einige Jahrzehnte später erscheinenden, wohl berühmtesten deutschsprachigen Werks des »enzyklopädischen« 18. Jahrhunderts, im sogenannten »Großen Zedler« (»Großes vollständiges Universal-Lexikon aller Wissenschaften und Künste. Halle und Leipzig: Verlag von J. H. Zedler. Tl . 1–64. Suppl. 1–4. Hg. v. K. K. Ludovici. Eing. v. J. P. v. Ludewig«) sichtbar wird.

In Korrespondenzen von Gottfried Wilhelm Leibniz mit Peter I. und anderen Zeitgenossen am Beginn des 18. Jahrhunderts erörtert der Gelehrte die besondere Lage Rußlands »zwischen« Europa und Asien und rät dem Zaren, daraus »eine Verbindungs- und Vermittlungsrolle zwischen Europa und China, das gleichsam ein östliches Europa (sic!) sei, zu gestalten, die sowohl für Rußland als auch für Europa von allergrößtem Nutzen sein würde«.

Der Diplomat Friedrich Christian Weber war zwischen 1714 und 1719 Gesandter des Kurfürstentums Hannover am Hofe Peters I. Daraus entstand ab 1721 das »Veränderte Rußland«,⁶ nach Herberstein nun der Klassiker der Rußlandkunde bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Webers Darstellungen sind authentisch, kompetent und profund; das Verhältnis Rußlands zu Europa wie zu Asien, seine eurasische Zwischenlage werden ebenso erwogen wie auch die schon von Leibniz angemerkte mögliche Vermittlungsrolle.

Am Beginn des 19. Jahrhunderts wird ein Bonmot (entsprechend dem Sinn dieses Kompositums eigentlich das Gegenteil) verbreitet, dessen Urheberschaft verschiedenen Personen zugeschrieben wird, und das vielleicht schon im 18. Jahrhundert entstanden ist:

»Grattez le russe, et vous verrez un tatare«. Das damit verbundene Dilemma sind Fragen nach den Folgen oder Spuren der mongolisch-

6 Siehe Friedrich Christian Weber: Das veränderte Rußland. 3 Tle. in 2 Bden (Frankfurt am Main und Hannover 1721, 1739, 1740). Reprint. Hildesheim 1992.

tatarischen (Tribut-)Herrschaft über Teile des europäischen Rußland zwischen 1240 und 1480, nach der »asiatischen Erblast« für das »europäische Rußland«, wiederum im Zusammenhang mit seiner geographisch-historisch-kulturellen Standortbestimmung, der Klärung seiner Lage »zwischen« Europa und Asien, seines Verhältnisses zu beiden, später in Gestalt der Kontroverse »Europäisierung« – »Asiatisierung«.⁷

Es gibt eine Art Parallelthema: Bereits um die Mitte des 18. Jahrhunderts, dann in den beiden folgenden bis in die Gegenwart immer wieder in verschiedenen Ausprägungen erscheinen Kontroversen um eine andere Herkunftstheorie: die nach der Entstehung des Volkes der Kiewer Rus aus einer Vermischung von autochthonen Ostslawen und allochthonen Warägern oder die Entstehung dieses Volkes gewissermaßen »aus sich selbst«, ohne fremde Beimischungen oder Zutaten. Vor einiger Zeit hat Lichatschow »vorgeschlagen«, und dies war wohl ironisch gemeint, das Dilemma, die Kontroverse um die Herkunft mittels des terminus technicus »Skandobyzanz« gewissermaßen »aufzulösen«.

In die um 1830 mit Tschaadajew beginnenden innerrussischen Auseinandersetzungen um die grundlegenden »russischen« Probleme etwa zwischen »Slawophilen« und »Westlern« sowie später diese Kontroversen aufnehmenden anderen Gruppen, bis zu ihren Fortsetzungen mit Solowjow um 1880 und später mit Berdjajew mischen sich im gleichen Zeitraum zunehmend außerrussische Zeitgenossen aus Europa und Amerika ein: De Tocqueville, Hess, Donoso-Cortés, Fallmerayer, Jörg, Bauer, Fröbel – um nur einige zu nennen. Sie erläutern, je nach weltanschaulichem und politischem Standpunkt, ihre Ansichten zur »russischen Idee« und zum »russischen Wesen«, geben ihre Antworten auf die »russischen Fragen«.

In unserem Zusammenhang besonders interessant ist der umfang- und kenntnisreiche Bericht Haxthausens aus den Jahren 1847/1852.⁸ Er vermittelte, erstaunlich genug, nicht nur Herzen grundlegende Einsichten über das historische und soziale Wesen des *mir* und der *obschtschina*,

7 Siehe Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Wiesbaden 1996. – Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. In: Kultursoziologie. Leipzig 3(1994)5.

8 Siehe August Freiherr von Haxthausen: Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands. 3 Bde (Hannover und Berlin 1847–1852). Reprint Hildersheim 1973.

sondern enthielt vor Marx und Engels bereits implizit den Gesichtspunkt einer »asiatischen Produktionsweise«.

Im übrigen lohnt es sich, gelegentlich in ganz anderen Genres nachzulesen: Vom Juni 1858 bis zum Februar 1859, immerhin als Franzose wenige Jahre nach dem Krimkrieg, unternahm Alexandre Dumas-père (»der Ältere, der Vater«) eine »Voyage en Russie« (dt. Berlin 1978). In diesem äußerst informativen und teilweise amüsanten Bericht finden sich nicht wenige Andeutungen zum »Eurasismus«.

Schließlich, längst nach dem Abflauen der Kontroversen zwischen »Westlern« und »Slawophilen« in Rußland, der inzwischen auch schon überholten Vereinnamung des ost-, ostmittel- und südosteuropäischen Panlawismus durch die Panrussisten auf dem sogenannten zweiten Slawenkongreß 1867 in Moskau, den vergeblichen Versuchen der russischen Intelligenz, »ins Volk zu gehen« und es »aufzuklären«, verbreiteten um die Jahrhundertwende wiederum russische und nichtrussische Gelehrte, Schriftsteller, Publizisten im »übrigen Europa« weitere Ansichten zu den vorn genannten Themen. Sie enthielten meistens zwar keine neuen Einsichten oder Standpunkte, wohl aber gewisse Versuche, teilweise noch in den russischen Denkbahnen des 19. Jahrhunderts nun an der Schwelle des 20. Jahrhunderts wenigstens neue Akzente zu setzen. Gleichzeitig entstanden solche gewichtigen Arbeiten wie die von Solowjow einerseits und von Masaryk andererseits.⁹

DIE BEWEGUNG ENTSTEHT

Im Jahre 1921 erschien in Sofia ein merkwürdiges Buch russischer Emigranten: »Ischod k Vostoku. Predčustvie i sveršenija. Utver denie evrazijcev« – »Ausgang nach Osten«, später sinnentstellend unter »Exodus« bekanntgeworden, denn dort heißt es erklärend zu dem »Ischod«, daß man sich nicht als der »Hinterhof Europas«, sondern als »Tür nach Asien« betrachte. Dies kann man analog zu jener berühmt gewordenen Wendung in Puschkins »Ehernem Reiter« verstehen, daß mit der von Peter I. gegründeten Stadt »ein Fenster nach Europa hin« geschaffen wurde.

9 Siehe die Arbeiten Solowjows, Berdjajews und Masaryks.

Die Autoren sind Fürst N. S. Trubezkoi, G. V. Florowski und andere.¹⁰ Trubezkoi, Dozent für Slawistik in Moskau, Rostow, Sofia, dann Ordinarius an der Universität Wien, ist zunächst mit Sawizki geistiger Mittelpunkt der um ihn in Sofia, Prag, Wien, später dann in Paris mit anderen entstehenden Gruppen und ihren Zeitschriften »Evrasijski vremennik« (1922), »Evrasijskaja Chronika« (1924), »Evrasija« (1928).

Die Eurasisten beanspruchten eine andere, neue Sicht auf die russischen Themen als alle ihre Vorgänger, namentlich die »Westler« und »Slawophilen«, aber auch die Zeitgenossen, gespalten in Anhänger, Befürworter oder Gegner, Feinde der Bolschewiki, der Sowjetmacht.

Sie wollten einen Weg »unabhängig von Europa und Asien« gehen, mit dem »Eurasium« eine neue Weltanschauung schaffen. Das war natürlich eine Selbsttäuschung. Zunächst sind in ihren Auffassungen die groß-/panrussischen Ansichten von Tjutschew,¹¹ der Brüder Kirejewski, von Chomjakow, Aksakow bis Danilewski und dessen bereits nach dem zweiten Slawenkongreß (1867) in der Zeitschrift »Zarja« (1869) veröffentlichter Programmschrift »Rossija i Evropa« (1871) zu erkennen. Auch die von Uwarow geprägte Formel erscheint fast leitmotivisch: Abgesehen von der historisch überholten »Selbstherrschaft« ist die »Ortho-

10 Einige Vertreter der Bewegung sollen kurz vorgestellt werden: *Fürst N. S. Trubezkoi* (1890–1938); Sohn von Fürst S. N. Trubezkoi, dem ersten gewählten Rektor der Moskauer Universität; Philologe und Historiker, 1916 Lektor an der Universität Moskau, 1919 Emigration nach Sofia, hier Lehrtätigkeit an der Universität bis 1922, 1923 Ruf auf einen Lehrstuhl für Slawische Philologie an der Universität Wien; programmatische Schriften »Europa und die Menschheit« (russ. 1922) und »Zum Problem der russischen Selbsterkenntnis« (russ. 1927). – *P. N. Sawizki* (1895–1968); Schüler P. B. Struves am St. Petersburger Technikum, 1919 Emigration nach Sofia, dann Prag; ab 1922 Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Russischen Freien Universität, 1923 am Russischen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut Berlin, 1925 Professur am Russischen Landwirtschaftsinstitut in Prag, 1929 bis 1933 in Leitungen der Russischen Freien Universität und der Karls-Universität Prag, 1945 Verhaftung und Deportation, lebte nach seiner Freilassung bis 1968 in Prag. – *Fürst D. P. Swatoplok-Mirski* (1880–1939); Emigration 1919/20 London, Paris, Mitherausgeber eurasischer Zeitschriften, 1935 »Verband für die Rückkehr ins Vaterland«, Rückkehr in die UdSSR, 1937 Verhaftung, 1939 Tod im Lager. – *L. P. Karsawin* (1882–1952), Philosoph und Theologe, 1912 Professur für Religionsgeschichte an der Geistlichen Akademie St. Petersburg, 1922 ausgewiesen, bis 1926 Berlin und Prag, dann einer der Hauptakteure der Pariser Eurasisten, ab 1928 Lehrstuhl für Russische Geschichte an der Universität Kaunas/Kowno, 1940 Verhaftung, Deportation, 1952 Tod im Lager.

11 Siehe Fjodor Tjutschew: Rußland und der Westen. Politische Aufsätze. Berlin 1992.

doxie« eine wesensbestimmende Grundlage des »Eurasiertums« und Sawizki, einer der tonangebenden Eurasisten, schlug vor, das Uwarowsche »narodnost'« durch »sobornost'« zu ersetzen.

Der Begriff, auf »sobor« (»Versammeltsein« oder auch »Synode«) zurückgehend, in der russischen Laientheologie des 19. Jahrhunderts entstanden, von Chomjakow verbreitet, wurde verbunden mit »Orthodoxie« zu einem Schlüsselthema der Eurasisten; von dieser geistigen Gemeinschaft der Gläubigen in Christus führten nach Ansicht einiger ihrer Vertreter gewisse Verbindungen zu den von den Bolschewiki verbreiteten Gemeinschaftsideologien beziehungsweise Kollektiv-Theorien.

Es sind Auffassungen sowohl jener erkennbar, die zu den »Westlern« gehören, als auch anderer, deren Zuordnung nicht möglich oder sinnvoll ist. Ganz deutlich sind die philosophischen Anleihen bei Solowjow, dessen »kosmistische« Vorstellungen von einer »All-Einheit« ebenso übernommen werden wie die über »soziale Persönlichkeit« und »Gemeinschaft«. Die Eurasisten wandten sich gegen jede Form von Hybris, um selbst gewissen Faszinationen einer solchen Haltung zu erliegen, sie mitunter selbst entschieden zu vertreten.

HALTUNGEN ZUM »WESTLERTUM« UND ZU DEN »SLAWOPHILEN«

Die Haltungen zu beiden Richtungen, deren Herausbildung und Wirkung im übrigen zur Zeit der Entstehung des Eurasismus bereits Jahrzehnte zurücklag, sind so widersprüchlich wie das gesamte eurasistische Gedankengebilde; manches ist auch einfach verworren.

Die Haltungen gegen das »Westlertum« reichen von der Wiederholung altbekannter Aversionen gegen Peter I. bis etwa zu Tschaadajew: Die Herabsetzung der Russischen Orthodoxen Kirche, Vereinfachung der Schriftsprache und die Einführung von über 8.000 »Fremdwörtern«, die Gewinnung ausländischer Spezialisten, die gesamten Petrinischen Reformen werden verurteilt, die alten Gegensätze vom »heiligen Moskau« einerseits und dem »gottlosen St. Petersburg«, die Verteufelungen des Zaren (»Antichrist«) tauchen wieder auf; gleichzeitig wird Tschaadajew nach 1830 als Feind der russischen Selbsterkenntnis/-findung (»samopoznanije«) ausgemacht, besonders wegen seiner »antirussischen« und »prowestlerischen« Ansichten zur russischen Geschichte beziehungsweise

se zur Rolle Rußlands in der Geschichte.¹² Sawizki forderte beispielsweise, daß die Beurteilung der schädlichen Wirkungen der »Petrischen Frühaufklärung« zu der Folgerung führen müßten, daß »Rußland aus der zeitgenössischen europäischen Kultur« ausscheidet. Die Beseitigung jener durch die Petrischen Reformen verwestlichten Grundlagen oder Elemente der russischen Kultur und die Errichtung einer eurasisch-turanischen wurde als eine Möglichkeit kultureller Erneuerung propagiert. Als eine Grundlage, ein Mittel der Heilung aller russischen Gebrechen wurde eine zeitgemäße, eine auf ihre Ursprünge zurückgeführte, gereinigte Orthodoxie angesehen.

Die Haltungen zu slawophilen Ansichten sind keineswegs gegensätzlich oder eindeutig. Wie schon gesagt, verstanden sich die Eurasisten in gewisser Hinsicht als Fortsetzer der Slawophilen, diesen jedenfalls näher stehend als allen Westlern. Gleichzeitig erschwerte jedoch die Annahme slawophiler Auffassungen die Begründung der eigentlichen eurasisistischen Konstruktion: der geographisch-ethnisch-kulturellen Lage zwischen Europa und Asien, die beanspruchte Verbindung von ostslawisch-russischen und nichtslawisch-»turanischen« Elementen. Außerdem erörterten sie ein Problem, daß auch den groß-/panrussischen Slawophilen vor, während und nach dem zweiten Slawenkongreß bewußt war: Ihre Vorstellung, daß »alle slawischen Ströme ins russische Meer fließen«, ihr Führungsanspruch über die »slawische Welt« mußte eben die Selbstverständlichkeit berücksichtigen, daß nicht nur sie, sondern »die anderen« (Polen, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Serben, Kroaten, Bulgaren usw.) »auch Slawen waren«. Die Eurasisten versuchten, diese Schwierigkeit zu über- oder zu umgehen, indem sie mit Nachdruck darauf hinwiesen, daß Rußland und die Russen eben eine Verbindung aus ost-

12 Siehe Peter Tschaadajew: Schriften und Briefe. Übers. und eing. von Elias Hurwicz. München 1921. – Peter Tschaadajew: Apologie eines Wahnsinnigen. Geschichtsphilosophische Schriften. Hrsg. von Gabriela Lehmann-Carli und Ulf Lehmann. Leipzig 1992. – Siehe besonders Alexander v. Schelting: Rußland und Europa im russischen Geschichtsdenken. Auf der Suche nach der historischen Identität (Bern 1948). Ostfildern vor Stuttgart 1997. – Nikolaj Berdjaew: Russkaja Ideja. Osnovnye problemy russkoj mysli XIX veka i načala XX veka (Paris 1946). St. Augustin 1983. – Siehe außerdem Helmut Dahm: Grundlagen russischen Denkens. Persönlichkeiten und Zeugnisse des 19. und 20. Jahrhunderts. München 1979. – Dieter Groh: Rußland und das Selbstverständnis Europas. Ein Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte. Neuwied 1961. – Dieter Groh (Hrsg.): Europa und Rußland. Texte zum Problem des west-europäischen und russischen Selbstverständnisses. Darmstadt 1959. – Vjačeslav Ivanov: O russkoj idee. [Paris] 1909 (dt. Tübingen 1930).

slawisch-russischen, byzantinischen, europäischen, indoeuropäischen, asiatischen Elementen seien.

EURASISMUS UND BOLSCHEWISMUS

Der Kern des Eurasismus, die eurasistische Lösung aller russischen Dilemmata und Paradoxien, die Antworten auf alle »russischen Fragen«, die neue Bestimmung der »russischen Idee« lagen in der Verbindung einer erneuerten, wiederhergestellten Orthodoxie mit dem Kosmismus Solowjows sowie quasi- oder auch pseudowissenschaftlicher Ansichten und Pläne von einer gesellschaftlichen (politischen, staatlichen, kulturellen) Gestaltung der »turanischen« Grundlagen, Grundzüge und Wesenselemente Rußlands und der Russen.

Diese reklamierte spezifische, über Jahrhunderte entstandene ethnopsychische »eurasische« Mischung, eine kollektive Mentalität, die sich von europäischen wie asiatischen gleichermaßen unterscheidet, sei die Grundlage einer neuen Gemeinschaftsbildung in Gestalt einer auf dem Prinzip der »*sobornost*« begründeten eurasischen »All-Einheit«. Diese wiederum sei nicht nur die »Lösung« für die genannten Fragen, sondern als gewissermaßen welthistorisch neuer Kulturtyp ein Vorbild sowohl für die künftige Entwicklung als auch für die Koexistenz der Kulturen. Hier erscheinen die von slawophilen Positionen konstruierten Kulturtypen Danilewskis und kulturrelativistische Ansichten in einer eigenartigen Verbindung.

(Es wäre interessant, die hier erscheinenden kulturtheoretischen und -historischen Auffassungen einmal einer gründlichen und vergleichenden Betrachtung zu unterziehen; dies ist ein weiteres Desiderat einer noch zu schreibenden Geschichte der Kulturauffassungen und Kulturwissenschaften. Im übrigen gibt es bereits gewisse Ansätze und Vorleistungen: Sorokin hat sich mit bestimmten kulturtheoretisch/-historischen Aspekten besonders der Arbeit Danilewskis wie auch jener Spenglers und Toynbees auseinandergesetzt.)¹³

13 Siehe Pitirim A. Sorokin: Kulturkrise und Gesellschaftsphilosophie. Moderne Theorien über das Werden und Vergehen von Kulturen und das Wesen ihrer Krisen (Social Philosophies of an Age of Crisis. New York 1941. – Neuauflage Boston 1951. – dt.: Die Krise unserer Zeit. Frankfurt am Main 1950). Wien 1953 (besonders die Auseinandersetzungen mit Danilewski, Spengler, Toynbee in Kapitel III. Siehe ebenda. S. 59ff.).

Das daraus abzuleitende Ziel waren einerseits merkwürdige ideokratisch-kulturelle Staatsherrschaftsvorstellungen dergestalt, daß der zu schaffende Staat, die Staatsidee die eurasische Kultur gewissermaßen auszudrücken, zu gestalten, zu sichern habe. Man kann nicht übersehen, daß hier »Staat« für »Träger« wie für »Höhepunkt« kultureller Entwicklung steht – eine Ansicht, die übrigens Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa verbreitet war. Andererseits werden »übernationale, -staatliche, -kulturelle« Gebilde in der Art von kulturell geprägten oder verfaßten »Bundesstaaten« oder »Völkerbünden« entworfen, auch mit dem Blick auf die Nationalitätenpolitik in der UdSSR.

Hier gibt es nun, wie schon bei den »Gemeinschaftsideologien« und den Vorstellungen von der Schaffung einer »sozialen Persönlichkeit« deutliche Affinitäten zu bolschewistischen Positionen: das »Sowjetvolk als multiethnische und multikulturelle Gemeinschaft« und die Entwicklung des »neuen sozialistischen Sowjetmenschen« werden mindestens als gedankliche Anregung, wenn nicht als Inhalte einer eigenen Programmatik übernommen.

Ähnlich sind auch die Ansichten zur Stellung der Russen in diesen Verbindungen: Die Gruppe um Stalin betonte gleichzeitig die »Gemeinschaft der Sowjetvölker« und die »führende Rolle der Russen« in ihnen. Die Eurasisten propagierten »Eurasien als Völkerbund« und die Stellung der »Russen als primus inter pares« in diesem Gebilde.

Die Führungseliten waren wenigstens analog definiert: Während die Stalinsche Führung das theoretisch erklärte Verhältnis von Masse – Klasse – Partei – Führung praktisch, politisch und staatlich auf die absolute Macht des Führers (vo·d) gestellt hatte, entwarfen die Eurasisten Vorstellungen von einer »ideo«-(ideo)kratischen Führung durch intellektuelle Eliten, welche in sich die Einheit von Führung und Geführten, von Orthodoxie (Kirche) und Staat, von kultureller Identität und geschichtlicher Mission, von »Gemeinschaft« und »Persönlichkeit« verkörpern sollten. Dazu gab es Anleihen an die Idee, das System der Sowjets¹⁴ ebenso wie an philosophische Visionen von Platon bis Solowjow.

14 Wie der Autor vor einigen Jahren von damals noch lebenden Schülern beziehungsweise Assistenten aus dem Wiener Kreis um Trubezkoi erfuhr, diskutierte man hier häufig bestimmte religions- wie sozial- und kulturhistorisch relevante Ursprünge der menschewistischen Idee der Sowjets als, wie man heute sagen würde, »basisdemokratischer« Selbstverwaltungskörperschaften: Religiöse Bruderschaften und soziale Gemeinschaftsbildungen vom 17./18. bis zum 19./20. Jahrhundert wurden hinsichtlich ihrer Entstehung, Zusammensetzung und Wirkung untersucht.

In einigen Äußerungsformen der Stalinschen Version des Leninismus tauchten in den zwanziger Jahren gewisse Schwerpunktverschiebungen von theoretischen Bestimmungen der »Basis« zum »Überbauphänomen Kultur« auf; diese wurden von einigen Eurasisten als Bestätigung für Ähnlichkeiten ihrer Ansichten mit bolschewistischen gedeutet.

Bemerkenswert ist schließlich auch dies: Einige Eurasisten glaubten die Grundabsichten des Bolschewismus besser zu verstehen als dessen theoretische beziehungsweise propagandistische Hauptdarsteller. Sie entwickelten daraus eine Art Auftrag zu einer neobolschewistischen »Evangalisation«, einer eurasistischen Mission unter den Anhängern der Bolschewiki und den russischen Volksmassen, mitunter ganz im Stile jener russischen Intellektuellen, die im »verrückten Jahr« begannen, »ins Volk zu gehen«, um dieses »aufzuklären«.

DIE BEWEGUNG ZERFÄLLT

Vom Ende der zwanziger bis zum Ende der dreißiger Jahre zerfällt die Bewegung in konservative Gruppen (Prag, Belgrad) und linksorientierte (Paris) mit gegensätzlichen ideologischen Positionen. Es waren nicht so sehr die sich als illusionär erweisenden philosophischen oder quasihistorischen (geographisch-ethnisch-kulturellen) Ansichten, vielmehr die inzwischen unvereinbaren politischen Haltungen zur UdSSR, welche das Ende herbeiführten. Die »Konservativen« versuchten, aus relativistischen Betrachtungen gewisser positiver Züge des Zartums und der Orthodoxie Folgerungen für die Gegenwart und Zukunft abzuleiten; die »Linksorientierten« wandten sich dem Leninismus beziehungsweise der Rolle der UdSSR als möglichem (Übergangs-)Modell zu gesellschaftlichem und geschichtlichem Fortschritt im Sinne eurasistischer Vorstellungen zu; Wendungen wie »Sowjet-Eurasien« sollten dies ausdrücken.

Es entstanden öffentliche Solidarierungen mit der UdSSR. In der Zeitschrift »Eurasija« schrieb Suskov: »Jeder Eurasier, der in der Emigration lebt, soll nach allen Kräften gegen jede emigrantische Aktion wirken, die zum Schaden der Sowjetunion ist.«¹⁵

Fürst D. P. Swjatoplok-Mirski war 1935 in Paris an der Gründung des »Verbandes für die Rückkehr ins Vaterland« beteiligt, einer Organisa-

15 »Jevrasija«. Paris vom 24. August 1929 (Nr. 34) (zitiert nach Otto Böss: Die Lehre der Eurasier. Wiesbaden 1961).

tion, die aus sowjetischen Geheimdienstquellen finanziert und von deren Auslandsagenten sowie auch von der Komintern gesteuert wurde. Der Fürst wurde Mitglied der Kommunistischen Partei, kehrte nach Sowjetrußland zurück, wurde 1937 inhaftiert und starb 1939 im Lager. Dieses Schicksal teilte er mit ungezählten zurückgekehrten Emigranten besonders in den dreißiger Jahren, als durch die Auslandsaktivitäten der sowjetischen Organe (Außenministerium, Geheimdienste) sowie durch die Tätigkeit der Komintern wie der antifaschistischen Komitees und Organisationen in Westeuropa viele Emigrierte zur Rückkehr in das »Vaterland der Werktätigen« mit den verschiedensten Mitteln veranlaßt wurden; fast keiner hat die Jahre der *tschistka* überlebt.

Trubezkoj hatte sich bereits Ende der zwanziger Jahre von der Bewegung abgewandt und beschäftigte sich bis zum seinem Tode mit sprachwissenschaftlichen Studien in Prag und Wien, so in der Prager Linguistischen Schule in Zusammenarbeit mit Jakobson.

Florowski und Sawizki, beide in Sofia Mitbegründer der Bewegung, veröffentlichten gelegentlich noch, zuletzt Sawizki im Jahre 1940.

NACHLÄUFER

Schon in der zweiten Hälfte der achtziger in der UdSSR, dann am Beginn der neunziger Jahre in der Rußländischen Föderation, erschienen neoeurasistische Vorstellungen, verbreitet durch einzelne Personen wie Lew Gumiljow oder Gruppen Intellektueller. Gumiljow, geboren 1912, der Sohn von Nikolaj Gumiljow und Anna Achmatowa, war in den dreißiger Jahren mehrfach verhaftet worden, so wegen angeblicher Verbindungen zu einer »kriminellen Gruppierung« um den Kunsthistoriker Punin, dem dritten Ehemann Achmatowas. Während des Beginns des Zweiten Weltkrieges war Gumiljow in sibirischen Lagern, wurde dann entlassen und nahm 1945 an der Befreiung Berlins teil. Im Jahre 1948 wurde er erneut verhaftet und deportiert, 1956 rehabilitiert.

Wenn man manche Debatten um die »russischen Fragen«, die »russische Idee« der letzten Jahre verfolgt, dann hat es den Anschein, als ob die Auseinandersetzungen der dreißiger bis sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts von Laiendarstellern nachgespielt würden. Es sind teilweise die gleichen Argumente und Attitüden, die für eine pro- oder antiwestliche (-europäische) Haltung gebraucht werden und mitunter hat man den Eindruck, als ob die epochalen Brüche in der russischen Geschichte wie

auch im Verhältnis Rußlands zu Europa vice versa gar nicht stattgefunden hätten.

Es gibt neo-eurasische Gruppen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen, in denen teilweise die »alten« eurasistischen Ansichten, teilweise merkwürdige »Neoformen« des »Evrasijsjstvo« verkündet werden. Abgesehen von »antiamerikanisch-prowesteuropäischen« Postulaten, wie sie von A. Dugin, A. Prochanow und anderen verbreitet werden, haben A. Panarin und sein Anhang gewisse Wirkungen: Hier werden »alte« antiwesteuropäische Ansichten mit »neuen« isolationistischen Forderungen verbunden. So gut wie alle neoeurasistischen Äußerungen der Gegenwart stehen natürlich – wie die meisten anderen Meinungsbildungen in den russischen Öffentlichkeiten – vor den entscheidenden Fragen nach dem Status, dem Zustand, dem Platz und der Rolle Rußlands in Europa und in der Welt. Ist es, wie manche russische und nichtrussische Äußerungen meinen, auf den Zustand eines »Schwellen-«, eines »Dritte-Welt-Landes« abgesunken? Ist es nur noch eine europäische Groß- oder doch noch eine Weltmacht? Bewegen sich die inneren Zustände zwischen Diktatur und Chaos (*smuta*) oder sind demokratische Strukturen, Institutionen, Perspektiven entstanden? Ist die gegenwärtige »Europäisierung« oder »Modernisierung« Rußlands ein Nachvollzug »westlicher Entwicklungen«, eine für dieses Land brauchbare Grundlage künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen oder ein Irr-, ein »Leidensweg«? Welche Szenarien im Verhältnis Rußlands zum »übrigen Europa« (vice versa) sind denkbar, wenn in einer nicht allzu ferner Zeit alle seine Nachbarn entweder der NATO oder der EU oder beiden angehören – und dies gegenwärtig mit buchstäblich allen Mitteln, »um jeden Preis« bereits anstreben oder erreicht haben? Gegen wen ist dann diese atlantische Verteidigungsgemeinschaft – die ihren diesbezüglichen Charakter längst verloren hat, wenn sie ihn je hatte – gerichtet, gegen »terroristische Schurkenstaaten«?

Es ist kein Wunder, wenn die verschiedensten Öffentlichkeiten in der Rußländischen Föderation – von der Institution der Präsidentschaft und ihren beratenden wie ausführenden Eliten über die etablierten Parteien und Organisationen bis in intellektuelle Zirkel verschiedenster Couleur und so auch Vertreter des Neoeurasismus – diese und ähnliche Fragen ebenso heftig wie end- und ergebnislos diskutieren. Es geht nach wie vor um die alten und neuen »russischen Fragen«, um die »russische Idee« und nun allerdings, anders als 1856, 1917/1922 und als es zwi-

schen 1985 und 1991 zunächst erschien, um die Existenz dieses tausendjährigen eurasischen Gebildes schlechthin.

Die vielzitierte Feststellung aus dem *Nakaz* von Katharina II., daß »Rußland ein europäischer Staat« sei, ebenso oft durch entsprechend denkende russische Intellektuelle wiederholt und bekräftigt, besagt nicht, daß diese Vorstellung der Wirklichkeit entspricht – und schon gar nicht, daß man in Europa ganz allgemein auch dieser Ansicht und bereit ist, daraus die entsprechenden sicherheits-, rechts-, wirtschafts- und kulturpolitischen Schlüsse zu ziehen.

Die seitens der Wortführer der EU und der NATO beziehungsweise ihrer tonangebenden Regierungen in diesem Sinne verbreiteten Absichten von einer »ständig zu vertiefenden und zu entwickelnden Sicherheitspartnerschaft« und Floskeln, andere Gebiete der internationalen Politik betreffend – bleiben vorerst politische Lyrik.

Inzwischen werden noch andere Töne angeschlagen: Immer wieder erscheinenden entschieden antieuropäischen, -westlichen Positionen wie »wir schulden Europa nichts, Europa hat uns nichts zu sagen« wird sowohl von russischen wie von nichtrussischen, europäisch-westlichen opinion leaders entgegengehalten, man müsse »von Europa lernen, ihm dankbar sein«; im übrigen entspräche dies »guter alter russischer Tradition«. Einige Neoeurasisten haben dies unterstützt, weil man »Europa lieben müsse« und überhaupt: *Evropa – éto chorošo!*

So gegensätzliche Charaktere und Naturen, sich immer zwischen Abwendungen von und Hinwendungen zu Europa bewegend wie Tschadajew oder Danilewski, Dostojewski oder Herzen, Tolstoj oder Struve waren da anderer Meinung.

ERHARD HEXELSCHNEIDER

Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko über die russische Revolution

Die Beziehungen zwischen Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko sind bisher nicht ausführlich und zusammenfassend untersucht worden. Die Luxemburg-Forschung hat sie meines Wissens bisher gar nicht thematisiert, wenngleich Luxemburgs Verhältnis zu dem russischen Autor durchaus berührt und viele Biographen ihre Übersetzung von Korolenkos Alters- und Hauptwerk »Die Geschichte meines Zeitgenossen« (»Istorija moego sovremennika«), vor allem aber ihre dazu verfaßte Einleitung wenigstens allgemein erwähnt und gewürdigt haben. Schon der erste Luxemburg-Biograph Paul Frölich würdigte diesen Essay als Werk ohne »Abstempeln und Aburteilen nach politischen Gesichtspunkten«: »Sie läßt diesen Dichter [Korolenko – E. H.] hervortreten aus einem monumentalen Gemälde der russischen Literatur von Puschkin bis Gorki.«¹ Ein genaueres Eingehen auf Luxemburgs Korolenko-Bild oder gar auf die Entstehungsgeschichte der Übersetzung verbot sich damals angesichts der noch unvollständigen Materialbasis naturgemäß von selbst. Gleiches gilt für die knappe, bis 1998 in 20 Auflagen (99.000 Exemplare Auflage) verbreitete Biographie von Helmut Hirsch, für den ihre Übertragung und Einleitung ein »literarischer Regenbogen, der trotz des Völkermordens den russischen mit dem deutschen Horizont verbinden sollte«, war. Er beschrieb wenigstens den Werdegang der Übersetzung und die Suche nach einem Verleger.² Und um ein letztes Beispiel zu nennen. Annelies Laschitza stellte in ihrer fundamentalen Luxemburg-Monographie die Übersetzung in den Kontext der literarischen Interessen ihrer Heldin: »Literatur war für Rosa Luxemburg Lebenselixier«,³ begnügte sich dann aber nur

-
- 1 Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Berlin 1990 (Nachdruck der Ausgabe von 1949, Erstdruck: Paris 1939). S. 240 und 238f.
 - 2 Siehe Helmut Hirsch: Rosa Luxemburg mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. 19. Aufl. Reinbek 1996 (Erstaufgabe 1969). S. 110.
 - 3 Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Berlin 1996. S. 536.

mit einer inhaltlichen Charakteristik der Einleitung. Meine eigenen Bemühungen mündeten in einer in den Wirren der Wendezeit erschienenen, angesichts der kleinen Auflage natürlich unbeachtet gebliebenen Studie.⁴ In diesem »Exposé für weitere Forschungen« benannte ich damals Fragen, die unbedingt geklärt werden müßten und es bis heute nicht sind. Dazu gehören die genaueren Umstände, unter denen diese Übersetzung entstanden ist, die Quelle der Übersetzung, die Übersetzungsprinzipien und die Qualität der Übertragung, die nicht unkomplizierte Verlagssuche mit den entsprechenden Verhandlungen und Verlagsdokumenten, Luxemburgs Helfer und Lektoren, die ersten Drucke und die deutsche Rezeption dieser Übersetzung. Mehr als die Selbstaussagen Rosa Luxemburgs in ihren Briefen sind bisher dazu nicht bekannt gemacht worden.

Umgekehrt wußte auch die Forschung über Korolenko mit Luxemburgs Urteilen wenig anzufangen. Gewiß, ihre Meinungen über ihn wurden gelegentlich zitiert. Ich selbst habe Luxemburgs Urteile zu Korolenko mit mehr oder weniger Geschick zum konzeptionellen Ausgangspunkt meines Kapitels über ihn in der in der DDR erschienenen »Geschichte der russischen Literatur« gemacht.⁵ Die sowjetische Korolenko-Forschung hat, soweit ich sehen kann, die Urteile der Luxemburg über den russischen Autor nicht verarbeitet, allerhöchstens zitiert. Größere Beachtung fand in der kultur- und literaturwissenschaftlichen Forschung einzig ihr einleitender Essay zu der Übersetzung. Eben er wurde auch mehrfach nachgedruckt, so in Russisch und Deutsch in der Gesamtausgabe.⁶ Gründlichere Analysen zu Luxemburgs Auffassungen über die russische Literatur bieten die speziellen Forschungen von Marlen Korallow, auch wenn sie auf eine Gegenüberstellung von Lenin und Luxemburg fixiert ist, und (anders als seinerzeit Frölich) ihr kaum Eigenständigkeit im ästhetischen Urteil zutraut, sowie ein Aufsatz von N. Serebrow.⁷ Her-

4 Siehe Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko. In: Die deutsche Arbeiterbewegung und die Literatur des revolutionären Rußlands. Magdeburg 1989. S. 26–32.

5 Siehe Erhard Hexelschneider: Wladimir Korolenko. In: Wolf Düwel/Helmut Grasshoff u. a. (Hrsg.): Geschichte der russischen Literatur von den Anfängen bis 1917. Bd. 2. Berlin, Weimar 1986. S. 309–316.

6 Siehe Roza Ljuksemburg: Stat'i o literature. Moskau 1934. S. 100–146. – Unter dem Titel »Einleitung« in Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919. Berlin 1974. S. 302–331.

7 Siehe Marlen M. Korallow (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Schriften über Kunst und Literatur. Dresden 1972. S. 199–223. – Der Einleitungssatz mit Kommentaren von

vorzuheben ist die Untersuchung von Michael Wegner über die Auffassungen der deutschen Sozialdemokratie zur russischen Literatur von den Anfängen bis zur Novemberrevolution 1918, der den Auffassungen Rosa Luxemburgs ein ausführliches Kapitel widmete.⁸ Aber auch er konzentrierte sich auf den literarhistorischen Kontext der Einleitung und behandelte das spezielle Thema »Luxemburg und Korolenko« sowie die Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte dieser Übersetzung nur peripher.

I.

Wladimir Galaktionowitsch Korolenko (1853–1921) ist eine der wichtigsten Figuren der russischen Kulturgeschichte an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Er stammte aus Shitomir in Wolhynien, dem Schnittpunkt von Rußland, Polen und der Ukraine, mit allen sich daraus ergebenden nationalen Rivalitäten, mit Nationalismus und Antisemitismus. Obwohl einer Richterfamilie entstammend, mußte er seine Studien technischer, landwirtschaftlicher und naturwissenschaftlicher Fächer aus finanzieller Not wiederholt abbrechen. 1876 wurde er wegen eines kollektiven studentischen Beschwerdebriefes gegen ungerechte Behandlung seitens der Moskauer Land- und Forstwirtschaftlichen Akademie relegiert und unter Polizeiaufsicht gestellt. 1879 erfolgte seine Verhaftung wegen »Enttarnung« eines Geheimagenten mit anschließender Verbannung nach Glasow im Gouvernement Wjatka. In der Folgezeit wurde Korolenko immer weiter nach Osten abgeschoben. Tomsk, Perm, schließlich Jakutien (1881–1894) waren Etappen seines Weges. Dem Zarismus war dieser aufrechte Mann zu freisinnig und in seiner Haltung zu

Korallow siehe ebenda. S. 55–86. – Russisch zuerst unter dem Titel: Roza Ljuksemburg. O literature. Moskau 1961. – N. Serebrow: Die literaturkritischen Ansichten Rosa Luxemburgs. In: Kunst und Literatur. Berlin 9(1961). H. 7. S. 727–737.

8 Siehe Michael Wegner: Deutsche Arbeiterbewegung und russische Klassik. 1900–1918. Berlin 1971. S. 256–282. – Als Vorabdruck unter dem Titel »Literatur und Revolution. Rosa Luxemburgs Einleitung zu Vladimir Korolenkos ›Istorija moego sovremennika« erschienen in Slawistische Beiträge zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Berlin 1968. S. 7–35 (in dieser Fassung nachgedruckt in Michael Wegner: Erbe und Verpflichtung. Zur internationalen Wirkung der russischen und sowjetischen Literatur im 19. und 20. Jahrhundert. Jena 1985. S. 113 bis 134).

gesellschaftlichen Mißständen wie zum verübten Unrecht gegenüber einzelnen zu rigoros. Dieses Leben bot dem künftigen Autor, der seit 1878 publizistisch und literarisch wirksam wurde, nicht wenige Vorteile, lernte er doch das Leben in Rußland »von unten« kennen. Aus den Schicksalen der Menschen bezog Korolenko den Stoff für seine literarischen Themen; sie zählten zu den Lehrern seiner unfreiwilligen Universitäten, seines »Ganges ins Volk« auf Staatskosten, wie er später selbst ironisch anmerkte. Erst 1885 durfte er sich in Nishni Nowgorod ansiedeln, wo er als Schriftsteller und Publizist bis 1896 wirkte und den größten Teil seines Erzählwerkes schuf. Dann lebte er einige Jahre in St. Petersburg als Journalist und Mitherausgeber der Volkstümmlerrevue »Russkoje bogatstwo« (Russischer Reichtum), bis er sich 1900 endgültig im südlichen Poltawa niederließ.

Es ist hier nicht der Platz, Korolenkos literarisches Werk ausführlicher zu würdigen, dazu sei auf die einschlägige Literatur verwiesen.⁹ Dieser Autor ist zweifellos einer der radikalsten Denker in der russischen Geschichte um 1900. Er stand weltanschaulich den Volkstümlern nahe und war mit vielen von ihnen befreundet. Während sein Erzählwerk durch die Mischung von harter Wirklichkeitsdarstellung und optimistischer Zukunftssicht ausgleichend, ohne unlösbare Spannung erscheint, ist seine Publizistik streitbar, ja militant. Es drängte ihn, auf eine Veränderung unwürdiger Gesellschaftsverhältnisse hinzuwirken, sich nicht mit Unrecht abzufinden, sich aktiv in soziale und politische Zustände einzumischen und hier – und sei es auch nur partiell – Besserungen herbeizuführen. Rund 700 Aufsätze, Korrespondenzen und Kommentare Korolenkos sind bekannt. Darin werden der soziologische Erkundungssinn, sein anklägerisches Pathos, sein Gerechtigkeits- und Wahrheitsstreben deutlich, begünstigt durch die von 1894 bis 1918 andauernde Arbeit für die Zeitschrift »Russkoje bogatstwo«. Die Mittel der Literatur erschienen Korolenko nicht ausreichend, um kurzfristig verändernd wirken zu können. Nach eigenen Worten hatte er immer den leidenschaftlichen Wunsch, sich »in das Leben einzumischen, ein Fensterchen in stickigen Gebäuden zu öffnen, laut zu schreien, um das grauenvolle Schweigen der Gesellschaft zu zerstreuen«.¹⁰ Um in diesem Sinne wirk-

9 Siehe Grigorij A. Bjalj: V. G. Korolenko. 2. überarbeitete u. ergänzte Aufl. Leningrad 1983. – Siehe außerdem das Korolenko-Kapitel bei Rolf-Dieter Kluge: Vom kritischen zum sozialistischen Realismus. München 1973. S. 43–56.

10 Vladimir G. Korolenko: Polnoe sobranie sočinenij. Posmertnoe izdanie. Bd. 5. Poltawa 1922. S. 202.

sam zu werden, wählte er publizistische Formen. Durch sein mutiges öffentliches Auftreten wurde er zu einer moralischen Institution in Rußland, vor allem im Gerichtswesen, zumal seine Schriften über den Niedergang der Heimindustrie («Pawlowoer Skizzen«/»Pavlovskie očerki«, 1890), über das Hungerjahr 1892 und die Choleraepidemie in Südrußland («Im Hungerjahr«/»V golodnyj god«, 1892/1893), über den angeblichen Ritualmord der Wotjaken («Der Multaner Opfermord«/»Multanskoe ertvoprinošenie«, 1895/1896) und über die antisemitischen Pogrome in Kischinjow («Haus Nr. 13«/»Dom № 13«, 1903/1904) eine gewaltige öffentliche Resonanz erfuhren. 1902 gab er mit Anton Pawlowitsch Tschechow seine Urkunde als Ehrenmitglied der russischen Akademie der Wissenschaften zurück, weil die Regierung die Wahl Maxim Gorkis zum Ehrenmitglied annulliert hatte. All das hier nur sehr allgemein ange deutete öffentliche Wirken Korolenkos machte ihn in der russischen Gesellschaft zu einer integren Person. Es ist sicherlich kein Zufall, daß er nach dem Tod von Lew Nikolajewitsch Tolstoi (1910) als das verkörperte Gewissen der russischen Öffentlichkeit im Kampf gegen soziales und nationales Unrecht galt und jeder Spielart des Nationalismus mutig, mit der Kraft seiner schriftstellerischen Begabung und seiner moralischen Autorität, entgegentrat.

Wie gesagt, hier geht es um kein Korolenko-Porträt. Im folgenden soll vielmehr nur einer Frage nachgegangen werden, alles andere muß späteren Recherchen überlassen bleiben: Wie waren die Auffassungen W. G. Korolenkos und R. Luxemburgs zur russischen Revolution von 1917 und ihren Folgen? Wie haben der russische Autor und die polnische Revolutionärin die Ereignisse erlebt und gedeutet? Gibt es Affinitäten und/oder unterschiedliche Beurteilungen des Geschehens?

II.

Bevor das genauer untersucht werden soll, einige Bemerkungen über Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko und über ihre gegenseitigen Beziehungen. Sie sind sich nie persönlich begegnet, haben sich nie geschrieben oder sind über Dritte in Kontakt getreten. Aber Rosa Luxemburg kannte und liebte Korolenko als Leserin offenbar seit ihrer Jugend. Geboren im damals unter russischer Oberhoheit stehenden polnischen Zamość im Gouvernement Lublin erfuhr sie hier und später in Warschau eine ausgezeichnete Bildung. Vermutlich hat sie Korolenko frühestens in

der Schweiz in Russisch gelesen; aber auch die (bis heute unaufgearbeitete) deutsche und die polnische Korolenko-Rezeption war in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg erheblich. Selbst in der deutschen sozialdemokratischen Presse wurden zwischen 1892 und 1913 fast 20 Erzählungen und Skizzen Korolenkos in über 30 Übersetzungen (manche als Nachdruck oder in Wiederholung) publiziert,¹¹ von denen Rosa Luxemburg mit Sicherheit die eine oder andere Novelle oder Erzählung gelesen, zumindest aber zur Kenntnis genommen haben dürfte. Bemerkenswert ist allerdings (und das ist bei der Weite ihrer literarischen Interessen begreiflich), daß die meisten der von ihr erwähnten Werke nicht in der sozialdemokratischen Presse bekannt gemacht wurden (zumindest nicht bis 1913), was darauf weist, daß Rosa Luxemburg noch andere, uns bis dato unbekannt russische sowie deutsche und vermutlich auch polnische Quellen zur Verfügung gestanden haben.

Rosa Luxemburgs Kenntnisse des literarischen und publizistischen Werkes des Russen waren – folgt man dem genannten Essay – beachtlich. Sie nannte an Werken »Der Wald rauscht« (»Les šumit«, 1886), »Der Totschläger« (»Ubivec«, 1885), »Ein Paradox« (»Paradoks«, 1894), »In schlechter Gesellschaft« (»V durnom obščestve«, 1885), »Des Nachts« (bei ihr auch »In der Nacht«, »Noč'ju«, 1888), »Makars Traum« (»Son Makara«, 1885), »Der blinde Musiker« (»Slepoj muzykant«, 1886), »Dem Heiligenbilde nach« (»Za ikonoj«, 1887), »Jom Kipur« (»Sudnyj den'. Iom-kipur«, 1891), »Der Fluß schäumt« (»Reka igraet«, 1892) und »Die Legende von Florus« (»Skazanie o Flore, Agrippe i Menacheme, syna Iegudy«, 1886). Hingerissen formulierte sie über die Skizzen, Novellen und Erzählungen des russischen Prosaikers: »Sie alle weisen dieselben Grundzüge des Korolenkoschen Schaffens auf: zauberhafte Landschafts- und Stimmungsmalerei, liebenswürdige, frische Natürlichkeit und warmherziges Interesse für die ›Erniedrigten und Enterbten‹.«¹² Außerdem besaß Rosa Luxemburg, wie ebenfalls aus der Einleitung erkennbar wird, fundierte Kenntnisse über die anklägerische Publizistik Korolenkos und seine politische Biographie.

11 Siehe Otto Haasler: Russische Literatur in der deutschen sozialdemokratischen Presse am Vorabend und während der ersten russischen Revolution von 1905–1907. Phil. Diss. Humboldt-Universität Berlin 1966. Bd. 3: Bibliographie.

12 Wladimir Korolenko: Die Geschichte meines Zeitgenossen. Berlin 1947. S. 21. – Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 316.

Vor allem aber war sie fasziniert von seinem Hauptwerk »Die Geschichte meines Zeitgenossen«, das ihr allerdings nur im ersten Band (fünf Teile, 35 Kapitel) vorlag, also zeitlich nur bis zum Ende von Korolenkos Gymnasialzeit reichte und so auch nur von ihr übersetzt wurde. Die Geschichte dieser Übersetzung (nach welcher Ausgabe übersetzte Rosa Luxemburg eigentlich?) bedarf noch gründlicherer Untersuchungen, denn ihre eigenen Angaben über die Edition des Werkes sind ungenau. Sie vermerkte nur, das Werk sei 1906 bis 1910 »in der von Korolenko herausgegebenen Revue ›Der russische Reichtum‹«¹³ erschienen. Wußte sie überhaupt von der geplanten Fortsetzung? Tatsächlich aber hatte der Autor den ersten Band seines Hauptwerkes von 1906 bis 1909 in verschiedenen Zeitschriften, so in den »Sowremennyye sapiski« (Zeitgenössische Aufzeichnungen), »Sowremennost« (Gegenwart) und »Russkoje bogatstwo« (Der russische Reichtum) veröffentlicht; Einzelausgaben erschienen 1909, 1911 und 1914 mit Ergänzungen und Korrekturen des Schriftstellers. Eine davon wurde vermutlich auch von Rosa Luxemburg für ihre Arbeit genutzt, aber welche? Der zweite Band der Erinnerungen Korolenkos erschien erst 1919, nach der Ermordung Rosa Luxemburgs.¹⁴ Das alles muß noch genauer untersucht werden, auch im Zusammenhang mit der Bewertung der eigentlichen übersetzerischen Leistung von Rosa Luxemburg.

In einem Exposé an den sozialdemokratischen Verleger Heinrich Dietz benannte sie jene Bedeutung, die sie dem Alterswerk des russischen Schriftstellers beimaß: »Es ist dies eine Selbstbiographie K[orolenko]s, die nicht bloß ein Kunstwerk ersten Ranges, sondern auch ein hervorragendes kulturhistorisches Dokument aus der Zeit der ›großen Reformen‹ Alexanders II. darstellt und gerade die Übergangsepoche vom alten leibeigenen zum modernen bürgerlichen Rußland lebendig schildert. Das Werk gewinnt noch ein besonders aktuelles Interesse für den deutschen Leser dadurch, daß es ganz in dem Milieu der westlichen Grenzmarken des Zarenreichs spielt, auf jenem Boden, wo sich die drei Nationalitäten: Russen, Polen und Ukrainer, so eigenartig mischen. Ich bin überzeugt, daß dieses Buch in Deutschland in weiten Kreisen lebhaft interessieren und gefallen wird.«¹⁵

13 Ebenda. S. 37.

14 Zur Textkritik siehe vor allem A. V. Chrabrovickij in V. G. Korolenko: *Istorija moego sovremennika*. Moskau 1965. S. 929f.

15 Rosa Luxemburg: Brief an Heinrich Dietz vom 28. Juli 1916. In: Rosa Luxemburg: *Gesammelte Briefe*. Bd. 5. Berlin 1984. S. 131.

Die intensive Beschäftigung mit diesem Werk begann bereits im Frühjahr oder Sommer 1914, als sie aus der »Geschichte meines Zeitgenossen« erstmals ein kleineres Stück unter dem Titel »Die gekauften Knaben« in der von Clara Zetkin redigierten Zeitschrift »Die Gleichheit« in der Beilage »Für unsere Kinder« dem deutschen Leser vorstellte.¹⁶ Jedenfalls war Rosa Luxemburg von diesem Buch zutiefst beeindruckt. Wie anders wäre sonst das Vorhaben einer Gesamtübersetzung zu erklären? Der tagespolitische Kampf und die theoretische sowie die intensive publizistische Tätigkeit boten allerdings für Übersetzungen wenig Zeit. Dennoch muß die Revolutionärin immer wieder an ihr Korolenko-Projekt gedacht haben. Denn im Oktober 1916 veröffentlichte sie in der »Gleichheit« einen weiteren Abschnitt unter dem Titel »Das Pensionat«.¹⁷ Der »Ruhepunkt« für ihr Übersetzungsprojekt wurden die Gefängnismonate in Berlin (seit Juli 1916, als sie vermutlich »Das Pensionat« übersetzte), Wronke und Breslau. Als Abschluß der Einleitung gab sie selbst den Juli 1918 im Strafgefängnis Breslau an. Hier fand sie zwangsläufig Zeit, sich unter relativ normalen Haftbedingungen (immerhin erhielt sie auch die Möglichkeit, entsprechende, uns weitgehend unbekannt Sekundärliteratur zum Thema zu erhalten) mit der Übersetzung Korolenkos zu befassen. Erstmals benannte sie diese Idee in dem bereits erwähnten Brief an Heinrich Dietz vom 28. Juli 1916 in der Zeit ihrer »unfreiwillige(n) Muße« während ihrer Schutzhaft in Berlin. Das Projekt nahm bald Gestalt an. Als der Verleger Dietz absagte (seine Gründe sind bisher unbekannt), wandte sich Luxemburg an Luise Kautsky mit der Bitte, an ihrer Stelle einen anderen, nunmehr bürgerlichen Verleger zu suchen.¹⁸

Warum drängte es Rosa Luxemburg zu dieser Übersetzung? Es gab sicher verschiedene Ursachen: Einmal war es wohl die Liebe zu dem Autor Korolenko und das Bemühen, ihn breiteren deutschen Leserkreisen nahezubringen. Aber auch pekuniäre Erwägungen müssen eine gro-

16 Siehe Die Gleichheit. Beilage »Für unsere Kinder«. O. O. Nr. 24 vom 28. August und Nr. 25 vom 2. September 1914. – Es handelt sich um das Kapitel 7 »Herr Ulanizki und die ›gekauften Knaben‹«. Warum Rosa Luxemburg vom zweiten Kapitel sprach, muß noch geklärt werden (siehe Rosa Luxemburg: Brief an Clara Zetkin vom 27. Juni 1916. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 5. Berlin 1984. S. 127). Meinte sie die zweite Textprobe?

17 Siehe ebenda. O. O. Nr. 1 vom 2. Oktober und Nr. 2 vom 16. Oktober 1916. Es handelt sich um das Kapitel 10 unter dem gleichen Titel.

18 Siehe Rosa Luxemburg: Brief an Luise Kautsky vom 13. September 1916. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 5. Berlin 1984. S. 134f.

ße Rolle gespielt haben, zumal ihre soziale Sicherstellung (vor allem unter Gefängnisbedingungen) kaum gewährleistet war. Mathilde Jacob, ihrer Freundin und Sekretärin, nannte die Summe von monatlich 60 Mark für die Selbstbeköstigung eines Schutzhäftlings, die damals vom sozialdemokratischen Parteivorstand übernommen wurde, während ein wohlhabender Parteifreund den nötigen Zuschuß für die Wohnungsmiete und sonstige Ausgaben zur Verfügung stellte.¹⁹ Und zur Korolenko-Arbeit setzte M. Jacob hinzu: »Mit dieser Arbeit hatte sie damals begonnen, um Geld zu haben, wenn sie in die Freiheit zurückkehrte.«²⁰ Tatsächlich wurde Mitte Januar 1919 das vereinbarte Honorar in Höhe von 2.000 Mark an die Übersetzerin angewiesen, aber da weilte sie schon nicht mehr unter den Lebenden.

Der (bisher nicht gefundene) Verlagsvertrag wurde wohl von ihrer kunstsinnigen Freundin Luise Kautsky und dem Musikwissenschaftler Leo Kestenbergs ausgehandelt, der im Auftrag des Verlegers Paul Cassirer tätig war. Im Berliner Salon des Verlegers Paul Cassirer und der Schauspielerin Tilla Durieux trafen sich viele linksdemokratische und sozialdemokratische Persönlichkeiten, darunter Karl und Luise Kautsky, Hugo Haase, Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding und andere.²¹ Die Verleger Bruno und Paul Cassirer empfanden in diesen Kriegszeiten deutliche Sympathien für die Sozialdemokratie, noch mehr aber für die USPD, wie aus den im Verlag erschienenen Serien »Wege zum Sozialismus« und »Sozialistische Schriften« erkennbar ist, in der solche Publikationen wie Eduard Bernsteins »Lassalle und der Sozialismus« und Hermann Wendels »Heinrich Heine und der Sozialismus«, Schriften von Owen, Saint-Simon, Kant, Fichte, Hegel und Marx erschienen sind, ferner die zwölfbändige Lassalle-Ausgabe, herausgegeben von Eduard Bernstein sowie seine Lassalle-Biographie, die Aktenpublikation von Karl Kautsky »Wie der Weltkrieg entstand« und Kurt Eisners Posse »Die Götterprüfung«.²²

19 Siehe Mathilde Jacob. Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution. 1914–1919. Hrsg. und eingeleitet von Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK). Berlin 24(1988)4. S. 449.

20 Ebenda. S. 464.

21 Siehe Tilla Durieux: Meine ersten neunzig Jahre. Erinnerungen. Berlin 1980. S. 281.

22 Siehe genauer über Cassirers »linke« Verlagsproduktion Georg Brühl: Die Cassirers. Streiter für den Impressionismus. Leipzig 1991. S. 187ff.

Tilla Durieux kannte Rosa Luxemburg schon seit dem Winter 1906/1907, traf mit ihr auch später mehrfach geheim zusammen und bekannte: »Während des Krieges konnte ich sie im Gefängnis über Kestenbergs unterstützen, und ihr schreckliches Ende war ein großer Schmerz für mich.«²³ Tatsächlich half Tilla Durieux ihr über Leo Kestenbergs (der ein großer Verehrer Rosa Luxemburgs war und in Berlin kulturelle Veranstaltungen für Arbeiter organisierte) in »ihrer sehr bedrängten materiellen Lage« ab Dezember 1916 oder Januar 1917 mit einer monatlichen Rente – was in der Luxemburg-Forschung bislang nicht zur Kenntnis genommen wurde, aber aus anderen Quellen bisher auch nicht verifiziert werden konnte: »Ich war glücklich, dieser außergewöhnlichen Frau ein wenig helfen zu können.«²⁴ Leider wissen wir über alle diese Vorgänge vorläufig vieles nur fragmentarisch; tiefer lotende archivalische Untersuchungen im Umkreis der Cassirers und der Durieux könnten da vermutlich weitere Materialien zu Tage fördern.

Rosa Luxemburg muß als Übersetzerin unerhört fleißig gewesen sein, denn bereits in der letzten Novemberdekade 1916 hatte sie ein Manuskript über die Kommandantur an ihren Verleger Paul Cassirer im Umfang von zehn Druckbogen geschickt, wobei sie die Länge des Gesamtmanuskripts auf insgesamt 29 Bogen schätzte.²⁵ Nach einigen Komplikationen zwischen Übersetzerin und Lektor war die Übertragung im Sommer 1918 abgeschlossen.

Cassirer publizierte die Korolenko-Übersetzung der Luxemburg 1919 in Berlin und verkaufte sie zum Ladenpreis von 15 Mark (gebunden 20 Mark, in Halbleinen 50 Mark). Das in zwei Bänden erschienene Werk, gedruckt bei Oscar Brandstetter in Leipzig, muß guten Absatz gefunden haben (die Auflagehöhe konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden), denn 1920 erschien eine zweite unveränderte Auflage. Dem war eine Vorpublikation in der Zeitschrift »Die weißen Blätter« vorausgegangen, wo dann auch von dem Herausgeber René Schickele der Titel für Luxemburgs Einleitungssatz »Die Seele der russischen Literatur« erfunden

23 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 5. Berlin 1984. S. 113. – Siehe ferner Christian Kennert: Paul Cassirer und sein Kreis. Ein Berliner Wegbereiter der Moderne. Frankfurt am Main, Berlin, Bern u. a. 1996. S. 118, 128f. und 158f.

24 Ebenda. S. 270. – Siehe noch Leo Kestenbergs: Bewegte Zeiten. Musisch-musikalische Lebenserinnerungen. Wolfenbüttel, Zürich 1961. S. 37f.

25 Siehe Rosa Luxemburg: Brief an Luise Kausky vom 3. Dezember 1916. In: Ebenda. S. 143. – Die Gesamtanzahl steht in dem erwähnten Brief an Dietz (siehe ebenda. S. 131).

den wurde.²⁶ Veröffentlicht wurden hier freilich aus der Feder Rosa Luxemburgs nur die Teile I und IV, der Mittelteil mit wichtigen Urteilen über Korolenko blieb offenbar aus Platzgründen auf der Strecke. Ein zweiter Vorabdruck der (wiederum beschnittenen Einleitung) erfolgte im Jahrbuch des Cassirer-Verlages. Die gelungene Kompilation akzentuierte die Teile II und IV.²⁷ Inwieweit die Übersetzung nach dem Tode von Rosa Luxemburg in der bürgerlichen Presse besprochen wurde, müßte gesondert untersucht werden. Immerhin hatte die übersetzerische Leistung der Revolutionärin Bestand. Der Verlag JHW Dietz Nachf. GmbH Berlin brachte 1947 diese Übersetzung als Nachdruck kommentarlos heraus, ohne auf die Rechte Cassirers oder Luxemburgs zu verweisen. Auch in der Folgezeit wurde diese Übersetzung bis in die Mitte der achtziger Jahre mehrfach ediert. Eine vollständige Ausgabe aller Bände von Korolenkos »Geschichte meines Zeitgenossen« erschien allerdings im deutschsprachigen Raum meines Wissens nur 1953 in der DDR im Verlag Rütten & Loening Berlin.²⁸

Korolenko wußte als belesener Mann (wenigstens vom Namen her) wohl einiges über Rosa Luxemburg. Ob er ihre Schriften und Publizistik kannte, ist eher zu verneinen, zumal sie meines Wissens in der legalen russischen Presse bis 1917 keine Plattform hatte. Ihr Name taucht eigentlich (soweit ich es jedenfalls beurteilen kann) nur einmal in einem Zusammenhang auf, der direkt zu unserem Thema führt. Aber Korolenko kannte ihre Einleitung zu seinem Werk, die ihm in russischer Übersetzung vom Moskauer Marx-Engels-Institut am 2. August 1921 übermittelt wurde.²⁹ Die Übertragung wurde zuerst im Juli/August-Heft

-
- 26 Siehe Rosa Luxemburg: Die Seele der russischen Literatur. Einleitung zu W. Korolenko. Die Geschichte meines Zeitgenossen. In: Die weißen Blätter. Berlin 6(1919)2. S. 56–75 (ein Neudruck erschien 1969 in Nendeln 1969).
- 27 Siehe Rosa Luxemburg/Wladimir Korolenko. In: Unser Weg 1919. Ein Jahrbuch des Verlags Paul Cassirer. Berlin 1919. S. 67–69 (auf S. 70–72 wurde eine verkürzte Fassung des Kapitels 2 »Mein Vater, der Richter« aus Korolenkos Lebensgeschichte abgedruckt).
- 28 Siehe Wladimir Korolenko: Die Geschichte meines Zeitgenossen. Vier Bücher in zwei Bänden. Berlin 1953. – Das erste Buch ist die Luxemburg-Übersetzung, Buch 2 bis 4 wurden von Hermann Asemissen übertragen. – Andere Übertragungen (nur des ersten Teils, also der Luxemburg-Übertragung) sind 1970 in Frankfurt am Main und 1985 in Zürich erschienen.
- 29 Siehe P. I. Negretov (sost.)/A. V. Chrabrovickij (red.): V. G. Korolenko v gody revoljucii i gra danskoj vojny 1917–1921. Biografičeskaja chronika. Beson Vermont 1985 (im weiteren V. G. Korolenko v gody revoljucii i gra danskoj vojny ...). S. 350. –

1921 in der Zeitschrift »Krasnaja Now« (Rotes Neuland) und 1922 als eigenständige Broschüre in Petrograd veröffentlicht.³⁰ Eine Reaktion Korolenkos ist nicht überliefert.

Der Schriftsteller hatte Rosa Luxemburgs Ermordung am 15. Januar 1919 als feige und heimtückisch verurteilt. In einem polemischen Brief an Maxim Gorki vom 27. Juli 1921 schrieb er im Zusammenhang mit der russischen Hungersnot über dessen vereinfachende Sicht auf die Haltung der russischen Emigration: »Und Sie denken, daß unsere Emigration insgesamt nicht helfen, sondern die Hilfe sogar behindern wird. Ich glaube, Sie irren sich. Für so etwas braucht man echtes schwarz-hundertschaftliches Verbrechen, die Emigration aber ist insgesamt dazu nicht fähig, davon bin ich überzeugt. Überhaupt betrachte ich die ganze Angelegenheit etwas anders. Für mich zum Beispiel ist die Ermordung Schingarjows und Kokoschkins genau so ein Verbrechen wie die Ermordung von Rosa Luxemburg und Liebknecht, und ihre Straflosigkeit bleibt genauso ein Schandfleck wie die andere.«³¹ Genau damit, mit der Verneinung jeglicher Gewaltanwendung (Korolenko hatte sich schon im 19. Jahrhundert gegen die Todesstrafe ausgesprochen) ist aber das Thema angerissen, das uns im folgenden beschäftigen soll, nämlich Luxemburgs und Korolenkos Positionen zur russischen (bolschewistischen) Revolution.

III.

Luxemburg wußte über Korolenkos Verhältnis zur russischen Revolution von 1917 sicherlich nichts; aber auch seine Haltung zur ersten Revolution von 1905/1907 war ihr vermutlich verborgen geblieben. Aber sie wußte um »das hohe soziale Verantwortungsgefühl«, das sich »bei die-

Es wird die maschinenschriftliche Kopie der von A. G. Gornfeld herausgegebenen selbständigen Broschüre gewesen sein, die unter dem Titel »Duša russkoj literatury« 1922 in St. Petersburg erschienen ist.

30 Siehe ebenda. S. 128. – Der Text siehe Krasnaja Nov'. Moskau (1921)2. S. 183–203.

31 Ebenda. S. 344. – A. I. Schingarjow und F. F. Kokoschkin wurden im Januar 1919 in St. Petersburg von »Unbekannten«, vermutlich von den Bolschewiki, ermordet. Korolenko notierte am 28. Januar 1918 über sie: »Zwei saubere und kluge Menschen, die sehr viel für die russische Freiheit getan haben.« Einen Haftbefehl Lenins zur Ergreifung der Mörder sah er als reine Formsache mit vorhersehbarem negativem Ergebnis an (siehe ebenda. S. 87f.).

sem begnadeten Dichter stärker sogar als die Liebe zur Natur, zum ungebundenen Wanderleben, zum poetischen Schaffen« entwickelt hatte: »In ihm, wie in Tolstoi, siegte zum Schluß der soziale Kämpfer, der große Bürger über den Dichter und Träumer.« Und schlußfolgernd schrieb sie: »Von der Woge der nahenden revolutionären Sturmflut mitgerissen, verstummte er als Dichter Anfang der neunziger Jahre immer mehr, um nur noch als *Vorkämpfer der Freiheit, als geistiger Mittelpunkt der oppositionellen Bewegung der russischen Intelligenz* seine Klinge blitzen zu lassen.«³² Hier ist sicherlich ein Ansatz, um die Haltung beider Persönlichkeiten zur russischen Revolution genauer verfolgen zu können.

Rosa Luxemburg saß – wie gesagt – seit Anfang 1916 in den Gefängnissen Berlin, Wronke und Breslau und gewann erst mit dem 9. November 1918, mit der deutschen Novemberrevolution, ihre Freiheit wieder. Ihre Sicht auf die russische Revolution wurde bestimmt durch ihre Revolutionserwartung und ihre Hoffnungen auf einen Umsturz insgesamt, aber auch durch ihre persönlichen Erfahrungen mit den russischen Parteifunktionären von Plechanow über Martow bis zu Lenin und Trotzki. Konkretes konnte sie nur aus den ihr in den Gefängnissen zugänglichen, natürlich durch die Zensur verstümmelten Presseinformationen und aufgrund von sehr geringen persönlichen Informationen ihrer Besucher gewinnen, die aber keine Augenzeugen der revolutionären Geschehnisse sein konnten. Das war wenig genug, dennoch ausreichend für eine so analytische Denkerin wie Rosa Luxemburg. Immerhin verfügte sie über ein festes Fundament an marxistischen Einsichten und guten Rußlandkenntnissen, die sie auch aus der Ferne zu deutlichen und differenzierten Einschätzungen befähigten. Ihre Auffassungen wurden 1922 postum zusammengestellt in der Publikation »Die Russische Revolution« (Hrsg. Paul Levi); danach wurde sie von Ossip K. Flechtheim herausgegeben³³ und dann 1990 von Annelies Laschitzka mit anderen Ma-

32 Rosa Luxemburg: Einleitung. In: Wladimir Korolenko: Die Geschichte meines Zeitgenossen. Berlin 1947. S. 36f. – Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 330f. (Kursiv – E. H.).

33 Siehe Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. Eingeleitet u. hrsg. von Ossip K. Flechtheim. Frankfurt am Main 1963 (auf S. 10 gibt er eine Zusammenstellung weiterer Publikationen des Fragments).

terialien als Gesamtkorpus der Arbeiten Luxemburgs über die russische Revolution publiziert.³⁴

Versucht man, Luxemburgs Meinungen über die russischen Revolutionen des Jahres 1917 zu systematisieren, so ergibt sich für mich folgendes, hier natürlich nur sehr verknüpft dargestelltes Bild: Obwohl Rosa Luxemburg die Februarrevolution eher abwartend beurteilte, war sie spätestens ab April 1917 begeistert: »Die russischen Ereignisse sind von unberechenbarer, gewaltiger Tragweite, und ich betrachte das, was dort bis jetzt geschehen, nur als eine kleine Ouvertüre. Die Dinge müssen dort ins Grandiose gehen, das liegt in der Natur der Sache. Und ein Echo in der gesamten Welt ist unausbleiblich.«³⁵ Und an Marta Rosenbaum schrieb sie am 29. April 1917: »Nun, und die herrlichen Dinge in Rußland wirken auf mich wie ein Lebenselixier. Das ist ja für uns alle eine Heilsbotschaft, was von dort kommt, ich fürchte, Ihr alle schätzt das nicht genügend hoch, empfindet nicht genügend, daß es unsere eigene Sache ist, die dort siegt. Das *muß*, das *wird* auf die ganze Welt erlösend wirken, das *muß* ausstrahlen nach ganz Europa, ich bin felsenfest überzeugt, daß eine neue Epoche jetzt beginnt und daß der Krieg nicht mehr lange dauern kann.«³⁶

Es sind eigentlich drei Momente, die dann Rosa Luxemburgs Beurteilung der russischen Oktoberrevolution prägten: Sie ist für sie Fortsetzung und Weiterentwicklung der Revolution von 1905/1907; es handelt sich dabei um eine eigenständige Bewegung des russischen Proletariats; das nun notwendige Verantwortungsgefühl der westeuropäischen Arbeiterbewegung für den Fortgang der russischen Revolution. Luxemburgs Begeisterung über die russische Revolution und ihre weltbewegende Kraft blieb ungebrochen; dennoch wirkte sie in der Eingeschlossenheit der Gefängniszelle oft irritiert. Am 24. November 1917 meinte sie skeptisch in einem Brief an Franz Mehring: »Ich greife mit ungeduldiger

34 Siehe Annelies Laschitzka (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin. Berlin 1990 (im weiteren Annelies Laschitzka (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden ...). – Das Fragment wurde 1974 im Bd. 4 der »Gesammelten Werke« von Rosa Luxemburg erstmals in der DDR ediert (siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 332–365).

35 Rosa Luxemburg: Brief an Clara Zetkin vom 13. April 1917. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 5. Berlin 1984. S. 205.

36 Ebenda. S. 226 (Kursiv bei Rosa Luxemburg gesperrt).

Hand nach jeder frischen Zeitung, um nach Nachrichten aus Petersburg zu sehen, man kann aber immer noch nicht klug werden. Es ist ja leider fast ausgeschlossen, daß sich die Lenin-Leute bei diesem furchtbaren Chaos und bei der Gleichgültigkeit der Massen im Westen an der Macht erhalten. Aber schon ihr Versuch ist epochemachend.«³⁷ Diese Erkenntnis wurde für Rosa Luxemburg bestimmend. Eine Revolution in Rußland konnte nach ihrer innersten Überzeugung nur Bestand haben, wenn es eine starke Unterstützung aus Westeuropa geben würde. Zugleich aber trieben sie einige Maßnahmen der Bolschewiki ins Grübeln und Zweifeln, etwa die bolschewistische Rache an den Sozialrevolutionären nach der Ermordung des deutschen Botschafters im Juli 1918 (»200 ›Sühne-Hinrichtungen‹ in Moskau«, schrieb sie³⁸).

Luxemburgs Haltung zur russischen Revolution kulminierte in ihrem zu ihren Lebzeiten nicht veröffentlichten Manuskriptfragment »Die russische Revolution«. Hier äußerte sie ihre Zweifel an den Realisierungschancen der Revolution, wie sie durch die Bolschewiki angegangen wurde. Zum einen war es wohl die Isoliertheit der russischen Revolution (ohne flankierende Maßnahmen der Arbeiterbewegung in Mittel- und Westeuropa), die sie den Sieg der Bolschewiki bezweifeln ließ. Außerdem sah Rosa Luxemburg in diesem, in vielem noch unfertigen Manuskript drei prinzipielle Fehler der Bolschewiki: ihre Agrarreform und die Bauernpolitik; ihre Position zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen und zur Friedenspolitik und schließlich die Auflösung der Konstituierenden Versammlung und das damit verkündete Prinzip einer proletarischen Diktatur. Was die Agrarreform angeht, sah sie voraus: »Die Leninsche Agrarreform hat dem Sozialismus auf dem Lande eine neue mächtige Volksschicht von Feinden geschaffen, deren Widerstand viel gefährlicher und zäher sein wird, als es derjenige der adligen Großgrundbesitzer war.«³⁹ In der Leninschen Losung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, die nach ihrer Auffassung nur im Sozialismus verwirklicht werden konnte, sah sie nur Phrasen. Die Bolschewiki haben »die Massen in allen Randländern durch ihre Parole verwirrt und der Demagogie der

37 Ebenda. S. 329. – Ähnlich äußerte sie sich auch nach dem 12. November an Marta Rosenbaum (siehe ebenda. S. 319). – Welche Nachrichten Rosa Luxemburg über Rußland in den ihr zur Verfügung stehenden Zeitungen rezipieren konnte, müßte gesondert untersucht werden.

38 Rosa Luxemburg: Brief an Luise Kautsky am 25. Juli 1918. In: Ebenda. S. 404.

39 Annelies Laschitzka (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden ... S. 131.

bürgerlichen Klassen ausgeliefert. Sie haben durch diese Förderung des Nationalismus den Zerfall Rußlands selbst herbeigeführt, vorbereitet und so den eigenen Feinden das Messer in die Hand gedrückt, das sie der russischen Revolution ins Herz stoßen sollten.«⁴⁰ Die substantielle Kritik Rosa Luxemburgs an den Bolschewiki freilich kulminierte in ihrer ablehnenden Position zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung und der von ihr zu Recht vermuteten generellen Ablehnung von wirklichen Volksvertretungen. Leo Trotzki zum Beispiel verurteilte die Konstituierende Versammlung, halte auch Neuwahlen für überflüssig, »ja, er verallgemeinert sie zu der Untauglichkeit jeder aus den allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Volksvertretung während der Revolution überhaupt«.⁴¹ Entschieden wandte sie sich gegen die von Wladimir Lenin benutzten Zwangsmethoden des Regierens: »Nur vergreift er [Lenin – E. H.] sich völlig im Mittel. Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Palliative. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt: die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche *Meinung*. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert.«⁴²

Rosa Luxemburg urteilte über die russische Revolution von außen, »aus der Ferne«, aus dem Gefängnis mit seinen eingeschränkten Informationsmöglichkeiten. Sie urteilte vor allem als Theoretikerin, die in tiefer Kenntnis der russischen Situation, der inneren Befindlichkeiten der führenden russischen Revolutionäre sowie früherer Meinungsverschiedenheiten mit ihnen, dann aber auch aufgrund ihrer eigenen Zielvorstellungen ihre Vermutungen und Warnungen äußerte. Es macht ihre Genialität aus, daß sie in vielem (leider) Recht behielt.

IV.

Anders Korolenko. Er stand mitten im Geschehen und erlebte die Revolution vor Ort – wengleich nicht als aktiver Kämpfer auf den Barrikaden, aber doch als unmittelbarer Zeitzeuge und als Beteiligter in seinem Bemühen um die »Erniedrigten und Beleidigten«. Während der Revolution und des Bürgerkrieges lebte er in Poltawa. Er führte Tagebuch, äu-

40 Ebenda. S. 138.

41 Ebenda. S. 143.

42 Ebenda. S. 155–157.

Berte sich in der örtlichen und (soweit ihm das möglich war) in der zentralen Presse zu den verschiedensten Problemen und wurde so tatsächlich zum staatsbürgerlichen »Gewissen der Revolution«. Seine Position in den Jahren von 1917 bis zu seinem Tode blieb in der Sowjetzeit weitestgehend unbekannt, ja wurde in den gängigen Ausgaben verschwiegen. So kommt es, daß ich selbst, ohne genauer in älteren Publikationen zu recherchieren, zum Beispiel nur eine positive Position Korolenkos zur Oktoberrevolution wahrnahm.⁴³ Erst mit der Perestroika wurden viele unbekanntes Materialien publiziert.

Im folgenden sollen Korolenkos Positionen anhand seiner eigenen Äußerungen aus diesen Jahren verfolgt werden, die der Luxemburg-Forschung bislang unbekannt geblieben sind, die aber ein interessantes Vergleichsmaterial zu den Auffassungen der Revolutionärin darbieten und in vielem zu gleichen oder doch zumindest ähnlichen Beurteilungen kommen. Ich stütze mich in der folgenden Darstellung vor allem auf die biographische Chronik von P. I. Negretow »W. G. Korolenko in den Jahren der Revolution und des Bürgerkrieges 1917–1921«, die seine Tagebuchnotizen, Zeitzeugenberichte und viele Archivalien auswertet.⁴⁴ Nicht behandelt werden die Auseinandersetzungen zwischen Korolenko und Anatoli Lunatscharski über die Oktoberrevolution und ihre Methoden, da diese bereits in einer Gesamtpublikation dem deutschen Leser zugänglich sind.⁴⁵

Korolenko notierte am 3. März 1917 (bis Anfang 1919 sind alle Daten nach altem Stil angegeben) in sein Poltawaer Tagebuch, daß zwar in Petrograd ein Umschwung erfolgt sei, sogar mit Blutvergießen, aber daß es im Süden völlig ruhig sei; alles warte ab.⁴⁶ Die Ursachen der Februarrevolution sah der Schriftsteller im verlorenen Krieg, im wirtschaftlichen Niedergang und Ruin des Landes, im Hunger und im skandalösen Charakter der Regierung.⁴⁷ Dennoch sprach er sich für die Fortsetzung des

43 Siehe Erhard Hexelschneider: Wladimir Korolenko. In: Wolf Düwel/Helmut Grasshoff u. a. (Hrsg.): Geschichte der russischen Literatur von den Anfängen bis 1917. Bd. 2. Berlin, Weimar 1986. S. 310f.

44 Siehe V. G. Korolenko v gody revoljucii i gra danskoj vojny 1917–1921 ... – Alle Zitate aus diesem Werk wurden vom Verfasser übersetzt.

45 Siehe Michael Harms (Hrsg.): Wladimir Korolenko. Ohne Freiheit keine Gerechtigkeit. Berlin 1993.

46 Siehe V. G. Korolenko v gody revoljucii i gra danskoj vojny ... S. 16.

47 Siehe V. G. Korolenko: Brief an P. S. Iwanowskaja vom 4. März 1917. In: Ebenda. S. 18.

Krieges aus, den er aus den patriotischen Gründen der »Vaterlandsverteidigung« fortführen wollte. In seinen Skizzen »Krieg, Vaterland und Menschheit. Briefe zu Fragen unserer Zeit« (»Vojna, otečestvo i čelovečestvo. Pis'ma o voprosach našego vremena«) machte er im August 1917 den Wandel in der Auffassung der westeuropäischen Sozialdemokratie deutlich, die von der These des Marxschen »Kommunistischen Manifests«, die Arbeiter hätten kein Vaterland, zur Vaterlandsverteidigung übergegangen sei. Nur das rückständige Rußland würde hier eine Ausnahme bilden, wogegen Korolenko heftig polemisierte. Karl Liebknechts »Nein« zum imperialistischen Krieg spielte für ihn keine Rolle.⁴⁸ Kein Wunder, daß W. I. Lenin später auf diese Position sehr gereizt reagierte und Korolenko als elenden Kleinbürger charakterisierte, der in bürgerlichen Vorurteilen befangen sei.⁴⁹

Als kritischer Staatsbürger entzog sich Korolenko seiner Verantwortung durchaus nicht, nahm »vorsichtig« (nach eigenen Worten) an Komiteeversammlungen teil und ließ sich sogar am 11. März zum Ehrenvorsitzenden eines Soldatenmeetings in Poltawa wählen.⁵⁰ Das sollte ihm auch noch weitere Male passieren; Anfang April 1917 wählte man ihn zum Ehrenvorsitzenden des Poltawaer Hilfskomitees für Kriegsgefangene. Korolenkos Ansehen war so groß, daß Romain Rolland nach einem Treffen mit Anatoli Lunatscharski im April 1917 dessen (sicher voreilige) Meinung wiedergab, wonach man Korolenko zum Präsidenten der Russischen Republik (falls es denn einen solchen geben würde) ernennen sollte.⁵¹ Als man ihm im September 1917 von mehreren Seiten nahelegte, für die Konstituierende Versammlung zu kandidieren, lehnte er ab: »Als Politiker war ich nie besonders gut.«⁵² Gerade in dieser Zeit formulierte Korolenko ein Grundprinzip: »Man darf nur mit ehrlichen Mitteln kämpfen.«⁵³ Und am 8. August 1917 schrieb er über den revolutionären Umbruch in Rußland: »Uns steht entweder der Ruhm einer großen Initiative zum Nutzen des Friedens für die ganze Menschheit (ungefähr so)

48 Siehe V. G. Korolenko: Brief an W. A. Rosenberg vom 8. August 1917. In: Ebenda. S. 46.

49 Siehe Vladimir I. Lenin: Polnoe sobranie sočinenij. Moskau 1965. Bd. 51. S. 48. Brief an A. M. Gorki vom 15. September 1919.

50 Siehe V. G. Korolenko v gody revoljucii i gra: danskoj vojny ... S. 18.

51 Siehe ebenda. S. 27.

52 V. G. Korolenko: Brief an P. S. Iwanowskaja vom 1. Oktober 1917. In: Ebenda. S. 54.

53 V. G. Korolenko: Brief an S. D. Protopopowa vom 23. Juli 1917. In: Ebenda. S. 45.

bevor oder Schmach und Schande.«⁵⁴ Korolenko fühlte sich nie einer Partei zugehörig, wirkte aber trotz Krankheit und Alter (er war damals 64 Jahre) gesellschaftlich sehr aktiv. So war er im April Schiedsmann in einem Arbeitsstreit zwischen Druckern und Druckereibesitzern und erreichte eine Erhöhung des Arbeitslohns um 80 Prozent.⁵⁵ Was ihn immer wieder antrieb, war sein unerschütterlicher Glaube an die Zukunft und die Größe Rußlands, an das gewaltige Potential des Landes und seiner Menschen.

Die Oktoberrevolution und den bewaffneten Kampf gegen die Provisorische Regierung hielt er für falsch und abenteuerlich. Angesichts der äußeren Bedrohung durch die Deutschen müsse man vielmehr zusammenstehen (die »Vaterlandsverteidigung«), sonst würde »russisches Blut durch russische Hände zur Freude des Rußland angreifenden Feindes vergossen werden«. Und weiter zur Oktoberrevolution: »Jetzt brach ein Wirbelsturm von der anderen Seite [nach dem Kornilow-Putsch – E. H.] aus. Das ist wiederum der dünnkelhafte Versuch einer Minderheit, einem ganzen Volk die Diktatur eines Zirkels aufzuzwingen, die revolutionäre [Provisorische – E. H.] Regierung fast an der Schwelle einer Konstituierenden Versammlung zu stürzen.«⁵⁶ Korolenko stand dem Bolschewismus von Anfang an skeptisch gegenüber. Am 23. Juli 1917 (wohl der ersten Erwähnung der bolschewistischen Bewegung bei ihm überhaupt) meinte er, daß diese (ohne nähere Begründung) »viel Schaden überhaupt« gebracht habe, daß man aber dem Vorwurf der Spionage und Käuflichkeit ihrer Führer nicht glauben dürfe.⁵⁷ Korolenkos Haltung gegenüber den Bolschewiki war zweifellos von Voreingenommenheit und Mißtrauen geprägt. Am 16. August 1917 schrieb er generalisierend: »Die Kraft des Bolschewismus jeder Art besteht in seiner demagogischen Vereinfachung.«⁵⁸ Und an anderer Stelle, ebenfalls noch vor der Oktoberrevolution, hieß es: »Sie (die Bolschewiki – E. H.) sind nur auf ihre Weise, auf verrückte Art, konsequent. Im wesentlichen sind fast alle – Bolschewiki, nur ohne diese Festigkeit von Mondsüchtigen. Alle quatschen: die

54 V. G. Korolenko: Brief an W. A. Rosenberg vom 8. August 1917. In: Ebenda. S. 46.

55 Siehe ebenda. S. 32.

56 Ebenda. S. 58.

57 Siehe V. G. Korolenko: Brief an S. D. Protopopowa vom 23. Juli 1917. In: Ebenda. S. 45.

58 V. G. Korolenko: Brief an W. N. Grigorjew vom 16. August 1917. In: Ebenda. S. 50f.

Revolution ist natürlich ›bürgerlich‹, aber sie soll zugleich auch sozial sein.«⁵⁹

In drei Fragen stand er zur Theorie und Praxis des Bolschewismus, wie sie sich im Verlauf der russischen Revolution entwickelt hatten, in schroffem Gegensatz. Dabei ist in unserem Zusammenhang von Belang, in welch hohem Maße sich seine Auffassungen mit denen von Rosa Luxemburg trafen, wenn beide auch von unterschiedlichen Positionen her argumentierten.

Das war zum einen die Agrarreform. Im Mai 1917 wurde er zu Bauern in der Nachbarschaft eingeladen, um seine Meinung zu einer bevorstehenden Agrarreform zu äußern. Korolenko kannte seine russischen Bauern und wußte um die Schwierigkeit, die Agrarbeziehungen neu zu ordnen. Er war gegen Gleichmacherei im Bodenbesitz und gegen gewaltsame Enteignungen, stieß damit aber auf tiefes Mißtrauen, denn die Bauern hatten gerade von ihm eine andere Position erwartet. Korolenko schrieb danach: »Wegen einer Lüge sind nicht nur Regierungen untergegangen, sondern auch Revolutionen.«⁶⁰ Und als ihm ein einfacher Bauer unter schweigender Zustimmung der übrigen als Problemlösungsanbot, man brauche doch bloß den Bauern das Land und den Arbeitern mehr Lohn geben, kam er zu dem Schluß, daß im Bewußtsein der landlosen Bauern an die Stelle des allwissenden und gnädigen Zaren von einst nun eine »Revolutions-Zarin« als Lösung getreten sei.⁶¹

Zum anderen wandte sich Korolenko gegen den »roten Terror« der Bolschewiki. Lenin und Trotzki hatten nach seiner Auffassung eine sozialistische Ordnung mit Hilfe von Bajonetten und revolutionären Beamten errichtet und waren dabei beispiellos brutal vorgegangen.⁶² Im März 1918 notierte er zum Thema Mord, Totschlag und Raub der neuen Herrscher in sein Tagebuch: »Das alles erregt dumpfe Feindseligkeit in der Bevölkerung, nicht gegen die bolschewistischen Programme – in dieser Hinsicht ist die Masse wahrscheinlich gar nicht so weit entfernt vom Bolschewismus, sondern gegen die jeweilige Alltagserscheinung. Der Bolschewik ist ein unverfrorener ›Chef‹, der befiehlt, durchsucht, requiriert, oft raubt, ohne Gericht und Formalitäten erschießt.«⁶³ Gleichzeitig

59 V. G. Korolenko: Brief A. G. Gornfeld vom 29. August 1917. In: Ebenda. S. 51.

60 Ebenda. S. 35.

61 Siehe ebenda. S. 35f.

62 Siehe ebenda. S. 64.

63 Ebenda. S. 95f.

aber vermerkte Korolenko auch die Grausamkeiten der anderen Seite: »Ohne Zweifel, die bolschewistischen Aufwiegelungen weckten die ersten Greuelthaten der wilden Menge gegenüber der ›Bourgeoisie‹. Aber die Greuelthaten [der Gegenseite – E. H.] sind, wenngleich nur als Antwort, ebenfalls Greuelthaten.«⁶⁴

Korolenko sah sich selbst als Sozialisten: »Ich bin weder Sozialdemokrat noch Sozialist-Revolutionär [Sozialrevolutionär – E. H.]. Ich bin ein parteiloser Schriftsteller, der von Recht und Freiheit für alle Bürger des Vaterlandes träumt, ein Partisan des Rechts und der Freiheit – mit einer allgemeinsozialistischen Gedankenrichtung. Ich bekenne, daß unter der Verflechtung fürchterlicher Fehler, wegen derer die Würde, die Ehre, die internationale Position und der Wohlstand Rußlands zugrunde gehen, es viele nicht nur bolschewistische Fehler gibt. Es gibt auch andere, darunter auch sozialistische. Dennoch halte ich für den wichtigsten Quell dieser Katastrophen die blinde Rückständigkeit der vorhergehenden Ordnung.«⁶⁵ Diese Zeilen wurden am 5. Juni 1918 in der »Kiewskaja Mysl« (Kiewer Gedanke) veröffentlicht. Korolenko wandte sich in diesem Zeitungsartikel gegen die Verfolgung der Sozialisten durch die Bolschewiki und gegen die Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit und schloß mit dem erhebenden Appell: »Wiederholt nicht die schrecklichen Fehler der Vergangenheit, erkennt an, daß darin viel schreckliche Unwahrheit begründet lag, aber daß auch in der Revolution [die Oktoberrevolution – E. H.] nicht allein Fehler existieren, sondern auch eine deprimierende Wahrheit.«⁶⁶

Die bolschewistische Revolution war für Korolenko in noch einer Hinsicht überhaupt nicht akzeptabel, in der mangelnden Pressefreiheit: »Daß der Bolschewismus so erbittert das unabhängige Wort verfolgt, ist zutiefst bedeutsam und symptomatisch. Wie die Selbstherrschaft erklärt er: Nur der, der mich anerkennt und rühmt, hat ein Existenzrecht. Unterwerft euch oder geht unter. Aber die unabhängige Literatur sieht, daß dieser neuen Macht die frühere Lüge zugrunde liegt. Der Bolschewismus teilte das Unzerteilbare: er trennte die soziale Gerechtigkeit von der Freiheit, darunter auch von der Freiheit des Wortes [...] und stellte sie sogar als feindliche Grundlagen gegenüber.«⁶⁷ Er notierte resigniert in

64 Ebenda. S. 102.

65 Ebenda. S. 112f.

66 Ebenda. S. 113.

67 Ebenda. S. 141.

seinem Tagebuch. »Wir bleiben auch nach der Revolution Sklaven.«⁶⁸ Das Problem der Pressefreiheit bewegte ihn immer wieder und immer öfter, zumal aus seiner (sehr realen) Sicht die Bolschewiki gerade Pressefreiheit als »liberales Vorurteil« ansahen. Dieses Problem übrigens konnte Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis überhaupt nicht erkennen.

Korolenko erwies sich in dem Hin und Her der Besetzungen und Herrschaften in Poltawa als Humanist, der zwar zwischen den Parteien nicht vermitteln konnte, der aber sehr wohl begriff, daß die Verrohung beider Seiten und jede Art von gegenseitiger Rache das Maß an Grausamkeiten nur erhöhen konnte. Freilich ging das alles zu Lasten seiner künstlerischen Produktion. So klagte er am 12. Februar 1919: »Für die Arbeit ist die Atmosphäre schlecht: den ganzen Tag ist bei mir ein ständiges Kommen und Gehen – man kommt, beklagt sich, weint, bittet um Vermittlung wegen Verhaftungen und Erschießungsdrohungen. Zwar hat man, wie es scheint, noch niemanden erschossen, aber der Bürger ist erschreckt und die bolschewistischen Deklarationen sind zudem sehr bedrohlich.«⁶⁹ Korolenko besaß einen Dauerausweis, um in die örtliche Allrussische Außerordentliche Kommission der sowjetischen Staatsmacht (Tscheka) gelangen zu können, nutzte ihn auch fast täglich, um für zu Unrecht verhaftete Juden, Sozialisten und andere Häftlinge einzutreten und um deren Befreiung oder Rehabilitierung zu kämpfen, wenn auch oft genug vergeblich.

In dem Maße, wie er den »roten Terror« mit all seiner unsäglichen Willkür erleben mußte (den er, wie auch den »weißen«, von Herzen verabscheute), wurde seine Haltung zur Oktoberrevolution und seinen Vollstreckern immer skeptischer, ja negativer. So meinte er in einem (natürlich ungedruckt gebliebenen) Interview für den ROSTA-Korrespondenten N. A. Lebedew am 26. Juni 1919: »Der Grundfehler der Sowjetmacht besteht in dem Versuch, den Sozialismus ohne Freiheit einzuführen. Meiner Meinung nach kommt der Sozialismus zusammen mit der Freiheit, oder er kommt überhaupt nicht [...] Ich wiederhole, ich halte die Erscheinung des roten Terrors für kein Kennzeichen der Stärke, sondern der Schwäche und Angst. Ich bin zutiefst überzeugt, daß er jener Seite [der bolschewistischen – E. H.] schrecklichen Schaden bringt, die ihn anwendet.«⁷⁰ Und in der Skizzenserie »Land! Land!

68 Ebenda. S. 73.

69 V. G. Korolenko: Brief an A. G. Gornfeld. In: Ebenda. S. 153.

70 Ebenda. S. 381 und 383.

(Beobachtungen, Überlegungen, Bemerkungen)« (»Zemli! Zemli! Nabljudenija, razmyšlenija, zametki«, 1919) kam er – seine bisherigen Beobachtungen verallgemeinernd – zu dem vernichtenden Urteil:

»In die Ukraine kam der Bolschewismus und setzte sich auf lange fest. Der Bolschewismus schaffte selbst den Begriff von allgemeiner Freiheit und Rechtsprechung ab. Er erklärte direkt die Diktatur einer Klasse, genauer sogar nicht einer Klasse, sondern ihres ärmsten Teils mit ihren Begierden als Programm. Alle, die noch unlängst im Dorf das allgemein anerkannte Herrschaftsrecht besaßen, wurden dafür außerhalb des Gesetzes gestellt [...] Bolschewismus ist die letzte Seite einer Revolution, die sich von der Staatlichkeit losgesagt und die Oberhoheit des Klasseninteresses gegenüber den höchsten Grundlagen der Gerechtigkeit, Menschlichkeit und des Rechts anerkannt hat. Mit dem Bolschewismus bewegt sich unsere Revolution in eine dunkle Wegelosigkeit, aus der es keinen Ausweg gibt.«⁷¹

Sicherlich wäre es überzogen, nur diese Äußerungen Korolenkos zur Charakteristik seiner politischen Positionen heranzuziehen. Als wirklicher Humanist sah und verurteilte er in gleicher Weise auch die Grausamkeiten der Denikin-Armee. So schrieb er am 16. März 1920: »Poltawa wurde in dieser Zeit von den Denikin-Leuten besetzt, dann nahmen es die aufständischen Räuber des ›Anarchisten‹ Machno ein, gaben es wieder auf und nahmen es erneut ein, dann kamen die Bolschewiki. Da die Bolschewiki schnell kamen, litt Poltawa verhältnismäßig wenig. Man muß schon Gerechtigkeit walten lassen: die Bolschewiki zähmten ihre verbündeten Machno-Leute und erklären jetzt, daß ›Väterchen‹ Machno außerhalb des Gesetzes stehe. Was die abrückenden ›Freiwilligen‹ [Denikins Befreiungsarmee – E. H.] getan haben, wissen Sie so ungefähr aus der sowjetischen Presse. Man kann die Gemeinheiten kaum über treffen, die sie als Pogrome und in anderen Formen durchgeführt haben. Sie kamen mit Raub und Gewalt und gingen auch so fort, wobei sie sogar bei ihren Anhängern Enttäuschung zurückließen. Man kann schon sagen – ›eine Partei der Ordnung‹.«⁷²

Korolenko fühlte sich zwischen den Fronten hin- und hergerissen. Nicht zufällig schrieb er am 31. Januar 1920: »Mich trifft das Los, in

71 Ebenda. S. 219.

72 V. G. Korolenko: Brief an S. D. Protopopowa. In: Ebenda. S. 228.

Opposition zu allen bisher einander ablösenden Regimes zu stehen.«⁷³ Und an anderer Stelle: »Ich halte mich für einen Sozialisten in dem Sinne, daß ich nur die Freiheit anerkenne.«⁷⁴ An die Volkstümlerin Wera Figner schrieb er am 24. April 1920: »Während des früheren Regimes gab es viele grobe Grausamkeit. Unter dem jetzigen gibt es viel Lüge und Scheinheiligkeit. Natürlich werden wir nicht das Frühere verteidigen, aber den Vorzug der scheinheiligen Lüge gegenüber der Grausamkeit zu verteidigen, ist auch keine so lustige Angelegenheit.«⁷⁵ Voller Resignation, zugleich aber mit großer Prophetie formulierte er: »Die Geschichte wird irgendwann vermerken, daß die bolschewistische Revolution mit den aufrichtigen Revolutionären und Sozialisten mit denselben Mitteln abgerechnet hat wie das zaristische Regime, d. h. mit reinen Polizeimethoden.«⁷⁶

Diese immer wieder mit großer Entschiedenheit in der Öffentlichkeit geäußerten Ansichten ließen den im Volk äußerst angesehenen, aber in den Augen der führenden bolschewistischen Politiker ungeliebten und unangenehmen Mahner fast schon zu einem Feind werden. W. I. Lenin äußerte sich im Gespräch mit seinem Sekretär Wladimir Dmitrijewitsch Bontsch-Brudjewitsch über Korolenko: »Er versteht die Aufgaben unserer Revolution nicht [...] Aber sie sind alle so: sie nennen sich Revolutionäre, Sozialisten, ja sogar Volks[sozialisten], aber was das Volk braucht, stellen sie sich nicht einmal vor. Sie sind bereit, sowohl den Gutsbesitzer als auch den Fabrikanten und den Geistlichen, alle auf ihren alten Plätzen zu belassen, nur um eine Möglichkeit zu haben, über diese oder jene Freiheiten in irgendeiner Schwatzbude zu reden. Aber die Revolution in die Tat umzusetzen – dafür reicht es nicht und wird es auch niemals reichen. Es besteht wenig Hoffnung, daß Korolenko verstehen wird, was sich gegenwärtig in Rußland tut, aber im übrigen man muß es dennoch versuchen, ihm alles ausführlicher darzustellen.«⁷⁷ Deshalb beauftragte

73 V. G. Korolenko: Brief an M. M. Podgajewski vom 31. Januar 1920. In: Ebenda. S. 224.

74 V. G. Korolenko: Brief an A. G. Gornfeld. In: Ebenda. S. 281.

75 Ebenda. S. 325.

76 V. G. Korolenko: Brief an A. M. Gorki vom 29. Juli 1921. In: Ebenda. S. 339.

77 Vladimir D. Bonč-Bruevič: Moja perezpiska i pervaja vstreča s V. K. Korolenko (Iz vospominanij). In: V. G. Korolenko v vospominanijach sovremennikov. Moskau 1962. S. 507f. – Zum Verhältnis von Lenin und Korolenko siehe noch Lenin o Korolenko. In: Literaturnoe nasledstvo. Bd. 80: V. I. Lenin i A. V. Lunačarskij. Perezpiska, doklady, dokumenty. Moskau 1971. S. 720–726.

Lenin seinen Volkskommissar für Bildungs- und Kulturpolitik Anatoli Wassiljewitsch Lunatscharski, solche Gespräche zu führen, die freilich nur die Unvereinbarkeit der Positionen beider deutlich machten. Diese Materialien wurden übrigens erst 1988 in Moskau in der Zeitschrift »Nowy mir« (Neue Welt) publiziert.⁷⁸

Kehren wir zu Rosa Luxemburg zurück. Sie hatte aus dem Gefängnis heraus den Sieg der russischen Revolution voller Begeisterung und Hoffnung begrüßt. Zugleich aber erkannte sie im weiteren Verlauf des revolutionären Geschehens und des Bürgerkrieges an verschiedenen Eckpunkten Ansätze für eine später verhängnisvolle Entwicklung, die sie auch benannte. In ihrem unvollendeten Manuskript über die russische Revolution schrieb sie jene berühmten Sätze über die Freiheit, in denen am ehesten die innere Nähe zwischen der Revolutionärin und dem Schriftsteller deutlich wird: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie auch noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.«⁷⁹ Korolenko hatte das in ähnlicher Weise etwas später (1921) formuliert: »Freiheit ist die Luft, ohne die die Presse nicht existieren kann und ohne die sie erlischt.«⁸⁰ Und am 27. Juli 1921 schrieb er, bereits schwer krank, an A. M. Gorki, das eingangs erwähnte Zitat⁸¹ über die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs aufnehmend: »Wir haben den Gang unserer Revolution dadurch gehemmt, daß wir nicht sofort erkannt haben, daß zu ihrer Grundlage die Menschlichkeit gelegt werden muß. Bei uns herrschte von alters her die Vorstellung, daß die ›große‹ französische Revolution nur deshalb gelungen ist, weil sie durch Terror wirkte. Aber der sozialistische Historiker Michelet behauptet, daß

78 Die deutschen Materialien siehe Michael Harms (Hrsg.): Wladimir Korolenko. Ohne Freiheit keine Gerechtigkeit. – Eine zweite deutsche Übersetzung von Hilde Angarowa siehe Sowjetliteratur. Moskau (1999) I. S. 117–146.

79 Annelies Laschitzka (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden ... S. 153 (Anmerkung 12).

80 V. G. Korolenko: Brief an W. N. Solotnizki vom 4. Juli 1921. In: V. G. Korolenko v gody revoljucii i gra danskoj vojny ... S. 341.

81 Siehe Anmerkung 31.

sie *eben deshalb nicht gelungen ist* [...] Wir sind von einer Gewalt in eine andere gefallen.«⁸²

Die Wege von Korolenko und Luxemburg haben sich – wie gesagt – nie gekreuzt. Dennoch ist ihrer beider Beurteilung der Auswüchse der russischen Revolution und der Haltung der Bolschewiki dazu in vielem deckungsgleich. Allerdings gibt es auch prinzipielle Unterschiede. Korolenko sprach sich wohl doch generell gegen einen Kommunismus bolschewistischer Prägung aus und wollte eine westlichen Vorbildern folgende Demokratie ohne Zaren, aber eben auch ohne bolschewistische Partei. Luxemburg hingegen strebte einen demokratischen Sozialismus als gerechte Gesellschaftsform an, in dem Freiheit und Demokratie unabdingbare Voraussetzungen für das Wohl des einzelnen wie für das Wohl aller waren.

82 V. G. Korolenko: Brief an A. M. Gorki vom 27. Juli 1921. In: V. G. Korolenko v gody revoljucii i gra' danskoj vojny ... S. 345. – Es wäre sicherlich reizvoll, die Haltung von Korolenko mit Gorkis Publizistik der Jahre 1917/1918, den »Unzeitgemäßen Gedanken« (Nesvoevremennye mysli), zu vergleichen.

ECKART MEHLS

Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin

Der am 18. März 1921 unterzeichnete Rigaer Frieden als Schlußpunkt des polnisch-sowjetischen Krieges 1920/1921 zieht zu Recht, wie ich meine, immer wieder die Aufmerksamkeit von Historikern verschiedener Länder auf sich.

Bereits Lord d'Abernon, im Auftrage der britischen Krone in Warschau Augenzeuge (und in gewissem Sinne Beteiligter) des Geschehens, reihte in seiner später berühmt gewordenen publizistischen Auswertung das von ihm miterlebte militärische Geschehen als die Nummer 18 in die Reihe der Entscheidungsschlachten der Weltgeschichte ein.¹ Allgemein bekannt geworden ist das Wort vom »Wunder an der Weichsel« als Synonym für das fast unerwartete militärische Fiasko der unmittelbar vor Warschau stehenden Roten Armee; weniger bekannt, aber auch zu den echten Mysterien des Geschehens damals und dort gehörend, ist schließlich die Äußerung des französischen Generals Weygand, allgemein gepriesen als der »Retter von Warschau«, daß eine richtige Schlacht gar nicht stattgefunden habe.²

Ich halte es dabei für bemerkenswert, daß sich mehrheitlich eine Sichtweise durchgesetzt hat, die den polnisch-sowjetischen Krieg und den ihn abschließenden Rigaer Frieden aus dem engen Rahmen der Betrachtung als eines bilateralen Ereignisses heraushebt. Dies erklärt auch, daß neben polnischen und sowjetischen Historikern, die verständlicherweise diesem Ereignis periodisch wiederkehrend Beachtung schenken, eine Vielzahl von Vertretern der historischen Wissenschaften und der Politologie, vor allem aus den USA, aber nicht zuletzt auch aus Großbritannien und Frankreich, sich dieser wichtigen Schaltstelle des historischen Geschehens im vorigen Jahrhundert zuwandten, wobei die nicht weni-

1 Siehe Edgar V. D'Abernon: *The Eighteenth Decisive Battle of the World*. Warsaw 1920 (London 1931).

2 Zitiert nach Thomas C. Fiddick: *Russia's retreat from Poland, 1920. From permanent Revolution to Peaceful Coexistence*. Basingstoke u. a. 1990. S. 8.

gen Exilpolen (so namentlich Dziewanowski,³ Korbel,⁴ Komarnicki,⁵ Wandycz,⁶ Bromke,⁷ Karski,⁸ um nur einige wenige zu nennen) natürlich schwer zuzuordnen sind.

Damit ist gesagt, daß es im internationalen Rahmen eine umfangreiche Literatur zur Thematik gibt, wobei insbesondere in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine neue Welle des Sich-Hinwendens zu dieser Thematik zu konstatieren ist. Es ist dies u. a. der Tatsache geschuldet, daß in engem Zusammenhang mit den Jahrhundertrückblicken die russischen Revolutionen des Jahres 1917 in starkem Maße wissenschaftliches Interesse auf sich zogen, was dann auch auf nachfolgende Entwicklungen, die mit ihnen eng verbunden waren, Auswirkungen zeigte.

Zugleich, vielleicht sogar in noch stärkerem Maße, ist aber auch darauf zu verweisen, daß sich in der zu Beginn des letzten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts herausbildenden spezifischen Situation völlig neue Bedingungen für Fragestellungen an die Ereignisse aus der Frühzeit der Konstituierung des Sowjetstaates, seiner Beziehungen zum kapitalistischen Umfeld sowie zu den theoretischen und praktisch-politischen Ursprüngen seiner Weltgeltung, seiner weltpolitischen Intentionen und seiner Ambitionen ergaben.

Die Fragestellungen erhielten ihr besonderes Gepräge aus dem Umfeld einer neuen weltpolitischen Konstellation, aber auch aus einer Situation heraus, in der die Geschichte zumindest ein vorläufiges Urteil über die Ansätze geschichtlicher Entwicklungen vom Anfang des Jahrhunderts und deren Wirkungen gesprochen zu haben schien. Neue politische Kräfte hatten die geistige Hegemonie errungen und waren in der Lage, in einer Zeit politischer Umbrüche ihre seit langem gestellten Fragen nicht

3 Siehe M. K. Dziewanowski: *Joseph Piłsudski: A European Federalist 1918–1922*. Stanford/Calif. 1962 (im weiteren M. K. Dziewanowski: *Joseph Piłsudski ...*).

4 Siehe Josef Korbel: *Poland between East and West. Soviet and German diplomacy toward Poland 1919–1933*. Princeton 1963.

5 Siehe Titus Komarnicki: *Rebirth of the Polish Republic. A Study in the Diplomatic history of Europe 1914–1920*. Melbourne u. a. 1957 (im weiteren Titus Komarnicki: *Rebirth of the Polish Republic ...*).

6 Siehe Piotr S. Wandycz: *Soviet-Polish Relations 1917–1921*. Cambridge/Mass. 1969.

7 Siehe Adam Bromke: *Poland's Politics: Idealism vs. Realism*. Cambridge/Mass. 1967 (im weiteren Adam Bromke: *Poland's Politics ...*).

8 Siehe Jan Karski: *Wielkie Mocarstwa wobec Polski 1919–1945. Od Wersalu do Jałty*. Lublin 1998.

nur mit neuem Nachdruck, sondern auch mit völlig neuen Wertungen verbunden zu stellen. Es war, auch darüber kann nicht hinweggegangen werden, schließlich eine Situation, in der in allen politischen Lagern, nicht zuletzt auch von den Vertretern der zuvor in den sozialistischen Ländern dominierenden Denkschulen, die Notwendigkeit gesehen wurde, scheinbar Feststehendes vor den Richterstuhl neuer Sichten zu holen (und, um es am Beispiel zu benennen, z. B. bis dato nicht zu hinterfragende politische Einschätzungen Lenins historisch-kritischen Wertungen zu unterziehen).

Last, but not least, bleibt hinzuzufügen, daß in großer Fülle neues Archiv- und Quellenmaterial verfügbar wurde, aus dessen Auswertung sich geradezu zwangsläufig neue Fragestellungen und Sichten ergaben. Insbesondere neuere russische Dokumente und Quellen eröffneten den interessierten Fachleuten weite Forschungsfelder.⁹

An dieser Stelle sei mit einem gewissen Bedauern festgestellt, daß die sich aus der neuen Situation ergebenden Möglichkeiten einer ausgewogeneren und ideologiefreieren Wertung leider nicht immer voll genutzt wurden. Es ergibt sich wieder das Bild, daß historische Gegenstände hervorragend geeignet erscheinen, politische Botschaften zu transportieren und politische Kämpfe auszutragen, für die sie sich eigentlich nur bedingt oder nur dadurch, daß man ihnen Gewalt antut, eignen. Dies trifft u. a. für nicht wenige Beiträge auf einer an sich sehr ambitionierten und von der Anlage her auch sehr interessanten wissenschaftlichen Konferenz polnischer Historiker aus Anlaß des 70. Jahrestages des polnisch-sowjetischen Krieges im Jahre 1990¹⁰ zu, findet aber auch in scheinbaren Kleinigkeiten seinen Ausdruck. So stellt die Verfasserin einer neueren russischen Untersuchung über den polnisch-sowjetischen Krieg¹¹ dieser zwei Zitate voran, die auf den ersten Blick bestechend erscheinen hinsichtlich der dem Geschehen zugrunde liegenden eigentlichen Intentionen beider Seiten, nämlich ihre politischen Ziele übereinstimmend mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Bajonette zu verwirklichen. Sieht man genauer hin, handelt es sich um Dokumentationen, deren Aussagewert nicht unterschiedlicher sein kann. Dem Ta-

9 Verwiesen sei hier insbesondere auf eine geplante mehrbändige Dokumentenpublikation zum sowjetisch-polnischen Krieg, deren erste beide Bände bereits erschienen sind (siehe *Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty*. Moskau 1994ff.).

10 Siehe *Wojna polsko-sowiecka 1920 roku. Przebieg walk i tło międzynarodowe. Materiały sesji naukowej*. Warszawa 1991.

11 Siehe Irina V. Michutina: *Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1921*. Moskau 1991.

gesbefehl des Revolutionären Kriegsrates der sowjetischen Westfront vom 2. Juli 1920, dessen Funktion es war, wie bei allen Appellen an die vor harten Kämpfen stehenden Truppen üblich, sehr emotional die Kampfbereitschaft der Soldaten zu stimulieren und in dem es in diesem Sinne und mit diesem Ziel agitatorisch heißt, daß »wir auf den Bajonetten der werktätigen Menschheit Glück und Frieden bringen werden«, steht die in einem Interview mit der französischen Zeitung »Echo de Paris« im Februar 1920 geäußerte Positionsbestimmung des polnischen Staatschefs Piłsudski gegenüber, daß es das Ziel der polnischen Politik gegenüber den von Polen zu dieser Zeit okkupierten Gebieten sei, diesen »unglücklichen Ländern ohne jegliche Vorbehalte auf den Bajonetten die Freiheit zu bringen«. Auf die Problematik selbst wird an anderer Stelle zurückzukommen sein.

Die militärischen Aspekte des Konflikts sind, beginnend bereits mit den kurz danach geschriebenen Einschätzungen der führenden Militärs, Tuchatschewskij und Piłsudski, bis hin zu voluminösen Darstellungen einzelner Schlachten in polnischen Publikationen jüngster Zeit,¹² in der Literatur ausführlich behandelt. Es ist dies ein guter Grund, auf diese militärischen Aspekte nicht weiter einzugehen und sie bestenfalls dort zu beleuchten, wo es für die Erläuterung politischer Aspekte unumgänglich ist.

Was diese selbst, also die politischen Aspekte, betrifft, mußte von mir ebenfalls der Versuch äußerster Konzentration auf Aussagen unternommen werden, die in direktem Zusammenhang mit der im Titel genannten Problematik zu sehen sind. Wie bruchstückhaft dies im Mißverhältnis von verfügbarem Raum und der Breite und Vielfalt der eigentlich mit einzubeziehenden Aspekte ist, wird von mir mehr als schmerzlich empfunden – inwieweit ein noch vertretbarer Kompromiß gefunden wurde, wird sich zeigen.

Überaus kontrovers (und ideologieüberfrachtet) werden die politischen Ziele der Kontrahenten in den Auseinandersetzungen der Jahre 1918 bis 1920 dargestellt und bewertet. Die Situation auf diesem Felde wird dadurch noch unübersichtlicher, daß sich ganz offensichtlich während des fraglichen Zeitraumes diese Zielstellungen im Ergebnis der Auseinandersetzungen unterschiedlicher Konzeptionen selbst erheblich

12 Allein die von Urszula Olech 1990 zusammengestellte (und selbst noch für diesen Zeitpunkt nicht ganz vollständige) Bibliographie gibt über 1.200 Titel an! (siehe *Wojna polsko-sowiecka 1919–1920*. Warszawa 1990).

verändert haben.¹³ Hinzu kommt, wie in der Geschichte ja üblich, von Publizisten und Historikern aber nicht immer so gesehen, daß es natürlich nicht nur darum gehen kann, irgendwelche vorhandenen programmatischen (oder als solche erscheinende) Erklärungen zu zitieren, um mit ihrer Hilfe angenommene oder ins Bild passende Thesen zu stützen, ohne sich der Mühe zu unterziehen, die Herkunft solcher Erklärungen, den Rang ihrer Autoren in den jeweiligen Entscheidungshierarchien oder aber auch die gerade in Umbruchzeiten, und um solche handelt es sich bei dem hier betrachteten Zeitraum ja allemal, oft nahe liegende Qualität solcher Erklärungen entweder als sehr vordergründige Agitation oder gar Versuch bewußter Irreführung der Öffentlichkeit genügend in Rechnung zu stellen. Wenn ich hier eigentlich Selbstverständliches nochmals ausspreche, dann besonders deshalb, weil es in den von mir im Zusammenhang mit der Thematik zur Kenntnis genommenen Publikationen von solcher Unsitte geradezu strotzt, um es noch vorsichtig auszudrücken.

Untersucht man unter diesen Gesichtspunkten möglichst unvoreingenommen die dem Handeln der Kontrahenten zugrunde liegenden eigentlichen Ziele und strategischen Erwägungen, greift es sicher zu kurz, den in der sowjetischen Literatur gern so bezeichneten »Krieg der polnischen Pans« gegen die junge Sowjetrepublik gewissermaßen linear in die Reihe der einzelnen militärischen Aktionen der Konterrevolution und ausländischen Intervention einzureihen. Natürlich hat das Geschehen objektiv dort seinen Platz, aber es ging den auf polnischer Seite treibenden Kräften, also namentlich Józef Piłsudski und der ihm speziell zuzuordnenden politischen Gruppierung, um weitaus mehr, als aus oft unterstellten rein »antibolschewistischen« Motiven einen Krieg gegen das bolschewistische Rußland zu führen und damit Europa vor der Gefahr des Kommunismus zu bewahren.

Sicher, es gibt keinen Anlaß, an der zutiefst verinnerlichten antibolschewistischen Grundhaltung Piłsudskis zu zweifeln, die er oft und unter verschiedensten Gesichtspunkten vertreten und geäußert hat.¹⁴ Auch dar-

13 Michutina belegt z. B. sehr anschaulich, wie (bewußt?) falsche Datierungen den wirklichen Prozeß des Wandels von Zielen und konzeptionellen Vorstellungen verfälschen und damit in vorgeprägte Schemata einpassen (siehe Irina V. Michutina: *Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1921*. Moskau 1991. S. 173).

14 So auch in dem auf die Sondierung seiner politischen Haltung im Zuge der Entscheidung über eine mögliche Entlassung aus deutscher Haft zielenden Gespräch, das Graf Keßler im Auftrage der deutschen Reichsregierung in der Festung Magdeburg am 31. Oktober 1918 mit dem dort inhaftierten »polnischen Legionär Piłsudski« führte

an, daß er den Versuchen der Entente-Mächte, vor allem Frankreichs, ihn und die über ihn nutzbar zu machende militärische Potenz des gerade die ersten Schritte auf dem Weg in seine Unabhängigkeit gehenden polnischen Staates im Sinne des wirksamen Kampfes gegen die Sowjetordnung zu instrumentalisieren, nicht den geringsten Widerstand entgegengesetzte, ist nicht zu zweifeln.

Im Gegenteil, die neue polnische Führung um Piłsudski ließ sich offen durch finanzielle Mittel und militärische Ausrüstung, die selbst bereitzustellen völlig unmöglich war, aushalten. Auf innenpolitische Aspekte dessen wird noch gesondert einzugehen sein. Es steht eindeutig fest, daß so gut wie restlos alle finanziellen Mittel und Ausrüstungen aus ausländischen, vor allem französischen Quellen flossen.¹⁵ Die Verlegung der voll ausgerüsteten polnischen Armee in Frankreich unter General Haller nach Polen spielte dabei eine herausragende Rolle. Der »Einwerbung« von Subsidien vor allem aus britischen Quellen wurde dabei ein nicht geringer Stellenwert zugemessen, da sich Großbritannien eher geneigt zeigte, erhebliche finanzielle und materielle Unterstützung den weißen Generälen in Rußland zuteil werden zu lassen, im Vergleich dazu jedoch Polen geradezu stiefmütterlich zu behandeln. Daß Polen gegenüber den führenden Politikern Großbritanniens im Interesse der Veränderung dieses aus polnischer Sicht ungünstigen Zustandes daher die Karte gemeinsamer Pflichten zur Verteidigung der europäischen Zivilisation gegen die bolschewistische Gefahr auszuspielen versuchte, ist in keiner Weise außergewöhnlich, die dazu unterbreiteten Vorschläge in ihrer konkreten Gestalt vielleicht schon eher. Am 14. September 1919 unterbreitete der damalige polnische Ministerpräsident Paderewski, in eine Frage gekleidet, dem britischen Premier das Angebot, mit 500.000 Mann nach Moskau zu ziehen, wenn die Alliierten die dafür entstehenden Kosten (es waren Beträge zwischen 30.000.000 Mark bzw. ca. eine Million Pfund pro Tag der Unternehmung im Gespräch) übernehmen würden.¹⁶

Eine einfache Eingliederung der Politik und der militärischen Aktivitäten der durch Piłsudski repräsentierten polnischen Führung in die gegen die Festigung der Sowjetmacht gerichtete ausländische Intervention ist dennoch nicht angebracht. Es ging Piłsudski und den seinen um

(siehe Rozmowa Piłsudskiego z hrabią Kesslerem (bearbeitet von Jerzy Holzer). In: *Kwartalnik Historyczny*. Warszawa 68(1961)2. S. 447–450).

15 Siehe Titus Komarnicki: *Rebirth of the Polish Republic ...* S. 406ff.

16 Siehe ebenda. S. 470.

mehr, als nur den Kampf gegen den Bolschewismus. Und nur so ist auch zu erklären, daß Piłsudski alles vermied, was in irgendeiner Weise sich als vorteilhaft für die ebenfalls gegen die Sowjetmacht kämpfenden Kräfte der russischen Konterrevolution erweisen könnte, sowohl auf dem Felde der internationalen Politik, als auch in der militärischen Praxis.

Obwohl sich Piłsudski selbst nie zusammenhängend über seine theoretischen Grundpositionen, aus denen sich die strategischen Erwägungen in dem zu betrachtenden Zeitraum ergaben, geäußert hat,¹⁷ lassen sich diese unschwer nicht nur auf ihre weit in die Geschichte Polens zurückreichenden Wurzeln, sondern auch auf ein relativ geschlossenes Ganzes von politischen und militärischen Vorstellungen für die Gestaltung der damaligen Gegenwart und unmittelbaren Zukunft Polens zurückführen.

Der junge Piłsudski, aufgewachsen in dem anregenden geistigen Milieu der Region um Vilnius,¹⁸ früh mit den auch ihn prägenden Traditionen der Insurrektionen im geteilten Polen sympathisierend und zunächst deutlich sozialdemokratischen Vorstellungen anhängend, geriet schon bald in den offenen Konflikt mit der zaristischen Selbstherrschaft. Familientradition und eigene Erfahrungen aus sibirischer Verbannung ließen ihn, wie viele Vertreter seiner Generation, über das Schicksal seines Volkes und mögliche Wege Polens zur Überwindung der Teilung intensiv nachdenken. Seine Schlußfolgerung, im schroffen Gegensatz zu den Vertretern des sich formierenden Lagers der nationalen Demokratie um Roman Dmowski, die dann auch unmittelbar nach der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit Polens zu gewichtigen politischen Widersachern Piłsudskis wurden, bestand zunächst darin, daß die nationale Existenz des polnischen Volkes am unmittelbarsten und stärksten gefährdet sei durch die Politik der russischen Teilungsmacht. Es war dies eine der Ursachen dafür, daß er in der heranreifenden Krise der Selbstherrschaft Anfang des 20. Jahrhunderts den Versuch unternahm, nicht nur den Konflikt Japan–Rußland nach Kräften zu fördern, sondern auch durch sein eigenes Auftreten in Japan dort Unterstützung für die Idee zu suchen, von außen nach Kräften Spannungen in Kongreßpolen zu schüren

17 Siehe M. K. Dziewanowski: Joseph Piłsudski ... S. 350.

18 Der Einfachheit halber wird, ungeachtet der jeweils konkreten administrativen Zuordnung, hier einheitlich der litauische Name der Stadt verwandt. Wertungen über gestellte Gebietsansprüche welcher Seite auch immer sind damit in keiner Weise verbunden.

und diese, getragen von bereitstehenden polnischen Kräften, in einen unmittelbaren Aufstand überzuleiten. Gewissermaßen unter Rückgriff auf die bekannte Losung der polnischen Insurrektionen im geteilten Polen »Für Eure und unsere Freiheit!« vertrat er vehement die Position, daß von allen im Russischen Reich unterdrückten Völkern nur allein die Polen in der Lage wären, wirkungsvoll gegen die Selbstherrschaft zu kämpfen und sich damit an die Spitze aller vom Zaren unterdrückten Nationen zu stellen.¹⁹ Diesem Versuch war zwar kein Erfolg beschieden, nicht zuletzt durch das gegen diese Position gerichtete Auftreten des ebenfalls nach Japan geeilten Roman Dmowski; dies erschütterte jedoch die Grundüberzeugung Piłsudskis in keiner Weise, wie sich aus zahlreichen Bekundungen im Zusammenhang mit der Balkankrise am Vorabend des Ersten Weltkrieges und in dessen Verlauf ergibt.

Mit Blick auf die Geschichte Polens seit den Teilungen und in Verallgemeinerung der in dieser Zeit in der polnischen Gesellschaft heftig geführten Diskussionen hatte sich schließlich bei Piłsudski (und seinen Gesinnungsgenossen) die feste Überzeugung herausgebildet, daß in erster Linie die geopolitische Lage Polens zwischen den starken Nachbarn Rußland und Preußen (Deutschland) zwangsläufig eine stetige Existenzbedrohung für Polen ist. Eine Änderung seiner Stellung und Stärke von Grund auf sei daher eine der unerläßlichen Existenzbedingungen für ein freies und unabhängiges Polen.

Gedankengänge, wie sie nach dem Aufstand von 1830 insbesondere von Adam Czartoryjski in die allgemeine Diskussion eingeführt worden waren, waren fester Bestandteil dieses Ideengebäudes. Vor allem die Überlegung, daß, wenn Polen selbst nicht über genügend politische und militärische Stärke verfügen sollte, eine wirkungsvolle Abwehr potentieller Gefahren über Zusammenschlüsse von Staaten, die zwischen den Großmächten lagen, zu Bündnissen oder Föderationen der einen oder anderen Art gesichert werden sollte, war einer der wesentlichen Ausgangspunkte für die Vorstellungen Piłsudskis und seiner politischen Freunde und Partner hinsichtlich der Sicherung einer neuen Rolle Polens in Osteuropa. Der Rückgriff auf die Geschichte der Polnisch-Litauischen Union und der in ihr realisierten Führungsrolle Polens als einer regionalen Großmacht war in diesem Konzept unverkennbar.

19 Siehe M. K. Dziewanowski: Joseph Piłsudski ... S. 35ff. – Titus Komarnicki: Rebirth of the Polish Republic ... S. 406.

Voraussetzung für die Schaffung solcher Bedingungen in Osteuropa war nach diesem Konzept eine radikale Beschneidung der Einflußmöglichkeiten Rußlands in der Region und die Ersetzung Rußlands als der bisherigen Führungsmacht durch Polen. Es ginge ihm darum, erklärte Piłsudski 1920 ganz offen, die Uhr der Geschichte zurückzudrehen und eine große Polnische Republik entstehen zu lassen, als die stärkste militärische und kulturelle Macht des gesamten Ostens.²⁰ Rußland müsse auf die Grenzen des Reiches Peters des Großen zurückgeschnitten, alle nichtrussischen Nationalitäten aus dem unmittelbaren Einfluß Rußlands befreit, die Grenzen des Jahres 1772 definitiv wiederhergestellt und eine funktionsfähige Föderation Polens, Litauens und der Ukraine geschaffen werden, um die sich weitere kleine Staaten vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer (eingeschlossen die kaukasischen Gebiete) gruppieren sollten.²¹

Daß diese Konzeption in der polnischen Gesellschaft der ersten Nachkriegsjahre nicht unumstritten war, sei hier ausdrücklich festgestellt, ohne Details weiter zu beleuchten. Daß auch international der Realisierung einer solchen Konzeption erhebliche Widerstände erwachsen, sei hinzugefügt, insbesondere seitens Großbritanniens.

Ungeachtet dessen ergibt eine Analyse der politischen Aktivitäten Piłsudskis eindeutig, daß, auch wenn nicht in jedem Fall auf offenem Markte darüber gesprochen wurde, die außenpolitischen und militärischen Schritte, die in direkter Verantwortung Piłsudskis unternommen wurden, einer solchen strategisch weitreichenden, allerdings auch risikobehafteten Konzeption entsprangen. Der Einschätzung von Piotr Wandycz, daß solch ein Plan entweder gewinnen oder verlieren, nicht aber Gegenstand eines Kompromisses werden konnte, ist vorbehaltlos zuzustimmen.²²

Diesem Grundkonzept, das, um es nochmals zu unterstreichen, nicht vordergründig eine antibolschewistische, sondern übergreifend eine eindeutig gegen Rußland und seine Einflußmöglichkeiten in der Region gerichtete Zielrichtung hatte, folgten sehr konsequent die praktischen Versuche zu seiner Verwirklichung.

Piłsudski, der nach seiner triumphalen Rückkehr aus der deutschen Festungshaft nach Warschau zum Chef des Staates und Oberbefehlshaber

20 Siehe dazu ausführlicher Adam Bromke: *Poland's Politics ...* S. 39.

21 Siehe ebenda.

22 Siehe Piotr S. Wandycz: *Soviet-Polish Relations 1917–1921*. Cambridge/Mass. 1969. S. 284f.

ernannt wurde, war sich der Lage seines Landes am Ende der langen Periode der Teilung und Unfreiheit sowie der deutschen Okkupation und ihrer unmittelbaren Folgen – und das nicht nur unter dem Gesichtspunkt seiner so gut wie gar nicht vorhandenen Fähigkeit zum Kriegführen²³ – durchaus bewußt. Es war im Sinne des oben gesagten symptomatisch, daß er im Zusammenhang mit den ersten bewaffneten Konflikten zwischen polnischen Einheiten und denen der Roten Armee, zu denen es im Zusammenhang mit dem Rückzug der deutschen Truppen aus den von ihnen bisher okkupierten Gebieten kam und aus denen dann schrittweise der polnisch-sowjetische Krieg eskalierte, strikt auf der Konzeption der rechtlichen Existenz der polnischen Grenzen von 1772 beharrte und offensichtlich die Konfrontation suchte. Darauf stützte sich der polnische Protest vom 22. Dezember 1918 gegen das Vorrücken sowjetischer Einheiten nach der Proklamation der Belorussischen, Litauischen und Ukrainischen Sowjetrepubliken »an die polnische Grenze«, der tags darauf mit dem sowjetrussischen Hinweis darauf zurückgewiesen wurde, daß er gegenstandslos sei, befänden sich doch zwischen dem Standort sowjetrussischer Truppen und der polnischen Grenze weite Gebiete Belorusslands, Litauens und der Ukraine.²⁴

Alle in der Folgezeit durchaus ernstgemeinten Angebote der sowjetischen Seite, strittige Fragen auf dem Verhandlungswege zu lösen und über einen Waffenstillstand zu einem gesicherten Frieden zu kommen, wurden von der polnischen Seite abgelehnt.

Dies ist der Prolog zu der handstreichartigen militärischen Besetzung von Vilnius im April 1919, die von Piłsudski und seinen engsten militärischen Mitstreitern streng geheim vorbereitet und an den für diesen Zweck besonders geeignet erscheinenden Ostertagen erfolgte: Beratungspause der Pariser Friedenskonferenz; der polnische Sejm, in dem sich eine von den Nationalen Demokraten geführte starke Opposition den Föderationsplänen Piłsudskis entgegenstellte, hatte wegen der Feiertage die Beratungen unterbrochen; kurz zuvor war zwar die Befreiung von Vilnius aus bolschewistischer Herrschaft, zugleich aber die feste Inkorporation des Gebietes in den polnischen Staat per Resolution beschlossen worden.

23 In dem bereits zitierten Gespräch mit dem Grafen Keßler hatte er die Möglichkeit Polens, Krieg zu führen, für einen längeren Zeitraum noch definitiv ausgeschlossen.

24 Siehe *Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty*. Moskau 1994. Bd. 1. S. 7.

Bereits in dieser ersten spektakulären Aktion zeigen sich einige Besonderheiten, die auf den festen Entschluß Piłsudskis hindeuten, sein Konzept auch und gerade angesichts nicht geringen Widerstandes innerhalb und außerhalb des eigenen Landes mit der ihm nachgesagten und von ihm selbst gepriesenen »litauischen Halsstarrigkeit«²⁵ durchzusetzen.

Es sind dies einerseits das Bestreben, erkennbaren Schwierigkeiten, wie sie sich etwa in der innenpolitischen Krise Anfang 1919 in Polen, die fast staatsstreichartige Züge annahm, zeigten, mittels Gewalt geschaffener vollendeter Tatsachen,²⁶ notfalls als Ergebnis geheimster Vorbereitungen, entgegenzutreten, andererseits auch die sich bei vielen anderen Gelegenheiten offenbarende Bereitschaft, auf dem Wege der Durchsetzung seiner politischen Ziele nicht besonders wählerisch zu sein. In einem Brief an den Ministerpräsidenten Paderewski vom 4. Mai 1919, also kurz nach der Besetzung von Vilnius, der wie ein privater Kommentar zu dem zuvor veröffentlichten Aufruf an die Einwohner des ehemaligen Großherzogtums Litauens gelten kann, äußert er sich in diesem Sinne zu den Möglichkeiten, Widerstände in Litauen gegen seine Pläne zu überwinden. Er empfiehlt, wenn es denn so sei, daß die meisten litauischen Politiker seinen Plänen ablehnend gegenüberstünden und protestierten, weil sie offenbar unter deutschem Einfluß stehen, solle man die litauischen Proteste einfach übergehen und konziliantere Gesprächspartner suchen. Im übrigen spiele Geld, wie er gehört habe, eine gewichtige Rolle. Und schließlich könne man auch Druck aus belorussischen Kreisen organisieren.²⁷

An dieser Stelle sei lediglich darauf verwiesen, daß bei vielen der Entschlüsse und Aktionen Piłsudskis auch wichtige innenpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielten. Das Ringen um die Durchsetzung der kurz skizzierten Föderalismus-Konzeption fand in einer Zeit heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen um die Verteilung der Macht im Staate statt. Die vor allen Dingen bei den Hauptpartnern der Pariser Friedenskonferenz, bei der es ja auch um essentielle Fragen der Regelung der polnischen Angelegenheiten ging, über einen gewissen Einfluß verfügenden Nationalen Demokraten um Roman Dmowski hatten zunächst bei der Ausgestaltung der politischen Landschaft im unabhängigen Polen voller Groll mit ansehen müssen, daß der von den Deutschen quasi in

25 Siehe M. K. Dziewanowski: Joseph Piłsudski ... S. 89.

26 Siehe ebenda. S. 133.

27 Zitiert nach ebenda. S. 138.

seine Funktion als »Staatschef« lancierte Józef Piłsudski wichtiges Terrain gewonnen hatte. Der Start seiner Amtszeit als Staatschef und Oberbefehlshaber von zunächst noch fast rudimentär zu nennenden polnischen Streitkräften vollzog sich auf der Welle einer massenhaften Begeisterung der polnischen Bevölkerung über die errungene Unabhängigkeit. Diese nationalistische Strömung überdeckte viele politische Auseinandersetzungen, die der Anfangszeit der Existenz der Zweiten Republik gewissermaßen einen chaotischen Anstrich verliehen. Es gehörte offenkundig zu den Absichten Piłsudskis, eine breite politische Basis für sein Wirken auf längere Zeit durch immer neue Nahrung für nationalistische Begeisterung zu ersetzen. Erfolgreiche Militäraktionen, Unnachgiebigkeit gegenüber dem Hauptkontrahenten Sowjetrußland, das Ansprechen einschlägiger historischer Traditionslinien und das absichtsvolle Ausweichen gegenüber langfristigen und so gar nicht öffentlichkeitswirksamen Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen, obwohl der objektiven Lage des Landes nach eine friedliche Aufbauarbeit einen hohen Stellenwert hätte einnehmen müssen, hatten daher für ihn und seine politischen Mitstreiter absolute Priorität. Militärische Niederlagen oder außenpolitische Mißerfolge mußten zwangsläufig vermieden werden, da sie politische Instabilitäten oder gar »bolschewistische« Infiltration der Massen hätten befördern können, wie übereinstimmend von Akteuren sowohl der polnischen wie auch der sowjetrussischen Seite mehrfach konstatiert wurde.²⁸ Es kommt hinzu, daß die von Piłsudski betriebene Osteuropapolitik sich auf eine starke Militärmacht stützen mußte (es standen schließlich bereits 1920 über 700.000 Mann unter Waffen).²⁹ Damit wurde nicht nur vielen vorher entweder in russischen oder österreichisch-deutschen Einheiten dienenden Polen das zwangsweise Abgleiten in absolut unsichere soziale Verhältnisse erspart, sondern auch eine volkswirtschaftlich bedeutsame Anzahl von potentiellen Arbeitslosen »vom Arbeitsmarkt genommen«, wodurch die ohnehin scharfen sozialen Spannungen wenigstens zeitweilig eine gewisse Minderung erfuhren.

Die Militäraktion zur Einnahme von Vilnius verschärfte die Spannungen zwischen der RSFSR und Polen wesentlich. Sowjetrußland versuchte, sich auf die neue Gefahrenquelle einzustellen, u. a. durch die

28 Siehe Zapiska Pol'skogo bjuro pri ZK RKP o situacii v Pol'she i ob otnošenii k nej. In: Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Moskau 1994. Bd. 1. Dok. Nr. 37. S. 61ff.

29 Siehe Günter Rosenfeld/Horst Schützler: Kurze Geschichte der Sowjetunion 1917–1983. Berlin 1985. S. 59.

Schaffung der Westfront als des militärischen Mittels zur Abwehr der sichtbaren Bedrohung, durch die Bildung einer Militärunion der RSFSR, der Belorussischen, Litauischen und Ukrainischen Sowjetrepubliken sowie durch die Weiterverfolgung des Kurses, der polnischen Seite Verhandlungen über eine dauerhafte friedliche Regelung der strittigen Grenzfragen anzubieten. Darüber wurden, wenn auch letztlich erfolglos, von Oktober bis Dezember 1919 in Mikaszewicz Gespräche geführt.

Nach dem Scheitern dieser Gesprächsrunde, vor deren Ende der Rat der Entente am 8. Dezember 1919 in seiner bekannten Resolution über eine Ostgrenze Polens, deren vorgesehener Verlauf unter der Bezeichnung Curzon-Linie bekannt wurde, erfolgte in den folgenden Wochen noch ein intensiver Noten- und Proklamationswechsel, der aber nicht viel mehr brachte als eine Verhärtung und agitatorische Untermauerung der beiderseitigen Positionen. Eine wichtige Zäsur bilden dabei am 11. Februar 1920 unterbreitete Vorschläge des polnischen Außenministeriums, die u. a. vorsahen:

Anerkennung der Unabhängigkeit der nationalen Staaten, die auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches entstanden sind, durch die Regierung der RSFSR und Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten; Liquidierung aller historischen Schäden, hervorgerufen durch die Beteiligung Rußlands an den polnischen Teilungen, und Annullierung aller Folgen der Teilung seit 1772; Verzicht auf die Propagierung der sowjetischen sozialen und politischen Doktrinen außerhalb der Grenzen der RSFSR; Rückzug aller sowjetischen Armeeeinheiten vom Territorium Polens in den Grenzen von 1772; Wiedergutmachung von Schäden für polnische Bürger im Gefolge des Rückzugs der russischen Armee 1914/1915, der russischen Revolution von 1917 und der nachfolgenden militärischen Aktivitäten.³⁰

Daß diese Vorschläge nicht auf einen anzustrebenden Kompromiß, sondern auf die weitere Durchsetzung der von Piłsudski verfolgten Linie zielten, versteht sich von selbst. Daß der sowjetrussische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, unmittelbar danach Lenin nahelegt, diese Vorschläge als »mehr als unannehmbar« abzulehnen und gleichzeitig sich auf einen möglichen Angriff Polens vorzubereiten, ebenfalls.³¹

30 Siehe Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Moskau 1994ff. S. 54.

31 Siehe Notiz Tschitscherins für Lenin vom 26. Februar 1920. In: Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Moskau 1994. Bd. 1. S. 53f.

In der Konsequenz der Konzeption Piłsudskis liegt es, sich polnische-seits – die nach wie vor schwierige Situation Sowjetrußlands in der Auseinandersetzung mit den Kräften der inneren Konterrevolution, in diesem Fall speziell Wrangel, in Rechnung stellend – in den inneren Auseinandersetzungen der politischen Kräfte in der Ukraine eindeutig für das antisowjetische Lager um Semon Petljura zu entscheiden und eine entsprechende Kooperation zu entwickeln. Dem am 21. April 1919 abgeschlossenen Vertrag mit Petljura über die ukrainische Anerkennung der polnischen Grenze nach dem Stand von 1772 und über gemeinsame militärische Aktionen gegen Sowjetrußland folgte unmittelbar die militärische Aktion. Im Verlaufe dieser Aktion, in der polnischen Literatur vorzugsweise die Kiewer Auseinandersetzung genannt, rücken die polnischen Truppen, ohne auf wesentlichen Widerstand zu stoßen, bis nach Kiew vor und nehmen die Stadt schließlich am 8. Mai 1920 ein. Auch hier wird das Geschehen von den sichtbar werdenden Intentionen Piłsudskis gekennzeichnet, Widerständen gegen seine politischen Pläne durch erfolgreiche und schnelle militärische Aktionen und dadurch geschaffene vollendete Tatsachen zu begegnen.

Erst im Juni gelingt es schließlich der sowjetischen Seite, nach ersten mißglückten Versuchen einer Gegenoffensive die polnischen Einheiten in der Ukraine stärker unter Druck zu setzen und erfolgreich auf breiter Front vorzurücken. Auf die sich in dieser Situation zeigenden Rivalitäten zwischen einzelnen sowjetischen militärischen und politischen Funktionären, die letzten Endes einen nicht geringen Einfluß auf das spätere Fiasko vor Warschau haben, sei hier nur am Rande hingewiesen.

Die militärischen Erfolge der Roten Armee bilden den Hintergrund für die Beschlüsse der Konferenz in Spa vom 10. Juli 1920, in denen Großbritannien, Frankreich und Italien dringlich von Polen verlangen, der RSFSR Verhandlungen mit dem Ziel der sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen anzubieten, wobei als Bedingungen die beiderseitige Anerkennung einer Grenzziehung auf der Grundlage der Vorschläge des Rates der Entente vom Dezember 1919, die Rückgabe von Vilnius an Litauen und eine Grenzziehung in Galizien nach dem Verlauf der Frontlinie am Tage des Waffenstillstandes vorgeschlagen werden. Für den Fall der Ablehnung des Angebotes durch die RSFSR wird Polen die unmittelbare Hilfe der Westmächte zugesagt.³²

32 Ausführlich dazu Titus Komarnicki: Rebirth of the Polish Republic ... S. 605ff.

Tags darauf übermittelt im Auftrage der Konferenzteilnehmer der britische Außenminister Lord Curzon die später häufig unter seinem Namen zitierte Note an die sowjetische Regierung mit dem kurz skizzierten Inhalt, die innerhalb der sowjetischen Führung eine heftige Diskussion auslöst. Diese bewirkt schließlich, wie Lenin etwas später, nämlich in dem (erst 1992 im vollen Wortlaut veröffentlichten) Bericht an die IX. Parteikonferenz der RKP(B) am 22. September 1920, selbst einschätzt, einen »Wendepunkt der gesamten Politik der Sowjetmacht«.³³

Diese Einschätzung bezieht sich vor allem auf eine für lange Zeit in der marxistischen Revolutionstheorie zunächst nur theoretisch, seit der Oktoberrevolution jedoch in höchstem Maße praktisch bedeutsame Frage, nämlich die nach dem Wechselverhältnis von Krieg und Revolution einerseits und dem in der damaligen kommunistischen Bewegung vorherrschenden Verständnis für das Verhältnis von nationaler Selbstbestimmung und proletarischem Internationalismus.

Auch in dieser Hinsicht kann hier nur der Versuch unternommen werden, mehr oder weniger summarisch und streng unter dem Gesichtspunkt des behandelten Themas einen oberflächlichen Blick auf einen eigentlich sehr differenzierte Sichten erfordernden Komplex zu werfen.

Die in der politischen Führung Sowjetrußlands um die Frage des Brester Friedens geführten harten Auseinandersetzungen markierten den Übergang von der bloßen Theorie in die Ebene praktischer Politik mit all den risikoreichen und unabsehbaren Folgen einer solchen nun zu tagespolitischer Notwendigkeit gewordenen Entscheidung. Es ist bekannt, daß sich in Auseinandersetzungen, deren Höhepunkt nicht zuletzt Lenins Drohung mit dem Rücktritt von seinen Funktionen war, der lange Zeit (und auch nach der schließlich unter dramatischen Bedingungen erfolgten Annahme noch) umstrittene Standpunkt durchgesetzt hatte, daß die Schaffung eines ersten Staates vom Sowjettypus das weltpolitisch wichtigste Ergebnis der Oktoberrevolution gewesen sei und nicht die in diesem Zuge auch entstandene Möglichkeit, mit Hilfe regulärer militärischer Einheiten den »revolutionären Krieg« nach Westeuropa zu tragen. Der von Lenin proklamierte Übergang zur »sozialistischen Vaterlandsverteidigung« und die Konzentration auf die Schaffung und stete Verbesserung

33 V. I. Lenin: Političeskij očet ZK RKP(b). Stenogramma vystupenija na IX konferencii RKP(b). 22 sentjabrja 1920 g. In: Istoričeskij archiv. Moskau (1992)1 (im weiteren: V. I. Lenin: Političeskij očet ZK RKP(b) ...). S. 15.

der Möglichkeiten, die von innerer bewaffneter Konterrevolution und äußerer militärischer Intervention bedrohte Sowjetordnung eigentlich erst zu schaffen und dann langfristig zu sichern, waren in der Folgezeit Grundlinie nicht nur der Militärpolitik Sowjetrußlands. Im übrigen kann am Rande vermerkt werden, daß die außerordentlich schweren Belastungen, denen sich das neue Regime in der Zeit des Bürgerkrieges gegenübergestellt sah, weitere theoretische Diskussionen in den Hintergrund drängten.

Dieser Standpunkt behielt, nach allen einschlägigen Dokumenten zu urteilen, bis zum absehbaren siegreichen Ende des Bürgerkrieges volle Gültigkeit. Es hatte sich erwiesen, daß die von Lenin oft als unerläßlich betonte Atempause eben nicht nur eine kurzfristige Vision war. Die Überwindung der totalen Zerrüttung des Landes, die Überführung der Wirtschaft auf ein einigermaßen normales Gleis der Entwicklung, die politische Festigung der errungenen Machtpositionen hatten in dem hier betrachteten Zeitraum Ende 1919/Anfang 1920 absolute Priorität.

Dies gilt nach meiner Einschätzung auch für die Sicht auf das russisch-polnische Verhältnis, das sich, wie weiter oben gezeigt, zunehmend bedrohlich für Sowjetrußland entwickelte. In dieser Situation war die politische Führung des Landes, abgesehen von gewissen Meinungsverschiedenheiten in Detailfragen, an der Herstellung und Festigung friedlicher Beziehungen zu Polen interessiert, auch um den Preis erheblicher Zugeständnisse in territorialen Fragen. Weitaus höhere Priorität besaßen zu dieser Zeit die Erfordernisse der innenpolitischen Konsolidierung und das Vorankommen der handelspolitischen Kontakte etwa zu Großbritannien. Es gibt aus meiner Sicht keinen Grund, an der Aufrichtigkeit einer Vielzahl öffentlicher Erklärungen, diplomatischer Offerten und Positionsbestimmungen, die dies unterstreichen, zu zweifeln. Auch in neuerer Zeit zugänglich gewordene Quellen bestärken diesen begründeten Eindruck. So fordert z. B. Tschitscherin in einer Notiz für Lenin angesichts drohender polnischer Aggression im Zusammenhang mit einem von der sowjetischen Nachrichtenagentur veröffentlichten Interview eines ukrainischen Politikers, in dem dieser von »Hilfe für die deutschen und ungarischen Arbeiter« im militärischen Sinne sprach, dringlich, »alles zu vermeiden, was von den polnischen Aktivisten als Bestätigung ihrer Vorwürfe« mißbraucht werden könnte.³⁴ Lenin seinerseits fordert tags dar-

34 Siehe Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Moskau 1994. S. 41.

auf vom Leiter der ROSTA, den für diese »Dummheit« Verantwortlichen ausfindig zu machen und zu bestrafen, worüber auch wenig später Vollzug gemeldet wird.³⁵

Auch mehrere Stellungnahmen Lenins Ende Februar/Anfang März 1920 deuten eindeutig darauf hin, daß es der politischen Spitze der Bolschewiki ernst war mit dem Bemühen, dem Land vorrangig friedliche Bedingungen für die politische und wirtschaftliche Konsolidierung zu sichern (Lenin spricht hier mehrmals vom Übergang vom blutigen Krieg zum unblutigen Krieg an der Front der Arbeit als der Hauptfrage des Sowjetaufbaus in Rußland³⁶). Davon zeugt auch die im Bericht an die IX. Parteikonferenz der KPR(B) gegebene Begründung für das Friedensangebot an Polen vom Anfang des Jahres 1920 zu für Sowjetrußland relativ ungünstigen Bedingungen: »Wir waren einverstanden, den Frieden abzuschließen, weil wir die friedliche wirtschaftliche Arbeit, auf die wir das Leben der Armee und das Leben Zehntausender Arbeiter und Bauern hinüberführten, um ein Vielfaches höher bewerteten, als die Möglichkeit, durch militärische Erfolge Belorußland und einen Teil der Ukraine oder Ostgalizien zu befreien.«³⁷

Auch der amerikanische Historiker Thomas Fiddick, der 1990 eine m. E. bemerkenswert vorurteilsfreie Untersuchung der Geschehnisse des Jahres 1920 vorgelegt hat, kommt bei der Analyse des ihm verfügbaren Materials über die Kriegsziele der sowjetischen Seite zu dem Schluß, daß es sicher, wie in politischen Kreisen an der bzw. im unmittelbaren Umfeld der Macht nicht selten üblich, unterschiedliche Positionen in der Frage »revolutionärer Krieg« oder »friedliche Aufbauarbeit« gegeben hat, daß aber für ihn zweifellos die Ablehnung militärischer Aktionen mit dem Ziel des »militärischen Exports der Revolution« im Entscheidungsprozeß der sowjetischen Führung vorherrschte. Insofern äußert auch er keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit von Erklärungen des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets vom Februar 1920, in dem ausdrücklich versichert wird, daß die sowjetischen Kommunisten nicht daran denken oder auch nur in Erwägung ziehen, den Kommunismus gewaltsam in anderen Ländern einzuführen.³⁸

35 Siehe ebenda. S. 42.

36 So z. B. im Schreiben an die Parteiorganisationen in Vorbereitung des [IX.] Parteitag vom 2. März 1920. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 30. S. 398.

37 V. I. Lenin: Političeskij očet ZK RKP(b) ... S. 14.

38 Siehe Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Moskau 1994. Bd. 1. S. 11.

Dies alles bedeutete keinesfalls den Verzicht der Bolschewiki auf die Weltrevolution als eines der vordringlichsten Ziele ihrer Politik. Die Meinungsverschiedenheiten in dieser Zeit rankten sich nicht um die Frage, ob alles getan werden müsse, damit die Proletarier anderer Länder dem russischen Proletariat nacheifern, sondern vorrangig darum, auf welchem Wege dies erreicht werden könnte. Vorstellungen von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in zunächst einem Lande hatten zu dieser Zeit noch keinen Eingang in das theoretische Arsenal der Bolschewiki gefunden.

Einen engen Bezug zu dieser Fragestellung hatten die in den Führungskreisen vorhandenen unterschiedlichen Einschätzungen zur Stärke des revolutionären Potentials in den Ländern des Westens. Verallgemeinernd kann dazu die Aussage getroffen werden, daß die vorhandenen Fehleinschätzungen manchmal geradezu abenteuerlich erscheinen. Es war nicht zuletzt Lenin, der sich womöglich verständlichem Wunschenken nicht entziehen konnte. Nach seinen Worten in vielerlei Auftritten des Jahres 1920 zu urteilen, und es gibt wenig Grund, dies nur als Agitation zu bewerten, ging er, wie auch nicht wenige seiner Mitstreiter, davon aus, daß die Revolution in den entwickelten Ländern Westeuropas weitgehend herangereift war. Seine Verweise auf eine de facto bestehende Doppelherrschaft in England, auf die revolutionäre Situation in Deutschland, auf den erfolgten Zerfall der II. Internationale u. a. m. belegen dies. Andererseits haben ernsthafte Stimmen in der Diskussion darauf hinzuweisen versucht, daß man sich in Sowjetrußland in dieser Beziehung keinerlei Illusionen machen dürfe. Karl Radek, aber auch Tschitscherin sowie vor allem Vertreter (und Kenner!) der kommunistischen Bewegung Polens, die eindringlich vor Fehleinschätzungen warnen,³⁹ fanden nicht genügend Gehör, um letzten Endes Entscheidungen vorzubeugen, die nicht nur Sowjetrußland selbst in eine außerordentlich komplizierte und folgenreiche Situation führten.

Nach ausführlichen Beratungen und nach Einholung von Stellungnahmen jener Spitzenfunktionäre, die nicht direkt an den Beratungen teilnehmen konnten (z. B. Trotzki), sowie Konsultationen mit Vertretern der polnischen Kommunisten (die im übrigen ganz unterschiedliche Standpunkte hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit oder gar Sicherheit revolutio-

39 Siehe u. a. Notiz Tschitscherins für Lenin vom 14. Juli 1920. In: Ebenda. S. 136f. – Notiz des Polnischen Büros beim ZK der KPR(B) vom 20. April 1920. In: Ebenda. S. 63ff.

närer Aktionen in Polen für den Fall des Einmarsches der Roten Armee in Polen vertrat⁴⁰) beschloß das ZK der Partei der RKP(B) am 17. Juli 1920 tags zuvor von Lenin vorbereitete Thesen, die faktisch die in der Curzon-Note vom 11. Juli enthaltenen Vorschläge, insbesondere die Vermittlung zwischen den kriegführenden Parteien durch die Entente, ablehnten und statt dessen unmittelbare Verhandlungen RSFSR–Polen vorschlugen. Die Parteiführung hatte zugleich beschlossen, die (militärische) Gunst der Stunde zu nutzen und Kurs auf die Sowjetisierung Polens zu nehmen.⁴¹ Mit den Thesen wird beschlossen, »dem polnischen Volk zu helfen, sich von den Gutsbesitzern und Kapitalisten zu befreien«. Zu diesem Zweck seien die »Kräfte zur Verstärkung und Beschleunigung des Angriffs in höchstem Maße anzuspannen«. Dem polnischen Volk wird die Existenz in einem unabhängigen Staate in Grenzen, die günstiger sind als in der Curzon-Note vorgesehen, zugesagt. Bei der Schaffung von Räteorganen sei Hilfe zu leisten. Die RSFSR werde bei den Friedensbedingungen »den Interessen und Erfordernissen Polens um so weiter entgegenkommen, je schneller und entschlossener die werktätigen Massen eine Ordnung schaffen, die sie aus der Rolle eines Werkzeuges französischer, englischer und anderer ausländischer Kapitalisten befreit« und »Bedingungen schafft für wirklich brüderliche Beziehungen zwischen Arbeiter-und-Bauern-Polen, Rußland und der Ukraine«.

Damit wird jener Punkt markiert, den Lenin, wie bereits zitiert, als Wendepunkt in der Politik der Sowjetmacht bezeichnete. Es ist dies der Übergang von der langandauernden eindeutigen Verteidigung gegen alle Versuche der Entente, das neue Regime in Sowjetrußland militärisch zu beseitigen, zum Angriff. Der Beschluß des ZK über die Beantwortung der Curzon-Note bedeutete vor allem im Verhältnis zu Polen die Veränderung der bisherigen auf die Rettung und Festigung der Sowjetrepublik gerichteten Politik in Richtung auf die Nutzung militärischer Mittel, um der »Sowjetisierung Polens« zu helfen. In seinem aufschlußreichen Bericht an die IX. Parteikonferenz schildert Lenin die Situation wie folgt: »Wir formulierten dies nicht in einer offiziellen Resolution, festgehalten im Protokoll des ZK und damit Gesetz für die Partei bis zum nächsten Parteitag. Aber unter uns sagten wir, daß wir mit den Bajonetten sondie-

40 Eine ausführliche Darstellung dazu bei Irina V. Michutina: *Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1921*. Moskau 1991. S. 173f.

41 Siehe *Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty*. Moskau 1994. Bd. 1. Dok. 74. S. 142f.

ren müssen, ob die soziale Revolution des Proletariats in Polen herangereift ist.«⁴²

Von Interesse ist dabei zweifellos die Tatsache, daß in dieser Klarheit auf dem fast zeitgleich tagenden Kongreß der Kommunistischen Internationale davon nicht die Rede war.

Über Hintergründe für die Bereitschaft der Führung der RKP(B) zu dem in dieser Situation vollzogenen Wandel kann nach den vorliegenden Materialien nur gemutmaßt werden. Es scheint mir dabei festzustehen, daß der sowjetischen Politik in der Frage »Krieg und Revolution« nach wie vor drei Prämissen zugrunde lagen: erstens die Priorität der Existenz und Sicherheit Sowjetrußlands als »Heimstatt der Weltrevolution«; zweitens das Bekenntnis zur unbedingten Pflicht, notfalls mit allen Mitteln den weltrevolutionären Prozeß zu intensivieren und drittens die Überzeugung, daß Bajonette allein die Revolution nicht exportieren können. Es ging wohl vielmehr um eine gedankliche Konstruktion, derzufolge die Hilfe für die »Sowjetisierung« nicht in erster Linie in einer durch die militärischen Kräfte zu errichtenden Sowjetordnung zu sehen sei, sondern in der Hilfe für das Proletariat des jeweiligen Landes bei der Brechung der Macht »seiner eigenen« Unterdrücker, für deren Sturz die eigenen Kräfte noch nicht ausreichen. So bat Lenin den führenden Vertreter polnischer Kommunisten, Józef Unszlicht, in einem Telegramm vom 15. Juli 1920 um dessen Stellungnahme zu den folgenden Positionen: »1. Wir erklären feierlichst, daß wir den polnischen Arbeitern und Bauern eine Grenze östlicher als jene von Curzon und der Entente gegebenen zusichern. 2. Wir strengen alle Kräfte an, um Piłsudski zu schlagen. 3. Wir dringen nur für kürzeste Frist in das eigentliche Polen ein, um die Arbeiter zu bewaffnen und ziehen uns von dort sofort wieder zurück. 4. Halten Sie einen Sowjetumsturz in Polen für wahrscheinlich – und wie bald?«⁴³ Für eine solche Konzeption als Grundlage für die getroffene Entscheidung gibt es auch in dem bereits zitierten Bericht Lenins an die IX. Parteikonferenz, um dessen vertrauliche Behandlung er selbst gebeten hatte (»Ich bitte, weniger mitzuschreiben: dies darf nicht in die Presse gelangen«⁴⁴), eine Reihe weiterer wichtiger Anhaltspunkte

42 V. I. Lenin: *Političeskij otčet ZK RKP(b)* ... S. 16.

43 Zitiert nach Irina V. Michutina: *Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1921*. Moskau 1991. S. 173.

44 V. I. Lenin: *Političeskij otčet ZK RKP(b)* ... S. 15.

– bis hin zu der Bemerkung, daß es in Deutschland ohne Bürgerkrieg keine Sowjetmacht geben werde.

Für die Annahme einer solchen Konzeption im Hintergrund der gefaßten Beschlüsse spricht nicht zuletzt das Eingeständnis, daß nicht in erster Linie militärische Faktoren zu der »katastrophalen Niederlage« geführt hätten, sondern daß eben die Sondierung der »Revolutionsbereitschaft« des industriellen Proletariats und der armen Bauern ergeben habe, daß diese Bereitschaft in Polen außerordentlich gering war.

Die eindringlichen Warnungen polnischer Kommunisten (Marchlewski, Próchniak u. a.), daß ungeachtet einer großen Unzufriedenheit der breiten Masse mit den bestehenden Verhältnissen in Polen die Bereitschaft zur »Vaterlandsverteidigung« auch in den proletarischen und kleinbäuerlichen Schichten Polens nicht unterschätzt werden sollte und daher alles vermieden werden müßte, was den Eindruck erwecken könne, Sowjetrußland beabsichtige, »auf Bajonetten den Kommunismus in Polen einzuführen«,⁴⁵ hatten sich als völlig gerechtfertigt erwiesen. Die Überschreitung der Grenzen des »ethnischen Polen« hatte in der Tat zu einer Verstärkung feindseliger Stimmungen gegen die Rote Armee und Sowjetrußland in einem Ausmaß geführt, mit dem offensichtlich von verantwortlichen Entscheidungsträgern nicht gerechnet worden war. Vieles spricht dafür, daß die Annahme Fiddicks, diese »enttäuschende« Erkenntnis habe den Entschluß zu dem schnellen Rückzug der Roten Armee aus den Positionen in Polen stärker als rein militärische Faktoren beeinflußt, nicht von der Hand zu weisen ist.

Zusätzlich ist m. E. bei der Bewertung dieses »Wendepunktes« zu berücksichtigen, daß die Sicht der Führung der Bolschewiki auf Polen eine definitiv andere war als auf andere kleine Länder in der Nachbarschaft, denen gegenüber trotz intensiven Drucks der dort beheimateten Kommunisten militärische Aktionen im Sinne der »Hilfe zur Sowjetisierung« (Litauen, Estland) abgelehnt wurde. Es war dies die Einschätzung, daß das unabhängig gewordene Polen nicht so sehr als staatliche Einheit als solche, sondern vielmehr als ein Resultat der auf einen dauerhaften Einfluß in Osteuropa gerichteten Politik der Entente, also als »Instrument« des internationalen Kapitalismus zur Aufrechterhaltung des »Versailler Systems«, betrachtet wurde. Die angesichts der militärischen Situation im Sommer 1920 sich als Verlockung anbietende Möglichkeit,

45 Notiz des Polnischen Büros beim ZK der KPR(B) vom 20. April 1920. In: Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty. Moskau 1994. Bd. 1. S. 64.

mit der Sowjetisierung Polens auch den entscheidenden Eckpfeiler dieses Systems in Osteuropa zu Fall zu bringen, hatte (wiederum gegen die ausdrücklichen Warnungen Tschitscherins) einen nicht geringen Einfluß auf die getroffene Entscheidung.⁴⁶

Der im Juli 1920 fortgesetzte weitere Vormarsch der Roten Armee schien die Zerschlagung des die Revolution in Polen behindernden »bourgeoisien« Machtapparates in greifbare Nähe zu rücken. Entsprechend ihrer Konzeption, die Sowjetisierung Polens durch die revolutionären Kräfte Polens mit tatkräftiger Unterstützung und unter Abschirmung durch sowjetrussische Kräfte herbeizuführen, schlugen die Bolschewiki einerseits der Führung der Polnischen Kommunistischen Arbeiterpartei unmittelbare Kontakte zur Abstimmung gemeinsamer Aktivitäten vor (die jedoch nicht zustande kommen).⁴⁷ Fast gleichzeitig (am 30. Juli 1920) wird auf polnischem Territorium ein »Polnisches Revolutionskomitee« gebildet, das mit der planmäßigen Sowjetisierung beginnen soll.

Die sowjetrussischen Friedensbedingungen (die polnische Seite hatte zwischenzeitlich direkte Verhandlungsbereitschaft signalisiert und eine Delegation nach Minsk zu entsprechenden Verhandlungen entsandt) sind m. E. ebenfalls ein Beleg für die knapp skizzierte sowjetische Grundkonzeption. Die vorgeschlagenen (und ganz sicherlich unrealistischen⁴⁸) Maßnahmen wie radikale Reduzierung der polnischen Armee auf einen Bestand von 50.000 Mann, die Bewaffnung von zu bildenden Arbeitermilizen, die Durchführung einer Agrarreform und anderes in diesem Sinne mehr zielte auf die Schwächung des »Unterdrückungsapparates« und die Umverteilung der politischen Gewichte im Lande.⁴⁹ Daß die polnische Seite hierüber nicht zu verhandeln bereit war, ergibt sich ungeachtet der schwierigen militärischen Lage von selbst.

Die bereits kurze Zeit darauf eintretende Wende des Krieges, nachdem man in Warschau schon den Kampfeslärm hören konnte und die Einnahme von Warschau nur noch eine Frage kürzester Zeit zu sein schien, ließ dies alles obsolet werden; von Interesse für die Rekonstruk-

46 Siehe dazu auch V. I. Lenin: *Političeskij otčet ZK RKP(b)* ... S. 17f.

47 Siehe Brief des ZK der RKP(B) an das ZK der KAPP vom 29. Juli 1920. In: *Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty*. Moskau 1994. Bd. 1. S. 153.

48 Es ist in diesem Sinne bezeichnend, daß bei der Erläuterung der sowjetischen Vorschläge durch die in London weilende sowjetische Handelsdelegation für die britische Regierung die auf den ersten Blick bereits unrealistisch erscheinenden Forderungen nach Bewaffnung von Arbeitermilizen erst gar nicht erwähnt wurden.

49 Siehe dazu *Pol'sko-sovetskaja vojna. Dokumenty*. Moskau 1994. Bd. 1. S. 155ff.

tion bestehender Konzeptionen und Zielstellungen ist die sowjetische Haltung in dieser Frage aber allemal.

Der Rigaer Frieden, der nach der »gigantischen, unerhörten Niederlage«⁵⁰ der Roten Armee vor Warschau, nach sich bis in den Herbst hinziehenden verlustreichen Rückzugsgefechten und komplizierten, langwierigen Verhandlungen schließlich am 18. März 1921 unterzeichnet wurde, könnte auf den ersten Blick als ein relativ vernünftiger, ausgewogener Kompromiß erscheinen, der in gewisser Hinsicht alle beteiligten und interessierten Seiten zufriedenstellte: Polen hatte erhebliche, weit über die sogenannte Curzon-Linie hinausgehende Gebietsgewinne zu verzeichnen, Sowjetrußland erzielte eine »friedliche« Regelung seines Verhältnisses zu Polen, ohne den ursprünglichen maximalen Forderungen Polens zustimmen zu müssen, die Ukraine mußte zwar gewisse territoriale Verluste, vor allem in Wolhynien, akzeptieren, konnte aber weitergehende polnische Ambitionen abwenden, die Probleme der nationalen Minderheiten und ihrer Rechte in den jeweiligen Staaten fanden eine zumindest auf dem Papier zufriedenstellende Regelung, Kriegskosten wurden nicht erstattet, Sowjetrußland zahlte eine Vergütung von 30 Millionen Goldrubel als Ausgleich für den Beitrag des von Rußland okkupierten Teilungsgebietes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des früheren Russischen Reiches – und nicht zuletzt die Westmächte waren mit dem entstandenen Zustand der Sicherung einer ihren Einfluß garantierenden politischen Instabilität in Osteuropa von Grund auf zufrieden.

Dennoch würde es aus meiner Sicht zu kurz greifen, es bei der Einschätzung zu belassen, die die kürzlich in Polen erschienene Enzyklopädie der Geschichte der Zweiten Republik gibt: »Der [Rigaer] Vertrag war ein Akt eines weitgehenden Kompromisses, abgeschlossen von Seiten, von denen keine ihre strategischen Kriegsziele realisierte.«⁵¹

Die Bedeutung geht weit über diese als Enzyklopädie-Einschätzung notwendigerweise knappe Wertung hinaus. Kompromiß als Bewertung greift zu kurz, wie der schon zitierte Piotr Wandycz richtig feststellte. Angesichts der weitreichenden Zielstellungen, bei denen es nicht um Hunderte oder Tausende Quadratkilometer oder Grenzen schlechthin,

50 Lenin gibt hier eine meines Wissens in der sowjetischen Literatur nie bestätigte Zahl von 100.000 Angehörigen der Roten Armee an, die entweder in Gefangenschaft oder »nach Deutschland« (konkret Ostpreußen) gerieten (siehe V. I. Lenin: *Političeskij očeť ZK RKP(b)* ... S. 21).

51 *Encyklopedia Historii Drugiej Rzeczypospolitej*. Warszawa 1999. S. 387.

materiellen Ausgleich für kurz oder lang zurückliegende echte oder vermeintliche Verluste oder ähnliches ging, war ein Kompromiß im klassischen Sinne nicht möglich. Sieg oder Niederlage grundsätzlicher Konzeptionen – dies war hier wirklich die Frage. Daß es sich um die mit dem Friedensschluß besiegelte Niederlage beider Hauptkontrahenten handelte, scheint mir das Besondere an diesem Rigaer Frieden zu sein.

Für Piłsudski ging es nicht, wie ich glaube gezeigt zu haben, um Geländegewinn und Grenzverschiebung ein wenig nach Osten oder nach Westen. Es ging auch nicht um Einverleibung ehemals zu Polen gehörender Gebiete, wie auch immer sie erlangt wurden, was wiederum eine weitere Dimension der Fragestellung eröffnet. Gerade hierin bestand der prinzipielle Unterschied zur Position der Nationalen Demokraten und der politischen Rechten in Polen, die die Inkorporation weiter Gebiete im Osten als Ziel verfolgten. Es ging Piłsudski vielmehr um die Herauslösung national eigenständiger Gebilde aus dem Russischen Reich, um die Entwicklung dieser zu eigenständigen, um ein starkes Polen gruppierten (förderter) Staaten und damit um die Schaffung neuer geopolitischer Gewichte, die Polen aus seiner Zwischenstellung zwischen »feindlichen« Großmächten befreit und damit seine Existenz auf Dauer und ungefährdet gesichert hätten.

Die Vision von einem Polen als der eigentlichen Führungsmacht im östlichen Europa und damit von einer ganz anderen Rolle Polens als der eines Puffers oder eines bloßen »Schutzwalles Europas gegen asiatische Barbarei« war mit dem Rigaer Frieden zerbrochen. Die Niederlage für Piłsudskis Pläne, bei denen es nur um alles oder nichts gehen konnte, hätte nicht größer sein können.

Die Rückwirkungen auf Polen selbst ließen dies auch spüren. Der Rigaer Frieden war auch ein innenpolitisches Fiasko für den einstigen Staatschef Piłsudski. Die innenpolitische Dauerkrise begleitete den Niedergang seiner politischen Position, seine Autorität, eng verbunden mit militärischen Erfolgen, schwand dahin. Er zog sich schließlich für eine gewisse Zeit kritikasternd und schmollend auf seinen Landsitz bei Warschau zurück, um von dort aus Jahre später mit einem Staatsstreich die dann autokratisch (oder auch diktatorisch) umgestaltete Machtzentrale an sich zu reißen.

Gleichermaßen fundamental war das Fiasko für die sowjetrussische Seite. Grundlegende Ziele waren, nachdem sie schon fast in greifbarer Nähe zu sein schienen, nicht erreicht. Das Versailler System, von Lenin als eines der Haupthindernisse für das Voranschreiten des weltrevolutionä-

nären Prozesses ausgemacht, bestand weiter, das Proletariat und die werktätigen Massen Polens (und der entwickelten Länder Europas) hatten sich von den zeitweiligen militärischen Erfolgen in keiner Weise weiter revolutionieren lassen. Im Gegenteil, es hatte sich erwiesen, daß sowohl die Einschätzung des Reifegrades der Revolution als auch der eigenen militärischen Stärke letzten Endes realitätsfern, illusionär waren. Die »Weltrevolution« war auf einen nationalen Rahmen am Rande Europas und eines Teils Asiens zurückgeschnitten – mit allen für den Sozialismus auf lange Sicht katastrophalen Folgen seiner Entwicklung und seines »Sieges« in einem Lande.

Die Auswirkungen dieser neuen Konstellation sowohl auf die inneren Entwicklungen in Polen (Verfestigung antirussischer und antikommunistischer Stimmungen), in der späteren UdSSR (Stalin an der Macht), auf die bilateralen Beziehungen Polen-UdSSR (bis hin zum Hitler-Stalin-Pakt 1939), auf die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung und die internationalen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit (ja, selbst darüber hinaus) – so reizvoll es wäre, hier fortzufahren –, dies alles wäre ein anderes, neues Thema.

SONJA STRIEGNITZ

Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage: programmatische Standortbestimmung

Der Zerfall des sowjetischen Sozialismus, die ihn begleitende Auflösung der UdSSR, die nachfolgende Bildung selbständiger staatlicher Einheiten, die zahlreichen ethnischen Auseinandersetzungen im »traditionellen« Rußland wie die nationalen Konfrontationen in etlichen Nachfolgestaaten der einstigen Union gestatten den Blick auf die Geschichte der Handhabung nationaler Probleme im Verlaufe eines ganzen Jahrhunderts. Sowohl im multiethnischen zarischen Rußland als auch in der »Völkerunion« waren nationale Probleme stets präsent und mußten von den Herrschenden beachtet werden. Doch eine optimale Lösung der nationalen Frage gelang nicht; die beschrittenen Wege erwiesen sich als »Sackgasse«. Im Moment des Zusammenbruchs des Zarismus im Februar 1917 und bei der Auflösung des Sowjetsystems Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts zeigte sich hingegen die mächtige politische Sprengkraft der aufgestauten Probleme. Sie beschleunigte die Auflösungsprozesse, begleitete sie und gab ihnen zusätzlich Brisanz.

Anlaß genug für die Geschichtswissenschaft, diesem Gesamtproblem in der Geschichte Rußlands im 20. Jahrhundert Aufmerksamkeit zuzuwenden und zwar unter durchaus veränderten Gesichtspunkten, im Vergleich etwa zu dem bisher Vertrauten, das – wir wissen es – in seinem »marxistisch-leninistischen« Spektrum von vorgefaßten, vereinfachenden, ja bewußt ignorierenden Denk- und Darstellungsstrukturen dominiert war. Inzwischen sind die Voraussetzungen dafür u. a. auch deshalb weitaus günstiger, als der Zugriff auf relevante Quellen, Dokumente und Memoiren durch neue Publikationen erheblich erleichtert und so die Möglichkeiten der Draufschau und Wertung entschieden ausgeweitet worden sind. Namentlich den Anfängen parteiprogrammatischer Grundlegung von Positionen in der nationalen Frage und Vorstellungen über ihre Lösung kann anhand umfangreicher Quelleneditionen über die politischen Parteien Rußlands seit ihrer Entstehung fundierter nachge-

gangen werden.¹ Die jüngere historische Forschung Rußlands hat sich diesem Problem indes einstweilen punktuell zugewandt, wobei das Interesse für die »liberale« Lösungsvariante der nationalen Frage im Zuge einer starken Orientierung auf die Geschichte des russischen Liberalismus signifikant ist. Mit der Rückbesinnung insbesondere auf konstitutionell-demokratische Sichtweisen und Gestaltungsmuster soll erklärtermaßen heutigen Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft Rußlands Hilfestellung geboten werden.²

Der vorliegende Beitrag lenkt das Augenmerk darauf, wie die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands (PSR) über die nationale Frage dachte. Aspekte der Herausbildung von Grundpositionen, ihre programmatische Festschreibung und der Umgang damit in den stürmischen Jahren der ersten russischen Revolution sollen vor allem interessieren.

Die Partei hatte sich wie alle politischen Parteien Rußlands in einem – verglichen mit anderen Ländern – zeitlich versetzten, spät beginnenden, aber nichtsdestoweniger dynamisch verlaufenden Prozeß organisatorisch formiert und programmatisch festgelegt. Er setzte im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ein und schloß im wesentlichen in der ersten russischen Revolution ab, mächtig stimuliert durch die im Oktober 1905 der Selbstherrschaft abgerungenen politischen Freiheiten (Oktobermanifest).

Das so entstandene Parteienspektrum war bunt, vielgestaltig und zahlreich. Neuere Forschungsergebnisse gehen von 100 bis 150 Parteien aus, die damals entstanden, im nationalen, regionalen oder gesamtrossischen Rahmen über kürzere oder längere Zeit wirkten bzw. sich dauerhaft etablierten.³ Es gab Zwischengruppierungen, die Parteiung nach politischen Standorten und ökonomischen Interessenlagen führte mitunter zur Überlappung von Gruppierungen, scheinbare politische Gegner

-
- 1 Siehe vor allem das bedeutende, noch nicht abgeschlossene Quellenwerk »Političeskie partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka. Dokumental'noe nasledie«, das seit Anfang der neunziger Jahre mit Unterstützung der Rußländischen Gesellschaftswissenschaftlichen Stiftung (»Rossijskij gumanitarnyj naučnyj fond«) realisiert wird.
 - 2 Hier sei auf die Arbeiten des anerkannten Liberalismusforschers Valentin Valentinovič Šelochajew verwiesen. Zur nationalen Problematik siehe u. a. Valentin Valentinovič Šelochajev: Nacional'nyj vopros v Rossii: liberal'nyj variant rešenija. In: Kentavr. Moskau (1993)2. S. 45ff. – Ebenda (1993)3. S. 100ff.
 - 3 Siehe Istorija političeskich partij Rossii. Moskau 1994. S. 11. – Političeskie partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka. Enciklopedija. Moskau 1996. S. 5.

fanden kurzzeitig oder auf Dauer zusammen, wirkliche trennten sich, zuweilen ohne voneinander Abschied zu nehmen, weil sie gemeinsame ideengeschichtliche Grundlagen hatten. Die Frage, ob es die soziale Zusammensetzung oder die in Programmen und Losungen umrissenen und verkündeten Interessen von sozialen Gruppen und Schichten usw. gestatten, von reinen Klassenparteien zu sprechen, verneint die aktuelle russische Historiographie, wobei die Arbeiterpartei aus solchen Überlegungen ausgenommen wird.⁴

In der Vielzahl der in einem kurzen historischen Zeitabschnitt entstandenen politischen Gliederungen lassen sich jedoch bestimmte Grundtypen ausmachen, die der Strukturierung der Gesellschaft Rußlands entsprachen, einer Gesellschaft mit Merkmalen vorkapitalistischer Ordnung, aber eben auch mit denen kapitalistischer Entwicklung. Sie bestimmten das politische Gesicht des Landes, wo in den Jahren 1905 bis 1907 globale gesellschaftliche Tendenzen in schärfster Konfrontation aufeinandertrafen. Weltansichten, Programme, Losungen, Organisationsprinzipien, Handlungsfähigkeit und -bereitschaft wurden präzisiert und in der Praxis überprüft: konservative, auf den Erhalt der selbstherrschaftlichen Ordnung orientierte, konservativ-liberale, die Reformen von der Selbstherrschaft einforderten, radikal-liberale, die Rußlands vollständigen Umbau nach westeuropäischem Zuschnitt auf reformerischem Weg erstrebten und begrenzt auch Gewalt zuließen und schließlich sozialistische mit extrem radikalen Entwürfen, die auf eine gewaltsame, revolutionäre Umgestaltung des Landes setzten.

Keine der entstandenen Parteien konnte sich dem in der Revolution bloßgelegten Problem der Beziehungen der Völker im multinationalen Russischen Reich entziehen, alle mußten zur diesbezüglichen Politik des Zarismus Stellung nehmen. In Parteiprogrammen, parteioffiziellen und publizistischen Äußerungen reichten die Lösungsvorschläge von strikter Beibehaltung der Einheit und Unantastbarkeit des Russischen Reiches bei Fortsetzung bisheriger politischer Praktiken über das Bekenntnis zu Elementen einer Autonomie bis zur revolutionären Aufhebung des bürokratischen großrussischen Unterdrückerstaates, der Herstellung föderativer Strukturen im Staatsaufbau und Gewährleistung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung bis zur staatlichen Losrennung für nichtrussische Völker.

4 Siehe *Političeskie partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka*. Enciklopedija. Moskau 1996. S. 6.

Es darf sicher als eine Besonderheit russischer Parteienentwicklung angesehen werden, daß die beiden bedeutendsten radikal-antizaristischen Parteien noch unter Bedingungen völliger politischer Unfreiheit entstanden waren: die SDAPR (1898, Spaltung 1903) und eben die PSR (Ende 1901/Anfang 1902). Dieser Umstand, die erzwungene nahezu ständige Illegalität, Verfolgung und Zerschlagung organisatorischer Strukturen, Vernichtung von Druckkapazitäten u. a. durch die Geheimpolizei (Ochrana) prägten nachhaltig das Antlitz der einen wie der anderen. Beide Parteien begriffen sich als Partei von Berufsrevolutionären, in ihrer politischen Praxis dominierte Konspirativität, demokratische Normen konnten trotz anderslautender statutarischer Festlegungen kaum oder nicht angewendet werden (so z. B. Kooptation statt Wählbarkeit), ihr höchstes Führungsgremium, das Zentralkomitee, erfüllte faktisch die Funktion eines »moralischen Diktators«. In der PSR wurde das konspirative Moment vollständig auf die Taktik und Kampfform des individuellen Terrors übertragen: Die Kampforganisation der Partei besaß außerordentliche Rechte und war nicht einmal dem ZK verantwortlich. Diese Praktiken stießen übrigens auf das uneingeschränkte Verständnis der II. Internationale und des Internationalen Sozialistischen Büros, wo man sie mit Blick auf die konkrete Situation in Rußland gelten ließ.⁵

Was die innere Verfaßtheit der sozialrevolutionären Partei betraf, so haben sich ihre Führer, den Traditionen ihrer ideologisch-theoretischen Vorläufer, der Narodniki, folgend, nicht wie die Sozialdemokratie (in ihrer bolschewistischen Linie) um die monolithische Einheit und Geschlossenheit bemüht. Theoretische »Vielstimmigkeit« wurde nicht verworfen, sondern gar als Vorzug gepriesen, sofern sich das Andersdenken in den Grenzen der programmatischen Grundprinzipien bewegte. In bestimmtem Maße dürfte ein solches Herangehen damit zusammenhängen, daß sich die Partei bei aller Präferenz der Bauernschaft auf unterschiedliche soziale Schichten stützen wollte, Bauern, Arbeiter und Intelligenz als eine »Arbeiterklasse« betrachtete.

5 Siehe Aleksandr Ivanovič Spiridovič: Partija socialistov-revoljucionerov i ee predšestvenniki. 1886–1916. 2oe izd., dopoln. Petrograd 1918. S. 228. – Die PSR war seit 1904 neben der SDAPR Mitglied der II. Internationale. Spiridowitsch war Gendarmeriegeneral, er machte Karriere mit der Überwachung und Verfolgung politischer Gegner der Selbstherrschaft einschließlich der PSR und ihrer Vorläuferorganisationen. Sein Buch, hervorgegangen aus Vorlesungen für die geheimdienstliche Schulung von Ochrana-Offizieren, gehört noch immer zu den materialreichsten Arbeiten über die Geschichte der Partei bis 1917.

Die PSR leitete die ideologisch-theoretischen Wurzeln ihrer Grundauffassungen aus den Anschauungen der Narodniki der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts her. Sie bekannte sich namentlich zu den Narodniki der Tat, die zu einem unverkennbaren Element des geistigen und politischen Geschehens im Rußland der siebziger Jahre geworden waren. Die Losung »Zurück zu den Siebzigern!« wurde vor allem vom führenden Parteitheoretiker und Programmautor Wiktor Michailowitsch Tschernow favorisiert und in der Partei heimisch gemacht.⁶ Tschernow sorgte denn auch maßgeblich dafür, daß diese Anschauungen im veränderten sozialökonomischen und politischen Kontext des beginnenden 20. Jahrhunderts modernisiert und für die Ziele der Neonarodniki⁷ nutzbar gemacht wurden.

Grundgedanken über die nationale Frage, z. T. in Forderungen gefaßt, die dann in programmatische Dokumente und schließlich in das Parteiprogramm selbst aufgenommen wurden, lassen sich in Materialien sozialrevolutionärer Vorläuferorganisationen im In- und Ausland nachweisen. Auch in solchen, bei denen die Grenzen zur Sozialdemokratie noch unscharf waren, was in den neunziger Jahren mitunter zutraf. So findet man in den »Hauptthesen des Programms des Bundes der Sozialrevolutionäre« (1898 unter der Überschrift »Unsere Aufgaben« in Moskau gedruckt) die Idee einer »Föderation der selbständigen Völkerschaften (Finnland, Polen, Großrußland, Kleinrußland, Kaukasus und weitere)«. Ihre Verwirklichung wurde mit dem Sieg über den Zarismus und der

6 Über Wiktor Michailowitsch Tschernow sind in jüngster Zeit in Rußland Biographien bzw. biographische Skizzen erschienen. Siehe Diana Alekseevna Kolesničenko: V. M. Černov. In: *Rossija na rube e vekov: istoričeskie portrety*. Moskau 1991. – Kirill Vladimirovič Gusev: V. M. Černov. *Štrichi k političeskomu portretu*. Moskau 1999. – V. M. Černov. In: *Političeskaja istorija Rossii v partijach i licach*. Moskau 1993. – Siehe auch Sonja Striegnitz: »... um direkt an die lebenden Quellen des neuesten philosophischen Denkens in Europa zu gelangen«. Zu den philosophischen Studien von Wiktor Michailowitsch Tschernow. In: *Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems*. Leipzig 1995. S. 121ff. – Sonja Striegnitz: *Bauernsozialistische Ideen in Rußland: Wiktor Michailowitsch Tschernow*. In: *Vielfalt sozialistischen Denkens*. Ausgabe 5. Berlin 1999. S. 3ff. – Siehe außerdem die *Tschernow-Memoiren* V. M. Černov: *Pered burej*. Moskau 1993 (Erstausgabe in Rußland).

7 Dieser Begriff hat sich in der historischen Literatur Rußlands weitgehend durchgesetzt und wird umfassend auf Richtungen und Parteien angewendet, die sich zu den oben genannten Wurzeln bekennen und daraus ähnliche Ansichten entwickelten. Von den (groß)russischen Parteien waren dies neben der PSR die Partei der Volkssozialisten, der Bund der Sozialrevolutionäre-Maximalisten sowie die Trudowiki.

Herstellung politischer Freiheit verknüpft.⁸ Ein »Manifest«, das im Jahre 1900 von mehreren sozialrevolutionären Gruppen in Südrußland und in der Ukraine (Woronesh, Charkow, Odessa) erarbeitet und herausgegeben wurde, sah gleichfalls in der Herstellung politischer Freiheit, also der Beseitigung der »gesamtrussischen Selbstherrschaft«, die Voraussetzung für die Lösung der nationalen Frage im Sinne der Gewährung des Rechts auf politische Selbstbestimmung für alle unterdrückten Völker. Es versprach, jedweden Protest »gegen nationale und religiöse Gewalt der russischen Regierung« zu unterstützen.⁹

Dieses Manifest fand übrigens in der russischen Sozialdemokratie wegen seines sonstigen, stark sozialdemokratisch beeinflussten Inhalts lebhaften Widerhall. Die »Iskra« lud gar seine Autoren zum Eintritt in die SDAPR ein.¹⁰ Das Dokument erfüllte im Einigungsprozeß der sozialrevolutionären Gruppen und Organisationen gleichsam die Funktion eines Katalysators: Seine sozialdemokratischen Tendenzen verlangsamten in einigen Gruppen die Einigungsbestrebungen, während sich andere wegen der Aussagekraft und Klarheit des formulierten Endziels »vollständige politische und ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen; Übergang der politischen Macht an das Volk, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Organisation der Produktion, der Verteilung und des gesamten öffentlichen Lebens auf sozialistischer Grundlage« darin bestärkt fühlten.¹¹ Ein nachmalig bedeutender sozialrevolutionärer Führer nannte das Manifest daher trotz sichtlicher Schwächen eine »erste Programmklärung zusammengeschlossener Organisationen von Sozialrevolutionären«, einen »großen Schritt bei der Zusammenfassung der sozialrevolutionären Kräfte unter einem einigenden Banner«.¹²

Eine »Arbeiterpartei der politischen Befreiung Rußlands« – sie entstand zwischen 1899 und 1901 in Minsk unter aktiver Mitwirkung von Jekaterina Konstantinowna Breschko-Breschkowskaja, genannt »Groß-

8 Siehe *Političeskie partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka. Dokumental'noe nasledie. Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy. 1900–1922 gg. V trech tomach. Tom 1. 1900–1907 gg.* Moskau 1996 (im weiteren *Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ...*). S. 21.

9 Siehe ebenda. S. 26 und 31f.

10 Siehe »Iskra«. Leipzig (Juni 1901)5.

11 Siehe *Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ...* S. 25.

12 S. N. Sletov: *K istorii vozniknovenija Partii Socialistov-Revoljucionerov.* Petrograd 1917. – Siehe auch Aleksandr Ivanovič Spiridovič: *Partija socialistov-revoljucionerov i ee predšestvenniki. 1886–1916.* 2oe izd., dopoln. Petrograd 1918. S. 75ff.

mutter der russischen Revolution«,¹³ klagte in ihrer Programmbroschüre »Swoboda« (Freiheit, Minsk 1900) den »frechen Zynismus« der Regierung an, mit dem diese »nationale Feindschaft entfacht und eine Nationalität gegen die andere aufhetzt«. Namentlich wurde die restriktive Politik gegenüber Finnland verurteilt. Unter den Minimalforderungen dieser Gruppe standen die »Freiheit der arbeitenden Persönlichkeit ohne Unterschied der Nationalität« und als Vorbedingung die gewaltsame Beseitigung des »Jochs der Despotie« an vorderster Stelle.¹⁴

Anfang 1902 gelangte aus dem Untergrund die Mitteilung über die Formierung der PSR an die Öffentlichkeit Rußlands. Nur wenig später, im Frühjahr, kam es in den Gouvernements Poltawa und Charkow zu großflächigen Bauernunruhen mit Aufstandscharakter. Anlaß für die junge Partei, sich nun voll und ganz auf die theoretische Ausarbeitung ihres Agrarprogramms und (vor allem verbal) auf die Bauernagitation einzurichten. Auch im weiteren blieben die Bemühungen um die Agrar- und Bauernfrage das zentrale Anliegen, was direkt mit den historischen Wurzeln der Partei zusammenhing. In die nationale Problematik hingegen wurde unvergleichlich weniger Denkkraft investiert, vielfach wurde sie dezidiert unter dem Gesichtspunkt der Umsetzung agrarprogrammatischer Vorstellungen abgehandelt. Zugespitzt (und vertraut!) ausgedrückt wurden die soziale Frage, die Bestrebungen der Bauern, mehr Land zu bekommen und darüber nach eigenem Ermessen zu verfügen, zu einer sozialrevolutionär zugeschnittenen übergeordneten Größe.

Immerhin hatten aber Ereignisse in sogenannten kleinrussischen, daß heißt ukrainischen Regionen den Anstoß zur weiteren sozialrevolutionären Standortbestimmung und zu praktischen Schritten gegeben. In einem Aufruf des in diesem Zusammenhang gebildeten Bauernbundes der

13 Jekaterina Konstantinowna Breschko-Breschkowskaja (1844–1934) war Teilnehmerin der Narodniki-Bewegung der siebziger Jahre, sie wurde im Prozeß der 193 als erste Frau zu Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt. Nach ihrer Rückkehr betätigte sie sich aktiv bei der Sammlung sozialrevolutionärer Kräfte in Südrußland und im Wolgagebiet sowie seit 1903 im Ausland. Ihr vorrangiges Anliegen war immer die Bauernagitation, was die 1905 in der Parteizeitung »Rewoljuzionnaja Rossija« veröffentlichten »Briefe eines alten Freundes« überzeugend belegen (siehe Sonja Striegnitz: Bauernsozialistische Ideen in Rußland 1905. In: Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke. Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums anläßlich des 70. Geburtstages von Helmut Bock. Hrsg. von Walter Schmidt. Gesellschaft, Geschichte, Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins »Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V., Berlin«. Hrsg. von Helmut Meier. Bd. 21. Berlin 2000. S. 151ff.).

14 Siehe Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ... S. 32–34 und 36.

PSR von 1902, ein Konzentrat traditioneller Narodniki-Sichten auf die Bauern als vermeintlich entscheidende revolutionäre Kraft und eine faktische Vorwegnahme der ausformulierten agrarprogrammatischen Ansichten der Partei, wurden Selbstverwaltung und gleiche Rechte für die »nach Millionen zählende Bauernschaft, wie überhaupt für das gesamte werktätige und unterdrückte Rußland« als Zielvorstellungen mit dem Sturz der Selbstherrschaft verbunden.¹⁵

Die erste umfassendere und Grundsatzäußerung der jungen Partei zur nationalen Frage erfolgte im direkten Kontext mit der Ausarbeitung von Teilaspekten des künftigen Parteiprogramms und wurde im Februar 1903 in der »Revoljuzionnaja Rossija« veröffentlicht, die wie alle wichtigen Presseorgane der oppositionellen Parteien im Ausland (Genf) erscheinen mußte. Unter dem Titel »Nationale Versklavung und revolutionärer Sozialismus« war hier zu lesen: »Wir als Sozialrevolutionäre sind gegen alles, was die Annäherung der Nationalitäten behindert. Daher sind wir Gegner von jedwedem Nationalismus, von Einzigartigkeit (samobytnischestwo) und ähnlichen Strömungen, die sich die entschieden konservativen Aufgaben stellen, eifersüchtig historisch überkommene nationale Besonderheiten zu bewahren. Unser Streben geht dahin, alle besten Merkmale aller Nationalitäten zum allgemeinemenschlichen und folglich gesamtnationalen Gut zu machen. Wir sind bestrebt, alles Menschliche allen Menschen zugänglich zu machen, alle Hemmnisse, die dem gegenseitigen Verstehen und den wechselseitigen Einflüssen der Menschen aufeinander hinderlich sind, auszumerzen.«¹⁶ Dabei betonten die Sozialrevolutionäre, daß sich diese Ziele nur auf dem Boden der gegebenen, historisch gewachsenen nationalen Organismen bei zielstrebigem Bemühen um die Stärkung der »besten« nationalen Züge, um die Überwindung der »übelsten« und unter Einsatz der Muttersprache »als mächtige Waffe der kulturellen Entwicklung« erreichen ließen. Eben aus diesem Grunde seien nationale Wiedergeburt, nationales Erwachen für sie keineswegs eine »feindliche«, sondern im Gegenteil, eine »willkommene« Erscheinung, die indes daran zu messen sei, inwieweit sie in allen ihren Besonderheiten mit den großen »internationalen allgemeinemenschlichen Idealen« korrespondiere.¹⁷

15 Siehe ebenda. S. 97, 101 und 108.

16 Ebenda. S. 108.

17 Siehe Po voprosam progammy i taktiki. Sbornik statej iz »Revoljucionnoj Rossii«. Vypusk pervyj. O. O. [Genf] 1903. S. 186ff.

Was die Nationalitäten »entzweit«, ihre Annäherung und ihr Einander-Verstehen »erschwert«, lehnten die Sozialrevolutionäre entschieden ab. Daher »sind wir auch unversöhnliche Gegner der staatlichen Assimilierungspolitik, die danach trachtet, mit allen Mitteln eine selbständige Entwicklung der unterworfenen, unterdrückten Nationalitäten aufzuhalten, zu behindern, ihnen den Kaftan von einer anderen Schulter, die Sprache und Kultur der herrschenden Nationalitäten aufzuzwingen«. Ihre Gegnerschaft ergebe sich zwingend, weil diese Politik die vorwärtsweisende Entwicklung eines Volkes hemme, und daher auch die Fähigkeit, sich zum Kampf für das »sozialistische Ideal« zu erheben schwerer ausprägen sei. Die oberen Klassen würden demgegenüber der Assimilation leichter erliegen, ihre Muttersprache, Kultur usw. zugunsten der fremden vergessen, hintanstellen. Des weiteren erklärten die Sozialrevolutionäre ihre Ablehnung dieser Politik daraus, daß nationale Unterdrückung »fanatisches Festhalten« an allen nationalen Besonderheiten erzeugen könne, schon allein aufgrund nationaler Verfolgung. »Der Nationalismus, der angreift, der Nationalismus der Angehörigen der herrschenden Nationalität mit seinem Banner der Inbesitznahme, der Eroberungen und der Gewaltanwendung ist zutiefst verwerflich und kulturfeindlich [...], auch weil er einen anderen Nationalismus anfacht – den Verteidigernationalismus«. Im »Eifer des Gefechts« werde dieser gleichfalls zu Exzessen, Übertreibungen gezwungen, überschreite er die Grenzen rechtmäßiger Verteidigung der Freiheit nationaler Entwicklung, strebe, dem Gesetz der Reaktion folgend, nach »enger nationaler Absonderung, kultureller Abgrenzung von anderen Völkern« und halte nur deshalb an »Althergebrachtem« fest, weil es »national« ist. Das nationale Joch sei am allermeisten dazu geeignet, den herrschenden Klassen die Verbreitung der »reaktionären Idee von der Interessenharmonie« zu erleichtern, den »Revolutionismus der Arbeiterklasse einzuschläfern«. So würde gleichsam ein Ventil geöffnet, ihr Kampf ausschließlich gegen die herrschende Nationalität gelenkt und den »bürgerlichen Parteien« ermöglicht, der Arbeiterbewegung ihre Selbständigkeit zu nehmen.¹⁸

Als Zielvorstellungen für die Lösung der nationalen Frage wurden formuliert: das »vollständige und bedingungslose Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung«, eine »föderative Ordnung«, die sich auf »breitester Entwicklung der territorialen Selbstverwaltung«, »kultureller Autonomie der Nationalitäten« gründete. »Nur eine freie Gesellschafts-

18 Siehe Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ... S. 109.

ordnung, in der auch die Rechte der Minderheit gesichert sind, vermag das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Nationen unter einem staatlichen Dach zu gewährleisten. Nur eine solche Ordnung wird den nationalen Streitigkeiten ihre einstige Schärfe nehmen. Solange es aber keine solche Ordnung gibt, werden die verschiedenen Völkerschaften stets zum Separatismus tendieren, zu staatlicher Absonderung und Unabhängigkeit. Solange wird immer wieder zwischen ihnen auch das drohende Gespenst von Grenzstreitigkeiten auftauchen [...] Keinerlei Grenzveränderungen können indes verhindern, daß auf einem und demselben Territorium verschiedene Nationalitäten als Mehrheiten oder Minderheiten leben.« Keine dieser Nationalitäten dürfe gegenüber einer anderen irgendwelche »Monopolrechte« besitzen, alle müßten gleichberechtigt ihr »historisch gewachsenenes nationales Geistes- und Kulturkapital« in das Voranschreiten zu dem »großen, allgemeinmenschlichen Ideal des Sozialismus« einbringen können. In einer solchen künftigen Gesellschaft »müssen und können wir Formen herausarbeiten, die das friedliche, brüderliche Zusammenleben aller Völker [...] garantieren und nationale Grenzen auf ein Minimum reduzieren«. Bis dahin würde die Partei einen »erbitterten, unversöhnlichen Kampf gegen jede Unterdrückung und jede Ungerechtigkeit führen, seien sie gegen eine Rasse, eine Religion, eine Nation, einen Stamm, eine Klasse, ein Geschlecht oder gegen eine Partei gerichtet«. ¹⁹

Das historische Wiedererwachen oder Erwachen der vom zarischen Rußland geknechteten Völker Finnlands, Polens, Litauens, Lettlands, der Ukraine, Armeniens und aller anderen (nicht expliziert aufgeführten) wurde in dem Artikel leidenschaftlich begrüßt, denn indem sich die Völker so der »internationalen sozialistischen Bewegung« an die Seite stellten, würde auch das Bündnis mit dem revolutionären Rußland erstarken – gegen die »räuberische adelig-plutokratische Selbstherrschaft«. ²⁰

Bemerkenswert, daß in diesem Programmdokument ausdrücklich auch für Rußlands Juden, die »kein geschlossenes Gebiet« bewohnten, die »gleichen Rechte auf Selbstbestimmung, auf autonome Kulturentwicklung« wie für alle Nationalitäten eingefordert und Verbundenheit mit ihrem Aufbegehren gegen Rechtlosigkeit, erbärmliche Lebensbedingungen und Verfolgung bekundet wurden. ²¹

¹⁹ Ebenda. S. 110f.

²⁰ Ebenda. S. 111.

²¹ Siehe ebenda. S. 110.

Hinterfragt man die hier unterbreiteten Programmforderungen und die damit verbundenen Begründungen und Überlegungen, so sind ihre Breite und Ausführlichkeit und vor allem die demokratische Grundtendenz evident. Abgesehen von sprachlichen Unterschieden, deckte sich manches mit diesbezüglichen Überlegungen und Äußerungen der russischen Sozialdemokraten. Theoretische Ansätze und inhaltliche Aspekte verrieten indes aber auch die ideengeschichtliche Herkunft und den sich verfestigenden Standort der Partei. Erkennbar wurden für die Suche nach Lösungswegen der nationalen Frage Elemente aus dem soziologisch-philosophischen Instrumentarium der Partei wie das Prinzip der »Synthetisierung« »positiver« gesellschaftlicher Erscheinungen eingesetzt: das Bestreben, alle »besten Merkmale« zu einem »allgemeinmenschlichen« und »folglich gesamtationalen Gut« zusammenzufassen.²² Aus historisch-materialistischer Sicht durchaus umstrittene Auffassungen über das »Sozialistische« der angestrebten Ziele sowie der Bewegung, über die Strukturierung der Gesellschaft Rußlands (z. B. die »dreieinige Klasse«, die Unterbelichtung der Bourgeoisie, undifferenzierte Ansichten über Funktion und Rolle des Staates) waren hier ebenfalls nicht zu übersehen. Verglichen mit dem schon erwähnten »Manifest« fiel auch schon die Kennzeichnung der zaristischen Assimilierungspolitik deutlich vorsichtiger aus. Begründet wurde die sozialrevolutionäre Gegnerschaft dazu nicht zuvörderst, weil diese Politik ein entscheidendes und virtuos gehandhabtes Mittel nationaler Unterdrückung und Hetze war, sondern weil durch sie »fanatisches Festhalten« an Nationalem erzeugt und so der Fortschritt eines Volkes gebremst würde. Vorsicht waltete desgleichen bei der Benennung der Urheber und Mitverantwortlichen für diese Politik: Wurde der Zarismus zuweilen noch verbal genannt, so nahm man die großrussische Bourgeoisie weitgehend davon aus.

Unterschwellig zeichneten sich schließlich in diesen Ausführungen Tendenzen eines Denkens im nationalen Rahmen ab, die für parteipolitische Kräfte wie die Sozialrevolutionäre mit ihrer Herkunft und Orientierung (vornehmlich auf die Bauernschaft) charakteristisch wurden.²³ Es

22 Auf die undifferenzierte Verwendung der Termini Nationalität (»nacionalnost'«, Völkerschaft (»narodnost'«), Nation (»nacija«) in parteioffiziellen und journalistischen Äußerungen von PSR-Führern kann hier nur verwiesen werden. Versuche einer Erläuterung dieser Begriffe aus ihrer Sicht sind nicht bekannt.

23 Meines Erachtens hat Wladimir Iljitsch Lenin zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß das nationale Erwachen bei den unterdrückten Völkern Rußlands ein Erstarken des Nationalismus (in verschiedenen Abstufungen) beim großrussischen Kleinbürger-

ging den Sozialrevolutionären mit ihren zutreffenden demokratischen Forderungen nach freier Entfaltung, nationaler Gleichberechtigung und »bedingungslosem« Recht auf Selbstbestimmung zugleich um Sicherheiten gegen ein mögliches Ausscheren von einzelnen Völkern aus dem Russischen Reich.²⁴ Die »Bedingungslosigkeit« stand somit sofort in Frage.

In den Programmdebatten auf dem I. Parteitag der PSR – er fand auf dem Höhepunkt der ersten russischen Revolution (29. Dezember 1905 – 4. Januar 1906, nahe der Bahnstation Imatra/Finnland) statt und hatte die Hauptaufgabe, den seit 1902 in Teilen, seit 1903/1904 in mehreren Varianten vorliegenden Programmentwurf zu diskutieren und anzunehmen – spielte die Verständigung über die in der nationalen Frage zu verfolgende Linie eine spürbar untergeordnete Rolle, während die Agrardebatten dominierten. Im Protokoll mit seinen rund 190 Druckseiten ist dies auf sieben Seiten ausgewiesen. Von den 65 Delegierten aus 51 sozialrevolutionären Organisationen (sie hatten 67 Stimmen) sowie den 19 vom ZK geladenen Teilnehmern (sie hatten beratende Stimme) haben sich sechzehn zum nationalen Programm geäußert, vier von ihnen zweimal. Im ganzen waren es jedoch nur fünf, die Organisationen aus nicht-russischen Gebieten entsandt hatten (Baschkirien, Belorußland, Jakutien, Lettland, Taurien). Überhaupt war der Anteil solcher Delegierter recht gering, obwohl die Partei bis 1905/1906 bereits über verzweigte und feste Strukturen auch außerhalb der eigentlich russischen Gouvernements verfügte.²⁵

Im allgemein-theoretischen Teil des Parteiprogramms – sein Autor Tschernow wurde von den Delegierten wegen seiner Leistung bei der Ausarbeitung ehrfurchtsvoll »junger Gigant« genannt – formulierten die Sozialrevolutionäre ihr Endziel, eine sozialistische Gesellschaft. Darunter verstanden sie die Vergesellschaftung des Eigentums und der Wirtschaft, die Liquidierung der Klassen und Ausbeutung sowie die planmäßige Or-

tum hervorrufen würde (siehe Wladimir Iljitsch Lenin: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 20. S. 459).

24 Russische Historiker wiesen jüngst darauf hin, daß auch noch 1917 Sezessionsbestrebungen, selbst von einem »revolutionären Nationalismus« inspirierte, außer in Finnland und Polen im allgemeinen doch recht schwach waren, während die Komponente kultureller Autonomie relativ weit verbreitet war (siehe Vladimir Prochorovič Buldakov: *Krizis imperii i revoljucionnyj nacionalizm načala XX v. v Rossii*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (2000)1. S. 34f.

25 Siehe Partija socialistov-revoljucionerov. *Dokumenty i materialy ...* S. 329ff. und 443ff.

ganisation der Arbeit aller zum Gemeinwohl.²⁶ Der Weg dorthin sollte über die Verwirklichung politischer und ökonomischer Forderungen führen. Die politischen Forderungen waren: »Errichtung einer demokratischen Republik mit einer weitgehenden Autonomie der Gebiete und Gemeinden, der städtischen wie der ländlichen; eine möglichst breite Anwendung föderativer Grundlagen in den Bindungen zwischen den einzelnen Nationalitäten; die Anerkennung ihnen gegenüber des bedingungslosen Rechts auf Selbstbestimmung; das allgemeine, direkte, geheime, gleiche Stimmrecht für alle Bürger ab dem 20. Lebensjahr ohne Unterschied von Geschlecht, Religion und Nationalität, eine proportionale Vertretung; direkte Volksgesetzgebung (Referendum und Initiative); Wählbarkeit, jederzeitige Absetzbarkeit und gerichtliche Belangung von Amtspersonen; völlige Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, von Versammlungen, Arbeiterstreiks und Vereinigungen; vollständige und allgemeine Gleichberechtigung der Bürger, Unantastbarkeit der Person und der Wohnung; vollständige Trennung von Kirche und Staat und Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit jedes einzelnen; Einführung einer obligatorischen und gleichen weltlichen Allgemeinbildung für alle auf Staatskosten; Gleichberechtigung der Sprachen; unentgeltliche Gerichtsbarkeit; Beseitigung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch eine Volkswehr.«²⁷

Ziele und Forderungen also, die sich in ihrer Grundsubstanz mit denen im sozialdemokratischen Minimalprogramm deckten. Zwei wesentliche Aspekte indes waren unterschiedlich: die Orientierung auf föderale Strukturen eines künftigen demokratischen Staates und der Proportionalitätsgedanke. Dieser wurde im weiteren dahingehend erläutert, daß er in Gebieten mit national gemischter Bevölkerung in Anwendung kommen und namentlich den proportionalen Anteil am für kulturelle und Bildungszwecke vorzusehenden Budget betreffen sollte, der der Selbstverwaltung zu unterstellen war.²⁸

In den zeitlich überaus knapp bemessenen Parteitagsdebatten über die nationale Problematik hatten sich Anhänger und Gegner einer »bedin-

26 Siehe ebenda. S. 276.

27 Ebenda. S. 276f. – Diese Forderungen und Ziele sowie die auf »volkswirtschaftlichem Gebiet« faßte die PSR ähnlich wie die SDAPR in einem »Minimalprogramm« zusammen, das als Teil des Gesamtprogramms auf dem Parteitag auch wegen seiner Nähe zur sozialdemokratischen Programmatik recht umstritten war.

28 Siehe Pervyj šturm. Moskau 1990. S. 448.

gungslosen« Selbstbestimmung gegenüberstanden. Die Programmautoren – um den »nationalen« Teil hatte sich auch Chaim Ossipowitsch Shitlowski bemüht²⁹ – erhielten vor allem von Ilja Adolfowitsch Rubanowitsch, Vertreter der PSR im Internationalen Sozialistische Büro,³⁰ Unterstützung. Die nationale Frage erfordere von allen sozialistischen Parteien größte Aufmerksamkeit, denn es gehe bei ihr auch um den Kampf der werktätigen Massen der unterdrückten Nationalitäten für ihr autonomes, selbständiges, selbstbestimmtes Leben, nicht nur um Machtinteressen der »privilierten Klassen«. Befürchtungen, daß neue Formen von Unterdrückung entstehen könnten, wenn die werktätigen Massen auf Vertretung ihrer nationalen Interessen drängen, seien unbegründet, denn dies geschehe in einer historischen Situation, wo die Solidarität der Werktätigen »aller Nationalitäten, Sprachen und Zungen organisches Grundprinzip« sei. Tendenziell »bilden alle sozialistischen Nationen bereits ein einheitliches Bündnis, die einige Menschheit der Arbeit«, deren Kraft und Stärke in der Entfaltung jedes ihrer Teile bestehe, also auch Polens, Litauens, der Juden u. a.³¹

Bislang, so Rubanowitsch weiter, würden die unterdrückten Nationalitäten keinerlei Interesse an einer Isolierung von »ihren Brüdern« der anderen Nationalität zeigen. Für die Sozialisten komme es darauf an, entsprechende Formen für die Selbstbestimmung herauszufinden, um »unnötige Schwierigkeiten und Kriege« zu vermeiden, und sie, die Formen, wenn erforderlich, auch auszuweiten. Dies sei für Sozialisten eine »Sache des einfachen Taktgefühls, des Vorteils (rastschjot) und nicht eines abstrakten Prinzips«. Die ungehinderte kulturelle und geistige Entfaltung der Nationalitäten also als taktische Erwägung für die maximale Einheit und Selbständigkeit der »organisierten Arbeiterklassen, die zur internationalen Arbeiterbewegung gehören. Das ist unser Hauptkriterium.«³²

29 Chaim Ossipowitsch (Josefowitsch) Shitlowski, führend an der Gründung der Jüdischen Sozialistischen Arbeiterpartei beteiligt, verfaßte u. a. die Schrift »Socializm i nacional'nyj vopros«, die 1906 in Kiew und Petersburg erschien und 1907 (Petersburg) bereits eine zweite Auflage erlebte.

30 Auf dem Parteitag trat er unter dem Pseudonym Schewitsch auf. Aus Gründen der Konspiration hatten alle Delegierte Pseudonyme. Die Herausgeber der PSR-Dokumente konnten etwa die Hälfte entschlüsseln (siehe Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ... S. 642ff.).

31 Siehe Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ... S. 330f.

32 Ebenda.

Rubanowitsch plädierte daher für die ausdrückliche Beibehaltung des Zusatzes »bedingungslos«. Es dürfe keinerlei Einschränkungen im Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung geben, ansonsten würde dies Fortsetzung der Zwangsordnung der Selbstherrschaft bedeuten.

Andere Delegierte, die sich ebenfalls dafür aussprachen, legten besonderen Wert auf den Bezug dieses Rechts zur Erringung und Gewährung der anderen Menschenrechte und – wenngleich nur andeutungsweise – zur Errichtung einer demokratischen Republik. Beides, den Zusatz »bedingungslos« und die Betonung des Zusammenhangs mit den allgemeinen Menschenrechten, bewerteten sie als einen theoretischen Ansatz, der die PSR von der SDAPR abhob und beantragten, dies entsprechend verbal verstärkt festzuschreiben.³³

Die Gegner des »Bedingungslosen« wollten nicht etwa die zaristische Zwangsordnung beibehalten. Sie waren z. B. dafür, den Polen als einem »Kulturvolk« das Recht auf eine eigene konstituierende Versammlung zuzusprechen, weil sie sich, berücksichtigt man die Russifizierungspolitik und das daraus erwachsene verständliche Mißtrauen gegenüber dem russischen Volk, in einem gesamtrossischen Parlament in einer »äußerst ungünstigen Lage« befinden würden. Für den Kaukasus meldeten sie indes Bedenken an: Georgier und Armenier könnten von den weniger kulturvollen, aber zahlreicheren Tataren erdrückt werden, weshalb man hier auf eine eigenständige konstituierende Versammlung besser verzichten sollte.³⁴

Mehrere Delegierte sahen in der Bedingungslosigkeit eine Gefahr für die »Interessen der werktätigen Massen« und definierten diese – unwidersprochen! – handfest ökonomisch, großrussisch: Nationalitäten könnten sich vollständig von Rußland lostrennen, die Errichtung von Zollgrenzen fordern! Die Lostrennung Transkaukasiens mit den Erdölreichtümern Bakus beispielsweise würde die »Interessen des Gesamtstaates verletzen«. Bemerkenswert, daß der Delegierte der Organisation Taurien diese Sichtweise am deutlichsten artikulierte.³⁵

Schließlich war eine dritte Richtung in dieser Debatte auszumachen, für die ebenso Illusionäres wie Ultralinkes, »Maximalistisches« kenn-

33 Siehe ebenda. S. 329f., 332–334 und 337.

34 Siehe ebenda. S. 335.

35 Es handelte sich um den Delegierten Krymski. Das Pseudonym wurde nicht entschlüsselt (siehe Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ... S. 330, 335 und 667).

zeichnend war, was man wenig später im Programm der gleichnamigen Partei nachlesen konnte.³⁶

Diese Delegierten waren zwar dafür, im Programm das Prinzip der Selbstbestimmung in »bestimmtester, absoluter Form« zu fixieren. Gleichzeitig wollten sie jedoch auch das »Recht der Diktatur der Revolution« verankern. »Die Große Russische Revolution hat eine riesige weltumspannende Aufgabe, hat eine allgemeinmenschliche Mission«, hieß es in der Begründung, »in ihrem Namen hat sie das Recht der Diktatur der Revolution, Garantien für die Völker zu verletzen, und zwar nicht nur für diejenigen, die durch das Spiel des Schicksals mit Rußland verbunden sind, sondern für die Völker in der ganzen Welt.«³⁷

Die offensichtlich kontroversen Auffassungen zum nationalen Programm blieben letztlich im Raume stehen, die Debatte wurde nicht abschließend analytisch gewertet. Und es gab auch keine Veränderungen am vorgeschlagenen Programmtext. Zusammen mit dem Gesamtprogramm fand er die Zustimmung der Delegierten, bei einer Gegenstimme.³⁸

Nächst den Sozialdemokraten Rußlands und den Konstitutionellen Demokraten (Kadetten) verfügten die Sozialrevolutionäre über die ausführlichsten programmatischen Vorstellungen über die Lösung der nationalen Frage. Demokratisch-Sozialistisches, visionäres Utopisch-Illusionäres und von großrussisch-nationalem Denken Geprägtes gaben ihnen jedoch einen widerspruchsvollen Charakter. Der territoriale Föderalismus figurierte neben der Autonomie (die im weiteren auch stärker unter kulturellem Aspekt gesehen wurde) und der Anerkennung des »bedingungslosen« Rechts auf Selbstbestimmung. Und schließlich wollten die Sozialrevolutionäre lediglich für die großen nichtrussischen Völker mit einem fest umrissenen Territorium – die Polen, Finnen, Ukrainer, Belorussen, die baltischen und großen kaukasischen Völker – die Föderation. Diejenigen

36 Der Bund der Sozialrevolutionäre-Maximalisten formierte sich im Herbst 1906, seine Vorläufer waren unter Anhängern und Praktikern des Agrarerrors sowie in der sog. sozialrevolutionären Opposition in der Moskauer Parteiorganisation zu suchen. Das Programm des Bundes siehe Programmy političeskich partij Rossii. Konec XIX – načalo XX v. Moskau 1995. S. 224ff.

37 Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ... S. 334. – Das liest sich sehr vertraut und erlaubt Vergleiche zur bolschewistischen Argumentation, über die Zweckmäßigkeit der Lostrennung unter proletarisch-revolutionärem Gesichtspunkt zu entscheiden.

38 Siehe Aleksandr Ivanovič Spiridovič: Partija socialistov-revoljucionerov i ee predšestvenniki. 1886–1916. 2oe izd., dopoln. Petrograd 1918. S. 237.

des Wolgagebiets, Sibiriens, des Hohen Nordens und Mittelasiens hingegen klammerten sie aus ihren Überlegungen fast ganz aus.

Das mag zunächst auch ursächlich damit zusammengehangen haben, daß sozialrevolutionäre Wirkungsmöglichkeiten größtenteils in ihrer territorialen Verteilung so gewachsen waren. Die Bedingungen des politischen Untergrundes (bei denen auch die Nähe zu den Emigrationsländern zu berücksichtigen war) sowie die Handhabung der administrativen Verbannung von Gegnern durch die zaristischen Behörden (erst Sibirien, danach überall, nur nicht im Umfeld der beiden politischen Zentren des Reiches) hatten frühzeitig eine bestimmte Konzentration nachmaliger Sozialrevolutionäre im ukrainischen, wolhynischen, polnischen und baltischen Raum bewirkt. Künftige führende Parteiarbeiter wie die schon genannte Breschko-Breschkowskaja, Jefim Galperin, Grigori Andrejewitsch Gerschuni haben unter anderem von Minsk aus am Aufbau sozialrevolutionärer Vorläuferorganisationen und deren Zusammenführung zu einer Partei gewirkt.³⁹ Die Minsker »Arbeiterpartei der politischen Befreiung Rußlands« verfügte über eine eigene Druckerei und konnte, da sie unter den ortsansässigen Handwerkern, auch jüdischen, Gleichgesinnte fand, sogar weitere Druckereien einrichten und den sozialrevolutionären Organisationen in Kiew, Moskau, Odessa, Wilna (Vilnius) übergeben. 1902 befanden sich zwei von den damals drei Druckereien der PSR in westlichen nichtrussischen Gouvernements.⁴⁰ Vereinzelt wurde auch schon mal Propagandamaterial in Jiddisch und Ukrainisch gedruckt.

Sozialrevolutionäre Gruppen gab es nach Bildung der Partei und vor der Revolution u. a. in Baku, Belostok (Bialystok), Berditschew, Char'kow, Dwinsk, Gomel, Jekaterinoslaw, Kischin'ow, Melitopol, Poltawa, Shitomir, Sewastopol, Tiflis (Tbilissi), Tschernigow. Einige von ihnen gingen zaghaf't daran, unter der ortsansässigen Bevölkerung Propagandaaarbeit zu leisten. Doch die meisten Mittel und Kräfte wurden wie in der Gesamtpartei für die »Entfaltung« der Kampfaktik, des individuellen Terrors eingesetzt. Die Gruppe Minsk schrieb beispielsweise in ihrem Programmdokument, ihre Arbeit sei einerseits friedlich, auf die Erlangung politischer Freiheit gerichtet, und andererseits »militärisch«. »Wenn wir unsere Schläge gegen die Mitglieder der regierenden Gruppe lenken, beabsichtigen wir vor allem die Anhänger des Zarismus zu eliminieren,

39 Siehe ebenda. S. 58ff. und 89ff.

40 Siehe ebenda. S. 113.

jene Repräsentanten der Macht, die direkt an der Aufrechterhaltung der bestehenden despotischen Ordnung interessiert sind.«⁴¹

Aus der (freilich nicht uneigennützig so formulierten) Sicht der höchsten Überwachungsorgane stellte sich die Bedeutung der »Provinz«, also auch die Tätigkeit sozialrevolutionärer Kräfte in nationalen Gebieten, wie folgt dar: »Alle wichtigen Parteiunternehmungen entstanden und wurden in der Provinz ausgeheckt, wo die oberen Vertreter der örtlichen Gendarmeriebehörden entweder überhaupt nicht Bescheid wußten, was sich in den revolutionären Kreisen tat oder, wenn sie es wußten, den Sinngehalt der sich entfaltenden Bewegung nicht begriffen.«⁴²

Als sich in nationalem, nichtrussischem Rahmen gleichartige, ideenverwandte Parteien herausbildeten, die auch programmatische Berührungspunkte zur PSR aufwiesen, wurde die Bestimmung des Verhaltens zu ihnen für die Partei zu einem wichtigen Anliegen. Es gab genügend Kräfte, die die Partei im Ensemble von armenischer »Daschnakzutjun« (1890), »Belorussischer Sozialistischer Hromada« (1902), »Ukrainischer Partei der Sozialrevolutionäre« (1903), »Ukrainischer Radikaldemokratischer Partei« (1904), »Zionistischer Sozialistischer Arbeiterpartei« (1904), »Partei der Sozialisten-Föderalisten von Georgien« (1904), »Jüdischer Sozialistischer Arbeiterpartei« (1906, im folgenden SERP von russ. »Socialističeskaja evrejskaja rabočaja partija«) sowie der sozialdemokratischen, auf die PSR schauenden »Polnischen Sozialistischen Partei« (1893, im folgenden PPS von poln. »Polska Partia Socialistyczna«) und »Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland« (1897, Bund) in einer Art Führungsrolle zu sehen wünschten. Die PSR äußerte sich stets überzeugt, daß ihre nationalen Losungen »breit genug sind [...], um die Lebensinteressen aller unterdrückten Nationalitäten zu befriedigen«⁴³ und bezog das auch stillschweigend auf die nicht unkomplizierten Beziehungen zu verwandten Parteien.

Da sie sich aber mehr und mehr auf die Akzeptanz ihres Agrarprogramms als Meßlatte für die Gestaltung dieser Beziehungen konzentrierte, mußte sie erleben, daß die darin enthaltenen Punkte, vor allem die

41 Zitiert nach Aleksandr Ivanovič Spiridovič: Partija socialistov-revoljucionerov i ee predšestvenniki. 1886–1916. 2oe izd., dopoln. Petrograd 1918. S. 59. – Die Traditionslinie zu den Narodowolzen wird hier besonders augenfällig, es ist ein nahezu wortidentisches Bekenntnis zum individuellen Terror, wie es aus der Feder der Narodowolzen stammen könnte.

42 Ebenda. S. 126.

43 Partijnye izvestija. Petersburg (1907)10. S. 6.

»Sozialisierung des Bodens« in nichtrussischen Regionen, wie beispielsweise in Georgien, wegen der vielfach ganz anderen bäuerlichen Traditionen kaum Widerhall fanden, auch bei entsprechenden parteipolitischen Kräften.⁴⁴ Ganz abgesehen davon, daß die unstrittigen Erfolge beim Aufbau von eigenen, das heißt sozialrevolutionären Strukturen in nichtrussischen Gebieten, nicht a priori die Kenntnis der realen Lage verbesserten; da wirkten nicht nur Verständigungsschwierigkeiten, sondern auch die starke Bevorzugung terroristischer Kampfmethoden gegenläufig und hinderlich.

Aus all diesen Gründen erlangten direkte Verbindungen zu gleichartigen oder ähnlichen nationalen Parteien erstrangige Bedeutung. Engere Bindungen kamen allerdings nur zur PPS, SERP und Daschnakzutjun zustande. Erstmals hatte eine von finnischen Oppositionellen initiierte »Konferenz oppositioneller und revolutionärer Organisationen des Russischen Staates« im September/Oktober 1904 Vertreter dieser und anderer Parteien in Paris zusammengeführt, wo man über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Zarismus beraten hatte.⁴⁵

Alle Beteiligten einigten sich in einer Deklaration auf drei Punkte: Erstens: Beseitigung der Selbstherrschaft, Aufhebung aller Bestimmungen, die die »verfassungsmäßigen Rechte Finnlands verletzen«; zweitens: Errichtung eines »freien demokratischen Regimes auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts« und drittens: »Recht auf nationale Selbstbestimmung; durch Gesetze garantierte nationale Entwicklung für alle Völkerschaften; Beendigung der Gewalt seitens der russischen Regierung gegenüber den einzelnen Nationen«.⁴⁶ Die Parteien wollten ihre Anstrengungen zur »Beschleunigung des unvermeidlichen Untergangs des Abso-

44 Siehe ebenda. Petersburg (1907)9. S. 4.

45 Achtzehn Parteien waren eingeladen, acht nahmen teil. Die PSR vertraten Tschernow und Jewno Fischelewitsch Asef, damals bereits mehrjährig Ochrana-Spitzel in den Führungsgremien der Partei und ihrer Kampforganisation. 1908 wurde er entlarvt (siehe Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ... S. 158. – Aleksandr Ivanovič Spiridovič: Partija socialistov-revoljucionerov i ee predšestvenniki. 1886–1916. 2oe izd., dopoln. Petrograd 1918. S. 151).

46 Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ... S. 161. – Drei sozialdemokratische Parteien, darunter die SDAPR, nahmen nicht an der Konferenz teil, vor allem, weil dort auch der linksliberale Sojus oswoboshdenija (Befreiungsbund), Vorläufer der Konstitutionell-Demokratischen Partei (Kadetten), vertreten war. Die Belorussische Sozialistische Hromada, ebenfalls Nichtteilnehmerin, schloß sich später der Deklaration an (siehe ebenda. S. 158).

lutismus« bündeln. Doch gleichzeitig einigten sie sich über die »volle Handlungsfreiheit« jeder einzelnen Partei.⁴⁷

Der I. Parteitag der PSR wandte sich dem Zusammenwirken mit ideenverwandten Parteien bereits in einer ganz anderen historischen Situation zu: Man hatte im stürmischen Revolutionsjahr einander kennengelernt, insbesondere in der Stellung zum Oktobermanifest und zum bewaffneten Dezemberaufstand in Moskau. Mark Alexandrowitsch Natanson, Leiter einer besonderen, für diese Frage eingesetzten Parteitagskommission, schlug ausgehend von dem (immer gepflegten) Grundanliegen der PSR, in »Rußland eine sozialistische Einheitspartei zu schaffen«, vor, das ZK solle mit »verwandten« Parteien in »mehr oder weniger ständige Vereinigungen und Vereinbarungen« eintreten, mit den »konkurrierenden« Sozialdemokraten aber lediglich »Kampfabkommen« schließen und die bürgerlichen Oppositionsparteien aus jedweden dahingehenden Überlegungen ausnehmen, sich ihnen gegenüber unversöhnlich zeigen. Letzteres wurde damit begründet, daß »der gegenwärtige Moment gerade solche Aufgaben auf die Tagesordnung setzt, bei denen wir mit ihnen strikt auseinandergehen«.⁴⁸

Der Meinungs-austausch über diese Vorschläge war marginal. Rubanowitsch hatte äußerste Vorsicht beim Zusammenschluß mit gleichartigen nationalen Parteien angemahnt, denn: Neben den allgemeinsozialistischen Aufgaben könnten sie noch »eigene, mit unserer Taktik und unserem Programm unvereinbare Aufgaben haben«.⁴⁹ Damit hatte er zwar ein Grundproblem angesprochen, das allerdings weiterhin kaum berücksichtigt werden sollte. Der Parteitag stimmte den Vorschlägen der Kommission einstimmig zu.

Der II. (Außerordentliche) Parteitag der PSR (12.–15. Februar 1907, Tammerfors) verdeutlichte, daß die Partei zu größerer Differenziertheit im Verhalten zu gleichartigen nationalen Parteien vorgedrungen war und damit ihre eigenen Absichten ebenfalls offener zu erkennen gab. Inzwischen hatten sich die organisatorischen Strukturen entschieden gefestigt und ausgeweitet, was diesen Vorgang sicher in bestimmtem Maße beförderte.

Die PSR zählte nunmehr mit rund 510 Stadt-, Kreis- und Gouvernementsorganisationen fast das Siebenfache im Vergleich zur vorrevolutionä-

47 Siehe ebenda. S. 160.

48 Ebenda. S. 435.

49 Ebenda. S. 434.

nären Zeit. Sie waren in zwölf Gebietsorganisationen gegliedert, die alle, ausgenommen die zentrale, Strukturen in nichtrussischen Regionen aufwiesen. Über die Hälfte der PSR-Organisationen (277) befanden sich in ländlichen Gebieten, namentlich in der Schwarzerdezone, wo traditionelle patriarchalisch-gemeindliche Formen der Landwirtschaft überwogen, sowie in industriell schwach entwickelten Gouvernements der Nichtschwarzerdezone, einschließlich der westlichen und südwestlichen. Der Mitgliederbestand der Partei hatte sich von etwa 1.500 bis 2.000 auf annähernd 65.000 erhöht. Im ganzen war die Partei indes eine »großrussische« geblieben mit nur wenigen Nichtrussen; Bauern und Arbeiter dominierten unter den einfachen Mitgliedern, in der Führungsschicht dagegen Intellektuelle. Mit rund 38 Prozent wiesen die höchsten Führungsgremien und die beiden hauptstädtischen Organisationen (Petersburg, Moskau) einen bemerkenswert hohen jüdischen Anteil auf.⁵⁰

Von den 117 Delegierten des II. Parteitages kam etwa ein Viertel aus Organisationen in nationalen Gebieten;⁵¹ verglichen mit dem I. Parteitag gab es also auch hier deutlich positive Veränderungen.

Ähnlich wie auf dem I. Parteitag wurde die Stellung zu den nationalen Parteien auch auf dem Außerordentlichen in letzter Minute unter großem Zeitdruck behandelt. Den Delegierten wurde eine knappe Information über die SERP, die Daschnakutzjun und die georgischen föderalistischen Sozialisten gegeben. Die SERP – sie war vor allem im Süden und Südwesten Rußlands beheimatet und zählte zwischen 10.000 und 12.000 Mitglieder – hatte als einzige einen Vertreter nach Tammerfors entsandt, der seine Überlegungen in die Debatte einbrachte.⁵² Er sprach sich für den föderativen Zusammenschluß aller sozialistischen Parteien des Landes aus, was er jedoch von der weiteren Ausarbeitung der nationalen

50 Siehe *Političeskie partii Rossii v period revoljucii 1905–1907 gg. Količestvennyj analiz*. Moskau 1987. S. 9. – Michail Ivanovič Leonov: *Partija socialistov-revoljucionerov v 1905–1907 gg.* Moskau 1997. S. 397ff. – Bei vielen Parametern bewegte sich die PSR in der Nähe der SDAPR. Dabei ist zu beachten, daß die Partei mit Zahlenangaben meist sehr großzügig umging, zuweilen aber auch äußerste Zurückhaltung zeigte. So in dem Bericht an den Amsterdamer Kongreß der Sozialistischen Internationale vom August 1904, der als letztes zusammenfassendes »vorrevolutionäres« Dokument keinerlei diesbezügliche Vergleichsmöglichkeiten bietet, weil Zahlen vollkommen fehlen (siehe *Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ...* S. 128ff.).

51 Siehe *Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy ...* S. 624ff.

52 Es handelte sich um das ZK-Mitglied Rubinstein, möglicherweise Chaim Ossipowitsch Shitlowski (siehe ebenda. S. 619 und 672).

Frage abhängig machen wollte. Eine Konferenz aller verwandten nationalen Parteien sowie der PSR-Organisationen in den nationalen Gebieten sollte dies übernehmen.⁵³

Der Berichterstatter des ZK der PSR gab der SERP, mit der »freundschaftlichste und innige« Beziehungen bestanden, eine hohe Wertschätzung. Er wollte sie jedoch nicht als sozialrevolutionär ja nicht einmal als »auf sozialrevolutionär machend« (eserstwujuschtschaja) bezeichnen, weil man wegen fehlender Literatur in jiddischer Sprache in ihren Reihen keinerlei Kenntnis vom Sozialrevolutionismus habe.⁵⁴ Komplizierter lagen die Dinge offenbar in der Daschnakzutjun, wo neben der sozialrevolutionären eine »bürgerlich-nationalistische« Strömung vorhanden war, sowie in der georgischen Partei, wo eine anarchistische Richtung Oberhand zu gewinnen drohte.

Die entsprechenden Parteitagsentscheidungen waren unter taktischem Gesichtspunkt aufschlußreich: Im Hinblick auf die SERP wurde alles bis hin zur »Ausarbeitung eines allgemeinen Typus von Abkommen« einer künftigen Konferenz überlassen. Gegenüber der Daschnakzutjun wurde einerseits auf Abspaltung des sozialrevolutionären Flügels und seinen Anschluß an die PSR mit den Rechten eines armenischen autonomen Komitees orientiert, andererseits auf Beibehaltung der Kontakte zur Restorganisation und Kritik »aller Erscheinungen und Tendenzen bürgerlich-nationalistischen Charakters«. Tschernow empfahl dies, denn die Daschnakzutjun hatte ihr Wirken auf das türkische Armenien ausgedehnt, wo »gerade unsere Idee der Sozialisierung des Bodens Chancen auf den größten Erfolg hat, weil die armenische Bevölkerung fast durchweg landwirtschaftltreibend ist, Kurden und Tataren ihr aber das Land weggenommen haben«.⁵⁵ Bei den georgischen Föderalisten wollte man deren nächsten Parteitag abwarten und bis dahin mit den sozialrevolutionären Kräften unter ihnen zusammenarbeiten.⁵⁶

Eine einheitliche taktische Grundlinie gegenüber den gleichgearteten Parteien war also vorerst nicht vorhanden. Sie kam erst auf der I. Parteikonferenz der PSR (August 1908, London) zustande. Die Konferenz sprach sich für die Schaffung weiterer nationaler sozialrevolutionärer Parteien aus und für die nicht näher umschriebene Unterstützung der

53 Siehe ebenda. S. 620f.

54 Siehe ebenda. S. 620.

55 Ebenda. S. 623.

56 Siehe ebenda.

bestehenden. In jedem Falle hatte in den Beziehungen zu ihnen das Programm der PSR zugrunde zu liegen. Zugleich wurde erstmals seit Bestehen der Partei auf die (zentrale) Herausgabe sozialrevolutionärer Literatur in Sprachen nichtrussischer Völker Kurs genommen, und zwar für die, wo es sozialrevolutionäre Organisationen gab, um die Propagierung des Sozialrevolutionismus auszuweiten.⁵⁷ Auf diese Notwendigkeit hatte die vom II. (Außerordentlichen) Parteitag angeregte und schon kurz danach im April 1907 unter Federführung der PSR durchgeführte Konferenz nationaler sozialrevolutionärer Parteien dringend aufmerksam gemacht. Auch und vor allem, weil hier die Debatten einen erheblichen Klärungsbedarf für die »Sozialisierung« des Bodens, den Dreh- und Angelpunkt des sozialrevolutionären Agrarprogramms, und ihre Anwendung in den nationalen Gebieten sowie für die national-kulturelle Autonomie im sozialrevolutionären Verständnis zutage gefördert hatten.

Angenommen ein Jahr nach der Niederlage der Revolution, in einer Situation, da sich in der PSR bereits tiefgreifende ideologische und organisatorische Meinungsverschiedenheiten aufgetan hatten, da Spaltungen, Strömungen und Verrat die Partei lähmten und ihre Existenz in Frage stellten, mußten die Beschlüsse von 1908 letztlich unwirksam bleiben, wie dies auch schon den Konferenzbeschlüssen von 1907 widerfahren war.

57 Siehe Protokoly pervoj obščepartijnoj konferencii partii socialistov-revoljucionerov. Avgust 1908. Paris 1908. S. 236.

DIETER SEGERT

Grundlagen und Grenzen des Interesses an Demokratie in Osteuropa – Thesen zu einem überregionalen Vergleich

Demokratie ist ein häufig verwendeter, aber vieldeutiger Begriff. In ihm sind normative und analytische Momente ineinander verwoben. Insofern kann angenommen werden, daß seine Bedeutung in verschiedenen kulturellen Umgebungen durchaus verschieden ist. Wie aber kann das, was in verschiedenen Ländern als »Demokratie« verstanden wird, sinnvoll miteinander verglichen werden? Diese Frage soll im folgenden vor dem Hintergrund osteuropäischer Erfahrungen reflektiert werden. Notwendigerweise muß ich mich dabei umfassender mit der Frage beschäftigen, was die durch die geschichtlichen Erfahrungen und dominierenden Sichtweisen entwickelter westlicher Industriegesellschaften geprägten politologischen Demokratiediskurse für die Analyse der Demokratieprozesse in Ost- und Ostmitteleuropa leisten können. Im nachfolgenden Beitrag wird in drei Schritten vorgegangen, die ich jeweils durch eine Frage gekennzeichnet habe:

- Wie ist der Zustand der Demokratie in der Region?
- Welche sozialen und kulturellen Voraussetzungen hat die Demokratie im heutigen Osteuropa?
- Unter welchen Bedingungen wird Demokratie als wichtig empfunden?

Als Resümee folgen dann einige Thesen darüber, wie ausgehend von den vorhergehenden Überlegungen ein interkultureller Demokratievergleich generell angelegt werden könnte.¹

1 Der nachfolgende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags vor dem Institut für West-Ost-Studien in Leipzig im April 2001. Ich habe Wolf-Dieter Seiwert für die anregenden Gespräche im Vorfeld und Jürgen Kunze sowie anderen Teilnehmern der Diskussion für ihre Hinweise in der Diskussion des Vortrags zu danken.

I. WIE IST DER ZUSTAND DER DEMOKRATIE IN DER REGION?

Wir sehen die Welt durch den Filter der Massenmedien. Durch ihn wird eine Flut von Informationen scheinbar technisch neutral handhabbar gemacht. Allerdings bekommen wir mit der Informationsauswahl und ihrer Kommentierung Wertungen darüber serviert, was uns bedrohlich oder erfreulich sein sollte. So erfahren wir, daß in Rußland die Pressefreiheit durch den Aufkauf des Senders NTW durch Gazprom gefährdet sei, in Tschechien im Dezember 2000 durch die Besetzung der Studios des dortigen Ersten Fernsehens angeblich ein Angriff der politischen Mehrheit auf die Meinungsfreiheit im Lande zurückgeschlagen wurde, oder daß in Jugoslawien seit dem Oktober 2000 eine Gefahr für die dortige Demokratie durch den Rücktritt Slobodan Miloševićs beseitigt worden sei. Nicht immer scheint die öffentlich vorherrschende Meinung auch sachlich gerechtfertigt zu sein. Besonders gilt das dann, wenn für Zustandsbeschreibungen solche komplexen und wertenden Begriffe wie »Demokratie« verwendet werden.

Was bietet nun uns die *wissenschaftliche* Expertise an Einsichten zum Thema? Es gibt eine Vielzahl von Länderstudien und vergleichenden Analysen von ausgewählten Transformationsprozessen seit 1989. Eine der wichtigsten wissenschaftlichen Schulen wird dabei durch das Konzept einer *transition to democracy* vertreten, welches in Deutschland vor allem von der Arbeitsgruppe für Systemwechselforschung innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft propagiert und entwickelt worden ist. Deren Ergebnisse wurden in einigen, zunächst vom Heidelberger Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel allein herausgegebenen Sammelbänden publiziert.² Durch sie wurden die wesentlichen Akteurskonstellationen und Etappen des Prozesses der Herausbildung demokratischer Institutionen nachgezeichnet. In den letzten zwei Jahren wurde hier vor allem die Frage nach den Konsolidierungsaussichten von »jungen Demokratien« gestellt und die Gefahr der Stabilisierung »halbdemokratischer« Regime unter dem Stichwort der »defekten Demokratien«

2 Siehe u. a. Wolfgang Merkel (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen 1994 (im weiteren Wolfgang Merkel (Hrsg.): Systemwechsel 1 ...). – Wolfgang Merkel et al. (Hrsg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen 1996. – Wolfgang Merkel: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen 1999 (im weiteren Wolfgang Merkel: Systemtransformation ...).

analysiert. Es handelt sich dabei um die Herausbildung von unvollkommenen Demokratien, denen bestimmte Merkmale vollständiger Demokratien fehlen.³ Andere Autoren analysieren diese Phänomene unter dem Stichwort der hybriden Regime, in denen sich die Merkmale demokratischer und nichtdemokratischer Regime in eigentümlicher Weise mischen, die aber eine gewisse Stabilität aufweisen.⁴ Unter dem Gesichtspunkt der Gefährdung gerade entstandener Demokratien sind in der Region Osteuropa Rußland, Belarus, Jugoslawien und – bis 1998 – die Slowakei viel beschriebene Untersuchungsfälle.

Daneben finden quantifizierende Einschätzungen das besondere Interesse der wissenschaftlichen Öffentlichkeit. Für die *cross national*, also weltweit vergleichende Forschung ist der »Freedom house«-Index von hervorragender Bedeutung. Seit Anfang der siebziger Jahre wird der Stand von politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten in allen Ländern der Welt nach den Ziffern 1–7 (1 jeweils als Ausdruck des höchsten, 7 des niedrigsten Entwicklungsniveaus) eingestuft, wobei aus der Kombination beider Einschätzungen dann der Platz des jeweiligen Landes innerhalb dreier Gruppen festgelegt wird: frei von 1,0 bis 2,5; teilweise frei zwischen 3,0 und 5,5, bei einem höheren Wert gilt das Land als »nicht frei«. Beispiele: Die Tschechoslowakei wurde bis 1989 mit einem Wert von über 7 als nicht frei eingestuft, und wurde ab 1990 zunächst mit 2,2, ab 1993 als Tschechische Republik mit 1,2 als »frei« und als Slowakei zwischen 3 und 2 schwankend als »teilweise frei« oder als »frei« eingeschätzt. Bulgarien wurde 1990/1991 als »teilweise frei«, ab 1991 zwischen den Werten 2,3 und 2,2 alternierend als »frei« eingeschätzt. Rußland gilt mit Werten zwischen 3,3 und 4,5 als »teilweise frei«, wobei die höheren, also »schlechteren« Werte für die letzten Jahre der Präsidentschaft Jelzin angegeben werden.

Die Werte des »*freedom house*«-Instituts werden vor allem für quantifizierende vergleichende Studien, etwa der sogenannten »politischen Kulturforschung« (basierend auf Daten der quantitativen Umfrageforschung) oder der quantifizierenden Modernisierungsanalyse verwendet.

3 Siehe u. a. Aurel Croissant/Peter Thiery: Von defekten und anderen Demokratien. In: WeltTrends. Potsdam (2000/20001)29. S. 23ff.

4 Siehe u. a. Friedbert W. Rüb: Hybride Regime – Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetyt? In: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen (i. E.).

Zu *freedom house* bemerkt der selbst quantitativ arbeitende Manfred G. Schmidt aus Heidelberg: die Einstufungen der verschiedenen Länder basierten »in der Regel auf solider Information, aber letztlich doch auf einem relativ intuitiven System der Beobachtung, Bewertung und Aufsummierung der Beobachtungswerte zu einer Skala«.⁵

Dieses subjektive Moment gilt analog auch für andere, stärker in die Sphäre der Politik hineinreichende Bewertungen politischer Transformationsprozesse, etwa für die, die die Europäische Kommission seit 1998 jedes Jahr im Herbst gegenüber den Kandidaten für eine EU-Osterweiterung vornimmt (die *Progress reports*), oder eben für die Interpretationen der politischen Kulturforschung. In »INITIAL« formuliert Lycian W. Pye selbstkritisch zu den Analysen der letzteren Richtung: »Die Analyse ist leicht zu beeinflussen durch Werturteile, die ihrerseits durch politische Präferenzen eingefärbt sein können [...] Einige Länder haben es leichter, Sympathie zu erwerben, während andere eher kritische Bewertungen provozieren.«⁶ Das bezieht sich natürlich nicht nur auf die Einschätzung des Standes der Demokratisierung, sondern auch auf die Frage, wie die Menschenrechtssituation eingeschätzt werden kann: Kroatien galt auch unter Tudjman im Vergleich mit Serbien unter Milošević stets als unproblematischerer Fall. Die Probleme der Roma in der Tschechischen Republik gelten der westlichen Öffentlichkeit als gravierender als, beispielsweise, die Ungarns.

Zur Ausgangsfrage dieses Abschnitts läßt sich also zunächst festhalten, daß eine Einschätzung des Zustandes der Demokratie in der Region ihrerseits die Frage nach deren methodischen Grundlagen nach sich zieht.

Um die hier formulierte Skepsis präziser handhaben zu können, muß eine sehr elementare Frage zunächst geklärt werden: Was soll unter Demokratie überhaupt verstanden werden? Soweit das eine Frage der begrifflichen Bestimmung ist, möchte ich dazu einige Ausführungen anschließen, bevor ich zu den Voraussetzungen der Demokratie im heutigen Osteuropa übergehen werde.

5 Manfred G. Schmidt: *Demokratietheorie. Eine Einführung*. 3. Auflage. Opladen 2000. S. 412.

6 Lucian W. Pye: *Kultur als Schicksal. Politische Kultur im Wandel von Gesellschaftssystemen. Zur Geschichte politischer Kulturforschung*. In: *Berliner Debatte INITIAL*. Berlin (2000)5/6. S. 6.

Adam Przeworski formuliert sehr einfach: Man solle als demokratisch alle Regime betrachten, in denen solche Wahlen abgehalten werden, die der Opposition in gewissem Maße erlauben, zu gewinnen und dadurch die Regierung zu übernehmen.⁷ Demokratie wird also als identisch begriffen mit der Abhaltung von (relativ) freien und fairen Wahlen, in denen über die Besetzung der Regierung entschieden wird. Diese minimalistische Definition von Demokratie scheint sehr überzeugend zu sein, denn sie hat weite Verbreitung in der wissenschaftlichen Literatur gefunden. Sie hebt ein einziges Moment hervor, den Übergang von der Legitimation der Macht durch Herkunft zur Legitimation der Macht in Wahlen. Dieser hat sich realgeschichtlich im wesentlichen in den Ländern des Westens zwischen der Französischen Revolution und den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts vollzogen. Eine solche Definition hat allerdings auch einige verborgene Probleme. Wieso z. B. kann man von »der« Opposition sprechen (gibt es nicht auch die Möglichkeit, daß mehrere nicht an der Regierung beteiligte Gruppen existieren), oder: Wann ist die Grenze erreicht, an der die Wahrscheinlichkeit der Regierungsübernahme durch die Opposition angesichts des Übermaßes an Macht der Regierenden so gering ist, daß der Akt der Wahl zur Farce wird, die Beteiligung an ihr also einen Regierungswechsel auf keinen Fall ermöglicht. Und schließlich: Werden diese Bedingungen für eine Übernahme der Macht durch die Opposition nur in der Sphäre des politischen Wettbewerbs, in der Politik, erzeugt, oder gibt es auch wichtige außerpolitische Voraussetzungen von politischer Macht? Marx, der ja die Art Wahlen zu seiner Zeit kannte, meinte noch, sie dienten dazu, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der herrschenden Klasse die Macht dazu nutzen kann, über die Mehrheit der Gesellschaft weiterhin zu herrschen. Jene Herrschaft war bei ihm bekanntlich wesentlich in wirtschaftlichen Machtverhältnissen, im Eigentum, verankert. Für Engels war insofern das Wahlrecht nicht mehr als ein Anzeiger der politischen Reife der Klasse, die generell von der Macht ausgeschlossen war. Nun hat sich aber seit Marx und Engels das politische System des Kapitalismus verändert. Der wesentliche formelle Schritt war der Übergang zum allgemeinen Wahlrecht und die parlamentarische Abhängigkeit der Regierung. Herrschaft wurde nicht nur durch Wahlen legitimiert, sondern auch stärker in ihrer alltäglichen Ausübung durch

7 »... in which the opposition has some chance of winning and taking office«. (Adam Przeworski/Michael Alvarez/José Antonio Cheibub/Fernando Limangi: What makes democracies endure? In: Journal of democracy. Washington (1996)1. S. 39.

gesellschaftliche Kräfte kontrollierbar. Anders gesagt: Die politische Herrschaft hat sich im letzten Jahrhundert zur Gesellschaft hin geöffnet. Politische Macht hat einen eigenständigen Stellenwert erhalten. Sie kann nunmehr auch wirtschaftliche Macht mindern oder mehren. Das ist natürlich nur eine Tendenz, die sich nicht automatisch durchsetzt. Aber es läßt sich immerhin beobachten, daß soziale Randgruppen gerade über die Politik Einfluß auf die Gesellschaft bekommen können. Politik ist zu einem wichtigen Weg des sozialen Aufstiegs geworden. Dennoch ist weiterhin nach den außerpolitischen Bedingungen politischer Macht zu fragen.

In der wissenschaftlichen Mainstream-Diskussion gibt es neben dem hier von Przeworski zitierten Standpunkt (der ursprünglich aus Schumpeters Unterscheidung von klassischem und »realistischem« Demokratieverständnis stammt⁸) auch andere Positionen, die vorschlagen, in den Begriff der Demokratie weitere institutionelle Voraussetzungen einzubeziehen. Wolfgang Merkel etwa, Robert Dahl zitierend, verweist darauf, daß neben dem freien politischen Wettbewerb (also den Wahlen) auch das Recht der Bürger zu partizipieren, gewahrt werden muß. Er selbst setzt diese strukturellen Voraussetzungen (institutionelle Garantien) von Demokratie in acht Punkte um, die ich hier aber nur unvollständig zitieren will.⁹

Zusammengefaßt geht es vor allem um zwei ergänzende Momente: *Erstens* um Assoziations- und Koalitionsfreiheit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung für alle Bürger, die Existenz alternativer Informationsquellen (die Informationsfreiheit), letztlich also um gesicherte Grundlagen für die Möglichkeit der Partizipation der Bürger an der Macht; sowie *zweitens* um eine gesicherte andauernde Abhängigkeit der Regierungspolitik von den in Wahlen und in anderer Weise öffentlich geäußerten »Bürgerpräferenzen«.

Wenn man diese theoretische Momente in Tatsachen der Geschichte der westlichen Demokratien übersetzt, bedeutet das erste Moment den Schutz politischer Rechte der Bürger gegenüber dem (feudalabsolutistischen) Staat im Geiste des politischen Liberalismus, das zuletzt genannte Moment bezeichnet den Übergang von der konstitutionellen Monarchie, die vom Parlament nur in bestimmten Fragen abhängig war, zur vollen parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung.

8 Siehe Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen 1987. 6. Auflage. 21. und 22. Kapitel.

9 Siehe Wolfgang Merkel: Systemtransformation ... S. 31 (Anmerkung 2).

Bezogen auf die Konsolidierung von Demokratien (nach dem Beginn ihrer Institutionalisierung, also nach dem Ende der autoritären Regime) hebt Merkel noch zwei Momente hervor, die keinen politisch-institutionellen Charakter tragen: Zum einen spricht er von Vetomächten, deren Einfluß nicht von Wahlen abhängig ist, die aber die Macht demokratisch gewählter Regierungen einschränken können. Dabei handelt es sich aus seiner Sicht um die Militärs in Lateinamerika oder aber um Teile der Nomenklatura in den früheren staatssozialistischen Regimen, die im Rahmen der Privatisierung politische in wirtschaftliche Machtressourcen umgewandelt haben. Zum anderen hebt er die Unterstützung hervor, die die Demokratie als Institution innerhalb der gesamten oder zumindest einer stabilen Mehrheit der Bevölkerung genießen muß, soll sie stabil bleiben. Wenn Demokratie nicht als legitimes Herrschaftssystem angesehen wird, wenn es in den Augen einer Mehrheit der Bevölkerung prinzipielle Alternativen dazu gibt, dann sei die Demokratie nicht stabilisierbar. Allerdings müsse die Ablehnung der Demokratie nicht sofort zum Sturz der politischen Ordnung führen, da diese Ablehnung ja auch zur politischen Abstinenz führen könne, also etwa zur Nichtteilnahme an Wahlen. Notwendig sei für das Wirksamwerden dieser gegen die Demokratie gerichteten Stimmung eine energisch handelnde Gruppe der politischen Elite, die diese Unzufriedenheit politisch mobilisieren würde. Soweit Merkel. Man muß allerdings feststellen, daß nicht danach gefragt wird, warum die Demokratie überhaupt diskreditiert werden kann, warum sie von Teilen der Bevölkerung oder der Eliten abgelehnt oder bekämpft wird. Das aber scheint mir eine wichtige, nicht einfache zu beantwortende Frage zu sein.

II. WELCHE SOZIALEN UND KULTURELLEN VORAUSSETZUNGEN HAT DIE DEMOKRATIE IM HEUTIGEN OSTEUROPA?

In diesem Abschnitt wird es weiterhin weniger um Fakten gehen, als um die Darstellung wissenschaftlicher Positionen, um wissenschaftliche Strömungen, welche sich mit den in der Überschrift genannten Voraussetzungen von Demokratie beschäftigen. Es gibt Forscher, die die Existenz sozialer Voraussetzungen von Demokratie strikt verneinen. Demokratie könne in ganz unterschiedlichen sozialen Umgebungen und unabhängig von ihnen, ohne irgendeinen Kausalzusammenhang mit ihnen, entstehen. Die Transitionsschule hat im Prozeß ihres Entstehens diese These be-

sonders hervorgehoben.¹⁰ Andere jedoch, vor allem die Vertreter der Modernisierungsforschung – welche sich ursprünglich als Forschung über die sich nach dem Ende der zweiten Kolonisierung der Welt nach 1945 herausbildenden »jungen« Nationalstaaten entwickelte – meinen, es gäbe solche Mindeststandards sozialer Entwicklung, oberhalb derer Demokratie erst möglich würde. In diesem Sinne wurde, häufig über den Weg einer statistischen Verarbeitung von größeren Datenmengen, nach Schwellenwerten gesucht, ab wann die Demokratie als politische Ordnung in einem bestimmten Land Chancen auf dauerhafte Existenz hat. Der Finne Tatu Vanhanen ist ein prominenter, aktueller Vertreter dieser Richtung.¹¹ Sein Index berücksichtigt die Verteilung von Machtressourcen in der Gesellschaft, vor allem von kulturellen und wirtschaftlichen Ressourcen wie höhere Bildung, Verteilung des Bodenbesitzes und die Begrenzung von wirtschaftlichen Monopolen in der Industrie; nur wenn Machtressourcen in einem bestimmten Maß gestreut sind, und dafür hat er Schwellenwerte angegeben, würde Demokratie als funktionierender politischer Wettbewerb wahrscheinlich.

Was hier zunächst nur als wissenschaftliche Methode der Quantifizierung von Voraussagen erscheint, hat auch andere Konsequenzen: Wenn die Thesen stimmen, dann ist Demokratie nicht in jeder Gesellschaft möglich. Damit wäre Demokratie auch nicht für jede Gesellschaft eine anzustrebende Art der Herrschaftsausübung. Es wird zumindest allgemein der Blick auf den Zusammenhang des Zustandes oder der Entwicklungsstufe von Gesellschaft mit den Formen von Politik gelenkt. Das verbindet die politikwissenschaftlichen Modernisierungsansätze der letzten Jahrzehnte im übrigen mit dem allgemeinen Herangehen von Marx.

Ein zweiter Zweig dieser Suche nach Voraussetzungen der Demokratie findet sich in der oben schon erwähnten »politischen Kulturforschung«, die mit den Methoden der Umfrageforschung arbeitet. Auch

10 Der klassische Text dafür ist ein Artikel von Dankwart Rustow: *Transitions to democracy*. In: *Comparative Politics*. New York (1970)2. S. 337–362.

11 Siehe Tatu Vanhanen: *The process of democratization. A comparative study of 147 states (1980–1988)*. New York. 1990. – Man kann diesen Ansatz allerdings bei vielen anderen Vertretern dieser Schule finden, begonnen von Seymour M. Lipsets klassischer Arbeit »*Political Man*« (erstmalig 1959) bis hin zu Vertretern der jüngeren Generation deutscher Politikwissenschaftler wie Christian Welzel: *Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch*. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.): *Systemwechsel 1 ...* S. 47–79 (besonders S. 57ff.).

hier ist eine ganze »Wissenschaftsindustrie« angesprochen. Die Umfrageforschung lebt von der Produktwerbung und dem Respekt, die Politiker in Wettbewerbsdemokratien vor der öffentlichen Meinung haben. Dieser Respekt hat mit engen Interessen der Politiker zu tun: Die Berücksichtigung der Umfragedaten, die Stimmungen der Bevölkerung widerspiegeln, kann über das persönliche Gedeih und Verderb der Politiker entscheiden. Die Umfrageforschung benötigt viel Geld, aber man kann als unternehmender Wissenschaftler auch gut leben von ihr, zumindest wenn man in etablierten Einrichtungen arbeitet.

Bezogen auf den hier behandelten Gegenstand, den Status und die Chancen der Demokratie in Osteuropa, formuliert die »politische Kulturforschung« die Frage, in welchem Umfang die Demokratie durch die Bevölkerung der betreffenden Länder unterstützt wird oder aber inwiefern die Bevölkerung mit der demokratischen Regierungsform zufrieden ist. Typische Fragen der Surveys der Umfrageinstitute finden sich bei dem Berliner Soziologen Hans-Dieter Klingemann: »Ist es sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht, sehr schlecht, wenn das Land auf demokratische Weise regiert wird?« oder auch: »Wie stark stimmen Sie der Aussage zu/lehnen Sie die Aussage ab: Demokratie mag viele Probleme haben, aber sie ist besser als irgendeine andere Form von Regierung.«¹² Das zweite ist übrigens eine andere Fassung der sogenannten »Churchill-Hypothese«,¹³ daß die Demokratie zwar auch nur eine schlechte Staatsform sei, aber immerhin die beste aller bisher bekannten Regierungsformen.

Mit solchen Fragen hat man etwa im »World Value Survey« in den Jahren 1995 und 1998 herausgefunden, daß in 38 Ländern aus aller Welt durchschnittlich 84 Prozent der Befragten die Demokratie als Regierungsform in starker Weise unterstützten, in den an der Untersuchung beteiligten ostmitteleuropäischen Staaten (und das waren nur die baltischen Staaten und die des ehemaligen Jugoslawien) waren es zwischen 79 und 95 Prozent, in Rußland hingegen nur 51 Prozent.¹⁴

12 Hans-Dieter Klingemann: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre. In: Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Christian Welzel (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Opladen 2000 (im weiteren Hans-Dieter Klingemann: *Unterstützung für die Demokratie ...*). S. 272.

13 Siehe dazu Manfred G. Schmidt: *Demokratiethorie. Eine Einführung*. 3. Aufl. Opladen 2000. S. 538f. (Anmerkung 5):

14 Siehe Hans-Dieter Klingemann: *Unterstützung für die Demokratie ...* S. 282.

Eine solche Einschätzung ist sicher nicht ohne Wirklichkeitsgehalt, nur ist die Frage, welche situativen Momente die Antworten der Befragten jeweils beeinflußt haben. Besser wäre es deshalb, die Veränderungen im Antwortverhalten über eine längere Zeit festzuhalten, und in der Interpretation der jeweiligen Umfrageergebnisse aus den Ländern festzustellen, welche konkreten einzelnen Ereignisse und spezifischen Erfahrungen das Urteil der Befragten beeinflußt haben könnte. Außerdem darf man nicht vergessen, daß für die Antwort auf die oben angegebenen Fragen von erheblicher Bedeutung ist, was die Befragten jeweils unter »Demokratie« verstehen. Wenn es schon in der Wissenschaft (siehe oben) recht unterschiedliche Begriffe davon gibt, wieviel mehr unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie muß es dann in einer Bevölkerung geben, die natürlich keinen wissenschaftlich reflektierten und präzise definierten Begriff von der Sache haben muß und auch nicht hat. Ihr Urteil ist durch Erfahrungen geprägt. Und diese Erfahrungen mit der Demokratie können sehr unterschiedlich sein. Für eine große Gruppe der russischen Bevölkerung etwa sind die Begriffe »Demokratie« und »Demokraten« ein Synonym für die wirtschaftliche Katastrophe der »Reformen« unter Jegor Gaidar im Jahre 1992 und für den Niedergang der weltpolitischen Bedeutung ihres Staates, seine gestiegene Abhängigkeit von den Machtzentren der westlichen Welt. Das mag die Unterschiede erklären zwischen der Unterstützung von »Demokratie« in Rußland, wo nur 51% der Bevölkerung zur Gruppe der starken Unterstützer gezählt wurden, und Kroatien, wo es 95% der Bevölkerung waren. In Rußland ist der Begriff der Demokratie mit nationalem Niedergang verbunden, in Kroatien mit dem Beginn einer eigenständigen Existenz des Staates.

Ich selbst habe in einer kürzlich veröffentlichten Publikation¹⁵ in einem etwas anderen Sinn nach den aktuellen Chancen und Gefährdungen von Demokratie in Osteuropa gefragt. Mir kam es darauf an, gegen die verbreitete These zu polemisieren, die Demokratie habe in der Region deshalb schlechte Aussichten, weil es hier über mehrere Jahrzehnte den Staatssozialismus gegeben hat. In diesem Artikel habe ich die Entwicklungsperspektiven zehn Jahre nach dem Beginn der demokratischen Entwicklung nach 1918 und nach 1989 miteinander verglichen und festgestellt, daß es dank des Staatssozialismus heute erheblich bessere Aussichten auf die Konsolidierung der Demokratie gibt, als in der Zwi-

15 Siehe Dieter Segert: Wann sind Demokratien gefährdet? Osteuropa im Vergleich. In: WeltTrends. Potsdam (2000/2001)29. S. 33–57.

schenkriegszeit. Neben regionsinternen Ursachen spielt dafür allerdings auch das unterschiedliche internationale Machtgefüge zu beiden Zeiten eine bedeutsame Rolle. Oder als provozierende These formuliert: Das Erbe einer Diktatur kann sehr wohl die Demokratie fördern.

III. UNTER WELCHEN BEDINGUNGEN WIRD »DEMOKRATIE« ALS WICHTIG EMPFUNDEN?

Ausgehend von einer scheinbar abgelegenen Reflexion soll damit ein neuer Abschnitt beginnen. Zu Beginn der neunziger Jahre ergab sich unter Linken der Bundesrepublik eine Konjunktur der Forschungen zur »Zivilgesellschaft«. Alles wurde plötzlich unter dem Blickwinkel dieses Begriffs betrachtet. Auf einer Konferenz in Berlin zum Beitrag Gramscis zur Problematik (ihr Thema lautete »Gramsci und die Zivilgesellschaft«) äußerte ein Diskutant die Vermutung, an die Stelle der früheren Beschäftigung mit dem Sozialismus und seinem Programm sei nun offensichtlich die Zivilgesellschaft getreten. So wie die Linken früher die grundsätzliche Veränderung des Kapitalismus hin zu einem (demokratischen) Sozialismus anstrebten, würde nun, nach der Diskreditierung sozialistischer Programmatik durch den Zusammenbruch des »realen Sozialismus« die reale Demokratie als vertiefungsbedürftig durch den Ausbau ihrer zivilgesellschaftlichen Grundlagen angesehen werden.

Hier interessiert mich nur eine mögliche Ableitung aus dieser von mir geteilten Beobachtung, die Annahme, daß das, was in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Forschung tritt, nicht unabhängig von den Wertorientierungen der Forscher selbst ist. Wenn hier die Demokratie (vergleichend) erforscht werden soll, so muß auch danach gefragt werden, wofür sie in *unserem* Wertehaushalt steht, was ihre Bedeutung *für uns*, die Forscher ausmacht. »Demokratie« ist, so steht zu vermuten, als politische Losung eine Chiffre für andere Dinge. Die Fragen der Forscher sind dabei meist verbunden mit den Fragen, die in der Öffentlichkeit gestellt werden. So stellt sich das Problem folgendermaßen dar: Wenn man den Stand der Demokratie in Osteuropa erforschen will, so muß man zunächst versuchen zu verstehen, warum diese Losung zu einem bestimmten Zeitpunkt eine zentrale Bedeutung innerhalb der Öffentlichkeit dieser Gesellschaften erlangt hatte.

Um das Verfahren abzukürzen, will ich von mir selber ausgehen. Demokratie war uns vor 1989 eine Losung für ein schmerzliches Defizit

in der Entwicklung der staatssozialistischen Gesellschaften. Ich habe den Begriff damals nicht nur aus taktischen Gründen mit dem Attribut »sozialistisch« versehen. Diese Beifügung sollte keinesfalls *weniger* Demokratie (als im kapitalistischen System) bedeuten, sondern mehr, wie uns ja überhaupt die Überzeugung prägte, der Sozialismus sei die Antwort auf alle Probleme der Menschheit. Mehr Demokratie aber auch aus Ursachen heraus, die allein in dieser besonderen gesellschaftlichen Organisationsform begründet waren. In der anfänglichen Umwälzung waren die Mittel der Produktion umfassend verstaatlicht worden. Das staatliche Eigentum konnte aber nur zum tatsächlich gemeinschaftlichen werden, wenn auch der Prozeß der Entscheidung über die Ziele der Produktion und Verteilung vergesellschaftet werden würde. Hier war aber aus unserer damaligen Sicht irgendwann in den zwanziger Jahren die Entwicklung in Sowjetrußland in die verkehrte Richtung gegangen. Nach der Vollendung des Systems des »bürokratischen Sozialismus«, des Stalinischen Systems, war dann eine adäquate Theorie zur falschen Praxis umfunktioniert und zur Staatsdoktrin erklärt worden, die die unterbliebene Beteiligung der Massen, ihre Verdrängung durch einen hochzentralisierten, allmächtigen Apparat, als einzig richtige politische Form und echte Volksherrschaft schönredete. In der Welt der offiziellen Doktrin gab es auch keine eigenständige demokratische Frage mehr: Die »sozialistische Demokratie« wurde allein schon wegen der Orientierung der Beschlüsse des Politbüros an Marx und Lenin, durch ihre angebliche Wissenschaftlichkeit, zur höchsten Form der Volksherrschaft erklärt. Es gab aus dem Blickwinkel dieser Doktrin keine Kluft zwischen einer Herrschaft für das Volk und der Herrschaft durch das Volk. Insofern schien mir und anderen damals eine Kritik der Ideologie, die die sozialistische Idee diskreditiert hatte, die wichtigste Aufgabe. Wir mußten erklären, warum Demokratie einen eigenen Inhalt hatte, gewissermaßen eine eigenständig zu gestaltende Form der politischen Herrschaft auf der Grundlage des Staatseigentums war. Wir wollten damals glauben, daß mit den weitergehenden Forderungen an die wirtschaftliche Effizienz der sozialistischen Produktion auch eine höhere Form der politischen Macht, durch stärkere Teilnahme der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozeß erzwungen werden würde. Wir hofften, daß die Demokratie dem damaligen unvollkommenen, aber wirtschaftlich herausgeforderten Sozialismus, bereits durch alle Knopflöcher guckte und es nur noch eines kleinen Anstoßes bedürfe, damit das Alte dem Neuen Platz macht. Gor-

batschows Diktum vom Januar 1987, der Sozialismus brauche die Demokratie wie wir die Luft zum Atmen, war auch unsere Überzeugung.

Beim weiteren Durchdenken fiel dann allerdings das Attribut fort, es ging uns nicht mehr um *sozialistische* Demokratie, sondern um *Demokratie* für den Sozialismus. Wenn man unter Demokratie die individuellen Freiheitsrechte, eine unzensurierte Öffentlichkeit und die Legitimation der Regierung durch die Zustimmung der Regierten verstand, dann war der Westen, der moderne Kapitalismus zumindest, auf diesem Feld weiter als wir. Dies auch ungeachtet des Paradoxons, daß Demokratie in einem solchen Sinne für eine Gesellschaft der Gemeineigentümer viel wichtiger war, als für eine Gesellschaft, in der es große Eigentumsunterschiede gab, für den Kapitalismus. Uns schien, als ob die Geschichte dafür gesorgt hatte, daß unser angestrebter »Sozialismus«, wie es einmal Lenin in einem anderen Zusammenhang formuliert hatte, in zwei ungleichen Hälften zur Welt gekommen war, die es nun zu vereinen galt. Logischerweise schien uns insofern ein Dritter Weg, der die verwirklichte soziale Gerechtigkeit der einen Gesellschaft mit der politischen Freiheit der anderen zu verbinden vermochte, als einzig richtige Lösung. Man kann das alles, wenn man will und die Zeit dafür hat, an den Schriften nachvollziehen, die 1988/1989 publiziert worden sind.¹⁶

Natürlich mußte die andere Hälfte, der sozial gezügelte Kapitalismus Westeuropas, auf diesem dritten Weg aus unserer Sicht ebenfalls verändert werden, und auch die dort vorhandene Demokratie war ja wegen der existierenden monopolistischen Eigentumsstrukturen begrenzt, un-

16 Im folgenden werde ich der Einfachheit halber vor allem Texte von mir selbst anführen. Sie sind aber aus dem Diskussionszusammenhang mit einer Reihe von anderen jüngeren und älteren Wissenschaftlern entstanden, von denen vor allem Michael Brie, Uwe-Jens Heuer, Dieter Klein, Rainer Land, Gerd Quilitzsch, Rolf Reißig, Rosemarie Will erwähnt werden sollen. Die Texte sind: Dieter Segert: Sozialistische Demokratie als Bedingung gesellschaftlichen Fortschritts im Sozialismus. In: Wissenschaftlicher Sozialismus. Informationsbulletin. Berlin (1988)2.1. S. 43–49. – Dieter Segert: Dialektisches Denken und politische Theorie. In: Berichte der Humboldt – Universität. Berlin (1988)3. S. 15–24. – Dieter Segert: Einige Grundprobleme einer politischen Theorie des modernen Sozialismus. In: Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen der Bearbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung November 1988. Berlin 1989. S. 75–93. – Die Überlebensfrage der DDR: der dritte Weg. Was wir vom außerordentlichen Parteitag der SED erwarten (25. November 1989). In: Sozialismus in der Diskussion 2. Texte zu Politik, Staat und Recht. Berlin 1990. S. 17–23 (darin der Abschnitt 2: Für eine moderne Demokratie).

vollkommen. Die Experimente in einigen sozialistischen Ländern, in denen die politische Teilhabe auf die Produktion oder andere Bereiche des Alltags ausgedehnt wurden, die Wahl der Leiter durch die Belegschaften als Beispiel, wiesen, so schien uns damals, dem Ausbau der Demokratie die Richtung. Um sich auf die dominante Position der westdeutschen Diskussion zu beziehen: Uns schien nicht die ausschließlich repräsentative Demokratie des Grundgesetzes von 1949 das Maximum an Demokratie zu verwirklichen, sondern die gegebene Form von Demokratie hätte erst noch der Ergänzung durch direktdemokratische Formen sowie des weiteren Ausbaus der bescheidenen Ansätze einer Wirtschaftsdemokratie (der Mitbestimmung) bedurft.¹⁷ Uns schien später die kurze Geschichte der demokratischen DDR zwischen Herbst 1989 und Herbst 1990 mit ihrer abgeschwächten zentralen Regierungsgewalt und den aufblühenden, teilweise geradezu anarchistischen Mitwirkungsformen eine wichtige Bestätigung unserer Überzeugung von der notwendigen Richtung der Weiterentwicklung der Demokratie zu sein. Unter diesem Blickwinkel erscheint die Verfassung des Runden Tisches mit ihrer plebiszitären Komponente, die von der Volkskammer allerdings wegen des mangelnden historischen Bewußtseins der politischen Übergangsklasse der demokratischen DDR nie zur Kenntnis genommen wurde, als ein wichtiges Erbe für die Bundesrepublik Deutschland.

Es ist bekanntlich anders gekommen, als wir gedacht haben. Der »Sozialismus« hatte sich soweit diskreditiert, daß er auch nicht in erneuerter Form weiterleben konnte. Zumindest nicht, wenn man ihn nicht erneut gegen den Willen einer Mehrheit erzwingen wollte. Allerdings verschwand nicht alles aus dieser Zeit: ihre Visionen und Erwartungen sind geblieben. Und so ist es auch in anderen osteuropäischen Gesellschaften. Was hier und heute unter Demokratie verstanden wird, welche Bedeutung sie im Wertekanon der Bevölkerung hat, hängt von den Erwartungen ab, die sich im Staatssozialismus, in der Kritik an seinen Defiziten und der Erfahrung seiner positiven Seiten, herausgebildet haben.

Die von mir vorhin beschriebene Erfahrung von Menschen, die sich als Reformsozialisten verstanden haben, war allerdings keine Erfahrung

17 Die zu diesem Gegenstand existierende umfangreiche internationale Diskussion war mir vor 1989 allerdings nicht bekannt. Erst später konnte ich, um ein Beispiel zu nennen, Noberto Bobbios »Repräsentative Demokratie und direkte Demokratie« (siehe Noberto Bobbio: Die Zukunft der Demokratie. Berlin 1988. S. 35–63) zur Kenntnis nehmen.

einer größeren Gruppe der DDR-Bevölkerung oder gar ihrer Mehrheit. Und in anderen osteuropäischen Ländern der damaligen Zeit hatte eine solche Orientierung schon gar keinen Boden.¹⁸ Zwar gab es übereinstimmende Erfahrungen und Werturteile im einzelnen, bezogen auf die zentrale Verbindung von Demokratie und Sozialismus dominierten aber andere Vorstellungen. Die Demokratie sollte durch die *Abschaffung* des realen Sozialismus verwirklicht werden. Wenn man in Osteuropa über Marktwirtschaft und Demokratie sprach, so meinte man zunächst weithin tatsächlich die Übertragung des erfolgreichen Modells des Westens auf die Länder Osteuropas. Man wollte Demokratie, mindestens ebenso sehr ging es aber um eine Anhebung des Lebensstandards auf westliches Niveau. Ich sage das ohne Häme, denn mir scheint, es kann für einen im Geist der Marxschen Schriften erzogenen Wissenschaftler keinen Zweifel an der Bedeutung der individuellen materiellen Interessen der Menschen für ihr eigenes Leben geben. Die berühmte Geste Schilys am Wahlabend, der eine Banane als Erklärung für den überwältigenden Sieg der Allianz für Deutschland in die Kamera hielt, zeugt zuallererst von der unangebrachten Arroganz des betreffenden Politikers. Etwas anderes ist, daß in der Volkskammerwahl 1990 dieses gerechtfertigte Streben nach Wohlstand demagogisch mißbraucht wurde. In Berlin plakatierete die CDU als letzten Slogan vor der Wahl: »Ja, besser leben! Wählt Liste 5, CDU.«

Wenn die Demokratie in ihrer praktischen Funktionsweise durch die Wertorientierungen und Erwartungen der Bevölkerung geprägt wird, so muß man – bezogen auf Osteuropa – die Differenziertheit jener Erwartungen hervorheben. Sie reflektierten anfangs die Strukturen des Ancien regime, des Staatssozialismus. Das schloß schon Widersprüche ein. Zum einen hatte man die fehlende politische Freiheit schätzen gelernt, war sich der Verlogenheit der Losung von der »Volksmacht« angesichts der Monopolisierung der Macht in den Händen des Politbüros bewußt geworden. Zum anderen hatte man die Vorzüge einer sozialen Situation

18 Diese These bedürfte allerdings der weiteren empirischen Überprüfung. Eine Reihe von Evidenzen sprechen zunächst für sie. Es gibt aber auch gegenteilige Informationen darüber, daß es in einigen dieser Länder im Prozeß des Systemwechsels aktive linke Minderheiten gegeben hat, so innerhalb der ungarischen Gewerkschaftsbewegung. Siehe zum letzten Punkt Tamás Krausz: Aufstieg und Niedergang der Selbstverwaltung in Ungarn. In: Hans Misselwitz/Dieter Segert (Hrsg.): Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des ostmitteleuropäischen Umbruchsprozesses seit 1989. Potsdam 1997. S. 88–104 (besonders S. 91ff.).

kennengelernt, in der man relativ sicher war vor dem harten Griff des Eigentümers. Der späte Staatssozialismus hatte eine Eigentümerstruktur hervorgebracht, in der die Arbeitenden sich dem Druck des Eigentümers auf vielen Wegen entziehen konnten. Das war wirtschaftlich nicht effektiv, menschlich aber angenehm. Nicht umsonst singen manche im Nachhinein das »Lob der Faulheit«.

Diese Erwartungen an die Demokratie waren nach Ländern unterschiedlich. In Polen gründete sich die Vorstellung von einer wünschenswerten Demokratie auf die einzigartigen Erfahrungen einer organisierten, antistaatlichen Arbeiterbewegung. In Ungarn war die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem bisherigen Regime, seines relativ hohen Lebensniveaus und einer gewissen politischen Liberalität, hoch, unzufrieden mit ihm waren vor allem die Eliten. Der Systemwechsel in Richtung von »Marktwirtschaft und Demokratie« wurde hier besonders engagiert von der gewandelten alten Elite vorangetrieben. Man spricht nicht umsonst von der »Revolution der stellvertretenden Abteilungsleiter« (des Zentralkomitee der USAP). In der Tschechoslowakei mußte der Bruch mit dem alten System am deutlichsten ausfallen, da die militärische Niederschlagung der landesweiten Reformhoffnungen 1968 eine allseits frustrierte und ins Private zurückgezogene Bevölkerung hinterlassen hatte.

Bei genauerem Hinsehen wird sich zeigen, daß die scheinbar identische Orientierung auf »Marktwirtschaft und Demokratie« in den verschiedenen Ländern und eventuell auch in den Vorstellungen der verschiedenen sozialen Gruppen höchst Unterschiedliches beinhaltet. Diese verschiedenen Erwartungen sind nicht nur durch die im späten Staatssozialismus entstandenen Werturteile geprägt, sondern wurzeln auch in den spezifischen vorsozialistischen politischen Traditionen der jeweiligen Gesellschaften und reflektieren darüber hinaus die Erfahrungen der bisherigen postsozialistischen Transformation. Natürlich wirken zudem auch die westlichen Vorbilder (von wirtschaftlicher und politischer Ordnung), aber sie werden stets durch die Brille der eigenen Erfahrungen und Werte wahrgenommen.

Das Idealbild von Demokratie in einer bestimmten Gesellschaft (was von ihr als besonders wichtig empfunden wird) ist so stets durch die wertevermittelte Erfahrung geprägt.

Wenn man im Rückblick noch einmal auf die Frage zurückkommt: welches Interesse an Demokratie dominiert heute im osteuropäischen Kontext? Dabei geht es mir – anders als oben – nicht um die eigene Perspektive als ein durch seine Biographie reformsozialistisch geprägter

Wissenschaftler, aber selbstverständlich geht es auch nicht darum, die Perspektive der Sicherheitsinteressen der USA und Westeuropas in der Region einzunehmen, sondern es geht um die Sichtweise aus dem Inneren dieser Gesellschaften heraus. Was also interessiert die osteuropäische Bevölkerung heute, nach einem zehnjährigen Prozeß des Systemwechsels, an der Demokratie? Man sollte hierfür durchaus die Umfrageergebnisse nutzen. Zu Beginn wurde bereits auf die relativ geringe Zahl von »starken Unterstützern« der Demokratie in Rußland aus dem *World Value Survey* erwähnt. Man sollte aber auch die aus meiner Sicht genaueren Umfragen zum politischen Kulturwandel der österreichischen Politologen Plasser und Ulram heranziehen. Demokratie wird hier immer im Kontext, in dem dieser Begriff unausgesprochen immer existiert, angesprochen, in ihrem Zusammenhang zur Diktatur, und gerade damit werden auch die Grenzen dieser Fragestellungen angesprochen. In der betreffenden Umfrage wurden drei Meinungen zur Auswahl gestellt:

- »Die Demokratie ist auf jeden Fall besser als eine Diktatur.«
- »Unter bestimmten Umständen kann eine Diktatur besser sein als eine Demokratie.«
- »Für Leute wie mich ist es ganz egal, ob sie in einer Demokratie oder Diktatur leben.«¹⁹

Die gemessenen Meinungen weisen eindeutige Tendenzen auf: In Tschechien sind die Befürworter der ersten Aussage am stärksten (in manchen Jahren sind es bis zu drei Viertel der Befragten), in den anderen Ländern geben im direkten Vergleich mit der Diktatur aber immer noch zwei Drittel der Befragten der Demokratie den Vorrang. Ein Zehntel bis ein Siebtel können sich Bedingungen vorstellen, unter denen eine Diktatur besser als eine Demokratie sein kann. Am interessantesten finde ich die dritte zur Auswahl gestellte Meinung: nach Ländern unterschiedlich stimmen ihr 16–22% zu. Entscheidend ist m. E., daß in die Frage die soziale Position des Befragten unmittelbar einbezogen wird: »Für Leute wie mich ...«, wodurch der Schauplatz des rein politischen Vergleichs verlassen wird.

In der Lebenspraxis treten ja tatsächlich Situationen auf, in denen es Wichtigeres als Politik gibt. In diesem Sinne gibt es dann auch Wichtigeres als Demokratie. Unter bestimmten Umständen wird das nicht nur

19 Siehe Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Harald Waldrauch: Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung. Opladen 1997. S. 123.

eine Minderheit, wie in dieser Umfrage, so empfinden. Vor allem ist das so, wenn im Krieg oder Bürgerkrieg das nackte Überleben schwierig wird. Aber auch unter den Bedingungen anhaltender extremer materieller Not, wenn sich im direkten Sinne das tägliche Brot als Problem erweist, wird die innere Herrschaftsordnung zum untergeordneten Problem. Oder wenn der Staat selbst zerfällt, wie in Albanien oder in Rußland am Beginn der neunziger Jahre: dann steht die persönliche Sicherheit und nicht die Demokratie im Mittelpunkt des Interesses der meisten Menschen dieser Gesellschaften. Was sich auf den ersten Blick als Tabubruch darstellt – es gibt Wichtigeres als Demokratie – stellt sich so als verstehbar heraus.

Wenn man auf eine gesellschaftsinterne Perspektive wechselt, geht es in Osteuropa weniger um »Demokratie und Marktwirtschaft« als um »Demokratie« und materielles Wohlergehen (Wohlstand) für alle. Der Begriff der Demokratie im ersten Begriffspaar ist noch stark durch die Vergangenheit des kalten Krieges geprägt, durch das Gefühl der existentiellen Bedrohung durch die kommunistische Politik.²⁰ Demokratie in der zweiten Konjunktion geht dagegen von den gegenwärtigen Interessen der betreffenden Bevölkerungen aus. Demokratie kann Wohlergehen nicht ersetzen. Das kann die Politik unmittelbar sowieso nur für diejenigen, die von der Politik leben, für die politische Klasse. Demokratie kann dagegen ein bestimmtes Maß an Kontrolle gewährleisten, sie kann vor Willkür der Machthaber in gewissen Grenzen schützen, sie kann Gemeinschaft fördern. Das alles interessiert Menschen aber erst dann wirklich, wenn sie ihre materiellen Grundbedürfnisse dauerhaft befriedigen können. Ein Interesse an Demokratie haben also auch alle »einfachen« Bürger, aber ihr Interesse daran ist nicht größer als das am eigenen materiellen Wohlergehen.

Wenn Demokratie aus den Problemen der Gegenwart Osteuropas heraus betrachtet wird, verwandelt sie sich aus dem absoluten Wert der Ideologie in einen, der in genauer bestimmbareren Relationen zu anderen Grundbedürfnissen steht.

20 So wurde das von vielen Menschen im Westen Europas empfunden, auch wenn diese Einsicht uns »Osteuropäern« nicht leicht fällt.

IV. RESÜMEE: THESEN ZU EINEM ÜBERREGIONALEN DEMOKRATIEVERGLEICH, DER AUCH DIE GRENZEN VON KULTUREN ÜBERSCHREITET

Am leichtesten ist es zu bestimmen, was man in einem solchen interkulturellen Demokratievergleich vermeiden sollte:

Erstens sollte man sich vor einer Verteilung von Verhaltensnoten an andere Demokratien hüten, welche von ihrer Zuordnung zu einem idealen Modell von Demokratie ausgeht, das ausschließlich aus den Erfahrungen der Länder des Westens gewonnen wurde (nach dem Beispiel des *freedom house ratings*).

Das hat zunächst zwei Gründe. *Zum einen* gibt es in anderen Regionen die Erfahrung des »Kulturimperialismus« oder sogar schon einer früher begonnenen kulturellen Missionierung der nichteuropäischen Welt durch europäische Institutionen und Staaten. Natürlich war es nicht so, daß die Ideologen dieser Kulturmission nichts weiter wollten, als die Ausbeutung und Unterdrückung der fremden Länder durch die »Mutterländer« dieser Expansion zu rechtfertigen, aber dieser objektive Herrschaftszusammenhang läßt sich auch nicht ignorieren. Und außerdem kann man den Nachfahren der betroffenen Bevölkerungen eine solche Vermutung nicht verübeln. Auch heute wird die Losung der Demokratie von manchen Politikern, besonders scheint es so bei denen der USA, dazu ausgenutzt, um die Verteidigung der eigennützigen Interessen des eigenen Staates zu glorifizieren. Die Unterstützung für den »Demokraten« Jelzin durch den Westen hatte zunächst sicherheitspolitische Gründe. Seine Politik insgesamt entsprach am meisten den Sicherheitsinteressen des Westens. Insofern, nicht wegen irgendwelcher innenpolitischen Ziele, wurde er gegen seine Gegenspieler unterstützt. Das ist sicher für Außenpolitiker ein berechtigter Standpunkt, nur hat er mit einer Entwicklung der Demokratie in Rußland selbst wenig zu tun. *Zum anderen* spricht dagegen die Erkenntnis, daß eine erfolgreiche gesellschaftliche Entwicklung niemals auf dem Reißbrett entworfen werden kann, sondern stets der Rekombination von überlieferten gesellschaftlichen Elementen bedarf, daß jeder Fortschritt einer spezifischen Kopplung von Tradition und Innovation bedarf. Der Maßstab von Entwicklung in verschiedenen Regionen kann insofern auch nicht durch ein einziges Modell gebildet werden, das aus bestimmten – möglicherweise historisch unwiederholbaren – Gründen sich in den Ländern des Westens durchgesetzt hat.

Zweitens darf man auch nicht auf den Diskurs der jeweils Herrschenden hereinfallen, die heute überall eine bestimmte Legitimation ihrer Herrschaft durch die eigene Bevölkerung benötigen, und insofern immer von »Demokratie« sprechen, notfalls in den nationalen Farben. Und korrigiert soll aus ihrer Sicht nur das werden, was die Herrschenden zur Festigung ihrer Herrschaft als nötig erachten. In Osteuropa ist diese Ideologie der Herrschenden häufig identisch mit den Interessen der Gewinner im Transformationsprozeß, der bekanntlich als ein Prozeß der Umverteilung von geschaffenen Werten oder der »ursprünglichen Akkumulation« sozialer Ausdifferenzierung abgelaufen ist und abläuft.

Schließlich, drittens, macht es wenig Sinn, den in den verschiedenen, kulturell spezifischen Demokratiemodellen enthaltenen gemeinsamen Inhalt zu leugnen. Und dieser allgemeine Inhalt ist allerdings mit dem *westlichen* Demokratiemodell untrennbar verbunden: In den politischen Wandlungsprozessen der europäischen Gesellschaften und ihrer Kolonien sind im 18.–20. Jahrhundert zuerst solche Probleme aufgetaucht, die später auch für andere Gesellschaften relevant werden konnten. Der Aufstieg einer zentralisierten, territorial einheitlich funktionierenden Staatsmacht, der durch die Demokratie als Herrschaftskontrolle erst wichtig wurde, geschah in diesen Ländern historisch zuerst und wiederholt sich überall dort, wo der Staat immer mehr Funktionen der Gemeinschaften in seinen Institutionen konzentriert. Durch diesen Aufstieg der zentralisierten Staatsmaschine hatten die bisherigen Formen der Entscheidung im Rahmen sozial überschaubarer Gemeinschaften, wie von Gemeinden, Zünften, Clans, an Bedeutung verloren und neue Institutionen der gesellschaftlichen Entscheidung mußten erfunden werden. Die allgemeine Volkswahl der Regierung ist eine solche Institution. Die Demokratie als Partizipation der Bürger am politischen Entscheidungsprozeß wurde in dem Maße zum Problem, in dem die Handlungsfähigkeit der Gesellschaftsmitglieder durch Prozesse der sozialen und kulturellen Modernisierung soweit angestiegen war, daß frühere Formen von ausschließlicher Herrschaft einzelner Personen oder kleiner sozialer Gruppen als beengend angesehen wurden und ähnliches mehr. Außerdem gibt es natürlich Prozesse der kulturellen Diffusion; das Modell der Demokratie, das im Westen entwickelt wurde, wird von Akteuren in anderen Ländern und Kulturen aufgegriffen, weil der Westen auf anderen Gebieten, vor allem dem der Wirtschaft und des Militärs, sich als überlegen erweist. Solche Lernprozesse einfach als kulturellen Imperialismus zu diffamieren, wäre ganz sicher unangemessen.

Was aber kann ausgehend von den osteuropäischen Erfahrungen positiv zu einem Konzept eines interkulturellen Demokratievergleichs gesagt werden? Hier besteht am meisten Diskussionsbedarf. Ich werde mich auf sehr knappe Thesen beschränken müssen.

Erstens geht es um die Analyse des jeweils spezifischen Herrschaftssystems innerhalb seines sozialen und kulturellen Zusammenhangs.

Zweitens: Das politische System muß dabei von oben – als Herrschaftssystem – und von unten – als System von Partizipation, betrachtet werden.

Drittens geht es nicht um das Auffinden bestimmter Institutionen (oder gar ihrer Namen), die woanders auch existieren, sondern um die Erkenntnis der allgemeinen Funktionen politischer Systeme. Die jeweiligen Institutionen müssen in ihrem praktischen Funktionieren nachgezeichnet werden. Der Begriff »Demokratie«, der hier forschungsleitend ist, kann nicht mit der Gesamtheit von Werten und Erfahrungen (im Sinne von in eine historische Praxis eingebundenen Erkenntnissen) bestimmter demokratischen Systeme ausgehen, sondern muß allgemeiner, umfassender, wenn man so will, abstrakter sein. Er sollte sich dazu auf bestimmte Aspekte von politischen Systemen beschränken, sich vor allem auf die Institutionen zur Verwirklichung der Herrschaftskontrolle konzentrieren, und zwar einer Kontrolle, wie sie auf allen Ebenen des politischen Systems, zentral und örtlich, verwirklicht wird. Darüber hinaus sollte untersucht werden, wie die Institutionen aufgebaut sind, welche eine Stärkung der Partizipation aller relevanten Gruppen am politischen Entscheidungsprozeß (einem Prozeß der Umverteilung von materiellen und kulturellen Gütern) ermöglichen, sowie worin die geistig-kulturellen Voraussetzungen einer solchen breiten Partizipation bestehen.

Viertens: Schließlich müssen die politischen Traditionen des betreffenden Landes (die die Form von Politik prägen) bekannt sein und in die Analyse einbezogen werden. Es geht vor allem um die Erkenntnis ihres aktuellen Wirkens. In Osteuropa wurde nach 1989 häufig auf die vorkommunistischen Traditionen zurückgegriffen. Das hat mit der Ansicht der wichtigen Akteure zu tun, der Sozialismus wäre ihrem Lande von außen aufgezwungen worden. Trotz dieser Situation läßt sich eine deutliche kulturelle Kontinuität zum Staatssozialismus beobachten, vor allem zeigt sie sich in den Ansprüchen an die Politik, die in der Krise des alten Systems (aus Frustrationen der Ideale durch die Wirklichkeit) entstanden sind.

Abschließend: Was ist zu erwarten, wenn man einen solchen interkulturellen Vergleich verschiedener politischer Systeme, von Demokratien, vorantreibt? Zunächst einmal muß man sich adäquate, interne Maßstäbe für ein Funktionieren bzw. spezifische Probleme und Krisen dieser politischen Systeme erarbeiten. Da wird man weniger nach einer klaren Abstufung demokratischer Systeme suchen können, nach einer Kennzeichnung eines von ihnen als des *demokratischsten* Systems, sondern nach den besonderen sozialen und kulturellen Voraussetzungen und Problemen bestimmter Gesellschaften, die in deren politische Systeme hineinragen sowie nach den daraus erwachsenden Möglichkeiten und Grenzen unterschiedlicher Typen von politischen Demokratien. Ein allgemeiner Gewinn eines solchen interkulturellen Demokratievergleichs läßt sich auch schon erkennen. Die Analyse der ganz unterschiedlichen Probleme und Voraussetzungen von verschiedenartigen Demokratien wird auch unseren Blick auf die eigene demokratische Ordnung, ihre Leistungen wie ihre historische Begrenzungen, schärfen, und die Distanz gegenüber ihren eigenen Mythen schaffen, welche erforderlich ist, um ihre heranreifenden Krisen genauer erkennen zu können.

Berichte und Dokumentationen

VOLKER HÖLZER

Georg Sackes erste Haft in den Jahren 1934/1935 und ihre brieflichen Reflexionen

In den ersten Jahren der Machtausübung durch die deutschen Faschisten gab es zwei gravierende Ereignisse im Leben des Leipziger Osteuropahistorikers und Antifaschisten Dr. Georg Sacke.

Als erstes wurde er am 1. April 1933 von den Nationalsozialisten wegen marxistischen Gedankengutes und eines freundschaftlichen Verhältnisses zur Sowjetunion seiner Arbeitsstelle als Hilfswissenschaftler beraubt. Zugleich büßte er seine Privatdozentur an der Leipziger Universität ein. Zweitens wurde er reichlich anderthalb Jahre später, nämlich am 4. Dezember 1934, von der Leipziger politischen Polizei – der Abteilung IV – das erste Mal verhaftet. Für ein Jahr schlossen sich hinter ihm die Gefängnis- und KZ-Tore. Grund dafür war seine Beteiligung an einer legalen Hilfsaktion, zu der ihn sein Freund, Dr. Hermann Reinmuth, angeregt hatte. Sie rückte ihn in gefährliche Nähe der Mitarbeit in verbotenen Parteien bzw. der Neugründung einer Partei. Mit der Spendenaktion, deren Gelder von den Quäkern kamen, unterstützten der Jurist Dr. Hermann Reinmuth, die Historikerin Dr. Maria Grollmuß, der Gefängnisfürsorger Willi Elsner, die Medizinstudentin Clementine Reinmuth – Schwester von Hermann – und Dr. Georg Sacke Angehörige Leipziger Antifaschisten. Diese waren in den ersten Wochen und Monaten der faschistischen Herrschaft in Deutschland verhaftet bzw. umgebracht worden.¹ Die Namen und Adressen der Frauen, Mütter und Töchter

¹ Hermann Reinmuth wurde 1902 geboren. Er war Sohn eines Pfarrers. Nach dem Volkswirtschafts- und Jurastudium, das er mit der Promotion in Leipzig abschloß, arbeitete er zunächst im Rheinland, dann in Königsberg und ab September 1933 in Lüneburg. Von dort knüpfte er seine fürsorgerischen Kontakte zu Elsner, Clementine Reinmuth und Georg Sacke. Mit Maria Grollmuß verbanden ihn schon seit der Leipziger Studienzeit freundschaftliche Kontakte. Auf diesen beruhte die illegale

hatte Georg Sacke von seinen ehemaligen Volkshochschulern erhalten, die Mitglieder der SPD oder der KPD waren. Ein Opfer, dessen Tochter solidarische Hilfe erfuhr, war z. B. der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Christian Ferkel, der im Gefängnis am 12. Oktober 1934 nach brutaler Mißhandlung verstorben war.²

Bei Maria Grollmuß, Hermann Reinmuth und Willi Elsner stießen die Repressivorgane der Nationalsozialisten auf Materialien der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) bzw. der sich abspaltenden und neu formierenden Gruppierung »Arbeitskreis Revolutionäre Sozialisten«. Damit konnte ihnen illegale Parteiarbeit nachgewiesen werden. Durch den gleichzeitigen Fund der Briefe von Clementine Reinmuth und Georg Sacke bei Hermann Reinmuth verquickten sich unglücklicherweise zwei antifaschistische Aktivitäten miteinander. Die Beweise und die konstruierte Verbindung beider Aktionen führten zur Verhaftung von Clementine Reinmuth und Georg Sacke. Über die Stationen des Leipziger Polizeipräsidiums wurden sie nach Dresden in das Gefängnis des Oberlandesgerichtes in der Georg-Bähr-Straße gebracht, dessen Gebäude heute zur Gedenkstätte Münchner Platz gehört. Nach mehrmonatiger Haft in dieser Anstalt wurde Clementine Reinmuth entlassen. Georg Sacke kam ins Konzentrationslager.

Die Verhaftung von Georg Sacke brachte eine schwere Zeit im Leben des jung verheirateten Ehepaares Sacke mit sich. Sie löste bei Rosemarie wohl eine Reihe von Irritationen aus. Andererseits entwickelte sie Aktivitäten, die selbst Georg seiner Frau nicht zugetraut hatte. Charakterzüge prägten sich aus, die bis an ihr Lebensende wirkten. Hilfe und Unterstützung fand sie vor allem bei ihrer Mutter, ihrer Schwester Ruth und den Freunden und Bekannten aus den Kursen der ehemaligen Volkshochschule. Interessantes aus der Haftzeit geben die Briefe preis, die zwischen Rosemarie und Georg in diesem Jahr wechselten.

Tätigkeit in der SAP. Die Bekanntschaft mit dem 1895 in Hamburg geborenen Willi Elsner begann 1924/1925. Reinmuth hatte ihn bei seinen Studien des hamburgischen Gefängniswesens kennengelernt. Als Einzige der fünf Angeklagten überlebten Clementine Reinmuth und Willi Elsner die faschistische Zeit in Deutschland.

- 2 Aus dem Urteil des Leipziger Landgerichtes wird ersichtlich, daß Clementine Reinmuth und Georg Sacke Verbindungen zur Frau des Sozialdemokraten Hermann Liebmann, zur Tochter von Christian Ferkel, zu den Frauen der Kommunisten Otto Bäßler und Erich Böttger geknüpft hatten (siehe Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (im weiteren StAL). Nachlaß Georg Sacke. Nr. 32. S. 5ff.).

Als äußerst problematisch kristallisierte sich zwischen beiden – das konnte nicht anders sein – die Frage nach den Ursachen der Haft heraus. Rosemarie Sacke wollte nicht glauben, daß Georg wegen Verstoßes gegen das Parteiengesetz vor Gericht kommen sollte. Noch weniger wollte sie begreifen, daß eine Hilfsaktion mit hineinspielte. Erste Erklärungen von Georg, die ihr geholfen hätten, erhielt sie nicht, denn er hatte bis zum 5. Januar 1935 Schreibverbot, wenn man den ersten informellen Brief nicht berücksichtigt. So schrieb sie Brief auf Brief und zermarterte sich das Hirn über die Ursachen. Nie hat sie an eine Schuld von Georg geglaubt. Sowohl Verzweiflung und Hoffnung als auch fester Glaube an Georg äußerten sich in dem Brief vom 14. Dezember 1934: »Es muß sich doch endlich herausstellen, daß Du ein anständiger und tadelloser Mensch, aber kein politischer Verbrecher bist.«³ Erst recht unfäßbar war für sie die Anklage, als sie beim Rechtsanwalt den Haftbefehl gelesen hatte. Weil sie die faschistische Justiz an der Handlungsweise in der Weimarer Zeit maß und über deren Vorgehen während der noch kurzen Zeit des Faschismus wenig wußte, schrieb sie an Georg: »Mein Gott, wie leicht man in den ungeheuerlichen Verdacht kommen kann! Du und ein ›hochverräterisches Unternehmen‹ vorbereiten! Was sollst Du denn getan haben? Nun Du wirst es mir nicht schreiben dürfen, wessen man Dich da verdächtigt. Aber Georges, man muß doch Dir glauben, wenn Du sagst, daß dieser Verdacht unbegründet ist. Ein Richter mit all seiner Erfahrung und Menschenkenntnis muß das doch fühlen, daß Du die Wahrheit sagst [...] Und dann, Georges, Du und die S.A.P.! [...] Aber es wird Dir jedenfalls gelingen oder schon gelungen sein, nachzuweisen, daß Du weder mit der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens noch mit der S.A.P. zu tun gehabt hast.«⁴ Aber auch Anwürfe gegen Georg flossen aus ihrer Feder, wenn sie formulierte: »[...] und Deine Beziehung zu Hermann R. hat Dir wohl sehr geschadet.«⁵

Indem sie Wünsche mit Hoffnungen verknüpfte, charakterisierte sie zugleich ihren Georg: »Wenn man mich auch fragen wollte! Ich könnte wirklich beweisen, daß Du einfach aus Mitleid mit den armen Leuten wirst gehandelt haben, weil Du von Deinen Eltern und Schwestern gelernt hast, tatkräftig zu helfen, wo Not ist. [...] Und wo jemand krank

3 StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/2. Bl. 4.

4 Ebenda. Bl. 17.

5 Ebenda.

ist, ein Kind weint, jemand seelisch leidet, da rennst Du doch hin und willst helfen.«⁶

Allmählich änderte sich der Charakter der Briefe von Rosemarie. Natürlich gab es Tage, an denen sie sehr depressiv war, weil sich keine rasche Lösung zugunsten ihres Mannes und ihrer Ehe abzeichnete. Aber – und das lag viel in Georgs Briefen begründet –, sie wurde sachlicher. Ihre Vorwürfe verloren sich mit der Zeit. Seelische Unterstützung für Georg gewann die Oberhand. »Du könntest mich nicht achten und müßtest Dich meiner schämen, wenn ich ein hysterisches Geschrei und Gemjammer über unsere Lage anfinde. Ich lege aber den größten Wert darauf, daß Du mich achtetest.«⁷ Intimes oder gar Liebesbekenntnisse wurden kaum öffentlich oder direkt, sondern hauptsächlich indirekt bekundet. Da Georg nicht mochte, »wenn man sehr Persönliches vor dritten erörtert«, konnte sie »nicht so gefühlsmäßig schreiben, wie (sie) es gern« getan hätte.⁸ Jedoch um so stärker mußte bei Georg die Liebe zu seiner Frau wachsen, als er las: »Du schreibst, es sei unrecht gewesen, daß Du, statt Dich nach einem anderen Beruf umzusehen, an Deiner Arbeit weitergeschafft hast. Georges, es ist kein Unrecht, wenn ein Mann seinen fachlichen Interessen folgt und sie für ihn das Wichtigste sind. Gerade weil Du nicht das höchste Ziel Deines Lebens darin erblickst, Deine Frau glücklich zu machen, habe ich Dich geheiratet. Mein größter Wunsch ist es, daß Du mich nicht als Klotz am Bein fühlst, wenn Du an die Durchführung Deiner wissenschaftlichen Arbeit gehst.«⁹ Je weiter der Tag der Verhaftung zurücklag, desto mehr Stolz auf ihren Mann kündet aus ihren Zeilen. Mit solchen Bemerkungen wie: »Wenn ich an die Musikabende denke, oder an unsere Plauderstunden mit meinen Berufskameraden, bin ich ganz stolz, ehrlich eingestanden auf Dich. Denn Du bist es, der auf geistiges Niveau in der Geselligkeit hält. Vor Dir würden sich die Menschen einfach scheuen, sich gehen zu lassen in läppischen und kulturlosen Vergnügungen.«¹⁰

Eine Vielzahl weiterer Briefe berichtet über Dinge, die im Alltag von Rosemarie eine Rolle spielten. Sie informieren über ihre Lehrtätigkeit und die damit verbundenen Probleme, die z. T. seiner Verhaftung geschuldet waren. Berichtenswertes über ihre Verwandtschaft besaß den gleichen

6 Ebenda.

7 Ebenda. Bl. 21.

8 Siehe ebenda. Bl. 19.

9 Ebenda. Bl. 39.

10 Ebenda. Bl. 58.

Stellenwert wie das von der Familie Sacke. Mehr als beruhigend wird wohl die Mitteilung von Mitte März 1935 gewirkt haben, daß sein Bruder Valentin in der Sowjetunion als Arzt angestellt worden war.¹¹ Ebenso hilfreich muß die Kenntnis darüber gewesen sein, daß Rosemarie mit dem doch ungewohnten Leben immer besser zurecht kam. Je besser es ihr gelang, den in Einzelhaft Sitzenden in die Probleme ihres Alltags einzubeziehen, desto ruhiger konnte er seine Untersuchungshaft überstehen. Auch die Sorge um seine Gesundheit, die sie bis zum Gefängnisarzt trieb, hatte wohltuende Wirkung. Dennoch unterlag sie immer wieder seelischen Schwankungen. Hin und wieder traten bei ihr depressive Erscheinungen auf, die sie in den Briefen nicht verbergen konnte. Sie resultierten aus ihrem Verhältnis zueinander und ihrem Eheleben. Sie waren nicht nur der bewußten Verehrung ihres Mannes und seiner wissenschaftlichen Leistungen, sondern auch eigenen Minderwertigkeitsgefühlen geschuldet. Öfter schrieb sie davon, daß sie ihrem »ernsthafte Mann« so schreiben möchte, wie er es mag. Charakterliche Schwäche ließ sie mehrfach durchblicken.¹²

Trotz solcher Probleme kam es nur einmal zu einer Situation, in der die hochgradige psychische Anspannung beider spürbar wurde. Ansonsten war Georg immer der ruhespendende Pol. Dennoch warf er ihr berechtigterweise am 8. April 1935 vor, daß sie ihn seinen grübelnden Gedanken überlassen hätte. Rosemarie hatte zwar einen Besuch angekündigt, war dann aber nicht angereist. Im gleichen Atemzug bemerkte er aber auch seinen Egoismus, der ihm sehr oft vorgeworfen wurde, und gelobte Besserung.¹³ Andererseits mußte man auch ihr Verhalten verstehen. Sie hatte, da sie wußte, daß sein Rechtsanwalt zu ihm fuhr, aus Kostengründen auf ihren Besuch verzichtet. Ihrer Rechtfertigung folgten unmittelbar Selbstvorwürfe. Ihr Selbstwertgefühl sank und bedurfte nicht nur der eigenen Bestätigung.¹⁴

Drei Gesichtspunkte durchzogen die gesamte Korrespondenz von Georg, die im Verhältnis zu ihren Briefen von Anfang an ruhig und sachlich wirken. Klagen über die Situation fehlen. Ein Schwerpunkt – und das ist logisch – rankt sich um die Verhaftung, die Anklage und den Rechtsanwalt. Ein weiterer zeugt von der Sorge um seine Ehefrau. Und

11 Siehe ebenda. Bl. 41.

12 Siehe ebenda. Bl. 43, 45, 47 und 54.

13 Siehe StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/1. Bl. 22 und 24.

14 Siehe StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/2. Bl. 56f.

der letzte sind Äußerungen zum sinnvollen Nutzen seiner Zeit in der Untersuchungshaft. Als oberstes Prinzip galt ihm, dort weiterzumachen, wo er gezwungenermaßen hatte aufhören müssen. Und so erteilte Georg am 9. Dezember 1934 Rosemarie zunächst klare Anweisungen darüber, was sie für ihn zu erledigen hatte. Bücher waren in die Universität und deren Bibliothek zu bringen, einen Vertreter für seinen beginnenden Russischunterricht galt es zu finden. Lag zunächst in der Bitte, einen Vertreter für seinen Sprachunterricht zu besorgen, noch die Zuversicht, doch recht schnell die Haftanstalt wieder verlassen zu können und sich den neuen Arbeitsplatz zu erhalten, so erkennt man schon in seinem zweiten Brief vom 5. Januar 1935 – also einen Monat nach Haftbeginn –, daß er sich mehr oder weniger damit abgefunden hatte, für längere Zeit inhaftiert zu sein. Demzufolge bat er Rosemarie aus Sorge, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren könnte, ihre Direktorin zu informieren. Auch teilte er ihr mit, daß er die gute Gefängnisbibliothek nutzen wolle. Zudem wollte er ein Gesuch zur Nutzung Leipziger Fachliteratur stellen.¹⁵

Immer deutlicher wurde ihm in dieser Zeit, was ihm seine Frau bedeutete. Klarer erkannte er aber auch, welche Hilfe und Unterstützung er ihr geben mußte. In dieser Hinsicht machte zuerst der Rechtsanwalt Dr. Melzer auf ihn einen »ganz guten Eindruck«. Des weiteren verfügte Rosemarie schon über mehr Selbständigkeit. Gerade das anerkannte er in den für sie so schweren ersten Wochen und stärkte ihr den Rücken mit der Feststellung: »Du hast oft darüber geklagt, daß du aus der Vormundschaft deiner Mutter unter die Vormundschaft deines Mannes geraten bist. Nun ist es anders geworden. Jetzt bist du ganz auf dich selbst gestellt und ich bin stolz darauf, daß du dich so tapfer hältst.«¹⁶ Folgende Überlegung bezeugt seinen Stolz und seine Liebe zu seiner tapferen Frau: »Ich habe mich schon oft gefragt, wie sich Mädels verhalten hätten, für die ich als Junge geschwärmt habe, wenn sie in deiner Lage wären. Da muß ich immer wieder feststellen, daß keine von ihnen so viel Energie und so viel Lebensmut aufgebracht hätte wie du. Bei keiner hätte ich die unbedingte Sicherheit, daß alles gemacht wird, um mir die Lage zu erleichtern. Du entfaltest auch Eigenschaften, die im alltäglichen Leben mehr oder weniger verborgen blieben.« Unter Verweis auf den Gedanken seines Vaters, der Rosemarie »seine hundertprozentige Schwiegertochter nannte«, erreichte er sie an einem Punkt, aus dem sie viel

15 Siehe StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/1. Bl. 5 und 6.

16 Ebenda. Bl. 8.

Selbstvertrauen gewinnen konnte.¹⁷ Äußerungen über seine Liebe reduzierte er auf wenige sachliche Worte: »In unserer jetzigen Lage bleibt uns nichts anderes übrig, als unser gegenseitiges Vertrauen, Achtung und Liebe über die schlechten Zeiten zu bewahren.«¹⁸

Natürlich bereute er Rosemarie gegenüber und gestand zugleich Schuld ein, denn es war ihm mehr als zuvor deutlich geworden, daß er ihr mit seiner Verhaftung »aus Dummheit und Leichtsinn«, so seine Meinung vom 11. März 1935, Leid angetan hatte. Seine Schuld begrenzte er aber vor allem darauf, daß er sich nach seiner Entlassung aus der Universität nicht nach einer neuen Tätigkeit umsehen wollte, »bevor (er) seine große Arbeit (Herausgabe seiner Habilitationsschrift – V. H.) (nicht) veröffentlicht habe«.¹⁹

Laut Gerichtsbeschluß durfte Georg Sacke schon ab Mitte Januar wissenschaftliche Literatur lesen. Das weist ein Brief vom 16. Januar 1935 aus.²⁰ Ab 11. März erhielt er sogar die Erlaubnis, wissenschaftliche Abhandlungen zu schreiben, wozu Heft und Bleistift nötig wurden. Nun war es ihm möglich, wieder wissenschaftlich zu arbeiten. Dabei gewährte ihm seine Frau jegliche Hilfe und Unterstützung.²¹ Unter Mithilfe eines Institutsassistenten gelangten einige Bücher, darunter die »Deutsch-russische Handelsgeschichte« von K. Goetz und die Institutsliteratur über die englischen und französischen Gesandten nach Dresden.²² Eine Rezension konnte er ab Ende Januar 1935 als Auftragswerk für die »Historische Zeitschrift« schreiben, nachdem er die in französischer Sprache geschriebene Abhandlung der Leningrader Historikerin Inna Ljubimenko unter dem Titel »Les relations commerciales et politiques de l'Angleterre avec la Russie avant Pierre le Grand. Bibliotheque de l'ecole des Hautes Etudes. Sciences historiques et philologiques. Fascicule 261. Paris 1933« erhalten hatte.²³ Mitte Februar war die Rezension schon fertiggestellt. Damit Sacke aber auch seiner Frau einen Brief schreiben konnte, nutzte er die zwei Seiten, die ihm zur Verfügung standen, nicht für die Textübermittlung.²⁴ Vielmehr schickte er den Text gleich an die Redakti-

17 Siehe ebenda. Bl. 25.

18 Ebenda. Bl. 15.

19 Ebenda. Bl. 17.

20 Siehe ebenda. Bl. 9.

21 Siehe ebenda. Bl. 17.

22 Siehe ebenda. Bl. 12.

23 Siehe ebenda. Bl. 11. – Ebenda. Nr. 27. Bl. 13–15.

24 Siehe ebenda. Bl. 14.

on, bat aber zugleich seine Frau, diesen zu kürzen, falls die Redaktion feststellen würde, daß er »zu lang geraten« wäre. Auch die Korrektur überließ er ihr.²⁵ Neue Pläne für wissenschaftliche Aufsätze reiften in ihm. Verschiedene Entwürfe – vermutlich konzeptionell – entstanden. Seine wissenschaftliche Haupttätigkeit blieb aber die Überarbeitung seiner Habilitationsschrift über die »Gesetzgebende Kommission Katharinas II.« zum Druck. Er versuchte, »einige Stellen (seiner) Arbeit über Katharina noch einmal durchzuarbeiten«.²⁶ Dennoch klagte er einmal darüber, daß sein Wille zum Denken und Schreiben in der Haft nachgelassen hätte.²⁷ Und so konstatierte er am 4. März, daß er erst »in der letzten Zeit anfangs, etwas produktiver zu arbeiten«.²⁸

Noch ganz zu Beginn von Georgs Haftzeit schickte Rosemarie ihm Hitlers Buch »Mein Kampf«. Dieses hatte er vor der Haft zu lesen begonnen, aber noch nicht beendet.²⁹ Das überrascht bei Georg Sacke keineswegs, denn er war stets der Ansicht, daß man die Gedankenwelt der anderen unbedingt kennen müsse, um sich besser damit auseinandersetzen zu können. Es war für ihn auch nicht abwegig, daß er seinem Kollegen und Nachfolger Dr. Werner Markert aus der Haft Grüße übermitteln ließ.³⁰ Den Kontakt zu seinem engsten persönlichen Umfeld bewahrte er sich ebenfalls über seine Frau. Mit der weiteren Anforderung von Büchern bat er beispielsweise um medizinische Rezepte. Ausstellende Ärzte waren seine Schwägerin, Dr. Ruth Weise, und Dr. Margarete Blank.³¹ In diesem Zusammenhang reagierte er auf ein Ärgernis, das Rosemarie mit Eleonore Blank hatte. Dabei zeigte sich, welche Menschen er achtete. Charakteristisch für ihn diese Stelle: »Über deinen Konflikt mit der Eleonore habe ich mich amüsiert. Ich habe nie behauptet, daß sie gut ist. Du weißt auch, daß ich mit Menschen nichts anfangen kann, die bloß gut sind. Eleonore ist aber entschieden originell und intelligent. Ich freue mich übrigens, daß meine Frau nicht nur originell und klug, sondern auch gut ist. Wenn sie bloß gut wäre, hätte ich sie nicht geheiratet.«³²

25 Siehe ebenda. Bl. 18.

26 Ebenda. Bl. 16.

27 Siehe ebenda. Bl. 14.

28 Ebenda. Bl. 16.

29 Siehe StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/2. Bl. 7.

30 Siehe ebenda. Bl. 9.

31 Siehe ebenda. Bl. 19.

32 Ebenda. Bl. 20.

Aus seinen Briefen erfuhr Rosemarie nie, daß es ihm in der Haft irgendwann schlecht ging. Nach fünf Monaten Einzelhaft – am 1. April 1935 – äußerte er ihr gegenüber aber zur Haft, daß »das Risiko ziemlich groß ist«, etwas auszusagen. Das läßt zum einen darauf schließen, daß er mehr wußte, als er zugab. Zum zweiten würde »er immer vorziehen [...], allein zu bleiben. Die Möglichkeit arbeiten zu können, trägt auch viel dazu bei, die Haft erträglicher zu empfinden. Man hat hier Entdecker- und Schaffensfreuden, die das Leben lebenswert machen.«³³

Nachdem die Staatsanwaltschaft den Haftbefehl aufgehoben hatte, folgte für Georg Sacke zunächst Schutzhaft im Dresdener Polizeipräsidium. Das teilte er Rosemarie in einem Brief vom 12. April 1935 mit. Seine Entlassung verschob sich in weite Ferne. Trotzdem blickte er mit Zuversicht in die Zukunft, weil er hoffte, auch in seiner neuen Zelle noch arbeiten zu können.³⁴ Bis zum 6. Mai 1935 verblieb er noch im Gefängnis des Polizeipräsidiums, dann wurde er, so schrieb, er »ins Erzgebirge«, ins Konzentrationslager, verschickt. Die Hoffnung, auch dort wissenschaftlich arbeiten zu können, blieb.³⁵ Sie erlosch erst mit dem Brief am 6. Juni 1935, in dem Georg Sacke schrieb: »Was mich betrifft, habe ich jede Theorie an den Nagel gehängt und fülle mein Leben mit praktischer Tätigkeit aus.«³⁶

Ab Anfang Mai 1935 wechselten nun die Briefe aus dem und in das Konzentrationslager Sachsenburg bei Frankenberg.

Denkt man an unser heutiges Wissen über die Konzentrationslager der NS-Zeit, überrascht der erste Brief von Rosemarie nach Frankenberg den Leser sehr. Daß sie nicht wußte, wo Frankenberg liegt, gleicht dabei einer Bagatelle. In Fortführung ihres Gedankens aber schrieb sie: »Aber es klingt nach frischer Luft, der Du hoffentlich teilhaftig wirst.«³⁷ Dies zeugt davon, daß sie – genau wie die Mehrzahl der Bevölkerung – in den ersten zwei Jahren des dritten Reichs über Schutzhaft und Konzentrationslager wenig oder überhaupt nichts wußte. Weder von ihrem Schwager Valentin, der ja schon 1933/1934 in Sachsenburg Häftling war, noch von ihrem Mann, der eventuell über einige Informationen hätte verfügen können, hatte sie etwas erfahren.

33 Ebenda. Bl. 21.

34 Siehe ebenda. Bl. 23.

35 Siehe ebenda. Bl. 33.

36 Ebenda. Bl. 37.

37 Ebenda. Bl. 67.

Dabei gehörte Sachsenburg zu den rund 50 Konzentrationslagern der ersten Generation auf deutschem Boden, die noch 1933 in größter Eile von den Nationalsozialisten aus dem Boden gestampft wurden. Diese wurden geschaffen, weil zum Beispiel schon am 3. Mai 1933 über 7.700 Schutzhäftlinge im Land Sachsen die Polizei- und Gerichtsgefängnisse überfüllten.

Schon am 2. Mai 1933 traf das erste Vorkommando, das überwiegend aus kommunistischen, handwerklich begabten Häftlingen des Chemnitzer Raumes und rund 100 SA-Leuten zusammengestellt war, auf der Sachsenburg ein. Idyllisch über dem Zschopautal nördlich von Frankenberg gelegen, nutzte man dessen Abgeschiedenheit, um einen Ausgangspunkt für den Aufbau des KZs zu haben. Dieses galt es rasch, in einer stillgelegten Spinnerei unterhalb der Burg bezugsfertig zu machen. Zuerst wurden die noch vorhandenen Maschinen demontiert, elektrische Leitungen und eine Funkanlage installiert. Die Möblierung mit dreietagigen Betten, grob gezimmerten Tischen und Stühlen für zunächst 1.000 – später 2.000 Häftlinge – gehörte zu den weiteren Maßnahmen. Die Wachmannschaft aus jungen, oftmals deklassierten SA-Leuten wuchs auf über 400 Mann.

In den ersten Wochen und Monaten versuchte der erste Lagerkommandant Hähnel »gegenüber den Häftlingen [...] den ›fürsorglichen‹ und ›gerechten‹ Lagerkommandanten zu spielen«. Mit jovial klingenden, aber zynisch gemeinten Worten begrüßte er die Neuankömmlinge: »Macht mir keine Schwierigkeiten. Wenn der Führer seine sozialen Pläne verwirklicht, werden die Erfolge auch euch zugute kommen.«³⁸ Solche verbrämten Sätze hinterließen aber bei den Häftlingen wenig Eindruck. Sie täuschten auch nicht über den wahren Charakter des Konzentrationslagers hinweg. Schnell wußte man, daß der schon in diesem Lager herrschenden Willkür der faschistischen Wachmannschaften nur eine stark entwickelte Solidarität entgegengesetzt werden konnte. Deshalb formierten die Häftlinge von Anfang ihre Kräfte und brachten zuverlässige Leute in die Schlüsselpositionen des Lagers. Ihre erste Fürsorge galt den Neuen. Mit Informationen über die Zustände inner- und außerhalb des Lagers, durch Unterbringung von persönlich und gesundheitlich gefährde-

38 Karl Otto: Das Lied von Sachsenburg ... Tausend Kameraden, Mann an Mann ... In: Beiträge zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Konzentrationslager Sachsenburg (im weiteren Karl Otto: Das Lied von Sachsenburg ...). Hainichen 1978. S. 11.

ten Häftlingen, »in Arbeitskommandos [...], in denen sie nicht den größten Schikanen ausgesetzt waren«,³⁹ bemühten sie sich, die Haftbedingungen erträglicher zu gestalten. Auch die Möglichkeit der ersten Wochen und Monate, sonntägliche Besuche durch die Angehörigen zu empfangen, half psychisch aufzutanken. Zu den mitgebrachten Lebensmitteln und Zigaretten gesellte sich so manche illegale Zeitung und Broschüre, die die im Lager zur Verfügung stehenden ergänzten. Die Schutzhäftlinge waren deshalb relativ gut über die Vorgänge in der Außenwelt informiert. Andere, insbesondere kulturelle Tätigkeiten – selbst gestaltete musikalische Abende, Bibliothek oder Schulungen – sollten ebenfalls dazu beitragen, geistig rege zu bleiben. Ähnlich dem Moorsoldatenlied entstand »das Lied von Sachsenburg«. Es kündigt von schmachvoller Gefangenschaft, Sehnsucht und Hoffnung, baldigst frei zu sein.⁴⁰

Ab November 1933 nahmen in Sachsenburg die Schikanen zu. Noch mehr verschärften sie sich, als die SS am 13. August 1934 das Lager übernahm. Einer der SS-Lagerführer war der berühmte Koch, der spätere Kommandant von Buchenwald. Offiziell wurde die Prügelstrafe eingeführt. »Diese Volksbelustigung«, wie die SS diese sadistische Maßnahme zynisch qualifizierte, »fand nun jeweils am Wochenende vor versammelter Mannschaft statt. Die Ausgepeitschten brachen meist bewußtlos zusammen, dann wurden sie mit kaltem Wasser übergossen und wanderten oftmals in den Bunker.«⁴¹ Erste Häftlinge wurden bestialisch zu Tode gequält, andere »auf der Flucht« erschossen. Oftmals beteiligten sich kriminelle Insassen an solchen Aktionen der SS. »Unter den verschärften Maßnahmen gegen die Gefangenen kam es für die Politischen um so mehr darauf an, zusammenzuhalten und sich nicht provozieren zu lassen und jeden Anstoß zu vermeiden, der der SS zum Vorwand dienen konnte, ihre Übergriffe zu steigern.«⁴² Ehe am 19. Juli 1937 von Sachsenburg ein Vorkommando abrückte, um in Buchenwald das Konzentrationslager aufzubauen, durchlitt auch Georg Sacke das KZ Sachsenburg.⁴³

Die Briefe, die jetzt zwischen Georg und Rosemarie wechselten, konnten und durften das Lagerleben nicht widerspiegeln. Natürlich lag das vor allem daran, daß weder über die Schutzhaft geschrieben noch

39 Ebenda. S. 13.

40 Siehe ebenda. S. 6.

41 Ebenda. S. 21.

42 Ebenda. S. 22.

43 Siehe ebenda. S. 24.

gesprochen werden durfte. Mit einem Revers wurde der Häftling auch noch nach der Haftzeit dazu verpflichtet. Da Georg Sacke sich beherrschen konnte, sich und seiner Frau keinen Schaden zufügen wollte, drang auch auf den wöchentlichen DIN A5 Seiten nichts zu seiner Ehefrau durch. Der Hinweis, daß sie auch zukünftig daran denken solle, »daß nur äußere Umstände« ihn zuweilen hindern, »über die Behandlung von sachlichen Dingen hinauszugehen«,⁴⁴ hätte sie aber hellhörig machen müssen. Natürlich auch die Bemerkung, daß sie sich »das Leben im Lager [...] offenbar zu idyllisch«⁴⁵ vorstellte. Zum Lagerablauf erfuhr sie von ihrem Mann nur, daß er in den III. Zug der II. Gefangenengesellschaft eingegliedert worden war, daß die Häftlinge jeden Dienstag Post ausgehändigt bekamen, daß er ausreichend Essen erhielt, sich Obst in der Stadt kaufen lassen konnte und an der frischen Luft arbeiten durfte. Ansonsten äußerte er vor allem Stolz auf seine Frau, lobte sie und gab ihr Hinweise, die auf seinen Lebenserfahrungen beruhten.

Eine Aussage zur Haftdauer konnte er selbst zu dem Zeitpunkt noch nicht machen, als er ihr am 13. Juni 1935 mitteilte, daß er die Anklageschrift erhalten habe und daß er mit der Verhandlung in Leipzig in ca. vier bis fünf Wochen rechnet.⁴⁶ Häufiger schwingt ein sarkastischer Unterton mit. Dieser ist zu spüren, als er sich am 25. Juli 1935 zum Garten, den Rosemaries Schwester Ruth in Lobenstein gekauft hatte, äußerte: »Ich hätte mich gefreut, wenn ich den Garten in Ordnung bringen könnte. Ich bin jetzt Fachmann.«⁴⁷ Ironie erkennt man aus seinen Worten vom 11. Juli 1935, als er auf die vom Leipziger Kreishauptmann verfügte Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit und die drohende Ausweisung aus Deutschland reagierte: »Vorläufig habe ich ja doch eine Aufenthaltsgenehmigung, wenn auch nicht in Leipzig.«⁴⁸

Natürlich bewegte ihn die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft sehr. Aber auch hierbei bemühte er sich, tröstend auf Rosemarie einzuwirken, indem er dazu schrieb: »Unsere Lage hat sich inzwischen insofern kompliziert, als mir die Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Das betrifft nur mich. Du bleibst nach wie vor Reichsdeutsche.«⁴⁹ Anscheinend konnte er darauf Einfluß nehmen. Ihre Antwort – »Du, das war ein

44 StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/1. Bl. 50.

45 Ebenda. Bl. 40.

46 Siehe ebenda. Bl. 34ff.

47 Ebenda. Bl. 45.

48 Ebenda. Bl. 46. – StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 33. Bl. 1.

49 Ebenda. Bl. 44.

harter Stoß. Es ist mir unfäßlich, daß Deine Teilnahme an der Quäker-Hilfsaktion so furchtbare Folgen haben soll [...] Ich kann es einfach nicht glauben, daß wir aus dem Boden gerissen werden sollen, auf dem wir gewachsen sind. Du so gut wie ich.« – machte ihm deutlich, daß für sie die entstandene Situation zwar ein schwerer Schlag war. Aber die nachfolgenden Gedanken zeigten ihm auch ihren Optimismus. Sehr kämpferisch schrieb sie: »Aber eins, Georg, will ich Dir sagen: wir beide haben auch [...] Arbeitskraft und Können und unsere feste Freundschaft, die immer fester wird, je mehr wir getrennt sind. Sage doch, ob man damit nicht etwas anfangen kann? Jung und hoffentlich gesund sind wir doch auch.«⁵⁰ Gleichzeitig wurde sie aktiv, fuhr zur Politischen Polizei nach Dresden, um zu erwirken, daß er nach Leipzig gebracht würde. Dort erfuhr sie, wie sie ihm am 10. August 1935 mitteilte, daß er kurz vor dem 14. Oktober nach Leipzig käme [...] und »man augenblicklich (berät), ob (er) ausgewiesen werden (soll) oder nicht«.⁵¹ Acht Tage später griff sie das Thema nochmals auf. Sie vermerkte: »Ich erwarte sehr viel von der Verhandlung. Geht sie gut aus, wirst Du sicherlich nicht ausgewiesen. Solltest Du wider Erwarten Deutschland verlassen, werden Dir Deine Geschwister bestimmt Geld schicken, wenn es auch schwierig ist, aus Rumänien etwas hereinzubekommen.«⁵²

Rosemarie Sacke war noch zu einer ganz anderen Handlung fähig, die vermutlich nur Georg ihr zugetraut hatte.⁵³ Sie fuhr am 8. September 1935 zu ihm ins Konzentrationslager. In Erinnerung an das Erlebte schrieb sie schon auf der Rückfahrt nieder: »Aber schön war es doch, Dich zu sehen, noch gesund dazu und voller Spannkraft. Ich mußte da, während ich Dir gegenüber saß, an ein Wort denken, das jemand über Dich gesagt hat: Du seiest ›gesammelt‹, darum würde es Dir vor Gericht gut gehen, d. h., Du würdest einen guten Eindruck machen [...] Es ist auch gut, daß ich das Milieu kenne, in dem Du lebst. Gartenhüte, Badehosen und Sportunterhosen passen da freilich nicht herein [...] Wenn man in die Nähe Eures Lagers kommt, hört man immer das Singen. Das macht einen seltsamen Eindruck.«⁵⁴ Zweimal bezog sich Georg auf dieses überraschende Erlebnis. Das erste Mal meinte er, daß er schon damit gerechnet habe, daß seine Frau diesen Versuch unternehme.

50 StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/2. Bl. 83.

51 Ebenda. Bl. 86.

52 Ebenda. Bl. 88.

53 Siehe StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/1. Bl. 52.

54 StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/2. Bl. 91.

»Trotzdem war es für mich eine große Überraschung, als man mich zu dir geführt hat [...] Du kennst nunmehr die Welt, in der ich seit 4 Monaten lebe. Einige meiner Kameraden haben sich übrigens gleich gesagt, daß es ›Schorch seine Frau ist‹, als sie dich sahen. Es scheint doch, daß wir uns in irgendeiner Art ähnlich sind.«⁵⁵ Als Lichtblick am Horizont fügte er den Hinweis an, daß er mit dem nächsten Transport nach Leipzig gebracht werde. Das ließ auf baldige Gerichtsverhandlung schließen. Und am 29. September 1935 – nun schon in Leipzig – äußerte er sich zum zweiten Mal. Ein wenig spöttisch, ja sarkastisch schrieb er, daß er auf ihren Besuch nicht vorbereitet gewesen sei, sonst »hätte ich zu mindesten meine Berufsbekleidung (weiße Mütze, weiße Jacke und Schürze) angezogen«.⁵⁶

Ausgehend von den Berichten und ihren eigenen Erinnerungen reflektierte Rosemarie Sacke Jahre später noch einmal die Schutzhaft von Georg und ihren Besuch im KZ Sachsenburg. Das konnte sie, weil Georg – obwohl auch er den Revers unterschreiben mußte – in seinem engeren und weiteren Bekanntenkreis über die Haftzeit nicht geschwiegen hatte. In seinen Kreisen galt er als das »wichtigste ›Dokument‹« der Barbarei der Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern. Entgegen der Propaganda der Nationalsozialisten, die alles das, was über die Vorgänge in den Lagern an die Öffentlichkeit drang, als »Greuelpropaganda« abstempelten, berichtete er seinen ehemaligen Lehrgangsteilnehmern der Volkshochschule und bürgerlichen Freunden wie der »Journalistin Lenka von Koerber, die vor 1933 eine Arbeit über den Strafvollzug in der Sowjetunion veröffentlicht hatte«, vollkommen offen über das Durchlebte. »Aus seinen Berichten ging die furchtbare Unmenschlichkeit des Regimes hervor: die Absicht, den politischen Gegner durch primitive äußere Lebensbedingungen – Tracht, Ernährung, Unterbringung – zu demoralisieren; die Absicht, ihn durch schwere körperliche Anstrengung zu zwingen bzw. seinen Zusammenbruch herbeizuführen; jeden Ansatz von Widerstand durch mittelalterliche Strafen zu ersticken, so die Prügelstrafe, 50 Schläge, die der ›Deliquent‹ selbst zählen mußte, die Strafe ausgeführt vor den im Hof angetretenen Häftlingen.«⁵⁷

55 StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/1. Bl. 52.

56 Ebenda. Bl. 53.

57 Georg Sacke in Erinnerungen von Rosemarie Sacke (handschriftliches Manuskript). In: Archiv Hella Bauer/Prof. Dr. Klaus Weise (im weiteren Georg Sacke in Erinnerungen ...). I–III, IV–V. 1995. S. 55f. (Kopie im Besitz des Verfassers).

In der Zeit, in der Georg Sacke im KZ Sachsenburg eingesperrt war, gab es keine Besuche von Angehörigen mehr. Rosemarie Sacke interessierte das Leben im Lager sehr. Deshalb stellte sie den Antrag auf Erlaubnis, den sie mit notwendigen Absprachen für die bevorstehende Gerichtsverhandlung begründete. In ihren Erinnerungen heißt es dazu: »Zum Erstaunen meiner Freunde erhielt ich die ganz unübliche Besuchserlaubnis. Am Lagertor empfingen mich zwei Bewacher – werden wohl SA-Leute gewesen sein –, die mich bis zum Verlassen des Lagers nicht verließen. Ich wurde in der Nähe des Tores in einen kahlen Raum geführt und mußte dort auf Georg warten. Schließlich kam er – ebenfalls begleitet von zwei Wachleuten – und ich erkannte ihn kaum wieder: das schöne helle Haar abgeschoren, kein Hemd, nur ein grauer sackartiger Kittel, graue Hosen, nackte Füße, Holzpantinen. Er benahm sich völlig unbefangen, ich kriegte angesichts der vier Wächter kaum ein Wort heraus. Ich war bloß froh, daß er offensichtlich gesund und guten Mutes war.«

»Wie ich nach seiner Freilassung von ihm erfahren habe, hat er das Lagerleben damals gut vertragen. Natürlich war die Ernährung primitiv, aber doch nicht auf dem Tiefstand wie 1944/1945. Geistig arbeiten konnte er natürlich nicht mehr, aber die körperliche Arbeit, zu der die Häftlinge angehalten wurden, bewältigte er mühelos, da er körperlich stark und von Hause aus daran gewöhnt war. Ganz wichtig ist für ihn der Kontakt zu Mitgefangenen – natürlich vor allem politischen – gewesen. Er hat hier – in der Gemeinschaftshaft – zum ersten Male mit deutschen Menschen aus dem Volk eng zusammengelebt.«⁵⁸

Eine amtliche Mitteilung vom »Comité international de la Croix-Rouge«, Sitz Arolsen (Waldeck) in Deutschland – also dem Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes – führt an, daß Georg Sacke unter den Repressivmaßnahmen im KZ zu leiden hatte. Der Arrest-Schein vermerkte akribisch: »Der Schutzhäftling Sacke Georg ist mit 8 Tagen strengen Arrest bestraft. Eingeliefert am 24. August 1935. Entlassen am 28. August 1935. Im Arrest wieder eingeliefert am 29. August 1935. Strafe ist zu verbüßen bis 2. September 1935. Auf Anordnung Abt. III wurde – bitte wenden – Fortsetzung – der Arrest unterbrochen. Arrest zum Dritten mal am 8. September 1935 wieder angetreten. Arrest am 9. September 1935 unterbrochen.«⁵⁹ Leider fehlen die Gründe, warum Ge-

58 Ebenda. Bl. 31f.

59 StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 44. Bl. 19f.

org Sacke den strengen Arrest antreten mußte und warum diese zehn Tage so oft unterbrochen wurden. Selbst an dem Tage, an dem Rosemarie Sacke ihn besuchte, mußte er zum dritten Mal seine Arreststrafe antreten. Ganz deutlich wird aber, wie menschenverachtend die SS-Aufseher einmal verhängte Strafen durchsetzten und wie buchhalterisch sie diese abrechneten. Deutlich wird aber auch, daß solche willensstarken Häftlinge wie Georg Sacke nicht alles, was er selbst oder Mithäftlinge durchmachen mußten, widerstandslos ertrugen.

Ob in Erinnerungsberichten von Valentin Sacke oder anderen: Immer wieder wird darauf verwiesen, daß die untereinander geübte Solidarität das Lagerleben erträglicher machte, da – wie eine Gesamteinschätzung über das Lager verdeutlicht – auch in Sachsenburg die Haft eine Hölle war. So schätzte ein Mitgefangener ein, »daß es schlimmere Lager gab, wo es größere körperliche Mißhandlungen und mehr Todesopfer gab. Aber wohl selten herrschte in einem Lager größerer Sadismus wie in Sachsenburg.« Die Aufseher der SS waren »schier unermüdlich im Ausdenken von neuen Schikanen und Schweinereien, so daß man sich fragt, wie ein Menschenhirn so etwas ausdenken konnte«. ⁶⁰

Mit dem Transport nach Leipzig war Georg Sacke aber noch nicht dem KZ Sachsenburg entronnen. Aufgrund der Verschiebung des Gerichtstermins endete eine Odyssee durch die sächsischen Gefängnisse am 17. Oktober 1935 wieder in Sachsenburg. Nach seinem erneuten Eintreffen zog Georg Sacke in seinem letzten Brief aus Sachsenburg seine Lagerbilanz. Er war der Annahme, daß die Lagerzeit mit dem 1. November 1935, dem neu anberaumten Gerichtstermin, zu Ende ginge. Das erwies sich später als richtig. Schon rückblickend schrieb er am 1. November an Rosemarie: »Die Rückkehr nach Sachsenburg hat auch seine guten Seiten. Ich habe wieder die zahlreichen Freunde sprechen können, die ich hier im Laufe der letzten sechs Monate gefunden habe. Das Lager war für mich auch sonst eine ausgezeichnete Schule der Menschenkunde. Noch nie kam ich mit so vielen und so verschiedenen Menschen in Berührung.« ⁶¹ Dieser zur Schau getragene Optimismus beruhte auf einer emotionslosen Wertung. Zudem mußte er ein wenig die Enttäuschung hinunterspülen, die die Terminverschiebung heraufbeschworen hatte. Doch in den letzten Leipziger Hafttagen ging selbst diese fast verloren. Dazwischen lag aber noch der erneute Transport nach

60 Karl Otto: Das Lied von Sachsenburg ... S. 38f.

61 StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/1. Bl. 55.

Leipzig und der Prozeß im Landgericht, in der Elisenstraße, in der heutigen Bernhard-Göring-Straße.

Wie auch immer – vor allem durch Hermann Reinmuth und wohl auch durch den Rechtsanwalt Dr. Melzer vorangetrieben – gelang es, das Verfahren gegen die wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verdächtigen fünf Angeklagten – Dr. Maria Grollmuß, Dr. Hermann Reinmuth, Willi Elsner, Clementine Reinmuth und Dr. Georg Sacke – in zwei Prozesse aufzuspalten. Primäre Überlegung zur Abtrennung war für Reinmuth, »daß die faschistische Justiz vor allem gegen Maria Grollmuß, Elsner und ihn gnadenlos vorgehen« würde.⁶² Aufgrund der Beweislage avancierten die drei erstgenannten Gefangenen zu den gefährlicheren Gegnern der Nationalsozialisten, zumal es nicht gelang, von Clementine Reinmuth und Georg Sacke weitere Aussagen über illegale Arbeit zu erzwingen. Deshalb wurde auch gegen die drei Erstgenannten nicht vor dem Oberlandesgericht in Dresden verhandelt, sondern vor dem Volksgerichtshof in Berlin. Da man ihnen illegales Parteimaterial und illegale Parteimitgliedschaft nachweisen konnte, wollte man Maria Grollmuß, Hermann Reinmuth und Willi Elsner »in einem Willkürprozeß zu politischen Verbrechen« abstempeln. Das konnte die Todesstrafe nach sich ziehen.⁶³ Am 23. November 1935 erging nach einwöchigen Verhandlungen das Urteil. Maria Grollmuß erhielt eine Strafe von sechs Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust. Hermann Reinmuth wurde mit sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust bestraft. Willi Elsner kam mit einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus sowie zwei Jahren Ehrverlust noch am glimpflichsten davon.⁶⁴ Nach verbüßter Haft kam Maria Grollmuß ins KZ Ravensbrück. Dort erlag sie am 6. August 1944 einem Krebsleiden.⁶⁵ Auch Hermann Reinmuth überlebte die Haft und die anschließende Schutzhaft in Sachsenhausen nicht. Am 26. April 1942 starb er an den Strapazen der langjährigen Haft.⁶⁶

Die Anklage gegen Clementine Reinmuth und Dr. Georg Sacke wurde am 1. November 1935 vor der 45. Großen Strafkammer des Leipziger Landgerichts verhandelt. Da der Nachweis des »Verbrechens nach

62 Siehe Kurt Nowak: Hermann Reinmuth. Berlin 1978. S. 27.

63 Siehe ebenda. S. 28.

64 Siehe StAL. Nachlaß Hermann Reinmuth. Nr. 6. Bl. 1.

65 Siehe Maria Kubasch: Sterne über dem Abgrund. Das Leben von Maria Grollmuß. Berlin 1976. S. 87.

66 Siehe Kurt Nowak: Hermann Reinmuth. Berlin 1978. S. 31.

§§ 1 und 2 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien« nicht erbracht werden konnte, weil nicht nachzuweisen war, »daß die Fürsorgetätigkeit der Angeklagten im Zusammenhang mit der verbotenen SPD oder der verbotenen SAP gestanden habe«, wurden beide Angeklagten freigesprochen.⁶⁷ In ihrem letzten Manuskript beklagte Rosemarie Sacke, daß der Rechtsanwalt für keinen der Angeklagten ein milderes Urteil erreicht habe, als die Nazijustiz vorgesehen hätte. Seine einzige Aktivität hätte ihrer Meinung nach nur darin bestanden, »daß er den Termin des Prozesses durch bei Gericht existierende Verbindungen zu einem Zeitpunkt ansetzen ließ, da ein Richterkollegium von noch gemäßigter Einstellung Recht sprach.«⁶⁸ Diese Ansicht von Rosemarie Sacke wäre zu hinterfragen. Schon allein ein solches Herangehen zeitigte Erfolg. Die Urteile hätten viel härter ausfallen können, wie es z. B. in der Anklageschrift gefordert wurde. Dort heißt es: »Das Straffreiheitsgesetz vom 7. August 1934 findet keine Anwendung, da jeder der Angeschuldigten eine höhere Strafe als 6 Monate Gefängnis zu erwarten hat.«⁶⁹ Im Nachgang zum Prozeß bedauerte Georg Sacke, daß Rosemarie nicht der Verhandlung beiwohnen durfte. Sie hatte sich durch einen Zwischenruf selbst ausgesperrt.⁷⁰ Nach seinen Empfindungen war »das stundenlange Warten (auf seine Frau – V. H.) viel anstrengender als die Verhandlung«. Ihr und sich selbst Trost spendend schrieb er: »Wenn ich mich an diesen Tag erinnere, so denke ich vor allem an die kurze Zeit unseres Zusammenseins. Die wenigen Minuten haben mich auf lange Zeit glücklich gemacht.«⁷¹

Normalerweise hätte Georg Sacke das Gericht als freier Mann verlassen müssen. Doch es kam wieder einmal anders. Die Methoden der nationalsozialistischen Justiz blieben undurchschaubar. Grund dafür bildete die Entscheidung über die Ausweisung, die noch ausstand.

Zwar wurde er nach dem Urteil in die Zelle Nr. 24 des Leipziger Polizeipräsidiums verlegt, zwar konnte er dort wieder arbeiten, zwar besorgte Rosemarie ihm nochmals über den Assistenten den letzten Jahrgang der Osteuropazeitschrift, zwar begann er mit dem Lesen von pädagogischen Arbeiten seines Schwiegervaters, dennoch zermürbte ihn

67 Siehe StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 32. Bl. 1 und 10.

68 Georg Sacke in Erinnerungen ... S. 28f.

69 Universitätsarchiv Leipzig. Rep. III/V. 129b. Bd. 30. Bl. 18.

70 Siehe Georg Sacke in Erinnerungen ... S. 30.

71 StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/1. Bl. 56.

letztendlich fast die Ungewißheit über die noch bevorstehende Entscheidung.⁷² Und so liest man erschüttert zwanzig Tage nach seinem Freispruch, am 21. November 1935, einen Abschiedsbrief, den er an seine Frau schrieb und in dem es heißt: »Die endgültige Entscheidung wird hoffentlich bald fallen. Ich weiß, daß Du stark und selbständig genug bist, um auch die schwersten Konsequenzen tragen zu können. Ich bin auch überzeugt, daß wir uns auch in dieser Zeit durchsetzen werden. Ich werde sicher irgendeine Beschäftigung finden und dann werden wir wieder zusammen sein können [...] Lebe wohl, meine liebe gute Maruzsja, ich küsse deine kleinen Hände Dein Georg.«⁷³

Am 5. Dezember 1935, abends um 17.15 Uhr, kam Georg Sacke nach einem Jahr und einem Tag Haftzeit frei.⁷⁴ Da er schon am 1. November 1935 freigesprochen wurde, mußte er ohne richterlichen Entscheid noch über einen Monat im Polizeigefängnis in der Wächterstraße, der heutigen Dimitroffstraße, verbringen. Obwohl er noch nichts von seiner Entlassung wußte, resümierte er wiederum in seinem letzten Brief der ersten Haft, den er schon am 30. November 1935 geschrieben hatte, über die einjährige Haftzeit. Zugleich blickte er in die Zukunft. Er schrieb: »Nun ist es bald ein Jahr, daß ich in Haft bin. Man hat mich neulich gefragt, ob ich geistig zusammengebrochen oder zu mindestens zurückgegangen bin. Dies konnte ich mit gutem Gewissen verneinen. Wenn ich wieder auf freien Fuß bin, will ich zwar in erster Linie dir dein Leben erleichtern, damit du das schwere Jahr 1935 möglichst bald vergißt. Aber ich werde schon am nächsten Tag in die Universitätsbibliothek gehen. Ich habe in der letzten Zeit meine letzten Arbeiten gründlich durchdacht und ich will sie in möglichst kurzer Zeit abschließen. Ich bin auch überzeugt, daß dies mir gelingen wird.«⁷⁵

72 Siehe ebenda. Bl. 57.

73 Ebenda.

74 Siehe StAL. PP-S. Nr. 8508.

75 StAL. Nachlaß Georg Sacke. Nr. 31/1. Bl. 60.

WILLI BEITZ

Ein Zeitdokument mit verborgener Tragik. Zu Andrej Platonows Reportage »Auf der Suche nach der Zukunft«

Im Jahre 1995 konnte die interessierte Fachwelt erstmalig eine im Mai 1929 verfaßte, niemals zuvor publizierte literarische Reportage (russ. Gattungsbezeichnung »očerk«)¹ Andrej Platonows lesen.² Wir legen hier die erste deutsche Übersetzung vor. Platonow, heute bereits vielfach als »Klassiker« der russischen Literatur des 20. Jahrhunderts eingestuft, war wie Bulgakow oder Pasternak einer der Autoren, deren Leben zwar während des Stalin-Regimes geschont wurde, die jedoch unter ständiger Verfolgung und häufigem Druckverbot zu leiden hatten. Der Schriftsteller, der sich zeitlebens zu seiner proletarischen Herkunft bekannte und der Idee einer sozialistischen Gesellschaft verbunden blieb, wurde an den Rand der literarischen Szene gedrängt. Offenbar unter ständigem Papiermangel leidend, schrieb er den Text der hier abgedruckten Reportage auf die Rückseite von Blättern, die das Manuskript des (gleichfalls nicht zum Druck gelangten) Romans »Die Baugrube« (»Kotlovan«) enthielten.

Die Nachbarschaft der beiden parallel entstandenen Werke mutet, wie T. M. Wachitowa in ihrem Kommentar zu Recht bemerkt, auf den ersten Blick recht paradox an.³ Handelt es sich doch im Falle der »Baugrube« um dasjenige Werk, in dem die schwerwiegenden Bedenken Platonows gegen den Stalinschen Kurs des mit allen Mitteln forcierten »sozialistischen Aufbaus« ihren bis dahin ideell gravierendsten und künst-

1 Der Ausdruck »Skizze« als Entsprechung zu russ. »očerk« (in DDR-Zeiten oft gebraucht) konnte sich im Deutschen nicht durchsetzen, weil er hier eher etwas locker Entworfenes (»flüchtige Skizze«) bezeichnet, »Reportage« als Gattungsbegriff hingegen eindeutiger ist.

2 Platonows Reportage »V poiskach buduščego« wurde erstmalig im Sammelband Tvorčestvo Andreja Platonova. Issledovanija i materialy. Bibliografija. St. Petersburg 1995 (S. 119ff.) mit einem Kommentar von T. M. Vachitova (S. 112ff.) abgedruckt.

3 Siehe ebenda. S. 116.

lerisch stärksten Ausdruck fanden. Als Verfasser der Reportage hingegen war Platonow offenbar mit persönlichem Engagement dem im Frühjahr 1929 im Einvernehmen mit der Stalinschen Führung ergangenen Aufruf »Schriftsteller in die Fabriken und Betriebe« gefolgt. Dieser löste, wie bekannt, eine ganze Welle von Reportageliteratur (mit Werken Maxim Gorkis, Valentin Katajews, Wsewolod Iwanows, Fjodor Gladkows und vieler anderer sowjetischer Schriftsteller) aus, die zum großen Teil in den zentralen Medien veröffentlicht wurden. Wachitowa vermutet, daß sich Platonow am Wettbewerb der Zeitschrift »Smena« zum Rahmenthema »Die Jugend beim sozialistischen Aufbau« beteiligen wollte. Es sei jedoch ungeklärt, von wem die Delegation zum Besuch der Papierfabrik von Kamenka im damaligen Gouvernement Twer ausging. Letztlich sei das ganze, bis zum Oktober 1929 verlängerte Wettbewerbsprojekt (obwohl eine Jury mit einem prominenten Mitglied wie Lunatscharski berufen worden war) ins Leere gelaufen, über die Ergebnisse habe man sich aus unbekanntem Gründen ausgeschwiegen. Und was Platonow betraf, so konnte im Oktober, nach vernichtender Kritik an seiner Erzählung »Makar im Zweifel« (»Usomnivšijsja Makar«, 1929), von einer Veröffentlichung seiner Reportage keine Rede mehr sein.⁴

Doch es bleibt die Frage, ob Platonow mit den beiden erwähnten, »Rücken an Rücken« placierten Werken zwei Gesichter gezeigt hat – einerseits das eines Fundamentalkritikers und andererseits das eines im aktuellen Konsens befindlichen Autors. Bei näherer Betrachtung des Textes von »Auf der Suche nach der Zukunft« kommt man zu dem Schluß, daß dem nicht so ist.

Beginnen wir mit der Wahl des Ortes für die Reportage. Nach Kamenka (in der Gegend von Twer gelegen) hat Platonow mit Sicherheit nicht allein der »soziale Auftrag« geführt, sondern die richtige Vermutung, daß ihn hier etwas Ungewöhnliches, in der politischen Landschaft ganz Originäres erwartete. Das war keinesfalls die Tatsache, daß sich die Papierfabrik von Kamenka⁵ wenige Monate zuvor als erster Betrieb einem Leningrader Wettbewerbsaufruf angeschlossen und mit hohen Selbstverpflichtungen landesweit Aufmerksamkeit erregt hatte. Dies konnte allerdings der offiziellen Delegation Platonows zugute gekom-

4 Siehe ebenda. S. 113.

5 In der russischen Erstveröffentlichung wird mitgeteilt, daß die Papierfabrik von Kamenka einst dem General Dupel gehörte, der sie 1866 beim Spiel an den Moskauer Kaufmann M. G. Kuwschinow verlor.

men sein. Doch für ihn selbst war wohl ein anderes Signal ausschlaggebend. Zu Beginn der 20er Jahre hatte man die Fabrik von Kamenka wegen angeblicher Unrentabilität schließen wollen. Da hatte die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes entschlossen Widerstand geleistet – und mit Erfolg. Ein aufsehenerregender und in der Geschichte des sowjetischen Industrierwesens wohl eher seltener Vorgang! Er ließ auf ein starkes demokratisches Selbstbewußtsein der in Kamenka Tätigen schließen. Und die Beobachtungen Platonows vor Ort erbrachten den Beweis, daß davon in den seither verflossenen sieben/acht Jahren nichts verlorengegangen war.

Platonow folgt in der Machart seines Werkes als zukunftsorientierter Betriebsreportage – wie auch Wachitowa betont⁶ – weitgehend dem zu seiner Zeit vorgeprägten und von den Redaktionen der Zeitungen und Zeitschriften gewünschten Muster (auch Gorki verlangte bei den Beiträgen zu der von ihm zu eben jener Zeit gegründeten Zeitschrift »Unsere Errungenschaften« [»Naši dosti: enija«] einen dem programmatischen Titel entsprechenden Standard). Das gewünschte Muster, das ja auch in der Literatur der DDR seine Nachfolge gefunden hat, kann man mit folgenden Stichworten umreißen: Konkrete Schilderung der Verhältnisse vor Ort; Benennung einiger Probleme und Aufzeigen ihrer »vorwärtsweisenden« Lösung; Stimmen von Arbeitern; die Sicht des leitenden Personals und der Kommunisten ... Platonow weicht von diesem Muster nicht allzu deutlich ab, er zeigt sich bei technologischen und ökonomischen Details als kundiger Fachmann, der er von seiner früheren (und in den dreißiger Jahren aus existentiellen Gründen zeitweilig wiederaufgenommenen) Tätigkeit als Ingenieur auch war. Und doch lieferte all dies nur den äußeren Rahmen, mit dem aktuelle Erwartungen bedient wurden. Dahinter gewahrt man, wenn man sich nicht täuschen läßt, etwas anderes ...

Ganz und gar aus dem Rahmen fällt das eigenartige Vorspiel – ein skurriles Schelmenstück, eine Art russischer Eulenspiegelerei (wie sie der Autor schon – mit größerem Anspruch und poetisch vieldeutiger – mit der Hauptfigur seiner Erzählung »Ein unerschlossener Mensch« [»Sokrovennyj čelovek«], 1928, Foma Puchow, erprobt hatte). Der vagabundierende Matwej Semjonowitsch Lasenkow, eine in der Realität sicher ähnlich anzutreffende, hier aber offenbar frei erfundene Figur, nimmt bestimmte markante Realien der zeitgenössischen sowjetischen Politsze-

6 Siehe ebenda. S. 114.

ne auf die Schippe: Er jongliert respektlos-frivol mit Phänomenen und Begriffen herum, die dem normalen Sowjetbürger eher Angst und Schrecken einjagten: Ausweiskontrolle, politische »Abweichungen« und »Überspitzungen«, »Opposition«, Klassifizierung als Genosse oder Feind und das Abserviertwerden ins gesellschaftliche und womöglich existentielle Aus ... Als Lasenkov über sein fiktives Abenteuer Moskau phantasiert, wird seine Erzählung wirrer und wirrer: Weshalb entfährt ihm plötzlich der Ruf: »Es lebe die Opposition!«, und was führt ihn (wie gelangt er) eigentlich in die berüchtigte Geheimdienstzentrale Lubjanka? Will er jemand denunzieren? Jedenfalls wird ihm (oh Hohn und Spott!) freundlichste Behandlung (Kopeken für welche Dienste?) zuteil. Und plötzlich ist das Spielchen aus, alles entpuppt sich als fauler Zauber ... Der Hintersinn des Ganzen ist nicht schwer zu durchschauen: Wenn Platonow daran gelegen war, den an Risiken und Gefahren reichen gesellschaftlichen Kontext der in seiner Reportage geschilderten Vorgänge zu verdeutlichen, dann ist ihm das mit den von Lasenkov ausgesendeten »Zeichen der Zeit« gelungen. Und nur im Narrengewand einer nicht ernstzunehmenden Figur konnte Platonow es wagen, dies zu tun. (Ob die Tarnung genutzt hätte oder nicht doch von argwöhnischen Redakteuren durchschaut worden wäre – Platonow hat ja nicht nur einmal die Wirkung seiner Texte auf die Hüter des Systems falsch eingeschätzt –, sei dahingestellt). Doch ist nicht dieses Vorspiel allein schon Beweis genug, daß der Schriftsteller keinesfalls vorhatte, sich zeitgenössischen Denkmustern zu unterwerfen?!

Bei der eigentlichen Reportage handelt es sich vordergründig um eine reine Erfolgsgeschichte. Sie erinnert in einigen Details (wie dem »Verbesserungsvorschlag« des Jungen Pioniers, der im Handumdrehen aufgegriffen wird) sogar verdächtig an bestimmte Klischees. Doch der Fall, den Platonow schildert, ist authentisch. Und halten wir uns einmal vor Augen, was er bedeutet: Da nutzen Arbeiter und Ingenieure eines bereits durch eine harte Prüfung gegangenen Betriebes die Gunst der Stunde, um die Produktion ihrer Fabrik im wohlverstandenen eigenen Interesse, das sich, wie sie wissen, mit den Interessen anderer Betriebe ihrer Branche, also dem gesellschaftlichen Interesse, verbindet, qualitativ weiter voranzubringen. Es ist die Chance eines historischen Moments, wo zwar »von oben« (soeben durch alte und neue »Losungen« Stalins auf dem Aprilplenum des Zentralkomitees der Bolschewistischen Partei bekräftigt) schon enorm auf Tempo und Ergebnisse der industriellen Entwicklung gedrückt wird, jedoch die zentralistische Fremdbestimmung, die

jede Initiative einschnürt, sowie andere Zwänge noch nicht voll entwickelt sind. Daher kann man Platonows Erfolgstext auch mit bangen Fragen im Hinterkopf, ja als tragischen Text lesen. Es sind Fragen, die sich beim Wissen darum stellen, wie ein solches Beispiel auffallender Eigeninitiative bald im stalinistischen Sinne ins Verdächtige, ja Feindliche umgedeutet werden konnte. Die Jahre der großen Rundum-Überprüfung und des Abstrafens, der Terror 1937/1938, standen noch bevor. Was mag von den Menschen von Kamenka und ihren selbsterkämpften Errungenschaften danach noch übriggeblieben sein?

Mit diesen stummen Fragen sind wir sensibilisiert, um wahrzunehmen, daß Platonow in seinem ganzen Text, nicht nur im Vorspiel, die latenten Gefährdungen spürbar werden läßt. Seine »Erfolgsgeschichte« funktioniert nur, weil bislang alles auf Einsicht, kluger Vorausschau und Abstimmung der Interessen, auch über den Betrieb hinaus, zu beruhen scheint. Die obligatorische Frage nach Partei und Gewerkschaft wird gestellt, doch sie ist nur eine unter anderen und offenbar derjenigen nach Bürokratie untergeordnet, und sie erledigt sich schnell. Wie einfach doch alles erscheint: Eine einmalige Kosteneinsparung bei der Papierherstellung kommt dem Schüler beim Kauf von Schreibheften, dem ganzen Schulwesen zugute, durch Verbreitung der Neuerung in der Branche entsteht gar ein Schub für die Kulturrevolution ... Wir werden zunehmend gewahr, daß Platonow uns mit solchen Gedanken bei aller Faktentreue ein Stück über die Realität hinausführt – ins Reich der Utopie. Oder anders gesagt: Er umgibt das real Existierende mit der Aura des Wünschbaren.

Bei alledem kommt nun Platonows unverwechselbare Philosophie ins Spiel, die zwar das Sozial-Konkrete einschließt, jedoch über dieses hinauszielt und übergreifende allgemeine Lebenszusammenhänge, existentielle Fragen im Verhältnis von Mensch, Natur und »Kosmos« ins Blickfeld rückt. Wir stoßen darauf, wenn etwa die Arbeit schlechthin als »Lebensknoten« gedeutet wird, der den einzelnen, ob Bauer oder Arbeiter, »mit der Menschheit und der Natur verknüpft«. Der mehr oder minder große Anteil von körperlicher Mühsal an der Arbeit wird ganz elementar mit dem Verbrauch von Lebenskraft gleichgesetzt. So gesehen, haben die Erfindungen der Arbeiter und Ingenieure in der Papierfabrik keinesfalls nur mit ihren gesellschaftlichen Aufgaben zu tun, sondern ebenso mit dem existentiellen Interesse, ihre Lebensfrist nach Möglichkeit zu verlängern. »Zusätzliche Arbeit [...] erspart den Freitod« – dies ist eine der typisch Platonowschen zugespitzten Formulierungen,

eines seiner »existenzphilosophischen« Achtungszeichen, auf die man als Leser stößt. Eine zweite solche Textstelle, über die man vielleicht wiederum bei der Lektüre stolpert, womöglich aber auch hinwegliest, begegnet uns dort, wo der Jahreszyklus, in dem die lebendige Natur ihre Aufgaben bewältigt, zu den beim Aufbau des Sozialismus ins Auge gefaßten Zeiträumen in Beziehung gebracht wird. Der Sinn dieser Gegenüberstellung liegt nicht etwa in der Aufforderung, es der Natur gleichzutun. Vielmehr äußert sich hier ein Problem, das Platonow stark beschäftigte, nämlich die unterschiedlichen Tempi der verschiedenen Abläufe bzw. evolutionären Vorgänge in der belebten und unbelebten Natur, im Leben des Menschen und der Gesellschaft. Platonow sah hier, wo es um den einzelnen Menschen ging, eine möglich Quelle von Tragik, und er hat dies in seiner Erzählung »Die Sandlehrerin« (»Pesčanaja učitel'nica«), 1927, am Beispiel eines Frauenschicksals verdeutlicht.⁷

Platonow bedient sich in dem dokumentarisch geprägten Text der Reportage einer einfachen Sprache, doch im scheinbar ganz Einfachen verbergen sich, wie wir sahen, tiefe Gedanken und komplizierte Zusammenhänge. In der poetischen Welt seiner Romane und Erzählungen entfaltet sich seine philosophische Weltansicht in ihrem ganzen Facettenreichtum, und entsprechend schwieriger gestaltet sich auch ihr sprachlicher Ausdruck. Ideellen und sprachlichen »Stolpersteinen«, wie wir sie hier nur an einigen wenigen Stellen markierten, begegnet man dort auf Schritt und Tritt. Ungeachtet dieses Unterschieds deutet sich auch in der schlichteren Machart der Reportage an, welche geistigen Impulse Platonow empfangen hat, durch welche »Denkschulen« er gegangen ist – sie reichen von Marx bis Alexander Bogdanow, von Nikolai Fjodorow bis zur Lebensphilosophie Bergsons und Nietzsches.

Worauf läuft also, resümierend gesagt, der scheinbare Gegensatz zwischen dem Roman »Die Baugrube« und der Reportage »Auf der Suche nach der Zukunft« hinaus? Es handelt sich weniger um einen Gegensatz, von dem entsprechende Wertungen abzuleiten wären, als vielmehr um den Unterschied verschiedener Äußerungsformen eines an den zeitgenössischen Kämpfen teilnehmenden Schriftstellers. Es ist vor allem der Unterschied zwischen dem philosophierenden Dichter, der im Roman die ganze eingeschlagene Richtung des Stalinschen gesellschaftlichen Weges prüft und an grundlegenden Fragen des Menschseins in

7 Siehe Willi Beitz: Ost und West, Revolution und Evolution, Raum und Zeit bei Andrej Platonow. In: Kultursoziologie. Leipzig (2000)2. S. 96ff.

der Welt mißt, und dem real denkenden »Praktiker« (der Platonow als Publizist wie als Ingenieur war), der als Anhänger eines wahrhaften Sozialismus an jedem Teilfortschritt, an der Wahrnehmung jeder historischen Chance interessiert war und dies befördern wollte. Die großen inneren Spannungen, unter denen Platonows ganzes Schaffen unablässig stand, rührten vor allem daher, daß beides nicht zu vereinen war.

Zurück zur gesellschaftlichen Realität, wie sie uns in einem kleinen Ausschnitt in Platonows Reportage entgegentritt: Der von ihm geschilderte Fall straft diejenigen Lügen, die heutzutage den ganzen Realsozialismus in Bausch und Bogen als lebensfremdes Konstrukt eines Staatsbürokratismus⁸ hinzustellen suchen. Er zeigt vielmehr, wieviel an echter Initiative, an Erneuerungswillen und »basisdemokratischer« Energie im Volke lebendig war. Es ist zutiefst tragisch, daß diese lebendigen Kräfte nicht zur Entfaltung kamen.

8 Wie hellsehtig Platonow die Verhältnisse allerdings beurteilte, bezeugt eine Notiz aus den Jahren 1931–1933, wo er schreibt, das Proletariat habe die Macht »für eine originelle, wundersame Formation bürgerlicher Apparate-Demokratie« erkämpft (siehe Andrej Platonow: Die Tragödie der 14 Roten Hütten. Stücke. Prosa. Briefe. Notizen. Berlin 1992. S. 226).

DOKUMENT

ANDREJ PLATONOW

**Auf der Suche nach der Zukunft (Reise zur Papierfabrik
von Kamenka)**

Übersetzt von Willi Beitz

In unserem Land zeigt man gern die Ausweispapiere. Das ist nicht nur ein Überbleibsel aus jenen vergangenen Jahren, wo wir die Menschen nach allen Regeln der Kunst in Feinde und Genossen einteilten. Ein vollständig ausgefülltes Ausweisdokument gleicht einer beruflichen Biographie, in der die Arbeitsleistung eines ganzen Lebens aufgezeichnet ist. Dieses Schriftstück ist deshalb so wertvoll, weil Arbeit anonym ist: Ziegelsteine oder Schreibpapier tragen nicht den Namen des Arbeiters, sein einziger Ruhm ist der Ausweis. Für einen Wanderarbeiter besitzt dieses Ding besonderen Wert: Er hat keine Familie und kennt die Namen der Leiter der Arbeitsämter von Leningrad bis Swerdlowsk.

Matwej Semjonowitsch Lasenkow war einer von diesen Leuten. Er baute sich vor mir auf – im Fichtenwald, wo ich mich zur Betrachtung der Papierfabrik von Kamenka niedergelassen hatte. Es war zu Frühlingsbeginn, von den Bäumen tropfte es auf mich herab, und ringsum roch es nach feuchter Wärme. Zu beiden Seiten des Waldflüßchens lag die Fabrik, von dort drang gelegentlich der stechend scharfe Gasgeruch der Schwefelsäure herüber. Auf dem Bahnhof Kuwschinowo tutete mit ernstem Ton eine Lokomotive, und gleichzeitig pfiff das Dampfventil. Die Lokomotive befuhr mit hohem Kesseldruck eine schwierige Steigung.

In der Natur war es angenehm, doch zugleich herrschte eine vage Unruhe. Offenbar ist der Frühling auch für die Welt der Lebewesen eine Epoche der Mühsal. Vielleicht verbrauchen die Pflanzen und Tiere in jedem Jahr zu ihrer Erschaffung und Erneuerung ebensoviel Kraft, wie die Menschen zum Aufbau des Sozialismus benötigen. Doch wenn die Natur einmal im Jahr mit dem ihren zurechtkommt, werden wir das unsrige wohl in einem Jahrhundert schaffen.

Hier bei mir also stand Matwej Semjonowitsch. Ich dachte, jetzt wird er gleich ein Musikinstrument aus der Tasche holen und mir gegen Bezahlung etwas vorspielen, oder er wird mir Kunststücke mit Karten und mit einem Ring zeigen. Sein scharfgeschnittenes, freundliches Gesicht deutete jedenfalls auf den Beruf eines Wanderartisten hin. Doch er wies mir seine betagten Ausweispapiere vor, und ich las darin respektvoll von den achtzehn Berufen des Bürgers Lasenkow. Matwej Semjonowitsch beobachtete mich während meiner Lektüre, dabei spiegelten sich in seinem Gesicht höchste Überlegenheit und Rührung über sich selbst – wegen der Vielfalt seiner Fertigkeiten. Er beherrschte die Herstellung von Beton ebenso wie die von Weberschiffchen für Nähmaschinen. Ich hatte ihn falsch eingeschätzt und äußerte meine Hochachtung. Ihn übermannten edle Gefühle, und er wischte sich Tränen aus den fahlen Augen des universellen Arbeiters. Doch das war nur der Auftakt zu noch größeren menschlichen Gefühlen. Matwej Semjonowitsch holte nämlich zwei Flaschen Wodka und einen Dörrfisch aus seinem Beutel. Und so genehmigten wir uns einen kleinen Trunk unter der Frühlingssonne, überzeugt von unserer Freundschaft.

Etwas später hielt Matwej Semjonowitsch eine erregte Ansprache – an den Wald und an mich:

»Ich bin die Reserve der SSR! Man gebe mir einen Entwurf des Sozialismus und das nötige Rohmaterial, und ich werde ihn euch in einer Arbeitsschicht fix und fertig hinzaubern ... Was die Zeitungen nur schreiben – hier eine Abweichung, dort eine Überspitzung! Bist du abgewichen, dann ab mir dir in den Graben, du nervtötendes Miststück! Eh ihr's euch verseht, seid ihr weg, und die Unseren sind am Zuge!«

Matwej Semjonowitschs Mund äußerte innerste Gefühle, doch sein Kopf saß auf seinen Schultern und hörte eher zu, als daß er nachdachte.

»Hör weiter zu! Ich hatte ein Weib in Moskau, schob in einer Bäckerei ein bißchen Brotteig in den Ofen. Lag mir das Weib in den Ohren: Bring mir, sagt sie, einen Sack Holzkohle, ich trinke gern Tee. Na schön, trink nur. Ich bring ihr die Kohle, da stehen an der Straßenbahn gute Leute, stehen und warten. Plötzlich trifft mich der Schlag! Ich rufe: Es lebe die Opposition!

Ich fahre los, stehe schon auf der vorderen Plattform mit meinem Sack Holzkohle, wie so ein Deputierter. Ich fahre bis zur Lubjanka, betrete das monolithische Haus. Dort sitzt ein Fräulein, das fragt mich: Von welcher Seite spüren Sie die Opposition? Von der hinteren, sage ich, denn die Revolution ist der Führer der Rückständigkeit und der Tod des

Verrats! – Ach, von der hinteren, sagt das Fräulein zu mir, na, dann gehen Sie mal Ihrer Wege! – Ich gehe nicht, sage ich, ich habe kein Fahrzeug, und ich bin müde. Das Fräulein holt ein Zehnkopekenstück heraus und gibt es mir. – Das reicht nicht, entgegne ich, gib mir noch eine Kopeke, ich muß anderthalb Haltestellen fahren. Da gibt sie mir noch fünf Kopeken und verlangt kein Wechselgeld. Und unten liegt meine Holzkohle. Hoffentlich haben die Wächter inzwischen nicht den Samowar aufgestellt, denk ich bei mir. Sie verheizen die Kohle und mein Weib wird noch verrückt. Aber die Kohle ist da und sogar versiegelt, als juristisches Beweisstück. Ich fuhr nach Hause und trank heißen Tee von neuer Holzkohle, und am anderen Tag machte ich mich davon und wurde vom Bäcker zum Heizer ...«

Ringsum wurde es trister. Die Ausdünstungen der Erde verhüllten die Sonne, und der Wind begann in den Baumwipfeln zu arbeiten, wobei er dem geduldigen Holz knarrende Laute entlockte. Matwej Semjonowitsch hatte sich etwas beruhigt, sein Mund war mit dem Fisch beschäftigt.

»Man sagt, Karl Marx aß gern Fisch«, äußerte er.

»Stimmt«, sagte ich.

»Ich auch«, verkündete Matwej Semjonowitsch. »Es heißt, in Moskau gibt es jetzt alles auf Karten, und mir fehlt bei meinen Papieren der Paß. Pässe gibt es wohl ohne Karten, oder?«

»Stimmt«, sagte ich und rauchte mir eine an.

»Es heißt, wer die Zigarettenasche heil nach Moskau bringt, bekommt einen Rubel ...«

»Nein«, antwortete ich.

Meine Reue war vergangen: Vor mir saß offenkundig ein Faulpelz, ein Spinner, ein professioneller Arbeitsloser und ein Akrobat der mündlichen Rede. Lasenkow war nie in Moskau gewesen und hatte nur deshalb so viele Berufe angehäuft, weil man ihn überall entließ und er immer aufs neue den Betrieb wechselte. Sein Pech stellte er mir gegenüber als Verdienst persönlicher Qualifikation dar und vergaß dabei in seinem Eifer, daß seine Verbindung zur Arbeiterklasse längst verdorrt war.

»Du lügst«, sagte ich zu ihm. »Du hast überhaupt keine Fertigkeiten. Hast Vermerke gesammelt und prahlst damit herum. Du bist kein Arbeiter ...«

Matwej Semjonowitsch packte der Groll auf sich selbst. Man sah, daß er es nicht leicht hatte, er wußte sehr wohl, wie es um ihn stand – ungeschickt, schwach und überflüssig, wie er war.

»Ich bin also ein Dummkopf?«, fragte er mich.

»Nein, du bist nicht nur ein Dummkopf«, antwortete ich. »Du bist obendrein auch schädlich.«

»Weshalb bringt dann unsere Republik solche Dummköpfe hervor?«, suchte mich Lasenkow zu überlisten. »Was ist das denn für eine Republik, diese SR, verflucht noch mal?!«

»Du bist nicht die Republik«, zog ich eine Trennlinie zwischen Lasenkow und seinem Geburtsland. »Wir haben eine Arbeiterrepublik, aber du bist kein Arbeiter. Dich hat die Republik überhaupt nicht hervorgebracht, du lebst allein zu deinem Vergnügen und bescherst den Arbeitern unnötige Unkosten.«

Mit der Schnelligkeit eines charakterschwachen Menschen wechselte Lasenkow seine Stimmungslage und bemühte sich, aufrichtig zu sein.

»Ja, ich bin ein Egoist und nichts weiter! Solche Leute muß man mit Arbeiterhand töten ...« Lasenkow wurde sentimental und erwartete insgeheim mein Mitgefühl.

»Das wird man tun müssen«, äußerte ich.

An dieser Stelle kam Matwej Semjonowitsch zur Vernunft. Er begriff, daß die Welt groß ist, und daß er sich von mir für immer und ohne Schaden trennen könnte. Umsonst hatte er mir seinen Schnaps spendiert. Lasenkow sammelte ruhig die Reste des Fisches ein und erhob sich.

»Mach's gut«, sagte ich zu Matwej Semjonowitsch.

»Was soll's: Solche wie mich muß man töten«, und Lasenkow ging seiner Wege in Richtung Rshew.

Nach der Begegnung mit Lasenkow begab ich mich zur Papierwarenfabrik von Kamenka. Matwej Semjonowitsch ging jetzt irgendwo auf einem Waldweg der Stadt Rshew entgegen, obwohl dieses Ziel für ihn wenig Sinn ergab. Sein Weg hatte letztendlich keine Bedeutung, aber er wird sein ganzes Leben lang auf der Suche nach billiger Nahrung und Unterhaltung sein, bis er vor tödlicher Erschöpfung in eine Bärengrube fällt. Es ist nicht leicht, sich ein gutes Leben zu verschaffen. Ich sah, mit welcher geduldigen Anspannung ein Arbeiter die Baumstämme der Tannen in die Fassung der Zerspanungsmaschine schiebt und wie diese Maschine mit der grimmigen Kraft des elektrischen Antriebs das Holz in

kleine Späne zerschnitzelt. Der Arbeitsmensch ging keinen Waldweg entlang, er verharrte auf einem Fleck und zwang das zerkleinerte Holz, sich auf dem Fließband voranzubewegen. Irgendwo am anderen Ende der Fabrik wurde das Holz endgültig in Papier und Schreibhefte verwandelt. Papier und Hefte verschwanden jenseits des Fabriksauns und kehrten zum Arbeiter an der Holzspannung in Gestalt von Büchern und lesekundigen Kindern zurück, die in das saubere Heft des Vaters ihre ersten Losungen kritzelten. Der Vater sorgte mit seiner Arbeit nur für freien Raum, wo der kleine neue Mensch seinen Verstand anwenden konnte. Papier wird natürlich nicht nur aus Holzfasern hergestellt. Diesem Grundmaterial werden chemische Stoffe, Hadern, Leim, Tonerde u. a. beigefügt. Die Papierproduktion erfordert viel Dampf, Wasser und Energie. Ein Junger Pionier, der während einer Exkursion durch die Fabrik ging, bemerkte, daß es besser wäre, überall mehr Wasser und weniger Chemie zuzugeben.

»Warum?«, fragte ein Spezialist aus der Fabrik den Jungen Pionier.

»Weil im Fließchen Wasser fließt und keine Säure.«

»Und was heißt das?«

»Das heißt unter anderem, daß ein Heftchen fünf Kopeken kostet. Es ist im Nu vollgeschrieben, und der Vater gibt dir dann drei Kopeken, er sagt, er hat kein Geld. Kann sein, daß das stimmt, zu Hause legt man keine Rechenschaft ab, man kann's nicht nachprüfen.« Der Spezialist und ich empfanden irgendwie Gewissensbisse vor diesem jungen Menschen der Zukunft. »Wenn im Fluß Chemie fließen würde, müßte man weniger Wasser verwenden«, mit dieser Umkehrung beschloß der Pionier seine Belehrung.

In der Zellulose-Abteilung der Fabrik standen große Flaschen mit einer gelb-rötlichen Flüssigkeit, Selen genannt. Früher hatte man diese Flüssigkeit als Nebenprodukt, das man für die Papierproduktion eigentlich nicht brauchte, über eine Rinne aus der Fabrik abgeleitet. Noch vor dem Hinweis des Pioniers begann man das Selen in Gefäßen zu sammeln, weil man sich ausrechnete, daß das Selen der Fabrik pro Jahr etwa eine halbe Million Nebeneinkünfte einbringen könnte. Selen ist ein wertvoller Stoff für die Elektro- und Chemie-Industrie, es kostet je Kilogramm zwei- bis dreitausend Rubel. Die Fabrik von Kamenka liefert im Jahr etwa 200 Kilogramm Selen. Jetzt geht es darum, dieses Selen aus dem formlosen Zustand in einen kristallinen zu überführen, dann wird es seinen vollen Marktwert haben. Das Selen stammt aus unserem Ural-Kies, und es wäre zu überlegen, ob man nicht seine direkte Herstellung,

unabhängig vom unvermeidlichen Sammeln als Nebenprodukt, in allen sowjetischen Papierfabriken einführt. Selen könnte wahrscheinlich auch ein Exportprodukt fürs Ausland sein.

Der kindliche Hinweis des Pioniers – mehr Wasser und weniger Chemie – wirkte sich auch in jener Abteilung der Fabrik von Kamenka aus, wo der Hadern-Leim hergestellt wird. Die Chemiker von Kamenka lasen eines Tages in einer französischen Zeitschrift, daß es eine neue ökonomische Methode zur Hadern-Herstellung gebe. Dort stand natürlich nur eine kurze Notiz, daß ein bestimmter Ingenieur Versuche zur billigeren Leimung des Papiers anstelle. Da entwarfen drei Spezialisten der Fabrik von Kamenka ein eigenes Projekt, bauten eine Versuchsanlage zum Sieden auf – und ihr Unternehmen endete mit einem vollen Erfolg. Das heißt, bei dem neuen Verfahren werden 40% Hadern eingespart, mit anderen Worten: die Fabrik spart beim Leim mindestens 100.000 Rubel im Jahr ein, und der Schüler kann sein Heft schon für 4 Kopeken statt für 5 bekommen. Diese Kopeke von Kamenka trägt zur Schulbildung von weiteren tausend Menschen bei und entspricht dem jährlichen Bau von zwei bis drei Dutzend guter Schulen. Wenn man jedoch die Kopeke von Kamenka mit der gesamten sowjetischen Papierindustrie multipliziert, wird diese Kopeke geradezu zu einem Rad der Kulturrevolution.

Den Arbeitern selbst bringt das neue Verfahren der Leimherstellung ebenfalls Gewinn: Die Arbeit ist weniger mühselig, und man kann auch Leute mit niedriger Qualifikation beschäftigen.

In der Walzen-Abteilung einer der Maschinen haben die Leute von Kamenka die Zahl der arbeitenden Bänder erhöht, so daß die Walzen-Maschine 9.000 Rubel im Jahr einsparte. Doch das war nicht verwunderlich, denn der russische Arbeiter besaß schon immer viel Klugheit, es fehlte ihm nur an Mitteln. Jetzt hat man ihm die Mittel in Gestalt eines ganzen Staates gegeben – und er beginnt zu handeln. Weitaus rätselhafter verhielt es sich mit der hydraulischen Auswaschung der Zellulose, statt per Hand, weil sich das neue Waschverfahren auf die Arbeitsproduktivität überhaupt nicht auswirkte. Weshalb hatte man dann dieses Verfahren eingeführt? Es handelt sich darum, daß bei uns die Maschine wertvoller ist als der Mensch. Die Maschine darf man nicht schlecht behandeln – sie versagt sonst den Dienst. Beim Menschen hingegen ist dies möglich, er erträgt es auf Kosten seines Körpers und seines Lebens. Aber das ist nicht überall so. In der Fabrik von Kamenka führt man auch solche Verbesserungen ein, die der Maschine und der Arbeitspro-

duktivität nichts nutzen, wohl aber dem Arbeiter. Hier wird der Mensch schon auf sozialistische Art geschätzt. Man hat begonnen, die Fabrik so einzurichten, daß sie besser der Seele und der Stimmung des Arbeiters entspricht und nicht seine Nerven, seine Wachsamkeit und seine Muskeln verschleißt. Nur zu diesem Zweck ist die hydraulische statt der per Hand erfolgenden Waschung der Zellulose eingeführt worden. Und dennoch zeigen sich hier erst wenig Unterschiede zu den anderen unserer besten Betriebe.

Rings um die Fabrik von Kamenka wuchsen Wälder und gab es Dorfleben. In den Dörfern lebten Bauern, die inmitten der gewöhnlichen mittelrussischen Landschaft pflügten, säten und ernteten. Und es war nicht zu begreifen, weshalb der Arbeiter hier das Papier zehnmal billiger produziert als in der Sjasker Fabrik. Natur und Menschen sind dort beileibe nicht schlechter. Ich ging durch die Fabrik und beobachtete die Arbeiter. Man traf nur selten einen in den Klüften des Betriebes.

Ein älterer Meister aus der Papierfabrikation stand vor den sich drehenden Trommeln und hatte einen gewissen Zweifel im Blick. Er war nicht überzeugt, daß man die Drehgeschwindigkeit nicht noch erhöhen könne. Einmal hatte er das schon getan. Er setzte sich zu der gerade abgelösten Brigade alter Arbeiter und sagte: »Der Arbeitsmensch kann zur Mücke und zum Elefanten werden, je nach Wunsch. Mit der Mücke wird auch eine Spinne fertig, der Elefant aber kann Bäume ausreißen. Der Fabrikant Kuwschinow ist nach Amerika gefahren, um in der Produktion nicht zurückzubleiben, doch wenig später ist er auf dem Dampfer ›Titanic‹ ertrunken. Für uns ist eine Fahrt nach Amerika zu teuer, wir müssen selber zum Billigtarif nachdenken.«

Die Brigade hörte dem Meister schweigend zu. Sie hatte schon annähernd begriffen. »Die Trommeln laufen leise«, sagte der Meister. »Wenn wir am Elektromotor eine Scheibe auswechseln, bringen wir die Trommeln richtig in Fahrt. Wir müssen schneller zum Papier kommen. Wir haben jetzt ein Jahr der Mängel, ihr wißt es, ich will euch nicht belehren, sondern sage es nur. Besser als Reden ist es, die Maschinen anzutreiben ... Habt ihr Angst, oder?«

Die Arbeiter waren nicht erschrocken. Weshalb, war unverständlich: Zusätzliche Arbeit bedeutet immer eine Verkürzung des Lebens, sie er-

spart den Freitod. Doch die Brigade machte ihre eigene Rechnung auf: Ein Jahr der Mängel kann man sogleich in eine baldige Zeit des Wohlstands verwandeln, wenn man dieses eine Jahr für die Arbeit (und für schnellere Maschinen) drangibt. Und es gab noch etwas anderes bei dieser Brigade, was unbezahlbar ist und noch unbekannt.

Die Trommeln wurden auf höheres Tempo gebracht, sie produzierten jetzt 20% mehr Papier. Andere Brigaden folgten dem Beispiel dieser ersten Brigade, weil sie einen langsamen Gang der Maschinen als Unehre empfanden.

»Uns führen die Maschinen in den Sozialismus! Mit den Maschinen volle Kraft voraus!« Diese Losung von Kamenka verwirklichten die Kamenkaer selbst.

»Weshalb seid ihr klug und ehrlich und die im Werk an der Sjas Dummköpfe?«, wurde ein Arbeiter von Kamenka gefragt.

»Das weiß der Dummkopf besser«, antwortete der aus Kamenka. »Der Unterschied kommt nicht vom Klugen, sondern vom Dummen her. Wir spüren ihn nicht.«

Abends las ich die Pläne und Berechnungen der Fabrik. In der Preiskalkulation einer Tonne Papier für das erste Quartal 1928/29 heißt es, daß die Fabrik von Kamenka 38% über den Plan und 28 Rubel billiger pro Tonne produziert hat.

Die Fabrik arbeitet Tag und Nacht – bei Sonne und Mond. Daher war mir auch nachts nicht nach Schlaf zumute: In der Nähe gibt es Menschen, die in der Hitze der Maschinen munter ihre Arbeit verrichten.

Beunruhigt durch die Energie ringsum ging ich in die Arbeitersiedlung, um der Wahrheit über die hohe Arbeitsproduktivität – einer Wahrheit, die man in vielen gut ausgerüsteten Betrieben eingeübt hatte – auf die Spur zu kommen.

Die Erfindungen von Kamenka allein unterscheiden diese Fabrik nicht von allen anderen. Arbeiter machen bei uns überall Erfindungen. Im Erfindertum schützt sich der Arbeiter vor den Qualen der Arbeit – nämlich dadurch, daß die Arbeit der Kunst ähnlich wird und daß in den Erfindungen das Versprechen liegt, den Konsum durch die Produktion zu überholen und dadurch dem Teufelskreis ewiger Arbeit zu entrinnen.

Ich begab mich auf die Suche – nicht nach Erfindungen oder fähigen Verwaltern, sondern nach dem durchschnittlichen Arbeiter von Kamenka, um seine Eigenschaften für andere zu übernehmen.

Ringsum lag der karge Boden der Gegend von Twer. Die Erde vergöttert man hier nicht, weil sie nichts hergibt. Die Erde von Twer belohnt den Menschen nicht mit Früchten und Ernteerträgen für seine Arbeit, und der Bauer, der vom Ackerbau lebt, läuft nackt und bloß und böse herum. Die Seele des Bauern ist gleichfalls leer – die Erde hat seine Liebe nicht verdient, und jemand anders gibt es nicht. Andere Menschen sind glücklicher als er: Sie haben Arbeit, die sie mit der Welt und den Menschen verbindet. Die Menschen und die Welt ernähren sie für ihre Arbeit, und der Arbeitsplatz selbst wird zu etwas geliebtem und heiligem, wie die geliebte Erde in den Schwarzerde-Gouvernements. Ein Mensch ohne Arbeit hingegen, ohne den Lebensknoten, der ihn mit der Menschheit und der Natur verknüpft, wird zu einem dünnen Grashalm, der vom Wind der Not und von beengender Einsamkeit ins Schwanken gerät.

Georgi Nikanorowitsch Sweschnikow hatte sich vor sieben, acht Jahren, als man die Fabrik von Kamenka schließen wollte, wie ein unnützer Lappen gefühlt. Als junger Mann hatte er mit dem Glauben an Gott auch die Verbindung zur Welt verloren und an einen frühzeitigen Tod gedacht, doch er besaß keine Waffe zum Töten, und später begann er Kropotkin, Bebel, Marx zu lesen und erlangte eine neue feste Bindung an die Menschen.

In der Fabrik von Kamenka hatte er an der Walzenmaschine gestanden, und plötzlich hatte man ihn geradezu gebeten, seinen Arbeitsplatz zu verlassen und nach Hause zu gehen. Seine Hütte lag inmitten unfruchtbarer Sümpfe. Die Fabrik war seine Ernährerin, er hatte seine seelische Verbundenheit von der Erde auf die Fabrik übertragen. Wenn man ihn ins Dorf zurückschickte, würde Sweschnikow die Fabrik mit toter Seele verlassen. Mit der Nummer entzöge man im Pförtnerhäuschen seinem Herzen auch das Gefühl für den Lebenssinn, die letzte Art von Kontakt zu den Menschen. Er würde sich erneut in der feuchten, hungri- gen Natur befinden, wie einst in der Jugend ohne Gott und Ruhe. Da brach Sweschnikow in Tränen aus, und mit ihm weinte der ganze Arbeiterrayon von Kamenka.

An dieser Stelle begriffen die Arbeiter ganz klar, daß die Industrie ihre Ernährerin ist, und zwar die einzige. Und wo Brot ist, da sind auch Liebe und andere gute Gefühle.

Man ließ die Fabrik weiterarbeiten. Die Meister krallten sich in die Fabrik wie die Bauern in ihr Land. Dort, wo die Hälfte der Arbeiter dreißig Jahre der besten Lebenszeit verbracht hat, geht es nicht nur um den Arbeitslohn. Dort geht es um das Eigentümergefühl für die Fabrik und das volle Anrecht auf sie.

Vor fünf Jahren hatte Georgi Nikanorowitsch Sweschnikow im Dorf jegliche Heimstatt verloren. Er hatte sein Häuschen billig an seine verheiratete Schwester verkauft und sich in der Fabriksiedlung niedergelassen, als ob er endgültig die Ehe mit der Fabrik eingegangen sei. Etwa die Hälfte der Arbeiter von Kamenka hatte gleichfalls auf immer die dörfliche Heimat verloren, und die übrigen wollten es ihnen gleichtun.

»Und wie sieht es bei euch im Gewerkschaftskomitee und in der Parteizelle aus?«, fragte ich Sweschnikow. »Gibt es dort Bürokratismus, oder ist der nicht so entwickelt? Reicht ihnen das Papier für Pläne und Beschlüsse?«

Sweschnikow verstand die Frage nicht – er lebte naiv im Gelobten Land.

»Wir sitzen dort, wählen und wechseln die Kandidaten, wir üben der Reihe nach fast alle Ämter aus.«

»Ach so«, begriff ich erleichtert. »So einfach ist das?«

»Was denn sonst? Wir sind einfach die Arbeiterklasse, Hektik ist da fehl am Platze.«

»Wer ist bei euch Ingenieur?«, fragte ich weiter.

»Einer ist ein Arbeiter mit höherer technischer Bildung, die anderen sind etwas älter.«

»Wie arbeiten die Älteren?«

»Genauso wie ein Arbeiter. Die Ingenieure haben eben einen künstlichen Verstand, sie wissen mehr.«

»Weshalb mehr? Ihr arbeitet doch dreißig Jahre lang. Ihr wißt in der Papierherstellung über alles Bescheid.«

»Sie haben im Kopf den Überblick über das Ganze, ich hingegen sehe nur die Fabrik. So einer weiß, warum der Kies in den Bergen wächst, er kann also auch aus entlegenen Dingen Nutzen ziehen.«

Anschließend war ich bei einem Ingenieur. Er hatte ein ruhiges, zufriedenes Gesicht, arbeitete gelassen, doch pausenlos.

»Worauf beruht Ihr Verhältnis zu den Arbeitern?« lautete meine Frage an den Spezialisten.

»Auf beruflichem Respekt. Mit erfahrenen Arbeitern kann man nur arbeiten, wenn man selber Erfahrung im Kopf hat und Praxis in den

Händen. Ein schlechter Ingenieur wäre hier anderntags isoliert und würde sich von selber davonmachen.«

»Ist es schwer für Sie?«

»Nein. Wir administrieren wenig, wir verbessern lieber die Maschinen und die Arbeitsbedingungen. Dadurch spart man Verwaltungsarbeit ein. Das Wichtigste ist meiner persönlichen Meinung nach, daß man ständig die Arbeitsbedingungen erleichtert, die Arbeit allmählich zu einem alltäglichen, normalen Gefühl macht. Haben Sie die hydraulische Waschung der Zellulose gesehen?«

»Ja. Weshalb sagen Sie, daß vor allem die Arbeit zu einer alltäglichen Sache gemacht werden muß?«

»Weil die Hälfte des Erfolgs für jeden Betrieb seit jeher in der Psychologie des Arbeiters steckt. Der Mensch hat ein Herz, einen Verstand und Stimmungen – darum geht es. Die andere Hälfte des Erfolgs sind die Maschinen, Rohstoffe, Organisation usw. Mit den Maschinen ist es leichter – bei ihnen gibt es keine Stimmungen, sondern nur eine Konstruktion und einen Zustand ... Aber im allgemeinen haben wir es heute nicht leicht. Die ganze Zeit spürst du die Unterstützung der Arbeiter und mußt dich selber steigern, doch beim Aufstieg ist es schwieriger, sich zu halten, man stürzt leichter ab ... Das macht einem ein bißchen Angst, aber es ist interessant ...«

»Haben Sie einen festen Kaderstamm von Arbeitern?«

»Ja. Der Grundbestand an erfahrenen Arbeitern ändert sich fast gar nicht.«

Wenn es sich so verhält, werden die in der Lehrausbildung stehenden Jugendlichen in Kamenka ein ungutes Gefühl haben: Um ihre Berufsaussichten steht es nicht gut. Bei sehr schwacher Fluktuation des Arbeiterbestands findet man schwer eine Arbeitsstelle und kommt nur mühsam auf der Leiter der Qualifizierung voran. Doch diese Auffassung von der Lehre ist in der Fabrik von Kamenka fehl am Platz. Die Jugend lernt dort mit vertrauensvollem Eifer, weil sie jung ist und sich um den morgigen Tag kaum schert. Diese Furchtlosigkeit existiert nicht von ungefähr. Die Lehrlinge sind über die Mißstände im Werk an der Sjas informiert, auch darüber, daß es im »Sokol«-Werk und in Balachna schlechter aussieht, als in ihrer Fabrik. Und sie haben ihr eigenes vernünftiges staatliches Projekt. In das Sjas-Werk und in andere neue Fabriken sollen aus ihrer Fabrik Gruppen erfahrener Arbeiter entsandt werden mit dem Auftrag, dort dazu beizutragen, daß die neu eingestellten Arbeitskräfte »zu

Arbeitern gemacht« und »entbäuerlicht« werden. Einer der Lehrlinge ließ die Bemerkung fallen: »An der Sjas gibt es wenig ›Arbeiter‹, nur ›Arbeitskräfte‹.« Die abdelegierten Arbeiter aus Kamenka werden dann in den neuen Fabriken höhergestuft, und in Kamenka selbst rücken andere von unten nach, so daß Arbeitsplätze für diejenigen freierwerden, die die Lehre absolviert haben. Wenn man der Lehrlingsausbildung in Kamenka eine solche Perspektive bietet, kann diese, wie die Fabrik, beispielhaft werden, denn die gute Stimmung der Lehrlinge ist, wie bei den Arbeitern, schon der halbe Erfolg. Außerdem bekommen die neuen Fabriken aus dem besten sowjetischen Stammbetrieb von Papier-Facharbeitern einen echten Arbeiterkern. Das Proletariat muß sich erweitern und bilden, indem die besten Arbeiter die aus der Bauernschaft stammenden Arbeitskräfte integrieren. In Kamenka teilen viele die Ansicht, daß den neuen Papierfabriken lebendige Hilfe geleistet werden muß. »Inmitten der Arbeiterschaft sind wir die wahren Hausherrn, und wo wir leben, ist egal«, sagte einer der Facharbeiter. Und er fügte der Vollständigkeit halber hinzu: »Allerdings sieht man uns den Hausherrn auch ein wenig an.«

Sweschnikow blickte über seine Brille hinweg in die Zeitung, er vertraute den Gläsern nicht. Sein Sohn, Lehrling in der Fabrik, sagte zu mir, die Natur sei im Norden, am Sjas-Fluß, sehr schön, er werde später dort unbedingt eine Arbeit annehmen. Außerdem gefalle ihm die Stadt Montreal – wegen ihrer geheimnisvollen Ferne, doch eine Fahrt dorthin werde wohl erst nach der Weltrevolution möglich sein. Der Sohn Sweschnikows seufzte, als sei die Stadt ohne ihn verloren. Draußen vorm Fenster schien der Mond, und es war still. Hin und wieder ging ein Arbeiter auf dem Wege zur Schicht vorbei, oder eine Lok forderte mit drei Pfiffen Bremser auf einer Strecke mit Gefälle an. Im Rayon der Fabrik von Kamenka kennt man kein Rowdytum, und niemand kann sich erinnern, wann es den letzten Mordfall gab. Wahre sozialistische Arbeit und ein organisches Verhältnis zur Produktion schaffen aus sich selbst heraus eine Alltagskultur.

Unweit der Bahnstation Kuwschinowo, an der Weißrussischen Landstraße, hat die Revolution die natürlichen und historischen Bedingungen zu nutzen vermocht, um einen beispielhaften Arbeitertyp hervorzubringen, der die Arbeit als physisches Bedürfnis empfindet und für den die Fabrik wie der eigene Hof ist, Bindemittel zum Kollektiv und kostbarer Lebensquell, ganz im Gegensatz zum unfruchtbaren Stück Ackerland. Das Land wird neu erbaut, es entstehen nicht nur neue Werke, sondern

auch Menschen, die es früher nicht gab, die zu begreifen vermögen, daß uns die gewaltigen Ausgaben für den Sozialismus in Armut halten, die jedoch bereit sind, Jahre für Jahrhunderte zu geben und in ehrgeizigem Wettstreit miteinander und besorgt um das Schicksal der ganzen proletarischen Sache angespannt zu arbeiten.

ERWIN LEWIN

Eine Originalquelle zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KP Albanien.

»Bericht Koço Tashko an die Kommunistische Internationale« vom Herbst 1942¹

Die kommunistische Bewegung bildete sich in Albanien relativ spät heraus – die Kommunistische Partei Albanien (KPA)² entstand erst 1941 während des Zweiten Weltkrieges. Dennoch fand deren Geschichte wegen der sich durchdringenden allgemeinen wie spezifischen Züge einer »Partei neuen Typs« nicht erst mit dem Zerfall ihrer Machtstrukturen und der politischen Wende zu Beginn der neunziger Jahre Beachtung über die Grenzen Albanien hinaus.³

Der vorliegende Bericht verdient in mehrfacher Hinsicht Interesse. Zum einen, weil Koço Tashko (1899–1984) aufgrund seiner Bildung und politischen Entwicklung – er hatte 1921 die Harvard-Universität in Boston abgeschlossen – zu den profiliertesten Vertretern der albanischen

-
- 1 Arkivi Qendror i Shetit. Fondi 14. Viti 1942. Dosja 5. – Der Bericht erschien in den letzten Jahren zweimal in Albanien, in der Zeitschrift »Studime Historike« ohne wissenschaftliche Bearbeitung (siehe Studime Historike. Tirana (1993)1–4. S. 205–218) sowie – nur mit wenigen Anmerkungen versehen – in einem von der Staatlichen Archivverwaltung herausgegebenen Band (siehe Politikë antikombëtare e Enver Hoxhës – Plenumi i dytë i KQ të PKSH. Tirana 1996. S. 180–201).
 - 2 Der erste Parteitag der KPA faßte im November 1948 den Beschluß, die Partia Komuniste e Shqipërisë in Partei der Arbeit Albanien (Partia e Punës e Shqipërisë) (PAA) umzubenennen.
 - 3 Siehe Fourth International. Vol. 10. New York (1949)1. – Der von Sadik Premtaj, einem Mitbegründer der KPA, über die Anfänge des Kommunismus in Albanien verfaßte Beitrag wurde 1990 wiederveröffentlicht unter dem Titel »Stalinism and Communism in Albania« (siehe Revolutionary History. Vol. 3. London (1990)1. – Siehe auch Vladimir Dedijer: Jugoslavensko-albanski odnosi 1939–1948. Na osnovu slur beni dokumenata, pisma i drugog materijala. Belgrad 1949. – Ali Hadri: Stvaranje Komunističke partije Albanije. In: Prilozi za Istorija Socializma. Belgrad (1966)3. – Peter Danylow: Die außenpolitischen Beziehungen Albanien zu Jugoslawien und zur UdSSR 1944–1961. München, Wien 1982. – Arshi Pipa: The Political Culture in Hoxha's Albania. In: Ali Tariq (ed.): The Stalinist Legacy. Harmondsworth 1984.

progressiv-revolutionären Bewegung in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gehörte. Im Frühjahr 1943 beeindruckte er nach Aussage des britischen Diplomaten Reginald Hibbert die britischen Verbindungsoffiziere Billy McLean und David Smiley bei ihrem Zusammenreffen mit ihm in Südalbanien durch seinen hohen Bildungsstand.⁴

In Ägypten in einer Familie albanischer Auswanderer mit patriotischen Traditionen geboren, begann er seinen Bildungsweg dort und beendete das Studium der Wirtschaftswissenschaften in den USA. Tashko kehrte danach mit Fan S. Noli, dem Oberhaupt der autokephalen orthodoxen albanischen Kirche in Amerika und Wegbereiter demokratischer gesellschaftlicher Verhältnisse in Albanien, in das Mutterland zurück und wurde bereits 1922 als konsularischer Vertreter Albaniens in New York eingesetzt. Diese Funktion übte er bis zum Sturz der Regierung Noli im Dezember 1924 aus. 1925 verließ er Amerika und arbeitete in Europa eng mit Fan S. Noli in der politischen albanischen Emigration zusammen. 1930 ging Tashko in die UdSSR, wo er Verbindung zur kommunistischen albanischen Gruppe in Moskau aufnahm. Nach Absolvierung einer Komintern-Schule in der UdSSR hatte er 1937 vom EKKI den Auftrag erhalten, gemeinsam mit Ali Kelmendi (1900–1939) die verschiedenen kommunistischen Gruppen in Albanien in einer einheitlichen kommunistischen Partei zusammenzuführen und die Herausbildung einer antifaschistischen Volksfront im Lande zu befördern.

Tashko betrachtete sich auch nach der Gründung der KPA als Vertreter beziehungsweise Beauftragter der Komintern und wirkte in verschiedenen Aufgabenbereichen, darunter von 1943 an als Sekretär des Generalrates der Nationalen Befreiung. Mit der Wahl der Volksversammlung 1946 übte er die Funktion eines Sekretärs des Präsidiums der Volksversammlung aus. Der I. Parteitag der KPA berief ihn im November 1948 auch in verantwortliche Parteifunktionen.

Ein weiteres charakteristisches Moment spricht für den Verfasser des Berichts: Er gehörte zwar zeitweise zum »inneren« Zirkel der Parteiführung, verfolgte indessen kaum machtpolitische Interessen. So hatte er beispielsweise vorgeschlagen, beim Zusammenschluß der kommunistischen Gruppen als Leiter der gewichtigen Korça-Gruppe nicht in die

4 Siehe Reginald Hibbert: *Albania's National Liberation Struggle. The Bitter Victory*. London and New York 1991. – Ich verwende hier die albanische Ausgabe (siehe Reginald Hibbert: *Fitorja e hidhur. Lufta Nacionalçlirimtare e Shqipërisë*. Tirana 1993. S. 86).

Führung der zu bildenden KPA aufgenommen zu werden, um die Formierung der Partei aus Konkurrenzgründen nicht zu erschweren.

Die Biographie belegt zudem, daß Tashko bereits 1960 als gewählter Vorsitzender der Revisionskommission und der Parteikontrollkommission im Zuge stalinistischer Repressionen aus der Partei ausgeschlossen wurde und bis zum Lebensende in politischer Verbannung verbringen mußte. Seine Intentionen waren wesentlich darauf gerichtet, wichtige Probleme der Strategie und Taktik der Partei aufzugreifen, und er scheute dabei – an der Sache orientiert – auch nicht vor Auseinandersetzungen zurück.

Zur Einordnung des hier veröffentlichten zeitgenössischen Dokuments, das als persönlicher Bericht einen spezifischen Charakter trägt, werden im folgenden innere und äußere Bedingungen für die Formierung der Partei knapp umrissen.

Vom 8. bis 14. November 1941 fand in Tirana illegal eine Versammlung verschiedener albanischer kommunistischer Gruppen statt, die noch am ersten Tag den Beschluß faßte, die Gruppen zu verschmelzen und die Kommunistische Partei Albanien⁵ zu gründen.⁶ In der Geschichtsschreibung wird dieses Ereignis unterschiedlich gewertet. Die offizielle – vor dem Systemwechsel des Landes verfaßte – Parteigeschichte hebt den bedeutenden eigenständigen Beitrag der albanischen Protagonisten hervor, durch den letztlich die Voraussetzungen für die Gründung der KPA geschaffen worden seien. Die Wirkung äußerer Einflüsse und die Verflechtung mit der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung wie der in anderen Balkanländern werden zwar nicht geleugnet, doch erscheint die Reife der in Albanien sich vollziehenden Prozesse überhöht.⁷ Dagegen gehen in einer Reihe systemkritischer albanischer Darstellungen⁸ wie ausländischer Arbeiten inneralbanische Faktoren weit-

5 In Dokumenten wie in der Literatur wurden »Partia Komuniste e Shqipërisë« und »Partia Komuniste Shqiptare« (PKSH) als Synonyme verwendet.

6 Siehe Historia e Partisë së Punës së Shqipërisë. Tirana 1968 (im weiteren Historia e PPSH ...). S. 70.

7 Siehe ebenda. – Siehe auch Enver Hoxha: Die Titoisten. Historische Aufzeichnungen. Tirana 1983. S. 3.

8 Siehe Historia e popullit shqiptar për shkollat e mesme. Tirana 1994. S. 195. – Siehe Bujar Hoxha: Disa mendime rreth formimit të Partisë Komuniste të Shqipërisë. In: »Rilindja Javore«. Tirana vom 2.–8. Juli 1995. S. 26. – Letzterer leitet aus dem Mitwirken jugoslawischer Vertreter an der Parteigründung eine völlige Abhängigkeit der KPA von der KP Jugoslawiens ab.

gehend unter. Entweder werden äußere Momente überschätzt – beispielsweise, wonach zwei jugoslawische Emissäre die KPA gegründet haben,⁹ und in der These, die albanische Partei sei als »Filialverband Titos«¹⁰ entstanden –, oder sie werden im Grunde unberücksichtigt gelassen.¹¹

Eine sachliche Wertung erfordert, die inneren Voraussetzungen und äußere Faktoren in ihrer Wechselseitigkeit zu erfassen und nicht zuletzt den Zusammenhang zwischen der sich formierenden revolutionären Bewegung im Land und der Komintern zu verfolgen.

Albanien gehörte nach der Erringung seiner Unabhängigkeit von fünfhundertjähriger türkischer Herrschaft im Jahre 1912 und in der Folgezeit zu den rückständigsten Gebieten Europas. Es war ein vorwiegend bäuerliches Land auf einer vorkapitalistisch geprägten Entwicklungsstufe.¹² In den Städten waren kleine Werkstätten und primitive Werkzeuge vorherrschend. Noch in den zwanziger Jahren waren von den 140.000 Bewohnern der Ortschaften mit über 3.000 Einwohnern nur 17.000 in rund 9.000 Handwerksbetrieben beschäftigt.¹³ Erste Verbindungen zum internationalen Markt – hauptsächlich nach dem Ersten Weltkrieg – führten jedoch dazu, daß sich die wirtschaftlichen Strukturen allmählich zu verändern begannen und Ansätze industrieller Herstellung sichtbar wurden, beispielsweise in der Tabak- und Olivenverarbeitung, der Einrichtung von Reismühlen, Textilmanufakturen u. a.

Die geringe Ausweitung der Warenproduktion führte, wenn auch in bescheidenem Maße, zu einem Anwachsen von Lohnarbeitern. Insgesamt hatten solche Betriebe lediglich marginale Bedeutung, zumal sie kaum mehr als zehn Beschäftigte erreichten. Nur in neun Unternehmen

9 Siehe Stavro Skendi: *Albania*. London 1957. S. 77. – O. R. Ließ: *Albanien zwischen Ost und West*. Hannover 1968. S. 28. – Georg Hermann Hodos: *Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954*. Berlin 1990. S. 26.

10 Wolfgang Höpken: *Das Mittelmeer – ein Meer der Entscheidungen*. Frankfurt am Main 1961. S. 41. – In jüngster Zeit ebenso Mate Olschewski: *Der Krieg um den Kosovo. Serbiens neue Schlacht auf dem Amselfeld*. Widda 1999. S. 165.

11 Siehe Elena Atanasova: *Georgi Dimitrov i albanskoto demokratično i komunističesko dvir enie (1920–1939) g.*. In: *Istoričeski pregled*. Sofia (1975)6. S. 9.

12 Siehe Klaus Lange: *Grundzüge der albanischen Politik. Versuch einer Theorie politischer Kontinuität von den Anfängen der albanischen Nationalbewegung bis heute*. München 1973. S. 18ff.

13 Siehe Wolfgang Ruß: *Der Entwicklungsweg Albanien. Ein Beitrag zum Konzept autzentrierter Entwicklung*. Meisenheim am Glan 1979. S. 41.

waren über 50 Arbeiter beschäftigt.¹⁴ Die Konzentration der Arbeiter an industriellen Standorten blieb – mit Ausnahme der Gruben von Selenicë (Bitumen) und Pukë (Kupfer), die in den Händen ausländischer Gesellschaften waren, sehr schwach. Von einem »Proletariat« bzw. einer organisierten Arbeiterschaft wie in entwickelten westlichen Ländern konnte keine Rede sein.

Dennoch kam es aufgrund außerordentlich schlechter Arbeits- und Lebensbedingungen, niedriger Löhne, fehlendem Arbeits- und Gesundheitsschutz und hoher Strafen bei geringsten Vergehen zu sporadischen Streikaktionen, wie im Oktober 1923 in Selenicë.¹⁵ Parallel dazu formierten sich erste Hilfsvereine wie die Gesellschaft für gegenseitige Arbeiterhilfe in Shkodër. Sie hatten allerdings noch keinen längeren Bestand. In Korçë entstanden kleine Gruppen von Intellektuellen und Arbeitern, in denen sozialistische Literatur aus Griechenland Verbreitung fand. Bereits im Juni 1923 soll es einen Versuch gegeben haben, eine sozialistische Partei zu bilden.¹⁶ Möglicherweise lag dem der Vorschlag der Kommunistischen Balkan-Föderation auf ihrer Konferenz vom Februar 1921 zugrunde, in Albanien eine kommunistische Partei zu bilden, um die Bestrebungen revolutionärer bäuerlicher wie proletarischer und weiterer demokratischer und patriotischer Kräfte in einer einheitlichen Front für Freiheit und Fortschritt zusammenzuführen.¹⁷ Der genannte Versuch scheiterte allerdings an den ungenügenden objektiven wie subjektiven Voraussetzungen, hauptsächlich an der fehlenden Arbeiterschaft.

Ein wichtiger Einschnitt in der sozialen und politischen Entwicklung des Landes erfolgte, als Albanien nach den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung im Dezember 1923 und aufgrund der instabilen politischen wie wirtschaftlichen Lage von einer spontanen demokratisch geprägten Bewegung erfaßt wurde, die im Juni 1924 zu einem von der Armee unterstützten bewaffneten Aufstand führte. Zu den Trägern gehörten vor allem Intellektuelle in der Gesellschaft »Bashkimi« (Vereinigung), die sich für eine politische, soziale und kulturelle Modernisierung

14 Siehe Historia e Shqipërisë. Vëllimi i Tretë (1912–1944). Tirana 1984. S. 56ff. – Siehe auch Wolfgang Ruß: Der Entwicklungsweg Albanien. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Meisenheim am Glan 1979. S. 42.

15 Siehe Stilian Adhami: Kronikë e lëvizjes punëtore e sindikale në Shqipëri. Tirana 1969. S. 47.

16 Siehe Krita Misha: Lëvizja punëtore në Shqipëri. Tirana 1970. S. 92f.

17 Siehe Elena Atanasova: Georgi Dimitrov i albanskoto demokratično i komunističesko dvir enie (1920–1939) g. In: Istoričeski pregled. Sofia (1975)6. S. 6.

einsetzten und reformerische Kräfte um den orthodoxen Bischof Fan S. Noli unterstützten. Die von dem »starken Mann« Ahmet Zogu, einem feudalen Grundbesitzer aus Nordalbanien, dirigierte konservative Regierung wurde durch diese – in der Literatur auch als demokratische Juni-revolution bezeichnete – Aktion gestürzt und eine demokratische Regierung unter Fan S. Noli gebildet.¹⁸ Die Ereignisse in Albanien lösten auch ein internationales Echo aus.¹⁹

Die neue Regierung trug in ihrem Programm Forderungen der Massenbewegung nach radikalen Reformen Rechnung. Auf politischem Gebiet sollten durch freie und direkte Wahlen demokratische Verhältnisse eingeführt und durchgesetzt werden. Vorgesehen waren eine Agrarreform und die Verbesserung der Lage der Bauern sowie ihre Befreiung aus ökonomischer Abhängigkeit und die Einführung eines neuen Steuersystems zugunsten der unteren Schichten des Volkes. Ebenso sollten freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, insbesondere zu den Nachbarländern, hergestellt werden.²⁰

Das Reformprogramm stieß auf den Widerstand konservativer Kräfte sowohl im Inneren als auch im Ausland, wo eine Kampagne gegen die »bolschewistische« albanische Regierung einsetzte. Unter solchem Druck konnten die Reformen nicht verwirklicht werden. Die neue Regierung verteilte nicht wie versprochen Land an die Bauern. Zogu, der im Juni geflohen war, stürzte im Dezember 1924 mit jugoslawischer Hilfe und mit Unterstützung russischer Weißgardisten die Noli-Regierung und errichtete eine autoritäre Herrschaft, zunächst in Form eines Präsidialregimes und ab 1928 als König einer Erbmonarchie. Ansätze, einen Weg hin zu Demokratie und Modernisierung des Landes aufzubrechen, wurden so zunichte gemacht.

Nach der Niederschlagung der spontanen demokratischen Bewegung setzte in Albanien eine Terrorwelle ein. Viele Menschen wurden verhaftet und interniert. Wirtschaftlich und politisch lehnte sich Zogu eng an Italien an, was in der sogenannten Politik der »Offenen Türen« und in zunehmender Abhängigkeit vom Nachbarn jenseits der Adria konkreten

18 Siehe *Historia e popullit shqiptar për shkollat e mesme*. Tirana 1994. S. 168ff.

19 Siehe Internationale Presse-Korrespondenz (Inprekorr). Berlin vom 21. Juni 1924. S. 572. – »Pravda«. Moskau vom 25. Juni 1924.

20 Siehe *Dokumenta e materiale historike nga lufta e popullit shqiptar për liri e demokraci (1917–1941)*. Tirana 1959. S. 152.

Ausdruck fand.²¹ In den Jahren 1925 bis 1928 erteilten albanische Regierungsbehörden Konzessionen über die Ausbeutung von Erdöl, Kohle, Kupfer, Bitumen, die Errichtung von Industriebetrieben und Unternehmen in der Landwirtschaft sowie über die Gründung von Finanz- und Kreditinstituten an ausländische Gesellschaften. Insgesamt überließ man dem Auslandskapital 23 Prozent des albanischen Territoriums zur Nutzung.²²

Die Errichtung ausländischer, hauptsächlich italienischer, aber auch zunehmend einheimischer Betriebe²³ sowie der Zustrom von Waren aus dem Ausland auf den albanischen Markt hatten die ökonomische Vernichtung des Handwerks zur Folge und führten zu einem Anwachsen der Zahl der Arbeiter. Das zeigte sich im Bergbau, im Bauwesen und in der Leicht- und Lebensmittelindustrie. Zu den bekannten Zentren Selenicë und Pukë kamen Durrës (Hafenbau) und Kuçovë (Erdöl) hinzu, wo 2.000 Arbeiter für italienische Gesellschaften tätig waren. Die Konzentration wie die wirtschaftliche Unterdrückung und politische Rechtlosigkeit blieben nicht ohne Folgen für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft.

Im Jahre 1925 entstand im südalbanischen Gjirokastrë eine »Arbeiterverbrüderung«, in der sich Arbeiter verschiedener Berufe zusammenfanden. In Tirana gründeten 1926 Arbeiter der Schneiderwerkstätten die Gesellschaft »Përparimi« (Fortschritt), die sich gegen Nacharbeit zur Wehr setzte und eine Entlohnung der Lehrlinge forderte. In Korçë entstand 1927 eine ähnliche Gesellschaft. Fortgesetzt wurde eine Reihe von Streikaktionen, wie 1926 in Selenicë für die Erhaltung der 1923 gewonnenen Rechte oder 1928 gegen die italienischen Gesellschaften »Maxorana« in Durrës und »Vananzetti« in Nordalbanien.²⁴

Einen positiven Einfluß auf die einsetzende gewerkschaftliche Organisation im Land nahmen Vertreter der politischen Emigration. Da alle demokratischen Organisationen verboten waren und auch keine legalen Wirkungsmöglichkeiten für entsprechende Presseorgane bestanden –

21 Siehe Mentar Belegu: Politika Zogiste e dyerve të hapura 1925–1926. In: Studime Historike. Tirana (1964)3. S. 82ff.

22 Siehe Iljaz Fishta: Ndërrhyrja e kapitalit të huaj dhe pasojat e saj skllavëruese për Shqipërinë (1925–1931). Tirana 1979. S. 98ff. – Siehe auch Krita Misha: Lëvizja punëtore në Shqipëri. Tirana 1970. S. 112–120.

23 Siehe Historia e Shqipërisë. Vëllimi i Tretë (1912–1944). Tirana 1984. S. 56.

24 Siehe Krita Misha: Lëvizja punëtore në Shqipëri. Tirana 1970. S. 149ff. – Siehe auch Stilian Adhami: Kronikë e lëvizjes punëtore e sindikale në Shqipëri. Tirana 1969. S. 82ff.

selbst über die im Land vertriebenen ausländischen Erzeugnisse wurde eine Zensur verhängt – waren die führenden politischen Köpfe emigriert. Zogu hatte bald nach seiner Machtübernahme eine große Zahl von Angestellten, die auf irgendeine Weise ihre demokratische Gesinnung bekundet hatten, aus dem Staatsapparat entfernt. Das Kriegsministerium wurde aufgelöst, weil sich Teile der Armee an den Juni-Ereignissen 1924 beteiligt hatten. An seine Stelle trat eine starke Gendarmerie, die unmittelbar dem Präsidenten unterstand. Ebenso wurde das Bildungsministerium geschlossen, denn auch die Lehrerschaft hatte eine aktive Rolle während des demokratischen Aufbruchs gespielt.

Viele der gemaßregelten und verfolgten Personen fanden sich in Österreich, Frankreich, in der Schweiz oder in der UdSSR wieder, wo sie Asyl gefunden hatten. Am 25. März 1925 trat in Wien eine Konferenz verschiedener Anti-Zogu-Kräfte in der Emigration zusammen. Auf diesem Treffen wurde das »National-Revolutionäre Komitee« (Komiteti Nacional-Revolucionar, KONARE) gebildet. Zu den bekanntesten Figuren zählten neben Fan S. Noli als Vorsitzendem Sejfulla Malëshova, der ehemalige persönliche Sekretär Nolis, Llazar Fundo, Tajar Zavalani, Halim Xhelo und andere.²⁵ In seinem am 5. Mai veröffentlichten Programm machte sich das Komitee die Hauptforderungen der demokratischen Regierung vom Sommer 1924 zu eigen. Es sprach sich dafür aus, Albanien vor Zogu und den feudalen Grundbesitzern zu retten, eine demokratische Republik zu errichten, eine Agrarreform im Interesse der Bauernschaft durchzuführen und weitere demokratische Umgestaltungen durchzusetzen.²⁶

Im KONARE, das im wesentlichen sozialreformerisch und pluralistisch orientiert war, vollzog sich unter dem Einfluß der Kommunistischen Balkan-Föderation eine Differenzierung. Anhänger eines sogenannten revolutionär-demokratischen Weges und einer militanten Politik gegen die bestehende autoritäre Herrschaft, wie Ali Kelmendi, Halim Xhelo und Riza Cerova, trennten sich im Frühjahr 1927 vom Komitee und schufen eine eigene Vertretung unter dem Namen »Komiteti i Çlirimit Kombëtar« (Komitee der Nationalen Befreiung).²⁷ Das neue Komitee erhielt durch

25 Siehe Stavro Skendi: *Albania*. London 1957. S. 77.

26 Siehe *Historia e Shqipërisë. Vëllimi i Tretë (1912–1944)*. Tirana 1984. S. 340.

27 Siehe ebenda. S. 341. – Fan S. Noli schloß sich dem neuen Komitee nicht an; er zog sich aus der Politik zurück. Im gleichen Jahr formierten sich auch rechte proitalienische Kräfte in der Zadar-Gruppe (*Grupi i Xarës*), die während der faschistischen

die Balkan-Föderation bzw. das Balkansekretariat des EKKI direkte Verbindung mit der Komintern. Über sein Organ »Liria Kombëtare« (Nationale Freiheit), das in Genf erschien, verbreitete das Komitee der Nationalen Befreiung in Albanien illegal Vorstellungen, die maßgeblich von der politischen Linie der Komintern geprägt wurden und sich teils als illusionär erwiesen.

Die »Liria Kombëtare« entwickelte als Alternative zur Politik der am 1. September 1928 ausgerufenen Monarchie und der königlichen Regierung: die Ländereien der Grundbesitzer, der verschiedenen Religionsgemeinschaften wie ausländischer Eigentümer entschädigungslos zu enteignen, den Boden unentgeltlich an die landlosen und landarmen Bauern zu verteilen, die Schuldenlasten des Staates und der Bevölkerung nicht anzuerkennen und weitere feudale Lasten zu beseitigen.²⁸ Aktiv strebte »Çlirimi Kombëtar« danach, auch organisatorisch im Land wirksam zu werden, beispielsweise über die Schaffung von Komitees der Arbeitslosen und andere Organisationsformen der unteren Schichten. Diesen Versuchen war allerdings wenig Erfolg beschieden.

Ende der zwanziger Jahre wurde Albanien von der Weltwirtschaftskrise erfaßt. Der auf landwirtschaftliche und tierische Produkte ausgerichtete Export ging von 15,7 Millionen Goldfranken 1929 auf 12,4 Millionen im Jahre 1930 und 4,5 Millionen 1932 zurück.²⁹ Andererseits wurde der albanische Markt mit billigen Industrie- und Gebrauchswaren überschwemmt. Das Absinken der Preise traf in erster Linie die Masse der kleinen Produzenten auf dem Dorf und in der Stadt. Kleine Fabriken, Handwerksbetriebe und kleine Geschäftsinhaber mußten schließen. In Vlorë verloren allein in einem Jahr 60 solcher kleinen Geschäfte und Unternehmen ihre Existenz. Die Arbeitslosigkeit stieg wegen der Unterbrechung des Straßen- und Brückenbaus und anderer Objekte durch die Regierung sprunghaft an. Die Schuldenlast der Bevölkerung erreichte 1930 20 Millionen Goldfranken, was dem Umfang des Staatsbudgets entsprach.³⁰

Okkupation mit Italien zusammenarbeiteten. Konservative Träger der Junirevolution hatten schon 1925 die Gruppe »Bashkimi Kombëtar« (Nationale Vereinigung) gebildet (siehe Südosteuropa-Handbuch. Bd. VII. Albanien: Michael Schmidt-Neke: Geschichtliche Grundlagen. Göttingen 1993. S. 47).

28 Siehe »Liria Kombëtare«. Genf vom 10. Oktober 1930.

29 Siehe Historia e Shqipërisë. Vëllimi i Tretë (1912–1944). Tirana 1984. S. 351.

30 Siehe ebenda. S. 353.

Es entstand die Gefahr einer chronischen Hungersnot. Zu Tausenden sammelten sich Bauern und Arbeiter mit ihren Familien vor den Gendarmerie-Präfekturen und forderten Brot. In den Städten bevölkerten hungernde Kinder die Straßen. Im Juni 1931 brachen in Kukës in Nordalbanien und im Süden in Gjirokastrë Hungerdemonstrationen³¹ aus. Aus Furcht davor, daß die Monarchie durch die hungernden Massen gefährdet werden könnte, trieb die Gendarmerie die Menschen gewaltsam in ihre Wohnorte zurück.

Vor diesem Hintergrund formierte sich im Land eine antimonarchistische Opposition, in die auch die Herausbildung erster kommunistischer Organisationen eingebunden war.

Günstige Voraussetzungen dafür waren in der südostalbanischen Stadt Korçë vorhanden, wo albanische Studenten schon früher begonnen hatten, marxistische Literatur aus Athen einzuführen und zu verbreiten. Hier bildeten Arbeiter und Handwerker in den Jahren 1927 bis 1928 kommunistische Zellen, die einen »revolutionären« Weg beschreiten wollten. Im Juni 1929 gelang es, weitere Sympathisanten zusammenzuführen und eine Gruppe mit einem Komitee zu bilden, das von Mihal Lako geleitet wurde.³² Das Komitee wollte durch aktive Bildungsarbeit neue Mitglieder gewinnen, kommunistisches Ideengut verbreiten und sich für wirtschaftliche und politische Forderungen der Arbeiter einsetzen. So entstand eine Gruppe von zunächst 40 Mitgliedern, die in konspirativer Weise untereinander wirkten, aber kaum Verbindungen nach außen knüpften. Dennoch wurde damit der Grundstein für die Korça-Gruppe, die erste und bedeutendste kommunistische Gruppe in Albanien gelegt.

Die Entwicklung im Land vollzog sich nicht losgelöst von den Vorgängen in der progressiven politischen albanischen Emigration und den Einwirkungen durch die Komintern. Im August 1928 bildete sich auch in Moskau eine albanische kommunistische Gruppe heraus.³³ Zu ihren Mitgliedern gehörten jüngere Emigranten – zumeist Anhänger der Organisation »Bashkimi«, die 1924 für die Zerschlagung der alten Feudalstrukturen eingetreten war. Sie kamen aus der UdSSR und anderen Emigrationsländern an die verschiedenen Bildungseinrichtungen der

31 Siehe Stilian Adhami: *Kronikë e lëvizjes punëtore e sindikale në Shqipëri*. Tirana 1969. S. 91.

32 Siehe *Historia e PPSH ...* S. 24.

33 Siehe ebenda. S. 26.

Komintern, wie die Kommunistische Universität der Nationalen Minderheiten des Westens, die Kommunistische Universität der Werktätigen des Ostens oder an die Lenin-Schule, und bildeten den Kern der Gruppe. Die Moskauer Gruppe wurde zu einer Art Kadernschule. Ihre Mitglieder – für viele steht der aus dem Kosovo stammende Ali Kelmendi – trugen wesentlich dazu bei, die organisatorische und politische Herausbildung der kommunistischen Bewegung im Land zu fördern.³⁴

Aktiven Einfluß auf die Schaffung erster kommunistischer Organisationen in Albanien nahm das Balkansekretariat des EKKI. Namentlich der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff sprach sich auf dem VI. Kominternkongreß 1928 dafür aus, eine albanische Kommunistische Partei ins Leben zu rufen.³⁵ Er entwickelte auch konkrete Überlegungen für die Tätigkeit der kommunistischen albanischen Emigranten. Dazu gehörte, Materialien in albanischer Sprache zur Lage der arbeitenden Schichten zu veröffentlichen, ebenso zu den Vorstellungen der Opposition gegen Zogu wie zur bäuerlichen Bewegung. Dimitroff trat für eine enge Zusammenarbeit mit dem Komitee »Nationale Befreiung« ein, das zu einer mitgliederstarken Organisation umgewandelt werden sollte.³⁶

Die VIII. Konferenz der Kommunistischen Balkan-Föderation unterstützte Anfang September 1928 in einer Entschliebung die politische und organisatorische Vorbereitung zur Bildung einer Kommunistischen Partei in Albanien.³⁷ Die kommunistischen Emigranten wurden aufgefordert, in die Heimat zurückzukehren und dort Gruppen zu schaffen mit dem Ziel, möglichst alle progressiven und revolutionären Kräfte zusammenzuführen, da Albanien das einzige Balkanland sei, in dem noch keine kommunistische Partei bestehe. Ausgehend von der wirtschaftlichen Rückständigkeit und Abhängigkeit vom Auslandskapital stehe als unmittelbares Anliegen eine bürgerlich-demokratische Revolution auf der Tagesord-

34 Siehe ebenda. – Wenn auch ihre Rolle im Formierungsprozeß der KPA unbestritten ist, erscheint es notwendig, ebenso die Aktivitäten jener kommunistischen Kräfte, die sich in anderen Ländern – beispielsweise in Frankreich oder in der Schweiz – aufhielten, gleichberechtigt einzubeziehen.

35 Siehe Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau. 17. Juli – 1. September 1928. Erster Band: Die internationale Lage und die Aufgaben der Komintern. Der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Hamburg, Berlin 1928. S. 244.

36 Siehe Elena Atanasova: Georgi Dimitrov i albanskoto demokratično i komunističesko dvir enie (1920–1939) g. In: Istoričeski pregled. Sofia (1975)6. S. 11ff.

37 Siehe Inprekorr. Berlin vom 3. Mai 1929. S. 919.

nung. Die soziale Basis der Partei würde sich aus den vorhandenen, wenn auch wenig zahlreichen Arbeitern in den Städten und auf dem Lande rekrutieren. Hinzu käme der ärmste und unterdrückte Teil der Bauernschaft.

Hinsichtlich ihrer Aufgaben hieß es in der Entschließung: »Die von der albanischen nationalen Bewegung unabhängige KP Albanien wird neben der Vertretung der allgemeinen und unmittelbaren Klasseninteressen des Proletariats auch die Agrarrevolution und den Kampf gegen die imperialistische Unterjochung des albanischen Volkes auf ihre Fahne schreiben.«³⁸ Deshalb müsse der Einfluß auf die Bauernschaft wie die städtischen Handwerker und Intellektuellen erweitert und eine enge Fühlung zu diesen Schichten hergestellt werden.

Die genannten Initiativen konnten zu jener Zeit nicht verwirklicht werden, da in dem Agrarland sowohl ausreichende objektive Voraussetzungen als auch sozialistische Traditionen fehlten und zudem die kommunistischen Aktivitäten begrenzt blieben.

Erst mit der Rückkehr Ali Kelmendis, der 1930 im Auftrag des EKKI nach Albanien kam und 1932 nach Korçë ging, »um ein Organisationszentrum der kommunistischen Tätigkeit«³⁹ auszubauen, nahm die Korça-Gruppe einen gewissen Aufschwung. Um einen Ausweg aus der lokalen Enge zu finden, setzte sich Kelmendi dafür ein, mehr in den Vereinigungen der Arbeiter und Handwerker zu wirken und auf diese Weise auch legale Möglichkeiten zu nutzen. Auf seine Initiative entstand im September 1933 eine Gewerkschaftsorganisation der Bauarbeiter »Puna« (Arbeit). Ihr schlossen sich neben Arbeitern Gesellen und Meister verschiedener handwerklicher Gewerke an. »Puna«, die etwa 500 Mitglieder umfaßte, wurde offiziell als Verein gegenseitiger Unterstützung anerkannt; ihre Forderungen und Ziele gingen indessen über den wirtschaftlichen Rahmen hinaus. Als Vorsitzenden wählten die Mitglieder einen Vertreter der Korça-Gruppe, den Kommunisten Pilo Peristeri.⁴⁰

Allerdings vermochte die Gruppe 1934 nur auf die Verbände der Arbeiter der ortsansässigen Schuhfabrik, die der Schneider und die der LKW-Fahrer einzuwirken. In Korçë schlossen sich auf ihre Initiative auch Mitarbeiter des Handels sowie von Gaststätten und Hotels in einem

38 Ebenda. S. 920.

39 Zitiert nach Sotir Manushi: Ali Kelmendi, militant i shquar i lëvizjes komuniste shqiptare. Tirana 1960. S. 28.

40 Siehe ebenda. S. 8. – Siehe auch Historia e PPSH ... S. 28.

»Verband der privaten Angestellten« zusammen. Aufgrund dieser Entwicklung gelang es der Regierung deshalb nicht, eine von ihr abhängige Gewerkschaft auf Landesebene zu schaffen.⁴¹ Die Korça-Gruppe setzte sich in ihrem Organ »Përpara« (Vorwärts) für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter ein und propagierte die Forderungen des Komitees der Nationalen Befreiung zur Wiederherstellung der Republik. Zunehmenden Widerhall fanden ihre Argumente gegen das Vordringen italienischen Kapitals und die völlige Auslieferung des Landes an Italien bei Schülern der Gymnasien und bei demokratischen Intellektuellen.

Zu den Gruppenmitgliedern, die im Sinne Kelmendis wirksam wurden, gehörten Sotir Vullkani, Pilo Peristeri, Temi Konomi, Enver Hoxha und andere. Allerdings bot die organisatorische Struktur der Gruppe, die sich auf Dreierzellen gründete, kaum Möglichkeiten, über die Stadt hinaus aktiv tätig zu werden. Hinzu kamen Unstimmigkeiten und Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen. So beharrte der unter dem Einfluß griechischer Archeomarxisten stehende Niko Xoxi im Unterschied zu Kelmendi darauf, sich auf reine Bildungsarbeit zu beschränken.⁴² Die Gruppe blieb somit von den Arbeitern und der bäuerlichen Bevölkerung ihres Umfeldes isoliert. Erst im Oktober 1935 konnte mit ihrer Teilnahme in Kuçovë die »Gewerkschaft der Erdölarbeiter« gegründet werden, die anfangs 680 und später 3.000 Mitglieder zählte; die Regierung mußte sie unter dem Namen »Puna« als Gewerkschaftsverband anerkennen.⁴³

Wie Ali Kelmendi, der im September 1936 nach mehrmaliger Verhaftung des Landes verwiesen wurde, berichtete, hatten sich die Mitglieder der Korça-Gruppe zwar im Sommer 1934 darauf verständigt, auch in jenen Präfekturen zu wirken, in denen noch keine kommunistische Organisation bestand. Ihm selbst war es lediglich gelungen, einige Zellen in Tirana, Krujë und Elbasan ins Leben zu rufen. Doch letztlich blieben die Festlegungen nur auf dem Papier.⁴⁴ Vereinzelt beteiligten sich albanische Kommunisten, wie Halim Xhelo oder Riza Cerova, die 1932 bzw. 1935 ebenfalls aus sowjetischem Exil zurückgekehrt waren, an einer von anti-

41 Siehe Historia e Shqipërisë. Vëllimi i Tretë (1912–1944). Tirana 1984. S. 375.

42 Siehe Historia e PPSH ... S. 29.

43 Siehe Stilian Adhami: Kronikë e lëvizjes punëtore e sindikale në Shqipëri. Tirana 1969. S. 93.

44 Siehe Sotir Manushi: Ali Kelmendi, militant i shquar i lëvizjes komuniste shqiptare. Tirana 1960. S. 31.

monarchistischen Kreisen ausgehenden Geheimbewegung, die im August 1935 einen bewaffneten – jedoch erfolglosen – Aufstand auslöste.⁴⁵

Im Verlaufe des Jahres 1936 fanden erneut gegen die Monarchie gerichtete Demonstrationen statt, so in Korçë, Gjirokastrë, Berat, Fier, Pogradec.⁴⁶ Aber nach wie vor fehlten selbständige kommunistische Organisationen in anderen Landesteilen. Unter diesen Bedingungen war 1936 der festere Zusammenschluß kommunistischer Aktivisten im nordalbanischen Shkodër, wo es schon 1934 Versuche in dieser Richtung gegeben hatte, ein wichtiger Schritt.⁴⁷ Anfangs überwogen in der Shkodra-Gruppe Intellektuelle, erst später traten auch Arbeiter ein. Es gelang der Gruppe, einzelne Stützpunkte in Durrës und Tirana zu schaffen. Im Februar 1937 entstand auf ihre Initiative in Tirana ein Gewerkschaftsverein der Druckereiarbeiter und danach der Tischler. Sie organisierte auch eine Theatergruppe in ihrer Heimatstadt. Besonders aktiv wirkten Jugendliche wie Qemal Stafa, Vojo Kushi und Vasil Shanto. Allerdings gab es unterschiedliche Vorstellungen gegenüber der Korça-Gruppe zu ideologischen, taktischen und organisatorischen Fragen. Aus Rivalität zu letzterer nahmen die Führungskräfte um Zef Mala 1938 Niko Xoxi, der in Korçë ausgeschlossen worden war, in ihre Reihen auf. Er propagierte die Erhaltung und Schulung der Kader, die sich zu schützen hätten und an keinerlei Aktionen gegen das herrschende Regime teilnehmen dürften.

Neben den beiden genannten bestanden im Land noch zwei andere kommunistische Gruppen: Das war die sogenannte Feuergruppe – so bezeichnet nach dem Pseudonym »Zjarri« (Feuer) ihres Organisators Andrea Zisi – und die Jugendgruppe. Erstere wurde zu Beginn des Jahres 1936 in Athen gebildet. Zisi kam 1939 nach Albanien als Vertreter eines dortigen »Zentralkomitees« mit dem Anspruch auf eine eigenständige Albanische Kommunistische Partei, was zu internen Auseinandersetzungen vor allem mit der Korça-Gruppe führte.⁴⁸ Die Jugendgruppe ging 1940 als selbständige Gruppe aus einer 1938 in der Korça-Gruppe entstandenen Fraktion hervor. Sie wirkte hauptsächlich in Tirana, aber auch in anderen Städten wie in Vlorë.⁴⁹ Ihre Zusammensetzung war

45 Siehe Historia e Shqipërisë. Vëllimi i Tretë (1912–1944). Tirana 1984. S. 381.

46 Siehe Kritaq Misha: Lëvizja punëtorë në Shqipëri. Tirana 1970. S. 286–305.

47 Siehe Historia e PPSH ... S. 39.

48 Siehe Enver Hoxha: Ausgewählte Werke. Bd. I: November 1941 – Oktober 1948. Dortmund o. J. S. 5ff.

49 Siehe ebenda. – Siehe auch Enver Hoxha: Kur lindi partia. Kujtime. Tirana 1981. S. 202.

kaum proletarisch, zumeist waren Studenten und Intellektuelle vertreten. Aktivisten waren Anastas Lulja und Sadik Premtaj. Die Jugendgruppe trat nicht geschlossen auf, ihre Anhänger verfochten auch unterschiedliche politische Auffassungen. Weit verbreitet war, daß in Albanien aufgrund der sozialökonomischen Rückständigkeit und einer fehlenden Arbeiterklasse keine Basis vorhanden sei, um eine kommunistische Partei zu bilden.

Diese Lage bewog das EKKI, sich erneut dem Problem einer albanischen Parteibildung zuzuwenden. Dem vorausgegangen waren die seit der faschistischen Machtergreifung 1933 in Deutschland geführten Auseinandersetzungen über eine Änderung des linkssektiererischen Kurses der kommunistischen Bewegung und vor allem die auf dem VII. Kominternkongreß 1935 eingeleitete antifaschistische Einheits- und Volksfrontpolitik. Im Dezember 1936 trafen sich mit Unterstützung des Balkansekretariats in Moskau albanische Exilkommunisten, um über entsprechende Schritte zu beraten.⁵⁰

Ali Kelmendi sprach sich in seinem Bericht⁵¹ dafür aus, den engen Zirkelgeist der Gruppen zu überwinden, ein organisatorisches Zentrum im Land zu schaffen, das alle kommunistischen Kräfte zusammenfassen, die Gruppen aktivieren, neue Gruppen bilden und einen Gründungskongreß einberufen sollte, um die Kommunistische Partei zu konstituieren. Das Zentrum sollte unmittelbar mit dem EKKI zusammenarbeiten und diesem verantwortlich sein. Das EKKI sollte dafür einen Fonds zur Verfügung stellen. Es ging darum, die gewerkschaftlichen Vereinigungen in Korçë und Kuçovë zu stärken, weitere Verbände der Lehrer, Studenten und Angestellten zu organisieren und die demokratische Oppositionsbewegung zu beleben.

Was letztere betrifft, schlug Kelmendi vor, die verschiedenen Gruppierungen wie »Komiteti i Çlirimit Kombëtar« und »Bashkimi Kombëtar« zu vereinigen, Komitees der »Volkshilfe für die Opfer der Zogu-Diktatur« zu schaffen u. a. Das Ziel war, auf einer allgemein-demokratischen Plattform eine einheitliche Organisation gegen die Monarchie und den anwachsenden faschistischen Einfluß, für eine demokratische Republik zu bilden und die Annullierung der mit Italien abgeschlossenen Verträge,

50 Siehe Historia e PPSH ... S. 42.

51 Siehe Sotir Manushi: Ali Kelmendi, militant i shqar i lëvizjes komuniste shqiptare. Tirana 1960. S. 36ff. – Der Bericht Kelmendis, der auf seinen Erfahrungen im Land beruhte, ist in gekürzter Fassung im Anhang abgedruckt.

die das Land in fast koloniale Abhängigkeit brachten, anzustreben. Das EKKI faßte diese Linie in eine verbindliche Direktive, die Kelmendi und Koço Tashko nach Albanien bringen sollten.

Die EKKI-Direktive⁵² sah angesichts der Schwäche der Gruppen vor, die alten Organisationsformen aufzulösen und von unten eine kommunistische Partei aufzubauen. Des weiteren war an eine illegale Organisation mit demokratischer und antifaschistischer Orientierung gedacht, die Grundlage für ein Volksfrontbündnis werden sollte.⁵³ Dementsprechend konzentrierte sich die Direktive auf zwei Aufgaben: auf den Kampf gegen halbkoloniale Ausplünderung, nationale Entrechtung und drohende militärische Besetzung Albaniens durch Italien und auf den Sturz der Monarchie und auf den Aufbau demokratischer Verhältnisse.⁵⁴ Die EKKI-Direktive traf aber erst 1937 in Albanien ein, als Tashko nach Korçë zurückkehrte. Sie fand Zustimmung bei der Korça-Gruppe, löste aber bei anderen Kräften Mißtrauen aus,⁵⁵ so daß sie am Vorabend des Zweiten Weltkrieges nicht verwirklicht werden konnte.

Nicht unberechtigt erscheint der Hinweis, daß neben den nicht ausreichenden inneren Voraussetzungen für die zügige Umsetzung der genannten Direktive auch die notwendige Unterstützung wie der Druck seitens der Komintern ausblieben. Deren Haltung erschöpfte sich nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes von 1939 wohl mehr in Auseinandersetzungen darum, die von der neuen sowjetischen Deutschlandpolitik abhängige taktische Linie zu begründen als den Kommunisten weltweit politisch und organisatorisch zu helfen.⁵⁶

Eine neue Situation entstand für die kommunistischen Gruppen mit der Okkupation Albaniens durch Italien am 7. April 1939. Das Land wurde nach der Flucht des albanischen Königs ins Ausland und der vom Großen Faschistischen Rat in Rom gebilligten »Union Albaniens und Italiens« am 15. April 1939 endgültig zu einer italienischen Kolonie. Die Errichtung des faschistischen Okkupationsregimes, die wirtschaftliche

52 Siehe Historia e PPSH ... S. 43.

53 Siehe ebenda.

54 Siehe ebenda. S. 44.

55 Siehe Enver Hoxha: Ausgewählte Werke. Bd. I: November 1941 – Oktober 1948. Dortmund o. J. S. 9. – Siehe auch Enver Hoxha: Kur lindi partia. Kujtime. Tirana 1981. S. 180.

56 Siehe Peter Danylow: Die außenpolitischen Beziehungen Albaniens zu Jugoslawien und zur UdSSR 1944–1961. München, Wien 1982. S. 21.

Ausplünderung und politische Entmündigung – Verbot von Streiks, Demonstrationen, Versammlungen, Einführung drakonischer Strafen bis zur Erschießung – und der Ausbau Albanien als Brückenkopf für weitere militärische Unternehmungen Italiens auf dem Balkan, bedrohten die Lebensinteressen der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Dagegen brach spontaner Widerstand aus. Am 28. November, dem Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung von 1912, fanden vielerorts antifaschistische Protestdemonstrationen statt.⁵⁷ Doch blieben die Aktionen unorganisiert, nicht zuletzt wegen der unfruchtbaren Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen. Wenngleich die Korça- und die Shkodra-Gruppe im Oktober 1939 vereinbart hatten, provisorisch eine gemeinsame Leitung bzw. im Frühjahr 1940 eine Schiedskommission zu bilden, blieben das nur halbe Maßnahmen; die Bedingungen für die Einheit der kommunistischen Bewegung waren noch nicht hergestellt.⁵⁸

Diese wurden schließlich im Verlauf des Jahres 1941 nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR auf Drängen der Kominternführung erreicht, als die Vertreter der verschiedenen Gruppen – ausgehend von dem gemeinsamen Anliegen, sich gegen die Besetzung des Landes zur Wehr zu setzen und den sozialistischen Staat zu unterstützen – übereinkamen, eine Versammlung einzuberufen, um über die Vereinigung zu beraten. An der bereits erwähnten Gründungsversammlung in Tirana nahmen Abgesandte von drei Gruppen – der Korça-, Shkodra- und der Jugend-Gruppe teil. Die als trotzkistisch bezeichnete Zjarri-Gruppe wurde nicht eingeladen.⁵⁹ Die Anzahl der Teilnehmer ist in der Literatur strittig. Nach Angaben Hoxhas waren von der Korça-Gruppe Koço Tashko, Pilo Peristeri, Enver Hoxha, Sotir Vullkani und Koçi Xoxe, von der Shkodra-Gruppe Qemal Stafa, Vasil Shanto, Kristo Themelko, Tuk Jakova und Ramadan Çitaku sowie von der Jugendgruppe Anastas Lulja und Sadik Premtja anwesend. Zu den Teilnehmern gehörten des

57 Siehe Stilian Adhami: *Kronikë e lëvizjes punëtore e sindikale në Shqipëri*. Tirana 1969. S. 195f.

58 Siehe Dokumenta Kryesore të PPSH. Vëllim I (1941–1948). Tirana 1960. S. 14.

59 Siehe Enver Hoxha: *Kur lindi partia*. Kujtime. Tirana 1981. S. 439. – Bernhard Tönnies spricht dagegen von vier verschiedenen Gruppen (siehe Bernhard Tönnies: *Sonderfall Albanien. Enver Hoxhas »eigener« Weg und die historischen Ursprünge seiner Ideologie*. München 1980. S. 442). Aus Erinnerungen von Bedri Spahiu, der 1958 repressiert wurde, geht hervor, daß neben den genannten noch eine Gruppe kommunistischer Militärs in Tirana und eine in Gjirokastër bestand (siehe Bedri Spahiu *revizionon Bedri Spahiu*. In: »Republika«. Tirana vom 6. Juni 1991).

weiteren die Vertreter der KP Jugoslawiens, Miladin Popović und Dušan Mugoša.⁶⁰ In anderen Darstellungen ist von 20 bzw. 22 Personen die Rede.⁶¹

Auf der Gründungsversammlung berichteten die jeweiligen Vertreter über die Aktivitäten ihrer Gruppen und verständigten sich über das zentrale Anliegen, die Spaltung zu überwinden und eine einheitliche Führung für den antifaschistischen Widerstand zu formieren. Nach der Darstellung der Parteigeschichte und den Erinnerungen Hoxhas⁶² waren es namentlich er selbst und Qemal Stafa, die sich von »marxistisch-leninistischen« Positionen aus für eine organisatorisch und ideologisch gefestigte, einheitliche und kämpferische Kommunistische Partei einsetzten. In »prinzipieller« Auseinandersetzung mit Anastas Lulja und Sadik Premtaj von der Jugendgruppe, die sich diesem Anliegen widersetzen, seien deren Auffassungen zurückgewiesen worden.⁶³ Aus den knappen Hinweisen zum Auftreten von Lulja und Premtaj läßt sich indessen nicht zwingend ein »prinzipieller« Widerstand ableiten.

Die Gründungsversammlung wählte ein sieben Mitglieder zählendes Provisorisches Zentralkomitee, das sich nicht aus den Führungen der ehemaligen Gruppen rekrutierte. Dazu gehörten: Enver Hoxha, Qemal Stafa, Ramadan Çitaku, Koçi Xoxe, Tuk Jakova, Kristo Themelko, Gjin Marku.⁶⁴ Man kam überein, keinen Vorsitzenden oder Sekretär zu wählen, um die erreichte Einheit nicht zu gefährden – Enver Hoxha wurde lediglich beauftragt, die Tätigkeit zu koordinieren.

60 Siehe Enver Hoxha: *Kur lindi partia. Kujtime*. Tirana 1981. S. 163 und 174f. – Nach Aussage von Sadik Bekteshi, der von Hoxha nicht erwähnt wird, gehörte er selbst zur Shkodragruppe (siehe PKS H nuk është themeluar nga Enver Hoxha. Intervistë e zotit Sadik Bekteshi me gazetarin tonë Mehil Tanushi. In: »Rilindja Demokratike«. Tirana vom 6. Juli 1991).

61 Siehe Vladimir Dedijer: *Jugoslavensko-albanski odnosi 1939–1948*. Na osnovu slubenih dokumenata, pisma i drugog materijala. Belgrad 1949. S. 16.

62 Ein Protokoll der Gründungskonferenz liegt nicht vor; es fiel nach Angaben von Hoxha im Frühjahr 1942 der albanischen Polizei in die Hände (siehe Enver Hoxha: *Kur lindi partia. Kujtime*. Tirana 1981. S. 305).

63 Siehe *Historia e PPSH ...* S. 71.

64 Siehe Enver Hoxha: *Kur lindi partia. Kujtime*. Tirana 1981. S. 220. – Diese Angaben bestätigt Hibbert (siehe Reginald Hibbert: *Fitorja e hidhur. Lufta Nacionalçlirimtare e Shqipërisë*. Tirana 1993. S. 37). Hinsichtlich der Mitgliederzahl des Führungsgremiums bestehen in der Überlieferung Differenzen. Das betrifft beispielsweise Kadri Hoxha, der nach eigenen Angaben als Mitglied gewählt, aber nicht darüber informiert worden war. Erst Jahre später habe er davon aus jugoslawischen

Die von der Gründungsversammlung angenommene Entschließung bestimmte die ideologischen und organisatorischen Grundlagen der KPA als »Partei neuen Typs« und verpflichtete das Provisorische Zentralkomitee, den Parteaufbau zu organisieren. Anstelle der bestehenden Zellen sollten neue gebildet werden, in die auch bisherige Mitglieder – wenn sie sich von »Kleinkrämerei« und »Sektierertum« trennten – Aufnahme fanden. Vor allem aber sollten neue Kräfte, Arbeiter und Bauern, aufgenommen werden.

Die Mitglieder der KP Albanien rekrutierten sich überwiegend – wie diejenigen der ehemaligen Gruppen – aus einer zahlenmäßig zwar kleinen, jedoch unter den Anhängern demokratischer und linker Ideen einflußreichen Schicht junger Intellektueller. Viele der zumeist im Ausland ausgebildeten oder in die Emigration gezwungenen linken Aktivisten lehnten die überkommenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ab, die durch die Königsdiktatur konserviert worden waren und von den faschistischen italienischen Besatzern nicht angetastet wurden. Doch fehlte noch weitgehend eine feste Basis unter Arbeitern, Kleinbauern und anderen Schichten. Als weitere Aufgabe sah die Entschließung vor, stabile Leitungen bis zu Bezirkskomitees zu schaffen, die ständige Verbindung zu den unteren Einheiten halten und ein aktives Wirken der Mitglieder in den Städten und Dörfern sichern sollten.⁶⁵

Wie aus der Darstellung ersichtlich, bedurfte es mehrerer Anläufe, um das angestrebte Ziel der Parteigründung nach Kriegsausbruch zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang bleibt die Frage nach dem konkreten Anteil der beiden jugoslawischen Vertreter, Miladin Popović und Dušan Mugoša, bei der Formierung der KPA in der Literatur umstritten. Die albanische Parteigeschichte enthält zu ihrer Teilnahme keine konkreten Aussagen, obwohl sie einen maßgeblichen Anteil geleistet haben. Hoxha versucht in seinen Erinnerungen, die Rolle der jugoslawischen Funktionäre, die dem Gebietskomitee der KP Jugoslawiens für Kosovo und Metohija angehörten, herunterzuspielen.

So habe Mugoša als »Übersetzer« und Begleiter von Popović an der Gründungsversammlung teilgenommen. Popović, der im Sommer 1941

Quellen erfahren (siehe Kadri Hoxha, »rebeli« i parë komunist. In: »Gazeta Shqiptare«. Tirana vom 1. Oktober 1999. S. 12). – Dedijer nennt elf ZK-Mitglieder (siehe Vladimir Dedijer: Jugoslavensko-albanski odnosi 1939–1948. Na osnovu sluz. beni dokumenata, pisma i drugog materijala. Belgrad 1949. S. 18).

65 Siehe Dokumenta Kryesore të PPSH. Vëllim I (1941–1948). Tirana 1960. S. 19–22.

auf albanischem Gebiet interniert worden war, sei gar nicht von der jugoslawischen Partei nach Albanien geschickt worden. Vielmehr sei er von albanischen Kommunisten befreit und gebeten worden, in Albanien zu bleiben und der Gründung der KPA sozusagen als »Unparteiischer« beizuwohnen.⁶⁶

Den entgegengesetzten Schluß – nämlich, daß die jugoslawischen Vertreter aus den verschiedenen albanischen Gruppen erst eine einheitliche KPA formiert hätten – ziehen neben den bereits genannten Autoren auch Zeitgenossen wie Vukmanović-Tempo.⁶⁷ Wenngleich eine Kontaktaufnahme zwischen jugoslawischen und albanischen Kommunisten für die zweite Jahreshälfte 1939 belegt ist,⁶⁸ erscheint diese Aussage ebenfalls einseitig und überhöht. Wesentlich näher kommen dem Sachverhalt solche Überlegungen, die in den jugoslawischen Instruktoren »Mittler« zwischen den albanischen kommunistischen Gruppen und dem EKKI sehen⁶⁹ bzw. sie als an den Komintern-Richtlinien orientierte »Geburts-helfer« bezeichnen.⁷⁰ Unabhängig von der spezifischen Form der Partei-formierung entstanden die entscheidenden Voraussetzungen im Ergebnis eines längeren widerspruchsvollen Prozesses, der sich analog zu ähnlichen Entwicklungen in anderen Ländern auch in Albanien vollzogen hatte und in dem innere wie äußere, objektive und subjektive Faktoren eng miteinander verknüpft waren.

Da die Entsendung weiterer albanischer oder anderer Kominternvertreter aus dem Ausland unter Kriegsbedingungen nicht möglich war, bot die geographische Nachbarschaft wie der bessere Zugang der genannten jugoslawischen Funktionäre zum sozialen und kulturellen Umfeld in Albanien – zumindest anderen Kominterndelegierten gegenüber – ein solches Vorgehen an. Allerdings sollte sich, wie Tashko in seinem Bericht an das EKKI anmerkt, in der konkreten Tätigkeit der beiden Emissäre

66 Siehe Enver Hoxha: Die Titoisten. Historische Aufzeichnungen. Tirana 1983. S. 38ff. – Dieser Version widerspricht der vorliegende Bericht Tashkos.

67 Siehe Svetozar Vukmanović-Tempo: Revolucija koja teče. Memoari. Belgrad 1971. S. 334.

68 Siehe Vladimir Dedijer: Jugoslavensko-albanski odnosi 1939–1948. Na osnovu slurbeni dokumenata, pisma i drugog materijala. Belgrad 1949. S. 10f.

69 Siehe Peter Danylow: Die außenpolitischen Beziehungen Albaniens zu Jugoslawien und zur UdSSR 1944–1961. München, Wien 1982. S. 21.

70 Siehe Helge Duda: Nationalismus–Nationalität–Nation. Der Fall Albanien. Unter Berücksichtigung des Kosovo. München 1991. S. 65.

schon bald herausstellen, daß sie keineswegs nur »selbstlos« wirkten, sondern durchaus eigene Interessen der politisch und organisatorisch wesentlich erfahreneren jugoslawischen Schwesterpartei ins Spiel gebracht wurden.

Die Gründungsresolution umriß als politisches Anliegen der Partei, die armen Schichten, d. h. vor allem die Arbeiter und die Mehrheit der Bauern, und darüber hinaus alle ehrlichen Patrioten, die bereit waren, sich gegen die faschistische Okkupation zu wehren, zu vereinigen für die »nationale Unabhängigkeit des albanischen Volkes und für eine demokratische Volksregierung in einem vom Faschismus freien Albanien«. ⁷¹ Die herangereifte Gründung der KP Albanien stellt in diesem Kontext zweifellos einen Einschnitt dar, war sie doch, wenn man von mißglückten Versuchen zu Beginn der zwanziger Jahre absieht, die erste Partei des Landes.

Historisch verspätet entstanden, begünstigte sie die Bestrebungen revolutionärer und patriotischer Kräfte, die vielfältigen Anforderungen, namentlich des militärischen Widerstandes und der Befreiung Albanien von faschistischer Okkupation, zu bestehen. Das prägte den Standort der Partei maßgeblich. Diese Aussage zum Platz der KPA muß indessen – nicht zuletzt angesichts des vorliegenden Dokuments – hinterfragt werden.

Der Bericht vermittelt eine ausgewogene Darstellung der schwierigen Situation und eine kritische Sicht auf die bei der Ausarbeitung der politischen Linie der jungen Partei getroffenen Entscheidungen. Koço Tashko verdeutlicht authentisch wie bisher kaum, wie die Situation wirklich war, was verschiedene Personen gedacht und in jenem komplizierten Zeitabschnitt, als Albanien durch das faschistische Italien 1939 okkupiert worden war, getan haben. Er zeichnet sich durch Genauigkeit des Urteils über die Zeit aus.

Im Unterschied zu dem in parteioffiziellen Wertungen, insbesondere denen des langjährigen Parteiführers Enver Hoxha verbreiteten Bild, wonach die Partei nie gefehlt und immer im Interesse der Massen gewirkt habe, wird deutlich, daß die Parteiführung zu zentralen Fragen entweder keine oder nur verspätet bzw. fehlerhafte Festlegungen getroffen hatte. Das betrifft vor allem die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Bündnispartnern im antifaschistischen Widerstand und die im Zusam-

71 Dokumenta Kryesore të PPSH. Vëllim I (1941–1948). Tirana 1960. S. 22f.

menhang mit der ungelösten nationalen Problematik stehende sensible Kosovo-Frage.⁷²

Tashko gehörte zu den führenden Kommunisten, die sich dessen bewußt waren, daß die überwiegend bäuerliche, im Traditionalismus verwurzelte Bevölkerung mit einer allein an der proletarischen Revolution ausgerichteten Agitation kaum zu mobilisieren war. Wiederholt verweist er in seinem Bericht darauf, daß die KP Albaniens auch ein knappes Jahr nach ihrer Gründung eine kleine Kaderpartei blieb. Dabei ließ er sich durchaus nicht von taktischen Erwägungen leiten, ging es doch aufgrund der weitgehend fehlenden industriellen Arbeiterschaft darum, Zugang zur Bauernschaft, die die große Mehrheit der Bevölkerung stellte, zu finden. Ebenso berücksichtigte er die realen Gegebenheiten, wenn er nationalen Gefühlen und Wünschen des Volkes stärker Rechnung trug. Die Auseinandersetzung um diese Probleme war ebenso wie die um die Haltung zu den bewaffneten Kräften der albanischen Armee und Polizei von existentieller Bedeutung für die Organisierung des Widerstandskampfes gegen die faschistische italienische bzw. seit 1943 deutsche Okkupation Albaniens.

Wie aus dem Bericht hervorgeht, bemängelte Tashko diesbezüglich enge sektiererische Auffassungen führender Funktionäre der KPA, die nach seiner Meinung von jugoslawischen Parteivertretern bestärkt wurden. Diszipliniert, aber nach eigener Überzeugung und Verantwortung handelnd, hatte er die von der Komintern verfolgte antifaschistische Volksfrontpolitik als mögliche demokratische Alternative zur monarchistischen resp. faschistischen Diktatur verinnerlicht, in der Erwartung, daß dadurch der Weg zu einer neuen, demokratisch organisierten Gesellschaft freigemacht werden könnte. Daher strebte Tashko danach, eine breite, von unterschiedlichen politischen Kräften getragene antifaschistische Widerstandsfront aufzubauen und nach dem Anschluß von Teilen des Kosovo durch die faschistischen Achsenmächte an das kolonial beherrschte Mutterland im August 1941 das Feld nicht der albanischen Reaktion zu überlassen.

Hervorzuheben ist die Argumentation, daß man objektiv vorhandenen nationalen Elementen und Gefühlen nicht mit einer abstrakten Orientierung auf den Internationalismus, den er gleichwohl verteidigte,

72 Siehe Peter Schubert: Zündstoff im Konfliktfeld des Balkan: Die albanische Frage. Baden Baden 1997. S. 14.

begegnen dürfe, weil damit kein produktives Verhältnis zum Nationalen erreicht und der von faschistischen Demagogen entfachten nationalistischen Stimmung kaum etwas entgegengesetzt werden könne. Tashkos auf die Zusammenführung aller nationalen Kräfte im Kampf gegen den faschistischen Eroberer ausgerichtetes Herangehen unterscheidet sich auch von der nach der Wende in Albanien geführten politisch motivierten Geschichtsdebatte, wonach die KPA im Kosovo Verrat an den nationalen Interessen begangen habe.⁷³

Nicht zu übersehen ist, daß einige Überlegungen in dem Bericht heute noch so aktuell sind wie 1942, als der Berichtersteller durchaus bedenkenswerte Lösungsansätze entwickelte. Das bezieht sich insbesondere auf die von ihm angestrebte freimütige Diskussion über ideologische und taktische Differenzen in der Partei. Die KPA entstand, wie es in der EntschlieÙung hieß, als Partei der Arbeiterklasse und geleitet von der »marxistisch-leninistischen« Ideologie: »Die Partei darf deshalb keine Partei alten Typs sein, die jenen der sozialdemokratischen Zweiten Internationale gleicht [...] Wir wollen eine disziplinierte Partei, in der sich die Mitglieder den übergeordneten Foren (Komitees) unterordnen, eine Partei, die in der Lage sein wird, die Arbeiterklasse im Kampf bis zum Sieg zu führen.«⁷⁴ Das heißt, sie wurde auf der Grundlage der Aufnahmebedingungen in die Komintern als eine »zentralistisch« organisierte Partei gebildet, in der eiserne Disziplin herrschte und deren Führung ein autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten war.

Diese Organisationsform wurde – noch dazu in der Zeit der Illegalität und des militärischen Kampfes – als entscheidend für einheitliches Auftreten und erfolgreiches Wirken der Kommunisten begriffen. So notwendig eine Arbeiterpartei war, die nicht in herkömmlichen Traditionen kleinlicher Auseinandersetzungen stand oder ein Anhängsel kleinbürgerlich-liberaler Organisationen darstellte, so schwerwiegend negativ sollten sich damit verbundene Organisations- und Leitungsprinzipien der »Partei neuen Typs« für die KPA auswirken. Denn das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit unterlag dem Mißbrauch, weil es die Möglichkeit bot, dies für eigene machtpolitische Interessen auszunutzen. Das um so mehr, als mit der Übernahme des Stalinismus in Theorie und Politik nach den Schauprozessen und Säuberungen der drei-

73 Siehe *Historia e popullit shqiptar për shkollat e mesme*. Tirana 1994. S. 200.

74 *Dokumenta Kryesore të PPSH. Vëllim I (1941–1948)*. Tirana 1960. S. 19.

biger Jahre sowohl in der KPdSU(B) und Komintern als auch in den kommunistischen Parteien mit der jeweiligen Führungsgarnitur eine Art Richter über »theoretische Abweichungen« entstanden war.

Die Parteauffassung, in der sowohl die politische und organisatorische als auch gedankliche Einheit gleichgesetzt wurde mit der Einstimmigkeit, dem Monolithismus, lag der Praxis der KPA-Führung von Anfang an zugrunde. Im Ergebnis der spezifischen Bedingungen, der fehlenden demokratischen Gepflogenheiten in der albanischen Gesellschaft waren auch bei Vertretern der kommunistischen Gruppen unterschiedliche Traditionen und Vorstellungen gewachsen. Das betraf das Demokratieverständnis allgemein und reichte bis zu konkreten Fragen der Organisation und des Parteaufbaus. Ein Beispiel dafür hatte der Verlauf der Gründungsversammlung der KPA geliefert. Die in der Entschließung geforderte »Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie durch Studium des ›Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU(B)‹ in der UdSSR«⁷⁵ wurde unter dem Aspekt des Kampfes gegen theoretische Abweichungen gesehen und betrieben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bis in die vierziger Jahre keine oder nur ansatzweise voll ausgeprägte demokratische Institutionen und Möglichkeiten politischer Mitwirkung vorhanden waren. Auf diese Weise begünstigten das Fehlen demokratischer Traditionen – auch in der sich herausbildenden Arbeiterbewegung – einerseits und das historische Erbe autoritärer Herrschaft andererseits zweifellos die Übernahme des zentralistisch-dogmatischen Typs der Parteientwicklung.

Die Auseinandersetzung mit anderen Ideen oder Vorstellungen, die angesichts der Rückständigkeit und unterschiedlicher Einflüsse auf die albanische Arbeiterschaft bzw. kommunistische Bewegung fast unausbleiblich waren, nahm dagegen, wie auch in dem Bericht angemerkt wird, den Charakter einer »Abrechnung« mit Andersdenkenden an. In der Argumentation Hoxhas galten schon damals andere Auffassungen – so z. B., daß in Albanien kein ausgeprägtes Industrieproletariat vorhanden war und daher sozialökonomische und revolutionäre Veränderungen nicht rasch zu erwarten seien – dem »Geist« der Zeit entsprechend als »trozkistische« Abweichungen. Nach diesem Verdikt bezeichnete Hoxha namhafte Initiatoren der revolutionären Bewegung wie Niko Xoxi, Zef Mala, Andrea Zisi, Aristidh Qendro u. a. als feindliche Elemente, »Trotz-

75 Ebenda. S. 20.

kisten« und »Provokateure«. ⁷⁶ Einer der engsten Mitstreiter, L Lazar Fundo, der gemeinsam mit Kelmendi und Tashko in die Sowjetunion emigriert war und sich dort vor den Säuberungen nur retten konnte, weil er das Land rechtzeitig verlassen hatte, wurde, nachdem er nach Albanien zurückgekehrt war, als »ein gefährlicher und überaus durchtriebener Trotzkist« ⁷⁷ physisch beseitigt.

Wer mit einem solchen Etikett versehen war, galt als Agent des Faschismus und wurde als Parteifeind verfolgt.

Meinungsverschiedenheiten oder taktische Differenzen wurden in Sabotage, Spionage und Verrat »umpolitisiert«. ⁷⁸ Anastas Lulja und Sadik Premtaj wurden nur wenige Monate, nachdem sich die KPA unter ihrer aktiven Teilnahme konstituiert hatte, auf der Außerordentlichen Parteikonferenz im Juni 1942 aus der Partei ausgeschlossen. ⁷⁹ Lulja, den man zu einer Partisaneneinheit verbannte, wurde 1943 bei einem angeblichen Fluchtversuch erschossen. Premtaj gelang es, nach Italien zu fliehen. ⁸⁰ Die gewaltsame Ausschaltung oppositioneller Kräfte widersprach den marxistisch, selbst humanistisch geprägten Prinzipien sozialistischer Politik. Auf diese Weise entstand ein tödlicher Kreis, der in der Folgezeit weiter gezogen wurde.

Schließlich wird mit dem Bericht Tashkos, in dem weitere Namen von albanischen Parteiaktivisten der ersten Stunde enthalten sind, deren Leistungen man in der Vergangenheit verfälschte, die Parteigründung, die als das alleinige Werk Enver Hoxhas dargestellt wurde, dechiffriert und personifiziert. ⁸¹ Die widerspruchsvollen historischen Abläufe und die

76 Enver Hoxha: Kur lindi partia. Kujtime. Tirana 1981. S. 170.

77 Enver Hoxha: Anglo-amerikanische Machenschaften in Albanien. Tirana 1982. S. 354.

78 Siehe Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954. Berlin 1990. S. 35.

79 Wie Hibbert anmerkt, gerieten zu diesem Zeitpunkt auch Koço Tashko und Mustafa Gjinishi in das Kreuzfeuer der Kritik (siehe Reginald Hibbert: Fitorja e hidhur. Lufta Nacionalçlirimtare e Shqipërisë. Tirana 1993. S. 39).

80 Siehe Sadik Premte dëshmon. In: »Rilindja Demokratike«. Tirana vom 3. Juli 1991. S. 3. – Premtaj spricht von mehr als 100 kommunistischen Kämpfern, dazu gehörten auch die Parteiaktivisten und Mitbegründer der KPA, Ymer Dishnica und Mustafa Gjinishi, die 1943 bzw. 1944 auf solche Art ums Leben kamen. – Siehe auch Liri Shimani: Cilët ishin organizatorët e vërtetë të Konferencës së Pezës. In: »Zëri i Rinisë«. Tirana vom 12. September 1992.

81 Siehe Liri Shimani: Cilët ishin organizatorët e vërtetë të Konferencës së Pezës. In: »Zëri i Rinisë«. Tirana vom 12. September 1992.

Entwicklung der KPA werden dadurch konkretisiert und zugleich glaubwürdiger. So gewinnt dieses Dokument angesichts fehlender offizieller Quellen, wie des Protokolls der Gründungsversammlung der KPA, an Stellenwert, kann es doch zu einem differenzierten Bild über die Vorgänge beitragen. Aus heutiger Sicht kann man nur bedauern, daß Persönlichkeiten wie Koço Tashko und weitere Aktivisten aus der Frühzeit der kommunistischen Bewegung daran gehindert wurden, sich als bestimmende politische Kräfte in Albanien durchzusetzen.

Der Bericht wurde von mir übersetzt und wissenschaftlich bearbeitet. Er erscheint erstmals in deutscher Sprache. Die deutsche Übersetzung hält sich eng an den albanischen Text, um dem Zeitkolorit möglichst nahezukommen.

An dieser Stelle sei den Mitarbeitern des Staatsarchivs in Tirana gedankt, die mir beim Aufspüren der Originalvorlage behilflich waren, ebenso gilt mein Dank für die Erlaubnis zur Wiedergabe des Dokuments.

DOKUMENT

KOÇO TASHKO

Bericht an die Kommunistische Internationale Übersetzt aus dem Albanischen von Erwin Lewin¹

Die kommunistische Bewegung nahm in Albanien mit der Gründung der Partei, die die drei Hauptgruppen vereinte, einen großen Aufschwung. Und zwar nicht nur aufgrund der nach dem Kriegseintritt Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion neu entstandenen Lage und wegen der Diskreditierung des italienischen Faschismus im Krieg gegen Griechenland und seiner Unfähigkeit, die Verwaltung zu organisieren. Der Aufschwung war ebenso bedingt durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen und die wachsenden Widersprüche für die herrschenden Klassen, auch durch die Überwindung des Gruppenkampfes und der Theorien von der Erhaltung der Kader, die den Lehren Lenins und Stalins widersprachen und die Bewegung der Massen behindert hatten. Positive Wirkungen erwuchsen aus der Vereinigung der kommunistischen Gruppen und nicht zuletzt aus der Fähigkeit und organisatorischen Erfahrung der beiden Genossen,² die wir über die Jugoslawische Partei eingeladen hatten, um uns bei der Verschmelzung der kommunistischen Kräfte zu unterstützen.

1 Der Bericht ist nicht datiert. Geht man von Inhalt und konkreten Fakten aus, ist er wahrscheinlich im Herbst 1942 geschrieben worden.

2 Es handelt sich um die sogenannten jugoslawischen Instrukteure Miladin Popović und Dušan Mugoša: *Miladin Popović* (1910–1945), Sekretär der Gebietsleitung der KPJu für Kosovo und Metohija; von den italienischen Besatzern in Peqin (Mittelalbanien) interniert, wurde er mit Hilfe albanischer Kommunisten befreit und nahm im November 1941 an der Gründungsversammlung der KPA in Tirana teil. Popović wirkte vom Herbst 1941 bis September 1944 bei der Führung der albanischen Partei und arbeitete eng mit Enver Hoxha zusammen. Im März 1945 fiel er, nachdem er zurückbeordert worden war, in Priština einem Attentat zum Opfer. *Dušan Mugoša*, Mitglied der Gebietsleitung der KPJu für Kosovo-Metohija, kam im Herbst 1941 nach Albanien und nahm an der Gründungsversammlung der KPA teil. Im April 1942 erhielt er von der Konsultativkonferenz der Partei den Auftrag, gemeinsam mit Vasil Shanto deren

Als ich mich bei der Gebietsleitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens für Kosovo-Metohija in Peja (Peć) (im September 1941)³ aufhielt (als ich dorthin gereist war, um die Jugoslawische Partei um ihre Vermittlung bei der Auflösung der Gruppen in Albanien zu ersuchen), hatte ich vorgeschlagen, mich nicht in das in Albanien zu bildende Zentralkomitee aufzunehmen, um den Prozeß der Parteiformierung zu fördern. Auf diese Weise würde es leichter werden, die Leiter der anderen Gruppen, die zu den Urhebern der gegen Lenin und Stalin sowie gegen die Massenbewegung gerichteten Theorien gehörten, zu entfernen. Ich wiederholte meinen Vorschlag, und er wurde von der ersten Konferenz, auf der die Partei entstand, angenommen. Ich hatte also dem Genossen Miladin [Popović] für die Aufnahme in das Provisorische Zentralkomitee ganz neue Elemente aus den drei Gruppen vorgeschlagen, Personen, von denen ich annahm, daß sie gar nicht oder relativ wenig vom Gruppengeist durchsetzt waren oder über Eigenschaften verfügten, die mir die Gewähr boten, daß sie sich von diesem Geist lösen könnten.

Andererseits war ich mir völlig bewußt, daß die von mir vorgeschlagenen Genossen aus allen Gruppen, so aufopferungsvoll sie sich für die Sache einsetzten und so hingebungsvoll sie auch arbeiteten, nicht über die erforderliche politische Vorbereitung verfügten, um Mitglieder eines Zentralkomitees zu sein (diese Tatsache hatte mir auch Genosse Miladin vergegenwärtigt), das heißt, es fehlten Voraussetzungen, um befähigt zu sein, die politischen und wirtschaftlichen Probleme Albaniens ausreichend zu verstehen und jederzeit die objektive Lage und die Rolle des subjektiven Faktors zu erfassen sowie künftige Situationen voraussehen zu können. Aufgrund der politischen Unreife kam hinzu, daß die Genossen, die für das Zentralkomitee vorgeschlagen und aufgenommen wurden, in den bisherigen Gruppen nach wie vor Rückhalt bei Mitgliedern

Antrag zur Aufnahme in die Komintern über die KPJu weiterzuleiten; im Mai 1944 vom ZK der KPJu zurückgerufen, arbeitete er wieder in der Gebietsleitung von Kosovo-Metohija.

- 3 Nach Angaben von Bujar Hoxha hatte auf Drängen des EKKI und durch Vermittlung von J. B. Tito am 11. Oktober 1941 in Vitomirice in der Nähe von Peja ein Treffen zwischen Vertretern der Korçagruppe und der Gruppe der Jungen mit der Gebietsleitung der KPJu stattgefunden. Daran nahmen von albanischer Seite Koço Tashko, Xhevdet Doda und Elhani Nimani sowie von jugoslawischer Seite Boro Vukmirović, Dušan Mugoša, Pavle Jovičević und Ali Šukri teil (siehe Bujar Hoxha: *Disa mendime rreth formimit të Partisë Komuniste të Shqipërisë*. In: »Rilindja Javore«. Tirana vom 2.–8. Juli 1995. S. 26).

hatten, die an der persönlichen Führung ihres jeweiligen Leiters (beispielsweise an meiner Führung) festhielten, und somit bestand die Gefahr, daß sie im neuen ZK damit fortfahren würden, weiter als Anhänger einer Person aufzutreten, anstatt auch selbst zur kollektiven politischen Führung des ZK beizutragen.

Ich hoffte, daß diese Hauptschwächen bis zur Abhaltung des Parteitages durch die Anwesenheit der beiden Instrukteure der Jugoslawischen Partei, der Genossen Miladin und Dušan, im Zentralkomitee überwunden sein würden.⁴ Mit anderen Worten, ich überließ die gesamte Verantwortung diesen beiden Genossen (wenngleich ich keinerlei Vorstellung von ihrer Vergangenheit hatte) allein aufgrund der Empfehlung der Gebietsleitung der KPJu für Kosovo-Metohija und weil ich davon überzeugt war, daß die Ergebnisse – auch wenn sie noch so ungünstig ausfielen – nicht schlechter sein könnten, als wenn der Kampf der Gruppen gegeneinander weitergeführt oder ich im ZK zusammen mit den Leitern der anderen Gruppen sein würde, mit denen ich (ich gegen sie und sie gegen mich) scharfe persönliche Auseinandersetzungen gehabt hatte.

Solange der Parteitag nicht zusammengetreten und noch kein Vertreter der Komintern (von dem Genosse Miladin mir zugesichert hatte, daß er kommen würde) eingetroffen war, beobachtete ich die Situation sehr aufmerksam, doch lediglich von außen; denn von innen heraus hatte ich keine Möglichkeit, da ich nicht einmal Verantwortlicher einer Zelle war, um wenigstens am Parteitag von Tirana teilnehmen zu können. Das aufmerksame Beobachten war um so notwendiger, als die jugoslawischen Genossen keine Kenntnis von den albanischen Problemen hatten, und da mir die Pflicht oblag, der Komintern oder ihrem Vertreter, von dem ich hoffte, daß er vor dem Parteitag eintreffen würde, einen Bericht zu geben. Diesen Bericht würde die Komintern von mir entsprechend der Aufgabe, mit der sie mich 1937 betraut hatte,⁵ abfordern. Ich wie-

-
- 4 Während des Widerstandskampfes wurde kein Parteitag durchgeführt. Der erste ordentliche Parteitag der KPA trat erst nach der Befreiung des Landes im November 1948 zusammen. Das auf der Gründungsversammlung gewählte Provisorische Zentralkomitee wirkte bis März 1943, als die I. Landeskonferenz das neue, aus 15 Mitgliedern bestehende Zentralkomitee, das Politbüro und Enver Hoxha zum Generalsekretär der KPA wählte.
 - 5 Koço Tashko war zusammen mit Ali Kelmendi 1936 aus Paris nach Moskau gegangen, um der Kommunistischen Balkan-Föderation über die Situation in Albanien Bericht zu erstatten. Damals fiel die Entscheidung, die im Lande bestehenden kommunistischen Gruppen aufzulösen und an ihrer Stelle Parteizellen als Grundlage für die zu

derhole: Nicht nur, daß ich in keinem der Gremien gewesen bin, wo ich mich hätte informieren können, sondern auch die Genossen meiner ehemaligen Gruppe hatten entweder Angst, mit mir zu sprechen, um nicht der »Fraktionsbildung« bezichtigt zu werden, oder sie haben mit mir über Gruppenangelegenheiten geredet und ich war der Erste, der sie bekämpft und darüber berichtet hat, und somit habe ich verursacht, daß sich die Genossen meiner ehemaligen Gruppe (jene mit Tendenzen zur Gruppenbildung oder Unzufriedene) gegen mich wandten.

Ich habe Genossen Miladin seit März dieses Jahres ständig Hinweise gegeben, die er jedoch nicht positiv aufnahm. Meine Hinweise standen im Widerspruch zu den Lösungen, die er für die Parteifragen vorsah; das waren nach meiner Auffassung Lösungen, die anhand der Kriegssituation in Jugoslawien kopiert waren und sich für Albanien als »linksradikal« erwiesen.

Das betrifft folgende Probleme: 1. Die Kosovo-Frage; 2. Die Albanische Armee; 3. Das Problem der Nationalisten⁶ und der Nationale Befreiungskampf; 4. Die Lösung der inneren Probleme infolge einer Unterschätzung der Kräfte des äußeren Feindes.

Bevor ich mich diesen Problemen zuwende, kann ich die Lage in Albanien im allgemeinen so beschreiben: Der Haß gegen die Eroberer ist groß, aber der Faschismus hindert das albanische Volk, sich in die Bewegung einzureihen, indem er vor allem drei Dinge in den Vordergrund rückt:

schaffende Kommunistische Partei zu bilden und so auch in Albanien Voraussetzungen für eine breite Volksfront schaffen zu können. Beide wurden vom EKKI beauftragt, diese Orientierung nach Albanien zu überbringen und durchzusetzen. Tashko ging 1937 allein nach Albanien mit der Maßgabe, kontinuierlich nach Moskau zu berichten. Er fühlte sich an diesen Auftrag gebunden und verstand sich nach wie vor als Vertreter der Komintern in Albanien.

- 6 Zu den sogenannten Nationalisten gehörten mit dem italienischen Besatzungsregime unzufriedene Vertreter verschiedener Bevölkerungsschichten: Patrioten und bürgerliche Intellektuelle wie Anhänger der Monarchie, die für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit und ein ethnisches Albanien eintraten. Im Unterschied zum kommunistisch geführten Widerstand hielten sich diese – namentlich konservative Grundbesitzer, die gesellschaftliche Veränderungen ablehnten – bei Aktionen gegen den Eroberer zurück. Sie waren auch nicht bereit, sich der Führung der KPA unterzuordnen. Mit der späteren Bildung eigener Organisationen, wie »Balli Kombëtar« (Nationale Union) im November 1942 und »Legaliteti« (Legitimität) im November 1943, vollzog sich eine weitere Differenzierung. Die Haltung der Nationalisten schwankte zwischen begrenzten Widerstandsaktivitäten gegen die und Zusammenarbeit mit den Okkupanten.

1. Das Gespenst Serbiens und Griechenlands;⁷

2. Das Schmeicheln damit, daß die moslemischen Albaner, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bilden, in der Vergangenheit die herrschende Rasse gewesen seien sowohl innerhalb Albanien gegenüber den anderen Konfessionen als auch außerhalb gegenüber den vom Osmanischen Reich versklavten Völkern. Das geht einher mit dem Versprechen, daß sie auch künftig wiederum die »herrschende Rasse« auf dem faschisierten Balkan sein werden;

3. Die Tatsache, daß Albanien für Italien ein Einfallstor auf dem Balkan ist, bewirkt eine wesentlich größere wirtschaftliche Aktivität als in Griechenland und Jugoslawien, gleichzeitig auch eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln sowie eine Hinhaltepolitik. Andererseits erschwerte es der »Linksradikalismus« der Partei, die Bevölkerung aus der Inaktivität, in die sie der Faschismus gebracht hatte, heraus zu den von der Partei geforderten Aktionen zu führen.

Die Partei erfreut sich der Sympathie des Volkes, jedoch nicht der Unterstützung durch Aktionen (im Kosovo genießt sie keine Sympathie, vielmehr war die antikommunistische Propaganda Mustafa Krujas⁸ von Erfolg gekrönt). Vor dem 7. April 1942, dem Jahrestag der Besetzung Albanien, kam es zu Demonstrationen, aber am diesjährigen 7. April beteiligte sich das albanische Volk nicht daran. Zu dem Zeitpunkt wurden die ersten antikommunistischen Strafgesetze verkündet. Die Demonstrationen anläßlich dieses Jahrestages der Besetzung Albanien blieben daher lediglich Demonstrationen von organisierten Mitgliedern (Kadern) und Sympathisanten. Auch heute, 6 Monate danach, sind die Aktionen der Partei in den Städten sowie der Partisanenabteilungen Aktionen von organisierten Kadern und Sympathisanten (es heißt, die Mitte September vom Bezirkskomitee Korçë in Skrapar durchgeführte Aktion habe bei

7 Tashko nahm Bezug auf die nach den Balkankriegen abgetrennten Gebiete im Nordosten (Kosovo) und im Süden (Nordepirus), deren Anschluß an Serbien bzw. Griechenland von der Londoner Botschafterkonferenz 1913 sanktioniert worden war. Die faschistische Propaganda nutzte den in der Bevölkerung zweifellos vorhandenen Wunsch nach Zusammenführung aller ethnischen Albaner geschickt für die Interessen der Besatzungsmacht aus.

8 Mustafa Kruja (1887–1958), kollaborierte nach der faschistischen Besetzung Albanien mit den italienischen Eroberern. Als Ministerpräsident (Dezember 1941 bis Januar 1943) zeichnete er sich durch schärfsten Terror gegen die KPA und den aufkeimenden antifaschistischen Widerstand aus.

einem Teil der Bauernschaft Unterstützung gefunden, aber noch wissen wir nicht, inwieweit das zutrifft).

Vor der Partei steht deshalb die Aufgabe, aus der Lage, in der das Volk Albanien sympathisierender Zuschauer ist, herauszukommen und zu einer Situation zu gelangen, in der sich das Volk in Aktionen einbringt, ein Übergang, der erforderlich ist, um die Partei vor der Isolation und vor einer möglichen Ausweitung der Reaktion zu bewahren. Ich habe die Hoffnung, daß sich diesbezüglich die Ergebnisse der Konferenz mit den Nationalisten, die am 16. September in Peza⁹ abgehalten wurde, positiv auswirken werden.

DIE KOSOVO-FRAGE

Die Partei hat zu den Kosovo-Albanern, die 60–65% der dortigen Bevölkerung und 2/3 der Bevölkerung des alten Albanien (in den Grenzen von 1913) ausmachen, systematisch geschwiegen; indem sie (mit den Worten des Genossen Miladin) darauf verwies, daß das nicht unsere Angelegenheit sei, sondern Sache der KPJu. Das Ergebnis war, daß auf dem Feld der inneren Propaganda, hier im Kosovo, Mustafa Kruja freie Hand hatte.

Im März–April 1942 veröffentlichte die Gebietsleitung der KPJu für Kosovo und Metohija eine an die Kosovo-Albaner¹⁰ gerichtete Proklamation in albanischer Sprache. Diese trug auch die Unterschrift der KPA. Das faschistische Regime stürzte sich sofort auf diese Erklärung, legte sie in seiner Presse neu auf, druckte sie auf gutem Papier als Traktat der Regierung und verbreitete sie im Kosovo sowie in Albanien, um nachzuweisen, daß die albanischen Kommunisten das Kosovo Serbien überlassen haben. Bis heute entfaltet Mustafa Kruja beständig die größte

9 Die von der KPA einberufene Konferenz von Peza trat am 16. September 1942 zusammen. Daran nahmen 18 Delegierte teil – neben Kommunisten, darunter Ymer Dishnica, Mustafa Gjinishi, Enver Hoxha, Nako Spiru, Koço Tashko, auch nicht-kommunistische national gesinnte Vertreter, wie Myslim Peza, Haxhi Lleshi, Ndoc Coba, sowie Anhänger der Monarchie wie Abaz Kupi (Bazi i Canës). Die Konferenz beschloß die Gründung der Nationalen Befreiungsfront und die Schaffung Nationaler Befreiungsräte. Sie wählte als Leitungsorgan den Generalrat der Nationalen Befreiung, dem sieben Mitglieder angehörten (siehe auch Anmerkung 41).

10 Siehe Arkivi Qendror i Shtetit. Fondi Ministria e Tokave te Liruara. Viti 1942. Dotsja 67. S. 3f.

antikommunistische Aktivität unter den Kosovo-Albanern. Dorthin haben sich die höchsten faschistischen Repräsentanten (darunter Mustafa Kruja selbst) begeben, um den Haß gegen den Kommunismus anzufachen, ohne auch nur ein Wort über Nedić, Kosta Pešanac¹¹ und ihre Tschetniks zu verlieren. Gegen Mihajlović¹² wandte er sich erst, als er überzeugt war, daß dieser mit den Partisanen zusammenarbeitet. Mustafa Kruja hat es also vermocht, Kosovo-Albaner zum Kampf gegen die Partisanen in Montenegro zu rekrutieren, und es besteht die große Gefahr, daß die Kosovo-Albaner nach Albanien herunterkommen und gegen uns kämpfen (eines der Bataillone, das den Myslim¹³ in Peza am 29. September 1942 eingeschlossen hatte, bestand aus Angehörigen der Kosovo-Miliz). Außerdem hat sich Mustafa Kruja die »Lösung«, die wir der Kosovo-Frage zgedacht hatten, sowie unser Schweigen über diese Problematik systematisch zunutze gemacht, um die Nationalisten und das albanische Volk im alten Albanien von der KPA fernzuhalten. Andererseits waren die Parteimitglieder hinsichtlich dieser Frage völlig im Ungewissen und konnten auf die Argumente der faschistischen Presse, die fast täglich auf dem Thema herumreitet und dabei jederzeit die Spitze des Pfeils gegen uns richtet, keine Antworten geben. Auch die Nationalisten haben von uns Erklärungen gefordert, aber wir hatten ihnen konkret nichts zu sagen.

Ich habe die Genossen und Genossen Miladin darauf aufmerksam gemacht, sobald ich diese Proklamation zu Gesicht bekam. Ich bezeich-

11 Milan Nedić (1882–1946); General, Ministerpräsident der Regierung in Serbien während der faschistischen deutschen Besetzung 1941–1945. Kosta Pešanac war ein königstreuer serbischer Tschenik-Führer.

12 Draža Mihajlović (1893–1946); Oberst, Kriegsminister der jugoslawischen Exilregierung, befahl während des antifaschistischen Widerstandskampfes serbische Tschetniks, die anfangs gegen die faschistische Besetzung kämpften. Seit spätestens 1942 wandte er sich gegen die kommunistisch geführten Partisanen und vollzog einen »Frontwechsel«. Im Juli 1946 wegen Kollaboration mit dem Feind verurteilt und hingerichtet.

13 Myslim Peza (1897–1984), stammte aus einer patriotisch gesinnten Familie. Als Gegner der Monarchie war er 1930 gezwungen zu emigrieren, kehrte 1939 nach der faschistischen Okkupation zurück und organisierte bereits 1940 in der Umgebung von Peza die erste bewaffnete Widerstandsgruppe. Im September 1942 Teilnehmer an der Konferenz von Peza, wurde er zum Mitglied des Generalrates der Nationalen Befreiung gewählt; seit 1943 Mitglied des Generalstabes der Nationalen Befreiungsarmee und im Oktober 1944 stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Regierung Albanien.

nete sie als Fehler, der schlimme Folgen für uns haben wird, als eine beispiellose Veröffentlichung, (denn mir ist nicht bekannt, daß in einem Land zwei kommunistische Parteien an die Öffentlichkeit treten sollten, und der Aufruf von zwei Parteien bedeutet in einem solchen Fall, daß dieses Land eine eigene Organisation braucht), und als eine solche internationalistische Lösung, die der Idee der *nationalen Befreiung des Kosovo* keineswegs Rechnung trägt. Ich habe den Genossen Miladin davon unterrichtet, daß die Komintern ein Kosovo-Komitee beim Komitee für »Nationale Befreiung« in Berlin¹⁴ geschaffen hatte, und ich schlug ihm vor, für Kosovo entweder eine eigene kommunistische Organisation oder wenigstens einen entsprechenden Nationalen Befreiungsrat zu bilden. Ich vertrat ihm gegenüber die Auffassung, daß das Wort der KPJu bei den Albanern im Kosovo nicht ins Gewicht fallen kann, ebensowenig wie das Wort der KPA für die Serben im Kosovo von Bedeutung wäre. Genosse Miladin versprach mir eine Antwort, aber ich erhielt keine, außer der, daß dies eine Angelegenheit der KP Jugoslawiens sei und wir uns nicht einzumischen hätten, und daß auch gar nicht zugelassen werden kann, daß wir uns einmischen.

Kosovo ist seitdem, und das gilt bis heute, auch durch das fortgesetzte Schweigen der KPA zu einer sehr wichtigen Basis für bewaffnete Reserven im Dienste des Faschismus geworden. Wir stehen also vor der Aufgabe zu verhindern, daß der Faschismus aus dieser Quelle Nutzen zieht, wobei wir versuchen müssen, die Kosovo-Albaner zu neutralisieren, um sie möglichst als unsere Reserve zu gewinnen. Die Angst und der Haß der Kosovo-Albaner gegenüber Serben und Montenegrinern sind sehr groß, aber wir dürfen nicht vergessen, daß sie auch Haß gegen das faschistische Italien empfinden, das sie als »feige« und ironisch als »ungläubig« bezeichnen; auch der einstige Glaube an Hitler als ihren Erretter aus der serbischen Herrschaft ist ins Wanken geraten. Außerdem hat sich die wirtschaftliche Lage dort in annähernd gleichem Maße wie in Albanien verschlechtert.

14 Das »Komitee der Nationalen Befreiung« war 1927 aus dem 1925 in Wien vom linken Flügel der albanischen Emigranten unter Fan S. Noli, Sejfulla Malëshova, Ali Kelmendi, Ljazar Fundo gebildeten »National-Revolutionären Komitee« (KONARE) hervorgegangen. Das »Komitee der Nationalen Befreiung« strebte grundlegende gesellschaftliche Reformen, vor allem eine Agrarreform und die Errichtung einer demokratischen Republik in Albanien, an. Seit 1931 befand sich der Sitz in Paris, das Komitee hatte jedoch Vertretungen in weiteren europäischen Ländern.

Am 12. September, zwei Tage vor Eröffnung der Konferenz¹⁵ mit den Nationalisten, wurde auf einer Zusammenkunft von Genossen in Peza bekräftigt, daß man die Kosovo-Frage nicht mit Schweigen übergehen könne, denn die Nationalisten würden diese Frage aufgreifen, was sie auch tatsächlich taten. Genosse Miladin hat bei dieser Zusammenkunft erklärt, daß die Kosovo-Frage nach einem Beschluß der Komintern eine Angelegenheit sei, die allein von einem demokratischen Jugoslawien und einem demokratischen Albanien gelöst werden wird. Darauf gaben wir zur Antwort, daß wir den Nationalisten das Kosovo-Problem in diesem Sinne unterbreiten würden und unsere unmittelbare Aufgabe nicht darin bestünde, abzuwarten, bis Albanien und Jugoslawien demokratische Staaten werden, sondern alle albanischen Kräfte zu mobilisieren, um Albanien demokratisch zu gestalten. Kosovo dürfe nicht zum Rückhalt des Feindes werden, um uns und die Partisanen in Montenegro und Serbien niederzuwerfen, sondern es sollte möglichst unsere Reserve werden, um den Feind besiegen zu können oder es sollte neutralisiert werden, damit die Zerschlagung des Feindes nicht behindert wird und wir das demokratische Albanien errichten können, für das die Komintern eintritt und wofür auch wir kämpfen. Auf der Zusammenkunft wurde des weiteren der Fakt benannt, daß in Albanien viele Mitglieder der Kommunistischen Partei wirken, die aus dem Kosovo stammen, die jedoch im Kosovo sehr viel nützlicher wären, da dort, wie auch Genosse Miladin einräumt, nur wenige albanische Kommunisten sind.

Die Aussage eines Mitgliedes des ZK,¹⁶ daß das Kosovo-Problem für die Albaner im alten Albanien nicht existiere, entspricht nicht der Wahrheit, sondern ist lediglich ein Versuch, um die Vernachlässigung dieses Problems durch uns bis heute zu rechtfertigen.

Die Vorstellung des Genossen Miladin, daß es für Kosovo besser sei, unter der Jugoslawischen KP zu verbleiben, da Jugoslawien früher als Albanien befreit werden wird, war eine verlockende Vorhersage, die ihm aus dem Herzen kam, aber sie war keineswegs revolutionär, denn mit

15 Tashko meint die Konferenz von Peza (siehe Anmerkung 9).

16 Gemeint ist Qemal Stafa (1920–1942), aufgewachsen in einer patriotischen Familie, wurde er schon 1937 als Gymnasiast Mitglied der kommunistischen Shkodra-Gruppe. Im November 1941 gehörte er als jüngster Teilnehmer zur Gründungskonferenz der KPA und wurde in das Provisorische ZK gewählt. Stafa war auch Politischer Sekretär der Ende November 1941 gebildeten Kommunistischen Jugendorganisation und enger Vertrauter von Enver Hoxha. Im Mai 1942 geriet er in einen Hinterhalt der Polizei und wurde erschossen; die näheren Umstände sind nicht geklärt.

einer solchen Einstellung mobilisiert man nicht die Kräfte der antifaschistischen Revolution. Damit werden nicht einmal die unentschlossenen Kräfte in Albanien neutralisiert, die vom Feind ausgenutzt werden können, um die Verwirklichung jener Vorhersage unmöglich zu machen.

Das Ergebnis dieser Zusammenkunft war, einen Nationalen Befreiungsrat für Kosovo zu formieren, der mit dem in Albanien zu bildenden Nationalen Befreiungsrat, der dort auch entstand, Verbindung halten sollte; diese Lösung sollte so breit wie möglich publik gemacht werden. Aus meiner Sicht ist diese Lösung unzureichend, denn im Kosovo wird der dortige Rat schlichtweg unter Losungen der Nationalen Befreiung und im eigenen Namen auftreten, daher werden der kommunistische Geist und die Tatsache, daß nur die Kommunistische Partei die vollständige Realisierung der nationalen Rechte des Volkes sichern kann, nicht anders denn durch die Einmischung der KPJu zum Ausdruck kommen. Eine kommunistische Organisation für Kosovo hingegen würde diesen Mangel vermeiden und könnte den Kampf der verschiedenen Elemente im Kosovo tatsächlich vereinigen. Die kommunistische Organisation für Kosovo könnte möglicherweise mit der Jugoslawischen Kommunistischen Partei verbunden sein, und somit würde, wenn die Aussage des Genossen Miladin zutrifft, daß die Gebiete der Jugoslawischen Monarchie wie zuvor unter der KPJu verbleiben, diese Regel nicht durchbrochen, und gleichzeitig würde auch der jetzige Mangel korrigiert werden.

Der Genosse Miladin erklärte vor der Beschlußfassung über die Bildung eines Nationalen Befreiungsrates für Kosovo, daß dort schon ein Nationaler Befreiungsrat bestehe. Als ich ihn fragte, warum die Proklamation dieses Rates nicht bekannt gemacht worden ist, antwortete er, der Rat sei im Entstehen begriffen, d. h., daß er noch gar nicht formiert ist. Genosse Miladin glaubt, daß Selbstkritik das Prestige beschädige, während ich der Meinung bin, daß sich Ansehen am besten mit Aufrichtigkeit bewahren läßt.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß sich in der Entschließung der Konferenz zur Wahl des Generalrates der Nationalen Befreiung diese Losung findet: »Es lebe das Freie, *unteilbare*, unabhängige und demokratische Albanien.«¹⁷ Die Nationalisten betonten auf

17 Dokumenta të organeve të larta të pushtetit revolucionar nacional-çlirimtar (1942–1944). Tirana 1962. S. 14.

18 Im August 1941 wurden durch königliches Dekret die von Italien besetzten albanisch besiedelten Gebiete Kosovos sowie Teile von Mazedonien und Montenegro im Rah-

der Konferenz, daß für sie unter dem unteilbaren Albanien nur Albanien in den neuen Grenzen zu verstehen ist.¹⁸

DAS PROBLEM DER ALBANISCHEN ARMEE

Das Zentralkomitee gab Ende Juli eine Reihe von Direktiven heraus. Ich zitiere daraus diese zwei Paragraphen:

»Das ZK übermittelt allen Bezirken und Verantwortlichen der Zellen, ausgehend von der gegenwärtigen politischen Situation, die folgenden Direktiven, die den Zellen-Mitgliedern mitzuteilen und die von allen Parteiorganisationen *genauestens* durchzuführen sind ...«

»Die Aktivitäten der Guerillaeinheiten müssen ständig stattfinden, wir müssen die Depots des Feindes niederbrennen, es müssen Angriffe auf die Zentren der Miliz, der Carabinieri, des SIM,¹⁹ auf Kasernen, Truppenansammlungen, Kolonnen in Bewegung, Funkstationen, Telefonverbindungen erfolgen; Offiziere, italienische Carabinieri, Soldatenansammlungen, alle Agenten der fünften Kolonne, insbesondere Spione und Milizangehörige, *müssen erbarmungslos getötet werden.*«²⁰

Die Aussage ist ziemlich konfus, es fehlt die Differenzierung zwischen der Albanischen und der Italienischen Armee; in ungenügender Weise wird weder zwischen den Formationen der bewaffneten albanischen Kräfte einerseits noch denen der italienischen andererseits differenziert. Betont wird, daß die Direktive *genauestens* zu befolgen ist, so daß die Elastizität von vornherein eingeschränkt ist. Die Parteimitglieder entnahmen dieser Direktive, daß die Partei ihnen auferlegt, auch die Albanische Armee in Bewegung, Ansammlungen albanischer Truppen und

men der faschistischen Neuordnung an das Mutterland angegliedert. Die über Jahrzehnte verfolgte Forderung nach Zusammenführung aller albanisch-ethnischen Territorien schien verwirklicht. Unter dem Deckmantel, Albanien für die Albaner zu sichern und das Land vor dem Kommunismus zu schützen, konnten die faschistischen Eroberer Loyalität und Unterstützung vieler Albaner gewinnen. Die Aussage, daß »Rumpfalbanien« den Großteil Kosovos »annektiert« habe, erscheint indessen strittig (siehe Jens Reuter: Albanien nationale Frage. In: Conrad Clewing, Jens Reuter. Koordination. Der Kosovo-Konflikt. Ursachen-Akteure-Verlauf. München 2000. S. 158).

19 Servizio Italiano Militare – Italienischer Militärischer Geheimdienst.

20 Dokumenta Kryesore të PPSH. Vëllim I (1941–1948). Tirana 1960. S. 48 und 50 (Hervorhebungen von Koço Tashko – E. L.).

albanischer Soldaten anzugreifen. Das betraf ebenso Kasernen der Albanischen Armee und albanische Offiziere ohne Unterschied.

Zum Glück begreifen die albanischen Kommunisten – mit Ausnahme derjenigen mit einem ausgeprägten »Linksradikalismus« oder starken Überresten eines vergangenen Gangstertums –, daß die Albanische Armee völlig auf unserer Seite steht. Sie hat sich an unseren Demonstrationen beteiligt, hat eigene Demonstrationen durchgeführt, Soldaten sind im Krieg gegen Griechenland desertiert; und sie kann nicht gegen die Partisanen in Montenegro noch gegen ein anderes Volk außerhalb der Grenzen Albanien eingesetzt werden. Sie hält sich zurück, so oft die Partei eine Aktion in Albanien durchführt; Soldaten sind desertiert, wenn wir sie dazu aufforderten; sie kamen zu unseren Partisanenabteilungen, und die einzige Beschwerde, die es gegen uns gibt, ist, daß wir sie nicht dabehalten oder einsetzen konnten, wenn sie als Deserteure aus der Armee zu uns kamen. Man kann sagen, daß der einzige Teil des albanischen Volkes, der heute dazu bereit ist, gemeinsam mit uns Aktionen gegen den Eroberer zu unternehmen, die Albanische Armee ist. Dürfen wir sie denn dazu bringen, sich gegen uns zu stellen, und sie in die Arme des Faschismus treiben? Wir müssen sie mit Flugblättern attackieren, aber nicht mit Bomben.

Die berühmt gewordenen Partisanen von Skrapar haben nicht nur nicht die Albanische Armee attackiert, sondern auch – nach letzten Meldungen – die albanischen Gendarmen, die sie gefangengenommen hatten, freigelassen, ohne sie zu entwaffnen. Sie haben die gefangenen albanischen Milizangehörigen freigelassen, nachdem man ihnen die Waffen und Uniformen abgenommen hatte. Im Ergebnis schlug sich eine große Gruppe von Milizionären auf die Seite der Partisanen, und die Expeditionen gegen die befreiten Gebiete um Skrapar fanden wenigstens zeitweise ein Ende.

Genosse Miladin sagte angesichts der Proteste der Genossen, die Direktive bedeute nicht, daß jede Aktion zuvor genau ausgeklügelt werden muß. Es sei zwar richtig, daß dies für jede Aktion erforderlich ist, aber das sei hauptsächlich technischer Natur; was die politische Seite angeht, so richte sich die Abteilung²¹ nach dem allgemeinen politischen Grundsatz, der in der Direktive vorgegeben ist. Ein anderer Genosse des ZK sagte mir, daß es sich um einen Druckfehler handeln könnte, andererseits schrieb mir der Genosse Taras [Enver Hoxha] wörtlich folgendes:

21 Unter »Abteilung« ist hier und im folgenden eine Partisanenabteilung zu verstehen.

»Wir müssen auch die albanischen Soldaten schlagen, jeden Handlanger oder Menschen, der dem Feind dabei dient, unsere Bewegung zu unterdrücken. Aber diese Direktive besagt nicht, daß wir morgen die albanischen Soldaten töten müssen, dies wäre wohl die einfachste Sache. Wir werden mit der Schaffung von Abteilungen zuschlagen, der Feind wird Maßnahmen ergreifen. Natürlich wird das Ganze von Maßnahme zu Maßnahme schwieriger werden, und die Lage wird sich weiterhin zuspitzen. Es wird der Tag kommen, da der Feind auch unsere Soldaten einsetzen wird, desgleichen unsere Gendarmen, um gegen uns loszuschlagen und wir müssen darauf antworten. Die Ereignisse werden es mit sich bringen, daß wir die Losung ausgeben werden: Entweder mit uns oder gegen uns. Die Direktiven sehen vor, daß wir heute keine italienischen Soldaten töten, aber wir werden morgen töten; morgen werden wir auch albanische Soldaten töten, wenn sie zu Handlangern des Feindes werden.«

Allerdings gilt die erlassene Direktive für heute und nicht für morgen. Der Tag, von dem Taras spricht, ist noch nicht gekommen; wenn er kommt, haben wir Zeit, die entsprechende Direktive herauszugeben. Jetzt haben wir gegenüber dem albanischen Soldaten andere Aufgaben, nämlich die Überlegung, wie wir ihn in die Abteilung aufnehmen, und wir haben die Verpflichtung, den Mitgliedern klare Vorstellungen über die Albanische Armee zu vermitteln und nicht solche Auffassungen zu vertreten, die den »Linksradikalismus« und die Überreste des Gangstertums, die wir als Erbe aus den vorherigen Gruppen übernommen haben, ermutigen können.

Mir scheint, daß wir ebenso wie in der Kosovo-Frage auch bei diesem Problem versuchen, die Aktionen zu beschleunigen, ohne den Rahmen des Möglichen aufgrund der objektiven Situation in Albanien zu berücksichtigen; ja, wir handeln sogar im Gegensatz zur Situation, gestützt auf die Überzeugung einiger, daß der Krieg innerhalb sehr kurzer Zeit zu unseren Gunsten zu Ende gehen und der Reaktion keine Zeit bleiben wird, wuchtig gegen uns loszuschlagen. Wir alle wünschen den schnellen Sieg, und Überraschungen sind nicht ausgeschlossen, z. B. die Revolution in Deutschland in diesem Herbst, doch ein guter Strategie richtet sich nicht nur auf schönes Wetter ein, sondern denkt auch an die Regenzeit. Wir sollten auch nicht vergessen, daß unser Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus größer sein wird, wenn wir uns nicht von den Volksmassen lösen, und ebensowenig vergessen, daß wir nach dem Sieg an der Sowjetischen Front noch eine weitere Periode des Bürger-

krieges hier in Albanien haben werden. Die Sowjetunion hat nämlich keine Garantien übernommen, daß sie die Rote Armee innerhalb weniger Tage nach dem Sieg in alle vom Faschismus besetzten Länder schicken kann.

Die bereits erwähnte Losung, die alle Soldaten, die italienischen und albanischen, in einen Topf wirft, wirkte wie eine Art linksradikale Injektion für Veröffentlichungen des Bezirkskomitees von Tirana, das vor zwei Wochen (Anfang September) folgende Losung herausgab: »Entweder mit dem Volk für die Befreiung der Heimat oder mit dem Feind für die Versklavung des albanischen Volkes.« Vom Wortlaut her scheint dies darauf abzuzielen: entweder mit uns oder gegen uns. Die Bestätigung folgte drei oder vier Tage später in einer weiteren Veröffentlichung des Bezirkskomitees, in der es hieß: »Wir werden den Kampf bis zum Ende weiterführen, auch wenn von seiten des Volkes keine großen Erwartungen bestehen.« Und wiederum zwei, drei Tage danach: »Entweder Milizionäre und Polizisten gegen das Volk oder mit dem Volk gegen die Polizisten und Milizionäre.«

DER NATIONALE BEFREIUNGSKAMPF UND DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALISTEN

Die Erklärungen und Flugblätter, die nach der Gründung der Partei herauskamen, waren eine Zeit lang so umfangreich und inhaltlich so kompliziert, daß es selbst den Parteimitgliedern schwerfiel, sie zu lesen. Und tatsächlich stellte sich heraus, daß viele Mitglieder sie gar nicht gelesen haben. Ein großer Teil, der erste Abschnitt, dieser Veröffentlichungen beschäftigte sich mit der internationalen Lage und dem Kampf der Sowjetunion. Ich habe keinen Zweifel, daß – so sehr die Rote Armee heute der größte Popularitätsträger der Sowjetunion ist –, es dennoch eine unserer Hauptaufgaben bleibt, Informationen über die UdSSR, ihren Kampf und die internationale Lage mit unseren Mitteln zu verbreiten. Andererseits darf man niemals vergessen, daß, was uns anbelangt, unser Kampfabschnitt hier in Albanien ist.

Die Bezirkskomitees haben täglich die Frontberichte der Roten Armee herausgegeben, jedoch zu den Fragen unseres Abschnitts haben sie lange Zeit kein Wort verloren, weder in jenen Frontberichten noch in einem besonderen Bulletin. Die Freunde der Partei hatten begierig darauf gewartet, etwas über die inneren Probleme zu lesen und zu erfahren,

aber unsere Veröffentlichungen zu inneren Problemen beschäftigten sich mit Verallgemeinerungen. Wir setzten der feindlichen Propaganda im Hinblick auf Kosovo, die Religion, die Familie, das Privateigentum und andere Fragen keine Antworten entgegen. Die wirtschaftlichen Probleme des Landes waren nicht erforscht worden und bleiben weiterhin unerforscht. Unsere revolutionäre und antiimperialistische Geschichte, die im Wesen bäuerlich war, erwähnen wir nicht. Kein Wort über Haxhi Qamili,²² bekannt als Anführer der Bauern, die gleichzeitig für Boden, gegen den Feudalismus und gegen ausländische Einmischung in Albanien kämpften. Nichts über die Regierung von Durrës,²³ zu der Mustafa Kruja gehört hatte, und die die erste und fast identische Ausgabe der heutigen Regierung war. Keine Erwähnung des Kongresses von Lushnjë²⁴ als Beispiel für den Zusammenschluß der nationalen Kräfte zur Vorbereitung des Kampfes gegen den italienischen Eroberer, sowie nichts darüber, wie sich Mustafa Kruja diesem Kongreß widersetzt hatte. Ebenso schreiben wir nicht über den Kampf um Vlorë²⁵ als Vorbild für den bewaffneten Kampf, den wir heute gegen den Eroberer vorbereiten. Es fehlen Darlegungen über die Bestrebungen der Jugend in der Gesellschaft »Bashkimi«,²⁶ deren Verbindung mit der Bauernschaft, ihre Sympathie

22 Haxhi Qamili (1876–1915), in den Jahren 1914/1915 Führer des antifeudalen Bauernaufstandes in Mittelalbanien; er wurde nach Niederschlagung des Aufstandes in Durrës gehenkt.

23 Proitalienische Regierung unter Turhan Pasha, gebildet im Dezember 1918 in Durrës auf einem Kongreß konservativer Vertreter, vor allem der Grundbesitzer aus Mittelalbanien.

24 Nationaler Kongreß von Lushnjë (Januar 1920). Progressive Abgesandte aller Bevölkerungsschichten forderten die Wiederherstellung der Souveränität des albanischen Staates. Eine nationale Regierung unter Sulejman Delvina trat an die Spitze des Kampfes gegen die Aufteilungspläne der Pariser Friedenskonferenz.

25 Im Sommer 1920 erzwangen rund 4.000 albanische Patrioten in einem bewaffneten Aufstand in der Hafenstadt Vlorë den Abzug von etwa 20.000 italienischen Soldaten, die während des Ersten Weltkrieges südalbanische Gebiete besetzt hatten. Der Erfolg trug entscheidend zur internationalen Anerkennung und Aufnahme Albanien in den Völkerbund (Dezember 1920) bei.

26 Die demokratische Gesellschaft »Bashkimi« (Vereinigung), gegründet im Oktober 1922 in Tirana von Avni Rustemi (1895–1924), L Lazar Fundo (1898–1944) und weiteren demokratisch-revolutionär gesinnten jungen Intellektuellen. Sie setzte sich für Demokratisierung, wirtschaftliche und soziale Reformen in Albanien ein; nach Errichtung des autoritären Zogu-Regimes wurde »Bashkimi« im Dezember 1924 zerschlagen.

für die Sowjetunion und die Herkunft der Partei aus ihren Mitgliedern. Nicht erwähnt werden der Kampf und die Demonstrationen vom 7. April 1939 und die Ränkespiele Italiens mit Hilfe seiner albanischen Agenten zur Vorbereitung der Besetzung Albaniens, u. a. m.

Infolgedessen wurden die Parteimitglieder und die organisierten Sympathisanten zu »Spezialisten« für die internationale Lage, jedoch blieben sie Grünschnäbel bezüglich der Lage im Land und der revolutionären albanischen Geschichte. Auf diese Weise konnte der Vorwurf des Feindes, daß wir Agenten des Auslandes seien, Anklang finden. Seit August, als die deutsche Armee ihre vorübergehenden Erfolge erzielte, erschienen die Flugblätter und Veröffentlichungen der Partei (mit Ausnahme der Bekanntmachung) ohne jegliche Erwähnung der internationalen Lage, das heißt, sie nahmen den Charakter einer Polemik voller Einwände und Beschimpfungen gegen die Regierung von Mustafa Kruja an. Doch der Geist des »Linksradikalismus«, den die Parteimitglieder der Generallinie des ZK entnommen hatten, setzte sich fort (ich bin nicht einer Meinung mit dem Genossen Miladin, daß »linkssektiererische« Fehler von Einzelmitgliedern herrühren, sondern ich bin der Auffassung, daß so viele Mitglieder es auch sein mögen, die mit dem Erbe des »Linksradikalismus« aus den Gruppen und den »Theorien von der Erhaltung der Kader« behaftet sind, dennoch das ZK die Verantwortung zu tragen hat, nicht nur wegen der unterlassenen Bekämpfung dieser »linkssektiererischen« Erblast, sondern auch dafür, daß der »Linksradikalismus« durch die Generallinie genährt und ermutigt wird, wie ich das bereits ausgeführt habe und weiter aufzeigen werde).

Das ZK hat dazu ermuntert, sozialrevolutionäre Lieder aus Rußland, Frankreich und anderen Ländern zu übersetzen. Das ist ein gutes Werk für die Erziehung der Kader und Sympathisanten, aber es wirkt sich schädlich aus, wenn diese Kader und Sympathisanten in die Dörfer Albaniens gehen (ich kenne nur die Gegend um Peza) und den Bauern, sowohl den Armen als auch den Agas, Lieder über die soziale Revolution vorsingen, nicht aber die von der antifaschistischen Nationalen Befreiungsrevolution. Die Bauern von Peza haben anhand der Liedtexte und der Art unserer Propaganda nur eines klar begriffen: daß wir Kommunisten sind, die für den Kommunismus kämpfen, wir aber nicht die vollständige nationale Befreiung und das Glück der Bauern garantieren – wobei wir die einzigen sind, die dies tun können. Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn die Bauern am 29. September, als die Faschisten

Peza angriffen, in der großen Mehrheit Shyqyri Peza²⁷ (dem Kompromißler) folgten, der Rest dem Myslim und kein einziger der Partei.

Ich erinnere mich bei dieser Gelegenheit auch an die ständig vom Genossen Dušan wiederholte Phrase vom »nationalen Lied als Demonstration«. Der Genosse Dušan sollte aber inzwischen begriffen haben, daß die entgegengesetzte Losung, um sich über unsere Taktik in der Massenbewegung vor der Gründung der Partei lustig zu machen, folgende war: »Das Lied der Pariser Kommune [...] Es gibt keine Leute bei den Aktionen und Demonstrationen der KPA.«²⁸ Andererseits muß gesagt werden, daß die Genossen in der letzten Zeit begonnen haben, die Melodien der russischen, französischen und anderen Lieder mit Texten der nationalen Befreiung zu versehen.

Die Haltung des ZK zu Myslim Peza war von Anfang an negativ. Ich erinnere mich an die Formulierung des Genossen Miladin: »Wir brauchen unsere Partisanenabteilungen, wir dürfen weder Zeit noch Material für einen Kriminellen vergeuden.« Unglücklicherweise ist kein mutiger Nationalist zu finden, der keine Straftat begangen hätte. Auch die Besten sind aus dem feudalen System hervorgegangen, das in Albanien herrschte und noch immer besteht. Aber nur ein Sektierer kann die Wirkung jener 20–30 Dörfer im Umkreis von Peza, wo Myslim über einen großen Einfluß verfügte, bzw. ihre Bedeutung für die nationale Befreiung in Abrede stellen.

Diese Dörfer befinden sich im strategischen Herzen Albaniens, im Dreieck Tirana–Durrës–Elbasan, sie beherrschen die wichtigsten Straßen (Arterien) des Faschismus und liegen 4–6 Stunden zu Fuß von der Hauptstadt entfernt. Der ganze Bezirk hat sich dem Faschismus widersetzt (ohne Unterstützung der Kommunisten, allein mit den Bauern sowie desertierten Soldaten und Kriminellen), und zwar vom Juli 1941 bis Ende Februar 1942. Myslims Abteilung war illegal auf den Hügeln um Peza verblieben, und die Faschisten wagten es nicht, sie zu verfolgen. Dort sammelten sich Kommunisten und desertierte Soldaten. Die Italiener, die keine albanischen Milizangehörigen fanden, um die Abteilung des Myslim zu zerschlagen, unterbreiteten einen Kompromiß, den Myslims Bruder, Shyqyri, im Februar 1942 annahm.

27 Bruder von Myslim Peza; er gehörte mit diesem zu den ersten Partisanen im gleichnamigen Bezirk. Shyqyri Peza fiel während des antifaschistischen Widerstandskampfes.

28 Hintergrund dieser Polemik waren offensichtlich unterschiedliche Auffassungen darüber, welchen Platz »Nationales« und »Proletarisches« im antifaschistischen Widerstand einzunehmen haben.

Der Kompromiß bestand darin, daß Shyqyri Ruhe und Ordnung in Peza aufrechterhält und die Regierung im Gegenzug nicht das Recht hat, bewaffnete Kräfte, Polizisten und Gendarmen in Peza zusammenzuziehen. So entstand im Bezirk eine Art Republik im Herzen des Faschismus. Myslim stimmte dem Kompromiß nicht zu, zog aber Nutzen aus der Autonomie. Er war einverstanden, Verbindungen mit der Albanischen Kommunistischen Partei auf der Grundlage der albanischen »besa«²⁹ herzustellen; er akzeptierte fast alles, was die Partei ihm vorschlug:

Die Unterbringung von Genossen, Technikern und von Abteilungen sowie deren Verpflegung, die Herstellung von Verbindungen, den Weitermarsch und die Begleitung durch seine Leute, die Begleitung der Genossen, die Unterkunft für Teilnehmer an Nationalen Befreiungskonferenzen, die Unterbringung des ZK, die Schaffung eines Waffen- und Munitionsdepots (dies geschah mit Geld, das nicht von der Partei kam), die Unterbringung von Genossen, die zu einer Aktion aufbrachen oder zurückkamen. Er unternahm auch einige Aktionen mit seinen Leuten in Zusammenarbeit mit unseren Genossen. Doch Genosse Miladin wurde dadurch nicht zufriedengestellt, denn die Aktionen von Myslim waren in der Tat vereinzelt; allerdings waren es nicht weniger als die Aktionen der Partisanenabteilungen vor August 1942.

Myslim war nicht dagegen, die Aktionen auszuweiten. Er bestand nur auf folgenden Punkten: er dürfe nicht der einzige sein, der Aktionen durchführt, damit sich nicht die ganze Wucht des faschistischen Angriffs gegen Peza richtet; desgleichen sollten die Handlungen etwas weiter entfernt von seinem Bezirk erfolgen, damit man ihm diese nicht direkt anlasten könne. Diese Bedingungen stellte er, weil er spürte, daß die Bauern nicht bereit waren, die Folgen zu tragen, und, wie bereits oben ausgeführt, die Aktionen in Albanien noch keinen umfassenden Charakter angenommen hatten. Ich bin überzeugt, daß Myslim bei einem echten Interesse der Partei wesentlich mehr getan hätte, d. h., daß sich bei ihm der Einfluß der Partei gegen den Einfluß seines Bruders, Shyqyri, durchgesetzt hätte.

Die Partei begnügte sich indessen damit, daß sie Myslim für die Verpflegung der zwanzig bis dreißig Gefährten und illegalen Sympathisan-

29 Die durch mittelalterliches Gewohnheitsrecht überlieferte »besa« besagte, sich auf der Grundlage des gegebenen Ehrenwortes für gemeinsame Ziele zu verbünden und zusammenzugehen.

ten, die sich acht Monate dort aufhielten, 300 Napoleondor³⁰ übergab; eine Hilfe, die gewährt wurde, weil sie beharrlich angefordert worden war. Das ZK hatte sich bis Mitte Mai auch nicht für die Parteizelle von Peza interessiert. Bis dahin erhielt die Zelle widersprüchliche Anweisungen durch das ZK und das Bezirkskomitee oder von einzelnen bekannten Kommunisten, die dort nur im Bedarfsfall erschienen oder mal Zwischenstation machten. Im Mai bekundete das ZK Interesse für diese Abteilung, aber auch dies war rein zufällig; und zwar anlässlich einer Zusammenkunft von illegalen Mitgliedern des ZK, des Bezirkskomitees und weiterer Vertreter, die dort in der Zeit seit dem Verrat des Provokateurs Ludovik³¹ Unterschlupf gefunden hatten.

Die Faschisten griffen Peza an, nachdem ihnen Dokumente und Flugblätter in die Hände gefallen waren, die belegten, daß dort eine Konferenz der Partei mit den Nationalisten abgehalten worden war. Sie zogen 6.000 albanische Milizangehörige und italienische Soldaten zusammen, um gegen Peza loszuschlagen. Sie setzten dabei Panzer, Kanonen und 14 Bombenflugzeuge sowie Maschinengewehre ein. Der Rückzug der Abteilung verlief zufälligerweise ohne große Verluste (ein Kämpfer und zwei Bauern wurden getötet, die Verluste des Feindes waren ebenso hoch). In den Dörfern übten sie starken Terror aus: Brandschatzungen, Ausraubung, Morde, Vergewaltigungen.

Myslim hält sich gegenwärtig mit einer kleinen Gruppe illegal in den Bergen auf. Kein einziger Bauer hat sich ihm angeschlossen, ein guter Teil sympathisiert mit ihm, doch die Mehrheit steht zu Shyqyri, von dem sie einen neuen Kompromiß erhofft. (Shyqyri hat mit dem Präfekten von Tirana die »besa« vereinbart). Ich kann keine Vorhersagen treffen, aber jetzt scheint mir, daß Myslim in Peza weitaus nützlicher war als in den Bergen. In Tirana hat wiederum eine Terrorwelle eingesetzt; die Faschisten glauben, daß kommunistische Kader diesmal weder außerhalb noch innerhalb Tiranas ein Versteck finden werden, weil die Bevölkerung keine Kommunisten mehr aufnimmt. In den letzten Tagen sind vier der besten Genossen in Tirana umgekommen.

Genosse Miladin hat sich gestraußt, die Bedeutung einzelner Persönlichkeiten, und das betraf nicht nur Myslim, sondern auch andere Albaner, die Opfer des Faschismus geworden waren, für die Sache der

30 Alte Goldmünze: 1 Napoleondor = 20 Goldfranken.

31 Ludovik Nikaj, wegen angeblicher Tätigkeit als »faschistischer Provokateur« von der Außerordentlichen Parteikonferenz der KPA im Juni 1942 zum Tode verurteilt.

nationalen Befreiung anzuerkennen. Im März war ich in Korçë und erfuhr dort, daß Mustafa Kruja Muharrem Bajraktari³² und Bazi i Canës³³ angegriffen hatte. Nach einem kurzen Gefecht verkündeten die Faschisten einen großen Sieg. Als ich zwei Wochen später nach Tirana zurückkam, fragte ich Genossen des ZK, welche Haltung die Partei gegenüber diesen Opfern des Faschismus, die für die Bevölkerung von Krujë, Mati und der Malsija im Nordosten von erstrangiger Bedeutung waren, eingenommen habe.

Die Partei hatte dazu überhaupt keine Position bezogen, weil wir, wie mir ein Genosse des ZK der Jugendorganisation und des ZK der Partei³⁴ (der aktivste Genosse und zugleich der größte Sektierer, auf den sich Genosse Miladin stützte) erklärte, diese Nationalisten gar nicht brauchen, weil sie morgen unsere Feinde sein werden. Ich drängte darauf, daß das ZK zu ihrer Unterstützung sofort ein Flugblatt als Zeichen der Solidarität herausbringen und ihnen Hilfe mit Leuten anbieten sollte; ich bestand darauf, daß das Flugblatt noch jetzt, wenn auch verspätet, herausgegeben wird. Das Flugblatt erschien erst nach anderthalb Monaten (Anfang Mai) und nachdem es durch den ZK-Genossen, den ich erwähnte, zensiert worden war, der die Namen Bazi i Canës und Muharrem Bajraktari aus dem Text streichen wollte.

Wenn unsere Haltung gegenüber den Nationalisten, die von den Faschisten mit Waffen offen bekämpft wurden, passiv, die Position eines

32 Albanischer Stammesführer aus dem Nordosten (Luma); während der Zogu-Ära Offizier der Albanischen Armee, bildete er nach der italienischen Okkupation eine Abteilung national gesinnter Kämpfer in dem genannten Gebiet. Einen Zusammenschluß mit der von der KPA geführten Befreiungsfront lehnte er ab.

33 Bazi i Canës = Abaz Kupi (1891–1976), unterstützte 1920 die Regierung von Lushnjë; im April 1939 organisierte er als Offizier der Gendarmerie militärischen Widerstand gegen die italienischen Invasionstruppen in Durrës. Nach der Flucht in die Türkei und später nach Jugoslawien kehrte er im Frühjahr 1941 nach Albanien zurück und engagierte sich für die Bildung einer antifaschistischen Widerstandsfront. Auf der Konferenz in Peza wurde er zum Mitglied des Generalrates der Nationalen Befreiung gewählt. Im August 1943 trat er für die Zusammenarbeit der Nationalen Befreiungsfront mit »Balli Kombëtar« ein, was durch die Führung der KPA verhindert wurde. Er brach daraufhin mit der Nationalen Befreiungsfront und schuf im November 1943 die von ihm geführte Organisation »Legaliteti« von Anhängern der Monarchie; jedoch suchte er die militärische Auseinandersetzung mit den kommunistisch geführten Partisanen zu vermeiden. Anfang November 1944 verließ er Albanien und wirkte nach dem Krieg im Komitee »Freies Albanien« in den USA.

34 Gemeint ist offenbar wieder Qemal Stafa.

»orthodoxen« Zuschauers gewesen ist, so war unser Verhalten gegenüber jenen nationalistischen Elementen, die eingekerkert und interniert worden waren, noch negativer. Es gab nur ein einziges Mal ein gutes Wort (im März 1942) für einen dieser Nationalisten, nämlich für Mehdi Frashëri,³⁵ den die Faschisten in Italien interniert hatten, über den sie aber in der Presse meldeten, er sei von ihnen mit einer Mission betraut und nach Italien geschickt worden.

Die positive Aussage zu Mehdi Frashëri erfolgte in einer Bekanntmachung des Bezirkskomitees von Tirana, allerdings nur weil Mustafa Gjinishi³⁶ hartnäckig darauf bestanden hatte, d. h. als eine Art Zugeständnis. Jedes Abgehen vom Sektierertum erfolgte als Konzession mir oder einem anderen gegenüber, d. h. im Ergebnis meiner kritischen Einwände, die der Genosse Miladin so interpretierte, als ob ich das Ziel verfolgte, in das ZK hineinzukommen.

Ich war einer der Beauftragten für die Arbeit mit den Nationalisten, doch bis April 1942, sogar noch bis September, als in Peza die Konferenz mit Vertretern der nationalen Kräfte stattfand, hatte ich kein einziges positives Ergebnis erzielt. Die Nationalisten glaubten nicht an die Erfolge der Winteroffensive der Roten Armee; sie warteten auf die deutsche Offensive, und wegen der Nichteröffnung der Zweiten Front sowie der Passivität der Verbündeten der Sowjetunion zogen sie sich völlig zurück. Die Nationalisten vertrauten nicht darauf, daß die Partei den erwarteten Angriff von Mustafa Kruja überstehen würde; sie protestierten gegen »linke« Parolen des ZK (insbesondere zur Kosovo-Frage) und verlangten die Auflösung der Partei, d. h. ihre Verschmelzung in einer nationalistischen Organisation. Sie beharrten auch darauf, daß die Zeit für Aktionen noch nicht reif sei.

Die Beziehungen zu ihnen waren daher sehr schwierig, aber je schwieriger sie sich gestalteten, desto unangemessener wurden die For-

35 Mehdi Frashëri (1874–1963), bekannter albanischer Politiker; wiederholt Abgeordneter und Minister, 1935–1936 Ministerpräsident. Er genoß als Liberaler und Anhänger von Reformen Sympathie bei nationalen Kräften; nach der Okkupation Albaniens zeitweise von der italienischen Besatzungsmacht interniert. Mehdi Frashëri stand 1943–1944 an der Spitze des unter deutscher Federführung gebildeten Hohen Regenschaftsrates; er ging Ende 1944 nach Italien.

36 Albanischer kommunistischer Politiker, Mitglied des ZK der KPA. Im Juli–August 1943 Verhandlungsführer der Nationalen Befreiungsfront mit »Balli Kombëtar« in Mukja, wurde er von Enver Hoxha wegen »opportunistischen« Verhaltens heftig kritisiert; bereits im August 1944 aus dem ZK ausgeschlossen und liquidiert.

derungen des Genossen Miladin. Als Shyqyri Peza den Kompromiß geschlossen hatte und wir über keine einzige Abteilung verfügten, verlangte Genosse Miladin von mir, daß ich mit den Nationalisten über den Generalstab, die Formierung von freiwilligen Partisanenabteilungen, über die Uniformen, die neue Fahne, über die Politischen Kommissare und Ähnliches sprechen sollte. Da ich diszipliniert war, tat ich das; doch ich brauchte nur den Mund aufzumachen, und schon war das Gespräch beendet. Wir konnten uns nicht mit wenig begnügen, sondern wollten Wasser aus einem Stein herauspressen.

Anfang April setzte Mustafa Kruja die repressiven Gesetze in Kraft. Die Demonstrationen am 7. April (zum Jahrestag der Okkupation Albaniens) verliefen ohne Beteiligung der Bevölkerung; daran nahmen nur die Kader teil. Nach dem 7. April wurde jede Aktion und jede Demonstration lediglich von den Kadern und alten Sympathisanten getragen; wir hatten viele Opfer, die erschossen, gehenkt und eingekerkert wurden. Konnten sie ersetzt werden? Ich weiß es nicht, aber ich glaube, daß die Anzahl derer, die wir gewonnen haben, höchstens 50% der Verluste entspricht.

Mitte April trafen sich die für die Arbeit mit den Nationalisten Beauftragten mit dem Genossen Miladin und dem Genossen Qemal Stafa. Auf dieser Zusammenkunft brachte ich meine Kritik an, indem ich die Linie des Zentralkomitees als Politik charakterisierte, die dem Volk weit vorausseile, als Linie der sozialen Revolution und nicht des Nationalen Befreiungskampfes. Um meine Meinung zu verdeutlichen (nicht um die Partei zu liquidieren, wie Genosse Miladin nach sechs Monaten zu interpretieren suchte), sagte ich: »Besser eine vom Volk getragene Nationale Befreiungsbewegung, in der die Kommunisten eine Fraktion bilden, als eine Kommunistische Partei ohne Unterstützung seitens der Massen und mit einer Linie, die die Massen nicht mobilisieren kann.«

»Wir dürfen keine Angst haben (wie sich Genosse Miladin ausdrückte), daß unsere Losungen die gleichen werden könnten wie die der revolutionären Nationalisten, denn unsere Sprache hebt sich von ihrer durch die Formulierung und die Interpretation vermittels der Propaganda ab; wir unterscheiden uns von ihnen durch unsere Initiative und Aktivität, unsere Opfer und unsere Aufrichtigkeit sowie durch unsere Fähigkeit, das zu geben, was wir vermögen (und später noch mehr), während die Nationalisten stets weniger geben, als sie vermögen. Wir dürfen nicht befürchten, daß sie sich nach dem Sieg gegen uns wenden könnten, sondern wir müssen verhindern, daß sie sich gegen uns richten und sich vor dem Sieg mit dem ›Nationalismus‹ des Mustafa Kruja verbinden, um

uns zu schlagen, da sie sehen, daß wir vom Volk isoliert sind, vielleicht gar zusammen mit dem Volk gegen uns vorzugehen.«

»Falls sich die Nationalisten gegen uns wenden, und es besteht kein Zweifel, daß sich ein Teil gegen uns richten wird, können wir ihnen nur die Stirn bieten, wenn wir die Massen mobilisieren, und zwar mit einer Politik, die das ermöglicht, wobei wir stets unsere Unabhängigkeit und unser kommunistisches Gesicht bewahren und die Nationalisten rechtzeitig vor den Massen demaskieren müssen. Wir sind in der Lage, die Massen zu gewinnen, denn wir sind organisiert und monolithisch, während sie vereinzelte Körner darstellen und sich gegenseitig befehlen. Sie beziehen ihre Stärke lediglich aus dem einstigen Prestige, das auf ihrer Vergangenheit beruht; das können wir ihnen heute streitig machen durch unsere Initiative, die auf die nationale Befreiung abzielt. Wir werden dem Volk die sowjetische Front vor Augen halten, aber wir werden keinesfalls vergessen, daß unsere Front hier in Albanien ist.«

Genosse Miladin ist seit dieser Zusammenkunft bemüht, mich von den Genossen und den Nationalisten zu isolieren.

Am 17. Juni sollte in Tirana ein Treffen mit Nationalisten, das von Parteidelegierten gefordert worden war, stattfinden. Aber dieses Treffen kam nicht zustande, weil die Nationalisten mit dem Fall von Sewastopol und dem Beginn der deutschen Offensive rechneten. Ich erarbeitete für die Partei eine Analyse, wobei ich die Nationalisten in vier Gruppen unterteilte: *Erstens*. Die Gruppe der Kompromißler, mit denen wir Zeit verloren haben. *Zweitens*. Die Gruppe derjenigen, die direkt vom Faschismus attackiert worden sind (Muharrem Bajraktari, Bazi i Canës, Myslim Peza, Myftar Kaloshi,³⁷ jener also, deren bewaffneten Kampf gegen den Faschismus das ZK nicht einmal erwähnen wollte; Haxhi Lleshi³⁸ und vielleicht Shefqet Vërlaci³⁹ oder irgendeiner seiner Vertreter

37 Albanischer Stammesführer aus Dibër.

38 Haxhi Lleshi (1913–1998), gehörte zu den ersten Organisatoren des bewaffneten Widerstandes im Nordosten; 1942 Kommandant der Partisanenabteilung von Dibër. Er nahm an der Konferenz von Peza teil und gehörte dem Generalstab der Nationalen Befreiungsarmee an; seit 1943 Mitglied der KPA. Von 1953 bis 1982 war Lleshi Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung. Die nach der politischen Wende im Mai 1996 gegen den ehemaligen Parlamentspräsidenten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhängte lebenslange Freiheitsstrafe wurde aufgehoben.

39 Grundbesitzer aus Mittelalbanien (Elbasan); Abgeordneter und zweimal Ministerpräsident, 1924 und 1939–1940 in der ersten Quisling-Regierung. Er ging noch während des Krieges nach Italien.

sowie einige weniger bekannte Nationalisten, die dem Volk sehr nahe stehen und Sympathie für die Partei gezeigt haben). *Drittens*. Die Gruppe der Franziskaner⁴⁰ in Shkodër, die antifaschistisch eingestellt sind und in Widerspruch zu den Jesuiten geraten sind. Ebenso einige orthodoxe Geistliche, die zu den Unierten⁴¹ im Gegensatz stehen. *Viertens*. Die Gruppe um Mehdi Frashëri, die Aktionen nicht ablehnt, aber von der Zusammensetzung her sehr alt ist; diese Gruppe ist nach seiner Internierung in anderen Gruppen aufgegangen.

Ich schlug der Partei vor, in Peza eine Konferenz durchzuführen, die sich vornehmlich auf die zweite Gruppe stützen sollte. Es sollte ein Provisorischer Nationaler Befreiungsrat formiert werden, auch wenn noch so wenige Delegierte der Nationalisten zur Konferenz kommen würden. Das unmittelbare Ziel des Rates würde sein, den Kreis national gesinnter Kräfte zu erweitern, indem man sie vor vollendete Tatsachen stellt und mit der Proklamation des Rates den Erfolg, den Mustafa Kruja bei der Isolierung der Kommunisten von den Nationalisten erreicht hat, um die Kommunisten leichter ausschalten zu können, ins Wanken bringt.

Die Konferenz trat am 16. September zusammen. Daran nahmen zwar Vertreter aller von mir erwähnten Gruppen teil; doch bildete die zweite Gruppe den Kern. Man akzeptierte die Unabhängigkeit der Partei und die unmittelbare partikuläre (nicht frontale) Aktion. Der Provisorische Rat wurde gebildet, und des weiteren wurde die Schaffung lokaler Räte gebilligt. In den Generalrat traten sehr wertvolle und einsatzbereite Persönlichkeiten⁴² ein, und in der ersten Zusammenkunft legte man die Aktionen für jede Partisanen- bzw. Freiwilligenabteilung fest. Es waren drei Faktoren, die die Nationalisten milde stimmten, so daß sie unsere Hauptpunkte annahmen: Die Anwesenheit und positive Haltung der Männer aus der zweiten Gruppe, die zu Aktionen bereit waren (Bazi i Canës, Myslim (Peza), Haxhi Lleshi); der Mißerfolg der deutschen Offensive; die Aktivitäten der Partisanenabteilung von Skrapar und deren erste Er-

40 Die Mitglieder des Franziskaner-Ordens rekrutierten sich im Unterschied zu dem der Jesuiten, denen hauptsächlich italienische Geistliche angehörten, aus albanischen Klerikern. Zu den bekanntesten gehörte der als Dichter bekannt gewordene At Gjergj Fishta (1871–1940).

41 Orthodoxe Geistliche, die für die Vereinigung der Christen, d. h. der orthodoxen und katholischen Kirche, eintraten.

42 Mitglieder des Generalrates der Nationalen Befreiung waren: Kamber Qafmolla (Vorsitzender), Mustafa Gjinishi (Sekretär), Ndoc Coba, Myslim Peza, Abaz Kupi, Enver Hoxha, Ymer Dishnica.

folge, die genau in jenem Monat sichtbar wurden, als die Konferenz zusammentrat, und schließlich der Mißerfolg von Mustafa Krujas Vorgehen gegen die Partei.

Auf der Versammlung der kommunistischen Delegierten, einen Tag vor der Konferenz, hatte Genosse Miladin wiederum seinen Linksradikalismus offenbart und seine Absicht bekundet, die Nationalisten als Individuen an die Partei zu binden, damit sie keine mehr oder weniger politisch organisierte Persönlichkeit aufnehmen könnten und »uns morgen verraten wie Mihajlović«.

Das Anliegen ist gut, allerdings bringt das Medikament den Patienten um, weil es die Annäherung an die Nationalisten verhindert und die Isolierung der Partei verewigt. Mit der gleichen Absicht schlug der Genosse Miladin vor, daß die Konferenz nicht das Recht haben sollte, den Provisorischen Nationalen Befreiungsrat zu bilden – »dieser Rat muß aus dem Kampf hervorgehen« und nicht aus der Konferenz. Dem widersprachen alle – mit Ausnahme eines ZK-Mitgliedes – mit dem Argument, daß wir den Nationalisten nicht das Recht nehmen können, einen Rat zu schaffen; sie könnten diesen auch ohne uns bilden, wenn wir stur bleiben, denn sie sind zur Zusammenkunft erschienen und wollen nicht mit leeren Händen weggehen. Die Bildung des Rates war sogar die erste und einzige Forderung von ihrer Seite auf der Konferenz. Als Genosse Miladin sich gezwungen sah, der Schaffung des Rates zuzustimmen, unterbreitete er einen weiteren Vorschlag, jedoch mit dem gleichen Ziel: Der Rat sollte bis zur Bildung des Generalstabes, der aus dem Kampf hervorgehen würde, nicht das Recht haben, Verbindung zu den Partisanen- und Freiwilligenabteilungen aufzunehmen – d. h. diese Abteilungen sollten die Verbindung nicht über den Rat, *sondern über unsere Politkommissare, über die Kommunistische Partei Albaniens aufrechterhalten. Die Versammlung verwarf auch diesen Vorschlag, denn hätten wir das den Nationalisten angetragen, hätten sie sofort angenommen, daß es uns nicht ernst sei und wir sie wie Pferde an der Kandare halten wollen.*

Genosse Miladin schloß mich daraufhin von jeglicher Funktion auf der Konferenz aus, ausgenommen die eines Delegierten: Ich wurde als einer der Berichterstatter abgelöst und aus dem Präsidium und dem Generalrat herausgelassen. Mit anderen Worten, man hat mich aus der Arbeit mit den Nationalisten herausgedrängt.

DIE UNTERORDNUNG DER INNEREN UNTER DIE ÄUSSERE FRONT UND DIE UNTERSCHÄTZUNG DER KRÄFTE DES ÄUSSEREN FEINDES

Die Hauptlosung in der Bekanntmachung des Bezirkskomitees Tirana vom 22. Februar 1942 lautete: »Es lebe die Rote Armee, die uns befreien wird«; das war bis zum August die Denkweise der Genossen sowohl in den Gremien als auch an der Basis, nämlich, daß uns die Rote Armee befreien wird. Demzufolge wurde die innere Front der sowjetischen Front untergeordnet, und man vernachlässigte die inneren Probleme: Wir brauchten uns um das Kosovo-Problem, die albanische Geschichte oder um die nationalistische Propaganda Mustafa Krujas und seine antikommunistischen Manöver nicht zu kümmern; wir brauchten uns nicht den Kopf zu zerbrechen wegen Myslim Peza, Bazi i Canës, Muharrem Bajraktari, Mehdi Frashëri und wegen der nationalen Lieder u. a. m. Mit anderen Worten, wir mußten uns nicht um die nationale Befreiung sorgen, eben weil zwei in der Partei vereinigte Gruppen⁴³ dies als unangebracht empfanden und die nationale Befreiung als Verrat bezeichneten, und sie zeigten gar die dritte Gruppe als Verräter bei der Polizei an. Die Fehler der Vergangenheit wurden so bestärkt, anstatt sie gnadenlos auszumerzen, und die Entschließung der ersten Parteikonferenz wurde oberflächlich übergangen.

Die Befreiung würde nicht allein von außen, sondern auch schnell, sehr schnell kommen und daher auch sehr leicht sein. Dieser Auffassung begegnet man in allen Proklamationen, Flugblättern und Verlautbarungen: Die Hitlerarmee ist am Ende, nach der sowjetischen Winter-Offensive geht ihr der Geist aus; wir brauchen nur noch zu pusten, und Hitler wie Mussolini liegen zerschmettert am Boden. Tatsächlich hat der Genosse Stalin gesagt, daß der Feind noch stark ist und sich erneut wie ein Tier auf uns stürzen und uns als verwundetes Tier noch mehr Schaden zufügen wird. Aber diese Aussage gefällt uns nicht, daher ging sie zum einen Ohr herein und zum anderen wieder hinaus.

Genosse Miladin sagte im April zu mir, die deutsche Armee könne keinen weiteren Vormarsch mehr unternehmen, die sowjetische Offensive habe begonnen und werde weitergehen. Im Kommuniqué von Tirana

43 Tashko meinte die Shkodra-Gruppe und die Gruppe der Jungen, die für die unmittelbare soziale Revolution eintraten und sich gegen eine Zusammenarbeit mit den Nationalisten wandten; aus ihnen sowie aus der Korça-Gruppe ging die KPA hervor.

(3.–5. Juni) wurde als Hauptlosung verkündet: »Das Jahr 1942 wird das Jahr des Sieges sein.« Die Genossen an der Basis haben in ihrer Propaganda die Lage noch mehr beschönigt. Es dauert nur noch fünf oder sechs Monate, und wir brauchen bloß die Monate zu zählen. Ist eine Richtigstellung durch das ZK erfolgt? Es gab keine. Schlußfolgerung war: Wir haben gar keine Zeit, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, wie das albanische Volk zu mobilisieren ist, denn dieses Volk wird – ob es will oder nicht – mit uns gehen, sobald die Rote Armee in Albanien einmarschiert. Darum nieder mit den nationalen Gesängen, es leben die Lieder der proletarischen Revolution! Im August fehlten dann in den Veröffentlichungen der Partei Aussagen zur Ostfront und zur internationalen Lage, in einigen offenbarten sich Enttäuschung und Mutlosigkeit. Vereinzelt forderten Illegale die Legalisierung. Unser Kampf entwickelte sich zu einem Kampf der Kader ohne Massen.

Genosse Miladin hatte mich zusammen mit Genossen Qemal Stafa mit der Agitprop-Tätigkeit betraut. Doch gingen meine Ansichten mit Qemals Auffassungen noch weiter auseinander als mit denen von Miladin. Qemal war in zwei Zentralkomitees (der Jugend und der Partei) vertreten, ich hingegen hatte keinerlei Möglichkeiten, meine Standpunkte zu verteidigen. Diese Situation dauerte bis zum März, danach blieb ich automatisch draußen.

EINIGE BEMERKUNGEN ZUM GENOSSEN MILADIN

Genosse Miladin läßt den Geist der Konspiration vermissen, und es mangelt ihm an Einfühlungsvermögen für die Genossen und die Partei, d. h. ihm fehlt das Verantwortungsgefühl für den Schaden, den die Genossen und die Partei nehmen werden, weil er die Regeln der Konspiration mißachtet.

Der Genosse schreibt den ganzen Tag, teils aus Nervosität, teils aus dem Wunsch heraus, Belege zu haben, um sich in der Zukunft rechtfertigen zu können oder auch, weil er einer ist, der fleißig studiert und dabei Aufzeichnungen macht. Er schreibt auf Karten und Zettel, die er in allen Räumen des Hauses, in dem er untergebracht war, ausbreitete; er schreibt in Hefte und hat bereits so viele vollgeschrieben, daß sie eine kleine Bibliothek ausmachen. Zumindest betreffs meiner Person gefällt es dem Genossen überhaupt nicht, das Pseudonym zu verwenden, er besteht darauf, mich mit meinem wirklichen Namen anzusprechen und

schriftlich zu nennen. Alle Niederschriften macht er selbstverständlich auf serbisch und wenn er einmal schnell ein Haus verlassen muß, wird dieses mitsamt der uns freundlich gesinnten Familie und den gastgebenden Genossen bestimmt mit Strafe belegt. Denn es kann sein, daß innerhalb von Stunden oder sogar in wenigen Minuten die Polizei auftaucht, während es Tage dauern kann, bis die Schriften des Genossen aus dem Haus geräumt sind.

Ich habe den Genossen deswegen getadelt und insbesondere hinsichtlich der Aufzeichnungen, die er in der Zeit seines Zusammentreffens mit den einzelnen Gruppen sowie über die erste Konferenz der Gruppen in Heften niedergeschrieben hatte, auf meiner Meinung beharrt. Ich bestand darauf, daß auch das Konferenzprotokoll verschwinden muß. Er versicherte mir, daß dies geschehen sei, aber später erfuhr ich, daß er die Materialien in Häusern, die schon unter Beobachtung standen, versteckt hatte, und dadurch alles in die Hände der Polizei gelangt war. In Tirana sind vier technische Apparate der Polizei in die Hände geraten und alle vier waren vollgestopft mit den Schriften des Genossen (bei zwei Aktenkisten bin ich mir sicher, daß sie Dokumente des Genossen enthielten). Auf diese Weise geriet auch das Konferenzprotokoll in die Hände der Polizei.

Die Polizei konnte mit Hilfe des Provokateurs Ludovik unsere gesamte Tätigkeit in Erfahrung bringen und unsere Hauptkader aufspüren. Die Folge waren neue Verhaftungen und erneut Folter für die Genossen, die schon im Gefängnis saßen, erneute Qualen aufgrund der jüngsten Dokumente, die der Polizei in die Hände gefallen waren.

Der Genosse wandte sich gegen die vielen und nutzlosen Begegnungen, die in den Quartieren, in denen sich Illegale aufhielten, stattfanden; indes war er der erste, der seinetwegen nichts unternahm, um dieses Kommen und Gehen einzuschränken. Sobald er in ein Haus kam, ging es dort zu wie auf dem Markt, trotz der Verpflichtung, die er dem Hausherrn gegenüber übernommen hatte, daß er lediglich mit einer Person, höchstens mit zweien Verbindung halten würde. Der Genosse war wegen der Illegalität verdrossen, aber wieso ist die Partei daran schuld, die doch unter seiner Nervosität zu leiden hat?

Nach dem Verrat des Ludovik wurden die Treffen sehr schwierig. Die Genossen, die Gespür besaßen und die Regeln der Konspiration einhielten, übergaben die Berichte schriftlich. Wenn solche Berichte von Genossen eingingen, die bei Miladin nicht gut angeschrieben waren, beispielsweise die Berichte derer, die den Auftrag zur Arbeit mit den Natio-

nalisten hatten, bewahrte man sie in nicht sicheren Archiven auf. So gelangten sie in die Hände der Polizei: drei Nationalisten wurden interniert, andere, deren Namen in den Berichten auftauchten, wurden von der Polizei vorgeladen, und sie kamen nur glimpflich davon, wenn dort erwähnt worden war, daß sie eine Zusammenarbeit mit der Partei abgelehnt hatten. Mustafa Kruja nutzte diese Dokumente indessen aus, um den Nationalisten zu beweisen, wie gefährlich es für sie ist, wenn sie sich mit uns einlassen; zugleich zielte er damit auf die Isolierung der Kommunisten ab. Und tatsächlich teilten uns die Nationalisten halbherzig mit, daß sie sich gegen eine Verbindung mit uns entschieden hätten, weil wir alles schriftlich festhalten.

Mit dem ersten Fund, den die Polizei machte (im Haus des Zefi⁴⁴), erhielt Mustafa Kruja Beweise dafür, daß »Jugoslawen an der Spitze der Angelegenheit« stehen; er fand auch deren Fotos. Die faschistischen Zeitungen triumphierten. Ihre ununterbrochene, wiederum mit der Absicht geführte Propaganda, die Partei vom Volk und von den Führern der Nationalisten zu isolieren, beinhaltete, daß die Kommunistische Partei von Serben geführt werde und deren Organ sei. Genosse Miladin begriff nicht, welchen Schaden diese Propaganda unserer Nationalen Befreiungsbewegung zufügte, oder, falls er es begriffen hat, tat es ihm nicht leid. Außerdem fürchtet der Genosse, die Parteimitglieder könnten irrtümlich gar nicht erfassen, daß er der wirkliche »Vorsitzende« ist, sondern glauben, daß ich oder ein anderer dies sei. Der deutlichste Beweis dafür trat in Peza zutage, als die Mitglieder des ZK zusammenkamen, um an der Konferenz mit den Nationalisten bzw. an der Sitzung des Zentralkomitees teilzunehmen.

Wie ich erfuhr, hatte das ZK festgelegt, daß sich Genosse Miladin bei seiner Ankunft in Peza nicht im Ort aufhalten sollte, wo die verschiedenartigsten Leute, Bauern, Nationalisten, zweifelhafte Elemente und sogar Spione herumlungern. Vielmehr sollte er in ein etwa eine Viertelstunde von Peza (vom Ortszentrum) entfernt gelegenes Haus einquartiert werden, wo sich auch technische Mitarbeiter und die Technik der Partei befanden. Weder die Bauern noch die Kämpfer der Abteilung wußten, daß die Technik da war und wir dort auch Genossen hatten. Genosse Miladin jedoch setzte sich über die Beschlüsse hinweg. Er kam direkt nach Peza und blieb mitten im Ort, noch dazu im Hause von Myslim, wo die unterschiedlichsten Leute ein- und ausgingen, darunter auch Leu-

44 Gemeint ist Zef Ndoja, in dessen Haus sich das Archiv des ZK der KPA befand.

te des Shyqyri, die – wie sich später herausstellte – Verbindung zum Präfekten von Tirana hatten und diesem über Miladins Aufenthalt in Peza berichteten.

Aber der Genosse begnügte sich nicht damit; ihm kam es darauf an, sicherzugehen, daß sowohl die Mitglieder der Abteilung als auch Myslim selbst nicht doch fälschlicherweise annahmen, daß irgendein anderer der »Führer« der Partei ist. Die Befehle, Kritiken, Lob und Verweise, die der Genosse Miladin verteilte, ließen keinen Zweifel – auch nicht beim letzten Bauern – im Hinblick auf die Führung der Partei, ebensowenig Zweifel daran, daß der Vorsitzende Serbe war. Während der Zusammenkunft der kommunistischen Delegierten für die Konferenz ging Genosse Miladin noch weiter und stellte zur Diskussion, ob nicht auch er als Zuhörer daran teilnehmen sollte. Nur ein Mitglied des ZK schwieg dazu, alle anderen waren dagegen. Nach der Konferenz hielt es der Genosse nicht mehr aus, und er traf sich mit den Vertretern der Nationalisten. So war der Beschluß des Zentralkomitees, und so hat Genosse Miladin diesen Beschluß gebrochen.

Wer die Regeln der Konspiration nicht einhält, hält auch keine Disziplin.

Genosse Miladin hat wegen seines fehlenden Verantwortungsgefühls, seiner Verachtung gegenüber der Abteilung von Peza und seiner Sucht, als Führer zu gelten, mit seinem »Gefolge« mehr als 300 griechische Patronen, ungeachtet des Mangels an Munition, für Schießübungen (auf Ziele) verbraucht. Die Abteilung des Myslim hat heute in den Bergen Kämpfer, die nur über 40 Patronen für ihr Gewehr verfügen. Das mangelnde Gespür des Genossen ging sogar so weit, daß er den Kajo⁴⁵ (der eine Manie hat, Patronen zu verpulvern) reizte, weitere zu verschießen, damit sich beweisen ließe, daß dieser kein so treffsicherer Schütze war, wie er meinte. Genosse Miladin entwendete die Patronen entweder aus dem Magazin oder er schichterte die jungen Genossen durch seine Autorität als Führer derart ein, daß sie ihm Patronen aus ihrem Patronengürtel gaben. Genosse Miladin hat die Disziplin der Abteilung gebrochen, denn danach begannen auch andere, heimlich zu schießen. Indessen galt in der Abteilung, bevor Genosse Miladin auftauchte, der Befehl, daß derjenige, der – außer an den festgelegten Tagen – Schießübungen veranstaltet, sein Gewehr und seinen Patronengürtel für eine Woche abgeben muß.

45 Wahrscheinlich handelt es sich um Kajo Karafili, einen der ersten Partisanenkämpfer im Gebiet von Peza; er fiel während des Widerstandskampfes.

Ich bin mir sicher, daß die Genossen des ZK weitere Beispiele für die mangelnde Konspiration und Disziplin des Genossen Miladin kennen; aber sie sind gezwungen zu schweigen, bloß aus Angst, daß sich die Partei in Gruppen aufspalten könnte, wenn die Autorität des Genossen Miladin beschädigt wird.

Einige weitere Bemerkungen: Genosse Miladin trifft in bestimmten Situationen keine Entscheidung (er schwankt). Zu dem Zeitpunkt, als der Ludovik Verrat übte, war festgelegt worden, daß die Illegalen Tirana verlassen. Dieser Beschluß wurde mehrere Male aufgehoben und wieder in Kraft gesetzt. Dieses Schwanken kostete Qemal Stafa das Leben und führte zu sinnlosen Verhaftungen, doch Genosse Miladin beschuldigte schamlos jene Genossen der Disziplinlosigkeit, die aufgrund des ursprünglichen Beschlusses nach Peza gegangen waren.

Genosse Miladin stützte sich anfangs auf die Shkodra-Gruppe, in der die weitestgehenden sektiererischen Auffassungen verbreitet waren, wobei er meinte, daß man die Shkodra-Gruppe von der Gruppe der Jungen (die beide oberflächlich verbunden gegen die Korça-Gruppe auftraten) trennen müsse. Das heißt, anstatt Selbstkritik als Grundprinzip für die Konsolidierung der Partei durchzusetzen, verfolgte er eine Politik des »Teile und Herrsche«.

Diese Politik führte dazu, daß das Sektierertum ermutigt und zeitweise die Solidarität zwischen Anhängern unterschiedlicher Gruppierungen mit der Shkodra-Gruppe gefestigt wurden. Das Ergebnis war, daß man sich für den Verbleib des Ludovik als Parteimitglied einsetzte, einzig und allein, damit die Shkodra-Gruppe mehr Mitglieder aufzuweisen habe. Bisher hat die Partei noch keine Rechenschaft vom Genossen Vasil Shanto⁴⁶ gefordert, der, wie ich möglicherweise falsch unterrichtet wurde, Vertreter der KPA bei der KP Jugoslawiens sein soll. Genosse Shanto ist derjenige, der die Genossen der Korça-Gruppe im Kommunistenprozeß von 1939⁴⁷ angezeigt hat.

46 Vasil Shanto (1913–1944), übernahm 1937 die Leitung eines Stützpunktes der Shkodra-Gruppe in Tirana. Im Februar 1939 zu Gefängnishaft verurteilt, gelang ihm am Vorabend der faschistischen Okkupation die Flucht; 1942 wurde er von der Parteiführung beauftragt, zusammen mit Dušan Mugoša die Verbindung der KPA zur Komintern herzustellen.

47 In dem genannten Prozeß vom Februar 1939 standen 73 Mitglieder der Shkodra-Gruppe vor Gericht; aktive Vertreter wie Stafa und Shanto nutzten die Möglichkeit, vor einer Institution der Monarchie kommunistische Ideen zu verbreiten. 56 Angeklagte wurden verurteilt.

Genosse Miladin, der Selbstkritik nicht als Grundlage für die Konsolidierung anwendet und die Politik des »Teile und Herrsche« verfolgt, stützt seine Autorität darauf, daß er seinem Gegenüber lobhudelt und hinter dessen Rücken Gegenmaßnahmen trifft. Er bedient sich auch der Drohung mit Parteiausschluß, in brutaler Art, wenn prinzipielle Kritik geübt wird. Im Hinblick auf die Selbstkritik hatte er mir erklärt, daß dadurch das Prestige herabgesetzt werde. Aber ohne Selbstkritik kann ich nicht aufdecken, was sich im Kopf des Genossen Miladin verbirgt. Genosse Miladin ist nicht darum bemüht, in Albanien eine Volksbewegung zu entfalten, ihm geht es lediglich um eine Aktion der Kader, um eine bewaffnete Aktion.

Ich schlage aufgrund meiner Ausführungen vor:

1. Die Komintern möge, wenigstens so lange bis sich die Möglichkeit ergibt, daß der Parteitag zusammentritt, zu dem ein Vertreter der Komintern entsandt wird, einen anderen Genossen – möglichst keinen von der jugoslawischen Partei – schicken, der mit dem Genossen Miladin zusammenarbeitet, so daß eine Art von Kontrolle besteht, eine Kontrolle, die die Mitglieder des ZK der KPA nicht auszuüben vermögen.

2. Der Genosse Sejfulla Malëshova⁴⁸ und, wenn möglich, der Genosse Qamil Çela,⁴⁹ die sich in Lyon und Grenoble aufhalten, sollten mit Hilfe der französischen und der jugoslawischen Partei illegal nach Albanien gebracht werden.

Ich bitte, mir eine Nachricht über den Eingang dieses Berichtes zukommen zu lassen.

48 Sejfulla Malëshova (1901–1971), engagierte sich bereits am Ende des Ersten Weltkrieges in der nationalen und demokratischen Bewegung. Als Sekretär der Regierung unter Fan S. Noli mußte er im Dezember 1924 emigrieren; Malëshova arbeitete eng mit dem »Komitee für Nationale Befreiung« zusammen und betätigte sich auch schriftstellerisch. In der UdSSR wurde er Mitglied der kommunistischen Gruppe der albanischen Emigranten; er gehörte zu den fähigsten marxistisch gebildeten Kommunisten; im Juni 1943 kehrte er nach Albanien zurück und wurde als Mitglied in den Generalrat der Nationalen Befreiung sowie in das ZK der KPA kooptiert; ebenso gehörte er dem Generalstab der Nationalen Befreiungsarmee an. 1944 Mitglied des Politbüros und nach der Befreiung zum Minister für Bildung und Kultur berufen, wurde er Anfang 1946 wegen »opportunistischer Auffassungen« seiner Funktionen enthoben und in den fünfziger Jahren aus Tirana verbannt.

49 In den Jahren 1923–1924 Mitglied der Organisation »Bashkimi«, emigrierte er nach der Niederwerfung der Junirevolution im Dezember 1924. Çela gehörte zum linken Flügel der politischen albanischen Emigranten in Frankreich und wurde Mitglied der KPA. Nach dem Krieg kehrte er nach Albanien zurück und bekleidete verschiedene staatliche Funktionen.

Kritik und Information

HORST SCHÜTZLER

Die nationale Problematik in der Sowjetunion – in der postso- wjetischen Geschichtsschreibung Rußlands. Einblicke im Kontext mit der deutschen Historiographie

ZUR PROBLEMATIK DES THEMAS UND SEINER GESTALTUNG

Die Hinwendung vieler Historiker, Ethnologen, Politologen und Soziologen im letzten Jahrzehnt zur nationalen Problematik, zum Nationalen und Ethnischen in der Geschichte ist unübersehbar eine internationale Erscheinung. Offensichtlich ist dabei der Zusammenhang zu den ethnischen und nationalen Bewegungen und Konflikten in der Welt – nicht zuletzt zur »Explosion des Ethnischen« in der UdSSR und zum Zerfall dieses Vielvölkerstaates, was insbesondere viele Gesellschaftswissenschaftler der Nachfolgestaaten der Sowjetunion zur Forschung und Publikation motivierte. Deutlich ist auch, daß es sich hier um einen der kompliziertesten Sachverhalte geschichtlicher Entwicklung und seiner Darstellung handelt.

Wer sich als Außenstehender, ohne institutionelle Bindung oder Förderung, wie der Autor, diesem Thema nähert, trifft zunächst auf generelle Schwierigkeiten, die bei solcher Beschäftigung mit der Historiographie im heutigen Rußland auftreten: es fehlt die genaue Kenntnis vor Ort in Rußland, und es mangelt in Deutschland, angesichts unzureichender Literaturbeschaffung durch die zuständigen Bibliotheken, an Publikationen aus Rußland zur umfassenden Auswertung. Und doch: die in Berliner Bibliotheken vorhandenen wissenschaftlichen (vor allem historischen) Zeitschriften mit ihren Beiträgen, Berichten, Rezensionen, Annotationen, Buch- und Dissertationslisten, die, wenn auch dort nur spärlich vorhandenen, Bücher in russischer Sprache sowie gewisse eigene Quellen bieten Möglichkeiten und Grundlagen, um sich mit der Historiogra-

phie im heutigen Rußland ausgiebig beschäftigen und mehr oder minder tiefe *Einblicke* gewinnen zu können.

Allerdings hat die nationale Problematik ihre erschwerende Spezifik. Mit dem Zerfall der Sowjetunion sind 15 selbständige Staaten – nicht immer Nationalstaaten – entstanden, deren Historiographien nun in eigener Deutung der jeweiligen Landes- bzw. Nationalgeschichte der Titularnation zumeist in der entsprechenden Landes- bzw. Nationalsprache nachgehen. Deren Ergebnisse in der Rückblende auf die UdSSR fallen wegen der Sprachbarriere weitgehend aus der Untersuchung heraus. Das bedingt die Begrenzung des Themas auf die postsowjetische Historiographie *Rußlands*.

Hinzu kommt, daß innerhalb der Russischen Föderation Publikationen zur nationalen Thematik, so auch zur Geschichte und Kultur der einzelnen Föderationssubjekte und ihrer Völker, zwar überwiegend in russischer Sprache erscheinen, aber auch Veröffentlichungen in anderen Sprachen der Völker der Föderation vorhanden sind, die nur Spezialisten zugänglich sind.

Aus all dem ergibt sich, daß es sich bei der Behandlung der Thematik nur um *Einblicke* handeln kann. Diesen kommt zugute, daß in der deutschen Historiographie ein Stamm von Rußlandspezialisten, »Ostforschern«, vorhanden ist, der sich auch speziell und intensiv mit der nationalen Problematik in Rußland und der Sowjetunion in grundsätzlichen, problemorientierten Beiträgen und Gesamtansichten¹ sowie aufschlußrei-

1 Siehe Jörg Baberowski: Auf der Suche nach Eindeutigkeit: Kolonialismus und zivilisatorische Mission im Zarenreich und in der Sowjetunion. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Wiesbaden 47(1999)4. S. 482–503. – Dietrich Geyer: Rußland in den Epochen des zwanzigsten Jahrhunderts. Eine zeitgeschichtliche Problemskizze. In: Geschichte und Gesellschaft. Bd. 23. Göttingen 1997. S. 258–294. – Uwe Halbach: Die Nationalitätenfrage: Kontinuität und Explosivität. In: Dietrich Geyer (Hrsg.). Die Umwertung der sowjetischen Geschichte. Göttingen 1991. S. 210–237. – Uwe Halbach: Das sowjetische Vielvölkerimperium. Nationalitätenpolitik und nationale Frage. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 1992. – Manfred Hildermeier: Verhinderte Nationen: Zu einigen Merkmalen und Besonderheiten nationaler Bewegungen in Rußland und der Sowjetunion. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 34. Bonn/Bad Godesberg 1994. S. 1–17. – Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998. – Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung. Geschichte. Zerfall. München 1992 (russ.: *Rossija – mnogonacional'naja imperija: Vozniknovenie. Istorija. Raspad.* Moskau 1996 und 2000). – Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. München 1994. – Andreas Kappeler: Nationsbildung und Nationalbewegung im Rußländischen Reich. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 40. Bonn/Bad Godes-

chen Detailuntersuchungen² – zumeist aus Dissertationen hervorgegangen – beschäftigt (Andreas Kappeler, Gerhard Simon, Uwe Halbach, Dietrich Geyer, Manfred Hildermeier, Jörg Baberowski, Antje Kuchenbecker, Gabriele Bucher-Dinç, Lydia Klötzel, Dittmar Schorkowitz, Matthias Vetter, Matthias Messmer, Diana Siebert, Jürgen Gerber u. a.). Das ermöglicht es, meine Einblicke in den Kontext mit diesen Forschungsergebnissen und Veröffentlichungen zu bringen und dadurch Vertiefung und Bereicherung, aber auch Einsicht in das real Mögliche zu erlangen.

Insbesondere zwei fundierte Forschungsberichte von Albrecht Martiny und Andreas Kappeler vom Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre zur Historiographie der sowjetischen Nationalitäten bzw. der nicht-russischen Völker der RSFSR zeigten deren Entwicklungsstand und nicht zuletzt die Schwierigkeiten und Grenzen bei der Bearbeitung dieser speziellen historiographischen Thematik.³ Sie wurde in Deutschland nicht

berg 2000. S. 67–90. – Gerhard und Nadja Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums. München 1993. – Gerhard Simon: Der Zerfall des sowjetischen Imperiums und die Sprengkraft der Nationalbewegungen. In: Boris Meissner/Alfred Eisfeld (Hrsg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien. Baden-Baden 1995. S. 9–19. – Gerhard Simon: Auf der Suche nach der »Idee für Rußland«. In: Osteuropa. Stuttgart 47(1997)12. S. 1169f. – Ronald Löttsch: Sowjetische Nationalitätenpolitik von Lenin bis Gorbatschow. In: Lothar Hertzfeldt (Hrsg.): Die Sowjetunion: Zerfall eines Imperiums. Frankfurt am Main. 1992. S. 67–102.

- 2 Siehe Gabriele Bucher-Dinç: Die Mittlere Wolga im Widerstreit sowjetischer und nationaler Ideologien (1917–1920). Wiesbaden 1997. – Dittmar Schorkowitz: Staat und Nationalitäten in Rußland. Der Integrationsprozeß der Burjaten und Kalmücken. 1822–1925. Habilitationsschrift. Freie Universität Berlin 1999. – Diana Siebert: Bäuerliche Alltagsstrategien in der Belarussischen SSR (1921–1941). Die Zerstörung patriarchalischer Familienwirtschaft. Stuttgart 1998. – Lydia Klötzel: Die Rußlanddeutschen zwischen Autonomie und Auswanderung. Die Geschichte einer nationalen Minderheit vor dem Hintergrund des wechselhaften deutsch-sowjetischen/russischen Verhältnisses. Hamburg 1999 (im weiteren Lydia Klötzel: Die Rußlanddeutschen zwischen Autonomie und Auswanderung ...). – Antje Kuchenbecker: Zionismus ohne Zion. Birobid' an: Idee und Geschichte eines jüdischen Staates in Sowjet-Fernost. Berlin 2000. – Matthias Messmer: Sowjetischer und postkommunistischer Antisemitismus: Entwicklungen in Rußland, der Ukraine und Litauen. Mit einem Vorwort von Walter Laqueur. Konstanz 1997. – Matthias Vetter: Antisemiten und Bolschewiki: Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939. Berlin 1995. – Jürgen Gerber: Georgien: Nationale Opposition und kommunistische Herrschaft seit 1956. Baden-Baden 1997. – Michael Brettin: Das Scheitern eines unfreiwilligen Experiments: Die sowjetische Nationalitätenpolitik in der »Perestroika« (1985/1987–1991), dargestellt am Beispiel Estlands. Hamburg 1996.
- 3 Siehe Albrecht Martiny: Das Verhältnis von Politik und Geschichtsschreibung in der Historiographie der sowjetischen Nationalitäten seit den sechziger Jahren. In: Jahr-

wieder so explizit verfolgt und ist in der Masse der sowjetischen Veröffentlichungen zur nationalen Problematik nicht zu entdecken.⁴

Sehr weiterhelfend in der komplizierten Thematik waren zwei Beiträge aus der zu untersuchenden Historiographie – die erste historiographische Aufarbeitung des Gesamtthemas für die erste Hälfte der neunziger Jahre von Dina Amansholowa »Die Historiographie zur Erforschung der Nationalitätenpolitik«⁵ und die Einordnung der »Nationalgeschichte« in die politisch-ideologische Situation Rußlands »Die Rückkehr zur ›Russischen Idee‹: Krise der Identität und Nationalgeschichte«⁶ von Jelena Subkowa und Alexander Kuprijanow.

Diese Einordnung ist überhaupt kennzeichnend für viele Beiträge und macht die Grenze zwischen geschichtlicher Darstellung und politologischer Erörterung fließend. Ineinandergreifend ist auch oft die Darstellung der nationalen Problematik im zaristischen Rußland und der Sowjetunion; die zweite ist ohne die erste kaum zu ergründen, doch beide zusammenfassen zu wollen, würde den Rahmen sprengen und die Möglichkeiten der Untersuchung überfordern.

Eng verwoben ist diese historische Thematik mit theoretischen Fragen und Diskussionen zu Ethnos – Nation – Nationalismus, Zentralismus –

bücher für Geschichte Osteuropas. Wiesbaden. 27(1979)2. S. 238–272. – Andreas Kappeler: Die Historiographie der nichtrussischen Völker der RSFSR in den siebziger Jahren. In: Ebenda 29(1981)1. S. 53–79.

- 4 Es gibt eine unübersehbare Zahl sowjetischer Veröffentlichungen zum Thema. Allein für die Jahre 1963–1973 sind ca. 2.600 Titel erfaßt worden (siehe Nacional'nyj vopros i nacional'nye otnošenija v SSSR: Bibliogr. ukazatel' lit. 1963–1973 gg. Duschambe 1976. – Leninskaja nacional'naja politika i nacional'nye otnošenija v SSSR v period razvitogo socializma: ukazatel' knig, avtoreferatov diss. i statej na rus. jaz. Moskau 1982). Auf einige der letzten sowjetischen Publikationen sei noch verwiesen: Nacional'naja politika KPSS. Očerki istoriografii. Moskau 1981. – Razvitiie nacional'nych otnošenij v SSSR v svete rešenij XXVI s'ezda KPSS. Moskau 1982. – Jurij Arutjunjan/Leokadija Drobi: eva: Mnogoobrazie kul'turnoj · izni narodov SSSR. Moskau 1987.
- 5 Siehe Dina Aman'olova: Istoriografija izučenija nacional'noj politiki. In: Istoričeskie issledovanija v Rossii. Tendencii poslednych let. Moskau 1996 (im weiteren Dina Aman'olova: Istoriografija izučenija nacional'noj politiki ...). S. 308–331. Diese Aufarbeitung mit ihren reichhaltigen Literaturangaben gestattet es dem Autor, sich in der Folge weitgehend auf Publikationen der 2. Hälfte der neunziger Jahre zu konzentrieren, wobei diese wiederum viele, für ihn nicht erreichbare Titel rezipieren.
- 6 Siehe Elena Zubkova/Aleksandr Kuprijanov: Vozvraščenie k »Russkoj idee«: Krisis identičnosti i nacional'naja istorija. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)5. S. 4–28.

Föderalismus und zur »russischen Idee« – nationale Identität und Werte. Das ist für das Gesamtverständnis zu beachten. Dabei sind die Ethnologen/Ethnologen einzubeziehen, die an der Erarbeitung der theoretischen Fragen und ihrer Erörterung sowie der konkreten geschichtlichen Darstellung der Lebensweise und Kultur der Völker wesentlichen Anteil haben.⁷

Der Beitrag ist der »nationalen Problematik« gewidmet. Darunter werden – in Übereinstimmung mit Amansholowa⁸ – vor allem drei Aspekte erfaßt: die Nationalitätenpolitik, die Entwicklung der einzelnen Völker Rußlands und der Sowjetunion, die Beziehungen zwischen den Völkern.

DER ZERFALL DER UDSSR UND DIE HINWENDUNG ZUM NATIONALEN

In der Historiographie ist die Feststellung kaum umstritten, daß sich sowohl die Geschichtsschreibung Rußlands als auch die der anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts in einer krisenhaften Umbruchsituation befand, die zumeist noch andauert bzw. nachwirkt. Sie war Bestandteil des Zusammenbruchs der Sowjetordnung, des Zerfalls der UdSSR und der Transformationsprozesse in ihren 15 Nachfolgestaaten.⁹ Bei alledem spielte die nationale Problematik eine bedeutende Rolle.

Im Februar 1986 hatte der XXVII. Parteitag der KPdSU zu Beginn der Perestrojka in Fortschreibung früherer selbstgefälliger Feststellungen noch in der Neufassung des Parteiprogramms konstatiert: »Die nationale Frage, wie sie uns die Vergangenheit hinterlassen hatte, wurde in der Sowjetunion erfolgreich gelöst.«¹⁰ Doch im September 1989 suchte eine

7 Aufschluß geben darüber die Arbeitsberichte des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der Akademie der Wissenschaften Rußlands; siehe den für das Jahr 1996: Ol'ga Komarova: Rabota instituta étnologii i antropologii Rossijskoj akademii nauk v 1996 g. In: Étnografičeskoe obozrenie. Moskau (1997)4. S. 127–140.

8 Siehe Dina Aman: olova: Istoriografija izučenija nacional'noj politiki ... S. 308.

9 Siehe Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Die gegenwärtige russische Historiographie zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion: methodologische Aspekte, Rahmenbedingungen, ausgewählte Probleme. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 2(7). Leipzig 2000. S. 273–329.

10 Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Neufassung. Angenommen vom XXVII. Parteitag der KPdSU. Dokumente. Berlin 1986. S. 58. – Siehe auch

spezielle ZK-Tagung mit einer Plattform der KPdSU »Die Nationalitätenpolitik der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen« nach Lösungswegen für das Nationalitätenproblem, das »sich in letzter Zeit in der Sowjetunion äußerst zugespitzt« hat.¹¹ Doch es war bereits zu spät. Die »Lebenslüge von der ›gelösten nationalen Frage‹«¹² (Uwe Halbach) zerfiel und mit ihr die Sowjetunion selbst. Das unerwartete Hervortreten und Anschwellen vieler nationaler und nationalistischer Bewegungen und Konflikte mit ihren sich erweiternden Forderungen bis hin zur nationalen Souveränität und staatlichen Separation, diese »Explosion des Ethnischen« – der Begriff wurde in der Sowjetunion geprägt – trug entscheidend zum Untergang und Zerfall der UdSSR bei – in Wechselwirkung mit anderen Faktoren wie dem Machtverfall der KPdSU, der Aushöhlung der sozialistischen Ideologie, der rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen, dem Machtanspruch nationaler Eliten u. a.

Immer wieder blickten Historiker, Ethnologen, Politologen u. a. auf dieses, zumindest für die Mehrheit der Russen schockierende Ereignis zurück, erörterten die Ursachen und die Folgen.¹³

War der Zusammenbruch dieses großen multinationalen Staates, dieses Imperiums, objektiv bedingt oder gab es Möglichkeiten, ihn zu erhalten? Welche politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ideologischen und internationalen Gründe und Faktoren führten zur Verschärfung und Zuspitzung der zwischennationalen Beziehungen? Welches ist die optimale Variante der administrativ-territorialen Struktur des Landes, des Verhältnisses von Zentrum und Regionen, die eine effektive Leitung der Harmonisierung der Interessen der einzelnen Völker und Territorien gewährleistet? Solche und andere Fragen wurden diskutiert, und die Antwortsuche geht

Boris Ponomarjow: Die Leninsche Nationalitätenpolitik der KPdSU in der Etappe des entwickelten Sozialismus und ihre internationale Bedeutung. Berlin 1982. S. 11 und 15.

- 11 Siehe Die Nationalitätenpolitik der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen (Plattform der KPdSU). Angenommen auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 20. September 1989. In: Presse der Sowjetunion. Berlin (1989)12. S. 39f. und 45.
- 12 Uwe Halbach: Die Nationalitätenfrage: Kontinuität und Explosivität. In: Dietrich Geyer (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte. Göttingen 1991. S. 220.
- 13 Siehe Sergej Češko: Ideologija raspada. Moskau 1993. – Sergej Češko: Raspad Sovetskogo Sojuza. Ėtnopolitičeskij analiz. Moskau 1996. – Vladimir Sogrin: 1985–1995: Realii i utopii novoj Rossii. In: Otečestvenna istorija. Moskau (1995)2. S. 9ff. – Aleksandr Šubin: Istoričeskie predposylki raspada sozuznogo gosudarstva. In: Polis. Moskau (1997)1. S. 55–60. – Sergej Arutjunov: SSSR: · izn' posle smerti. In: Ėtnografičeskoe obozrenie. Moskau (1998)5. S. 133–145.

weiter, um aus dem »Labyrinth der ethnischen Mobilisierung«¹⁴ herauszufinden. So wurde 1998 auf der Allgemeinen Versammlung der Abteilung Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften auf die Bedeutung des Themas »Geschichte des Zerfalls der UdSSR« hingewiesen – angesichts seiner Erörterung auf einer Konferenz in China. Man dürfe hier nicht ein »Outsider« sein.¹⁵

Die 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion konstituierten sich mit den Bindemitteln des Antikommunismus und des Nationalen. Zur Herrschaft der KPdSU – so schreibt Gerhard Simon, der Mitte der achtziger Jahre bei den neuen Eliten der nichtrussischen Völker »Partizipation«, aber nicht »Separation« als politische Ziele ausgemacht hatte,¹⁶ – gab es *eine* Alternative: »die Nationen. Die Nationen waren zunächst die einzige denkbare und erreichbare Alternative nach dem Zusammenbruch der alten politischen Macht. Nur sie konnten in das Machtvakuum eintreten und es mehr oder weniger angemessen füllen. Nur die nationale Idee war stark genug, um die Gesellschaft im Kampf gegen die Diktatur zu mobilisieren. Die Nationalbewegungen waren die Speerspitze des antikommunistischen Widerstandes. Die Ideen von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft allein waren als Alternative nicht ausreichend. Ohne die Schubkraft der Nationalbewegungen hätte das alte Regime nicht leicht und rasch beseitigt werden können.«¹⁷

Die sowjetische Geschichtsschreibung, die sich in den einzelnen Nachfolgestaaten wiederfand, strukturierte sich zur nationalen Historiographie dieser Staaten, orientierte sich neu und ging an eine »Umwertung der Geschichte«.

Der Rückblick auf die historiographische Arbeit zur nationalen Problematik fiel dabei oft verheerend aus. »Die nationale Frage in der UdSSR und auch im vorrevolutionären Rußland war bis vor kurzem für unsere Historiker faktisch ein verbotenes Thema. Der breite Strom von Veröffentlichungen zur Geschichte einzelner Völker des Landes verhüllte mit

14 Michail Guboglo: V labirintach étničeskoj mobilizacii. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2000)3. S. 106–124.

15 Siehe Obščee sobranie otdelenija istorii RAN. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (2000)5. S. 61.

16 Siehe Gerhard Simon: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Baden-Baden 1986. S. 323.

17 Gerhard Simon: Der Zerfall des sowjetischen Imperiums und die Sprengkraft der Nationalbewegungen. In: Boris Meissner/Alfred Eisfeld (Hrsg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien. Baden-Baden 1995. S. 11.

formalem Wortschwall nur das Fehlen seriöser Forschungen.«¹⁸ So blickte der Historiker Walentin Djakin 1994 auf die sowjetische Historiographie zurück. Er traf dabei einen Grundtenor solcher Rückblicke in Rußland, der auch in Deutschland vorhanden ist.¹⁹

Der ukrainische Historiker Witali Sarbei fand Anfang der neunziger Jahre, daß der allgemeine Begriff »sowjetische oder russische Historiographie« das Vorhandensein vieler nationaler Historiographien in der Sowjetunion mit ihrer nationalen Spezifik und ihrer eigenen historischen Problematik absorbiere. Das Grundlegende in dieser Problematik sei der nationale Aspekt. Er habe bis 1985 faktisch keinen Platz in den historischen Forschungen gefunden – trotz vieler mehrbändiger, verallgemeinernder Werke zur Geschichte der einzelnen Republiken der Union, darunter der zehnbändigen »Geschichte der Ukrainischen SSR«, die in den Jahren 1981–1985 erschien. Als allgemeine Tendenz in der Sicht auf die Vergangenheit sei in allen ehemaligen sowjetischen Unionsrepubliken eine Umstellung der Forschungsarbeit in zwei Richtungen festzustellen, nämlich 1. vom Internationalen zum Nationalen und 2. vom Klassenmäßigen zum Allgemeinmenschlichen.²⁰

Hinsichtlich der Ausprägung der ersten Richtung stellte jüngst Andreas Kappeler fest: »Hauptthemen der postsowjetischen Historiographie sind die ›nationale Wiedergeburt‹, die Entdeckung von Volkskultur, Volkssprache und Geschichte durch die ›nationalen Entdecker‹ sowie die Begründung nationaler Organisationen und die Formierung nationaler Programme mit dem Ziel eines Nationalstaates.«²¹

Die zweite Richtung führte in ihrer Ausprägung zum zivilisationsgeschichtlichen Ansatz. Mit seiner Anwendung auf die Geschichte Jakutiens, der heutigen Republik Sacha im Rahmen der Russischen Föderation, beschäftigte sich unlängst der Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaftliche Forschungen der Akademie der Wissenschaften der Republik Sacha (Jakutija) Wassili Iwanow. Er vertritt die Auffassung, daß der Kultur- und Zivilisationsansatz, der die menschliche Persönlich-

18 Valentin Djakin. Rezension zu: Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung. Geschichte. Zerfall. 2. Aufl. München 1993. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1994)6. S. 250.

19 Siehe die Literaturangaben in den Anmerkungen 1 und 2.

20 Siehe Vitalij Sarbej: Problemy istorii nacional'nych dvi-enij: sovremennyj vzgljad. In: Rossija v XX veke: Istoriki mira sporjat. Moskau 1994. S. 704.

21 Andreas Kappeler: Nationsbildung und Nationalbewegung im Rußländischen Reich. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 40. Bonn/Bad Godesberg 2000. S. 75.

keit in das Zentrum der Untersuchung stellt, mit Nutzen auf die Erforschung der Geschichte Jakutiens Anwendung finden könne. So gäbe es eine prinzipielle Erneuerung des methodologischen und des methodischen Arsenal der Historiker. Es gehe um die konzeptionelle Revision des Verständnisses unserer ganzen Geschichte. Nicht die Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, der Klassen und Parteien, der Revolutionen und anderer Umwälzungen werde in der Forschungsthematik der Gelehrten und wissenschaftlicher Kollektive dominieren, sondern die ganze Vielfalt der geschichtlichen Wirklichkeit, die Gesamtheit der existierenden Faktoren und Bedingungen der Gesellschaft. Das neue Herangehen an die Geschichte Jakutiens bestehe in der Abkehr von vielen veralteten Paradigmen und Dogmen, in der Erforschung der Gesamtdynamik der gesellschaftlichen Entwicklung, der die Entwicklung des Menschen, seine schöpferische Arbeit, seine geistige Welt, seine Wechselbeziehungen mit der Gesellschaft zugrunde liege. Die Geschichte der Gesellschaft, das sei vor allem die Geschichte der Menschen, letztlich der Bevölkerung, des Volkes, dessen Geschichte nicht isoliert betrachtet werde, sondern im Vergleich mit der Geschichte anderer Völker. Das gäbe die Möglichkeit, tiefer die Geschichtsprozesse und ihre Besonderheiten zu verstehen, den Eigenwert der jakutischen Gesellschaft, ihren Platz in der Geschichte Rußlands, der Weltgeschichte und Weltkultur zu enthüllen. Dabei wären als Probleme der Geschichte Jakutiens akzentuiert zu untersuchen: die Einbeziehung Jakutiens in den Bestand des russischen Staates mit ihrem widersprüchlichen Charakter; die Rolle historischer Persönlichkeiten und gesellschaftlicher Bewegungen in der Geschichte der Region; die Geschichte der Verbannung in ihrer Gesamtheit; Jakutien im 20. Jahrhundert, wobei die Teilnahme von Jakuten am Großen Vaterländischen Krieg und die Verdienste der multinationalen Bevölkerung der Republik im Hinterland besondere Beachtung verdienen. Äußerst schwierig für die Forschung seien die sozialökonomischen Prozesse der Sowjetzeit, die Industrialisierung und Kollektivierung. In den Jahren der Sowjetmacht erreichte Jakutien ein neues wirtschaftliches Niveau; aber die Historiker hätten zu klären, wie berechtigt vom Standpunkt des gesellschaftlichen Fortschritts das sowjetische Modell der Modernisierung der traditionellen Wirtschaft Jakutiens war. Wichtig sei ferner die Erforschung der Bevölkerungsentwicklung – Jakutien war immer ein polyethnisches, multinationales Land (bei der letzten Volkszählung 1989 machte der Anteil der Jakuten 33,4% und der der Russen 50,3% an der Bevölkerung aus; 1920 war das noch mit ca. 6,2% Rus-

sen ganz anders – H. S.). Wesentlich sei auch, sich gründlich der Geschichte des geistigen Lebens Jakutiens zuzuwenden. Die jahrelangen Anstrengungen zur vollständigen Ideologisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, die Unterordnung der geistigen Tätigkeit unter das totalitäre System hätten zu tiefen Deformationen im System der Wertorientierung in der Mentalität der Jakuten geführt, die auch mit Hilfe der Historiker überwunden werden müßten.²²

Die hier von Kappeler und Iwanow angesprochenen generellen Themen und Aufgaben betrafen auch die Ethnologie. Sachkundige Einblicke in deren Arbeit und vor allem in deren wissenschaftlichen und politischen Diskurs bietet Leokadija Drobishewa – eine der profiliertesten und kreativsten ihres Fachs in der Sowjetunion und im heutigen Rußland – mit dem in deutsch vorliegendem Beitrag »Ethnizität und Nationalismus in der postsowjetischen Gesellschaft. Diskussionsschwerpunkte der neunziger Jahre.«²³ Eckpunkte und Grundaussagen ihres Einblicks, wichtig für das Gesamtverständnis der nationalen Thematik, seien nachfolgend skizziert.

In der sowjetischen Gesellschaftswissenschaft war es üblich, bei der Begrifflichkeit für die verschiedenen Arten ethnischer Vergesellschaftung einzelne historische Stadien ethnischer Beziehungsformen – Stamm (plemja), Nationalität oder Volksgruppe (narodnost), Nation (nazija) – mit bestimmten ökonomischen Gesellschaftsformationen zu verbinden; die Aufhebung aller nationalstaatlichen Gegensätze wurde erst mit dem Entstehen einer kommunistischen Gesellschaftsordnung erwartet. Zwischen dieser und der Nationalstaatsepoche war gewissermaßen die Sowjetunion plaziert, in der nationale bzw. nationalstaatliche Gegensätze durch eine gemeinsame politische Ordnung und im »Sowjetvolk« als neue historische Gemeinschaft (H. S.) praktisch aufgehoben waren, wenn auch (noch) einzelne Nationen und Nationalitäten existierten. Die Art der Unterschiede zwischen diesen blieb weitgehend unklar; vage blieb auch die Statushierarchie der sowjetischen Teilgebiete: Als »Nationen« galten die »Völker« mit eigener Staatlichkeit, deren Territorien in-

22 Siehe Vasilij Ivanov: Istorija Jakutii: Novye podchody k izučeniju. In: Voprosy istorii. Moskau (2000)10. S. 154–157.

23 Leokadija Drobishewa: Ethnizität und Nationalismus in der postsowjetischen Gesellschaft. Diskussionsschwerpunkte der neunziger Jahre. In: Ingrid Oswald/Ralf Possekel/Petra Stykow/Jan Wielgohs (Hrsg.): Sozialwissenschaft in Rußland. Deutsch-russisches Monitoring. Bd. 2. Berlin 1997. S. 184–204.

nerhalb der Sowjetunion als Unions- (15) und Autonome Republiken (20) ausgewiesen waren – also 35 –, doch es gab kein exaktes Kriterium für die Vergabe eines entsprechenden Status oder der Zuordnung zu einer »Nationalität«. Die Zurechnung zu einer Nationalität wurde als Ungleichheit gegenüber den als Nationen geltenden Völkern wahrgenommen.

Auf eine strategische Änderung der früheren Konzepte zielte ein Vorschlag von Waleri Tischkow, zu Beginn der neunziger Jahre Vorsitzender des Staatlichen Komitees bzw. Minister für Nationalitätenfragen, später Direktor des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der Akademie der Wissenschaften Rußlands, den Nationen-Begriff an einen staatsbürgerlichen, statt wie bisher ethnischen Inhalt zu binden und von einer »staatsbürgerlichen Nation« auszugehen. Die Nation galt dem etablierten Hierarchieverständnis zufolge als die höchste Form ethnischer Gemeinschaften, und alle Autonomierechte von nationalstaatsähnlichen Gebilden in der Russischen Föderation wie in der Sowjetunion waren an die Existenz ethnisch-kultureller Besonderheiten geknüpft. Solange sich die Nationalbewegungen auf dieses Verständnis stützen konnten, indem sie die Forderung nach politischen Partikular- und Selbstbestimmungsrechten mit ihrer ethnisch-kulturellen Sonderstellung begründeten, konnten die Sezessionsgefahr und der Zerfall der Sowjetunion nicht gebannt werden. So wurde nach Konzepten zu einer Entpolitisierung des sowjetischen Ethnizitätsverständnisses, zu einer »Entethnisierung« des Staatsaufbaus gesucht. Gegen Tischkow stellten sich Theoretiker der »nationalen Frage«, die betonten, Nationen und Nationalitäten seien Konkretionen sozial-historischer Gemeinschaften, und die Nationalstaatlichkeit sei der demokratische Weg für die Lösung der nationalen Frage. Die Diskussion ging weiter. Es wurde für die Nation als »ethno-kulturelle Gemeinschaft« plädiert (Eduard Bagramow). Als unglückliche Entlehnung aus westlichen Konzeptionen zur ethnischen Konfliktforschung empfand Wiktor Koslow den Gebrauch des Nationenbegriffs in der Bedeutung von »Bürgergemeinschaft«. In Rußland bzw. der Sowjetunion seien im 20. Jahrhundert der Begriff »Nation« und der von ihm abgeleitete Begriff »Nationalität« gewöhnlich im ethnischen Sinn gebraucht worden. Das bedeute, die Zugehörigkeit zu einer Nation oder Nationalität ergebe sich aus der ethnischen Herkunft, unabhängig davon, ob die fragliche ethnische Gruppe über eine eigene Staatlichkeit verfüge.

Für Juri Semjonow ist »die Nation eine Gesamtheit von Menschen, die ein gemeinsames Vaterland haben«.

In den meisten wissenschaftlichen Ansätzen und Publikationen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion wird der Begriff Nation in der traditionell russisch-sowjetischen Bedeutung gebraucht. So konstatiert Leokadija Drobishewa und blickt anschließend auf den Diskurs zwischen »Primordialisten« und »Konstruktivisten«, in dem westliche Ansätze zum Ethnizitätsverständnis mitwirken.

Die »Primordialisten« betrachten Ethnizität als objektive Gegebenheit, als eine Art ursprüngliches (primordiales) Merkmal der Menschheit, als quasi-natürliches Phänomen, das unter dem Einfluß gewisser sozialer, jeweils anzugebender Bedingungen seine konkrete Erscheinungsform annimmt. Sie berufen sich zumeist auf Julian Bromlei. Nach ihm werden Ethnien einerseits bestimmt durch »ethnische Eigenschaften« im engeren Sinne wie Sprache, Kultur und einem in der Selbstzuordnung sich ausdrückenden Selbstbewußtsein; andererseits spielen gewisse Elemente, wie territoriale, natürliche, sozio-ökonomische, staatlich-rechtliche Bedingungen bei der Herausbildung dieser ethnischen Eigenschaften eine Rolle.

Waleri Tischkow als Vertreter der konstruktivistischen und instrumentalistischen Richtung vertritt dagegen die Meinung, es sei überhaupt unmöglich, Volk oder Nation als Typen ethnischer Gemeinschaften exakt zu bestimmen. Eine ethno-kulturelle Nation sei kein »kollektiver Körper«, sondern ein »gruppeninterner Begriff«, dessen Aufrechterhaltung und Konstruktion das Ergebnis von Willensanstrengungen seien, womit er sich gegen ein essentialistisches, primordialistisches Ethnizitätsverständnis wendet, was er bei Bromlei und allen sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlern sieht.

Tischkow möchte die Definition des Volksbegriffs im Sinne einer ethnischen Gemeinschaft so präzisiert wissen: ein Volk sei »eine Gruppe von Menschen, deren Mitglieder eine gemeinsame Bezeichnung und gemeinsame Kulturelemente, den Mythos gemeinsamer Herkunft und ein gemeinsames historisches Gedächtnis haben, sich selbst mit einem besonderen Territorium assoziieren und ein Solidaritätsgefühl besitzen. Alle diese Merkmale sind Resultat besonderer Bemühungen, insbesondere des Prozesses der Nationenbildung.« Hier wird deutlich, daß Tischkow Nationenbildung nicht als natürlichen, sondern als sozialen Prozeß versteht, initiiert durch Anstrengungen von Intellektuellen und durch den staatspolitischen Willen.

Dem widersprechen andere, nach deren Auffassung Ethnien unabhängig vom menschlichen Bewußtsein existieren und einen Teil der ob-

jektiven sozialen Realität bilden. Auch die Autoren eines Lehrbuchs »Ethnologie« sprachen sich 1994 gegen konstruktivistische Ansätze mit dem Argument aus, solche machten die Wissenschaft überflüssig und rechtfertigten jegliche voluntaristische Handlungen.

Zum Gesamtdiskurs gehörte auch die Diskussion über Nationalismus. In den sowjetischen Gesellschaftswissenschaften war der Nationalismus-Begriff – wie das Phänomen selbst – negativ besetzt, was auch die postsowjetische Wissenschaft noch einige Zeit beeinflusste. Nationalismus bedeutete ein Konglomerat von Prinzipien und politischen Ideen, mit dem die Exklusivität und die Überlegenheit des eigenen Volkes ausgedrückt werden sollten; begleitet werde dies von Intoleranz, der Abwehr einer Vermischung mit anderen Völkern und diskriminatorischen Absichten.

Zu Beginn der Perestroika wurde zumeist jede Wertung von Nationalismus-Definitionen vermieden. Westliche Nationalismus-Forscher wurden rezipiert, die davon ausgehen, daß im Interesse von Freiheit und Selbstverwirklichung die nach ethnischen Kriterien erfolgende Nationalstaatenbildung ein notwendiger Schritt in der gesellschaftlichen Entwicklung sei. Daher seien Strategien ethnischer Mobilisierung mit dem Ziel der Schaffung eigener Staatlichkeit auch sehr wirkungsvoll.

Als im Namen der nationalen Befreiung Rechte von ethnischen Minderheiten in Nachfolgestaaten der Sowjetunion verletzt wurden, kam man wieder auf die negativen Implikationen des Nationalismus zurück und wurden heftige Reaktionen laut. Flexibilität in die oft polarisierte Diskussion brachte Tischkow mit seiner Auffassung, zwischen einem zivilisierten (bzw. staatlichen) und einem ethnischen Nationalismus zu unterscheiden. Beim ersten handele es sich um Patriotismus, der in allen Gesellschaften anzutreffen sei und sich nur im Extremfall in Chauvinismus und Isolationismus verwandele. Den zweiten interpretierte er mit Hilfe seines instrumentalistischen Ansatzes als – inakzeptables – politisches Programm, das »ethnischen Unternehmern« als Mittel des Zugangs zu Macht und Ressourcen diene, wobei individuelle Strategien und Interessen unterdrückt würden. Eine dadurch errungene Staatlichkeit aufgrund ethnischer Kriterien sei als Machtusurpation einer ethnischen Gruppe mittels Minderheiten oder Sezessionen zu verstehen.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es über die Ursachen des Nationalismus. Juri Semjonow interpretiert den Nationalismus der nicht-russischen Völker als eine Reaktion auf Diskriminierung, betont aber gleichzeitig die Rolle der Eliten, die sich Zugang zu Macht und Ressour-

cen in einem bestimmten Gebiet sichern wollen. Waleri Tischkow mißt der Interessenlage der Eliten gleichfalls große Bedeutung zu, hält jedoch zusätzlich noch andere Gründe für denkbar: die psychologischen Folgen des totalitären Regimes; das Fehlen einer »eigenen Stimme« im Machtsystem; die Gegenreaktion auf den Nationalismus der Russen; das Verlangen nach einer komfortablen Nische angesichts der politischen und sozialen Instabilität der Föderation. Er schreibe dem ethnischen Nationalismus in seinen nichtextremistischen Varianten eine positive Rolle zu, da er in Rußland die Dezentralisierung der Macht sowie die Erhaltung kultureller Pluralität und das Gemeinschaftsdenken fördere. Dadurch werde gegenwärtig der Mangel an Demokratie und Zivilität kompensiert. Diesem Befund kann Leokadija Drobishewa aufgrund ihrer eigenen Untersuchungen zustimmen.²⁴

Der Diskurs ging und geht weiter. Waleri Tischkow versteht Nationalismus »als Serie von Postulaten und Handlungen, die durch Aktivisten des sozialen Raumes formuliert und inszeniert werden. Nationalismus – das ist die Ideologie und Praxis, gegründet auf Vorstellungen, daß die Grundlage der Staatlichkeit, des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens die Nation ist.«²⁵ Die langen Debatten darüber, was ist und wann existiert eine Nation, sind in vieler Hinsicht nutzlos, wenn man Nation nicht als »staatliche Gemeinschaft« versteht. »Nation – das ist eine semantisch-metamorphosische Kategorie, die in der Geschichte große emotionale und politische Legitimation erlangte, die aber keine Kategorie der Analyse war und auch nicht sein wird, d. h. eine wissenschaftliche Definition findet.«²⁶

Gewissermaßen als Entgegnung auf solche Auffassungen hat Wiktor Koslow sein neues Buch »Ethnos. Nation. Nationalismus« angelegt, in dem er zugleich seine kritische Sicht auf die sowjetische Theorie und Praxis der Nationalitätenpolitik sowie auch auf die postsowjetische darlegt.²⁷ Er versteht »Ethnos als Gemeinschaft von Menschen, die auf na-

24 Siehe ebenda. S. 202.

25 Valerij Tiškov: Zabyt' o nacii (postnacionalističeskoe ponimanie nacionalizma). In: Étnografičeskoe obozrenie. Moskau (1998)5. S. 15. – Siehe auch Andreas Renner: Erfindendes Erinnern. Das russische Ethnos im rußländischen nationalen Gedächtnis. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 40. Bonn/Bad Godesberg 2000. S. 91–111.

26 Valerij Tiškov: Zabyt' o nacii (postnacionalističeskoe ponimanie nacionalizma). In: Étnografičeskoe obozrenie. Moskau (1998)5. S. 16.

27 Siehe Wiktor Kozlov: Étnos. Nacija. Nacionalizm: Suščnost' i problematika. Moskau 1999. S. 327ff.

türlichem historischen Wege entstand und bis in die Gegenwart einen bedeutenden Platz inmitten anderer Gemeinschaften einnimmt, mit denen sie auf verschiedene Weise zusammen wirkt«. ²⁸ Er verbindet – nach seiner Meinung in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Wissenschaftler Rußlands – die Theorie des Ethnos mit der Theorie der Nation als der entwickeltesten und bedeutendsten modernen Art des Ethnos und auch mit der Problematik des Nationalismus als ethno-politische Massenbewegung, die eine so große Rolle in den letzten zwei Jahrhunderten der Weltgeschichte, darunter auch in der Geschichte der UdSSR und Rußlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, spielte. ²⁹

Ende 1990 hatte Andreas Kappeler einleitend zum Sammelband »Die Russen. Ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart« darauf aufmerksam gemacht, daß der »zentrale Begriff Nationalismus« nicht einheitlich verwendet wird. »Während Nationalismus im Englischen und in der deutschen Fachsprache (besser: westdeutschen, angesichts des Gebrauchs in der DDR – H. S.) als neutrale Bezeichnung für nationale Ideologie und nationale Bewegung gebraucht wird, ist der Begriff im Russischen eindeutig negativ besetzt und meint den übersteigerten nationalen Chauvinismus.« Dieser »pejorative Bedeutungsgehalt« schwingt auch »in der deutschen Sprache« mit. ³⁰

Angesichts der Deutungsunterschiede tut jeder, der den Begriff Nationalismus verwendet, gut daran, seine eigene Deutung kund zu tun.

Im Blickfeld des genannten Sammelbandes stand auch eine sich entfaltende russisch-nationale Bewegung. »Immer mehr Russen werden sich dessen bewußt, daß ihnen ihre Rolle als führende Nation des Sowjetreiches mehr Nach- als Vorteile gebracht hat. Sie beklagen sich darüber, im Vergleich mit den meisten Nationalitäten eine diskriminierte Mehrheit zu sein, die die Hauptlast der sowjetischen Weltmachtpolitik zu tragen hatte und dafür einen hohen Preis bezahlte: Konsumverzicht und extrem niedriger Lebensstandard, Zerstörung der Umwelt und der russischen Kultur, der orthodoxen Religion, der Moral. Mit anderen Worten: Die Russen wenden sich ab von dem Konzept der imperialen Nation und suchen, wie die anderen Völker der Sowjetunion, eine Identität als ethni-

28 Ebenda. S. 21.

29 Siehe ebenda. S. 21f.

30 Siehe Andreas Kappeler (Hrsg.): Die Russen. Ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart. Köln 1990. S. 14.

sche Nation«,³¹ so sah es Kappeler. Er konstatierte hier eine politisch ambivalente, widersprüchliche Strömung, die auch in der Historiographie und Ethnologie ihren Boden hatte und Verbreitung fand.

NATIONALE PROBLEMATIK – ARBEITSRICHTUNGEN, -INHALTE, -ERGEBNISSE

Die Denk- und Diskussionsprozesse in Historiographie und Ethnologie/Ethnographie waren mit konkreter geschichtswissenschaftlicher und ethnographischer Arbeit vieler Fachleute zur nationalen Problematik verbunden; sie erwachsen aus ihr bzw. wirkten auf diese ein.

Im Jahre 1995 erschien ein Nachschlagewerk »Wer ist wer bei der Erforschung der Völker und nationalen Probleme Rußlands«. ³² Es enthält Informationen über 607 Personen, überwiegend Historiker und Ethnographen, die sich in Rußland nach eigenen Angaben vor allem oder verschiedentlich mit dieser Thematik beschäftigen. Dazu kommt ein Verzeichnis entsprechender Institutionen und Organisationen – alter und neuer –, in denen diese tätig sind. Es enthält eine ganze Palette großer und kleiner Einrichtungen, die der nationalstaatlichen Ausrichtung vieler Föderationssubjekte entsprechen und die geographische Weite und nationale Vielfalt der Beschäftigung mit der Geschichte anzeigen. Sie reicht von der großen Konzentration des Potentials in Moskau und St. Petersburg bis hin zum Wissenschaftlichen Forschungsinstitut zur Wiedergeburt der ob-ugrischen Völker in Chanti-Mansijsk, der Hauptstadt des Autonomen Bezirks der Chanti und Mansi im Gebiet Tjumen, der etwa 29.000 Chanti und Mansi nationales Leben ermöglichen soll. Dazu gehört die Besinnung auf nationale Tradition und eigene Schriftsprache, an deren Schaffung der deutsche Ethnograph Wolfgang Steinitz – unvergessen bei diesen Völkern – maßgeblich beteiligt war.³³

31 Ebenda. S. 7.

32 Siehe *Kto est' kto v izučenii narodov i nacional'nych problem Rossii*. Spravočnik. Moskau 1995.

33 Siehe Wolfgang Steinitz und die westsibirischen Völker der Chanti und Mansi. Hrsg. von der Deutschen Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e. V. (DAMU). Berlin 2000. – Zur Arbeit des Instituts gehört die Herausgabe eines russisch-chantischen Sprachführers (siehe *Rusko-chantyjskij razgovornik*. Moskau 1996), chantischer Literatur für Schulen (siehe *Evdokija Nemysova: Chantyjskaja literatura v školach Chanty-Mansijskogo i Jamalo-Neneckogo*

Somit bietet dieses »Who is who« personelle und institutionelle Orientierungshilfe sowie Arbeitsergebnisse der einzelnen Forscher in den letzten Jahren zur nationalen Problematik. Es hat eine breitere Fortsetzung mit dem 1998 erschienenen Nachschlagewerk »Historiker Rußlands. Wer ist wer bei der Erforschung der vaterländischen Geschichte« erfahren. Es bringt Angaben zu ca. 800 Historikern Rußlands, zeugt vom Pluralismus der Meinungen, dem konzeptionellen Umdenken vieler Forscher, vom Suchen nach neuen theoretisch-methodologischen Ansätzen und widerspiegelt nach Meinung des Zusammenstellers der Beiträge Anatoli Tschernobajew den »heutigen Übergangszustand der Geschichtswissenschaft Rußlands«. ³⁴

Zu ihr gehört das Suchen nach der eigenen Nationalgeschichte. Haben die »Russen« ihre eigene Nationalgeschichte – nicht im Sinne eines besonderen »russischen Weges«, sondern im Sinne einer Autonomie von der Geschichte Rußlands oder der Sowjetunion? Diese Frage stellte sich in dem Moment, als der ehemals einheitliche staatliche Raum in eine Reihe selbständiger Republiken zerfiel, die nicht nur unverzüglich ihre politische Souveränität erklärten, sondern auch die Souveränität ihrer eigenen, nationalen Geschichte. Das war so bei Litauen, Lettland, Estland, der Ukraine, Kasachstan ... überall, außer bei Rußland. Obwohl die Führung Rußlands faktisch den Prozeß des Zerfalls der Sowjetunion initiierte, ging dies nicht als Aufteilung des Ganzen in einzelne Teile vor sich, sondern als Prozeß der Abtrennung von Rußland. So bemühten sich auch die neuen Nationalgeschichten, sich von der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion zu distanzieren, den russischen Faktor als etwas Äußeres (und oft auch Feindliches) im Verhältnis zum eigenen historischen Weg darzustellen. Die »souveränen« Nationalbiographien wurden mit neuen Helden und positiven Symbolen aufgefüllt. Solches Bemühen haben nicht nur russische Historiker kritisch vermerkt, sondern auch andere festgestellt. ³⁵

avtonomnych okrugov. Učebnaja chrestomatija 2. Chanty-Mansijsk 1996) und einer Übersetzung aus dem Deutschen ins Russische der Arbeit des finnischen Gelehrten K. F. Karjalainen »Die Religion der Jugra-Völker« (Porvoo 1922), der sich 1898–1902 bei diesen Völkern aufhielt (siehe K. F. Kar'jalajnen: Religija jugorskich narodov. Tom II. Tomsk 1995).

34 Anatolij Černobaev: Istoriki Rossii. Kto est' Kto v izučenii otečestvennoj istorii. Biobibliografičeskij slovar'. Saratov 1998. S. 4.

35 Siehe Gennadij Bordjugov: »Svoe« i »Čur' oe« prošloe. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)5. S. 3f. – Nacional'nye istorii v sovetskom i postsovetskich gosu-

In Rußland stand die Frage nach einer russischen Nationalgeschichte/Nationalgeschichte der Russen und ihrer Ausgestaltung im engen Zusammenhang mit der Frage nach dem geschichtlichen Schicksal und der Zukunft des russischen Volkes, mit der Identitätskrise nach dem Zerfall der Sowjetunion, in der die Russen überall »zu Hause« waren, und der Suche nach einer »russischen Idee« des Zusammenhalts und eigenständiger Werte nach dem Verfall sozialistischer. Wer waren und sind wir; woher kommen wir? – waren und sind zentrale Fragen. Sie verbanden sich mit der Ausdeutung dieser Idee und der Gestaltung des Zusammenlebens der Völker Rußlands in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Das betraf Fragestellungen nach den Eigenarten, die jeder Nation zugehörig sind, nach den Quellen und der Herausbildung eines russischen Nationalcharakters und Selbstbewußtseins, der Rolle und dem Platz des russischen Volkes in der multinationalen Bevölkerung und in der Nationalitätenpolitik des Russischen Reiches und der Sowjetunion, nach ethno-demographischen und kulturellen Aspekten, der Herkunft und dem Charakter des russischen Nationalismus und der Russophobie, dem Schicksal des Kosakentums als einem russischen Subethnos, dem Inhalt der russischen Idee in Vergangenheit und Gegenwart, der Rolle der russisch-orthodoxen Kirche in der geistigen Entwicklung der russischen Nation, der russischen Frage im politischen Kampf in den verschiedenen Etappen der Geschichte Rußlands.³⁶

Aktuell und aufwühlend war und blieb die Frage des Historikers Wladimir Jordanski: »Russkije, kakije my?« (Russen – wer sind wir?). Worin liegt unsere Besonderheit als Volk? Worin besteht die Eigenart unseres Charakters, unserer Kultur, unserer Wahrnehmung der Welt? Er führte auf, was man dem russischen Volk an Wesenszügen zugeschrieben habe – Passivität, Leidensfähigkeit, Unterwürfigkeit, Mangel an organisatorischen Fähigkeiten, Leichtgläubigkeit, Mildtätigkeit, Barmherzigkeit, Kollektivismus, Fehlen an Bürgerverantwortung, Schwäche des nationalen Selbstbewußtseins u. a. Er konstatierte, daß sich der Nationalcharakter unter dem Einfluß historischer Erfahrung, sozialer Praxis und Kultur for-

darst. Moskau 1999. – Dmytro Zlepko: Vom homo sovieticus zum homo ucrainensis – Geschichtsdebatten in der unabhängigen Ukraine. In: Leonid Luks/Donal O'Sullivan (Hrsg.): Die Rückkehr der Geschichte. Osteuropa auf der Suche nach Kontinuität. Köln, Weimar, Wien 1999. S. 111–125. – Peter Krupnikow: Geschichte und Geschichtsbewußtsein in Lettland. In: Ebenda. S. 127–139. – Gabriele Bucherdinç. S. 8 und 14 (Anmerkung 39).

36 Siehe Dina Aman' olova: Istoriografija izučeniya nacional'noj politiki ... S. 322ff.

miere und sich am vollständigsten und konkret in der Ethik eines Volkes ausdrücke, welche auch die Normen und sein Verhalten in den verschiedensten Lebensumständen diktiere. Ein Vergleich des Nationalcharakters beliebiger Völker zeige, daß sie im Wesen einander sehr nahe sind, ihr hauptsächlichster Unterschied bestehe darin, daß ein und dieselbe Charaktereigenschaft in unterschiedlichen Proportionen vorhanden sei. Auf die gestellte Frage gäbe es keine Antwort. Mit jeder neuen Generation entstehe sie aufs Neue und werde sie erneut neuen Streit hervorrufen.³⁷

Alexej Pimjonow, Moskauer Philosoph und Orientalist, fand: »Wenn die welthistorische Mission zu Ende ist, bleibt nichts, außer Ethnographie. Und gerade in dieser Situation« – und jetzt nahm er eine scharfsinnige Sicht und Formulierung des russischen Dichters Petr Wjasemski aus dem vorigen Jahrhundert auf – »wird der Nationalcharakter zu einem Hausgeist, den jeder kennt, obwohl niemand ihn gesehen hat«.³⁸

In mehreren Beiträgen ist Alexander Wdowin, Historiker an der Moskauer Lomonossow-Universität, dem Diskurs um eine »Rossijskaja nacija« (Rußländische Nation) mit dem Streit um die »nationale Idee« und den rußländischen Föderalismus mit ausführlichem Blick auf die Erfahrungen der Sowjetunion nachgegangen.³⁹

Er geht davon aus, daß die russische und die rußländische nationale Idee nicht gleichzusetzen sind. Für ihn ist die heutige *russische* Idee das Bewußtsein des russischen Volkes von seiner eigenen Identität, des gemeinsamen Weges, gemeinsamer Aufgaben, gemeinsamer Verantwortung und der Verpflichtung, eine bessere, humane und gerechte Gesellschaft aufzubauen. Eine analoge Idee habe jedes Volk Rußlands (muß es haben). Die integrative *rußländische* Idee sei Angelegenheit aller Völker Rußlands (müsse dies sein). Das sei das Bewußtsein der Notwendigkeit, eine neue Formel der rußländischen Staatlichkeit durch alle Völker Rußlands zu finden, der Fähigkeit, gemeinsam die Krise zu überwinden, zu

37 Siehe Vladimir Iordanskij: Russkie, kakie my? In: Svobodnaja mysl'. Moskau (1998)2. S. 51–60.

38 Alexei Pimenov: Rußland, Deutschland und der Orient – Brücke zwischen Ost und West? In: Leonid Luks/Donal O'Sullivan (Hrsg.): Rußland und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert: Zwei »Sonderwege« im Vergleich. Köln, Weimar, Wien 2001. S. 32 und 45.

39 Siehe Aleksandr Vdovin: Rossijskaja nacija (K nynešnim sporam vokrug nacional'noj idei. In: Kentavr. Moskau (1995)3. S. 3–11. Ebenda (1995)4. S. 114–123. – Aleksandr Vdovin: Rossijskij federalizm i »russkij vopros«. In: Vestnik Moskovskogo universiteta. Serija 8: Istorija. Moskau (2000)5. S. 7–42.

überleben, sich selbst zu retten, würdig zu existieren und zusammenzuleben, sich gegenseitig zu bereichern, des Willens zur Vereinigung der verschiedenen Völker, Kulturen und Traditionen in einer einheitlichen politischen rußländischen Nation. Anders gesagt, die rußländische Idee ist das Bewußtsein von einer rußländischen politischen Identität im Namen des Wohlergehens und des Aufblühens einer rußländischen Nation als Bürgergesellschaft.⁴⁰ Im Jahre 2000 drückte er sich zurückhaltender aus, wenn er jetzt der russischen Idee, insofern sie für alle Völker Rußlands annehmbar sei, integrative Kraft für das Zusammenleben in einer gemeinsamen Staatlichkeit zuschrieb, ohne die Begriffe »rußländische politische Nation« und »Bürgergesellschaft« zu gebrauchen.⁴¹ Für diese staatliche Gemeinschaft hielt er eine Modernisierung des rußländischen Föderalismus, der in seiner Architektur fast gänzlich in der Nachfolge der zwanziger–dreißiger Jahre geblieben sei, für erforderlich. Vorstellbar sei dabei der Staatsaufbau Rußlands als »nationaler Russischer Staat« mit national-territorialen und national-kulturellen Autonomien, aber auch eine »Rußländische Republik« mit föderativen Teilen sowie die Herausbildung eines Systems national-kultureller Autonomie als allumfassende Form der Selbstorganisation aller großen und kleinen Völker Rußlands.⁴²

Mit Sicht auf die breite, vielfältige und emotionale Diskussion kamen Jelena Subkowa und Alexander Kuprijanow im Jahre 1999 zu der Feststellung: »Verschiedene politische Kräfte unterbreiteten ihre Deutung der ›russischen Idee«, jedoch, ungeachtet bekannter Unterschiede, fanden sich praktisch alle in einem: die ›russische Idee« – das ist eine Staats- und Machtidee, die keine ethnische Färbung hat. Eine solche Auffassung der nationalen Idee beeinflusst auch die Wahrnehmung der russischen Geschichte vor allem als Geschichte des Rußländischen Staates.«⁴³

Mit dieser Feststellung sollen aber nicht Bestrebungen und Versuche übergangen werden, russische Geschichte als ethnisch-nationale Geschichte, als eine russische Geschichte »nur für Russen« zu schreiben. Sie sind in einer national-patriotischen und nationalistischen Richtung

40 Siehe Aleksandr Vdovin: Rossijskaja nacija (K nynešnim sporam vokrug nacional'noj idei. In: Kentavr. Moskau (1995)3. S. 9f.

41 Siehe Aleksandr Vdovin: Rossijskij federalizm i »russkij vopros«. In: Vestnik Moskovskogo universiteta. Serija 8: Istorija. Moskau (2000)5. S. 42.

42 Siehe ebenda. S. 39f.

43 Elena Zubkova/Aleksandr Kuprijanov: Vozvraščenie k »Russkoj idee«: Krizis identičnosti i nacional'naja istorija. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)5. S. 25.

deutlich, die sichtlich stärker in der historisierenden Publizistik als in der professionellen Historiographie und Ethnographie ausgeprägt ist.

Zu dieser gehört Oleg Platonow. Er schrieb eine zweibändige »Geschichte des Russischen Volkes im XX. Jahrhundert« mit dem Titel »Die Dornenkrone Rußlands«. ⁴⁴ Das ist der erste große Versuch, von offen nationalistischen Positionen aus eine Konzeption der russischen Geschichte zu schaffen. ⁴⁵

Die Februar- und Oktoberrevolution 1917 wertet Platonow als »anti-russische Revolution«. Sein Schema der Entwicklung der russischen Geschichte sieht dann so aus: »Seit 1917 herrscht in Rußland ein kosmopolitisches Regime, zu dessen Führern jüdische Bolschewiki werden. Es organisiert den planmäßigen Pogrom gegenüber dem Russischen Volk und der Russisch-Orthodoxen Kirche, die Aufteilung der russischen Territorien und ihre Übergabe an andere Völker. Jedoch schon in den zwanziger Jahren entstand in den Reihen der regierenden Partei eine russisch-staatliche Strömung, die J. W. Stalin anführt. Zwischen Kosmopoliten und Russisch-Staatlichen beginnt ein grausamer Kampf, der mit dem resoluten Sieg der Anhänger Stalins und der physischen Vernichtung der verbrecherischen Oberschicht der jüdischen Bolschewiki endet.« ⁴⁶

In diesem Schema tritt ein Grundzug der russischen nationalistischen Literatur hervor, der antijüdische, manifestiert in dem Thema der angeblichen »jüdischen Vorherrschaft«, die als Ursprung vieler Nöte Rußlands angesehen wird. ⁴⁷

Gegen diesen Grundzug wandten sich im vergangenen Jahr in einem aufschlußreichen Meinungsaustausch (»Kruglyj stol«) Historiker, als sie anlässlich des Erscheinens eines Sammelbandes »Die Juden in der russischen Revolution« der aktuellen Fragestellung »Warum die Juden?« – faktisch dem genannten Thema – nachgingen und dabei reale Sachverhalte verdeutlichten und Mythen bloßlegten. ⁴⁸

44 Siehe Oleg Platonov: Ternovyj venec Rossii: Istorija Russkogo naroda v XX v. Tom I–II. Moskau 1997.

45 Siehe Elena Zubkova/Aleksandr Kuprijanov: Vozvraščenie k »Russkoj idee«: Krizis identičnosti i nacional'naja istorija. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)5. S. 24.

46 Oleg Platonov: Ternovyj venec Rossii: Istorija Russkogo naroda v XX v. T. 1. Moskau 1997. S. 6 (zitiert nach ebenda. S. 24).

47 Siehe ebenda. S. 24f.

48 Siehe Iz istorii i mifologii revoljucii. Počemu evrei? »Kruglyj stol«. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2000)2. S. 89–121.

Bezüglich der Problematik von »russischer Idee« und russischer Nationalgeschichte kommen Jelena Subkowa und Alexander Kuprijanow zu dem Fazit, daß die Mehrheit der Historiker der »Verlockung« widerstand, seine Forschungen irgendeiner »ethnischen Dominante« unterzuordnen. »Die überwiegende Mehrheit der professionellen Historiker sieht keinerlei Notwendigkeit zu einer radikalen Umbewertung der Geschichte Rußlands und zur Heraushebung irgendeiner rein russischen Komponente.«⁴⁹ Begünstigend wirke dabei, daß es im Unterschied zur Mehrheit der anderen postsowjetischen Staaten in Rußland noch keinen direkten staatlichen Auftrag zur Umschreibung der nationalen Geschichte, noch keine auf staatlicher Ebene festgelegte Version einer Nationalgeschichte gäbe. Die Machtelite Rußlands habe bisher nicht eindeutig ihr Verhältnis zum russischen Problem und zu einer russischen nationalen Geschichte festgelegt. Die Schaffung einer besonderen russischen Geschichte, autonom zur allgemeinen Geschichte Rußlands und der Sowjetunion, wird nicht als politisches Problem und staatliche Notwendigkeit gesehen. Von der Verlockung, die »russische Karte« zu spielen, halten offensichtlich zwei Umstände ab, zum einen das Bestreben, die nichtrussischen Regionen des Landes im eigenen Einflußbereich zu halten, und zum anderen das Problem der Russen jenseits der Staatsgrenze, zu dem sich die heutige Macht in Rußland indifferent verhalte.⁵⁰

Das war die Sicht im Jahre 1999 zur Amtszeit des Präsidenten Boris Jelzin, dessen naiver Wunsch, zu einer Staatsidee durch ein Preisaus Schreiben zu kommen, sich nicht erfüllen ließ.

Inzwischen sind sich sein Nachfolger Wladimir Putin und die Staatsduma über Staatssymbole der Russischen Föderation und ihrer Armee – zaristischer Reichsadler, weiß-blau-rote Trikolore, rote Fahne und Sowjethymne (mit anderem Text) – einig geworden. Daraus spricht keine enge und einseitige Traditionsfestlegung, sondern das Bestreben, allen Bürgern Rußlands Identitätswerte zu geben.

Der fehlende direkte staatliche Auftrag zu einer bestimmten Geschichtsinterpretation zeigt sich nach Jelena Subkowa/Alexander Kuprijanow im Inhalt der Schul- und Hochschullehrbücher zur vaterländischen Geschichte, die in erster Linie in die Sphäre des staatlichen Einflusses

49 Elena Zubkova/Aleksandr Kuprijanov: Vozvraščenie k »Russkoj idee«: Krizis identičnosti i nacional'naja istorija. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)5. S. 26.

50 Siehe ebenda. S. 8.

fallen.⁵¹ Und in der Tat, schaut man die Listen von Veröffentlichungen durch, die in Zeitschriften erscheinen, so kommt man zu der Feststellung: eine solche Anzahl von Lehrbüchern mit verschiedenen methodologischen Ansätzen und inhaltlichen Interpretationen hat es bisher in Rußland und der Sowjetunion nie gegeben. Sie bieten gegenüber früheren Titeln wie »Geschichte der UdSSR« oder »Geschichte der Sowjetunion« jetzt unter »Geschichte Rußlands von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart« oder »Geschichte des Vaterlandes« Gesamtansichten entsprechend dem staatlichen Rahmen bzw. (unter anderen Titeln) Darstellungen zu Teilen der Gesamtgeschichte, zur Geschichte einzelner Landesteile und Republiken sowie zu vielen Einzelthemen.

Dieses Herangehen an die vaterländische Geschichte ist generell in der Historiographie vorhanden. Es führt zur Bearbeitung auch früher behandelte Themen wie Revolution, Bürgerkrieg, Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Großer Vaterländischer Krieg u. a., allerdings mit verschiedenen konzeptionellen Ansätzen, anderen Schwerpunkten und Wertungen.

Deutlich ist dabei eine Hinwendung zum Nationalen und Ethnischen, zur Lebensweise und Kultur der Völker, zu demographischen Prozessen und zur Religion, wobei das russische Volk insgesamt aufmerksame Beachtung findet.

All dies eröffnet der Ethnographie ein weites Betätigungsfeld, das sie mit beachtlichen Arbeitsergebnissen im Zusammenwirken mit der Historiographie u. a. Disziplinen ausfüllte.

Auffällig ist die Erarbeitung von Nachschlagewerken/Enzyklopädien für die Föderation, einzelne Republiken und Völker, in denen natürlich auch der Blick auf die Geschichte gerichtet wird.

1994 erschien mit einer beträchtlichen Auflage von 50.000 Exemplaren eine Enzyklopädie »Die Völker Rußlands« mit Angaben zur Geschichte und Gegenwart, Lebensweise und Kultur sowie Repräsentanten von etwa 140 Völkern, die in Rußland leben, – das »erste umfassende Nachschlagewerk über die Völker Rußlands«, wie der Herausgeber Waleri Tischkow betonte. »Um die Besonderheiten der gegenwärtigen Lage der Völker Rußlands zu verstehen, ist es nötig, sich mit ihrer Herkunft und ethnischen Geschichte bekannt zu machen.«⁵²

51 Siehe ebenda. S. 18. – Allerdings sind Weisungen zur Gestaltung des Geschichtsunterrichts in der Schule durch das Ministerium für Bildung ergangen.

52 Narody Rossii: Ėnciklopedija. Moskau 1994. S. 4.

Dieser Gesamtsicht folgte 1999 ein Nachschlagewerk »Religionen der Völker des heutigen Rußlands«. Es enthält mehr als 350 Beiträge religionskundlichen, ethnologischen, sozialpsychologischen, ethischen, rechtlichen und politischen Charakters und widerspiegelt die verschiedenen Seiten der religiös-kulturellen Situation in Rußland. Angesichts der Verbreitung von Ideen eines ethnischen Egoismus und nationaler Überlegenheit, des Vorhandenseins deintegrativer Stimmungen und des Fehlens zusammenführender gesamtnationaler Ideen, widmet das Nachschlagewerk den gesellschaftspolitischen Positionen religiöser Organisationen, einschließlich ihrer zwischennationalen Beziehungen große Beachtung. Denn wenn zu den ethnischen Widersprüchen und Konflikten noch Zusammenstöße auf religiösem Boden erfolgen, so können die Folgen tragisch sein. Deshalb wird auch in den Beiträgen Wert gelegt auf Probleme der Toleranz und werden solche Aspekte der gesellschaftspolitischen Tätigkeit religiöser Organisationen hervorgehoben, die eine Abschwächung oder im Gegenteil eine Verstärkung zwischennationaler Spannungen und Konflikte ermöglichen.⁵³

Den intensiven Blick auf die »Russen« richtete 1997 eine Monographie von Autoren des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der Akademie der Wissenschaften Rußlands als Auftakt einer neuen Reihe »Völker und Kulturen«. Diese ist in gewisser Weise die Wiederaufnahme einer Reihe »Völker der Welt«, die mit 18 Bänden in den Jahren 1954 bis 1966 erschien, unter völlig neuen Bedingungen. Die neue Reihe soll sich vor allem – so der Herausgeber und Direktor des Instituts, Waleri Tischkow – der Beschreibung jener ethnischen Gemeinschaften widmen, die sich in den Regionen der ehemaligen Sowjetunion und vor allem auf dem Territorium der Russischen Föderation herausbildeten und hauptsächlich dort leben. Bei aller Veränderlichkeit und Bedingtheit ethnischer Grenzen und einer hohen Stufe kultureller, wechselseitiger Beeinflussung und Wechselwirkung in der heutigen Welt bleiben doch die Vorstellungen über die Völker und ihre Eigenart eine mächtige politische und emotionale Realität. Das Wissen um diese Realien ist notwendig für jede Gesellschaft und besonders für Rußland – einer der größten Staaten der Welt mit einer ethnischen Vielfalt der Bevölkerung, mit seiner unikalen Geschichte und seinen komplizierten aktuellen Problemen.⁵⁴ Dementsprechend wird im ersten Band mit viel Material die historische Entwicklung des russi-

53 Siehe *Religii narodov sovremennoj Rossii: Slovar'*. Moskau 1999. S. 5.

54 Siehe *Russkije* (Serija »Narody i kul'tury«). Moskau 1997. S. 5f.

schen Volkes vom 10. Jahrhundert bis in unsere Tage zur Darstellung gebracht. Große Aufmerksamkeit wird auch den für die russische Forschung neuen Sujets wie Nationalbewußtsein und Volkserinnerung («narodnaja pamjat'»), traditionelle Werteideale und Glauben, religiöse Anschauungen im Volke von Wiedergeburt und Lebensbeginn, Frauen in der russischen Familie u. a. geschenkt. Wichtig ist auch die Einbeziehung der Russen im Ausland. Rezensenten sind der Auffassung, daß das Buch alle Forderungen erfüllt, die man an eine verallgemeinernde Arbeit zur ethno-geschichtlichen Forschung über ein Volk stellen kann.⁵⁵

In einer ethno-statistischen Forschungsarbeit ging Wladimir Kabusan den »Russen in der Welt« nach und schlüsselte deren Zahl entsprechend den Volkszählungen auch für die Sowjetunion und deren Republiken auf. Er machte für die Zeit Peter I. (1719) etwa elf Millionen Russen aus. Er sah 1989 in der Sowjetunion vor ihrem Zerfall (Volkszählung von 1989) 145 Millionen Russen – etwa die Hälfte der Bevölkerung –, davon 120 Millionen in der RSFSR. Darüber hinaus ortete er etwa vier Millionen ethnische Russen im Ausland. Nach dem Zerfall der UdSSR befanden sich weitere ca. 25 Millionen Russen im sogenannten »nahen Ausland« (den ehemaligen Sowjetrepubliken).⁵⁶

Eine aktuelle Thematik erfaßt das Kosakentum in seiner Geschichte, Zerschlagung, Wiederauferstehung und Gegenwart – auch unter Bezugnahme auf das Verhältnis zu anderen Völkern, wie denen des Nordkavkasus.⁵⁷ Auch in der ukrainischen Historiographie ist das Kosakentum ein wichtiges Feld in der nationalen Geschichtsschreibung.⁵⁸

55 Siehe die Rezension von L. B. Zasedateleva/O. V. Solopova. In: *Ėtnografičeskoe obozrenie*. Moskau (1998)6. S. 138–142 (hier S. 141).

56 Siehe Vladimir Kabuzan: *Russkie v mire. Dinamika čislenosti i rasselenija (1719–1989)*. Formirovanie etničeskich i političeskich granic russkogo naroda. St. Petersburg 1996. S. 278, 18 und 32.

57 Siehe Michail Astapenko: *Istorija kazačestva Rossii*. V pjati knigach. Rostow-am-Don 1998. – *Problemy istorii kazačestva: Sbornik naučnych trudov*. Wolgograd 1995. – T. Egorov: *Kazaki. Voskrešenie*. Tscheboksary 1996. – N. I. Fokin: *Final tragedii: Uralskie kazaki v XX v.* Moskau 1996. – V. Baraničenko: *Schvatka nad bezdnj: istorija kubanskogo kazačestva v kontekste mirovoj istorii. Fakty i versii*. Krasnodar 1999. – *Donskie kazaki v proslom i nastojaščem*. Rostow-am-Don 1998. – Viktor Gluščenko: *Kazaki i narody Kavkaza*. Moskau, Pjatigorsk 1997.

58 Siehe Dmytro Zlepko: *Vom homo sovieticus zum homo ucrainensis – Geschichtsdebatten in der unabhängigen Ukraine*. In: Leonid Luks/Donal O'Sullivan (Hrsg.): *Die Rückkehr der Geschichte. Osteuropa auf der Suche nach Kontinuität*. Köln, Weimar, Wien 1999. S. 119ff.

Neben dem russischen Volk, dem in der Russischen Föderation ca. 81% der Bevölkerung angehören, wird auch den nichtrussischen Völkern in Forschung und Publikation beachtliche Aufmerksamkeit gewidmet. Eine Chronik ging dem »Leben der Nationalitäten in der UdSSR« nach,⁵⁹ und zwei Publikationen wollten 1999/2000 Auskunft über »Namen und Schicksal« der Völker Rußlands geben und Staatsangestellten die Frage beantworten: »Was muß man über die Völker Rußlands wissen?«⁶⁰

Überblickt man das Erkennbare, so zeichnen sich einige Grundrichtungen und Schwerpunkte ab.

In der Hinwendung zum Nationalen und Ethnischen liegt es, sich einen Gesamtüberblick über die Geschichte des einzelnen Volkes und seiner staatlichen Strukturen zu verschaffen. Zu Sowjetzeiten gab es offiziöse kollektive Gesamtdarstellungen zur Geschichte der UdSSR sowie der einzelnen Unions- und autonomen Republiken (außer einer Geschichte der RSFSR). Das ist nicht wiederholbar. Aber Publikationen und Forschungen (Doktordissertationen) zeigen eine Tendenz zu Gesamtsichten in unterschiedlicher Art, die allerdings noch nicht stark ausgeprägt ist.⁶¹ Als Pendant sei darauf verwiesen, daß die Nationale Akademie der Wissenschaften der Republik Kasachstan sehr schnell (1993) eine »Geschichte Kasachstans von den ältesten Zeiten bis in un-

59 Siehe Chronika · izni nacional' nostej v SSSR. Moskau 1996.

60 Siehe P. A. Ageeva: Kakogo my rody-plemeni?: Narody Rossii: imena i sud'by: Slovar'-spravočnik. Moskau 2000. – Čto nu' no znat' o narodach Rossii. Spravočnik dlja gosudarstvennyh slu'aščich. Moskau 1999.

61 Siehe Respublika Komi: Ėnciklopedija. V trech tomach. T. 1–2. Syktywkar 1997 und 1999. – Istoriko-kul'turnyj atlas Respublika Komi. Moskau 1997. – Igor' · erebcov/Eleonora Savel'eva/Aleksandr Smetanin: Istorija Respubliki Komi: Naučn.-popul. očerki. Syktywkar 1996. – Istorija Mordovii v licach: Biogr. sbornik. Saransk 1997. – Mordva: Ist.-kul'tur. očerki. Saransk 1995. – Vladimir Abramov: Social'nopolitičeskaja istorija mordovskogo naroda (1897–1939 gg.). Dokt. diss. Ni' egorodskij Gos. Univ. Nishni Nowgorod 1997. – Indus Tagirov: Očerki istorii Tatarstana i tatarskogo naroda (XX vek.). Kasan 1999. – M. Z. Chafizov: Ni' egorodskie tatory: Očerki istorii. Nishni Nowgorod 1998. – Rais Ismagilov: Očerki po istorii Nurimanskogo rajona Baškortostana. Per. s tatar. Ufa 1998. – Finno-ugorskii mir (Spravočnik po istorii, kul'ture i jazyku). Posvjaščajetsja II Vsemirnomu kongressu finno-ugorskich narodov. Budapest, 16–21 avgusta 1996 goda. Budapest, Moskau 1996 (zumeist ungarische Autoren). – Respublika moja Burjatija: Kratkaja chrestomatija po istorii respubliki. 1946–1997. Ulan-Ude 1998. – Rossija i Chakasija: 290 let sovmejnogo razvitija. Sb. materialov resp. naučn. konferencii. Abakan 1998. – S. G. Nam: Rossijskie korejcy: istorija i kul'tura. 1860–1925 gg. Moskau 1998.

sere Tage (Abriß)« in russischer Sprache mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren herausgab und 1998 in Almaty ein neunbändiges populäres Nachschlagewerk »Kasachen« in kasachischer und russischer Sprache herauskam.⁶²

Zur Geschichte eines jeden Volkes Rußlands gehören die Repressionen und Verfolgungen, denen viele Bürger der Sowjetunion seitens des herrschenden Systems unterlagen und die zu Millionen Opfern führten. Sich dieser Opfer zu erinnern, sie ausfindig zu machen, ihre Lebens- und Todesumstände zu verdeutlichen, das Terrorsystem bloßzulegen und zu Achtung von Menschenleben und Menschenwürde anzuhalten, ist das Anliegen von Forschungsarbeiten und zahlreichen Publikationen verschiedener Art – Martyrologe, Gedenkbücher, Erinnerungen, Biographien, Sachbücher, Dokumente u. a. Sie haben wissenschaftlichen und moralischen Wert.⁶³

Dem gezielten staatlichen Terror, der Massendeportation und Zwangsansiedlung, waren ganze Völker und ethnische Gruppen zu unterschiedlichen Zeiten mit großen Menschenopfern, dem Verlust der Heimat und nationaler Bindungen ausgesetzt. Das betraf nicht nur die Wolgadeutschen, Krimtataren, Kalmücken, Tschetschenen, Inguschen, Balkaren und Karatschaier während des Großen Vaterländischen Krieges, sondern auch Koreaner, Griechen, Mescheten u. a. zu anderer Zeit. Forschung

62 Siehe *Istorija Kazachstana s drevnejšich vremen do našich dnej* (Očer). Almaty 1993. – *Kazachi. Devjatiťtomnyj populjarnyj spravočnik*. Almaty 1998.

63 Die Zahl der Martyrologe und Gedenkbücher ist unübersehbar. Zumeist alle Föderationssubjekte und darüber hinaus viele Städte und Landkreise besitzen sie. Im folgenden sei eine Auswahl als Beispiel genannt: *Pokojanie: Komi respublikanskij martirolog · ertv massovyh polit. repressij*. T. 1. Syktywkar 1998. – *Tragedija naroda: Kniga Pamjati · ertv pol. repressij Resp. Marij Él*. T. 2. Joschkar-Ola 1997. – *Kniga Pamjati · ertv političeskich repressij Respubliki Baškortostan*: T. 1–2. Ufa 1997 und 1999. – *Kniga rasstreljannyh: martirolog pogibšich ot ruki NKVD v gody bol'šogo terrora* (Tjumen. obl.). T. 1–2. Tjumen 1999. – *Kniga pamjati · ertv repressij Respubliki Chakasija*. Abakan 1999. – *Narymskaja chronika. 1930–1945: Tragedija specpereselencev. Dokumenty i vospominanija*. Moskau 1997. – *Specposelki v Komi oblasti: Sbornik dokumentov*. Syktywkar 1997. – *Specpereselenecy v Zapodnoj Sibiri. 1939–1945*. Nowosibirsk 1996. – N. A. Morosov: *GULag v Komi krae. 1929–1956*. Syktywkar 1997. – A. F. Stepanov: *Rastrel po limitu: Iz istorii političeskich repressij v TASSR v gody »e' ovščiny«*. Kasan 1999. – *Tak èto bylo. Nacional'nye repressii v SSSR. 1919–1952 godu*. T. 1–3. Moskau 1993. – Siehe ferner zahlreiche russischsprachige Literatur zum »deutschen« Thema in Alfred Eisfeld/Victor Herdt (Hrsg.): *Deportation. Sondersiedlung. Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956*. Köln 1956. S. 523–532.

und Publikation haben sich der Tragödie dieser Völker und Gruppen in ihrem ganzen Ausmaß und ihren Folgen bis hin zur Rückkehr (auch Rückkehrverweigerung), Wiederansiedlung und Rehabilitierung angenommen; eine herausragende Rolle spielte dabei Nikolai Bugaj.⁶⁴

Natürlich beschäftigte der Große Vaterländische Krieg das Gedächtnis der Völker und ihre Geschichtsschreibung, insbesondere zum 50. Jahrestag des Sieges 1995. Der Anteil an seinem Zustandekommen, die Leistungen an der Front und bei den Partisanen sowie im Hinterland wurden als gemeinsame Errungenschaft aller Völker patriotisch gewürdigt, die schwierige Lebenslage beschrieben, die Leiden der deportierten Völker nicht übergangen und auch ehemalige Kollaborateure wollen als antistalinistische »Freiheitskämpfer« nicht vergessen werden.⁶⁵

Angesichts der kriegerischen Konfliktsituation im Nordkaukasus mit ernststen Gefahren für die Völker dieses Gebietes und für den Zusammenhalt der Russischen Föderation beschäftigt sich eine Anzahl von Arbeiten und Veröffentlichungen mit Geschichte und Gegenwart der Völker dieser Region und ihrer Zuordnung zu Rußland und der Sowjetunion. Den ethno-politischen und ethno-kulturellen Prozessen wird nachgegangen;

-
- 64 Siehe *Narody Rossii: Problemy deportacii i reabilitacii*. Majkop 1997. – A. S. Chunagov: »Vyselit' bez prava vozvraščeniija ...«: Deportacija narodov Juga Rossii 1920–1950gg. (na materiale Krasnod. i Stavrop. kraev). Majkop 1999. – Nikolaj Bugaj/Askardi Gonov: Kavkaz: narody v ešelonach (20–60-e gody). Moskau 1998. – Nikolaj Bugaj: Repressirovannye narody Rossii: Čečency i inguši, dokumenty, fakty, kommentarii. Moskau 1994. – Deportacija karačaevcev: Dokumenty rasskazyvajut. Tscherkessk 1997. – Ssylka kalmykov: kak éto bylo. Elista 1993. – Nikolaj Bugaj/A. N. Kocanis: »objazat' NKVD SSSR ... vyselit' grekov« (o deportacii grekov v 1930–1950 godu). Moskau 1999. – Dorogoj gor'kich ispytaniij: k 60-letiju deportacii korejcev Rossii. Moskau 1997. – Aleksej Osipov: Dvi'enie meschetincev za repatriaciju (1956–1988 gg.): In: *Étnografičeskoje obozrenie*. Moskau (1998)5. S. 95–108.
- 65 Siehe Rif Ajupov: *Baškiriija v gody Velikoj Otečestvennoj vojny*. Dokt. diss. Mosk. Gos. Univ. im. M. V. Lomonosova. Moskau 1995. – *Baškiriija v gody Velikoj Otečestvennoj vojny. 1941–1945: Dokumenty i materialy*. Ufa 1995. – *Partizanskaja slava: Kniga vospominanij i očerkov o partizanach i podpol'sčikov – uro'encach Mordovii*. Saransk 1999. – *Udmurtija v Velikoj Otečestvennoj vojne 1941–1945. Sbornik dokumentov*. Ishewsk 1995. – F. F. Vasil'ev: *Voennoe delo jakutov*. Jakutsk 1995. – I. E. Tomskij: *enščiny respublik Sibiri v Velikoj Otečestvennoj vojne*. Jakutsk 1995. – M. Ch. Šebzuchov: *Trudovaja aktivnost' narodov Severnogo Kavkaz v gody Velikoj Otečestvennoj vojny*. Opyt. Problemy. Dokt. diss. Adygejskij Gos. Univ. Majkop 1995. – *V poiskach istiny. Puti i sud'by vtoroj emigracii*. Sbornik statej i dokumentov. Moskau 1997.

das Schicksal des tschetschenischen Volkes hinterfragt. Die Ideologie und Praxis politischer Bewegungen und Parteien sowie Machtprobleme bis 1941 werden verfolgt. Dann konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf den Nordkaukasus im Großen Vaterländischen Krieg unter den Gesichtspunkten Macht und Gesellschaft, Tätigkeit der Staatsorgane und Deportation mehrerer Völker.⁶⁶ Brisanz liegt in Feststellungen über nationalistisches und separatistisches Verhalten sowie über eine beträchtliche Zusammenarbeit von Angehörigen der Tschetscheno-Inguschischen ASSR mit der deutschen Okkupationsmacht, was letztlich den Beschluß zur Deportation der Völker dieser autonomen Republik »ernsthaft beeinflußt« habe.⁶⁷ Untersuchungen über Dagestan – Kultur des Dorfes, traditionelles Kunsthandwerk und Transportwesen – dürften gewisses Interesse finden.⁶⁸ Doch ein Bekenntnis zur »progressiven Rolle Ruß-

66 Siehe Severnyj Kavkaz: Ėtnopolitičeskie i ětnokul'turnye processy v XX v. Moskau 1996. – Vladimir Kabuzan: Naselenie Severnogo Kavkaza v XIX–XX vekach. Ėtnostatističeskoe issledovanie. St. Petersburg 1996. – Nikolaj Bugaj: Die Nationalitätspolitik im Nordkaukasus während des »sozialistischen Experiments«. In: Eva-Marie Auch (Hrsg.): Lebens- und Konfliktraum Kaukasien. Gemeinsame Lebenswelten und politische Visionen der kaukasischen Völker in Geschichte und Gegenwart. Großbarbau 1996. S. 80–100. – A. V. Baranov: Mnogoukladnoe obščestvo Severnogo Kavkaza v uslovijach novoj ekonomičeskoj politiki. Krasnodar 1999. – Čečency: istorija i sovremennost'. Moskau 1996. – Basir Gasanov: Političeskie dvi-enija i partii na Severnom Kavkaze v 1917–1920 gg.: ideologija i praktika. Dokt. diss. Mosk. Gos. Social'nyj Univ. Moskau 1997. – D' ebrail Mekulov: Problemy vlasti i demokratii na Severnom Kavkaze: istorija, dinamika, osobennosti. 1917–1941gg. Dokt. diss. Inst. istorii, archeologii i ětografii Dagestanskogo naučnogo centra RAN. Machatschkala 1996. – Movsur Ibragimov: Vlast' i obščestvo v gody Velikoj Otečestvennoj vojny (na primere nacional'nych respublik Severnogo Kavkaza). Dokt. diss. Mosk. Pedagog. Gos. Univ. Moskau 1999. – Nina Čuguncova: Organizacija i osnovnye napravlenija dejatel'nosti organov vlasti Severnogo Kavkaza v 1941–1945 gg. Dokt. diss. Inst. istorii, archeologii i ětografii Dagestanskogo naučnogo centra RAN. Machatschkala 1998. – Askardi Gonov: Problemy deportacii i reabilitacii repressirovannyh narodov Severnogo Kavkaza: 20–90-e gody XX veka. Dokt. diss. Rostovskij Gos. Univ. Rostov-am-Don 1997.

67 Siehe V. P. Galickij: »... dlja aktivnoj podryvnoj diversionnoj dejatel'nosti v tylu u Krasnoj armii«. O nacionalističeskich vystuplenijach v Čečeno-Ingušskoj ASSR v gody vojny i roli v ich organizacii fašistskich speclur b. In: Voенno-istoričeskij žurnal. Moskau (2001)1. S. 25.

68 Siehe Mirzabek Mirzabekov: Kul'tura dagestanskogo sela. XX vek: istorija, problema. Dokt. diss. Inst. istorii, archeologii i ětografii Dagestanskogo naučnogo centra RAN. Machatschkala 1999. – Amirbek Magomedov: Tradicionnoe chudo- estvennoe remeslo Dagestana XIX–XX v.: Istorija. Sovremennye problemy. Dokt. diss. Inst. jazyka, literatury i iskusstva im. G. Cadasy Dagestanskogo naučnogo centra RAN.

lands und des russischen Volkes in der Geschichte Dagestans (2. Hälfte des 19. bis neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts)«⁶⁹ – so der Titel einer Doktordissertation – fand sicherlich eine widersprüchliche Resonanz angesichts des Streits, ob Rußland und die Sowjetunion eine Eroberungs- und Kolonialpolitik in der Kaukasusregion betrieben oder eine fortschrittsfördernde Rolle spielten.⁷⁰

Für die vielen Völker, die im Norden des europäischen Rußlands, im Wolga-Gebiet und in den Weiten Sibiriens leben, sind – neben den schon genannten Richtungen – Forschungsergebnisse und Publikationen zu folgenden Aspekten deutlich: zum ethno-historischen Panorama mit Lebensweise, traditioneller Weltanschauung und Religion, Kultur und Bildung sowie Bevölkerungsentwicklung;⁷¹ zur nationalen Bewegung mit ihren Führern zur Zeit der Errichtung und Durchsetzung der Sowjet-

Machatschkala 1998. – Machač Vagabov: · eleznodoro· nyj i morskoy transport Dagestana: Istorija. Sovremennye problemy (konec XIX–90-e gody XX veka). Dokt. diss. Inst. istorii, archeologii i étnografii Dagestanskogo naučnogo centra RAN. Machatschkala 1998.

69 Abil'-Gerej Gadziev: Progressivnaja rol' Rossii, russkogo naroda v istorii Dagestana (vtoraja polovina XIX–90-e gg. XX v.). Dokt. diss. Inst. istorii, archeologii i étnografii Dagestanskogo naučnogo centra RAN. Machatschkala 1995.

70 Siehe Dina Aman' olova: Istoriografija izučenija nacional'noj politiki ... S. 309ff.

71 Siehe Štrichi étnopolitičeskogo razvitija Respubliki Komi: Očerki, dokumenty, materialy. T. 2. Moskau 1997. – Oleg Zolotarev: Sozdanie i razvitie sovetskoj sistemy narodnogo obrazovanija v Komi Avtonomii (1918–1941 gg.). Dokt. diss. Mosk. Pedagog. Gos. Univ. Moskau 1997. – Istoričeskaja nauka v Tatarstane: issledovatel'skie i pedagogičeskie tradicii. Kasan 1996. – Sud'ba i nasledie baškirskich učenyh-émigrantov (VEGU D. Z. Valeev i dr.). Ufa 1995. – Ajslu Junusova: Islam v Baškortostane (istorija, sostojanie i perspektivy razvitija). Dokt. diss. Ross. akademija gos. sluz'by pri Prezidente RF. Moskau 1997. – G. A. Aleksandrov: Čuvaškaja intelligencija: istoki. Tšeboksary 1997. – Kalmykija: Étnopolitičeskaja panorama: Očerki. Dokumenty. Materialy. T. 2. Moskau 1996. – E. G. Karchu: Malye narody v potoke istorii: Issledovanija i vospominanija. Petrosawodsk 1999. – Neizvestnaja Karelija: Dokumenty specorganov o · izni respubliki. 1921–1940 gg. Petrosawodsk 1997. – Istorija i kul'tura evenov: Ist.-étnogr. očerki. St. Petersburg 1997. – Tradicionnoe mirovozzrenie narodov Sibiri. Moskau 1996. – Èvgenij Šumilov: Christianstvo v Udmurtii. Civilizacionnye processy XVI–XX v. Dokt. diss. Ural'skij Gos. Univ. Jekaterinburg 1997. – Vladimir Kyšpanakov: Naselenie Chakassii: istoriko-demografičeskoe issledovanie (1926–1989 gg.). Dokt. diss. Inst. istorii Sibirskogo otdelenija RAN. Nowosibirsk 1996. – Nikolaj Bugaj: Social'naja naturalizacija i étničeskaja mobilizacija (opyt korejcev Rossii). Moskau 1998. – Seppo Lallukka: Vostočno-finskije narody Rossii. Analiz étnodemografičeskich processov. Pervod s anglijskogo. Izd. pererab. i dop. St. Petersburg 1997.

macht sowie bei und nach deren Zerfall;⁷² zur Herausbildung und zum Wirken national-autonomer Staatlichkeit,⁷³ zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.⁷⁴ Auch einige nationale und religiöse Minderheiten-gruppen werden beachtet.⁷⁵

Deutlich hervor tritt die Forschung und Literatur, die sich mit den »Deutschen« in Rußland und der Sowjetunion beschäftigt. Dies hängt, bezogen auf die Sowjetunion, vor allem mit der Existenz der autonomen

72 Siehe Salavat Išakov: Oktjab'skaja revoljucija i bor'ba musul'manskich Liderov za vlast' v Povol' 'e i na Urale. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)1. S. 47–63. – Murat Kul'šaripov: Nacional'noe dvi'enie baškirskogo naroda (1917–1922 gg.). Dokt. diss. Bašk. Gos. Univ. Ufa 1998. – Gennadij Basaev: Političeskaja istorija respublik Burjatii v 20–30-e gody i rol' v nej M. N. Erbanova. Dokt. diss. Irkutskij Gos. Univ. Irkutsk 1999. – Probu denie finno-ugorskogo severa. Opyt Marij Ėl. T. 1. Moskau 1996. – Jurij Šabaev: Ideologija nacional'nych dvi'enij finno-ugorskich narodov Rossii i ee vosprijatie obščestvennym mneniem. In: Ėtnografičeskoe obozrenie. Moskau (1998)3. S. 119–128.

73 Siehe Nade' da Kabytova: Vlast' i obščestvennye organizacii Povol' 'ja v 1917 godu. Dokt. diss. Kazanskij Gos. Univ. im. V. I. Ul'janova-Lenina. Kasan 1999. – F. Ch. Gumerov: U istokov borby za suverenitet Baškortostana 1917–1925 gg.: Dokumenty i materialy. Ufa 1997. – Salavat Kasimov: Obrazovanie nacional'noj gosudarstvennosti baškirskogo (1917–1925 gg.). Dokt. diss. Inst. istorii i archeologii Ural'skogo otdelenija RAN. Jekaterinburg 1995. – Ro' dennij v sorok tret'em: K 55-letiju Medvedskogo rajona Respubliki Marij Ėl. Joschkar-Ola 1998. – Kuz'ma Kulikov: Nacional'no-gosudarstvennoe stroitel'stvo vostočnofinskich narodov 1917–1937 gg. Ishewsk 1993.

74 Siehe Jurij Smirnov: Industrija avtonomnych respublik Povol' 'ja v seredine 50-ch-konce 80-ch gg.: dosti'enija i nerealizovannye vozmožnosti. Dokt. diss. Mosk. Gos. Univ. im. M. V. Lomonosova. Moskau 1997. – Marat Jamalov: Industrial'noe razviti'e respublik Baškortostan v 1965–1985 godu. Dokt. diss. Bašk. Gos. Univ. Ufa 1998. – Rezeda Zaripova: Baškirkoe krest'janstvo v period NĖPa. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1999)6. S. 135–138. – Dmitri Karačakov: Industrial'noe razviti'e i formirovanie kadrovogo potenciala nacional'nych rajonov Sibiri: istoričeskij opyt i uroki (1961–1985 gg.). Dokt. diss. Tomskij Gos. Univ. Tomsk 2000. – Ljubov' Zajceva: Razviti'e sel'skogo chozjajstva Burjatii (1923–1985 gg.). Istoričeskoe issledovanie. Dokt. diss. Irkutskij Gos. Univ. Irkutsk 1997. – Ivan Medvedev: Social'no-ekonomičeskoe i kul'turnoe razviti'e sela nacional'nych obrazvanij Sibiri (1960–1985 gg.). Dokt. diss. Tomskij Gos. Univ. Tomsk. 1997.

75 Siehe Tamara Smirnova: Kul'turnaja · izn' nacional'nych men'šinstv Petrograda-Leningrada i Petrogradskoj-Leningradskoj gubernii (oblasti) (1917–1938 gg.). Dokt. diss. Gos. Univ. Aërokosmičeskogo Priborostroenija. St. Petersburg 1999. – Michail Kolotkin: Baltijskie diaspory Sibiri: Social'no-političeskij aspekt (1917 – seredina 1930-ch godov. Dokt. diss. Tomskij Gos. Univ. Tomsk 1997. – Sergej Sokolovskij: Mennonity Altaja. Istorija, demografija, onomastika. Moskau 1996.

Republik der Wolgadeutschen, deren Auflösung und der Deportation ihrer deutschen Bevölkerung nach Kasachstan und Sibirien zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges, der staatlichen Verweigerung ihrer Rückkehr und dem schließlichen Auszug der Deutschen aus der Sowjetunion und Rußland zusammen. Dazu ist eine reichhaltige Literatur erschienen.⁷⁶ Darüber hinaus wurde der Blick auch auf andere Gruppen von Deutschen in der Ukraine, Sibirien, Kasachstan, Moskau u. a. Orten vor 1941 gelenkt.⁷⁷ Natürlich muß die Literatur aus Rußland mit den Forschungsergebnissen und zahlreichen Publikationen in Deutschland zu einer Gesamtsicht verbunden werden.⁷⁸

Ähnliche Aufmerksamkeit wie die »Deutschen« erfährt eine andere Bevölkerungsgruppe, die sich ebenfalls im Auszug aus Rußland befindet – die jüdische. Die »Juden« erhielten in der Sowjetunion mit dem autonomen jüdischen Gebiet Birobidshan in Sibirien einen Siedlungsraum zugewiesen, den sie nicht ausfüllten. Sie lebten in vielen Gebieten des

-
- 76 Siehe für die russischsprachige Literatur bis 1997 Lydia Klötzel: Die Rußlanddeutschen zwischen Autonomie und Auswanderung ... S. 337–340. – Weiter: Nemcy Rossii: Ėnciklopedija. T. I: A–I. Moskau 1999. – Arkadij German: Istorija Respubliki nemcev Povol'ja: V sobytijach, faktach, dokumentach. Izd. 2. ispr., dop. Moskau 2000. – Arkadij German: Nacional'no-territorial'naja avtonomija nemcev Povol'ja (1918–1941 gg.). Dokt. diss. Saratovsk. Gos. Univ. Saratow 1995. – Valentina Čebotareva: Gosudarstvennaja nacional'naja politika v Respublike nemcev Povol'ja. 1918–1941 gg. Moskau 1999. – Nina Vaškau: Duchovnaja kul'tura nemcev Povol'ja: problemy školy i obrazovanija. 1764–1941 gg. Dokt. diss. Saratovskij Gos. Univ. Saratow 1999. – V. Dizendorf: Proščal'nyj vzlet: Sud'by pos. nemcev i naše nac. dvi'enie. Kn. 1. Ot nacional'noj katastrofi – k popytke vozro'denija. Moskau 1997. – »Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny ... I. Stalin«. Sbornik dokumentov. 1940-e gody. Izd. 2. Moskau 2000. – D. Falke/V. Heyse/G. P. Rjabow (Hrsg.): Deutsche und Russen im Gouvernement Nishnij Nowgorod. Münster, New York 1995 (die Autoren sind russische Wissenschaftler).
- 77 Siehe V. V. Čepcov: Tragičeskie sud'by: Poliitičeskie repressii protiv nemeckogo naselenija Ukrainy v 1920–1930 gody. Moskau 1998. – A. A. Brejze/Michail Kolotkin: Nemeckaja diaspora Sibiri: 1920–1930-e gg. Moskau 1997. – Iz istorii nemcev Kazachstana (1921–1975 gg.). Almaty, Moskau 1997. – Iz istorii orenburgskich nemcev: Sbornik dokumentov (1817–1974 gg.). Moskau 2000. – Nemcy Moskvy: istoričeskij vklad v kul'tur stolicy. Moskau 1997.
- 78 Siehe zur deutschsprachigen Literatur Lydia Klötzel: Die Rußlanddeutschen zwischen Autonomie und Auswanderung ... S. 340ff. – Alfred Eisfeld/Victor Herdt (Hrsg.): Deportation. Sondersiedlung. Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956. Köln 1956. S. 524ff. – Detlef Brandes/Victor Dönninghaus: Bibliographie zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen. Bd. 2: Von 1917 bis 1998. München 1999.

Landes, besonders in Großstädten, unterlagen Assimilierungsprozessen, indirekten und direkten Anfeindungen und Verfolgungen, bewahrten kulturelle Traditionen. Sie nahmen wichtige Plätze in Kultur und Wissenschaft, dem öffentlichen Leben, in Partei und Staat ein, waren an gesellschaftlicher Umgestaltung und Verteidigung der Sowjetunion aktiv beteiligt. In diese Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit des Lebens der jüdischen Bevölkerung gewährt die Literatur aufschlußreichen Einblick.⁷⁹

Am Schluß dieses Einblicks in die nationale Problematik und ihre Literatur drängen sich einige Eindrücke auf. So zeichnet sich eine Art Arbeitsteilung zwischen den Metropolen und ihren geschichtswissenschaftlichen und ethnologischen Zentren zu großen, föderationsumfassenden Themen und anderen Föderationssubjekten mit ihren Einrichtungen auf national und territorial begrenzte Themen ab – eine Zweiteilung, die auch schon zu Sowjetzeiten vorhanden war und eine Tendenz zur »Provinzialisierung« und Überbetonung und Abgrenzung des »Eigenen« in sich birgt.

Im Blick auf das »Eigenen« steht oft die nationale Bedrängnis, das Leid und Leiden der Menschen und Völker im Sowjetsystem im Vordergrund. Gegenüber solchen Prozessen wie Industrialisierung, Kollektivierung, Kultur- und Zivilisationsfortschritt (Alphabetisierung, eigene Schriftsprachen, Intelligenz u. a.), Zusammenleben der Völker, die tief in

79 Siehe Rossijskaja evrejskaja ěnciklopedija. T. 1–3 Biografii. Moskau 1994, 1995 und 1997. T. 4 Istoričeskoe kraevedenie A–J. Moskau 2000. – Juri Ivanov: Evrei v russkoj istorii. Moskau 1998 und 2000. – A. Seljaninov: Evrei v Rossii. Moskau 1998. – Evrei v Rossii: Istorija i kul'tura. Sbornik naučnych trudov. St. Petersburg 1994. – Evrei i russkaja revoljucija. Materialy i issledovanija. Jerusalem, Moskau 1999. – Evrei v kul'ture russkogo zarube'ja. Sbornik statej, publikacii, memuarov i esse. Vypusk 1–4. Jerusalem 1992–1995. – Michail Krapivin: Bol'seviki i cionisty: istorija vzaimootnošenij v posleoktjabr'skij period: Okt. 1917 do načalo 30-ch gg. Wolgograd 1995. – David Vajserman: Kak ěto bylo? Birobidshan 1993. – M. Bejzer: Evrei Leningrada. 1917–1939. Nacional'naja ·izn' i sovetizacija. Moskau, Jerusalem 1999. – Aron Abramovič: V resajušej vojne: Učastie i rol' evreev v vojne protiv nacizma. St. Petersburg 1999. – G. Rozenblat: Evrei v partizanskom soedinenii S. A. Kovpaka. Moskau 1998. – Evrejskij antifazištskij komitet v SSSR. 1941–1948: Dokumentirovannaja istorija. Moskau 1996. – Nepravednyj sud, poslednij stalinskij rasstel. Stenogramma sudebnogo processa nad členami Evrejskogo antifazištskogo komiteta. Moskau 1994. – Arkadi Waksberg: Die Verfolgten Stalins. Aus den Verliesen des KGB. Reinbeck bei Hamburg 1993. S. 179ff. (Kap. VI: »Stalin gegen die Juden«). – Alexander Borschtschagowski: Orden für einen Mord. Die Judenverfolgung unter Stalin. Aus dem Russischen von Alfred Frank. Berlin 1997.

das Leben der Menschen und Völker eingriffen und es oft grundlegend veränderten, wird Zurückhaltung deutlich.

Von »Ausrottung« und »Genozid«, von »Auferstehung« und »Wiedergeburt« wird geschrieben. Doch was ausgerottet wurde, kann nicht auferstehen und wiedergeboren werden. Was dazwischen blieb, lebte und sich auch entwickelte, bedarf differenzierter Aufmerksamkeit.

Trotz der Fülle der Publikationen ist eine weiterführende, tiefere und umfassendere Forschung zur nationalen Thematik und die Auswertung ihrer Ergebnisse geboten.

DIETMAR ENDLER

Zwischen Apologie und Kritik. Kiril Christow (1875–1944) und Deutschland

Der Kritiker Dr. Krystjo Krystew bemerkte zu dem schmalen Bändchen »Trepeti« (Lebensschauer),¹ welches der junge Kiril Christow 1897 in Sliwen drucken ließ, daß es »einige Gedichte« enthalte, die der bulgarische Leser nur bei »genialen Dichtern mit weltweitem Bekanntheitsgrad« zu finden gewohnt sei. Doch zunächst war Krystew, obgleich dem Debütanten damals noch wohlgesonnen, befremdet ob der »dämonischen, spontanen Liebesgier«, ob des »Bacchanals des Lebens« in dieser Dichtung, und so wollte er es vom weiteren Weg Christows abhängig machen, ob dieser wirklich als »kraftvolles dichterisches Talent und als Größter unter den lebenden wie verstummten (bulgarischen) Dichtern«² gefeiert werden könne. Die Gedichte, inspiriert durch das Italien-Erlebnis 1895/1896, artikulierten unbändigen Anspruch auf Lebensfreude und Daseinsgenuß: »Ich bin berauscht von meinem jungen Sein – /Die Schönheit ist um mich, die Kraft, das Feuer. / Ach Wein und Frauen! Frauen her und Wein! (Hymnus)«.³ Dieses Aufbegehren des Individuums gegen die damals in Bulgarien noch dominante patriarchalische Enge und Konvention machte Christow berühmt. Weitere Gedichtbände folgten, mit denen Christow seine poetische Sicht auf die Welt vertiefte, seine Meisterschaft in der Verskunst bekräftigte: »Na krystopyt« (1901, Am Kreuzweg), »Isbrani stichotworenija« (1903, Ausgewählte Gedich-

1 Die Übersetzung dieses Titels nach Georg Adam: Bulgarische Literatur. In: Die Gesellschaft. Bd. I. Leipzig 1900. S. 135.

2 Krăstju Krăstev: Etjudi. Kritiki. Recenzii. Sofia 1978. S. 559–563 (Übersetzung der Zitate in diesem Aufsatz, soweit nicht anders angegeben, von mir – D. E.).

3 Nachdichtung aus Roda Roda: Das Rosenland. Bulgarische Gestalter und Gestalten. Hamburg, Leipzig 1918. S. 208 – ... pijan sâm ot svoite mladini / i ot deviza drăz, što nosja v mene: /· eni i vino! Vino i · eni! In: Kiril Christov: Săčinenija v pet toma [Werke in 5 Bänden]. Hrsg. von Svetla Gjurova, Elka Konstantinova, Krăstjo Kujumdžiev und Bojan Ničev. Sofia 1966–1967 (im weiteren Kiril Christov: Săčinenija ...). Bd. I. S. 137.

te), »Samodiwska kitka« (1905, Feenstrauß), »Slyntscholedi« (1911, Sonnenblumen) u. a.

In Deutschland lenkte als erster Georg Adam (1876–1945), ein Kenner slawischer Literaturen und Bulgarienfrend, die Aufmerksamkeit auf Kiril Christow. Im »Litterarischen Echo« schrieb er 1898: »Fast überall in den bulgarischen Zeitschriften trifft man den Namen Kiril Christoff, eines jungen Lyrikers, welcher sich in kurzer Zeit durch seine wildlebenshaftlichen erotischen Lieder zum Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit und Verwunderung gemacht hast ...«⁴ Ein Jahr später besprach er in der Leipziger Zeitschrift »Die Gesellschaft« ausführlicher die Sammlung »Lebensschauer« und charakterisierte Christow als »Vertreter wildstürmender Jugendlust, dessen ganze Philosophie ein leidenschaftlich unbändiges Verlangen nach Leben, nur Leben bildet [...] Er würde auch in einer größeren Literatur eine bedeutsame Erscheinung sein.«⁵ In der Zeitschrift »Aus fremden Zungen« unterstrich er: »Sein feuriges Temperament, angefacht von italienischer Glut, flammt fessellos hervor in wilden erotischen Gesängen. Ruhm und Ideale sind ihm ein altes, ausgesungenes Lied, Wein und Weiber seine ›heilige Devise‹.«⁶ In den »Ausgewählten Gedichten« fand ihn Adam auf der Höhe vollendeter Kunst, er schaue nun ernster und tiefer in das Leben. Er stimmte Iwan Wasow, dem Altmeister der bulgarischen Literatur, zu, der in seinem Vorwort zu den »Ausgewählten Gedichten« Christow als Stolz der bulgarischen Dichtkunst pries.⁷ Im Jahre 1913 resümierte Adam: »Als Neues, zum Teil von seiner Reise nach Deutschland mitgebracht, läßt der nachdenklicher gewordene Dichter ein ›Intermezzo‹ folgen, ein Buch der Visionen, durch das die ›Liturgie der Ewigkeit‹ klingt [...] In den ›Zaren-Sonetten‹ findet er alsbald zur Erde zurück und in sein Vaterland, das so arm ist und doch so reich an gläubig gehegten stolzen Träumen.«⁸ Georg Adam hat mehr als ein Jahrzehnt den deutschen Leser klug und einfühlsam über Kiril Christow informiert; dem Dichter waren

4 Zeitschriften-Schau. Georg Adam: Bulgarien. In: Das Litterarische Echo. Stuttgart, Berlin (1898/1899)1. Spalte 387.

5 Siehe Anmerkung 1.

6 Georg Adam: Von der bulgarische Literatur. In: Aus fremden Zungen. Stuttgart, Berlin 11(1901). Bd. 2. S. 958.

7 Siehe Georg Adam: Bulgarischer Brief. In: Das Litterarische Echo. Stuttgart, Berlin (1906)8. Spalte 1098–1101.

8 Georg Adam: Bulgarischer Brief. In: Das Litterarische Echo. Stuttgart, Berlin (1913)15. Spalte 1289.

diese Arbeiten bekannt. In einem in Berlin 1909 veröffentlichten Aufsatz zitierte Krystjo Krystew zustimmend Georg Adams Urteil zu Christow aus der »Gesellschaft«, zugleich ging er im Zusammenhang mit den damaligen literarischen Polemiken in Bulgarien auf Distanz zu Christow und kritisierte, daß er sich mit der »noch harten, bewegungslosen und ausdrucksarmen Sprache« Iwan Wasows begnüge.⁹

Georg Adam veröffentlichte 1900 eine Nachdichtung des Gedichts »Skitnik« unter dem Titel »In weiter Welt«,¹⁰ die dann verschiedentlich nachgedruckt wurde; es blieb viele Jahre das einzige Gedicht Christows, das ins Deutsche übersetzt worden war. Dr. Krystjo Krystew würdigte die Güte dieser »dem Original vollkommen ebenbürtigen deutschen Übersetzung«.¹¹ Sie übertrifft übrigens auch die von Roda Roda aus dem Jahre 1918,¹² wahrt den zehn- bis elffüßigen Vers und damit den gleitenden Rhythmus des Originals und harmoniert mit dessen Metaphorik. Roda Roda dagegen hypertrophierte die Bilder (z. B. »Märchenflut«) und verkürzte den jeweils letzten Vers jeder Strophe auf sechs Silben.

Vor dem Ersten Weltkrieg war Kiril Christow in Deutschland nicht mehr und nicht weniger bekannt als die anderen bulgarischen Dichter. Das sollte sich ändern. Am 1. September 1914 brachte die Zeitung »Dnewnik« das Gedicht »Germanija« (Deutschland), das in Bulgarien, dessen Stellung zu den kriegsführenden Seiten zu jenem Zeitpunkt noch nicht entschieden war, die öffentliche Meinung polarisierte und hier wie in anderen slawischen Ländern dem Dichter den Vorwurf einbrachte, das Slawentum verraten zu haben. In Deutschland indes wurde Christow ob dieses Gedichts gefeiert. Am 30. Oktober 1914 veröffentlichte die »Vossische Zeitung« unter dem Titel »Apologie auf Deutschland« eine Übersetzung dieses Gedichtes, das die herrschende Politik wie die hurrapatriotische Exaltiertheit der deutschen Öffentlichkeit damals trefflich bediente. Die Übersetzung wurde mehrfach nachgedruckt und auf

9 Siehe Dr. K. Krsteff-Miroljuboff: Die neue bulgarische Literatur. In: »Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik«. Berlin vom 30. Januar 1909 (Nr. III). S. 142.

10 Siehe Die Gesellschaft. Bd. I. Leipzig 1900. S. 111.

11 Dr. K. Krsteff-Miroljuboff: Die neue bulgarische Literatur. In: »Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik«. Berlin vom 30. Januar 1909 (Nr. III). S. 142.

12 Siehe Roda Roda: Das Rosenland. Bulgarische Gestalter und Gestalten. Hamburg, Leipzig 1918. S. 209.

deutsch-bulgarischen Veranstaltungen zitiert.¹³ Durch die politische Konjunktur bedingt fand nun Christow eine Zeitlang stärkere Beachtung in Deutschland.

Otto Müller-Neudorf räumte 1917 in einer dem herrschenden Zeitgeist angepaßten Anthologie »Blumen aus dem Balkan«¹⁴ Kiril Christow mit zwölf Seiten den meisten Platz ein. Neben den Gedichten »Wein und Frauen! Frauen und Wein!« (»Sheni i wino! Wino i sheni!«), »An der Wiege meines Sohnes« (»Kraj ljuškata na moja sin«) und »Anbrechen des Feiertages« (»Nastypwane na prasnika«) finden sich hier »Deutschland« (»Germanija«) in neuer Übersetzung, sodann »Gottesstrafe« (»Boshe nakasanie«), ein antiserbisches Haßgedicht, und die rührselige Hinterland-Geschichte »Totka«, die Otto Müller-Neudorf 1944 noch einmal in eine Anthologie¹⁵ aufnehmen wird. In der Sofioter »Deutschen Balkan-Zeitung« vom 10. Juni 1918 veröffentlichte Müller-Neudorf die Erzählung »Ein Geschenk«. Die Übersetzungen von Otto Müller-Neudorf waren von minderer literarischer Qualität und gerieten stellenweise zur unfreiwilligen Groteske, was Kiril Christow nicht unbekannt war.

Die 1918 von Roda Roda vorgelegte Anthologie »Das Rosenland«¹⁶ dagegen war eine gültige Präsentation der bulgarischen Literatur jener Zeit. Die Nachdichtungen überzeugen mit ihrer geschliffenen Sprache, obschon ein Vergleich mit dem Original zu Tage bringt, daß Roda Roda »das gewisse Maß Freiheit«,¹⁷ das er für den Übersetzer einforderte, großzügig auslegte. In einer Vorbemerkung akzentuierte er Christows Leistung als Übersetzer von Shakespeare, Byron, Puschkin, Silvio Pellico, Schiller, Arthur Schnitzler; ebenso hob er hervor, daß Christow der einzige bulgarische Lyriker sei, in dessen Gedichten sich erotische Noten fänden.¹⁸ In Übereinstimmung damit wählte Roda Roda die Gedichte

13 Siehe Kiril Christov: *Vreme i sävremennici* [Zeit und Zeitgenossen]. Zusammenge stellt von Iva Burilkova und Cočo Biljarski. Bd. I–II. Sofia 1999 (im weiteren Kiril Christov: *Vreme ...*). Bd. II. S. 463–466.

14 Siehe Otto Müller-Neudorf: *Blumen aus dem Balkan*. Eine Auswahl bulgarischer Ge dichte und Erzählungen. Nachdichtungen und Übersetzungen von Otto Müller-Neu dorf. Mit einer Übersicht über die neuere bulgarische Literatur von Dr. M. Tichov. Veröffentlicht von der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft e. V. Berlin 1917.

15 Siehe Otto Müller-Neudorf: *Kommt er? und andere bulgarische Erzählungen*. Schrif tenreihe der DGB e. V. Bd. II. Leipzig 1944.

16 Siehe Anmerkung 4.

17 Roda Roda: *Das Rosenland*. Bulgarische Gestalter und Gestalten. Hamburg, Leipzig 1918. S. 13.

18 Siehe ebenda. S. 205.

»Schwarze Augen« (»Tschernite otschi«), »Frauen und Wein! Wein und Frauen!« (»Sheni i wino! Wino i sheni!«) sowie »Der Weltfahrer« (»Skitnik«) aus. Auf die Kriegsergebnisse, vor allem auf den siegreichen Ersten Balkankrieg, beziehen sich die Erzählung »Meine liebe Mutter!« (»Mila mi mamoi!«) sowie die Gedichte »Sieg« (»Nowa semja«) und »Morgen- und Abendgebet« (»Utrinna i wetscherna molitwa«), – Werke, die gleichsam die Schwere des Durchlebten und den Wunsch nach gedeihlicher Arbeit und Entwicklung reflektieren. Das »Deutschland«-Gedicht ließ Roda Roda unbeachtet, ebenso Kriegsgedichte, die in nationalistische Haß-Tiraden umschlagen. Von letzteren distanzierte sich mancher bulgarische Literaturkritiker.¹⁹ Auch in Deutschland gab es kritische Stimmen; so hieß es 1918 in einem Literaturbericht, daß Kiril Christow, der sich »mit Haut und Haar der Kriegsnovellistik verschrieben« habe, sich durch »krasse Aktualität« versündige, was dem »künstlerischen Wert seiner Arbeit nicht von Vorteil« sei.²⁰

Kiril Christow beließ es in »Deutschland« nicht dabei, Verbundenheit mit Menschen und Landschaften oder mit Dichtern und Denkern zu artikulieren, er steigerte sich in eine zügellose Verherrlichung, feierte die Deutschen als »ausgewähltes Volk«, verklärte die bei ihnen obwaltende soziale Hierarchie, bewunderte der »Krieger Scharen, [...] die der Ahnen / gedenkend mutig ziehen in die Schlacht«, besang »Siegeslorbeer« und »Siegesfahnen« im begonnenen Krieg. Nur die letzte Strophe mißfiel in Deutschland, weil Christow zum Zwecke der effektvollen tragischen Überhöhung auch den Gedanken an eine mögliche Niederlage anklingen ließ. Als Christow dieses Gedicht schrieb, vertrat er die Auffassung, sein Land solle sich den Mittelmächten anschließen, da die Entente-Mächte während der Balkankriege die Bulgaren in Stich gelassen hätten.²¹ Er deutete jedoch später auch auf tiefere Ursachen: Enttäuscht von den bulgarischen Verhältnissen, hatte er schon vor den Kriegen nach gesellschaftlichen Zuständen gesucht, die für sein Land erstrebenswert sein konnten, er glaubte, sie in Deutschland gefunden zu haben.²²

Kiril Christow war bereits 1898, nach fürsorglichem Drängen von Dr. Krystjo Krystew, für zwei Monate nach Leipzig gekommen, um bei

19 Siehe Bo an Angelov: *Bälgarska literatura*. Bd. II. Sofia 1923. S. 306–307.

20 Siehe Erik Krünes: *Bulgarischer Brief*. In: *Das Litterarische Echo*. Stuttgart, Berlin (1918)21. Spalte 49.

21 Siehe Kiril Christov: *Vreme ...* Bd. I. S. 463.

22 Siehe ebenda. Bd. II. S. 466.

Pentscho Slawejkow, der hier studierte, eine Liebesenttäuschung zu überwinden. Slawejkow führte ihn in Vorlesungen, auch zu Wilhelm Wundt, sie wanderten durch den Auwald, tranken Bier und diskutierten über Literatur; in Leipzig schrieb Christow die von Slawejkow damals sehr gelobte Erzählung »Gluposti« (Dummheiten).²³ Wesentlich folgenreicher für Christow war ein knapp einjähriger Studienaufenthalt 1906/1907 in Berlin, der ihm nach zähen Bemühungen vom bulgarischen Kultusministerium gewährt worden war. Der Schriftsteller Stilijan Tschilingirow, der damals ebenfalls in Berlin weilte, erinnerte sich, wie er Christow bei der Zimmersuche geholfen habe; in Zehlendorf, unweit des Bahnhofes Beerenstraße (die Straße gibt es heute noch) und in der Nähe des »nierenförmigen« Schlachtensees hätten sie ein »sonniges Zimmer in einer von einem Garten umgebenen Villa bei einer ungewöhnlich ruhigen Familie«²⁴ gefunden. Christow lernte intensiv die deutsche Sprache; nach fünf Monaten habe er nicht allein Heinrich Heine, sondern selbst die schwierigen Dichter der neuesten Zeit im Original lesen können.²⁵ Vor allem – er glaubte jetzt, Deutschland zu entdecken, von dem er meinte, daß es den Bulgaren unbekannt sei. Ihn beeindruckte an erster Stelle die hohe Wertschätzung für Kultur: »Dieser praktische Deutsche, dieser rauhe Administrator und Soldat, dieser fröhliche Biertrinker kommt keine drei Tage ohne Kultur aus.«²⁶ Einfache Menschen könnten Schillers »Lied von der Glocke« auswendig aufsagen, besäßen Bücher – deutsche Klassiker, Meyers Lexikon; die mehr als 20.000 Schriftsteller in Deutschland hätten ihr Auskommen, auch Kommunen und Mäzene trügen dazu bei. Begleitet wurden diese Aussagen mit heftiger Kritik an seinem Land sowie an seinen Landsleuten in Berlin, Studenten und zur Spezialisierung entsandten Beamten, sie isolierten sich, nähmen ihre Aufgaben nicht ernst, verhielten sich nicht korrekt. Hier in Berlin formte sich Christows apologetisches Deutschland-Bild. Dieser Aufenthalt habe ihm, den von Zweifeln und Enttäuschungen heimgesuchten Dichter, so Christow, »die Liebe zum Menschen und den Glauben an dessen Zukunft« zurückgegeben.²⁷ Deutschland war nun für ihn »das Land der größten Tugenden«.²⁸ Er begeisterte sich an der »deutschen Ordnung«,

23 Siehe Kiril Christov: *Săčinenija ...* Bd. IV. S. 142.

24 Stilijan Čilingirow: Kiril Christov. In: *Moite săvremennici*. Sofia 1955. S. 132–134.

25 Siehe Kiril Christov: *Vreme ...* Bd. I. S. 232.

26 Ebenda. Bd. I. S. 211.

27 Siehe ebenda. Bd. II. S. 471.

28 Ebenda. S. 463.

die nicht Selbstzweck, sondern nur »Mittel« zur Errichtung der »geistigen Kultur« sei; alles in Deutschland, der wirtschaftliche Wohlstand, die öffentliche Ordnung, die materielle Kultur, die starke Armee (!) – dies alles sei den Deutschen lediglich Bedingung für ein »intensives geistiges Leben«. Das Gedicht »Deutschland«, so interpretierte er im nachhinein, sei eine »Satire auf das anarchistische Bulgarien und das anarchistische Slawentum«, Deutschland sei nur Anlaß gewesen für den Entwurf eines Ideals gesellschaftlicher Zustände.²⁹ Gegen Ende des Ersten Weltkrieges mußte er negative Erfahrungen mit den deutschen Verbündeten machen, die sich anmaßend aufführten und sein Land wirtschaftlich ausplünderten.³⁰ Er mied die Teilnahme an einer Rundfahrt bulgarischer Kulturschaffender durch Deutschland im Frühjahr 1917, da er dahinter eine Propaganda-Reise vermutete, womit er Recht behalten sollte.³¹ Doch trotz einer gewissen Ernüchterung blieb er vorerst bei seiner euphorischen Sicht auf Land, in dem er bald erneut Selbstfindung erhoffen wird.

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg durchlebte Kiril Christow eine tiefe Sinnkrise. Gleichsam vorsätzlich ging er selbstzerstörerisch mit seiner Gesundheit um.³² Er fühlte sich verfolgt und bedroht.³³ Im Kultusministerium für besondere Aufgaben verwendet, sah er sich benachteiligt, er empörte sich permanent über Dummheit und Intrigen, wobei freilich seine Selbstüberhebung und sein Mißtrauen gegenüber anderen unübersehbar sind. Stark deprimierte ihn, daß die vorgesehene öffentliche Würdigung zu seinem 25jährigen Schriftstellerjubiläum vom Kultusminister abgesetzt wurde. Zur finanziellen Mittellosigkeit kamen familiäre Sorgen. Und immer wieder beklagte sich der hypochondrische Christow über körperliche Leiden. Im Jahre 1921 kam es mit dem Literatur-Professor Alexander Balabanow (1879–1955) zu einem heftigen Konflikt, der sich an einem satirischen Epigramm Christows entzündete, in dem Balabanow eine Beleidigung der Männer zu sehen glaubte, die für die Befreiung Makedoniens gekämpft hätten. Die Polemik in der Presse mutet heute lächerlich an, aber sie veranlaßte den überaus reizbaren Dichter, am 1. September 1922 Bulgarien zu verlassen. Simeon Radew

29 Siehe ebenda. S. 465f.

30 Siehe ebenda. S. 466–468.

31 Siehe ebenda. Bd. I. S. 410 und 414.

32 Siehe ebenda. Bd. II. S. 139.

33 Siehe ebenda. S. 285.

bezeichnete später die Vorgänge um diese »freiwillige Emigration« als »Tragikomödie«.³⁴

Nach einem kurzen Aufenthalt in Wien traf Kiril Christow am 15. September 1922 in Leipzig ein, um sich bei dem bulgarischen Honorarkonsul Fritz von Philipp ein Sanatorium in der Nähe von Weimar empfehlen zu lassen. Schon am nächsten Tag reiste er weiter nach Jena, wo er in der Johann-Friedrich-Straße eine Pension bezog und in der Universitätsklinik sein Herzleiden behandeln ließ. Er war in Hochstimmung und hoffte, bis an sein Lebensende nicht mehr an eine Rückkehr nach Bulgarien denken zu müssen.³⁵ Kurzzeitig erwog er, sich in Weimar niederzulassen, siedelte aber – nach gesundheitlicher Besserung – am 27. Januar 1923 nach Leipzig um, wo sein Sohn Astronomie studierte.³⁶ Er nahm eine Wohnung in der damaligen Seumestraße 25I (ab 1933 Steudenstraße, heute Holbeinstraße); die Leipziger Adreßbücher registrierten ihn zwischen 1924 und 1933, d. h. noch nach 1929, als er Leipzig wieder verlassen hatte, als »Hristoff, Kyrill, Professor bzw. Cristoff, K., Schriftsteller« bzw. »Kristoff, Kyrill«. Auch in Leipzig blieben Konflikte und Enttäuschungen, mochten sie ihn aus Bulgarien erreichen oder mit seinem neuen Lebensort verknüpft sein, nicht aus, auch waren Krankheit und finanzielle Nöte weiterhin seine Begleiter; dennoch waren diese Jahre anregend und produktiv. Christow konstatierte, daß im Vergleich zu den Bulgaren die Deutschen »verschlossen« seien, doch dies sagte ihm zu, er begriff es als eine Form der Unabhängigkeit.³⁷ Das zurückgezogene Leben seiner Wirtsleute und die Lage seiner Wohnung boten ihm die erwünschte Ruhe für literarische Arbeit.

Christows Bekanntenkreis in Leipzig hielt sich in Grenzen. Lebhaften Kontakt pflegte er mit Gustav Weigand (1860–1930), Professor für romanische und balkanische Sprachwissenschaft und Ethnographie, der 1906 an der Leipziger Universität das Institut für bulgarische Sprache gegründet hatte; Christow besuchte ihn des öfteren in seinem Landhaus in Belgershain. Enge Beziehungen unterhielt er zu dem Slawisten Karl Heinrich Meyer (1890–1945), der sich 1920 mit einer Arbeit zur bulgarischen

34 Simeon Radev: *Pogledi vărchu literaturata i izkustvoto i lični spomeni*. Sofia 1965. S. 289.

35 Siehe Kiril Christov: Brief an Ivan Šišmanov vom 26. November 1922. In: Kiril Christov: *Săčinenija ...* Bd. V.2. S. 471.

36 Siehe Kiril Christov: *Vreme ...* Bd. II. S. 448.

37 Siehe Kiril Christov: *Ad v raja*. Sofia 1997. S. 244.

Sprache habilitiert hatte; Meyer begleitete Christow auf verschiedenen Reisen, auch übersetzte er Arbeiten von Christow, aus denen er dann auf Teenachmittagen im häuslichen Kreis vorlas.³⁸ Zu Christows Bekannten gehörte André Jolles (1874–1946), Professor für vergleichende Literaturforschung an der Leipziger Universität. Als Jolles 1926 in einem Seminar seinen Studenten die Aufgabe stellte, zu einem vorgegebenen Thema eine Erzählung zu schreiben, beteiligte sich auch Kiril Christow und schrieb die Erzählung »Samodiwa« (Die Fee), die in der Übersetzung von Karl Heinrich Meyer Jolles' Anerkennung fand. Zu den Bekannten Christows gehörte der Slawist Max Vasmer (1886–1962), der von 1921 bis 1925 in Leipzig Professor war, Dr. Iwan Parlatanoff (1874–1958), Kaufmann und Verleger, der seit 1904 in Leipzig lebte und sich um die deutsch-bulgarischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen bemühte, sowie Fritz von Philipp, Schuhcreme-Fabrikant und bulgarischer Honorar-Konsul. Im Umkreis seiner Bekannten oder im Cafe Merkur begegnete Christow weiteren Gesprächspartnern. Er besuchte Museen, Theatervorstellungen, Gewandhauskonzerte, war leidenschaftlicher Hörer des damals noch jungen Rundfunks.³⁹ Verschiedentlich, vermittelt durch seine Bekannten von der Universität, traf er sich mit Studenten, las aus seinen Werken; eine Anstellung an der Leipziger Universität hatte er jedoch nicht. Gegenüber den bulgarischen Studenten verhielt er sich sehr kritisch; er vermißte den Fleiß, den seine Landsleute in der Leipziger Zeit Pentscho Slawejkows an den Tag gelegt hätten, er mißbilligte, wie die Sprößlinge der bulgarischen Kriegsgewinnler aufgeputzt nach der neuesten Mode durch die Petersstraße und die Grimmaische Straße flanierten.⁴⁰

Während seines Aufenthalts in Deutschland machte sich Christow gründlich mit Jena und Weimar vertraut und besuchte weitere Stätten, die mit dem Wirken von Schiller und Goethe verbunden waren. Spätere Ausflüge führten ihn nach Thüringen und in den Harz. Auf einer Reise durch die Lausitz im Juni 1923 interessierte er sich lebhaft für Vergangenheit und Gegenwart der Sorben. Begeistert schrieb er am 4. Juli 1923 an den Schriftsteller Dimityr Podwysatschew von seiner Sommerfrische in Lohme auf Rügen, »der schönsten deutschen Insel«, wo er in vielen Ortsnamen wieder die Spuren früherer slawischer Besiedlung fest-

38 Siehe Kiril Christov: *Săčinenija ...* Bd. V.1. S. 601.

39 Siehe Kiril Christov: *Ad v raja*. Sofia 1997. S. 244–245.

40 Siehe Kiril Christov: *Vreme ...* Bd. II. S. 452.

stellte.⁴¹ Er unternahm Reisen in das ihm bereits vertraute Prag und nach Dänemark.

Auch während seines Aufenthaltes in Deutschland wurde Christow eine gewisse publizistische Aufmerksamkeit zuteil, wobei ihm die einseitige Charakteristik als Verfasser des »Deutschland«-Gedichts verfolgte. Die »Jenaische Zeitung« vom 24. September 1922 informierte unter der Überschrift »Ein bulgarischer Dichter in Jena« über die Ankunft des »bekanntesten unter den lebenden bulgarischen Dichtern« in der Stadt, den sie als Autor begeisterter Verse und Artikel über Deutschland herausstellte; die Übersetzung von »Deutschland« durfte nicht fehlen.⁴² Ähnlich waren die Pressemitteilungen gehalten, die in Leipzig zum 50. Geburtstag des Dichters am 12. Juli 1925 erschienen. In einem kurzen Beitrag über den »bedeutendsten bulgarischen Dichter« akzentuierte Karl Heinrich Meyer – neben einer kurzen Würdigung der Balladen und der sprachlichen Meisterschaft – Christows »tiefe Kenntnis« der Deutschen, seine »große Vorliebe für Deutschlands Eigenart«, sein Eintreten für die »Teilnahme Bulgariens am Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte« und seine »Hymnen auf deutsches Wesen«.⁴³ Gustav Weigand veröffentlichte eine Übersetzung der Ballade »Die Buhle« und apostrophierte Christow in einer kurzen Notiz als »begeisterten Deutschenfreund«.⁴⁴

Umfassender wurde Christow in einem Überblick zur bulgarischen Literatur charakterisiert, der in einem 1928 in Leipzig erschienenen deutsch-bulgarischen Almanach zum 50. Jahrestag der Befreiung Bulgariens enthalten war.⁴⁵ Herausgeber war Dr. Iwan Parlapanoff; doch Kiril Christow hat nach eigenem Bekunden an der Zusammenstellung des Bandes mitgewirkt⁴⁶ und Einfluß darauf genommen, daß die bulgarische Literatur relativ ausführlich vorgestellt wurde. Es war gewiß auch seine streitbare Absicht, wenn in den Passagen zu seiner eigenen Dichtung aus einem Aufsatz zitiert wird, den sein Kontrahent Alexander Balabanow 1916 in Leipzig publiziert hatte: »Kyrill Christoff hat sich bereits in

41 Siehe »Literaturen front«, Sofia vom 15. August 1985 (Nr. 33). S. 6.

42 Zitiert nach Michail Arnaudov: Kiril Christov. ·ivot i tvorčestvo. Sofia 1967. S. 162.

43 »Leipziger Tageblatt« vom 12. Juli 1925. S. 12.

44 »Leipziger Neueste Nachrichten« vom 12. Juli 1925. S. 12.

45 Siehe G. S.: Die Gipfel des bulgarischen Schrifttums. In: Dr. Iwan Parlapanoff (Hrsg.): Almanach Carstvo Bălgarija 1878–1928. Leipzig 1928 (im weiteren Almanach ...). S. 226–229 (im weiteren Almanach ...).

46 Siehe Michail Arnaudov: Kak săzdava Kiril Christov. In: Literaturna misāl. Sofia 9(1965)2. S. 93 (im weiteren Michail Arnaudov: Kak săzdava Kiril Christov ...).

sehr jungen Jahren mit seinen zahlreichen und guten, fast ausschließlich der Liebe gewidmeten Gedichten seinen Platz in der bulgarischen Literatur erworben. Später befaßte er sich erfolgreich auch mit sozialpsychologischen Dichtungen. Dadurch büßte sein Schaffen freilich viel von seiner früheren Frische und Unmittelbarkeit ein, seine Sprache indessen wurde reiner, reicher, seine Gedanken tiefer und klarer, und sein Gesichtskreis erweiterte sich [...] Besonders bezeichnend für ihn ist sein unermüdliches Bestreben, ausgetretenen Geleisen auszuweichen und sich in neuen rhythmischen Formen zu versuchen.⁴⁷ Im weiteren wurde dann Christow als Vertreter aller Gattungen und als Übersetzer vorgestellt. Aus der Anthologie »Das Rosenland« von Roda Roda wurden die Gedichte »Frauen und Wein! Wein und Frauen!«, »Der Weltfahrer« und »Sieg« abgedruckt, zwei Übersetzungen stammen von Kiril Christow selbst – »Ein einsamer Weg«⁴⁸ (»Swuk samoten«) und »Anbruch des Feiertages« (»Nastypwane na prasnika«) –, eine weitere Nachdichtung trug Nikola Mirković bei. Der Aufsatz »Eine bulgarische Apologie auf Deutschland« erzählt die Geschichte des »Deutschland«-Gedichtes.⁴⁹ Man darf annehmen, daß Christow ihn selbst geschrieben hat, da die Darstellung streckenweise mit seinem Tagebuch übereinstimmt. Der »Almanach« enthält die deutsche Übersetzung der Erzählung »Baba Meglena« (Mutter Meglena) von Karl Heinrich Meyer,⁵⁰ einer psychologisch meisterhaften Prosaerzählung. Nicht zufällig wurde diese Erzählung später erneut von · ivka Dragneva⁵¹ und – besonders gelungen – von Ingrid Dade übersetzt.⁵² In zwei Aufsätzen, die während der 20er Jahre er-

47 Almanach ... S. 226. – Alexander Balabanoff: Die bulgarische National-Literatur. In: »Illustrierte Zeitung«. Leipzig vom 30. November 1916 (Nr. 3831 – Bulgarien-Nummer). S. 35.

48 Es handelt sich offenbar um ein Versehen im Almanach, es müßte »Ein einsamer Klang« heißen.

49 Siehe Almanach ... S. 235f.

50 Siehe ebenda. S. 240–250.

51 Siehe Mutter Meglena. In: · ivka Dragnewa. Neuere bulgarische Erzähler. München 1936. S. 135–144.

52 Siehe Großmutter Meglena. In: Norbert Randow (Hrsg.): Bulgarische Erzähler. Berlin 1961, S. 255–264. – Später fanden einzelne Gedichte Eingang in Anthologien: »Sommernacht« (Ljatna nošt), »Ich« (Az), »Morgen am Meer« (Utro kraj moreto) und »Hilflos« (Bezpomoštna), nachgedichtet von Wolfgang Knappe (siehe Wolfgang Köppe (Hrsg.): Bulgarische Lyrik des zwanzigsten Jahrhunderts. Berlin 1984. S. 119 bis 122), sowie »Mitternacht« (Polunošt), »Spätsommer« (Kāsno ljato), »Morgen am Meer« (Utro kraj moreto), »Aus einer Regenwolke« (Iz oblak dā · d) und »Som-

schiene, wurde Christow nur knapp erwähnt: Ein Franz Josef Weiß zählte ihn zu den »Epigonen« Wasows, die inzwischen der Vergessenheit anheim gefallen seien;⁵³ Konstantin Galabov dagegen stellt ihn neben Pentscho Slawejkow.⁵⁴ Weder Weiß noch Galabov erwähnten den Aufenthalt Christows in Deutschlands.

Kiril Christow kannte die europäischen Literaturen und hat Bedeutendes geleistet, um sie den Bulgaren zu erschließen. Er übersetzte aus dem Englischen, Französischen, Italienischen, Tschechischen und Russischen. Er war mit den deutschen Klassikern vertraut, hatte die moderne Dichtung gelesen. Aus dem Deutschen übersetzte er Schillers »Wilhelm Tell« (1910), Gedichte von Moritz Hartmann, Hoffmann von Fallersleben, Emanuel Geibel, Karl Busse, Detlev von Liliencron; 1939 wird er eine neue »Faust«-Übersetzung vorlegen. In seinem Tagebuch und in Briefen apostrophierte er Richard Dehmel, Stefan George, Rainer Maria Rilke, Gustav Falke, Max Halbe, Richard Voß, Gerhard Hauptmann u. a. Dennoch war seine Kommunikation mit der deutschen Literatur nicht so innig und intensiv wie z. B. bei Pentscho Slawejkow.

Während seiner Leipziger Zeit wollte Christow dazu beitragen, bulgarische Literatur in Deutschland bekannt zu machen. Er setzte sich für die Veröffentlichung der »Idyllen« von Petko Todorow ein, doch ohne Erfolg. Er versuchte, Übersetzungen eigener Arbeiten drucken zu lassen. Otto Müller-Neudorf, mit Christow bekannt, hatte schon Anfang der 20er Jahre eine Übersetzung des Romans »Tymni sori« (1919, Dunkles Morgengrauen) angefertigt, sie wurde niemals veröffentlicht.⁵⁵ Karl Heinrich Meyer hatte das Versdrama »Pod swedite« (Unter den Sternen), eine erste Variante des späteren Romans »Metschtateli« (Die Phantasten), ins Deutsche übertragen, doch gelang es nicht, einen Verlag oder eine Bühne dafür zu interessieren, auch der Versuch, es auf eigene Kosten drucken zu lassen, scheiterte.⁵⁶ Ebenso gelang keine Buchausgabe

mergewitter im Morgengrauen« (Ljatna burja pri zori), nachgedichtet von Klaus Detlef Olof und Valeria Jäger (siehe Nikolaj Kănčev (Hrsg.): Das Buch der Ränder. Bulgarien. Lyrik. Klagenfurt 1997. S. 45–50).

53 Siehe Franz Josef Weiß: Bulgarischer Brief. In: Die Literatur. Stuttgart, Berlin (1927)29. S. 598–600.

54 Siehe Konstantin Galabov: Die bulgarische Lyrik nach dem Kriege. In: Slavische Rundschau. Prag (1929)1. S. 773–777.

55 Siehe Kiril Christov: Brief an Ivan Šišmanov vom 26. Februar 1926. In: Kiril Christov: Säčinenija ... Bd. V.2. S. 429.

56 Siehe Kiril Christov: Vreme ... Bd. II. S. 521f.

der von Karl Heinrich Meyer übersetzten Erzählungen, es erschienen – neben der Erzählung »Mutter Meglena« im »Almanach« – einzelne Übersetzungen in der »Prager Presse«. ⁵⁷ Kiril Christow griff den Gedanken von Professor Jolles auf, demzufolge jeder Dichter auch einmal in einer ihm bekannten Fremdsprache dichten müsse. ⁵⁸ Er legte einzelne »Selbstübertragungen« vor, die allerdings nicht in jeder Hinsicht glanzvoll waren (z. B. »Mütterchen so fromm und krause [...] ins Gotteshaus schleicht Dunkelheit, die grause«). Zum 60. Geburtstag von Mara Beltschewa (1868–1937) übertrug Christow zwei ihrer Gedichte, wobei »Ich lausche wie die Blätter fallen« gut gelungen ist; sie wurden im »Almanach« abgedruckt. Durch die »unerwartet guten Ergebnisse« ermutigt, erwog er sogar, eine Anthologie bulgarischer Dichtung oder zumindest eine Auswahl eigener Gedichte vorzubereiten, ⁵⁹ doch es blieb bei der Absicht. Die Schwierigkeiten, bulgarische Literatur in deutscher Übersetzung zu veröffentlichen, ließen ihn resignieren. In einem Brief an Iwan Schischmanow vom 26. Februar 1926 hatte er dargelegt, daß kaum etwas für die bulgarische Literatur in Deutschland getan wurde, und die wenigen Übersetzungen, die es gab (Otto Müller-Neudorf, Roda Roda, Iwan Wasows Roman »Unter dem Joch« u. a.), einer schonungslosen Kritik unterzogen. ⁶⁰ Sein oft zitierter Aufsatz »Die bulgarische Literatur in deutscher Übersetzung« vertiefte diese Problematik, verwies auf die »Slavenpleite« in der deutschen Übersetzungsliteratur, auf die »trotzlose Kommerzialisierung des Buches« und äußerte die Befürchtung, daß so der Begriff »Deutsche Weltliteratur« liquidiert zu werden drohe. ⁶¹

Kiril Christows Jahre in Deutschland waren literarisch ergiebig. Er fuhr fort, Gedichte und Erzählungen zu schreiben, die in den dreißiger Jahren in Buchform erscheinen werden, doch in den Vordergrund rückten nun weit dimensionierte Genres. In Jena und Leipzig entstanden viele Seiten des dokumentarischen Werkes »Wreme i sywremennizi« (Zeit und Zeitgenossen), an dem er seit längerem arbeitete. Aus Jena schrieb er am 26. November 1922 an Iwan Schischmanow, er habe Band IX abge-

57 Siehe Zdenek Urban: Kiril Christov v Cechách. Prag 1978.

58 Siehe Kiril Christov: Săčinenija ... Bd. IV. S. 160.

59 Siehe Kiril Christov: Brief an Ivan Šišmanov vom 3. Januar 1928. In: Ebenda. Bd. V.2. S. 452.

60 Siehe Kiril Christov: Brief an Ivan Šišmanov vom 26. Februar 1926. In: Ebenda. S. 427f.

61 Siehe Kyrill Hristov: Die bulgarische Literatur in deutscher Übersetzung. In: Slavische Rundschau. Prag (1929)1. S.36–42.

schlossen.⁶² Mit der Rückschau auf Kindheit und frühe Jugend begann »Zeit und Zeitgenossen« als Erinnerungsbuch, um dann die Struktur eines in Zeit und Raum ausgreifenden Tagebuches anzunehmen; als Tagebuch hat es Christow stets bezeichnet. Immer wieder überarbeitete er das Manuskript, das auf elf Bände anwuchs, ohne es völlig abzuschließen. Zu Lebzeiten veröffentlichte er von den mehr als 2.000 Seiten nur einige Auszüge, darunter die Erinnerungen »Satrupana Sofia« (Verschüttetes Sofia) im Jahre 1944. Erst 1967, im Band V.1 der bisher einzigen Werkausgabe Christows, wurde ca. ein Drittel des Manuskripts dem Leser zugänglich gemacht.⁶³ Eine zweibändige, gewiß noch lückenhafte und leider wissenschaftlich nicht kommentierte Ausgabe erschien 1999.⁶⁴

Die Idee zu diesem Tagebuch wurde offenbar aus den permanenten Spannungen geboren, die Kiril Christows Beziehungen zu seinen Zeitgenossen prägten. Er hatte sich im Gespräch mit Michail Arnaudow sowohl vom »Journal« der Gebrüder Goncourt wie auch von den »Tagebüchern« Friedrich Hebbels abgegrenzt. Nicht eine ausgewogene Sicht auf sein Leben und seine Zeit, nicht ein Sich-Vertiefen in das eigene Dichten sollten im Vordergrund stehen. Sein Tagebuch wollte eine »Anklageschrift« sein »gegen die Ungerechtigkeiten«, die ihm angetan wurden, es wollte sich auf einige »große Zeugnisse des Attentats gegen ihn und seine Arbeit« konzentrieren.⁶⁵ Das Tagebuch bietet neben Episoden und Sentenzen vor allem ausführliche Schilderungen aus Kultur, Literatur, Zeitgeschichte, Politik und Persönlichem. Briefe, Zitate, Artikel, Redetexte, analytische Betrachtungen, literarische Kontroversen, Plagiat-Vorwürfe und beißende Übersetzungsanalysen nehmen großen Raum ein. Mit Kiril Christow entwarf ein scharfsichtiger und zugleich egozentrischer Autor sein kritisches Bild bulgarischen Lebens. Auch Ländern, die er bereiste oder in denen er sich aufhielt, widmete er große Aufmerksamkeit. Hier sind seine Ausführungen zu Deutschland, zu Leipzig und Berlin, Weimar und Jena, zu Thüringen und zur Lausitz von größtem Interesse. Christow war unerbittlich gegenüber dem tatsächlich oder vermeintlich Banalen, Lächerlichen und Erbärmlichen, mochte es sich

62 Siehe Kiril Christov: *Săčinenija ...* Bd. V.2. S. 417.

63 Siehe *Vreme i săvremennici. Otkâsi ot dnevnik v edinadeset toma* [Zeit und Zeitgenossen. Auszüge aus einem Tagebuch in 11 Bänden]. Auswahl und Redaktion: Svetla Gjurova und Tichomir Tichov. In: Kiril Christov: *Săčinenija ...* Bd. V.1.

64 Siehe Anmerkung 13.

65 Siehe Michail Arnaudov: *Kăm biografijata na Kiril Christov* [Zur Biographie von Kiril Christov]. In: *Literaturna misâl. Sofia* 10(1966)4. S. 139.

um seine Schriftstellerkollegen handeln, um seinen Leipziger Zirkel oder um große Persönlichkeiten der Vergangenheit. Im Goethehaus in Weimar »mißfielen« ihm die vielen Dinge, in denen sich die »Eitelkeit des größten Deutschen« reflektierte, der die schönen Räume des Hauses statt zu Tempeln der Kunst zu »Tempeln seines wissenschaftlichen Dilettantismus« gemacht habe, während Bibliothek, Studier- und Schlafzimmer in den »abscheulichsten Winkeln« des Hauses untergebracht seien. Im Schillerhaus beeindruckte ihn die Schlichtheit, und er verglich mit Goethe: »Der arme Schiller sorgte sich viel weniger darum, was die Nachwelt von ihm denken mag, er hat nicht eine solche Unmenge von Dingen ausgestellt, die für das dichterische Schaffen völlig überflüssig sind«. Begeistert war er vom Liszthaus – »kein finsternes Gefängnis wie der Palast Goethes«, alles licht und hell, mit »unvergleichlich mehr Geschmack eingerichtet als die Häuser der großen Dichter«. ⁶⁶

Kiril Christows Tagebuch ist ein literarisch bemerkenswertes, in geschliffener Sprache geschriebenes Werk. Es gewährt Einblick in eine unruhige, widersprüchliche, auch exaltierte Persönlichkeit. Christow war ein unabhängig denkender Mann, auch in seiner Sicht auf die Politik, zum Beispiel auf den Militärputsch gegen die Regierung des Bulgarischen Bauernbundes unter Alexander Stambolijski am 6. Juni 1923. Christow hielt Distanz zu Stambolijski, nannte den Bauernführer einen »Diktator«, wandte sich gegen die »zynische Gewalt« in seiner Politik, sah aber zugleich, daß ihn vor allem die »Halsabschneider« fürchteten, und er vermochte in der Politik des »Betruges«, mit dem der »bürgerliche Politiker« seine Ziele verfolge, auch keine Alternative zu erkennen. ⁶⁷ Christow erfuhr von dem Staatsstreich während eines Besuches der Dornburger Schlösser. Er nannte das Geschehen »widerwärtig«, verurteilte den »vulgären Mord« an Stambolijski, wobei er eine Parallele zur Ermordung von Matthias Erzberger 1921 zog. Und er äußerte sich sehr bestürzt darüber, daß diese Ereignisse die »Möglichkeiten für neue Erschütterungen« in sich bargen, was sich schließlich bewahrheiten wird. Kiril Christows Überlegungen zu Kultur, Geschichte und Politik offenbaren einen streitbaren Mann, der immer nach eigenen Einsichten lebte, schrieb und handelte und dessen Wirken sich weder vor noch nach dem Zusammenbruch des Staatsozialismus in Bulgarien für den jeweils herrschenden Zeitgeist vereinnahmen läßt.

66 Kiril Christov: Vreme ... Bd. II. S. 438f.

67 Siehe Kiril Christov: Săčinenija ... Bd. V.1. S. 660f.

Mit wahrer Besessenheit wandte sich Kiril Christow dem Roman-Genre zu. Zwischen 1923 und 1926 schrieb er vier Romane, wovon er nur den Roman »Metschtateli« (Die Phantasten) 1925 in Sofia drucken ließ, während er sich zu Lebzeiten, von einzelnen Ausschnitten abgesehen, nicht zur Publikation der in hohem Grade autobiographischen Werke entschließen konnte – »Ad w raja« (Hölle im Paradies), »Bezdna« (Abgrund) und »Belite djawoli« (Die weißen Teufel); sie wurden erst während des zurückliegenden Jahrzehnts aus dem Nachlaß des Autos veröffentlicht.⁶⁸

Den Roman »Die Phantasten« brachte Christow im Frühjahr 1924 innerhalb kurzer Zeit zu Papier. Bereits in Jena hatte er Dezember 1922 ein Versdrama unter dem Titel »Swesdobroezyt« (Der Sternenzähler)⁶⁹ bzw. »Pod swesdite« (Unter den Sternen) verfaßt, das er nun in Leipzig zu dem Roman »Die Phantasten« umarbeitete, wobei er die Dialoge weitgehend beibehielt.⁷⁰ Eine Dreiecksbeziehung – zwei Männer werben um eine Frau – trägt die Handlung, die Männerfiguren transportieren das Anliegen des Autors: Pano, der begabte Mathematiker und Astronom, verlegt die Vision von einem gerecht eingerichteten Bulgarien in astronomische Fernen; Tato, der fähige Diplomat, kann ihm zugefügtes kränkendes Unrecht nicht ertragen und geht aus dem Leben. In diesen Figuren, denen nur individueller »Idealismus« bleibt, spiegelte sich auch die Sinnkrise des Autors, der sich über das »widerwärtig Irdische« erheben wollte; zugleich hielt Christow es für das »bulgarischste« seiner Bücher.⁷¹

Kiril Christow nannte »Die Hölle im Paradies« ein »Buch über mein Leben«, eine »Autobiographie« und schließlich einen »autobiographischen Roman«. Er begann die Arbeit an dem Buch am 23. Oktober 1923, am 3. März 1924 lag es überarbeitet und sauber abgeschrieben vor ihm.⁷² Die Autobiographie stützt sich auf das Tagebuch, ist freilich

68 Siehe Ad v raja. Avtobiografičen roman [Die Hölle im Paradies. Autobiographischer Roman]. Sofia 1997. – Bezdna. Izpoved na edin umopobārkan [Abgrund. Bekenntnis eines Geistesgestörten]. Sofia 1995. – Belite djavoli [Die weißen Teufel]. Sofia 1993.

69 Siehe Kiril Christov: Brief an Mara Belčeva vom 12. Dezember 1922. In: »Literaturn front«. Sofia vom 15. August 1985. S. 6.

70 Siehe Kiril Christov: Brief an Ivan Šišmanov vom 28. November 1924. In: Kiril Christov: Săčinenija ... Bd. V.2. S. 424.

71 Siehe Michail Arnaudov: Kak săzdava Kiril Christov ... S. 96.

72 Siehe Kiril Christov: Vreme ... Bd. II. S. 529.

nicht so vielschichtig, aber komprimierter in der Darstellung. Iwan Schischmanow hatte einmal bemerkt, Christow besäße eine interessante Biographie; nun griff der Schriftsteller diese Anregung auf, um »auf schonungslos offene Art und Weise« und »ohne die geringsten Kompromisse« sein Leben so darzustellen, daß »künftigen Generationen die Schamröte über die Grausamkeiten ihrer Vorfahren« – natürlich gegenüber Kiril Christow – »ins Gesicht treten« werde.⁷³ Auf weiten Strecken stellt der Ich-Erzähler und Autor sein Leben als eine Folge gegen ihn gerichteter Unzumutbarkeiten und Schändlichkeiten dar, gegen deren vermeintliche oder wirkliche Verursacher er eine scharfe Klinge führt. Das Buch erhält so satirische Züge. Die kulturhistorische und biographische Bedeutung des Buches ist beträchtlich.

Der 1926 fertiggestellte Roman »Abgrund« greift in gewisser Hinsicht die Problematik des Romans »Dunkles Morgengrauen« auf, in dem Christow an einem Stoff aus dem bulgarischen Leben die Auffassung veranschaulichte, daß unterdrückte Sexualität (»sexueller Hunger«), worunter nach seiner Meinung besonders die Bulgaren litten, verheerende Folgen für den Menschen und somit für die Gesellschaft habe. Schon in seiner frühen Lyrik hatte er sich zur Sexualität, zum Ausleben aller Sinne bekannt. In »Abgrund« verarbeitete er eigenes Erleben in Triest und Neapel 1895/1896 und schilderte die erotischen Eroberungen des bulgarischen Ich-Erzählers und Don Juans in der italienischen Frauenwelt, wobei er immer wieder Bezüge zu Bulgarien herstellte. In der bulgarischen Literatur jener Zeit war ein solches Buch gleichsam ein Tabubruch, und auch späterhin entsprach es nicht der kleinbürgerlich-prüden Denkweise in den herrschenden Moralvorstellungen. Nicht ohne Ironie gab Christow seinem vorzüglich geschriebenen Buch ein Feigenblatt vor, als er letztlich die ganze Geschichte zum Bekenntnis eines Geistesgestörten erklärte.

Der Roman »Die weißen Teufel« schlägt den Bogen zu der Problematik des »Deutschland«-Gedichtes aus dem Jahre 1914. Während der Leipziger Jahre durchlebte Christow eine zunehmende Enttäuschung über Deutschland und die Deutschen. Ein authentisches Zeugnis seiner Desillusionierung legte er mit dem X. Band von »Zeit und Zeitgenossen« ab, in dem er sowohl eine Vielzahl von Detailbeobachtungen als auch verallgemeinernde Aussagen festhielt. Anfänglich glaubte Christow, z. B.

73 Siehe Kiril Christov: Säčinenija ... Bd. V.2. S. 419.

in der Rechtschaffenheit eines Kaufmanns, mit dem er es zu tun hatte, in der Ehrlichkeit eines Kindes auf der Straße, in der Sauberkeit im Zug von Jena nach Berlin, selbst in der Disziplin, mit der eine kommunistische Demonstration ablief, Anzeichen dafür zu erkennen, das Deutschland nach dem Kriege wieder zu sich und zur »Ordnung« findet, doch bald mußte er immer auffallender Negatives konstatieren. Ihn erschütterte der allorts um sich greifende, von ihm dokumentierte »Ausländerhaß«, er war konsterniert darüber, daß Ausländer »übervorteilt« werden, daß von ihnen höhere Preise verlangt, daß sie von den Behörden mit Gebühren und Vorschriften gedemütigt werden. Ihn entsetzt die »Slawenfeindlichkeit«, die er zudem widersinnig fand, da, wie er mehrfach schreibt, die Vorfahren vieler Deutscher in verschiedenen Regionen Deutschlands Slawen waren. Einmal desillusioniert, brandmarkte er »Egoismus«, Besitzgier und »Pfennigfuchserie« der Deutschen, »Untertanengeist« gegenüber der Staatsmacht. Christow kannte keine Ausgeglichenheit, er sprach stets undifferenziert von *den* Deutschen. Er hatte, so schreibt er, das deutsche Volk nicht wirklich gekannt, sein Bild von den Deutschen sei von den deutschen Schriftstellern geformt worden, nun aber begreife er, daß deren »Idealismus ihre Reaktion auf die abstumpfende Alltäglichkeit deutschen Lebens und Protest« sei. In Deutschland habe er seine »Germanomanie« und seine Verzweiflung über die Bulgaren und die Slawen insgesamt »auskuriert«. ⁷⁴ Die Wahrnehmung des aufsteigenden Nationalismus und Chauvinismus führte ihn zu beklemmenden Visionen: »Die Deutschen schicken sich an, gemeinsam mit den Russen die Welt in ihren Grundfesten zu erschüttern ...« »Wenn man von Rußland abieht, ist das deutsche Volk das größte und schrecklichste in Europa [...] Ihm ist klar, daß seine Bezwingen sich immer mehr vor ihm fürchten. Es gleicht einer wilden Bestie, die nicht nur dadurch gereizt wird, daß man ihr die Peitsche zeigt [...], sondern schon dadurch, daß man um sie herum steht und schaut, was sie tut. Völker, hütet euch, daß sie sich nicht losreißt ...« ⁷⁵ Und: »Ich sehe Ströme von Blut. Die Grausamkeit und der Menschenhaß dieses Volkes sind so groß, daß es dann, wenn es das nächste Mal gegen die ganze Welt antritt – sofern sich nicht alle gegen es verbünden – nicht mit der Wimper zucken wird, um in wenigen Stunden große Städte und in einigen Tagen ganze Völker zu vergiften. Es wird dieses Mal nicht nur die Reichtümer rauben, das Land

74 Kiril Christov: *Vreme ...* Bd. II. S. 492.

75 Kiril Christov: *Säčinenija ...* Bd. V.1. S. 646. – Ebenda. S. 756.

sich aneignen, es wird auch die Toten verwerten ...«⁷⁶ Kiril Christow war ein scharfer Beobachter und hatte ein Gespür für menscheitsbedrohende Entwicklungen, für die aufsteigende faschistische Gefahr.

Im Roman »Weiße Teufel« versuchte er, seine rigorose Wende im Verhältnis zu Deutschland literarisch darzustellen. Der Autor griff auf eigenes Erleben zurück, auf seine Liebesbeziehung zu einer Frau namens Klara, mit der er 1906/1907 in Berlins »eines der schönsten Jahre« seines Lebens verbracht hatte und mit der ihn später noch ein sporadischer Briefwechsel verband.⁷⁷ Im April 1923, 16 Jahre später, besuchte Christow diese Frau in Berlin-Zehlendorf. Das Eintauchen in die Erinnerung fügte sich zu einem »harmonischen Gebäude, zur Komposition eines Romans mit viel Poesie und Melancholie«. ⁷⁸ Am 22. April 1923 begann Christow die Arbeit, am 2. Mai 1923 unterbrach er sie: Die zentrale Frauenfigur war eine Deutsche, und Christow glaubte, ein »schrecklich unglaubliches« Buch zu schreiben, wenn er sich angesichts seines gewandelten Verhältnisses zu den Deutschen für eine deutsche Romanfigur begeisterte.⁷⁹ Auf der Reise in die Lausitz im Sommer 1923 kam ihm der rettende Einfall: Er wird die Berliner Erlebnisse mit seinem Bekenntnis zu den Slawen, mit einer Apologie auf die Sorben oder Wenden verknüpfen, indem er Klaras Herkunft in den Spreewald verlegt. Im Juni 1926 schließt er den Roman ab.

Christow siedelt die Romanhandlung etwa zu der Zeit an, in die tatsächlich seine Begegnung mit Klara fiel, in die Zeit vor den Balkankriegen. Zwar verzichtet er auf spezifisches Zeitkolorit, doch der Erste Weltkrieg mit seinen Folgen ist im Roman nicht gegenwärtig. Der Ich-Erzähler Boris Mirkowski, Parlamentsabgeordneter, entflieht den chaotischen Zuständen in seinem Lande und hofft, in Deutschland wieder zu sich selbst zu finden. Er meidet seine Landsleute, Studenten, Beamte, Diplomaten, deren lautes und aufdringliches Benehmen ihn abstößt und die ihm parasitäre Kostgänger des bulgarischen Staates scheinen. Briefe und Zeitungen aus Bulgarien läßt er ungelesen. Und nun verflechten sich zwei Motive: Da ist zum einen die Liebesgeschichte – Mirkowski verliebt sich in Klara, die Frau des Hauses und Ehefrau des Gelehrten Hinrich Hartmann, der, ganz in seinen Experimenten aufgehend, die Liaison

76 Ebenda. Bd. II. S. 657f.

77 Siehe Kiril Christow: *Vreme ...* Bd. II. S. 498.

78 Ebenda. S. 514.

79 Siehe ebenda. S. 513f.

toleriert. Das andere Motiv: Unter dem Eindruck eigenen Erlebens brechen Mirkowskis germanophile Positionen in sich zusammen. Professor Schkor, ein deutscher Staatsbürger polnischer Herkunft, hinter dem sich Georg Adam verbirgt, läßt es sich angelegen sein, Mirkowski zu desillusionieren. Als Mirkowski schließlich selbst unverschuldet in die Räder des Polizeiapparates und der Justiz gerät und ihm Verurteilung droht, öffnen sich ihm die Augen. »Ich hatte diese modernen Sklaven, unter denen weiterhin der Geist des Mittelalters herrscht, auf naive Weise hoch über mein junges, bis zur Anarchie freiheitsliebendes Volk gestellt. Und plötzlich empfand ich Liebe für Bulgarien ...«⁸⁰ Eigene Erfahrungen und eigener Sinneswandel aus einem längeren Zeitraum werden in dem nur wenige Monate umfassenden Roman-Geschehen um die fiktive und zugleich autobiographische Züge tragende Mirkowski-Figur verdichtet. Erlebnisse und Beobachtungen, wie sie Christow in »Zeit und Zeitgenossen« darlegte, wurden einbezogen. So dient die Reise in den Spreewald im Sommer 1923 als Staffage für die Abschnitte, in denen sich die sorbische Herkunft Klaras herausstellt und der Autor somit beide Motive, wie er meint, harmonisieren kann. Bemerkenswert ist, daß weder im »Almanach« noch in anderen Publikationen über Christow die Abkehr von seinem apologetischen Verhältnis zu Deutschland vermerkt wurde. Verschiedenen Andeutungen Christows läßt sich entnehmen, daß kritische Aussagen zu Deutschland, auch seine Absicht, in einem speziellen Buch seine Eindrücke von Deutschland zusammenzufassen, auf Unverständnis stießen und er Unannehmlichkeiten fürchtete.⁸¹ Nach 1933 wurde es auffallend still um Christow in Deutschland.

Es mag dem Genius loci geschuldet sein, daß in Leipzig Kiril Christow den Versuch zu einem großen nationalen Versepos unternahm. Er begann das Epos »Tscheda na Balkana« (Kinder des Balkans) am 19. Dezember 1926 und vollendete es am 25. November 1928.⁸² Er schrieb es unter widrigsten Bedingungen. Anfang 1930 wurde der Druck des Werkes in Sofia abgeschlossen. In Leipzig hatte bereits im Jahre 1893 Pentscho Slawejkow die Idee für sein Epos »Kyrwawa pesen« (Das blutige Lied) gefunden und auch erste Teile verfaßt; dieser Schritt bedeutete für ihn die Lebensentscheidung als Dichter. Die Idee eines zen-

80 Kiril Christov: *Beli djavoli*. Sofia 1993. S. 166.

81 Siehe Michail Arnaudov: *Kak sǎzdava Kiril Christov ...* S. 93. – Siehe auch Kiril Christov: *Săčinenija ...* Bd. V.1. S. 679f.

82 Siehe Kiril Christov: *Săčinenija ...* Bd. III. S. 436.

tralen Werkes bewegte dreißig Jahre später auch Christow. Seit dem Ersten Weltkrieg hatte er Jahre der Irrtümer und existentieller Krisen durchschritten. Er wandte sich nun wieder stärker seinem Volke zu. Er distanzierte sich »von fast allem, was er zwischen 1913 und 1918« geschrieben hatte, d. h. von seinen nationalistischen Kriegsgedichten, und trat für die südslawische Verständigung ein.⁸³ Schon am 28. November 1924 schrieb er an Iwan Schischmanow, daß er die ihm verbleibende Lebenszeit »einer seit langem bedachten Epopöe« widmen wolle, die etwas viel Wesentlicheres als das Epos von Slawejkow darstellen werde.⁸⁴ Vorübergehend trug er sich mit dem Gedanken, Slawejkows Epos umzuschreiben, verwarf ihn aber. Mit Slawejkow verband ihn das Vorbild Adam Mickiewicz, dessen »Pan Tadeusz« er an der Leipziger Universität gründlich und selbstbewußt-kritisch im Original »studierte«. Christow siedelt sein Epos während des siegreichen Ersten Balkankrieges 1912 an, den die Bulgaren als Befreiungskrieg für ihre unter türkischer Herrschaft lebenden Landsleute begriffen; der Dichter sah hier einen Höhepunkt bulgarischer Geschichte, wie ihn das Epos braucht; der Zweite Balkankrieg, ein Krieg zwischen den Verbündeten, der Bulgarien in die Katastrophe stürzte, blieb unbeachtet. Die Handlung führt nach Stargrad, daß heißt nach Stara Sagora, Christows Geburtsstadt, in ein Dorf, nach Sofia, in das Kabinett des Zaren, an die Front und wieder nach Stara Sagora. An zahlreichen Figuren aus den unterschiedlichsten Schichten, vom einfachen Bauern bis zum Zaren, will der Autor das Verhältnis der »Kinder des Balkans« zu ihrem Land und zu ihrer geschichtlichen Verantwortung facettenreich beleuchten, was ihm auf weiten Strecken gelingt. Auch eigene zwielfichtige Auffassungen projiziert Christow in das Poem. So hatte er sich mit den Schriften von H. S. Chamberlain und dessen Rassenauffassungen bekannt gemacht. Im Poem beklagt dann der Dichter (!) Boshidar, daß die Bulgaren »ein Kreuzweg aller Rassen« (Hunnen, Tataren, Türken, Römer, Slawen usw.) seien und daher unter ihnen keine Eintracht zustande komme. Auch sonst haben ihn diese obskuren Überlegungen beim Nachdenken über bulgarische Zustände wiederholt beschäftigt. Auch als Ganzes ist das Epos nicht stimmig, doch unbeschadet dessen enthält es treffliche Passagen, vorzügliche Schilderungen des Kleinstadtlebens und der bulgarischen Mentalität, gelungene Satiren

83 Siehe Kiril Christov: *Poezija i razbiratelstvo* (Poesie und Verständigung). In: Ebenda. Bd. IV. S. 642.

84 Siehe ebenda. Bd. V.2. S. 423.

auf die Herrschenden, beeindruckende Darstellungen der Standhaftigkeit und des Elends der Soldaten an der Front und nicht zuletzt gelungene Naturbilder.

In seinem Tagebuch und in Briefen äußerte Christow verschiedentlich die Absicht, sich in Prag niederzulassen. Die »Slawenfeindlichkeit« der Deutschen und »die deutsche Rauheit« weckten in ihm die Sehnsucht nach einer »weicheren slawischen Atmosphäre«. Hinzu kamen Zerwürfnisse mit Bekannten, die ihn belasteten; wichtiger war aber, daß Gelehrte und Schriftsteller aus Prag ihn verschiedentlich zum Kommen ermuntert hatten, wozu wohl ein Treffen mit Professor Gerhard Gesemann (1888–1948) von der Prager Deutschen Universität in Leipzig einen kräftigen Anstoß gegeben hat.⁸⁵ In der Zeitschrift »Slavische Rundschau«, deren Mitherausgeber Gerhard Gesemann war, erschien 1930 der erste größere Aufsatz über Kiril Christow in deutscher Sprache.⁸⁶ Gegen Ende des Jahres 1929 verließ Kiril Christow Leipzig.

Kiril Christow stand in engen und widersprüchlichen Beziehungen zu Deutschland. Sie werden verschiedentlich in der Forschung zu Kiril Christow behandelt⁸⁷ oder berührt, doch noch steht eine gründliche Auswertung des umfangreichen Nachlasses von Kiril Christow aus, um diese Seite der deutsch-bulgarischen Literaturbeziehungen umfassend zu beleuchten.

85 Siehe Michail Arnaudov: *Kak sǎzdava Kiril Christov ...* S. 92f.

86 Siehe Nikola Mirković: *Kyrill Hristov*. In: *Slavische Rundschau*. Prag (1930)2. S. 721 bis 730.

87 Siehe Dimităr Avramov: *Kiril Christov v Germanija* [Kiril Christov in Deutschland]. In: »Literaturen forum«. Sofia vom 9.–15. November 1994 (Nr. 38). S. 1 und 5. – Ebenda vom 16.–22. November 1994 (Nr. 39). S. 6. – Ebenda vom 23.–29. November 1994 (Nr. 40). S. 6.

HILMAR WALTER

Dositej Obradović und Johann Christoph Adelung

Jovan Skerlić hat beeindruckend herausgestellt, daß das Werk Dositej Obradovićs (um 1739–1811) ohne die Berücksichtigung des Josephinismus als Grundlage für die kulturelle Entwicklung der Serben in Österreich nicht ausreichend interpretierbar ist.¹ Dies ist damit im Zusammenhang zu sehen, daß die Serben nach ihrer Übersiedelung aus dem Osmanischen Reich in von den Habsburgern beherrschte Gebiete, insbesondere die Vojvodina, im 18. Jahrhundert »wieder Anschluß an das westliche Europa« fanden.² Sie konnten die durch die Politik Josephs II. bestehenden Entwicklungsbedingungen nutzen, die durch den Einfluß der Interessen des Bürgertums entstanden waren. Diese Bedingungen förderten auch bei den Serben die Verbreitung der geistigen Strömungen der Aufklärung, in denen die Bestrebungen des Bürgertums in ganz Europa ihren konzentrierten Ausdruck fanden. Der französischen Aufklärung kam dabei eine herausragende Funktion zu. Zur Zeit Obradovićs hatte aber auch die deutsche Aufklärung den Anschluß an die englische und französische erreicht und entwickelte unter ihren spezifischen Bedingungen in gewissem Umfang deren Erkenntnisse weiter.³ Will man das Verhältnis Obradovićs zur deutschen Aufklärung richtig einordnen, so – glaube ich – muß man diese bekannten Umstände in Rechnung stellen. Obradović ordnet sich, aufbauend auf seinen Wanderungen und insbesondere auf den Erfahrungen, gesammelt in den sich in einem tiefgreifenden Re-

-
- 1 Siehe Jovan Skerlić: *Istorija nove srpske knjizevnosti*. Beograd 1953. S. 64ff.
 - 2 So Nikola Pribić: *Dositej Obradovićs Stellung in der Geschichte der serbischen Sprache*. In: *Südost-Forschungen*. München XIV(1955)2. Halbband. S. 429. – Siehe auch Bogo Grafenauer/Branislav Djurdjev/Jorjo Tadić (Hrsg.): *Istorija naroda Jugoslavije. Knjiga druga*. Beograd 1960. S. 1109ff.
 - 3 Siehe zu den Besonderheiten der deutschen Aufklärung Werner Krauss: *Die französische Aufklärung im Spiegel der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts*. Berlin 1963. S. XVff. – Adam Wandruszka: *Die europäische Staatenwelt im 18. Jahrhundert*. In: Golo Mann/August Nitschke (Hrsg.): *Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte*. Bd. 7. Gütersloh 1979. S. 419.

formprozeß befindlichen österreichischen Ländern, in umfassende *europäische* Umwälzungsprozesse ein, wofür seine Aufenthalte in Halle und Leipzig, wie er selbst konstatiert, von nicht unwesentlicher Bedeutung waren. Waren diese Städte doch Hochburgen der aufklärerischen Ideen, wobei Leipzig als sächsische Handelsmetropole und Zentrum des Buchdrucks und Buchhandels durch seine Weltoffenheit die Internationalität dieser geistigen Strömungen stets fühlbar machte.⁴ Aufgrund des richtungsweisenden Einflusses Dositejs auf die geistige Entwicklung in Serbien kann man sagen, daß er durch die eigene Einbindung in diese gesamteuropäischen Entwicklungen menschlichen Denkens (und Handelns) seinen Landsleuten geholfen hat, sich selbst in diese Tendenzen zu integrieren, was für den weiteren Verlauf der serbischen Geistes- und Kulturgeschichte wesentliche Impulse geben mußte.⁵ Obradović ist insofern nicht nur als *serbischer* Aufklärer zu sehen, sondern als eine der Persönlichkeiten, die die *europäische* Aufklärung repräsentieren, ungeachtet ihrer nationalen Individualität und ihrer auf das eigene Volk gerichteten Ziele. Im Streiten um die Verwirklichung einer auf der Vernunft gegründeten menschlichen Gesellschaft standen sie, historisch gesehen, in einer Reihe.⁶ Deshalb ist auch eine Art typologischen Vergleichs zwi-

4 Siehe dazu auch Hilmar Walter: O Dositeju i Lajpcigu. In: Naučni sastanak u Vukove dane 19/2. Beograd 1989. S. 355ff.

5 Siehe Bogo Grafenauer/Branislav Djurdjev/Jorjo Tadić (Hrsg.): Istorija naroda Jugoslavije. Knjiga druga. Beograd 1960. S. 1114ff.

6 In diesem Zusammenhang ist es angebracht, auf eine – auch sprachlich fixierte – Besonderheit des Begriffs *Aufklärer* gegenüber dem der *Aufklärung* bei den Südslawen (z. B. serbisch *prosvetitelj* und *prosvetitelj*, bulgarisch *prosvetitelj* und *prosvetitelj*) einzugehen: Die lexikalische Entsprechung zu *Aufklärer* ist polysem: diese Wörter werden verwendet zur Bezeichnung 1. von Menschen, die während der nationalen Wiedergeburt bildnerisch tätig waren, unabhängig davon, ob sie den Ideen der Aufklärung bewußt anhingen oder nicht; 2. von Anhängern der Ideen der Aufklärung. Darin widerspiegelt sich einerseits, was Walter Markov, der sich intensiv mit der Aufklärung in Südosteuropa beschäftigte (siehe Ernstgert Kalbe: Und der schwierige Balkan blieb immer im Blick. In: Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ... Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus, Helmut Seidel. Leipzig 1995. S. 78), meinte, als er schrieb, daß die Aufklärung in einzelnen Ländern bei Vorhandensein einer einheitlichen Grundtendenz unterschiedliche Ausprägungen erfuhr, was zu zeitlichen Verschiebungen und Veränderungen der konkreten Aufgabenstellung führen konnte. – Siehe Walter Markov: Bemerkungen zur südslawischen Aufklärung. In: Deutsch-slawische Wechselseitigkeit in sieben Jahrhunderten. Berlin 1956. S. 349ff. (besonders S. 357ff.). – Walter Markov: Die Brücke der Aufklärung. In: Walter Markov: Weltgeschichte im Revolutionsquadrat. Hrsg. Manfred Kossok. 2. Aufl. Berlin 1982. S. 71ff. – Andererseits belegt dieser beson-

schen Obradović und Vertretern der Aufklärungsbewegungen, mit denen er Kontakt hatte, durchaus nicht abwegig.

Auf Johann Christoph Adelung (1732–1806) stößt man, beschäftigt man sich mit Obradović, zunächst im Zusammenhang mit Dositejs Auffassungen zur Sprache und der Tatsache, daß in der Zeit, da er in den achtziger Jahren in Leipzig weilte, nach Gottsched vor allem Adelung die Dispute um den Charakter der deutschen Schriftsprache mitbestimmte. In der Regel wird an Adelungs Arbeit vor allem sein Beitrag zur Normierung und Vereinheitlichung, auch zur Kodifizierung der deutschen Schriftsprache hervorgehoben.⁷ Das ist sicherlich richtig. Aber Adelung verkündete – auf der Grundlage seiner rationalistischen Anschauungen im Zusammenhang mit seinen sprachreformerischen Bestrebungen – auch *theoretische* Ansichten von der Sprache, die nicht unterschätzt werden sollten und auch in Beziehung stehen zu Obradovićs Äußerungen über Sprache und zur von ihm praktizierten Schriftsprache. Bezüge zu Adelung sind in Biographie und Werk Dositejs aber auch weit über den Problembereich Sprache hinaus möglich. An erster Stelle wäre der maßgebliche Einfluß der auf Christian Wolff und dessen Lehrer Leibniz fußenden Schule der Halleschen Aufklärer zu nennen. Adelung, der Wolffs letzte Jahre noch als Student miterlebte, wird als »Wolffianer der dritten Generation« bezeichnet.⁸ Bezogen auf die serbische Geistesgeschichte würde man Obradović als Wolffianer der *ersten* Generation bezeichnen müssen; eingebettet in den Prozeß der europäischen Aufklärung

ders für Südosteuropa zutreffende Umstand, daß die Aufklärung »eine geistige und zugleich praktische Bewegung« war (siehe Studienbuch Geschichte. Eine europäische Weltgeschichte. Hrsg. von Reinhard Elze, Konrad Eppen. Bd. 2. 5. Aufl. Stuttgart 1999. S. 241. – Dietmar Endler/Ilija Konev/Hilmar Walter: Leipzig als Zentrum der Kultur und Aufklärung der Südslawen. Ideen und Traditionen der Aufklärung. In: Slawische Kulturen in der Geschichte der europäischen Kulturen vom 18. – 20. Jahrhundert. Berlin 1982. S. 143ff.).

- 7 Siehe z. B. Margrit Strohbach: Johann Christoph Adelung. *Studia Linguistica Germanica* 21. Berlin, New York 1984. S. 6. – Brockhaus Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden. Neunzehnte, völlig neu bearbeitete Auflage. Erster Band. Mannheim 1986. S. 137. – Kleine Enzyklopädie Die deutsche Sprache. Bd. 1. Leipzig 1969. S. 245. – Joachim Schildt: Abriß der Geschichte der deutschen Sprache. Berlin 1976. S. 153ff.
- 8 Siehe Günter Mühlpfordt: *Vitam impendere vero*. Der Aufklärer Adelung als Kultur- und Wissenschaftshistoriker. In: *Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-historische Klasse*. Berlin 70(1984)4 (im weiteren Abhandlungen ...). S. 42. – Günter Mühlpfordt: Christian Wolff, ein Bahnbrecher der Aufklärung. In: *450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*. Halle, Wittenberg 1952. S. 36ff.

wäre er wohl eher wie Adelung einzuordnen, da er Wolff zwar im Original studierte, dessen Auffassungen aber über seine umfangreichen Erfahrungen als Angehöriger des serbischen Volkes und Wanderer durch ganz Europa in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts umzusetzen versuchte. Seine Hinwendung zu Zollikofer⁹ jedenfalls läßt eine solche Einordnung, deren Relativität natürlich angesichts der von Jovan Skerlić so anschaulich aufgezählten Einflüsse anderer geistiger Richtungen (wie der christlichen Romantik und Mystik, der russischen dogmatischen Theologie, der griechischen Reformatoren, des österreichischen Josephinismus, des englischen Rationalismus, des französischen Humanitarismus u. a.)¹⁰ unterstrichen werden muß, als einleuchtend erscheinen.

In den Jahren, in denen Dositej mehrmals in Leipzig lebte, lernte und arbeitete, gehörte Adelung als Autor und Publizist zu den führenden Kräften des der Aufklärung verpflichteten Leipziger Geisteslebens.¹¹ Es ist nicht auszuschließen, daß Obradović Adelung zumindest als Fortsetzer des »Allgemeinen Gelehrtenlexikons« und langjährigen Schriftleiter des Tageblattes »Leipziger Zeitungen«¹² sowie des Wochenblattes »Das Leipziger Allerley der neuesten und merkwürdigsten Begebenheiten dieser Zeiten« gekannt hat. 1781 war in Leipzig u. a. Adelungs Buch »Über die Geschichte der Deutschen Sprache, über Deutsche Mundarten und Deutsche Sprachlehre« erschienen, und zwar im gleichen Verlag, in welchem auch Obradović seine in Leipzig herausgegebenen Schriften drucken ließ. Da der Buchdrucker und Verleger Johann Gottlob Immanuel Breitkopf, wie die Geschichte dieses traditionsreichen Verlagshauses ausweist,¹³ enge Kontakte zu seinen Autoren pflegte, ist auch nicht ausge-

9 Der Leipziger Prediger und »Wolfianische« Theologe Georg Joachim Zollikofer, den Obradović wahrscheinlich in Leipzig kennen gelernt hatte, hatte ihn offenbar mit seinen Anschauungen so beeindruckt, daß er eine seiner Predigten übersetzte und 1784 in Leipzig unter dem Titel »Slovo poučitelno gospodina Georgija Joakima Zollikofera« veröffentlichte (siehe Hilmar Walter: O Dositeju i Lajpcigu. In: Naučni sastanak u Vukove dane 19/2. Beograd 1989. S. 361ff.).

10 Siehe Jovan Skerlić: Istorija nove srpske knji: evnosti. Beograd 1953. S. 80ff.

11 Siehe Margrit Strohbach: Johann Christoph Adelung. Studia Linguistica Germanica 21. Berlin, New York 1984. S. 4f.

12 Siehe Lothar Rathmann (Hrsg.): Alma mater Lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig 1984. S. 85ff.

13 Siehe Otto von Haase: Breitkopf und Härtel. Gedenkschrift und Arbeitsbericht. Bd. 1. 5. Aufl. Wiesbaden 1968. S. 85ff. – Zur Rolle des Breitkopfschen Unternehmens für die slawische Aufklärung siehe auch Erhard Hexelschneider: Sima Milutinović in Leipzig. In: Südost-Forschungen. Bd. 54. München 1995. S. 202f.

schlossen, das Dositej über den Verlag auf Adelung aufmerksam wurde. Denn, wie im Weiteren noch zu sehen sein wird, gibt es gewisse Anhaltspunkte dafür, daß Obradović Auffassungen Adelungs über die Sprache gekannt hat.

Adelungs Werk ist, wie eine 1982 von der Sächsischen Akademie anlässlich seines 250. Geburtstags durchgeführte internationale Konferenz belegte, keinesfalls nur für die Entwicklung der Sprache und der Sprachwissenschaft bedeutsam. In den dort vorgestellten Materialien reiht ihn Werner Bahner unter die Popularphilosophen des 18. Jahrhunderts ein und geht in diesem Zusammenhang auf den beträchtlichen Wert seiner wissenschaftlichen Publikationen auf dem Gebiet der Geschichte und Kulturgeschichte, der Geschichte der Philosophie, der Naturwissenschaften, Geographie, Rechts- und Staatswissenschaft ein, wobei einzelne Problemkreise aus dieser Aufzählung durch weitere Beiträge der Konferenz noch ausführlich und detaillierter behandelt werden.¹⁴ Bahner schätzt in seinen Ausführungen zu Adelungs Gesamtwerk ein, daß vieles in seinen Veröffentlichungen popularisierenden Charakter hatte, »daß Adelung es geschickt und rasch verstand, das jeweils vorhandene Wissen zu kompilieren und Geschichtsquellen, Meldungen und Berichte über politische Ereignisse aus verschiedenen Zeitungen heranzuziehen bzw. aneinanderzureihen«. Dabei läßt die Auswahl der von ihm gebotenen Informationen und die verwendeten Beschreibungsmethoden sowie sichtbaren grundsätzlichen Haltungen auch eine relativ deutliche Positionierung Adelungs in den geisteswissenschaftlichen Strömungen seiner Zeit zu. Auch für ihn gilt, was als charakteristisch für die deutschen Popularphilosophen des 18. Jahrhunderts angesehen wird, daß sie nämlich »in eklektischer Weise Grundsätze der auf Leibniz fußenden Philosophie Wolffs mit Prinzipien Lockes und Ideen englischer Deisten zu verbinden bestrebt waren und volksbildnerisch in starkem Maße zu werden versuchten ...«. ¹⁵

Vergleicht man diese Charakterisierung Adelungs mit den Erkenntnissen der serbischen Kulturgeschichtsforschung über Obradović, so ergibt sich eine erstaunliche Übereinstimmung in deren Grundzügen, was

14 Siehe Werner Bahner: Johann Christoph Adelung (1732–1806). Zum historischen Stellenwert seines wissenschaftlichen und publizistischen Wirkens. In: *Abhandlungen ...* S. 7ff. – Siehe auch die dort veröffentlichten Arbeiten von Mühlpfordt, Wollgast, Lehmann und Lieberwirth.

15 Ebenda. S. 8ff.

unsere Behauptung über die europäische Einordnung Dositejs untermauert. Vojislav Djurić schreibt u. a. über seine Weltanschauung: »Medju stvaraočima koja je naročito ističao ili ih mnogo navodio [...] nalaze se [...] stvaraoči svih vremena ...«, darunter auch der englische Deist Alexander Pope, oder der im Zusammenhang mit Adelung erwähnte John Locke, und es heißt weiter: »Od Lajbnica, Volfa, Eberharda i drugih Dositej je pozaimio najva- nije filozofske i etičke stavove ...«. ¹⁶

Die geistigen Wurzeln der aufklärerischen Ideen, so kann man also mit Sicherheit annehmen, sind bei Adelung und Obradović dieselben. Auch die darauf aufbauenden politischen Auffassungen vom aufgeklärten Absolutismus als für jene Zeit anstrebenswerte Staatsform stimmen überein. ¹⁷

Das Nationale im Werk der beiden Aufklärer äußert sich u. a. – historisch bedingt – in ihrem Verhältnis zur Sprache. Betrachten wir dieses, so muß zunächst in Rechnung gestellt werden, daß die Nationalsprache in ihrem Schaffen einen unterschiedlichen Platz einnimmt. Adelung hat sich die Aufgabe gestellt, dazu beizutragen, »die gründliche Kenntniß unserer Sprache und aller ihrer Theile zu befördern«. ¹⁸ Dabei versteht er unter Sprache die zu seiner Zeit verwendete, bereits über eine rund zweihundertjährige Tradition verfügende deutsche Schriftsprache. Sein Hauptaugenmerk war dabei auf die Vereinheitlichung des Regelwerks gerichtet, wobei er davon ausgeht, daß Sprache so beschrieben werden muß, »wie sie wirklich ist, nicht wie sie seyn könnte«. ¹⁹ Ausführlich beschäftigte er sich auch mit der Geschichte der deutschen National- und Schriftsprache, die er in engem Zusammenhang mit der Kulturgeschichte betrachtete.

Obradović reflektiert über Sprache nur als Mittel zum Zwecke der Aufklärung seines Volkes, und es ist verständlich, daß er auf Grund der

16 »Unter den Autoren, die er besonders hervorhob oder viel zitierte [...] befinden sich Autoren aller Zeiten [...] Von Leibniz, Wolff, Eberhard und anderen hat Dositej die wichtigsten philosophischen und ethischen Standpunkte entlehnt.« (siehe Vojislav Djurić: Dositej Obradović. In: Dositej Obradović: Sabrana dela. T. I. Beograd 1961. S. 2f.). – Übersetzung der serbischen Zitate – auch im folgenden – von H. W.

17 Siehe ebenda. S. 22. – Rolf Lieberwirth: Staat und Recht bei Johann Christoph Adelung. In: Abhandlungen ... S. 86.

18 Johann Christoph Adelung: Über die Geschichte der Deutschen Sprache, über Deutsche Mundarten und Deutsche Sprachlehre. Leipzig 1781. S. *4.

19 Johann Christoph Adelung: Umständliches Lehrgebäude der Deutschen Sprache. Leipzig 1782. Bd. I. S. 113.

damaligen Sprachsituation in seiner Heimat seine Aufmerksamkeit vor allem der Notwendigkeit zuwandte, Literatur in der Sprache des Volkes, der »einfachen Menschen«, zu schreiben, denn »kad učeni ljudi misli svoje na opštemu celoga naroda jeziku pišu, onda prosvetštenije razuma i svet učenija ne ostaje samo pri onima koje razumevaju stari knji evni jezik, no prostire se i dosti e i do seljana, prepodavajući se na najprostijemu narodu i čobanom, samo ako znadu čitati«. ²⁰

Vatroslav Jagić hat gemeint, Obradović sei kein Philologe gewesen, er habe sich keine Gedanken um grammatische Fragen gemacht, denn für ihn sei die Sprache nicht Ziel, sondern Mittel gewesen. ²¹ Philologischen Problemen widmet sich Dositej zwar nicht durch Beschäftigung mit Grammatik, wohl aber durch seine Betrachtungen über Schriftsprache, in denen er sich gegen die Verwendung des Kirchenslawischen für das populäre Schrifttum wendet, wobei er gleichzeitig die Erhaltung des Kirchenslawischen als Schriftsprache nicht ausschließt, davon ausgehend, daß im 18. Jahrhundert auch in den west- und mitteleuropäischen romanischen Ländern das Latein noch verwendet wurde. ²² Das ist insofern interessant als Obradović hier, den Status des Lateins vom Mittelalter an bis in das 18. Jahrhundert hinein in allen, auch nichtromanischen Ländern, vernachlässigend, eine ähnliche Situation wie in Serbien »konstruiert«, wo die »alte« Schriftsprache ein älteres Stadium einer mit der Volkssprache verwandten Sprache repräsentiert. Und es ist sicherlich nicht zufällig, daß er sich im Zusammenhang mit dieser Problematik nicht des Deutschen als Beispiel bedient – eine Tatsache die für unser Thema möglicherweise nicht unbedeutend ist. Dositejs Haltung zur Sprache, die kaum genaue Vorstellungen über eine bestimmte Norm ihrer schriftlichen Existenzform erkennen läßt, erinnert in gewisser Weise an

20 »wenn die gelehrten Menschen ihre Gedanken in der dem ganzen Volke gemeinsamen Sprache (nieder)schreiben, dann wird die Aufklärung des Geistes und das Licht des Lernens nicht nur bei jenen verbleiben, die die alte Schriftsprache verstehen, sondern sich verbreiten und auch zu den Bauern gelangen, sich dem einfachsten Volke und den Hirten vermittelnd, wenn sie nur lesen können.« (Dositej Obradović: *Sabrana dela*. T. I. Beograd 1961. S. 64).

21 Siehe Vatroslav Jagić: *Istorija slavjanskoj filologii*. St. Petersburg 1910. S. 351.

22 »Francuzi i Italijanci nisu se bojali da će latinski jezik propasti ako oni počnu na svoji jezici pisati, kako i nije propao. Neće i naš stari propasti...« (»Die Franzosen und Italiener haben keine Angst gehabt, daß die lateinische Sprache untergeht, wenn sie anfangen in ihrer Sprache zu schreiben, und sie ist auch nicht untergegangen. Auch unsere alte (Sprache) wird nicht untergehen ...«) (Dositej Obradović: *Sabrana dela*. T. I. Beograd 1961. S. 65).

Adelungssche Auffassungen von der Rolle des Sprachnormierers, denn dieser geht davon aus, daß Schriftsprache sich mit der Kultur entwickelt und der Linguist nur die Aufgabe und das Recht hat, die objektiv entstehende Sprachpraxis zu beschreiben.²³ Da Obradović voraussetzt, daß eine neue serbische Schriftsprache sich erst entwickeln muß, wäre es, akzeptiert er eine solche Position, zu seiner Zeit zu früh gewesen, normierende (oder sogar kodifizierende) Aktionen zu unternehmen. Die praktische Realisierung seiner Vorstellungen von Schriftsprache hätte demzufolge Priorität gehabt, und das entspricht genau Obradovićs Verhalten in der Sprachproblematik.

Pavle Ivić verweist darauf, daß es Dositej in seiner eigenen Sprachpraxis nicht gelungen ist, sich vom Einfluß des Kirchenslawischen freizumachen, und begründet dies damit, daß er in seiner Jugend als Mönch und später kirchenslawische und russische Texte gelesen und auf Grund seiner langen Abwesenheit von der Heimat wenig Gelegenheit gehabt habe, in seiner Muttersprache zu kommunizieren.²⁴ Obradović selbst aber hat seine Haltung zur Rolle des Kirchenslawischen für die von ihm angestrebte moderne serbische Schriftsprache deutlich formuliert, wenn er hervorhebt: »Neće ni naš stari (jezik) propasti, zašto učeni ljudi u narodu vsegda će ga znati i s pomoću staroga novi će se od dan do dan u bolje sostojanije privoditi.«²⁵ Er geht also davon aus, daß die »reine« Volkssprache nicht geeignet ist, den Anforderungen der von ihm angestrebten Kommunikationsinhalte und -zwecke zu entsprechen, sondern dazu »in einen besseren Zustand« versetzt werden muß, was durch die Nutzung der Mittel der alten Schriftsprache möglich ist. Und hier kann eine Verbindung zu Auffassungen Adelungs von der Schriftsprache angenommen werden, die auf den ersten Blick zu denen Obradovićs im Widerspruch stehen. Adelung hat nämlich keine besonders hohe Meinung von der Sprache des Volkes, siehe (bezogen auf die Sprache des Mittelalters): »Weil man damals keine verfeinerte Mundart hatte, welche die Sprache des gesitteten Theils der Nation gewesen wäre, so glaubte

23 Siehe dazu das Zitat aus Adelungs »Umständliches Lehrgebäude ...«. – Siehe auch Margrit Strohbach: Johann Christoph Adelung. *Studia Linguistica Germanica* 21. Berlin, New York 1984. S. 97ff.

24 Siehe Pavle Ivić: *Srpski narod i njegov jezik*. Beograd 1986. S. 167.

25 »Auch wird unsere alte (Sprache) nicht untergehen, weil die gelehrten Leute im Volke sie immer können werden, und mit Hilfe der alten wird die neue von Tag zu Tag in einen besseren Zustand versetzt werden.« (Dositej Obradović: *Sabrana dela*. T. I. Beograd 1961. S. 65).

man, man müsse das Deutsche nach der ungeschlachten Aussprache des größeren Haufens [...] schreiben.«²⁶ Er ging davon aus, daß, wie er schrieb, die »obern Classen der Nation« Träger der Schriftsprache seien, ohne den Ursprung der Schriftsprache aus der Volkssprache in Abrede zu stellen (»Die Sprache ist das wichtigste Unterscheidungsmerkmal eines Volkes«) und die Notwendigkeit »allgemeiner Verständlichkeit« zu ignorieren.²⁷ Adelung geht hier ganz eindeutig bereits von einer in der Soziolinguistik der neuesten Zeit wieder aufgegriffenen Tatsache aus, daß nämlich die Sprache sozial und kommunikativ bestimmte unterschiedliche Existenzformen aufweist.²⁸ Obradović ist offenbar mit seiner Auffassung von der Notwendigkeit der Bereicherung der Volkssprache zu kommunikativen Zwecken der gebildeten Gesellschaft, die er anstrebte, entweder intuitiv²⁹ oder aber auch unter dem Einfluß linguistischer Werke wie der Adellungen von ähnlichen Prämissen ausgegangen, worauf die generalisierende Formulierung eher hindeutet. Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß die Beschäftigung mit linguistischen Gegenständen auch für das große Vorbild Dositejs, Gotthold Ephraim Lessing, charakteristisch und für Vertreter der Aufklärung geradezu eine Modeerscheinung war.³⁰ Es zeigt sich, daß man die obige Zitat Vatroslav Jagićs, Obradović sei kein Philologe gewesen, nicht so interpretieren sollte, daß er kein Interesse für linguistische Fragestellungen gezeigt hat. Noch deutlicher wird dies anhand seines Artikels »Jest li polezno u prostomu dijalektu na štampu što izdavati«,³¹ mit dem der »Mezimac« beginnt.³² Hier finden sich Betrachtungen zur Evolution der Sprache, zum Verhältnis von Sprachfamilie und Nationalsprachen (anhand der slawischen Sprachen),

26 Johann Christoph Adelung: Über die Geschichte der Deutschen Sprache, über Deutsche Mundarten und Deutsche Sprachlehre. Leipzig 1781. S. 37.

27 Siehe ebenda. S. 5, 85 und 88.

28 Siehe dazu auch Werner Bahnner: Johann Christoph Adelung (1732–1806). Zum historischen Stellenwert seines wissenschaftlichen und publizistischen Wirkens. In: Abhandlungen ... S. 23f.

29 Davon geht Jovan Skerlić aus (siehe Jovan Skerlić: Istorija nove srpske knji: evnosti. Beograd 1953. S. 90).

30 Siehe dazu Gotthard Lerchner: Zu Lessings Stellung in der sprachgeschichtlichen Entwicklung des 18. Jahrhunderts. In: Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung. Bd. 33. Berlin 1980. S. 348f.

31 »Ist es nützlich, etwas in einfachem Dialekt im Druck herauszugeben.«

32 Siehe Mezimac g. Dositeja Obradovića. (Wörtlich: Jüngstes Kind des Herrn Dositej Obradović), veröffentlicht 1818 (siehe Dositej Obradović: Sabrana dela. T. II. Beograd 1961. S. 277ff.).

zum Verhältnis zwischen Dialekt und Nationalsprache (im Zusammenhang mit der Frage einer einheitlichen Sprache in Serbien, Bosnien, Dalmatien, Herzegowina und Montenegro) sowie zu stilistischen und sogar grammatischen Problemen (bezüglich der Verwendung von Tempora in der Volkssprache und ihrer Verwendung im literarischen Text). Hier zeigt sich, daß Dositej zweifellos auf dem Gebiet der Linguistik gut informiert war. Außerdem spricht dafür auch die Universalität seiner Interessen. Interessierte er sich aber für Sprachwissenschaft, so mußte er auf Grund der Situation in der deutschen Sprachwissenschaft während der Zeit seiner Aufenthalte in Halle und Leipzig ganz einfach auf Adelung stoßen. Als ein in Linguisten- und Literatenkreisen Aufsehen erregender Leipziger Autor wird er wohl eher Dositejs Aufmerksamkeit geweckt haben, als Friedrich II., auf dessen Einfluß Miloš Perović Obradovićs Eintreten für eine Literatursprache auf der Grundlage der Volkssprache zurückzuführen geneigt ist.³³

Es gibt also mehrere Gründe, Dositej Obradović mit Johann Christoph Adelung in Verbindung zu bringen, und sicherlich existieren noch andere Möglichkeiten, diesen Gedanken weiter nachzugehen. Als Beispiel sei nur an die Beschäftigung Adelungs mit den slawischen Sprachen erinnert, die in seinem Werk »Mithridates oder allgemeine Sprachkunde mit dem Vaterunser als Sprachprobe in bey nahe fünfhundert Sprachen und Mundarten« dokumentiert ist, welches auch ein Kapitel über die »illyrischen Slawen« und als deren Teil den »servischen Stamm« enthält.³⁴ Erwähnen kann man sicherlich in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß Adelung seine positive Haltung zum für Dositejs Werdegang so wesentlichen Josephinismus manifestierte, als er u. a. sein Buch »Geschichte der Philosophie für Liebhaber« (1787) dem josephinischen Staatsmann und Aufklärer Sonnenfeld, später (1811) Präsident der Akademie der Bildenden Künste in Wien, widmete.³⁵ Es könnte sich also lohnen, unserem – zunächst vor allem typologisch angelegten – Thema, auch im Hinblick auf die Vertiefung unserer Kenntnisse über die Rolle Leipzigs in Obradovićs Entwicklung, weiter nachzugehen.

33 Siehe ebenda. S. 611f.

34 Siehe Ernst Eichler: Das Slawenkapitel in »Mithridates«. In: Abhandlungen ... S. 252.

35 Siehe Werner Bahner: Johann Christoph Adelung (1732–1806). Zum historischen Stellenwert seines wissenschaftlichen und publizistischen Wirkens. In: Abhandlungen ... S. 16. – Brockhaus' Konversations-Lexikon. Vierzehnte vollständig neubearbeitete Auflage. Fünfzehnter Band. Leipzig, Berlin, Wien 1895. S. 52.

HELMUT MEIER

Ost- und Südosteuropa in den Mitteleuropa-Plänen von Constantin Frantz. Ein Beitrag zu den historischen Traditionen deutscher Vorherrschaftsbestrebungen über das Baltikum, Polen und den Balkan

Die wissenschaftliche Leistung von Ernstgert Kalbe beeindruckt nicht nur durch die in ihr sichtbar werdende tiefe Vertrautheit mit den von ihm bearbeiteten Gegenständen, sondern auch durch seine Anteilnahme an dem Schicksal der in dieser Region lebenden Völker in Geschichte und Gegenwart. Eines seiner Anliegen besteht dabei seit jeher darin, auf die verhängnisvolle Einwirkung der unterschiedlichen umliegenden Großmächte hinzuweisen, denen diese Region seit Jahrhunderten ausgeliefert war und die die interne Lösung von Problemen und Konflikten immer wieder negativ beeinflusste und vielfach deformierte. Zur Würdigung seiner Bemühungen soll aus Anlaß seines 70. Geburtstages den weit zurückreichenden Traditionen der Politik der herrschenden Klassen in Deutschland nachgespürt werden, die auf Unterwerfung der ost- und südosteuropäischen Völker unter ihre Vorherrschaft gerichtet waren.

Das konkrete Beispiel, auf das in diesem Beitrag Bezug genommen wird, ist noch aus einem anderen zutiefst aktuellem Grunde interessant. Constantin Frantz (1817–1891), um dessen Konzept es hier gehen soll, war nicht nur einer der Väter der deutschen Mitteleuropa-Idee, sondern auch einer der Verfechter des Föderalismus und als solcher Gegner staatlicher Zentralisation.

Es ist heute an der Tagesordnung, Föderalismus als eine Gewähr für einen sachgerechten und demokratischen Umgang mit den Interessen unterschiedlicher Partner zu betrachten. Constantin Frantz ist ein schlagendes Beispiel dafür, daß das keineswegs der Fall sein muß. Die Kenntnis seiner Konzepte bewahrt davor, in föderalistischen Strukturen generell leichtfertig eine Garantie für Interessenausgleich und gleichberechtigte Partnerschaft zu sehen.

Constantin Frantz,¹ der zunächst in Halle Mathematik studiert hatte und sich 1839 nach seinem Wechsel an die Berliner Universität auch mit Philosophie und Geschichte beschäftigte, strebte nach nur kurzzeitiger Lehrtätigkeit an einer Schule eine politische Laufbahn an. Als Einstieg diente ihm die journalistische Aktivität. Wegen seiner konservativen Haltung erregte er die Aufmerksamkeit des damaligen preußischen Ministers der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Johann-Albrecht Friedrich Eichhorn, der ihn 1844 als »referierenden Literaten« in das sogenannte »Lesekabinett« aufnahm. Hier oblag ihm die Durchsicht der Presseorgane, die Verfassung von Artikeln in regierungsamtlichen Zeitungen und die Anfertigung von Denkschriften zu politischen Problemen. Seine offensichtlichen analytischen Fähigkeiten veranlaßten den Minister, ihn mit delikaten Aufträgen zu versehen, nämlich Reisen in Problemgebiete der preußischen Monarchie und angrenzende Territorien zu unternehmen und die Regierung mit Expertisen und Vorschlägen zu versorgen. So bereiste er die polnischen Provinzen Preußens, aber auch die Territorien Polens, die unter österreichischer und russischer Herrschaft standen. Seine im Ergebnis dieser Reisen entstandenen Denkschriften,² die z. T. sogar dem König vorgelegt wurden, be-

-
- 1 Zu seiner Biographie siehe Eugen Stamm: Konstantin Frantz' Leben und Schriften. 1. Teil: 1817–1856. In: Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Hrsg. von Karl Hampe, Erich Marcks, Dietrich Schäfer. Heidelberg (1907)19. – Eugen Stamm: Konstantin Frantz. 1857 – 1866. Ein Wort zur deutschen Frage. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1930. – Ottomar Schuchardt: Konstantin Frantz. In: Thüringisch-Sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst. Hrsg. von Theo Sommerlad. Halle a. d. Saale (1918)7. – Ottomar Schuchardt: Konstantin Frantz. In: Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. XLVIII. Leipzig 1904 (Neudruck Berlin 1971). S. 176ff. – Erich Wittenberg: Frantz, Gustav Adolf Constantin. In: Neue Deutsche Biographie. Hrsg. von der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. 5. Bd. Berlin 1961.
 - 2 Siehe Constantin Frantz: Über die geistige Pflege der polnischen Nationalität vom deutsch-preußischen Standpunkte. Eine Denkschrift an den preußischen Kultusminister Eichhorn von 1846. In: Constantin Frantz: Preußische Blätter. Drittes Heft. Preußen, Oesterreich und Deutschland. Neudruck der Ausgabe von 1848 mit einer Denkschrift des Verfassers zur preußischen Polenpolitik aus dem Jahre 1846. Hrsg. von Hanns Elmar Onnau, Nachwort von Udo Sautter. Sieburg 1994 (im weiteren Constantin Frantz: Über die geistige Pflege der polnischen Nationalität ...). – Betrachtungen über den Polonismus im Großherzogtum Posen und die damit zusammenhängenden Verhältnisse. In: Polen, Preußen, Deutschland. Ein Beitrag zur Reorganisation Europas. Faksimiledruck der Ausgabe Halberstadt 1848. Mit einer Denkschrift des Verfassers zur Polenfrage. Mit einer Einführung von Udo Sautter. Sieburg 1969.

nutzte er, um eine ganz eigenständige Konzeption für das preußische Vorgehen in diesem Raum zu entwickeln und der Regierung zur Verwirklichung vorzuschlagen. Frantz' wich insofern von der preußischen Politik jener Jahre ab, als er sich kategorisch gegen jegliche Formen der Germanisierung der polnischen Gebiete aussprach, wie es damals Praxis der Regierung war. Für die Beurteilung der Situation in Posen, Galizien und Kongreßpolen brachte Frantz günstige Voraussetzungen mit. Er beherrschte nämlich das Polnische in Wort und Schrift, konnte sowohl das politische und wissenschaftliche, als auch das literarische Schrifttum der Polen im Original verfolgen. Er war ein durchaus ehrlicher Bewunderer Adam Mickiewiczs. Über ihn schrieb er, daß er »durch die Tiefe des Geistes und durch den Umfang der Ideen« seine Landsleute überrage. Er schloß daran die Feststellung: »Ein Volk, das in seinem tiefsten Elend einen solchen Mann hervorbringen konnte, hat noch eine Zukunft, und ist noch nicht verloren.«³ Wer jedoch daraus folgert, daß Frantz ein Anhänger der polnischen Selbständigkeit und Freiheit war, befindet sich auf dem Holzwege.

Er warnte vor allem deswegen vor der Mißachtung der polnischen Eigenart, weil dadurch nur der polnische Nationalstolz und die Bestrebungen nach nationaler Eigenstaatlichkeit neue Nahrung erhielten. Er kritisierte die praktizierte Germanisierungspolitik als einen schweren Fehler, »der vorweg immoralisch und heidnisch ist, und am Ende nicht einmal klug wäre«.⁴ Statt dessen forderte er, den Polen den Gebrauch ihrer Sprache und die Pflege ihrer Kultur zu gestatten, und sie damit dem preußischen Staate zu verbinden.

Das Verhältnis Preußens zu seinen polnischen Untertanen und zu den Polen überhaupt ist für Constantin Frantz kein Problem der internationalen und zwischenstaatlichen, sondern ein Fallbeispiel für das von ihm entwickelte Konzept einer mitteleuropäischen Föderation unter deutscher Führung. Er stand nämlich auf dem Standpunkt, daß die Lösung der deutschen Frage nicht in der Beseitigung der feudalen Kleinstaaterei und der Herstellung eines nationalen Einheitsstaates zu suchen sei, sondern in der föderalen Organisation des mitteleuropäischen Raumes unter Beibehaltung der bestehenden sozialen und politischen Strukturen. Frantz war nämlich ein konsequenter Gegner jeglicher gesellschaftlicher Veränderungen. Die Formierung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates, die

3 Constantin Frantz: Über die geistige Pflege der polnischen Nationalität ... S. 91.

4 Ebenda S. 92f.

die Entmachtung der deutschen Fürsten zur Voraussetzung hatte, bedeutete für ihn eine Revolution, und diese fürchtete er wie der Teufel das Weihwasser. Er schrieb: »In keiner anderen Weise als so, daß die bestehenden Territorialgewalten und Souveränitäten zu einer Kollektivgewalt zusammentreten und eben dadurch einen neuen politischen Körper bilden, im Verhältnis zu welchem die Einzelstaaten im eigentlichen Sinne als *Glieder* erscheinen. Das ist reine *Evolution*, indem die neue Gewalt aus den bestehenden Gewalten selbst hervorgeht. Jeder andere Weg bleibt entweder erfolglos oder führt zur Revolution.«⁵ Ein weiteres Argument für seine Haltung bestand darin, daß er darauf hinwies, die Bildung eines deutschen Nationalstaates lasse befürchten, daß alle Völkerschaften, die damals unter der Herrschaft deutscher Dynastien standen, ebenfalls Kurs auf nationale Eigenständigkeit nehmen würden. Schließlich hatte Preußen nicht nur deutsche Untertanen, sondern auch polnische, litauische und dänische, und Österreich-Ungarn herrschte über Tschechen, Slowaken, Ungarn, Polen, Slowenen, Kroaten, Serben, Bosnier und Italiener. In seinen Augen bedeutete eine unannehmbare Machteinbuße für die Deutschen, wenn alle diese Territorien die deutsche Oberherrschaft abwarfen, um in entsprechende Nationalstaaten einzugehen. Das wollte er unbedingt verhindern. Als rettenden Ausweg empfahl er die Schaffung eines mitteleuropäischen Bundes, der gegenüber den nichtdeutschen Nationalitäten ethnokulturelle Zugeständnisse zuließ, aber eine eigenständige Staatsbildung auf jeden Fall unterband. Er vertrat die Auffassung, wonach Polen und Deutsche durchaus Preußen sein könnten, »denn dies ist kein *nationaler* sondern ein politischer Begriff, der den Nationalitäten einen neutralen Boden darbietet.«⁶ Deutsche zu werden könne man den Polen dagegen nicht zumuten. Und analog argumentierte er hinsichtlich anderer Nationalitäten. In seinen Polendenkschriften findet man daher auch eine energische Ablehnung einer angeblich »deutschen Mission« Preußens.

Vielmehr sprach er sich dafür aus, daß Preußen seiner Staatsidee verpflichtet bleiben müsse, und die bestünde nun einmal in der militärischen Sicherung des deutschen Einflusses nach Nordosten und Osten, wobei sich damit eine unverhüllte Feindseligkeit gegenüber Rußland verband. Österreich-Ungarn wies er analog die Aufgabe zu, deutsche Interessen nach Südosten, also auf dem Balkan und darüber hinaus im Orient

5 Constantin Frantz: Die Wiederherstellung Deutschlands. Berlin 1865. S. 306.

6 Constantin Frantz: Über die geistige Pflege der polnischen Nationalität ... S. 54.

zu wahren. Daraus ergab sich mit einer gewissen Logik sein Vorschlag, daß Preußen dem österreichisch-ungarischen Beispiel folgen und danach streben sollte, eine Doppelmonarchie Preußen-Polen zu konstituieren. Aus der Ausdehnung Preußens auf polnische Gebiete machte er eine deutsch-slawische »Interessengemeinschaft«. Einem solchen Konzept stand natürlich der um die Mitte des 19. Jahrhunderts erhobene Anspruch von einer Führerschaft Preußens in Deutschland entgegen, den Frantz energisch bestritt. Er ging sogar so weit, Preußen die Aufgabe nichtostelbischer Gebiete zu empfehlen, weil sie dem originär preußischen Charakter einer Militärkolonie zum Schutz des mitteleuropäischen Raumes hinderlich wären. Statt dessen sprach er sich dafür aus, das gesamte polnische Territorium Preußen einzuverleiben; denn eine staatliche Eigenständigkeit Polens lehnte er ab. Er erklärte, daß die Polen dafür nicht die erforderliche »plastische Kraft« besäßen.⁷ Vielmehr beabsichtigte er in dieser Hinsicht, die antirussischen Vorbehalte der Polen in den Dienst einer nach Osten ausgreifenden Ausdehnung des deutschen Einflusses zu stellen.

Frantz' Mitteleuropa-Konzept, das sich für sich genommen ausnimmt wie ein Ordnungsprinzip, das allen in diesem Raum ansässigen Völkern und Staaten einen gleichberechtigten Platz zugesteht und damit ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben ermöglicht, ist in Wahrheit nichts anderes als ein Instrument der Sicherung deutscher Vorherrschaft, ohne die nichtdeutschen Völker und Nationen einem deutschen Nationalstaat einzuverleiben. Der Verzicht auf einen zentralisierten Nationalstaat soll kompensiert werden durch einen supranationalen Staatenbund, in dem wegen ihrer zahlenmäßigen Größe, ihres ökonomischen Übergewichts und ihrer militärischen Stärke die Deutschen das Sagen haben. Damit ist schon gesagt, daß Frantz sich durchaus bewußt war, daß dem deutschen Bürgertum der Verzicht auf politische Herrschaft in Deutschland irgendwie schmackhaft gemacht werden mußte. Das geschah durch das Versprechen, ihm durch ein föderiertes Mitteleuropa den Zugriff auf ausgedehnte Rohstoffquellen und Absatzgebiete zu sichern, so daß es seine ökonomischen Interessen gewahrt sah. Die politische Macht aber sollte den deutschen Fürsten vorbehalten bleiben. Der Bauplan seines Mitteleuropas unter deutscher Oberhoheit sah folgendermaßen aus. Es sollte durch drei Säulen getragen werden:

7 Siehe Constantin Frantz: Die Wiederherstellung Deutschlands. Berlin 1865.

Erstens die beiden Großmächte Österreich-Ungarn und Preußen, das er um Polen erweitert sehen wollte;

Zweitens das sogenannte »dritte« Deutschland, gebildet aus den deutschen Mittel- und Kleinstaaten,

Drittens schließlich gedachte Frantz durch einen »weitesten Bund« seine mitteleuropäische Föderation durch die Niederlande, Belgien, Luxemburg, die Schweiz und die skandinavischen Staaten abzurunden.⁸

Als theoretischen Hintergrund für dieses politische Konstrukt entwickelte er die Auffassung von einem angeblichen »deutschen Weltberuf«. Die Herkunft dieser sogenannten »deutschen Sendung« verlegte er in die deutsche Geschichte, aus der er den höchst zweifelhaften Gedanken herleitete, daß die Deutschen eigentlich keine Nation seien. Er folgt hier der Ansicht Schellings, der sie als ein »Volk von Völkern« charakterisierte.⁹ Diese von ihm erfundene Eigenheit veranlaßt ihn zu der Behauptung, daß die Deutschen die Hervorbringer der Idee des Föderalismus seien. Dieses Argument dient ihm auf der einen Seite dazu, einen zentralisierten Nationalstaat als »undeutsch« zu verdammen.¹⁰ Andererseits baut sich darauf seine Auffassung auf, daß »Deutschland seinen Beruf nur erfüllen kann, daß es sich selbst zum Regulator des europäischen Gleichgewichts macht, was aber nur dann möglich ist, wenn es sich zur vorherrschenden Macht des Kontinents erhebt. Diese Stellung zu erringen, und zu diesem Ende keine Anstrengungen und Opfer zu scheuen, ist seine heilige Pflicht, nicht bloß um seiner selbst willen, sondern noch vielmehr um Europas willen. Weil es das einzige Mittel ist, um das euro-

-
- 8 Siehe ebenda. S. 398ff. – Außerdem Constantin Frantz: Die Weltpolitik unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland. 3 Bde. Chemnitz 1882/1983 (im weiteren Constantin Frantz: Die Weltpolitik ...). Bd. II. S. 69ff. – Constantin Frantz: Der Föderalismus als leitendes Prinzip für die soziale, staatliche und internationale Organisation, unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland. Kritisch nachgewiesen und konstruktiv dargestellt. Mainz 1879 (im weiteren Constantin Frantz: Der Föderalismus als leitendes Prinzip ...). S. 303ff. – Constantin Frantz: Das neue Deutschland. Leipzig 1871. S. 401ff. – Constantin Frantz: Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht. Berlin 1859. S. 150ff. – Constantin Frantz: Dreiunddreißig Sätze vom Deutschen Bunde. Berlin 1861. – Constantin Frantz: Von der deutschen Föderation (Anonym). Berlin 1851. – Erstmals entwickelte Frantz sein Konzept in der Schrift Polen, Preußen und Deutschland. Ein Beitrag zur Reorganisation Europas. Halberstadt 1848.
- 9 Siehe Constantin Frantz: Literarisch-politische Aufsätze. Nachwort über deutsche Politik. München 1876. S. 409.
- 10 Siehe Constantin Frantz: Das neue Deutschland. Leipzig 1871. S. 394.

päische Staatensystem vor dem völligen Umsturz zu retten und die europäische Menschheit der rohen Gewalt wie der Korruption zu entreißen, welche von zwei Seiten hereinbrechen.«¹¹

Solche Worte kommen dem heutigen Leser nur allzu bekannt vor. Mit derartigen Ideologemen wurden im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege und furchtbare Verbrechen gerechtfertigt. Im übrigen stoßen wir an dieser Stelle wieder auf die Frontstellungen der Frantzschen Konzeption. Die Stoßrichtung nach Osten wird mit dem Horrorszenario drohender Barbarei begründet, die Rußland zugeschrieben wird, und die Abgrenzung gegen Westen gründet sich auf eine handfeste Aversion gegen die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, die mit Chaos und Korruption identifiziert wird, wofür Frankreich als abschreckendes Beispiel herhalten muß. Daß er den Deutschen die Eignung zu Nationalstaatsbildung abspricht, bedeutet keineswegs eine Absage an deutsche Hegemonie; dagegen korrespondiert dieses Argument mit seiner Ablehnung nationaler Eigenstaatlichkeit der mittel- und osteuropäischen Völker. Ihnen soll damit nur die Eingliederung in ein deutsch geführtes Mitteleuropa erträglich gemacht werden. Denn, daß sein Mitteleuropa kein Projekt der internationalen partnerschaftlichen Zusammenwirkens sein soll, daran besteht kein Zweifel. Für ihn ist es selbstverständlich, daß die Bildung eines nach seinen Vorstellungen konstituierten mitteleuropäischen Bundes »für Deutschland allerdings etwas einbringen kann«.¹² Und er spricht ganz unmißverständlich aus, worum es ihm beim »Weltberuf« und beim föderalen Mitteleuropa geht: »Nach einer materiellen Herrschaft soll also Deutschland auf dem transozeanischen Gebiet nirgends streben wollen. Die Sphäre seiner unmittelbaren Wirksamkeit ist allein *Europa*.«¹³ Es soll die deutsche Vorherrschaft über den anvisierten Raum gesichert werden, und zwar nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch und militärisch. Er will angesichts der von ihm zu Recht erwarteten Entwicklung der USA und Rußlands zu beherrschenden Weltmächten die Deutschen in die Lage versetzen, als »Dritte Kraft« in Erscheinung zu treten. Dieser Gedanke wurde von seinen Zeitgenossen als Utopie gewertet, während spätere und heutige Autoren darin gern einen Ausdruck von Modernität

11 Constantin Frantz: Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht. Berlin 1859. S. 366f.

12 Constantin Frantz: Die Wiederherstellung Deutschlands. Berlin 1865. S. 3. – Constantin Frantz: Die Weltpolitik ... Bd. II. S. 94ff. und 152.

13 Constantin Frantz: Die Weltpolitik ... Bd. II. S. 125.

und Voraussicht sehen. Um der Möglichkeit einer Anlehnung der west- und südslawischen Völker an Rußland zu begegnen, will er antirussische Aversionen schüren und ihnen auf Kosten Rußlands Territorialgewinne gestatten, die letztlich eine Ausdehnung des deutschen Einflusses nach Osten und Südosten darstellen. Frantz' Kurs ist darauf gerichtet, Plänen Rußlands, seinen Einfluß auf die slawischen Völker zu erhöhen, zuvorzukommen, und es möglichst weit aus Europa hinauszudrängen.

Es ist unübersehbar: Sein Mitteleuropa durchzieht ein hoher Grad antirussischer Animosität. Rußland erklärt er zu einem »halbasiatischen Reich«,¹⁴ was von ihm nicht etwa als Feststellung einer unbezweifelbaren Tatsache verstanden wird, sondern als Synonym für »nicht- oder uneuropäisch«, wie folgende Ausführungen zeigen. Frantz zieht nämlich einen historischen Vergleich: »... wie der mazedonische Einfluß zersetzend auf den Hellenismus wirkte, so, und noch mehr wirkt der russische Einfluß zersetzend auf das abendländische Staatensystem«. ¹⁵ So wendet er sich nicht nur gegen die Fortsetzung des traditionellen Bündnisses Preußens mit Rußland, er fordert eine expansive Politik gegenüber Rußland. Ihm geht es darum, daß Preußen der ihm zugeschriebenen historischen Mission folgend, »dem Deutschtum die Stellung im nordöstlichen Europa, die es später infolge des allgemeinen deutschen Verfalls wieder verlor, allmählich zurückzuerobern«. ¹⁶ Und er wird noch deutlicher: »Da möchte es dann den von Anfang an eingepflanzten kriegerischen Tendenzen nachgehen, allmählich bis an den *Peipussee* vordringen und bis an die *Veresina*.« ¹⁷ An anderer Stelle schreibt er: »Denn Rußland muß nicht nur hinter die Düna, sondern auch hinter den Dnjester zurückgewiesen und der Weg in die Balkanländer ihm für immer verlegt werden.« ¹⁸

Da hier vom Balkan gesprochen wird, ist es angezeigt, auf die Rolle zu sprechen zu kommen, die Frantz Österreich-Ungarn in seinen Plänen zugedachte. Österreich-Ungarn oblag nach seiner Ansicht die Aufgabe, dieses Gebiet gänzlich dem deutschen Einfluß zu unterwerfen und diese

14 Constantin Frantz: Die Weltpolitik ... Bd. I. S. 106. – Constantin Frantz: Die Gefahr aus Osten. In: Die deutsche Politik der Zukunft. Von Constantin Frantz und Ottomar Schuchardt. 3 Bde. Celle 1899. Bd. II. S. 58.

15 Constantin Frantz: Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht. Berlin 1859. S. 41.

16 Constantin Frantz: Der Föderalismus als leitendes Prinzip. S. 292.

17 Ebenda. S. 298.

18 Ebenda. S. 327.

Stellung für immer zu halten. »Für Österreich ist es geradezu eine Lebensfrage«, schreibt er, »wenn ihm überhaupt noch eine große Zukunft beschieden sein soll, die Herrschaft über die untere Donau und insbesondere über die Donaumündungen zu gewinnen. Es muß am *Pontus* festen Fuß fassen. Dazu dürfte freilich heute kein anderes Mittel mehr sein, als es müßte *Bessarabien* erwerben, und damit dieses Land in sicherer Verbindung mit Galizien stünde, müßte auch noch *Podolien* hinzukommen. Das allein könnte dann der österreichischen Monarchie nach dieser Seite hin eine feste Stellung geben. Selbstverständlich aber, daß zu dieser Veränderung vorweg erst ein großer Krieg mit Rußland gehören würde.«¹⁹ Seine Planungen reichen so weit, die Beherrschung des Balkans mit der Einflußnahme auf die Erdölreichtümer des Nahen und Mittleren Ostens zu verbinden. Das veranlaßte Lothar Rathmann in seiner Untersuchung über die deutsche Nahost-Politik während des Ersten Weltkrieges, in Constantin Frantz einen Vorläufer und Ideengeber für spätere Expansionsplanungen zu sehen.²⁰ Als Rechtfertigung für solche Vorstöße bediente sich Frantz übrigens einer modernisierten Kreuzzugs-ideologie. Es sei eine historische Verpflichtung, diese Gebiete von der türkischen Herrschaft zu befreien und dem Abendland wiederzugewinnen. Aber auch hier erweist sich, daß Frantz' Föderalismus-Konzept darauf abzielt, den betroffenen Völkern keine staatliche Selbständigkeit zuzugestehen. Bei ihm liest sich das so: »Es ist in dieser Hinsicht gar vieles möglich. Ohnmöglich aber, daß alle diese Völkerschaften einzeln für sich bestehen können. Nicht bloß wegen ihren zum äußern Schutz ungenügenden Kräfte, wie wegen der unvermeidlichen Differenzen, welche zwischen den einzelnen Elementen entstehen würden, sondern wir behaupten noch mehr, daß diese Völkerschaften sich selbst überlassen, niemals zu einer geordneten und gesicherten Verfassung gelangen können.«²¹ Für Frantz wären all diese Gebiete legitime Erwerbungen. Das Schicksal der Völker, die der deutschen Expansion zum Opfer fallen sollen, bekümmert ihn wenig. In dieser Hinsicht enthalten seine Schriften die gleichen martialischen Sprüche, wie sie die von ihm bekämpften Gegner von sich gaben. »Wollen die dortigen Völker sich unter eine

19 Constantin Frantz: Die Weltpolitik ... Bd. II. S. 58f.

20 Siehe Lothar Rathmann: Stoßrichtung Nahost 1914–1918. Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg. Berlin 1963. S. 41f. (Anmerkung 48).

21 Constantin Frantz: Deutsche Antwort auf die deutsche Frage. Leipzig 1877. S. 50f.

solche Curatel nicht fügen«, fügt er zynisch hinzu, »so ist eben hier der Säbel an seiner Stelle, weil andere Mittel nicht ausschlagen würden.«²²

Es sei an dieser Stelle nur kurz angefügt, daß seine offene Kritik an der Rußlandpolitik wie auch der auf eine kleindeutsche Lösung gerichteten Deutschlandpolitik Preußens eine weitere Tätigkeit im preußischen Staatsdienst unmöglich machte. Constantin Frantz wurde fortan zu einem der schärfsten Kritiker der Bismarckschen Reichseinigung, was ihn zunehmend zu einem politischen Außenseiterdasein verdammt. Als sich seine Hoffnungen zerschlugen, durch Übersiedlung nach Sachsen (1873) eine Basis für seine Pläne zur Formierung einer föderalistischen Bewegung zu finden, vereinsamte er immer mehr. 1891 verstarb er in Blasewitz bei Dresden. Er hinterließ ein umfangreiches Schrifttum, das bis heute eine Quelle für Argumente der unterschiedlichsten politischen Bestrebungen darstellt. Deswegen ist eine Auseinandersetzung mit seinen Ideen nicht ohne Sinn. Der Umgang mit dem geistigen Erbe Constantin Frantz' bis in die jüngste Vergangenheit läßt erkennen, daß in seinen Plänen überwiegend ein Ideenreservoir gesehen wurde, das nicht zu Überlegungen für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit und einen echten Interessenausgleich zwischen den Völkern genutzt wurde, die den mitteleuropäischen Raum besiedeln, sondern immer wieder dazu, um egoistische Vorherrschaftspläne der deutschen herrschenden Klassen voranzutreiben, ohne sich dem direkten Vorwurf nationalistischer und imperialistischer Bestrebungen auszusetzen. Das wird auch nicht durch die Bezugnahme pazifistischer Kreise auf seine Pläne außer Kraft gesetzt. Der niederländische Autor Lauxtermann traf daher zu Recht die Einschätzung: »Das von Frantz erträumte Europa sollte ein neues ›Reich‹ sein mit Deutschland als Mittelpunkt und organisiert nach den Prinzipien einer Staats- und Gesellschaftsauffassung, worin romantisches Ideengut und moderne Technik und Wissenschaft eine eigentümliche Verbindung eingegangen sind; sie ist antiliberal, antisozialistisch und auch antisemitisch.«²³

Das verlangt, bei Bezugnahme auf Frantz' Werk immer wirklich alle Aspekte seines Gedankengebäudes in den Blick zu nehmen. Dabei wird man an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß selbst originelle und für sich genommen überlegenswerte und durchaus tragfähige Ansätze letzt-

22 Constantin Frantz: Die Weltpolitik ... Bd. I. S. 139.

23 Paulus Franciscus Hermanns Lauxtermann: Constantin Frantz. Romantik und Realismus im Werk eines politischen Außenseiters. Groningen 1978. S. 193.

lich durch ihre Einbindung in ein insgesamt reaktionäres und damit unakzeptables Gesamtkonzept keine Akzeptanz beanspruchen können. Das gilt für seinen Antidemokratismus und Antisemitismus ebenso, wie für seine herablassende und überhebliche Art, mit Interessen anderer, meist kleinerer Völker umzugehen. Auf einer solchen Basis lassen sich neue Wege für ein Verhältnis zwischen den europäischen Völkern nicht finden und für vorhandene Konflikte keine Lösungen erarbeiten.

ERNSTGERT KALBE

**Betrachtungen zu »Balkandiplomatie« – gestern und heute.
Zu Walter Markovs »Grundzügen der Balkandiplomatie«
und Hannes Hofbauers »Balkankrieg«**

Wahrlich, der Balkankenner wie der interessierte Laie erfahren aus den beiden zu unterschiedlichen Zeiten, im Abstand von gut fünfzig Jahren entstandenen und ganz unterschiedliche Anliegen verfolgenden historisch-soziologischen Schriften über die Völker und Staaten, geschichtlichen Hintergründe, gesellschaftlichen Strukturen und politischen Akteure Südosteuropas von gestern und heute *noch immer wesentlich mehr* als durch die Flut politologisch-historisierender, mehrheitlich apologetischer Literatur zur Rechtfertigung der »Menschenrechtsintervention« von NATO, USA und EU gegen Jugoslawien sowie zur weltmarktlogischen Zurichtung Südosteuropas auf das System globaler Einflusssphären im geopolitischen Interesse imperialistischen Großmächte in den neunziger Jahren – als übergestülpte Alternative zum Scheitern des mit etatistisch-bürokratischen Methoden betriebenen sozialistischen Modernisierungsversuchs.

Während erstere als Leipziger Habilitationsschrift *Walter Markovs* aus dem Jahre 1947 eine historische Balkansoziologie vorlegt, die unter dem Blickwinkel der Erfahrungen mit der faschistischen Neuordnung des Balkans eine subtile Analyse der Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse in der Region, ihrer inneren und äußeren Komponenten, vorwiegend zwischen 1878 und 1939 anbietet,¹ stellt letztere eine von *Hannes Hofbauer* 1999 herausgegebene kritische Auseinandersetzung mehrerer Autoren mit der Zerstörung Jugoslawiens und der gezielten desintegrativen Neuordnung des postsozialistischen Balkans durch die

1 Siehe Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse. Mit einer Einführung von Günter Schödl und einem Dokumentenanhang. Hrsg. von Fritz Klein und Irene Markov. Leipzig 1999 (im weiteren Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie ...). S. V–XXXVI, 1–279 und 281–334.

global integrierte und vermeintlich überlegene kapitalistische Welt, verschleiert als »internationale Gemeinschaft«, dar.²

Auf erstaunliche Weise ergänzen sich beide in ihrer Entstehung durch ein gutes halbes Jahrhundert getrennte Schriften insofern, als letztere auf die Markovsche Fragestellung nach dem Verhältnis von endogenen und exogenen Faktoren der Balkanentwicklung für die gegenwärtige Epoche einer aufgehobenen Bipolarität der Welt die Antwort gibt, daß damit »imperiale Ordnungsprinzipien aus längst vergangen geglaubten Tagen [...] ihre Wiedergeburt« erleben: »internationale Protektorate, Kolonialverwaltungen, militärische Drohungen und Schießkrieg bestimmen heute Politik und Gesellschaft auf dem Balkan. NATO-Soldaten sind in Albanien, Makedonien, Bosnien-Herzegowina sowie im Kosovo stationiert; EU-Verwalter residieren darüber hinaus in fast allen Hauptstädten der Region.«³

Walter Markov band den historischen Prozeß eigenständiger bürgerlicher Nationwerdung und Staatsbildung der Balkanvölker in den Kontext des Konkurrenzkampfes europäischer Großmächte um Hegemonie ein, was den betroffenen Subjekten – zeitlich wie inhaltlich zwischen 1878 und 1939 differenziert – bedingten Handlungsspielraum zwischen Annexionsgebiet, Satellitenstatus und unter Rivalen optierendem Pufferstaat beließ. Markov beschreibt somit eine variantenreiche »Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse«, die dergestalt mit der faschistische Neuordnung des Balkans, aber auch mit der bipolaren Nachkriegsordnung von Teheran und Jalta keine Fortsetzung finden konnte. Die vermeintlich vorhandene Wahl der Balkanländer zwischen »democracy and diktatorship« – schon zur Zeit des »Kalten Krieges« bipolarer Systeme eine Illusion – funktioniert trotz ständiger ritueller Beschwörung erst recht nicht in einer global-unipolaren kapitalistischen Nachwendeordnung, in der Markov eine osteuropäische »Vendée« erblickte.⁴

Zuerst Reflektionen zur Arbeit *Walter Markovs*:

Es gehört zu den peinlichen Defiziten der DDR-Historiographie, daß die 1946 entstandene und 1947 angenommene Habilitationsschrift Mar-

2 Siehe Hannes Hofbauer (Hrsg.): *Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens*. Mit Beiträgen von Michel Chossudovsky, Gero Fischer, Andre Gunder Frank, Wolfgang Geier, Hannes Hofbauer, Karl Kaser. Wien 1999 (im weiteren Hannes Hofbauer (Hrsg.): *Balkankrieg ...*). 263 S.

3 Vorwort von Hannes Hofbauer. In: *Ebenda*. S. 7.

4 Siehe Walter Grob: *Walter Markovs Weg und Werk*. In: *Europäische Ideen*. Hrsg. von Andreas W. Mytze. Bd. 85. O. O. 1993. S. 19f.

kovs angesichts des 1951 verhängten doktrinären »Titoismus«-Verdikts nicht bereits damals, sondern erst 1999 nach dem Systemwechsel auf Initiative von Irene Markov im Leipziger Universitätsverlag erscheinen konnte. Ihre verblüffende Aktualität ergibt sich daraus, daß Markov den damals relativen Optionsspielraum der Balkanstaaten zwischen konkurrierenden Großmächten verdeutlicht, den quasi »normalen« Mechanismus von Abhängigkeitsverhältnissen offenlegt, während die heutige konzertierte Aktion der großmächtigen »internationalen G7-Gemeinschaft« den südosteuropäischen »Wendedemokratien« keine alternative Orientierung beläßt.

Jedenfalls erblickte der damalige Erstgutachter, der Leipziger Historiker Hans Freyer, den wissenschaftlichen Wert der Habilitationsarbeit gerade darin, daß Markov keine bloße Darstellung der Außenpolitik der Balkanstaaten bot, »vielmehr stellt er die geschichtlichen Vorgänge unter einen systematischen Gesichtspunkt, nämlich unter die Frage, welche Abhängigkeitsverhältnisse sich typischerweise ergeben, wenn in einem Raum von Klein- und Mittelstaaten fortdauernd raumfremde Großmächte mit sehr verschiedenartigen Interessen hineinwirken. Daraus ergibt sich, konkret gesprochen das Problem: was an der Geschichte des Balkans aus inneren Kräften und Motiven, d. h. aus solchen der selbständig werdenden und selbständig gewordenen Balkanstaaten selbst, und was aus dem hereinwirkenden Einfluß der russischen, der englischen, der französischen, der österreichischen, der deutschen, der italienischen Politik zu erklären ist.«⁵

Der Zweitgutachter, der bekannte Albanologe Maximilian Lambertz, bescheinigt dem Autor, »im Labyrinth allen historischen Werdens« die wirtschaftliche Struktur der Länder, ihre Produktionsformen und ihren gesellschaftlichen Aufbau quasi »als Ariadnefaden« festzuhalten. »Er ist bewußt historischer Materialist und liefert hier ein Musterbeispiel, wieviel durch die von ihm gehandhabte Methode geleistet werden kann. Bornierter Doktrinarismus liegt ihm fern.«⁶

Schließlich merkte der damalige Leipziger Prorektor Lendle an, die »vergleichende Balkansozio­logie« Markovs sei von »vordringlicher Bedeutung«, auch in methodischer Hinsicht, »da sie eine bestimmte Ge-

5 Dokumentenanhang. In: Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie ... S. 290.

6 Ebenda. S. 294.

schichtsauffassung auf ihre konkrete Leistungsfähigkeit hin zu beurteilen gestatte«.⁷

Alle zeitgenössischen Äußerungen bescheinigen Markovs Schrift den erbrachten Nachweis subtiler Kenntnis des Balkans, seiner Geschichte, Strukturen und Mentalitäten, hohe wissenschaftliche Seriosität und methodologische Fundierung sowie souveräne inhaltliche Durchdringung und literarische Gestaltung des komplexen und schwierigen Untersuchungsgegenstandes.

Der Autor der »Einführung« in die endlich erschienenen »Grundzüge der Balkandiplomatie« indessen, der drei Jahre vor dem Habilitationsverfahren Markovs geborene Südosteuropa-Historiker Günter Schödl, heute Professor für Geschichtswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität, verbindet seine wägende *laudatio* der Arbeit mit Zweifeln an ihrer Wissenschaftlichkeit sowie mit Fragezeichen hinter dem methodologisch-theoretischen Standort des Verfassers.

Erstere artikuliert er damit, daß auch den lobenden »bürgerlichen« Gutachtern wie Rektor Hans-Georg Gadamer und Ordinarius Hans Freyer nicht entgangen sein kann, daß man binnen weniger Monate »eine geschichtswissenschaftliche Habilitationsschrift, den Qualifikationsnachweis des angehenden Hochschullehrers, nicht zuwege bringen kann«.⁸ So gelangt er zu dem Urteil, daß eine Habilitationsschrift, »die – streng genommen – keine ist, in ihren Defiziten wie in ihren Vorzügen Zeugnis von einer schwierigen Situation« gibt: »von einer Gesellschaft ohne gesicherte Identität, von einer (Geschichts-)Wissenschaft ohne verpflichtenden Minimalkonsens. Was für eine Gesellschaft und – als konstitutivem Teilelement – in einer Wissenschaft, die über keine repräsentative Stimme verfügen konnte, zeittypische Gestalt erlangte, *mußte* insofern schon bald bei ›normalen‹ Zeitläufen einem erneuten Fragen nach gültigem Ergebnis und historischer Logik als bloße Ausnahme erscheinen. Daher ist es in einem tieferen Sinne kein Zufall, daß dieses Manuskript unveröffentlicht geblieben ist. Es mußte den Zeitgenossen wie der Geschichtswissenschaft selbst schon bald befremdlich vorkommen.«⁹ Hier gerät Schödl – sicher unfreiwillig – in rechtfertigende Nähe der Abdrängung

7 Walter Warkov: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm. Berlin 1989. S. 155.

8 Günter Schödl: Gegen »eine Welt in Unordnung«: Walter Markovs Weg zur politischen Historie. In: Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie ... S. X.

9 Ebenda. S. XIII.

Markovs von seinem ost- und südosteuropäischen Arbeitsfeld auf andere thematische Gebiete, was für Markov nach seinem widersinnigen Parteiausschluß von 1951 unvermeidlich wurde.

Die Standortbestimmung von Markovs Schrift hingegen folgt verschlungeneren Pfaden. Zunächst konstatiert Schödl, daß Markovs Arbeit als Dokument deutscher Wissenschaftsgeschichte zwischen Zweitem Weltkrieg und Kaltem Krieg gerade wegen ihres methodisch-theoretischen Übergangscharakters Aufmerksamkeit verdient. Gerade dieser Umstand – die Abgrenzung von bisheriger volkstumsbehafteter, nationalistischer Geschichtsbetrachtung und die Suche nach einer neuen, noch offenen, politisch nicht indoktrinierten Geschichtsinterpretation – begründe das seit dem Ende der deutschen Teilung neuerwachte Interesse daran. Derartige Sachverhalte würden nun als Aspekte von Grundlagen und Tendenzen der DDR-Entwicklung diskutiert. »Markovs ›Balkandiplomatie‹ dokumentiert diese wissenschaftsgeschichtliche Konfiguration ›zwischen den Zeiten‹, zwischen mißbrauchter, diskreditierter Wissenschaft und Suche nach einem neuen, antifaschistisch-kommunistischen Paradigma der Geschichtswissenschaft. Sie ist gleichermaßen Politikgeschichte alten Stils und marxistisch verstandene Sozialgeschichte.«¹⁰ Unter Hinweis auf vorhandene detaillierte Darstellungen, etwa von Ivo Pilar oder Hermann Wendel,¹¹ die indessen gänzlich anderen Fragestellungen nachgehen, also auch eine methodisch andere Quellenaufarbeitung betreiben, schränkt Schödl den Informationswert der Arbeit ein. Deshalb sei heute weniger das »Was«, eher das »Wie« der Markovschen Darstellung von Interesse, »weil nunmehr nach Historismuskritik und voller Entfaltung aller nur denkbaren Spielarten theorie- und anwendungsbezogenen Sozialhistorie das Nachdenken über die Grenzen dieses Konzepts, d. h. über die Chancen von ›neuer Kulturgeschichte‹ und ›narratio‹ eingesetzt hat«.¹² Schödl meint, daß Analogien zwischen einerseits Theodor Schieder und Werner Conze und andererseits Walter Markov indessen schnell an Grenzen stießen: »Erstere konnten ihre Rolle als Wegbereiter von Struktur- und Sozialgeschichte nur nach einer problembehafteten Bindung an die Volksgeschichte wahrnehmen [...] Markov wiederum

10 Ebenda. S. XXV.

11 Siehe Ivo Pilar: Die südslawische Frage und der Weltkrieg. Zagreb 1918 (Neuaufgabe 1944). – Hermann Wendel: Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit. Frankfurt am Main 1925.

12 Günter Schödl: Gegen »eine Welt in Unordnung«: Walter Markovs Weg zur politischen Historie. In: Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie ... S. XXXI.

wurde nach dem Zweiten Weltkrieg bei seinem direkten Einstieg in die sozialgeschichtliche Korrektur der Historismustradition schon bald darüber belehrt, daß auch er als marxistischer Wissenschaftler einem Primat des Politischen unterworfen war.«¹³ Dieser Vergleich möchte wohl einerseits die Verwandtschaft Markovschen Geschichtsverständnisses mit der modernen historiographischen Methodologiedebatte der westdeutschen Bundesrepublik nahelegen und andererseits an die indoktrinäre politische Gängelung auch eines Walter Markov in der DDR erinnern. Zugleich wird auf die methodische Bindung Markovs an sein profundes Studium der Geschichte bei Otto von Hoetzsch, Johannes Ziekursch, Hedwig Hintze und Fritz Kern in der Weimarer Zeit verwiesen. »Sein Standort innerhalb einer deutschen Geschichtswissenschaft, die zwar in Frage gestellt, aber noch nicht in eine deutsch-deutsche Doppexistenz gezwungen worden war, wäre sicherlich nicht zutreffend bestimmt, wenn der aus politischer Haft in das wissenschaftliche Leben zurückgekehrte Bonner Dozent gewissermaßen eindimensional lediglich als Vorläufer des späteren, renommierten DDR-Lehrstuhlinhabers betrachtet werden würde [...] Bei aller Vorsicht, die einer rein ex-post-Interpretation gut ansteht, sollte doch die These gerechtfertigt sein, daß Markov während seiner frühen Leipziger Jahre noch in hohem Maße von seinen Weimarer Anfängen bestimmt blieb.«¹⁴

Man spürt die Absicht, den sich auch im späten Selbstzeugnis als marxistischen Historiker verstehenden Walter Markov wenigstens partiell für die »freiheitlich-demokratische« Historiographie des Westens zu reklamieren, seine – trotz allem – feste Bindung an die historisch-materialistische Methodologie sowie an den alternativen sozialistischen Gesellschaftsversuch in der DDR zu erodieren, und ist verstimmt. Die Herausgeber haben wohl – vielleicht unterschiedliche – Gründe gehabt, sich darauf einzulassen.

Der Einführungsbeitrag von Günter Schödl fordert m. E. zum Widerspruch heraus. Sein Urteil, wonach die Markovsche Darstellung, die die »Großmacht–Balkan-Beziehungen, noch mehr der südosteuropäischen ›Innenwelt‹ dieses ›imperialistischen‹ Beziehungsgeflechts mit samt ihrer nationalistisch-aggressiven Dynamik erfassen wollte«, auf einen »eher reflexiv-symbolisierenden als systematischen, eher literarisch-intuitiven als analytischen Zugang« angewiesen sei, geht am We-

13 Ebenda. S. XXXVI.

14 Ebenda. S. XXXIV.

sen vergleichender historischer Analyse vorbei.¹⁵ Zumindest macht die Bewertung der Arbeit als »weniger quellengestützte narratio oder systematische Analyse als vielmehr problemorientierter, über weite Strecken reflexiver Essay«¹⁶ die große Distanz des Spätgeborenen zu damaligen politischen Antrieben, wissenschaftlichen Motiven und historischen Konzeptionen deutlich, die dem Antifaschismus verpflichtete marxistische Historiker bewegten.

I

Die Habilitation *Walter Markovs* verfolgt das Anliegen, die Außenpolitik der Balkanregierungen in den Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung im Zeitraum von 1878 bis 1939 zu stellen, wobei das Schwerpunkt auf den Jahren bis 1918/1919 liegt. Dabei trägt sie den Besonderheiten Rechnung, denen eine Gruppe von Kleinstaaten unterliegt, deren Interessen sich an einem neuralgischen Schnittpunkt der Weltpolitik mit den Intentionen von Großmächten überkreuzen. Markov untersucht, »inwieweit die Balkanstaaten selbständige Politik betrieben haben und inwieweit sie auf der anderen Seite die Kräftekonstellationen unter den Großmächten widerspiegeln«. Dabei geht er den Antrieben nach, »die die Politik von Satelliten und Pufferstaaten bestimmen«.¹⁷

Eine wahrlich aktuelle Fragestellung eines historisch gerade am Balkan eskalierenden Problems.

An dieser Thematik orientiert, gliedert er seine Arbeit – nach einer historischen Einführung in die Balkangeschichte bis 1878 – in drei Hauptteile, deren erster die Periode von 1878 bis 1911, deren mittlerer den Zeitabschnitt von 1912 bis 1918 und deren letzter die Etappe von 1919 bis 1939 umfaßt, denen für jede Periode mehrere Beilagen zu relevanten Einzelthemen beigelegt sind. Der Mittelteil für die Zeit vom Balkankrieg bis zum Ersten Weltkrieg ist insofern zäsurbildend, als in diesen Jahren die Schnittstelle von vorrangig endogener Nations- und Staatsbildung der Balkanvölker liegt, deren sich die Großmächte jeweils nach Eigeninteresse und europäischen Kräfteverhältnissen konfliktschürend bedienen, und jenem global geprägten Abschnitt der Weltpolitik, der zur

15 Siehe ebenda. S. XXXI.

16 Ebenda. S. XXVI.

17 Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie. S. 2.

Dominanz imperialistischer Großmachtspolitik führt, also jener exogener Faktoren, die die Balkanstaaten zur Ein- und Unterordnung ihrer Interessen als entweder Puffer- oder Satellitenstaaten unter die antagonistischen Hegemonialansprüche rivalisierender imperialistischer Großmächte zwingen.

Während im Mittelpunkt der Periode von 1878 bis 1911 der russisch-österreichische Gegensatz auf dem Balkan und sein Einfluß auf die national-bürgerliche Staatsbildung in der Region steht, rückt in das Zentrum der Zwischenkriegsperiode von 1919 bis 1939 die Bindung der Balkanstaaten – als Erben sowohl des Osmanischen wie des Habsburger Reiches – an das System der Versailler Nachkriegsordnung, welche ihnen entweder eine Rolle als antirevisionistischer und antisowjetischer »cordon sanitaire« oder als Juniorpartner revisionistischer und faschistischer Neuordnungsmächte zuwies. Diese Konstellation reflektierte sich innenpolitisch folgerichtig in der Hinwendung zu scheindemokratisch-parlamentarischen oder autoritär-profascistischen Regimes, die ihre originären Vorbilder karikieren.

Wahrlich ein weitgespannter historischer Bogen, dessen innere Kontinuitäten wie Brüche zu erfassen – nach zehnjähriger faschistischer Zuchthaushaft und erzwungener Isolation vom wissenschaftlichen Informationsdienst – quasi enzyklopädisches Format verlangen.¹⁸

Im geschichtlichen Einleitungskapitel resümiert Markov, daß die Balkanvölker das vielfältige Erbe der Römerzeit übernommen haben: Verwaltungsgrenzen und Straßen, Stadsiedlungen und Münzeinheiten. Dabei haben sich die Reichsteilungen des 4. Jahrhunderts besonders gravierend ausgewirkt. Die letzte von 395 bezeichnet faktisch die Geburtsstunde von Byzanz. »Die durch Bosnien verlaufende Trennungslinie« – merkt Markov an – »hat den *orbis terrarum* für immer gesprengt und die Scheidung zwischen West- und Osteuropa befestigt. Durch anderthalb Jahrtausend wurden die Grenzpfähle vor- und zurückgesteckt, wurde in beiden Richtungen ›über die Drina‹ gegangen, zuletzt noch

18 Siehe meine vorangegangene Äußerungen zu Markovs »Balkandiplomatie« in Ernstgert Kalbe: Und der schwierige Balkan blieb immer im Blick. In: »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt...«. Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell. Leipzig 1995. 2. Aufl. 1998. S. 73ff. – Rezension von Ernstgert Kalbe zu Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie. In: Berliner Debatte INITIAL. Berlin 11(2000)3. S. 125ff.

1945. Bis auf Tito standen sich dort, wo müde Imperatoren resignierten, in den feindlichen Brüdern der Serben und Kroaten zwei Gesellschaftssysteme, zwei Kulturen, zwei Lebensauffassungen – kurz zwei Welten gegenüber: Okzident und Orient.«¹⁹ Die Markovsche Hoffnung auf Überwindung dieser Teilung durch Titos Jugoslawienmodell hat getrogen; die heutige politische Relevanz dieser Kulturgrenze zu Nutz und Frommen südosteuropäischer Desintegration unter den Auspizien marktwirtschaftlich-kapitalistischer »Rückkehr in die Zukunft« – wie Naive oder Gutgläubige meinen – ist eigentlich für jedermann offensichtlich.

Zu den Bewegungen der nationalen Wiedergeburt in Südosteuropa, die sich im 18. Jahrhundert bevorzugt auf Österreich und seine antitürkischen Feldzüge bezogen, oder im beginnenden 19. Jahrhundert folgerichtig auf Rußland und seine antitürkischen Kriege stützten, bemerkt Markov: »Ob sich die Balkanaufständischen selbst Rechenschaft darüber ablegten, wofür sie kämpften, wenn sie zu den Waffen griffen: für persönliche, lokale, nationale oder fremdnationale Interessen, für einen Glauben oder eine Mission, ob sie einer Einsicht, einem Instinkt, einem Gefühl oder einem Befehl gehorchten, das läßt sich für das 18. Jahrhundert im einzelnen nicht nachweisen. Unbeleckt vom Geiste des *contrat social* und der Menschenrechte, waren diese Hajduken, Freibeuter, Hirten und Fronbauern wohl befähigt, die Sprache der Waffen zu sprechen. Zu einer Revolution gegen ihr *ancien regime* fehlte ihnen die gesellschaftliche Reife.«²⁰

Das gilt so nicht mehr für die Hochzeit der Orientalischen Krise zwischen Krimkrieg und russisch-türkischem Krieg von 1877/1878 und ihren Kulminationspunkt, die Balkankrise von 1875 bis 1878, in der sich reaktionärer Panslawismus zu Nutzen russisch-zaristischer Expansionspolitik in Richtung der Meerengen auf eigenartige Weise mit progressivem bürgerlichen Nationalismus zu Frommen nationaler südslawischer und balkanischer Unabhängigkeitsbewegungen verband. Obwohl auch zwischen Pariser Konferenz 1856 und Berliner Kongreß 1878, auf dem die Balkanstaaten erstmals als formal gleichberechtigte Verhandlungspartner auftraten, die diese betreffenden Beschlüsse ausschließlich von den Großmächten im Zuschnitt auf deren europäische Gleichgewichtsinteressen getroffen worden sind, fußten sie doch auf objektiven Prozessen bürgerlicher Nationsformierung auf dem Balkan.

19 Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie ... S. 13.

20 Ebenda. S. 23f.

Im Abschnitt über den Zeitraum zwischen 1878 und 1911, in dem sich nach Markov am Balkan keine entscheidenden inneren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlungen vollziehen, also von rascher Entfaltung des Kapitalismus noch nicht die Rede sein kann, weist der Autor nach, daß sich nunmehr Orient- und Donaufrage für die europäischen Großmächte wie für die südosteuropäischen Kleinstaaten unauflösbar miteinander verknüpfen. Nachdem seit 1878 das türkische Testament aufgerollt war, erhob sich nunmehr auch die Eröffnung des bis in das Herz dieses Subkontinents reichenden österreichischen Testaments als unausweichliche Folgeproblematik.

Markov demonstriert am Beispiel des Balkan die geschichtliche Bipolarität von eigengesetzlicher Fortentwicklung und Fremdeinwirkung. Jede Gesellschaft entfalte sich insoweit auf ihren eigenen Grundlagen, insofern sie nicht auf andere, womöglich überlegene Bedingungen ihrer äußeren Umgebung trifft. »In diesem Falle projizieren sich die quantitativ überlegenen, nicht unbedingt schon in Qualität umschlagenden sozial-ökonomischen Verhältnisse einer anderen Gesellschaft auf ihren schwächeren Nachbarn.«²¹ Das gilt wohl generell – wie wir spätestens seit 1989/1991 wissen!

Insbesondere der Balkan, der am unverdauten Erbe der türkischen Herrschaft kaute und durch das Überspringen von Zwischenstufen der gesellschaftlichen Entwicklung geprägt wurde, mußte gegenüber Zentral-europa kapitalistische Produktionsformen und bürgerliche Nationwerdung nachholen. Hier, wo soziale und nationale Unterdrückung zusammenfielen und sich der Kampf der Ausgebeuteten als antitürkischer Befreiungskampf gegen eine fremde Oberschicht vollzog, konnte sich Kapitalismus nur durch langsame Übertragung westlicher Wirtschafts- und Politikformen entwickeln – unter Konservierung eines patriarchalischen Kleinbauernrentums.

Im Hinblick auf den Irredentismus der Balkanvölker, dem Markov eine eigene Beilage widmet, muß man wohl stärker unterscheiden zwischen dem früheren aufklärerischen und revolutionär-demokratischen Jugoslawismus und Balkanföderalismus der nationalen Wiedergeburtbewegungen und dem späteren liberalen bis konservativen Irredentismus der Balkanmonarchien, die sämtlich der *idea megalis* verfielen und in »Großgriechenland«, »Großserbien«, »Großbulgarien« oder »Großrumänien« anvisierten.

21 Ebenda. S. 73.

Die jungen Balkanstaaten, die im Geflecht europäischer Gleichgewichtspolitik entstanden, verfolgten ihrerseits zugleich eine Politik des Gleichgewichts gegenüber ihren Nachbarn, um im Streit um die türkische – oder österreichische – Erbmasse nicht ins Hintertreffen zu geraten. Dazu merkt Markov an, daß Serbien und Bulgarien, Griechenland und Rumänien eifersüchtig über ihre Parität wachten. Sie »glauben sich bedroht, wenn einer stärker wird und damit alte Verhältnisse umwirft. So heißhungrig man auf den türkischen Happen ist, so läßt man ihn doch lieber bei den Türken, als daß sich der Nachbar an ihm bereichert«²² – in der Hoffnung, ihn später zu schlucken oder auszuhandeln.

Die außenpolitischen Zielstellungen der Balkanstaaten sind durchaus aggressiv-irredentistisch, zumal sich in ihren Grenzen stets nur Teile der ethnisch eigenen Volksangehörigen befinden. Trotzdem handelt es sich nach Markov »nicht um einen nachgeöffnten Imperialismus [...], sondern um einen Teilvorgang der nach außen projizierten bürgerlichen Revolution ihrer Völker unter den besonderen Verhältnissen der Schütterzone zwischen Mitteleuropa und dem Orient«.²³ Diese Revolution richtet sich vorrangig gegen die Türkei und danach gegen Österreich-Ungarn, aber notfalls auch gegen den vermeintlich begünstigten Nachbarn.

Die außenpolitischen Programme der jungen Balkanstaaten sind also wesensverwandt: »Jede für sich egoistisch, der anderen feindlich, Widerspiegelung der Interessen einer aufsteigenden Klasse und Bildungsschicht, schließen sie die Unterordnung unter eine allgemeine Idee, etwa des Christentums, des Panslawismus oder des Sozialismus, aus. Wenn sie sich auf die liberale Plattform berufen, das Selbstbestimmungsrecht der ›Völker‹ – nicht seiner herrschenden Klassen – das Recht der Minderheiten, [...] so sind dieses Voraussetzungen, die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft dort und insolang zur Anwendung gelangen, als die Praktik in der Richtung des eigenen Interesses liegt.«²⁴

In der aktuellen bundesdeutschen Historiographie erscheinen die gegenwärtigen nationalen Balkankonflikte mitunter als »Wiederholung der Orientalischen Krise«,²⁵ deren negativen Auswirkungen man durch In-

22 Ebenda. S. 87.

23 Ebenda. S. 91.

24 Ebenda.

25 Siehe z. B. Wolf Oschlies: Slawische »Brüder« und russische Balkan-Politik. In: Osteuropa. Köln (1999)6. – Michael Weithmann (Hrsg.): Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas. München 1993. – Stefan Troebst: Aufgaben und

tervention der »internationalen Gemeinschaft«, d. h. durch NATO, UNO und EU, begegnen müsse. Diese Sicht abstrahiert m. E. von dem Sachverhalt, daß der Balkanirredentismus zwischen Berliner Kongreß und Balkanbund von 1912 ein vorwiegend endogener Prozeß bürgerlicher Nationwerdung und Staatsbildung war, den die Großmächte nicht verursacht hatten, dessen sie sich im Eigeninteresse kanalisierend bedienten, während die ökonomische Penetration und politische Steuerung des Balkans durch den imperialistischen Hegemonismus seit den Balkankriegen, dem ersten und zweiten Weltkrieg, durch das Versailler Friedenssystem wie die Nachkriegsordnung von Teheran und Jalta, über die Blockbildung im Kalten Krieg bis zur gegenwärtig aktuellen postsozialistischen Transformation in eine »marktwirtschaftlich-freiheitliche europäische Neuordnung« von den Großmächten bzw. ihren internationalen Organisationen exogen und auf eigene Rechnung in Szene gesetzt wurde, worin sich die Balkanstaaten ungefragt schlicht einzufügen haben. Insofern stellen die Balkankriege und der Erste Weltkrieg eine wesensverändernde Zäsur im Koordinatensystem von eigenbestimmter und fremdgesteuerter Entwicklung des Balkans dar, die keine Analogien mit »Orientalischen Krisen« zuläßt.

Der Balkanbund Bulgariens und Serbiens, Montenegros und Griechenlands von 1912 war eine Eigeninszenierung, der Höhepunkt antitürkischer Irredenta, gegebenenfalls verwendbar auch gegen Österreich, deshalb von Rußland gestützt und beargwöhnt von allen anderen Großmächten. Eine solche Konstellation sollte sich nicht mehr wiederholen. Schon der zweite Balkankrieg 1913 setzte andere Mechanismen in Gang, die auf imperialistische Konfrontation zwischen Parteigängern der Entente und der Mittelmächte hinwiesen.

Der letzte Teil der Monographie Markovs analysiert die Veränderungen auf dem Balkan, die mit den Pariser Vorortdiktaten das Ende der europäischen Gleichgewichtspolitik besiegelten und den Übergang zu einem Weltstaatsystem einleiteten, nach Markov als »jämmerliche Mischung von schmierigem Lokalinteresse und nichtssagenden Allgemeinplätzen«, die »der Periode des Zwischenfriedens von 1919–1939 dann ihren unauslöschlichen Halbheitsstempel aufprägten«.²⁶

Ziele vergleichender historischer Forschung zur ethnischen Struktur und zu den Nationalismen Osteuropas. In: Südosteuropa-Mitteilungen. München (1993)2.

26 Walter Markov: Balkandiplomatie ... S. 210.

Da der Balkan nach 1918 vorerst aus den Brennpunkten des internationalen Geschehens ausschied, begnügten sich die Großmächte im wesentlichen mit der Sicherung ihres Einflusses über ökonomische und finanzielle Abhängigkeiten. Während Rußland und Österreich nach Oktoberrevolution und Auflösung der Doppelmonarchie für längere Zeit als hegemoniale Machtfaktoren ausfielen, und Englands Balkaninteresse vorrangig auf die Meerengenfrage beschränkt war, erlangten die Balkanländer in den zwanziger Jahren vorübergehend ihre relative Bewegungsfreiheit als Pufferstaaten zwischen den Großmächten wieder. Lediglich Frankreich versuchte mit der Kleinen Entente zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, den Donaauraum unter seiner Ägide zu stabilisieren, was Italiens Adria-Interessen auf den Plan rief. Die Interpretation Markovs für die tatsächlich begrenzte Wirksamkeit der Kleinen Entente lautet: »Der antideutsche, antisowjetische, antiitalienische und antihabsburgische Charakter dieses Bundes versuchte, allzu viele Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, als daß sie eine wirkliche Willens- und Zieleinheit hätte darstellen können.«²⁷

Neue außenpolitische Relevanz erlangte der Balkan erst wieder, nachdem mit dem faschistischen Deutschland ein neuer aggressiver Faktor in die Arena trat, der mit dem italienischen Achsenpartner wiederum eine »Neuordnung« anvisierte, die besieigten Balkanländer für sich zu gewinnen suchte und deren latenten Grenzrevisionismus gegen die antirevisionistischen Gewinnerländer mobilisierte, worüber letztlich sowohl die Kleine als auch die spätere Balkanentente zerbrachen.

Bezüglich der innenpolitischen Entwicklung lavierten die Balkanstaaten zwischen der Übernahme der westeuropäischen Spielregeln der bürgerlichen Demokratie, jedoch ohne über deren sozialökonomische und sozialpolitischen Voraussetzungen zu verfügen, sowie verschiedenen offenen und verdeckten Formen autoritär-militärischer oder monarchistischer Regimes, die in den dreißiger Jahren unter dem Einfluß der faschistischen Achsenmächte teilweise faschistoide Züge annahmen. Während Regimes der parlamentarischen Demokratie für autoritäre Rückfälle anfällig waren, fußten autoritär-diktatorische Regimes auf eingewurzelt bürokratisch-etatistischen Traditionen, die man jedoch nicht mit sozialpolitischen Grundlagen des Faschismus verwechseln darf. So gut »Balkandemokratie« Scheindemokratie war, so gut war auch der

27 Ebenda. S. 215.

»Balkanfaschismus« eher begriffliche Hülle für diktatorische Terrorregimes als faschistische Herrschaftsform.

Diesen Sachumstand beleuchtet Markov, der dem »Balkanfaschismus« in seiner Arbeit eine eigene Beilage widmet, auf überzeugende Weise, was ihm später den Vorwurf der Unterschätzung von Imperialismus und Faschismus eintrug. »Reaktionär ist Faschismus also insofern, als er eine heraufziehende Revolution rechtzeitig abwürgt; aber Reaktion, weißer Terror, ist noch lange kein Faschismus.«²⁸ Obwohl sich, beeinflusst von Italien und Deutschland, faschistische Ideen auch am Balkan ansiedelten, war Faschismus unnötig, wenn es darum ging, die bürgerliche Herrschaft zu sichern.

Der Balkan, der gerade erst dem »Stadium des Halbkapitalismus« entwuchs, war weit entfernt von der Existenz der erforderlichen inneren Bedingungen für genuinen Faschismus. »Aber es geht nicht um die Feststellung, wieviel am Balkanfaschismus freischwebende ideologische Spielerei, wieviel Fünfte Kolonne war, sondern um den Hinweis, daß ihm die sozialökonomische Grundlage fehlte, und er sich infolgedessen nicht entwickeln konnte. Er war so schütter, daß sich nach der Besetzung des Balkans die Achsenmächte genötigt sahen, ihn zugunsten stabilerer Regierungen fallen zu lassen.«²⁹

Gleichviel ob »demokratische« oder »diktatorische« Regimes – repressive »Staatsschutzgesetze« gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, in der überall kommunistische Parteien dominierten, gegen linke Bauernparteien sowie gegen nationale Minderheiten im eigenen Lande wandten sie allesamt an. Markov schätzt ein, daß am Balkan jede Minderheit bis zum Nachweis des Gegenteils als Staatsfeind kategorisiert wird. »Die nationale Minderheit traf dies am unmittelbarsten. Die Grade der Unterdrückung wechselten, wo es sich um unbedeutende Splitter wie die Slowaken, Juden, Zigeuner und teilweise die Deutschen handelte. Dort, wo kompakte Minderheiten wohnten, beschnitt man ihnen nicht nur, wie den Ungarn in Jugoslawien und Rumänien das Recht auf Eigenleben, sondern leugnete gerade bei den größten Gruppen vielfach das Vorhandensein einer Minderheit. Griechenland hat die Nationalität der Albaner und Mazedonier auf seinem Territorium nie anerkannt. Auf jugoslawischen Atlanten figurierten die Albaner als arnautisierte Serben; die

28 Ebenda. S. 254.

29 Ebenda. S. 255.

Serben, Kroaten und Slowenen zog man zum jugoslawischen Staatsvolk zusammen, dem ungefragt auch die Mazedonier angehören durften.«³⁰

Eine gesonderte Beilage widmete Markov auch der kroatischen Frage, wobei er davon ausgeht, das die gesonderte nationale Existenz der Kroaten bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts keinem Zweifel unterlag,³¹ während seit dem Illyrismus und seit der Kodifizierung einer serbo-kroatischen Schriftsprache durch Vuk (Stefanović) Karadžić im Jahre 1850 in Wien sich die jugoslawische Einheitstendenz der jungbourgeoisen Ideologie – ähnlich der italienischen und deutschen Einigungsbewegung – zunehmend durchsetzte. Die kroatischen Anhänger der Einheit verstanden sich angesichts der serbischen Zurückgebliebenheit freilich nicht als großserbische Irredentisten, sondern wollten umgekehrt eher deren Angliederung unter kroatischer Führung. Das freilich war angesichts der österreichischen Nationalitätenpolitik, des durch die Kriegsniederlage bedingten Zerfalls der Doppelmonarchie, welcher die Kroaten angehörten, und des siegreichen Serbien als Partner der Entente eine unerfüllbare Illusion. Selbst die Kroaten hatten 1918 die Utopie eines Großkroatien aufgegeben, zumal die Versailler Friedensstifter den serbischen Premier Nikola Pašić wie den kroatischen Chef des jugoslawischen Komitees Ante Trumbić zur Einheit drängten, deren Rahmen durch die Korfu-Deklaration beider Seiten vom 20. Juli 1917 abgesteckt war. »Eine berechtigte Kritik kann somit erst einsetzen in der Frage« – wie Markov schreibt – »wie die Vereinigung vollzogen wurde. Hierin wurden die Kroaten von dem festgefügtten serbischen Staats- und Machtapparat überfahren, der in der Vereinigung eine Art Einverleibung erblickte, eine Fortsetzung seiner Erfolge aus den Jahren 1912 und 1913.«³²

Das großserbisch-zentralistische Jugoslawien trieb die reichere kroatische Bourgeoisie samt den kroatischen Parteien, deren einflußreichste die Bauernpartei Radićs und dann Mačeks war, in eine vereinigte separatistische Opposition, die auch nicht mehr durch das »Sporazum« vom 26. August 1939 zu befrieden war, die dem »Banat Kroatien« als *corpus*

30 Ebenda. S. 226.

31 So kategorisch gilt das wohl nicht, wie man der Arbeit von Leopold von Ranke entnehmen kann, der die Serben und Kroaten als »ein einziges Volk von der nämlichen Sprache, Sitte und Sinnesweise« bezeichnete, »obwohl durch Religion und Staat so mannigfaltig getrennt«. (siehe Leopold von Ranke: Die serbische Revolution. Hamburg 1829. S. 9).

32 Walter Markov. Balkandiplomatie ... S. 249.

separatum erweiterungsfähige föderative Rechte in Jugoslawien einräumte.

Nachdem Hitlerdeutschland am 6. April 1941 Jugoslawien überfallen hatte, stützte es sich bei dessen Zerschlagung in zehn Okkupationsgebilde auf den kroatischen Separatismus. Der von der faschistischen Ustaša des Ante Pavelić regierte »*Nezavisna Država Hrvatska*« als Satellit der Achsenmächte wurde um Bosnien-Herzegowina vergrößert und antiserbisch instrumentalisiert. Übrigens weist die heutige territoriale Zergliederung des ehemaligen Jugoslawien nach dessen erneuter Zerschlagung seit 1991 in sieben, faktisch acht separate Teilstaaten, die besser als internationale Protektorate zu bezeichnen sind, einige verblüffende Analogien zur faschistischen Okkupationsstruktur während des Zweiten Weltkrieges auf.

Es bleibt die Anmerkung, daß auch die im antifaschistischen Befreiungskrieg durch den *Antifaschistischen Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ)* Ende November 1943 geschaffene föderative Struktur von sechs Republiken die ererbten und neuerlich geschürten Widersprüche des bürgerlich-monarchistischen Jugoslawien der Zwischenkriegszeit nicht auf Dauer zu lösen vermochte.

Die von Walter Markov ausgesprochen Hoffnung, daß eine neue Klasse alle gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich zum Positiven wenden könnte, blieb unerfüllte Utopie: »die Abstimmung der nationalen auf die soziale Befreiung, die Lösung des Grenz- und Nationalitätenproblems durch das Band des übernationalen Sozialismus, das Ende der Kleinstaatenhierarchie und des Kleinstaatenhorizonts, alles, was die Produktivkräfte der Halbinsel bisher gefesselt, die auf ihnen aufgebaute Gesellschaft zur Ohnmacht verurteilt hatte.«³³

II

Die von *Hannes Hofbauer* (Wien) herausgegebene Arbeit »Balkankrieg« hat insofern monographischen Charakter, als die um seinen eigenen tragenden Beitrag zum Thema »Neue Staaten, neue Kriege« gruppierten Studien systematisch ergänzenden Charakter tragen. *Karl Kaser* (Graz) bietet einen historischen Aufriß »Vom Amselfeld bis zur Staatswerdung«, *Gero Fischer* (Wien) behandelt die »Jugoslawisierung einer Region« zwi-

33 Ebenda. S. 265.

schen 1918 und 1991, *Wolfgang Geier* (Leipzig) geht in »Antemurale Christianitatis« dem »Kreuzzug auf dem Balkan« nach, *Michel Chossudovsky* (Ottawa) analysiert die »Ökonomische Realität hinter der Zerschlagung Jugoslawiens« und *Andre Gunder Frank* (USA, Kanada, Südamerika) macht die weltpolitischen Konsequenzen deutlich, welche »Die politische Bombe der NATO im Kosovo« hat. Dieser Studienband stellt eine thematische Fortsetzung der Markovschen Fragestellung nach Abhängigkeitsverhältnissen einer »Balkandiplomatie« dar, weil er demonstriert, daß unter den veränderten Verhältnissen der nunmehr globalisierten kapitalistischen Welt nach der Implosion des Staatssozialismus eine periphere Region wie der Balkan heute selbst nicht mehr die Wahloption zwischen der Politik eines Pufferstaates oder eines Satelliten im Geflecht rivalisierender Großmächte hat, sondern sich schlicht und einfach dem Diktat der imperialistischen Weltgemeinschaft der »G7« zu fügen hat.

Hannes Hofbauer, der die Hintergründe der Zerstörung Jugoslawiens aufhellen möchte, schreibt im Vorwort, daß nach zehn Jahren forcierter Sezessionskriege und Unabhängigkeitskämpfe der NATO-Bombenkrieg gegen die jugoslawische Restföderation den vorläufig (!) letzten Akt der Osterweiterung westlicher Institutionen darstelle. »Nationale Fliehkräfte sind sehr bald zu Instrumenten sowohl interner Machtpolitik in den einzelnen (Teil-)Republiken als auch äußerer Interventionen geworden. Von den Bürgerkriegen zur Erlangung nationaler Unabhängigkeit bis zu den kleinstaatlichen Zurichtungen der einzelnen Republiken am Rand des EU-Integrationsraumes spannt sich dabei der Bogen der Betrachtung.« Die neunziger Jahre verkörpern das »Spannungsfeld zwischen desintegrierenden Nationalismen auf dem Balkan und integrierender Suprastaatlichkeit im deutsch geführten EU-Europa«. ³⁴

Hannes Hofbauer bietet auf reichlich 150 Seiten eine chronologisch minutiöse und materialreiche Darstellung der Zerstörung Jugoslawiens von den slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitsdeklarationen im Juni 1991 bis zur Kosovo-Intervention der NATO im Frühjahr 1999 und dem schließlich am 30. Juli 1999 in Sarajewo besiegelten »Stabilitäts-pakt« für Südosteuropa. Dabei geht er sowohl den inneren wie äußeren Faktoren der jugoslawischen Sezession nach, wobei er sowohl die politische Verantwortung europäischer EU-Staaten wie der USA, der NATO wie internationaler Wirtschaftsorganisationen als auch der schuldhaften Verstrickung aller inneren Konfliktparteien in destruktiven Nationalismus

34 Hannes Hofbauer (Hrsg.): Balkankrieg ... S. 7.

nachgeht, indem er weder die kroatischen noch serbischen, weder die muslimisch-bosnischen noch albanischen »Eliten« oder Freischärler schont, seien sie gewendete Westler oder östliche Orthodoxe.

Sein Fazit: »Und so endet das 20. Jahrhundert auf dem Balkan, wie es begonnen hat: mit dem Kampf um geopolitische Einflußsphären und ökonomischen Zugriff, geführt von den großen Mächten dieser Welt, die sich des mit nationalistischen Argumenten und Vorstellungen geführten Verteilungskrieges auf dem Balkan wie eh und je bestens zu bedienen wissen.«³⁵

Hofbauer zieht eine erschreckende Opferbilanz des NATO-Krieges um die vorgebliche Sicherung von Menschenrechten im Kosovo, die noch nicht einmal vollständig ist: 78 Bombentage und -nächte, weit mehr als 1.000 Kampffjets mit gut 35.000 Einsätzen, 15.000 Tonnen Sprengstoff auf Jugoslawien, 1.800 zerfetzte Zivilisten, Tausende getötete und verwundete Soldaten, Tausende Ermordete im Kosovo, über eine Million Vertriebene, Zigtausende Flüchtlinge, 280 Bombenangriffe auf Priština, 156 auf Prizren, 120 auf Novi Sad, weit mehr auf Belgrad, 200 zerstörte Fabriken, Raffinerien, Wasser- und Elektrizitätswerke, 33 vernichtete Brücken, Verwüstungen am Straßen- und Schienennetz, unschätzbare ökologische Schäden, verbrannte Dörfer, zerstörte städtische Wohnviertel, zerbombte Regierungsgebäude, Rathäuser, Kirchen, Spitäler, Schulen, Kindergärten und Universitäten. Ein angeblicher »Schurkenstaat« sollte quasi in die Steinzeit zurückgebombt, ein Land seiner Lebensgrundlagen beraubt werden.

»Novi Sad, Barić, Smederevo, Lučani, Gnjilane, Priština, Čačak, Belgrad [...] in allen diesen Städten gingen Raffinerien, Treibstofflager, petrochemische und pharmazeutische Anlagen in Flammen auf, nachdem gezielt ferngesteuerte Bomben vom Himmel fielen. Das Ausmaß der Umweltkatastrophe ist nicht abzusehen.«³⁶ Sogenannte Kollateralschäden unter der Zivilbevölkerung wurden kleingeredet.

Hofbauer merkt an, daß ökonomische Deformationen in peripheren Regionen zum Anstieg von Nationalismus, Fundamentalismus und grausamen Konflikten beitragen, weshalb sich hehre politische Menschenrechte und demokratische Ziele besonders dazu eignen, Interventionen des Westens im Osten oder Süden zu rechtfertigen. Offenbar sind »Men-

35 Hannes Hofbauer: Neue Staaten, neue Kriege. In: Hannes Hofbauer (Hrsg.): Balkankrieg ... S. 194.

36 Ebenda. S. 164. – Siehe auch ebenda. S. 155.

schenrechte« als politisches Schutzinstrument aber teilbar. »Deshalb gilt zum Beispiel das Recht auf nationale Selbstbestimmung der albanischstämmigen Bevölkerung im Kosovo als Menschenrecht, während der kurdische Befreiungskampf weiträumigeren Interessen untergeordnet wird [...] Deshalb ist Slobodan Milošević ein Menschenrechtsverletzer, während die türkischen Präsidenten und Ministerpräsidenten von allen westeuropäischen Regierungen hofiert werden.«³⁷

Hofbauer weist nach, daß die internationalen Faktoren die entscheidende Rolle im Krieg gegen Jugoslawien gespielt haben: die internationalen Medien, die internationale Streitmacht, die internationale Wertegemeinschaft. »Vom italienischen Aviano aus, vom ungarischen Taszar, vom türkischen Incirlik, vom deutschen Kalkar und Ramstein, von englischen und US-amerikanischen, von französischen und holländischen Luftwaffenbasen aus, über Slowenien, Kroatien, Tschechien, die Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Makedonien, Albanien. Wahrhaft international. Als Kriegsgewinner dürfen sich internationale Konzerne schätzen.«³⁸

Eines hat der NATO-Krieg gegen Jugoslawien den osteuropäischen Staaten überdeutlich vor Augen geführt: Unbotmäßigkeit wird mit Vernichtung bestraft. Wer sich den Regeln der westlichen Wertegemeinschaft nicht fügt, kann mit Bomben und Raketen belegt werden. Diese Werte sind: Investitionsfreiheit, freier Kapital- und Warentransfer, Marktöffnung und politische Willfähigkeit. »Der Einfachheit halber nennt sich das im neoliberalen Diskurs »Demokratisierung««,³⁹ fügt Hofbauer sarkastisch hinzu.

Da die »Osterweiterung« der westlichen Welt nach desintegrierten Regionen außerhalb des Euro- oder Dollarraumes verlangt, unterstützen die politischen Administrationen, internationalen Wirtschaftskonzerne und weltweiten Währungsfonds regionale Autonomien und politische Sezessionen in Ost- und Südosteuropa. Das Ziel auch des 1999 mit viel Aplomb aus der Taufe gehobenen »Stabilitätspaktes« für Südosteuropa ist letztlich die Durchsetzung der Weltmarktlogik auf dem Balkan. »Zehn Jahre nach dem Scheitern der kommunistischen Modernisierungsprojekte drängen EU und USA mit aller Macht in Richtung Osten. Ökonomisch bedeutet die Erweiterung: Kontrolle der nationalen Finanz- und Währungspolitikern mittels Geldverknappung und Herstellung einer Konvertibilität,

37 Ebenda. S. 171f.

38 Ebenda. S. 174.

39 Ebenda. S. 183.

Ausdünnung der budgetären Möglichkeiten für die staatliche Politik durch radikale Sparprogramme, Schließung bzw. Zerstörung von Industriekombinaten aus budgetären Erwägungen bzw. aus Konkurrenzgründen, Zurichtung der Landwirtschaft auf die Bedürfnisse der Zentrums-mächte, Privatisierung der wirtschaftlichen Filetstücke und vor allem Öffnung der Märkte für Westwaren. Auf einen Nenner gebracht: Weltmarktlogik. Weltbank und Währungsfonds (IWF) üben die Aufsicht über das Projekt Osterweiterung.«⁴⁰

Betrachtet man die Struktur des »Stabilitätspaktes« mit seinen vier »Arbeitstischen« für »Sicherheitsfragen«, für »Demokratisierung und Menschenrechte«, für »Verwaltung und Kultur« und schließlich für »wirtschaftlichen Wiederaufbau und Zusammenarbeit« im Rahmen eines »Regionaltisches Südosteuropa«, so vergeht einem schnell die Hoffnung auf eine umfangreiche, bis zur Stunde bezüglich des finanziellen Umfangs ohnehin nicht verbindlich fixierten Wirtschaftshilfe; es entsteht eher die Vorstellung einer umfassenden internationalen Kontrolle der gesellschaftlichen Entwicklung.⁴¹

Die Kernstudie *Hofbauers* wird von thematischen Beiträgen flankiert, die das Bedürfnis nach Hintergrundinformation zur gesellschaftlichen und aktuellen Regionalentwicklung des Balkans sinnvoll ergänzen. Da sind zunächst zwei historische Abrisse, in denen die Zeiträume von 1389 bis 1918 sowie von 1918 bis 1991 unter inhaltlichen Gesichtspunkten befragt werden.

Karl Kaser, der die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung vom Mittelalter bis zur ersten jugoslawischen Staatsgründung skizziert, arbeitet die Rolle des Balkans als stets wiederkehrende Peripherie des Geschehens heraus: als feudale Peripherie des entstehenden bürgerlichen Handels, als Peripherie des Osmanischen und später des Habsburgischen Großreiches, deren Ausdehnung wiederholte Migrationswellen der Bevölkerung auslösten, als Peripherie sozialer Strukturen, die Rückständigkeit im Vergleich zu den Zentren zementierte. »Stellten die osmanischen Balkangebiete im 19. Jahrhundert bereits die Peripherie der europäischen Peripherie dar, so hinterließ das Osmanische Reich hinsichtlich der Nationwerdungsprozesse eine nicht minder schwierige Si-

40 Ebenda. S. 193f.

41 Siehe Andreas Wittkowsky: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa und die »führende Rolle« der Europäischen Union. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn vom 14. Juli 2000 (Nr. B 29–30). S. 3ff.

tuation.« An diese Aussage knüpft Kaser die Frage: »Auf Grundlage welcher Kategorie sollten sich die Balkannationen formieren? Jahrhundertalte Staatsgrenzen, Sprache, Schrift, Religionszugehörigkeit, historische Erinnerung an mittelalterliche Reiche oder deutlich wahrnehmbare alltagskulturelle Unterschiede? Wenn wir dieses Bündel an relativen Kategorien betrachten, so treffen die meisten auf mehrere Ethnien zu; jahrhundertalte stabile Staatsgrenzen kennt indes keine Ethnie auf dem Balkan.«⁴² So zutreffend diese Feststellungen sind, halten sie doch allesamt am ethnischen Grundkonzept von Nationsformierung fest und blenden die wirtschaftlichen und sozialen Faktoren *bürgerlich-kapitalistischer Nationsformierung* aus.

Gero Fischer, der die Entwicklung des bürgerlichen Jugoslawien zwischen den Kriegen wie des sozialistische Jugoslawien unter Titos Selbstverwaltungssystem beleuchtet, rückt ebenfalls die nationale Frage in den Mittelpunkt. Sein Ausgangspunkt ist, daß die »Ideologie des Nationalstaates, die Gleichsetzung von Nation und Staat, die Fiktion von der Nation als ethnisch homogenem Gebilde auf dem Balkan auf besonders fruchtbaren Boden« fielen, wobei »die Ideale der Nation notgedrungen in Widerspruch mit den komplexen multiethnischen Gegebenheiten« geraten mußten. »Konfliktreich wurde die Situation auch dadurch, daß die Staatsbildung erfolgte, bevor der Nationsbildungsprozeß abgeschlossen war. Nationalistische Ideologien hatten Hochkonjunktur, wo die Realität nicht mit dem Idealbild des Nationalstaates zusammenpaßte. Wo Fakten fehlten, mußten Mythen und Projektionen in die Vergangenheit (meist ins Mittelalter) einen Legitimationszusammenhang für aktuelle nationalpolitische Forderungen herstellen.«⁴³ Auch diese begründete Aussage läßt indessen offen, von welcher inhaltlichen Bestimmung der Nation der Autor ausgeht. Die Ablehnung eines »etatistischen Nationsbegriffs«, hinter dem sich das Leitbild »ein Staat – eine Nation« verberge und »eine demokratische und friedliche Lösung der nationalen Frage für alle in einem bestimmten Territorium lebenden ethnischen und religiösen Gruppen« verhindere, offenbart die letztlich Bindung von »Nation« an das »Ethnos«, nicht an sozialökonomische Prozesse der *bürgerlichen Nationsformierung*, freilich im staatlichen, nicht zwingend im ethnischen Rahmen. Dabei konstatiert der Autor selbst, daß am Nationsbildungsprozeß nur

42 Karl Kaser: Vom Amselfeld bis zur Staatswerdung. In: Hannes Hofbauer (Hrsg.): Balkankrieg ... S. 24.

43 Gero Fischer: Die Jugoslawisierung einer Region. In: Ebenda. S. 26.

eine Oberschicht teilnahm, während sich die Bauern an der Dorfgemeinschaft, nicht an Staat oder Nation orientierten, die soziale Barriere also auch Bewußtseinsschranke war.⁴⁴

Im Hinblick auf das jugoslawische Modell des Selbstverwaltungssozialismus räumt der Autor ein, daß »das neue titoistische Jugoslawien Raum bot für die Entwicklung einer multiethnischen, multikulturellen Identität, die nationale Gegensätze überwindbar werden ließ«. Die wirtschaftlichen Krisensysteme der jugoslawischen Gesellschaft seit Mitte der sechziger Jahre, gebunden an die Grenzen der Extensivierung, bewirkten jedoch im Kontext mit der Reform der Wirtschaftslenkung und der uferlosen Föderalisierung von Staat und Partei die Wiederentfaltung nationaler Konflikte. Die mit der Verfassungsreform 1974 verbundene Rechnung, »wonach die Verschiebung der Macht vom Zentrum zu den Republiken deren Zusammenhalt festigen sollte, ging nicht auf. Tatsächlich wurde der Zentralismus Jugoslawiens in einen Polyzentralismus der einzelnen Republiken und autonomen Gebiete transformiert – bei gleichzeitiger Stärkung der regionalen Oligarchien.«⁴⁵ Die Einschätzung, daß Föderalismus und Dezentralisierung eine Lawine nationaler Konflikte lostrat, läßt freilich wenig Raum für die Reduzierung deren Ursachen auf »großserbischen Nationalismus«.

In seiner Studie »Antemurale Christianitatis« geht *Wolfgang Geier* vor allem der Rolle der Religionen in der Region nach, wobei er ihre den Balkan teilenden, kreuzzugsnahe Funktion beschreibt. Von der Tatsache ausgehend, daß die »Vormauer der Christenheit« eine europäische Region mit wechselnden Grenzen prägt, die über Jahrhunderte wiederholte Fremdherrschaften und Kriege, Gewalt und Verwüstungen, Trennungen und Teilungen durchlebt, macht er das Aufeinandertreffen von Ethnien, Sprachen und Literaturen, von Religionen, Konfessionen und Kirchen, von sozialen Gemeinschaften und Ordnungen, von Kulturen, Rechts- und Wertesystemen deutlich. »Das *Antemurale Christianitatis*, ursprünglich als ›Vormauer der Christenheit‹ gegen nichtchristliche Gebiete und Bevölkerungen angesehen«, wandelte sich vom 9. zum 11. Jahrhundert in Ost und Südosteuropa »zur Innengrenze der Christenheit, zur Scheidelinie zwischen römisch-katholischen und griechisch-orthodoxen Bevölkerungen und Staatswesen. Mit dem 14./15. Jahrhundert erhielt es in gewisser Weise wieder seine ursprüngliche Bedeutung durch

44 Siehe ebenda. S. 27 und 30.

45 Ebenda. S. 44f.

den entstehenden Gegensatz zwischen dem christlichen, zunächst und vorwiegend römisch-katholisch geprägten Mittel- und Ostmittel- sowie dem islamisch-osmanisch beherrschten Südosteuropa mit christlichen Bevölkerungen aller Konfessionen. Diese Bedeutung wurde verstärkt durch seine politisch-strategische militärische Befestigung in Gestalt der österreichischen Militärgrenze, des *Confinium militare*, der *vojna krajina* seit der Mitte des 16. Jahrhunderts.«⁴⁶

Der von Geier behandelte Kampf um die slawischen Seelen zwischen Rom und Byzanz, das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen zur Zeit der Türkenkriege, die Vorstellungen vom *Antemurale* im 19. Jahrhundert der »nationalen Wiedergeburt« und im 20. Jahrhundert der Großmachtexpansion am Balkan ebenso wie die Sicht auf die gegenwärtige Lage in einigen Ostkirchen, wozu sich der Autor ausführlicher auch an anderer Stelle geäußert hat,⁴⁷ kann hier nicht nachvollzogen werden. Wesentlich erscheint dem Rezensenten indessen die Quintessenz der wesentlich kulturhistorischen Betrachtungen Geiers: »Das *Antimurale Christianitatis* ist nicht überwunden. Jene an dieser inneren ›Vormauer der Christenheit‹ stattfindende Konfrontation christlicher Konfessionen und Kirchen in Europa sowie zwischen bestimmten Konfessionen und Kirchen des Christentums und islamischen konservativen fundamentalistischen Positionen ist nicht die Ursache der gegenwärtigen Konflikte im östlichen und Katastrophen im südöstlichen Europa«, obwohl sie zu deren Geschichte gehört. Indessen bewirkt der heutige desolante innere Zustand der ost- und südosteuropäischen orthodoxen Kirchen, daß diese »ihre genuine historische Mission als Vermittler zwischen politischen und staatlichen Konfliktparteien, zur Befriedung von Auseinandersetzungen zwischen einander bekämpfenden ethnischen und religiösen Gruppen oder Bevölkerungen, als friedensstiftende Kräfte kaum oder gar nicht erfüllen können«. ⁴⁸ Mir will scheinen, daß dergestalt deren Möglichkeiten a priori überschätzt werden.

46 Wolfgang Geier: *Antemurale Christianitatis: Kreuzzug auf dem Balkan*. In: Ebenda. S. 205.

47 Siehe Wolfgang Geier: *Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkirchen*. Teil I und II. In: *Osteuropa in Tradition und Wandel*. Leipziger Jahrbücher. Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt. Bd. 1(6). Leipzig. 1999. S. 57ff. – Bd. 2(7). Leipzig 2000. S. 137ff.

48 Wolfgang Geier: *Antemurale Christianitatis*. In: Hannes Hofbauer (Hrsg.): *Balkankrieg ...* S. 222.

Michael Chossudovsky schildert »die ökonomische Rationalität hinter der Zerschlagung Jugoslawiens«. Er geht davon aus, daß die wirklichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Konflikts hinter verzeichneten Bildern und selbstgerechten Analysen verborgen und die dem Bürgerkrieg vorausgegangene tiefgreifende ökonomische Krise größtenteils vergessen wurde. »Seit Beginn der achtziger Jahre haben die Westmächte mit Hilfe ihrer Herrschaft über das globale Finanzsystem bei der Durchsetzung gemeinsamer und individueller strategischer Interessen ihren Beitrag dazu geleistet, die Ökonomie Jugoslawiens in die Knie zu zwingen und damit schwelende ethnische und sozialen Konflikte anzuhetzen.«⁴⁹ Der Verweis auf nicht allein ethnische, vielmehr zugleich soziale Konflikte scheint mir wesentlich, da die slowenisch-kroatische Sezession nicht zuletzt durch das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle Jugoslawiens motiviert war, das die reicheren Republiken mit Entwicklungsabgaben zugunsten der ärmeren Regionen belastete. Chossudovsky macht auch deutlich, daß die von Belgrads Geldgebern seit Anfang der achtziger Jahre verlangten Reformen ein wirtschaftliches und soziales Chaos auslösten, das bis zur allmählichen Demontage des Industriesektors wie des Sozialsystems führte. Die Studie steuert konkretes Material zum ökonomischen Niedergang einzelner Republiken bei, namentlich Bosnien-Herzegowinas, und liefert Informationen auch zur wirtschaftlichen Zerstörung Albaniens, das – ähnlich wie das Kosovo – zu einem Protektorat kolonialer Prägung wurde. Auch Chossudovsky meint, daß der »Stabilitätspakt«, der von der Weltbank, der Europäischen Entwicklungsbank sowie privaten Kreditgebern finanziert werden soll, die Auslandsschulden bis weit in das neue Jahrtausend hinein in die Höhe treiben wird. »Und den Balkanstaaten wird nichts anderes übrigbleiben, als diese Schulden aus jenen Mitteln zurückzuzahlen, die durch Geldwäsche in das inländische, unter Aufsicht westlicher Finanzinstitutionen deregulierte Bankensystem fließen werden.«⁵⁰ Wahrlich keine rosiggen Aussichten.

Schließlich ist noch auf einen kurzen Beitrag von *Andre Gunder Frank* zu verweisen, der die Konsequenzen jener »politischen Bombe der NATO im Kosovo« aufzeigt, die der militärischen Intervention auf dem Fuße folgten. Im Grunde handelt es sich um nicht mehr und nicht

49 Michel Chossudovsky: Die ökonomische Realität hinter der Zerschlagung Jugoslawiens. In: Ebenda. S. 223.

50 Ebenda. S. 245f.

weniger als um die Aushebelung des in der UNO-Charta fixierten gegenwärtigen Völkerrechts sowie um die Durchsetzung einer Militärdoktrin der USA-geführten NATO, die den militärischen »Befriedungseinsatz« *out of area* der NATO überall dort gestattet, wo die USA oder die westliche »Wertegemeinschaft« ihre »vitalen Interessen« bedroht glaubt. So muß man dem Autor zustimmen, wenn er konstatiert: »Nach dem Ende des Kalten Krieges wird den Vereinten Nationen, dem Völkerrecht, den nationalen Verfassungen und der Demokratie der Gnadestoß versetzt.«⁵¹

Ein Ende der imperialistischen Interventionspolitik und der Konflikteskalation auf dem Balkan ist nicht abzusehen: Nach dem erzwungenen Abzug Serbiens aus dem Kosovo und der Implementierung der KFOR und einer Protektoratsverwaltung in der Provinz, nach der Umwandlung der albanischen UÇK in eine innere »Schutztruppe« im Kosovo, setzte sich der Druck auf Restjugoslawien und Serbien fort: durch Beibehaltung des Embargos bis zum Sturz Miloševićs, durch Ausschluß Serbiens aus dem »Stabilitätspakt« bis zur »Demokratisierung« des Landes, durch Förderung des montenegrinischen Separatismus und Einführung der D-Mark in Montenegro auf jugoslawischem Staatsgebiet, durch Schürung einer ungarisch-nationalistischen Bewegung in der Vojvodina, durch vielfache Unterstützung der innerserbischen Opposition bis zu deren Sieg im Herbst 2000, durch erpresserische Forderung nach Überstellung Miloševićs an das internationale Haager Tribunal gegen Kriegsverbrechen und dessen schließliche Auslieferung entgegen dem Beschluß des Belgrader Verfassungsgerichts, durch fördernde Duldung der aus dem Kosovo gestützten albanischen UÇK-Aktionen in Mazedonien, die einen weiteren Balkankrieg auslösen können, der alle Nachbarländer auf den Plan rief.

Die Eskalation der Balkankonflikte, der kriegesischen »Neuordnung« der Region im Interesse einer weltweiten Markttransformation zugunsten der »Großen 7« geht weiter.

Niemand sollte später sagen, er habe es nicht gewußt!

51 Andre Gunder Frank: Die politische Bombe im Kosovo. In: Ebenda. S. 251.

ERNSTGERT KALBE

Auswahlbibliographie (Stand vom 31. August 2001)

I. MONOGRAPHISCHE ARBEITEN

- Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß sowie seine Bedeutung für die Entwicklung der antifaschistischen Einheitsfrontbewegung. Phil. Diss. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1960. 436 Ms.S.
- Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß. Berlin: Rütten & Loening 1963. 360 S.
- Das Hinüberwachen des antifaschistischen Widerstandskampfes in die volksdemokratische Revolution während des zweiten Weltkrieges in Südosteuropa. Ein revolutionsgeschichtlicher Vergleich. Phil. Diss. B. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1971. XXV, 281, 120 Ms.S.
- Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa. Das Hinüberwachen des Widerstandskampfes gegen den Faschismus in die Volksrevolution (1941–1944/45). Ein revolutionsgeschichtlicher Vergleich. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1974. 273 S.
- Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft. Herausbildung und Entwicklung des realen Sozialismus 1917 bis zur Gegenwart. Autorenkollektiv unter Leitung von Ernstgert Kalbe. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1981. 531 S.
- Ernstgert Kalbe/Joachim Kuhles: Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus. In: Vergleichende Revolutionsgeschichte. Probleme der Theorie und Methode. Hrsg. von Manfred Kossok. Berlin: Akademie-Verlag 1988. S. 115–198.
- Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Texte zur politischen Bildung. Hrsg. vom Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig (1993)7. 50 S. (2. Aufl. 1994).
- Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan. Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Leipzig 1999. 52 S.

II. SAMMELBÄNDE (HERAUSGEBERSCHAFT ODER REDAKTION)

- Bulgariens Volk im Widerstand 1941–1945. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus. Hrsg. und Vorworte Petar Georgiev und Basil Spiru. Einleitung und Redaktion Nikifor Gornenski und Ernstgert Kalbe. Berlin: Rütten & Loening 1962. S. 5–13, 15–51 und 55–382 (Dokumente) sowie S. 385–415 (Anhang).
- Beiträge zur Entwicklung der Balkanzivilisation. Zum I. Internationalen Kongreß der Association Internationale d'Études du Sud-Est-Européen in Sofia 1966. Hrsg. vom Nationalkomitee der DDR für Balkanistik. Ernst Werner (Vorsitz)/Ernstgert Kalbe (Redak-

tion). Sonderheft der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe (im weiteren WZ KMU). Leipzig 15(1966)3. S. 429–566 (140 S.).

– Einheit – im Kampfe geboren. Beiträge zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Hrsg. im Auftrage der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Staatlichen Shdanov-Universität Leningrad von Ernstgert Kalbe und S. I. Tjulpanov. Leipzig 1975. 220 S.

– S. I. Tjulpanov/Ernstgert Kal'be i drugie (redakc. kolegija): Edinstvo, ro dennoe v bor'be. Leningrad: Izdatel'stvo Leningradskogo Universiteta 1976. 207 S.

– Ernstgert Kalbe (Chefredakteur): Der Rote Oktober und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Im Auftrag der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig 1977. 400 S.

– Horst Bartel/D. S. Davidović/A. A. Drizul/Ernstgert Kalbe/Ernst Labor/I. I. Minc/I. A. Sobolev/Leo Stern/P. A. · ilin (Hrsg.): Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozeß. XXVI. Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, 20.–22. September 1977. Bd. 2: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die nachfolgenden sozialistischen Revolutionen. Berlin 1978. 605 S.

– Asparuch Avramov/Ernstgert Kalbe (Red.)/Carola Liebing (Sekretär): Aspekte der sozialistischen Umwälzung in der DDR und der VRB. Zum 100. Geburtstag Georgi Dimitroffs. WZ KMU. Leipzig 31(1982)2. S. 105–204.

– Ernstgert Kalbe (Hrsg.)/Herbert Stober (Red.): Sozialistischer Aufbau in Europa. Ergebnisse und Erfahrungen. Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz des interdisziplinären Arbeitskreises »Sozialistisches Weltsystem« zum 40. Jahrestag der Befreiung. Leipzig vom 15.–17. Mai 1985. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1986. 331 S.

– Georgi Naumov/Ernstgert Kalbe/Ljubomir Ognjanov (red. kolegija): Problemi na prekhoda ot kapitalizma kam socializma v Bälgarija i GDR. Sofia: Sofijski Universitet »Kliment Ochridski«. Sofia 1987. 369 S.

– Ernstgert Kalbe/Herbert Stober (Red.): Studien zur Machtfrage in der Übergangsperiode und bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus. Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe. Leipzig 36(1987)3. S. 209–311.

– Ernstgert Kalbe/Herbert Stober (Red.): Kritische Diskussionen zur Sozialismusentwicklung. Ebenda. Leipzig 39(1990)3. S. 245–356.

– Willi Beitz/Ernstgert Kalbe/Klaus Kinner/Roland Opitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 1998. 152 S.

III. LEHRBÜCHER UND PERIODIKA (HERAUSGEBERSCHAFT ODER REDAKTION)

– Erich Donnert (Chefred.)/Ernstgert Kalbe u. a. (Herausgeberkollegium): Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas. Bd. 3–12. Berlin: Rütten & Loening bzw. Deutscher Verlag der Wissenschaften 1959–1968.

– Claus Remer/Wolfgang Küttler/Conrad Grau/Gerd Voigt (verantwort. Redakteure)/Ernstgert Kalbe u. a. (Herausgeberkollegium): Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas. Bd. 13/1–29. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1969–1985.

- Gerd Voigt (verantw. Redakteur)/Ernstgert Kalbe (Vors. des wissenschaftlichen Beirats): *Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas*. Bd. 30–33. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1986–1989.
- Manfred Kossok/Harald Brost (Sekretär)/Rolf Badstübner/Manfred Bensing/Botho Brachmann/Heinz Grünert/Rigobert Günther/Joachim Hermann/Ernstgert Kalbe/Hella Kaeselitz/Heinz Kreißig/Herbert Langer/Werner Loch/Kurt Pätzold/Hans Piazza/Günther Rosenfeld/Adolf Rüger/Gerhard Schilfert/Hans Wermes/Manfred Weißbecker (Herausgeberkollegium): *Hochschullehrbücher zur Allgemeinen Geschichte und Geschichte der DDR*. Hrsg. vom Wissenschaftlichen Beirat für Geschichtswissenschaft beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR unter Leitung von Manfred Kossok. 10 Bde. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1976–1988. Bd. 1: Heinz Grünert (Leiter des Auteorenkollektivs): *Geschichte der Urgesellschaft*. Berlin 1982. – Bd. 2: Heinz Kreißig (Leitung): *Griechische Geschichte bis 146 v. u. Z.* Berlin 1985. – Bd. 3: Horst Dieter/Rigobert Günther: *Römische Geschichte bis 476*. Berlin 1981. – Bd. 4: Bernhard Töpfer (Leitung): *Allgemeine Geschichte des Mittelalters*. Berlin 1985. – Bd. 5: Manfred Kossok (Leitung): *Allgemeine Geschichte der Neuzeit 1500–1917*. Berlin 1986. – Bd. 6: Hans Piazza/Hella Kaeselitz (Leitung): *Allgemeine Geschichte der neuesten Zeit 1917 bis zur Gegenwart*. Berlin 1988. – Bd. 7: Günther Rosenfeld (Leitung): *Geschichte der UdSSR. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Berlin 1976. – Bd. 8: Ernstgert Kalbe (Leitung): *Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft. Herausbildung und Entwicklung des realen Sozialismus 1917 bis zur Gegenwart*. Berlin 1981. – Bd. 9: Rolf Badstübner (Leitung): *Geschichte der DDR*. Berlin 1981. – Bd. 10: Botho Brachmann (Leitung): *Archivwesen der DDR. Theorie und Praxis*. Berlin 1984.
- Ernstgert Kalbe/Hans Beyer/Gerhard Fuchs/Hans Piazza/Joachim Kuhles/Eberhard Hakethal/Jürgen Kübler/Christian Mährdel (Redaktionskollegium)/Gerhard Selter (Sekretär)/Editha Kroß (Sekretär): *Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung*. Hrsg. vom Interdisziplinären Zentrum für Vergleichende Revolutionsforschung an der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von Manfred Kossok (im weiteren *Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung*). Leipzig: Karl-Marx-Universität 1982–1989. Lehrhefte 1–29.
- *Kultursoziologie. Ambitionen – Aspekte – Analysen*. Wissenschaftliche Hefte der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Leipzig. Hrsg. vom Vorstand der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. (im weiteren *Kultursoziologie. Ambitionen – Aspekte – Analysen*). Leipzig 1(1992)1–4. Ebenda. Leipzig 2(1993)1–4. Ebenda. Leipzig 3(1994)1–6.
- Wolfgang Geier/Ernstgert Kalbe (Hrsg.): *Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente*. Wissenschaftliche Halbjahreshefte der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. (im weiteren *Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente*). Berlin 4(1995)1–2. – Ebenda. Berlin 5(1996)1–2. – Ebenda. Berlin 6(1997)1–2. – Ebenda. Berlin 7(1998)1–2. – Ebenda. Berlin 8(1999)1–2. – Ebenda. Berlin 9(2000)1–2. – Ebenda. Berlin 10(2001)1.
- *Osteuropa in Tradition und Wandel*. Hrsg. im Auftrage des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. und der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. von Wolfgang Geier, Ernstgert Kalbe und Manfred Neuhaus (im weiteren *Osteuropa in Tradition und Wandel*). Leipzig 1994–1998. Heft 1–5.
- *Osteuropa in Tradition und Wandel*. *Leipziger Jahrbücher*. Hrsg. im Auftrage der Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V. Sachsen Mährdel und der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. Leipzig von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt (im weiteren *Osteuropa in Tradition und Wandel*. *Leipziger Jahrbücher*). Leipzig 1999–2001.

IV. WISSENSCHAFTLICHE AUFSÄTZE UND STUDIEN

- Pomošta na germanskite rabotnici za presledvanite ot fašizma v Bălgarija prez 20-te godini na našija vek. In: Istoričeski pregled. Sofia (1956)6. S. 9–26.
- Über die faschistische Diktatur der zwanziger Jahre in Bulgarien und die deutschen Hilfsaktionen für die bulgarischen Arbeiter und Bauern. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im weiteren ZfG). Berlin (1957)4. S. 749–769.
- Die revolutionäre Krise in Bulgarien und der Widerhall der deutschen Novemberrevolution. In: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas. Bd. 3. Berlin 1959. S. 175–188.
- Die Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale für den Kampf gegen Krieg und Faschismus sowie für den Sieg der volksdemokratischen Revolution. In: WZ KMU. Leipzig 9(1959/1960)5. S. 684–688.
- Die Rolle der Reichstagsbrandprovokation bei der Konsolidierung der faschistischen Diktatur in Deutschland. In: ZfG. Berlin (1960)5. S. 1021–1069.
- Die internationale antifaschistische Solidaritätsbewegung zur Rettung Georgi Dimitroffs im Jahre 1933. In: Alfred Anderle (Hrsg.): Proletarischer Internationalismus. Materialien einer Arbeitstagung über Rolle und Bedeutung des proletarischen Internationalismus. Halle/S. vom 6./7. November 1959. Berlin: Rütten & Loening 1961. S. 137 bis 160.
- Nikifor Gornenski/Ernstgert Kalbe: Einleitung. In: Petăr Georgieff/Basil Spiru (Hrsg.): Bulgariens Volk im Widerstand. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus. Berlin 1962. S. 15–51.
- Gerhard Fuchs/Ernstgert Kalbe/Eva Seeber: Die volksdemokratische Revolution in den Ländern Ost- und Südosteuropas. In: ZfG. Sonderheft 1965 zum XII. Internationalen Historikerkongreß in Wien 1965. Berlin 1965. S. 174–207.
- Wesen und Struktur der Volksfrontbewegung während des zweiten Weltkrieges in Südosteuropa. In: Beiträge zur Entwicklung der Balkanzivilisation. WZ KMU. Leipzig 15(1966)3. S. 433–443.
- Stav njemačkih fašističkih okupacionih vlasti prema Jugoslovenskom Narodno-Oslobodilačkom Pokretu 1942/43 godine. In: Prvo Zasedane AVNOJ-a. Zbornik radova naučnog skupa. Bihać 4.–6. X. 1966. Bihać 1967. S. 247–255.
- Antifaschistische Resistance und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa. In: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas. Bd. 10. Berlin 1967. S. 35–75.
- Der Platz der volksdemokratischen Revolution beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. In: Günther Großer (Hrsg.): Studien zur marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1967. S. 65–94.
- Der Übergang zur volksdemokratischen Revolution in den Ländern Südosteuropas. In: Manfred Kossok (Hrsg.): Studien über die Revolution. Berlin: Akademie-Verlag 1969. S. 419–457.
- Die Politik der faschistischen deutschen Okkupationsmacht gegenüber der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung im sogenannten »Unabhängigen Staat Kroatien« (NDH) 1942/1943. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas. Bd. 13/2. Berlin 1969. S. 57–69.

- Antifaschistische Resistance und Volksrevolution in einigen Balkanländern (1941–1945). In: Actes du premier congres international des études balkaniques et sud-est européennes. Sofia 26. VIII. – 1. IX. 1966. Bd. 5. Sofia 1970. S. 421–441.
- Nazrjavane na revoluciona situacija v jugoistočna Evropa po vreme na vtorata svetovna vojna. In: Bälgarsko-germanski otnošenija i vrázki. Institut za Istorija pri BAN. Bd. 1. Sofia 1972. S. 593–610.
- Georgi Dimitroff zum Charakter des Zweiten Weltkrieges und zur Weiterentwicklung der Volksfrontpolitik. In: Militärgeschichte. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Institut Potsdam. Potsdam 1(1972)3. S. 261–273.
- Vom Leipziger Prozeß zum VII. Weltkongreß der Komintern. Die Rolle Georgi Dimitroffs bei der Entwicklung der Volksfrontpolitik. In: Heinz Heitzer/Klaus Mammach (Hrsg.): Georgi Dimitroff – Kampf und Vermächtnis. Berlin: Dietz-Verlag 1972. S. 255 bis 288.
- Bemerkungen zu den historischen Voraussetzungen der Südosteuropapolitik des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Studia Balkanica. Institut d'Études Balkaniques. Hrsg. von Nikolaj Todorov. Bd. 7. Sofia 1973. S. 399–408.
- Zum internationalistischen Wesen des antifaschistischen Befreiungskrieges der Völker und zur Funktion der volksdemokratischen Revolution. In: Beiträge zum proletarischen und sozialistischen Internationalismus. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1973. S. 113–130.
- Ob internacional'noj suščnosti antifašistskogo osvoboditel'nogo dvi: enija narodov i o funkcii narodno-demokratičeskoj revolucii. In: Pod znamenem proletarskogo, socialističeskogo internacionalizma. Kievskij Gosudarstvennyj Universitet imeni T. G. Ševčenko. Kiev 1974. S. 105–119.
- Zu den Etappen der Balkanpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Revue des Études sud-est européennes. Bd. 13. Bukarest (1975)3. S. 347–351.
- Maria Anders/Ernstgert Kalbe: Die Bedeutung des antifaschistischen Befreiungskrieges der Sowjetvölker für das Heranreifen der volksdemokratischen Revolution in Europa (1941–1945). In: Einheit – im Kampfe geboren. Beiträge zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1975. S. 31–47.
- Maria Anders/Ernstgert Kalbe: Značenie vojny Sovetskogo Sojuza protiv fašizma dlja osuščestvlenija narodno-demokratičeskich revolucii v Evrope. In: Edinstvo, ro dennoe v bor'be. Leningrad 1976. S. 26–44.
- Die Bedeutung des Sieges der UdSSR über den Faschismus für die Durchführung der volksdemokratischen Revolution und die Herausbildung der sozialistischen Gemeinschaft. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas. Bd. 20/1. Berlin 1976. S. 13–44.
- Die Große Sozialistische Oktoberrevolution – Grundlage für die Herausbildung der sozialistischen Gemeinschaft. In: Ernstgert Kalbe (Hrsg.): Der Rote Oktober und der Übergang zum Kapitalismus zum Sozialismus. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1977. S. 15–27.
- Zur Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für die Herausbildung der sozialistischen Gemeinschaft. In: Deutsche Außenpolitik. Hrsg. vom Institut für internationale Beziehungen. Berlin 22(1977)12. S. 27–42.
- Nachwort. In: Zola Dragojtschewa: Gebot der Pflicht. Erinnerungen. Berlin: Dietz-Verlag 1977. S. 740–776.
- Methodologische Probleme des Revolutionsvergleichs von Oktoberrevolution und volksdemokratischer Revolution. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas. Bd. 22/2. Berlin 1978. S. 25–38.

- Zu Forschungsstand, Problemen und Kriterien des Revolutionsvergleichs von Oktoberrevolution und volksdemokratischer Revolution. In: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozeß. XXVI. Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. September 1977 in Berlin. Bd. 2. Berlin: Akademie-Verlag 1978. S. 288–337.
- Zur Entwicklung des subjektiven Faktors in der volksdemokratischen Revolution. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historikergesellschaft der DDR. Volksmassen und Fortschritt in der Geschichte. Ausgewählte Materialien des VI. Historiker-Kongresses der DDR. Berlin 6.–9. Dezember 1977. Berlin 1978. Heft I–III. S. 90–109.
- Hans Piazza/Ernstgert Kalbe/Dietmar Stübler: Aspekte der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie und ihre Verwirklichung in unserer Epoche. In: Manfred Kossok (Hrsg.): Karl Marx und Grundfragen der Revolution in Theorie und Praxis. Materialien der Karl-Marx-Konferenz 1978. Leipzig 11.–12. Mai 1978. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1980. S. 42–73.
- Ein hervorragender Leninist, Revolutionär und Internationalist. Zum 100. Geburtstag Georgi Dimitroffs. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im weiteren BzG). Berlin 24(1982)2. S. 406–416.
- Georgi Dimitroff – konsequenter Internationalist und Freund der Sowjetunion. In: WZ KMU. Leipzig 31(1982)2. S.109–121.
- Aspekte einer vergleichenden Untersuchung des sozialistischen Revolutionszyklus. In: Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung: Vergleichende Revolutionsgeschichte – Probleme der Theorie und Methode. Leipzig (1982)1. S. 26–41.
- Die volksdemokratische Revolution in Europa – eine neue Form des Übergangs zum Sozialismus. In: ZfG. Gesellschaftliche Umgestaltung in der Geschichte. Wege und Formen, Führungs- und Triebkräfte. Zum VII. Historikerkongreß der DDR. Berlin 30(1982)10/11. S. 899–908.
- Befreiung vom Faschismus und volksdemokratische Revolution. In: Marxistische Blätter. Frankfurt am Main 23(1985)3. S. 110–119.
- Voprosy sravnitel'nogo izučeniija Velikoj Oktjabr'skoj Socialističeskoj Revoljucii i revoljucii 40-ych godov. In: Sovetskoe Slavjanovedeniija. Institut Slavjanovedeniija i Balkanistiki AN SSSR. Moskau (1985)4. S. 23–40.
- Historische Erfahrungen der Realisierung des Leninschen Planes des sozialistischen Aufbaus. In: Ernstgert Kalbe (Hrsg.): Sozialistischer Aufbau in Europa. Ergebnisse und Erfahrungen. Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz des »Interdisziplinären Arbeitskreises Sozialistisches Weltsystem« zum 40. Jahrestag der Befreiung. Leipzig 15.–17. Mai 1985. Leipzig: Karl-Marx-Universität 1986. S. 9–27.
- Leninskijat plan za socialističesko izgra: dane i prilaganeto mu v GDR i NRB. In: Problemi na prechoda ot kapitalizma kām socializma v Bālgarija i GDR. Sofia: Sofijski Universitet »Kliment Ochridski« 1987. S. 9–34.
- Die Machtfrage im sozialistischen Revolutionszyklus. In: WZ KMU. Leipzig 36(1987)3. S. 215–225.
- Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der sozialistische Revolutionszyklus. In: BzG. Berlin 29(1987)5. S. 590–606.
- Volksdemokratische Revolution und Friedenssicherung 1944/48. In: Der Rote Oktober: die grundlegende Wende der Menschheitsgeschichte. Materialien der XXXVI. Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. Berlin 15./16. Oktober 1987. Teil 2. Berlin 1988. S. 382–394.

- Zur Errichtung der Volksmacht in Bulgarien und Jugoslawien 1943–1946. In: Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung: Revolution und Konterrevolution im sozialistischen Revolutionszyklus. Leipzig (1988)23. S. 42–59.
- Machfrage und Demokratieverständnis in der sozialistischen Umwälzung – historische Forschungsfragen. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe. Leipzig 39(1990)3. S. 249–266.
- Resistance und Revolution in Südosteuropa. In: Études Balkaniques. Academie Bulgare des Sciences. Institut d'Études Balkaniques. Sofia (1990)2. S. 65–69.
- Die Nationalitätenkonflikte in Ost- und Südosteuropa und ihre historischen Wurzeln. In: Berliner Debatte INITIAL. Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs. Berlin 1(1991)6. S. 619–628.
- Südosteuropa als kulturhistorische Region. In: Kultursoziologie. Ambitionen – Aspekte – Analysen. Leipzig 2(1993)1. S. 34–52.
- Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. In: Ebenda. Leipzig 3(1994)1. S. 20–42.
- Sozialhistorische Aspekte der Nationwerdung in Südosteuropa. In: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Balint Balla und Wolfgang Geier. Sonderband Kultursoziologie. Münster und Hamburg: Lit Verlag 1994. S. 134 bis 152.
- Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. In: Kultursoziologie. Ambitionen – Aspekte – Analysen. Leipzig 3(1994)6. S. 40–66.
- Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien. Thesen. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig (1996)3. S. 37–53.
- Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien. In: Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente. Leipzig 7(1998)1. S. 58–98.
- Nationwerdung und nationale Konflikte in Südslawien. In: Utopie kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen. Hrsg. vom Förderverein Konkrete Utopien e. V. Berlin (September 1998)95. S. 48–64.
- Chancen und Grenzen realsozialistischer Modernisierung in Osteuropa. Nachdenken über die Oktoberrevolution. In: Willi Beitz/Ernstgert Kalbe/Klaus Kinner/Roland Opitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Leipzig 1998. S. 23–34.
- Nochmals zur Modernisierungsproblematik in Osteuropa. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen, Grenzen, Irrwege. Leipzig (1998)5. S. 7–35.
- Nationwerdung oder nationale Wiedergeburt in Südosteuropa. In: Wolfgang Küttler (Hrsg.): Das lange 19. Jahrhundert. Personen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät. Bd. 1/2. Berlin 1999. S. 83–102.
- Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 1(6). Leipzig 1999. S. 103–136.
- Ein Balkandomino. Vom Zerfall Jugoslawiens über die Kosovo-Krise zur NATO-Aggression. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 2(7). Leipzig 2000. S. 7–52.

- Zum Bericht des Leipziger US-amerikanischen Konsuls Ralph C. Busser über den Reichstagsbrandprozeß 1933 und zu Dimitroffs »Dnevnik«. Nachtrag zu Georgi Dimitroffs Rolle für den Antifaschismus. Mit Dokument: Political Report. The Riddle of the Revolution. Political Aspects of the Reichstags Fire Trial. (Ralph C. Busser). In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 3(1). Leipzig 2001. S. 217–247 und 249–283.
- Die Zerstörung Jugoslawiens. Vom Zerfall der südslawischen Föderation zum NATO-Krieg im Kosovo. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Berlin 44(2001)1.
- Rosa Luxemburg zur nationalen Frage. In: Reader zur Konferenz »Historische und aktuelle Dimension des theoretischen Werkes von Rosa Luxemburg«. 16.–18. März 2001 in Leipzig. S. 49–61.

V. BERICHTE, DOKUMENTATIONEN, HISTORIOGRAPHIE, REZENSIONEN

- Dokumenti za revoljucionnite vrązki me du rabotničeskite dvi enija v Germanija i Bålgarija prez 20-te godini na našija vek. In: Istoričeski pregled. Sofia (1956)6. S. 80–88.
- Dokumentalni materiali za diplomatičeskite i stopanskite germano-bålgarski otnošeni-ja v archivite na GDR. In: Izvestija na dår avnite archivi. Bd. 1. Sofia 1957. S. 129–140.
- Ernstgert Kalbe/Wolfgang Franz: Die Zeitschrift der bulgarischen Historiker »Istoričeski pregled«. In: ZfG. Berlin (1957)6. S. 1340–1348.
- Ernstgert Kalbe/Margot Hegemann: Rezension zu Hermann Neubacher: Sonderauftrag Südost 1940–1945. Göttingen 1956. In: Deutsche Außenpolitik. Berlin (1958)7. S. 702 bis 708.
- Aktenbestände zur bulgarischen Geschichte und Geschichte der deutsch-bulgarischen Beziehungen in staatlichen Archiven der DDR. In: Jahrbuch für Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen und Geschichte Ost- und Mitteleuropas. Bd. 2. Halle/Saale: Max Niemeyer Verlag 1958. S. 396–410.
- Basil Spuru/Felix-Heinrich Gentzen/Eberhard Wolfgramm/Ernstgert Kalbe/Johannes Kalisch: Forschungen zur Geschichte der europäischen Volksdemokratien. In: Historische Forschungen in der DDR. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm 1960. Sonderband der ZfG. Berlin 1960. S. 474–507.
- Internacionalnoto antifasistko dvi enie v zaštita na Georgi Dimitrov prez 1933 godina. In: Izvestija na dår avnite archivi. Bd. 9. Sofia 1965. S. 43–66.
- Ernst Werner/Ernstgert Kalbe: Recherches sur l'Europe du Sud-Est dans la Republique Democratique Allemande. In: Bulletin de l'Association Internationale d'Études du Sud-Est Europeen (AIESEE). Bukarest 3(1965)2. S. 45–49.
- Eva Seeber/Ernstgert Kalbe/Sybille Laskowski: Forschungen zur Geschichte des sozialistischen Weltsystems und der europäischen volksdemokratischen Länder. In: Historische Forschungen in der DDR 1960–1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970. Sonderband der ZfG. Berlin 1970. S. 709–736.
- Die Geschichte der südosteuropäischen Länder in der Historiographie der Deutschen Demokratischen Republik. In: Études Balkaniques. Academie Bulgare des Sciences. Institut d'Études Balkaniques. Sofia (1970)4. S. 102–123.
- Forschungen in der DDR zur südosteuropäischen Geschichte. In: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas. Bd. 15/1. Berlin 1971. S. 111–133.

- Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die nachfolgenden sozialistischen Revolutionen. Bericht über den Arbeitskreis I. In: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozeß. XXXVI. Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR. Berlin 20.–22. September 1977. Bd. 1. Berlin: Akademie-Verlag 1977. S. 133–137.
- Bemerkungen zu methodologischen Problemen der Erforschung der Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft in der DDR. In: Entwicklungsprobleme der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der UdSSR und in der DDR. Hrsg. im Auftrage der Historikerkommission der DDR und der UdSSR von Alfred Anderle. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wissenschaftliche Beiträge 1983/54 (C30). Halle/Saale 1983. S. 339–357.
- Diskussionsbeiträge auf dem XVI. Congres International des Sciences Historiques. Stuttgart 25. August – 1. September 1985. In: Actes III. Stuttgart 1986. S. 55f. und 460f.
- Und der schwierige Balkan blieb immer im Blick. In: »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...« Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Verein e. V. 1995. S. 73–80 (2. Aufl. 1998).
- Osteuropa – ein Jahrtausendthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). In: Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente. Berlin 6(1997)1. S. 155–178.
- Osteuropa – ein Jahrtausendthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (II). In: Ebenda. Berlin 6(1997)2. S. 148–177.
- Leipzig und die bulgarischen Kaufleute – ein Handelsplatz mit Tradition. In: Bulgaren in Leipzig. Damals. Heute. Leipzig: Europa-Haus Leipzig e. V. 1999. S. 16–19.
- Europäische Aufklärung, bulgarische Wiedergeburt und Leipzig. In: Ebenda. S. 25–28.
- Ernstgert Kalbe/Dietmar Endler: Einleitung zum »Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste« (SANU). Belgrad 1986 mit Memorandumstext. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 2(7). Leipzig 2000. S. 199–207 und 209–272.
- Rezension zu Nationalismus und Nationalbewegungen in Europa 1919–1945. Hrsg. von Heiner Timmermann. (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen. Bd. 85). Berlin: Dunker & Humblot 1999. 580 S. In: Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente. Berlin 9(2000)1. S. 166–185.
- Zum Neubeginn der Ost- und Südosteuropa-Geschichte in Leipzig. In: Universität im Aufbruch. Leipzig 1945–1956. 7. Walter-Markov-Kolloquium Dezember 1999. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Leipzig 2001 (im Druck).
- Rezension zu Walter Markov: Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse. Mit einer Einführung von Günter Hödl und einem Dokumentenanhang. Hrsg. von Fritz Klein und Irene Markov. Leipziger Universitätsverlag 1999. 334 S. In: Berliner Debatte INITIAL. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs. Berlin 11(2000)3. S. 125–128.
- Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. In: Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Hrsg. Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. von Klaus Kinner, Wolfgang Scheler und Ernst Wurl. Leipzig (2001)8. 48 S.
- Betrachtungen zur Balkandiplomatie gestern und heute. Zu Walter Markovs »Grundzügen der Balkandiplomatie« und Hannes Hofbauers Balkankrieg«. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 3(2). Leipzig 2001. S. 329–354 (im Druck).

VI. MITARBEIT AN ENZYKLOPÄDIEN, LEHRMATERIALIEN, NACHSCHLAGEWERKEN

- Basil Spiru/Gerhard Fuchs/Ernstgert Kalbe/Eva Seeber: Zu einigen Problemen der Vorlesung »Herausbildung und Entwicklung des sozialistischen Weltsystems«. In: ZfG. Berlin (1962)1. S. 136–152.
- Bulgarien. In: Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte. Hrsg. von Walter Markov/Alfred Anderle/Ernst Werner/Herbert Wurche. Leipzig: Bibliographisches Institut 1964. S. 109–117 (bis 5. Aufl. 1973). – Jugoslawien. In: Ebenda. S. 394–410 (bis 5. Aufl. 1973).
- Bulgarien. In: Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte. Hrsg. von Walter Markov/Alfred Anderle/Ernst Werner/Herbert Wurche. Leipzig: Bibliographisches Institut 1979. Bd. 1. S. 149–158 (bis 3. Aufl.). – Jugoslawien. In: Ebenda. Bd. 2. S. 562–579 (bis 3. Aufl.).
- Bulgaria. In: Vilagörtenelemi Enciklopedia. Kossuth könyvkiado. Budapest 1984. Bd. 1. S. 165–174. – Jugoszlavia. In: Ebenda. Bd. 2. S. 473–490.
- Bulgarien. In: Alfred Anderle u. a. (Hrsg.): Weltgeschichte in Daten. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1965 (bis 3. Aufl. 1970). – Jugoslawien. In: Ebenda (bis 3. Aufl. 1970)
- Sachgebiete »Geschichte Balkan, Bulgarien, Jugoslawien«. In: Lexikon A–Z in zwei Bänden. Bd. 1. Leipzig: Bibliographisches Institut Leipzig 1956. – Ebenda. Bd. 2. Leipzig: Bibliographisches Institut Leipzig 1957.
- Sachgebiete »Geschichte Balkan, Bulgarien, Jugoslawien«. In: Meyers Neues Lexikon. Bd. 1–8. Leipzig: Bibliographisches Institut 1961–1964. – Ergänzungsband 9. Leipzig 1969.
- Sachgebiete »Balkan, Bulgarien, Jugoslawien«. In: Meyers Kleines Lexikon. Bd. 1–3. Leipzig: Bibliographisches Institut 1966–1968.
- Sachgebiete »Balkan, Bulgarien, Jugoslawien«. In: Meyers Neues Lexikon. 2. neu erarbeitete Aufl. Bd. 1–18. Leipzig: Bibliographisches Institut 1972–1978.
- Das sozialistische Weltsystem. In: Hans Beyer/Günther Großer/Kurt Schneider (Hrsg.): Der Hauptinhalt unserer Epoche. Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus. Berlin 1972. S. 37–68.
- Das sozialistische Weltsystem – revolutionäre Hauptkraft unserer Epoche (Kapitel 7). In: Günther Großer u. a. (Hrsg.): Wissenschaftlicher Kommunismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium. Berlin 1974. S. 168–191.
- Der Sozialismus als Weltsystem (Kapitel 19). In: Ebenda. S. 504–528.

Geplante Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa« für das Jahr 2002

- 17.01.2002 Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe (Freital): Rechtsextremismus und Antisemitismus in Osteuropa in den neunziger Jahren
- 21.02.2002 Annegret Haase/Andreas Wust (Leipzig): Berichte über sozialwissenschaftliche Forschungen in südöstlichen und nordöstlichen Grenzregionen Polens 1999–2001
- 21.03.2002 Doz. Dr. Wolfgang Geier (Leipzig/Klagenfurt): Bulgarien zwischen Osten und Westen. Ereignisse und Gestalten. Wiesbaden 2001/2002 (Buchvorstellung gemeinsam mit der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft e. V. Leipzig)
- 18.04.2002 Doz. Dr. Erhard Crome (Berlin/Potsdam): Grundzüge deutscher Osteuropapolitik seit 1990
- 16.05.2002 Prof. Dr. Helmut Meier (Leipzig): Deutsche Mitteleuropa-Konzepte – Vorherrschaftspläne oder Visionen gut-nachbarlicher Partnerschaft
- 20.06.2002 Prof. Dr. Anton Latzo (Potsdam): Politischer Strukturwandel Rumäniens in den neunziger Jahren
- 19.09.2002 Prof. Dr. Dieter Segert (Berlin): Warum ist Tschechien anders? Vergleich der politischen Transformation Ostmitteleuropas nach 1989
- 17.10.2002 Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Der Stabilitätspakt für den Balkan und seine Wirkungen
- 14.11.2002 Prof. Dr. Sarkis Latchinian (Leipzig): 1700 Jahre Armenien
- 05.12.2002 Dr. Holger Politt (Leipzig): Zum heutigen polnischen Diskurs über die jüdische Problematik

Änderungen und Ergänzungen der Reihe vorbehalten.

Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4:* Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S. – *Heft 5:* Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen – Grenzen – Irrwege. Leipzig 1998. 151 S.

Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Band 1(6): Leipzig 1999. 297 S. [Enthält u. a. Jörg Roesler: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Zur Vorgeschichte und zu Problemen des wirtschaftlichen Anschlusses Ostmitteleuropas an den Westen. S. 7–33. – Sarkis Latchinian: Die Osterweiterung der NATO im Interessenwiderstreit der Betroffenen. S. 35–56. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkirchen. S. 57–88. – Holger Politt: Die polnische Freiheitsauffassung im historischen Rückblick. S. 89–101. – Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. S. 103–136. – Eckart Mehls: Der 21. August 1968. Persönliche Betrachtungen zur Vorgeschichte, Geschichte und Folgen einer interventionistischen »Hilfsaktion«. S. 137–167. – Dokument I: Zweitausend Worte an die Arbeiter, Bauern, Angestellten, Wissenschaftler, Künstler und an alle. S. 169–176. – Dokument II: Über den Verlauf der Beratungen des Oktober-, Dezember- und Januarplenums des Zentralkomitees der KPTsch. S. 177–209. – Werner Röhr: Verschwiegene Tatsachen. Zum historischen Hintergrund der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997. S. 211–246. – Dokumentation: Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung sowie der dazu ergangene Briefwechsel. S. 247–254. – Waltraud Bayer: Kunstsammeln unter Stalin, 1928–1953. S. 255–271. – Olaf Kirchner/Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 273–286.] – *Band 2(7): Leipzig 2000. 348 S.* [Enthält unter anderem Ernstgert Kalbe: Ein Balkan-Domino. Vom Zerfall Jugoslawiens über die Kosovo-Krise zur NATO-Aggression. S. 7–52. – Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Fokus der Interessen Rußlands und der NATO. S. 53–88. – Eugen Faude: Zum Stand und zu den weiteren Perspektiven der Reformpolitik in Rußland (Thesen). S. 89–107. – Eckart Mehls: Der »Runde Tisch« in Polen 1989. Seine nationale und internationale Dimension. S. 109–136. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkir-

chen (Teil II). S. 137–155. – Willi Beitz: Neue Einblicke in die Literaturpolitik und in Biographien russischer Schriftsteller der Stalinzeit. S. 157–178. – Holger Politt: Ungelebte Volksrepublik. Anmerkungen zu einer polnischen Geschichtsdebatte. S. 179–197. – Ernstgert Kalbe/Dietmar Endler: Einleitung zum »Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste« (SANU), Belgrad, Herbst 1986. S. 199–207. – Dokument: Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Übersetzt aus dem Serbo-Kroatischen von Dietmar Endler). S. 209–272. – Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Die gegenwärtige russische Historiographie zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion: methodologische Aspekte, Rahmenbedingungen, ausgewählte Probleme. S. 273–329. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 331–336.] – *Band 3(1): Leipzig 2001. 362 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzig – Sachsen – Osteuropa. S. 9–30. – Peter Hoffmann: »Ich blicke über ein Jahrhundert hinaus ...«: Radischtschews Zukunftsvision. S. 31–49. – Erhard Hexelschneider: Michail Bakunin in Sachsen. S. 51–87. – Wolfgang Geier: Iwan Schischmanow (1862–1928): Student in Leipzig – Gelehrter – Politiker. S. 89–98. Adelheid Latchinian: Leipzig und Armenien. Zu kulturellen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. S. 99–125. – Holger Politt: Messianistisches aus Dresden. S. 127–138. – Hilmar Walter: Der »Aufruf« Iwan Bogorows aus der ersten bulgarischen Zeitung »Bulgarischer Adler«. S. 139–150. – Dokument: Iwan Bogorow: Aufruf. S. 151–155. – Volker Hölzer: Georg Sacke und sein Literaturbericht von 1934 zur Geschichtsschreibung über Rußland. S. 157–186. – Dokument: Georg Sacke: Geschichte Rußlands in russischer und deutscher historischer Literatur der Nachkriegszeit. S. 187–215. – Ernstgert Kalbe: Zum Bericht des Leipziger US-amerikanischen Konsuls Ralph C. Busser über den Reichstagsbrandprozeß 1933 und zu Dimitroffs »Dnevnik«. Nachtrag zu Georgi Dimitroffs Rolle für den Antifaschismus. S. 217–247. – Dokument: Political Report: The Riddle of the Revolution. Political Aspects of the Reichstag Fire Trial (from Ralph C. Busser). S. 249–283. – Dietmar Endler: Leipzig und die Bulgaren. Kulturhistorische Miniaturen. S. 285–324. – Jürgen Kunze/Herbert Schmiodt: Das Deutsch-Russische Zentrum in Leipzig. Die Integration von Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der UdSSR. S. 325–343. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 345–347.]

Diskurs

Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus

Heft 1: Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. – *Heft 4:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. 66 S. – *Heft 5:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II). Leipzig 2000. 122 S. – *Heft 8:* Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig 2001. 48 S.

Texte zur politischen Bildung

Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht – eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche – eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 26:* Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig (Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa). Leipzig 1998. 84 S.

Texte zur Philosophie

Heft 3: Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S.

Texte zur Literatur

Heft 4: »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S.

Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte

Heft 2: Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Manuskriptdruck. Leipzig 2001. o. S.

Monographien

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Hrsg. von Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz. Leipzig 1998. 152 S.

Fünf Jahre in Speziallagern des NKWD und das Leben danach. Ein Lebensbericht von Wolfgang Kretzschmar. Leipzig 1998. 174 S.

Ernstgert Kalbe: Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan. Leipzig 1999. 52 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz. Leipzig 1999. 196 S.

Von Dostojewski bis Kundera. Beiträge zum europäischen Roman und zur Romantheorie. Hrsg. von Willi Beitz unter Mitwirkung von Christiane Chulz und Silke Waber. Leipzig 1999. 239 S.

Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Brennpunkt strategischer Interessen Rußlands und der USA. Leipzig 1999. 64 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. zu Osteuropa-Themen

»Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

1. Jahrgang: Heft 4. Leipzig 1992. 104 S. [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74–79. – Polina Giaourowa: Sommerkolloquia zur Konfliktspezifik in Osteuropa. S. 89–93.] – *2. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1993. 160 S.* [Enthält unter anderem Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4–22. – Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23–33. – Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34–52. – Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53–64. – Katrin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum? S. 65 bis 77. – Roland Girtler: Die Landler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78–87. – Bálint Balla: Postkommunismus. S. 110–126. – Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126–133. – Ewa Bojenko-Izdebska/Erhard Cziomer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 133–143. – Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa: Gründung einer wissenschaftlichen Fachsektion. S. 143–146. – Polina Giaourowa: Rezension zu Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch. Bd. I–VI. Göttingen 1975 ff. S. 152 bis 155. – Lutz-Dieter Behrendt: Rezension zu Manfred Hellmann/Gottfried Schramm/Klaus Zernack (Hrsg.). Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 1–3. Stuttgart 1981 ff.] – *Heft 3. Leipzig 1993. 128 S.* [Enthält u. a. Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 126–127.] – *Heft 4. Leipzig 1993. 112 S.* [Enthält u. a. Alenka Barber-Kersovan: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61–66. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 105–111.] – *3. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5–19. – Ernstgert Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20–42. – Karlheinz Mack: Nationalismus – Nationalitäten – Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43–59. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postsovietischer Zeit. S. 60–75. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia der Sektion Osteuropaforschung. S. 76–79.] – *Heft 2. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53–62.] – *Heft 5. Leipzig 1994. 76 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38–59. – Britta Böhme: Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Forschungsprojekte 1992/1993. S. 67–73.] – *Heft 6. Leipzig 1994. 72 S.*

[Enthält u. a. Michail Videnov: Über einige aktuelle Fragen der Sprachsituation im heutigen Bulgarien. S. 5–19. – Olaf Kirchner: Die Neugruppierung der politischen Kräfte in Rußland. S. 21–39. – Ernstgert Kalbe: Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. S. 40–66. – Lutz-Dieter Behrendt: Kolloquia der Fachsektion Osteuropaforschung. S. 67–70.]

»Kulturosoziologie«. Sonderband 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Bálint Balla und Wolfgang Geier. Münster und Hamburg 1994. 190 S.

»Kulturosoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«.
Wissenschaftliche Halbjahreshefte.
Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe

4. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1995. 217 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Indikatoren zur Analyse der Umbrüche im Osten Europas. S. 5–28. – Britta Böhme: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Ukraine. Konzeption eines Forschungsprojekts. S. 61–112.] – *Heft 2. Berlin 1995. 219 S.* [Enthält u. a. Roland Girtler: Ein Begräbnis in Siebenbürgen – Wandel der Rituale. S. 64–75. – Polina Giaourowa: Die Intelligenzija – »Krisenmanager« in Umbruchzeiten? Eine Untersuchung zur Rolle der bulgarischen Intelligenzija seit 1989. S. 129–144. – Anke Heynoldt: Die deutsche »Polenbegeisterung« 1830–1832. S. 145–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Arbeitskreises Osteuropa. S. 198–203.] – *5. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1996. 228 S.* [Enthält u. a. Willi Beitz: Über den Umgang russischer Schriftsteller mit Machtverhältnissen als Ausdruck generationsspezifischer kultureller Prägungen – von Michail Bulgakow bis Wladimir Makanin. S. 7–33. – Walter Hildebrandt: Identität durch Konfiguration. Wege zwischen Anarchismus und Diktatur. S. 34–78. – Annegret Haase: Zur Fluchtsituation in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas. S. 132–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropaforschung. S. 211–221.] – *Heft 2. Berlin 1996. 187 S.* [Enthält u. a. Thilo Kunze: Wegmarken und Wegzeichen der russischen Aufklärung. S. 63–112.] – *6. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1997. 206 S.* [Enthält u. a. Karl-Heinz Gräfe: Das Ostjudentum. Historische und aktuelle Aspekte. S. 73–98. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). S. 155–178.] – *Heft 2. Berlin 1997. 225 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzigs Beziehungen zur russischen Kultur und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. S. 118–147. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (II). S. 148–177.] – *7. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1998. 216 S.* [Enthält u. a. Anke Heynoldt: Die Bedeutung des Sarmatismus für das Nationalbewußtsein und die Kultur des polnischen Adels zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. S. 6–57. – Ernstgert Kalbe: Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien. S. 58–98. – Lutz-Dieter Behrendt: Die Zöglinge des Instituts der Roten Professur (1921–1938). Soziologisches Porträt einer einflußreichen Abteilung der sowjetischen Partei-Intelligenz. S. 99–119. – Christian Gracza: Die Kommunalka. Ein sowjetischer Soziotyp. S. 120–130. – Andrzej

Sakson: Regionale Identität heutiger Bewohner des ehemaligen Ostpreußen. Versuch eines soziologischen Vergleichs. S. 131–149. – Holger Politt: Ein mißratener Sprung? Andrzej Walickis Buch über Freiheit und Marxismus. S. 150–159. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 160–176.]. – 7. Jahrgang: *Heft 2. Berlin 1998. 244 S.* [Enthält u. a. Annegret Haase: Kleine Minderheiten mit großen Problemen? Zur gegenwärtigen Lage der ukrainischen Bevölkerung im südöstlichen Polen. S. 126–145. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 182–194.]. – 8. Jahrgang: *Heft 1. Berlin 1999. 195 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Polen in der europäischen Geschichte. S. 7–28. – Anke Heynoldt: Die polnische Kulturgeschichtsschreibung und das Problem Sarmatismus. S. 29 bis 68. – Holger Politt: 1918 – Polens Abschied vom 19. Jahrhundert. S. 69–88. – Annegret Haase: Koexistenz zwischen Versöhnung und Austausch, Abgrenzung und Konflikt. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Südostpolen vor dem Hintergrund der Demokratisierung und geopolitischen Neuordnung in Ostmitteleuropa. S. 89–154. – Viorel Roman: Imperium & Limes '99. S. 155–171. – Besprechungen. S. 173–191.]. – 8. Jahrgang: *Heft 2. Berlin 1999. 218 S.* [Enthält u. a. Sylvia Meierewert: Tschechische Kulturstandards aus der Sicht österreichischer Manager. S. 149–172.]. – 9. Jahrgang: *Heft 1. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Ungarn in der europäischen Geschichte. Anmerkungen zu einem Millenium und zu einer Publikation. S. 9 bis 44. – Erhard Crome: Der »Gulasch-Kommunismus« als sozio-kulturelles Gefüge. S. 45 bis 55. – Sylvia Meyerewert/Katalin Topcu: Kulturstandards im österreichischen Zentral- und Osteuropa-Management: Österreich und Ungarn. S. 57–69. – Christian Gracza: Rückblick eines Einsichtigen. Der ungarische Pavillon auf der 51. Frankfurter Buchmesse 1999. S. 71–78. – Annegret Haase: Brücke zwischen Ost und West oder neuer »Limes des Westens«? Strukturen, Kontakte und Interessen an der polnischen Ostgrenze als zukünftiger Außengrenze der Europäischen Union. S. 79–112. – Bálint Balla: Die Zeit aus knappheitssoziologischer Sicht – allgemein und im Sowjetsystem. S. 113–131. – Besprechungen. S. 151–191.]. – 9. Jahrgang: *Heft 2. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Lucia Nicolau: Die Transsilvanische Schule (Școala Ardeleană) im europäischen Kontext. S. 43 bis 56. – Willi Beitz: Ost und West, Revolution und Evolution, Raum und Zeit bei Andrej Platonow. S. 83–110. – Besprechungen. S. 161–180.]. – 10. Jahrgang: *Heft 1. Berlin 2001. 225 S.* [Enthält u. a. Anne Schnirch: Rußlandberichte aus drei Jahrhunderten. Herberstein, Olearius und Weber im Vergleich. S. 9–72. – Eckart Mehls: Kleine Staaten – Große Mächte. Zur Entwicklung von Vorstellungen T. G. Masaryks zur tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit im Schwerefeld der Mächte in Ostmitteleuropa. S. 73–94. Holger Politt: Schwarze Vision trotz gewonnener Schlacht gegen den »Bolschewismus«. Florian Znanieckis Sorge um den Bestand der abendländischen Zivilisation. S. 95–114. Andreas Wust: Grenzen und Grenzregionen im östlichen Europa. Aktuelle Fragen der Forschung. S. 115–138. – Sylvia Meyerewert/Claudia Feichtinger/Josef Langer: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen zu Slowenien. Begegnungen mit einer anderen Kultur? S. 139–162. – Erhard Crome: Der »Gentry«-Faktor. S. 163–176. – Hannes Hofbauer: Transformationsprozesse in Osteuropa. Eine sozio-ökonomische Bilanz. S. 177 bis 194. – Besprechungen. S. 195–223.].

Wolfgang Geier: *Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen*. Wiesbaden 1995. VII, 271 S.

Wolfgang Geier: *Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis*. Wiesbaden 1996. IX, 208 S.

Zu den Autoren dieses Bandes

Prof. Dr. Jörg Roesler (geb. 1940); Wirtschaftshistoriker aus Berlin. 1964–1974 Seminare und Vorlesungen zur deutschen Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität, ab 1974 Leiter der Forschungsgruppe »Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder« an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1978–1989 Vorlesungen zur Geschichte der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in sozialistischen Ländern an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Nach Abwicklung der Akademie-Institute arbeitete er ab 1992 zur DDR-Wirtschaftsgeschichte am Forschungsschwerpunkt »Zeithistorische Studien« in Potsdam. 1992 und 1994/1995 war er Gastprofessor an kanadischen Universitäten. An der Universität Toronto hielt er Vorlesungen zur deutschen Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart und zur Geschichte der ostmittel- und südosteuropäischen Länder über den gleichen Zeitraum. In zahlreichen Publikationen hat sich Roesler vor allem zur Wirtschaftsentwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges in der DDR und den anderen RGW-Ländern geäußert. Seine Buchpublikationen beschäftigen sich mit der Wirtschaftsgeschichte der DDR, u. a. »Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR« (Berlin 1990). Er ist Mitglied der Association of Comparative Economic Studies (USA), der European Association of Comparative Economic Studies und der Leibniz-Sozietät zu Berlin.

Doz. Dr. phil. habil. Wolfgang Geier (geb. 1937); studierte Philosophie und Soziologie in Leipzig. Nach Promotion und Habilitation arbeitete er bis 1981 am Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung. Danach war er bis Anfang 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind Kulturosoziologie (Geschichte, Theorien, Methoden) und Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Geier wurde im Oktober 2000 als Gastprofessor für Geschichte der Kulturwissenschaften an die Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Klagenfurt (Österreich) berufen. Er ist Präsident der Gesellschaft für Kulturosoziologie, Herausgeber der wissenschaftlichen Zeitschrift »Kulturosoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente« und Mitherausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher«. In jüngster Zeit veröffentlichte er u. a. »Zur Soziologie des Postkommunismus« (Münster, Hamburg 1994), »Zeitbrüche im Osten« (Wiesbaden 1995) und »Rußland und Europa« (Wiesbaden 1996).

Prof. Dr. sc. phil. Erhard Hexelschneider (geb. 1934), lebt in Leipzig. Studium der Slawistik 1953–1958 an den Universitäten Greifswald und Leningrad. Forschung und Lehre am Slawischen Institut (1958–1969) und am Institut für Internationale Studien (1969 bis 1979) der Universität Leipzig. 1980–1990 Direktor des Herder-Instituts in Leipzig; 1991 aus dem akademischen Dienst entlassen. Promotion 1963 über die Rezeption der russischen Volksdichtung bis Mitte des 19. Jahrhunderts; Promotion B über Probleme der internationalen Kulturbeziehungen (1973). Arbeiten zur russischen Literatur und den deutsch-russischen Beziehungen in der Volksdichtung und Literatur des 18. und 19. Jahr-

hunderts sowie zu den internationalen Kulturbeziehungen. Nach 1990 wurden die sächsisch-russischen Kulturbeziehungen im 18. und 19. Jahrhundert sowie die Analyse der Rußlandbeziehungen des F. A. Brockhaus-Verlages zu den wichtigsten Themen seiner Forschungs- und Vortragstätigkeit. Er ist seitdem Mitherausgeber der Sammelbände »Rußland und Europa« (1995), »Rußland im Umbruch« (1997), »Weimar und der Osten« (2000, im Druck) und »Auf ehrliche und anständige Gegnerschaft ...«. Ferdinand Lassalle und der F. A. Brockhaus-Verlag in Briefen und Kommentaren (2000). Er verfaßte das Taschenbuch »Ein Schatz in der Tabakdose. Impressionen russischer Künstler über Dresden« (1998) und die Monographie »Kulturelle Begegnungen zwischen Sachsen und Russland. 1790–1849« (2000).

Prof. Dr. sc. phil. Eckart Mehls (geb. 1935); studierte von 1953 bis 1959 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und war danach bis 1961 als Lehrer an der Erweiterten Oberschule Wolgast tätig. 1961 bis 1979 arbeitete er in der Universitätsleitung der Humboldt-Universität, seit 1969 als Direktor für internationale Beziehungen. Nach planmäßiger Aspirantur von 1979 bis 1982 und Promotion zum Dr. sc. phil. wurde er 1983 zum Dozenten für Geschichte des sozialistischen Weltsystems und 1986 zum a. o. Professor an der Humboldt-Universität berufen. Im Zuge der »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaft wurde er 1993 »betriebsbedingt« aus der Humboldt-Universität entlassen. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war die Geschichte Polens und der Beziehungen zwischen DDR und VRP. 1990 gehörte er zu den Gründern der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und war bis 1992 deren Vizepräsident.

Dr. sc. phil. PD Sonja Striegnitz (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961–1963 Studienaufenthalt an der Staatlichen Universität Leningrad. Ab 1963 und bis 1996 war sie an der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung zur Geschichte Rußlands/der Sowjetunion tätig (1970 Promotion, 1986 Habilitation), seit 1989 als a. o. Dozentin und seit 1994 als Privatdozentin für Osteuropäische Geschichte. Ihre wissenschaftliche Arbeit u. a. zu Problemen des Bürgerkrieges, zur Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und über die Wolgadeutschen ist in vielen Veröffentlichungen dokumentiert, darunter »Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht« (Berlin 1979) und »Wolgadeutsche. Geschichte und Gegenwart« (Berlin 1992, zusammen mit Michael Schippan). Striegnitz ist Mitherausgeberin zahlreicher Dokumentenveröffentlichungen, u. a. der ersten Dekrete der Sowjetmacht, Dokumente zur Angliederung der baltischen Staaten an die UdSSR 1939/1940, über deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920 und zur Russischen Revolution 1917.

Prof. Dr. sc. phil. Dieter Segert (geb. 1952); studierte Philosophie in Berlin und Moskau; ab 1978 Arbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin; ab 1985 Teilnahme an einem Forschungsprojekt zum Vergleich der rechtlichen und politischen Reformen in europäischen sozialistischen Staaten (Leiter Jens-Uwe Heuer), Mitinitiator des Projektes »Moderner Sozialismus« (ab 1988, mit Michael Brie und Rainer Land), 1989 Mitbegründer der »Gesellschaft für Politikwissenschaft in der DDR«. Nach 1990 Mitwirkung an der Begründung des Fachbereichs Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität (Soziologen, Politologen, Demographen), dort von 1993 bis 1998 befristete C-3-Professur für

Vergleichende Politikwissenschaft. 1998 bis 2001 über den Deutschen Akademischen Austauschdienst Gastprofessor an der Karls-Universität Prag. Segert hat zahlreiche Buch- und Zeitschriftenpublikationen zur Entwicklung der politischen Parteien in Ostmitteleuropa und Ostdeutschland sowie zur wechselvollen Geschichte des Verhältnisses von Demokratie und Diktatur in Osteuropa im letzten Jahrhundert, jüngst verstärkt zur Geschichte des europäischen Staatssozialismus.

Dr. phil. Volker Hölzer (geb. 1941); studierte von 1963 bis 1967 am Pädagogischen Institut Leipzig Pädagogik, Deutsch und Geschichte. Anschließend arbeitete er als Lehrer in der Volksbildung, später in der Erwachsenenqualifizierung und politischen Bildung. 1978 legte er in Berlin das Diplom für Gesellschaftswissenschaften ab. Im Rahmen einer Aspirantur promovierte er 1982 an der Karl-Marx-Universität Leipzig zur Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Obersten Sowjet der UdSSR und der Volkskammer der DDR in den Jahren 1949 bis 1956. An der Leningrader Universität absolvierte er 1980 ein geschichtswissenschaftliches Zusatzstudium. Hölzer wirkte an der Veröffentlichung einer Dokumentation zur Geschichte des sozialistischen Weltsystems mit. Als Lehrbeauftragter lehrte er zur Geschichte der UdSSR. Im Rahmen des Bundes der Antifaschisten Leipzig und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig arbeitet er über den antifaschistischen Osteuropa-Historiker Georg Sacke und über Probleme der deutschen Osteuropawissenschaften in Leipzig.

Prof. Dr. sc. phil. Willi Beitz (geb. 1930); studierte Slawistik und Germanistik an der Universität Greifswald. Promotion 1957, Habilitation 1964, jeweils mit Arbeiten zur modernen russischen Literatur. Während seiner Tätigkeit als Direktor des Instituts für Slawistik der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg (1962–1969) wurde er 1965 zum Dozenten, 1966 zum Professor für Geschichte der russischen und sowjetischen Literatur berufen. 1969 erfolgte seine Berufung an die Leipziger Universität, wo er von 1974 bis 1976 Direktor der Sektion Kulturwissenschaften und Germanistik war. Bis 1992 war er am Fachbereich Slawische Literaturen tätig. Von 1986 bis 1990 hatte er die Funktion des Vizepräsidenten der Internationalen Assoziation der Lehrkräfte für russische Sprache und Literatur (MAPRJAL) und Vorsitzenden des zugeordneten Nationalkomitees der DDR inne. Beitz beteiligte sich federführend an Literaturgeschichten zu Literaturen der UdSSR (u. a. Mitherausgeber von *Geschichte der russischen Sowjetliteratur*. 2 Bde. Berlin 1973 und 1975. – Einführung in die multinationale Sowjetliteratur. Leipzig 1983). Zu seinen vielen Veröffentlichungen, die auf internationale Anerkennung stießen, zählt u. a. »Vom ›Tawewter‹ zur Perestroika. Russische Literatur zwischen den fünfziger und neunziger Jahren« (Bern u. a. 1994, Herausgeber).

Prof. Dr. sc. phil. Erwin Lewin (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Albanologie in Leipzig und Tirana, spezialisierte sich auf albanische und südosteuropäische Geschichte, danach auf Geschichte der Komintern. 1965 promovierte er zur albanischen Unabhängigkeitsbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, 1986 Habilitation über die Bündnispolitik der Komintern gegenüber der Bauernschaft 1919–1928. Bis 1969 war Lewin an der Universität Leipzig tätig, danach bis zur Abwicklung 1992 am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, resp. am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. 1987 wurde er zum Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen. Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen – Aufsätze, Studienbände und

Dokumenteneditionen – gehören u. a. »Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale « (1974), »Illustrierte Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943« (19784), »In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR« (1991), »Protokoll der Brüssler Konferenz der KPD 1935« (1997, 2 Bde.), dasselbe auch als CD-ROM (2000). In den letzten Jahren als freier Wissenschaftler, Übersetzer und Dolmetscher für albanische Sprache tätig.

Prof. Dr. sc. Horst Schützler (geb. 1935); studierte von 1954 bis 1958 Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1956 spezialisierte er sich auf das Fachgebiet Geschichte der UdSSR. Von 1958 bis Ende 1992 war er an der Fachrichtung bzw. Sektion Geschichte bzw. am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität in Lehre, Forschung und Wissenschaftsorganisation als Oberassistent, ab 1971 als Dozent (1963 Promotion A, 1978 Promotion B) und ab 1981 als ordentlicher Professor sowie 1979–1990 als Leiter des Bereichs Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Weltsystems tätig und forschte insbesondere zur Geschichte Rußlands, der Sowjetunion, Osteuropas und der deutsch-russischen/sowjetischen Beziehungen. Darüber hinaus arbeitete er in verschiedenen wissenschaftlichen Gremien sowie ehrenamtlich in gesellschaftlichen Funktionen, so von 1980 bis 1990 als Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft der Humboldt-Universität. Schützler ist Autor, Mitautor bzw. Mitherausgeber zahlreicher Publikationen, u. a. »Deutsch-sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart« (Berlin 1975), »Geschichte der UdSSR. Von den Anfängen bis zur Gegenwart« (Berlin 1976), »Kurze Geschichte der Sowjetunion 1917–1983« (Berlin 1985, zusammen mit Günter Rosenfeld), »Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen: 25. Oktober 1917 bis 10. Juli 1918« (Berlin 1987, zusammen mit Sonja Striegnitz), »Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940« (Berlin 1991, zusammen mit Michael Rosenbusch und Sonja Striegnitz), »Aufstieg und Zerfall einer Weltmacht. Die Sowjetunion von 1917 bis 1991« (Bamberg 1994, zusammen mit Martin Hoffmann und Florian Osburg), »Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?« (Berlin 1997, zusammen mit Wladislaw Hedeler und Sonja Striegnitz).

Dozent Dr. phil. Dietmar Endler (geb. 1936); studierte von 1954 bis 1959 Bulgaristik/Slawistik an der Kliment-Ochridski-Universität in Sofia. 1966 promovierte er über das Erzählwerk des bulgarischen Schriftstellers Ivan Vazov. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Slawischen Institut bzw. an der Sektion Kulturwissenschaften und Germanistik, später Germanistik und Literaturwissenschaft, wo er von 1976 bis 1992 als Dozent wirkte, hielt er für Slawistik- und Sprachmittlerstudenten Vorlesungen und Seminare zur Geschichte der südslawischen Literaturen und Kulturen (Bulgarisch und Serbokroatisch). Er publizierte zur Geschichte der bulgarischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts sowie zu den deutsch-südslawischen Literatur- und Kulturbeziehungen. Gemeinsam mit Hilmar Walter gab er ein »Bulgarisch-Deutsches Wörterbuch« (Leipzig 1980, vier weitere Auflagen) heraus, das 1994 als Lizenzausgabe des Langenscheidt Verlages auch in Sofia erschien.

Prof. Dr. phil. habil. Dr. h. c. Hilmar Walter (geb. 1933); studierte 1951–1952 in Leipzig Slawistik, 1952–1957 in Sofia Bulgarische Philologie, absolvierte 1965–1966 ein Zusatzstudium an der Universität Belgrad im Fach Serbokroastistik. In Leipzig Promoti-

on zum Dr. phil. (1961) mit einer Dissertation zum Thema »Die reflexiven Verben im Bulgarischen der Gegenwart«, zum Dr. sc. phil. (1974) mit einer Arbeit zum Thema »Die temporale, aspektliche und modale Semantik der finiten Formen des Verbs in der bulgarischen Literatursprache der Gegenwart«. 1986 Ehrenpromotion zum Dr. h. c. der Philologischen Fakultät der St.-Kyryll-und-Method-Universität Veliko Tärново. Von 1957 bis 1992 Lehr- und Forschungstätigkeit an der Leipziger Universität, seit 1964 Wahrnehmung einer Dozentur, seit 1969 Hochschuldozent sowie seit 1975 als ordentlicher Professor. Zwischenzeitlich (1983–1986) Gastprofessor an der St.-Kyryll-und-Method-Universität Veliko Tärново (Bulgarien). Gastvorträge an den Universitäten Sofia, Veliko Tärново, Belgrad, Gießen, Marburg, Hamburg. Seit 1990 jährlich auf Einladung Blockvorlesungen und Seminare an der Universität Veliko Tärново, der St.-Kliment-Ochridski-Universität Sofia, der Neuen Bulgarischen Universität Sofia und der Freien Universität Burgas im Rahmen der Fachausbildung »Angewandte Linguistik«. Forschungsschwerpunkte: Bulgaristik und »Serbokroastistik«. Hauptthemenkreise in diesem Rahmen sind die bulgaristische und serbokroastische Sprach- und Übersetzungswissenschaft (Systembeschreibung, Soziolinguistik, Sprachvergleich); außerdem Probleme der Balkanlinguistik, der Lexikographie; daneben Beschäftigung mit kultur- und literaturgeschichtlichen Themen, Geschichte der Bulgaristik und »Serbokroastistik« und Fragen der deutsch-südslawischen Wechselbeziehungen.

Prof. Dr. sc. phil. Helmut Meier (geb. 1934); Studium der Geschichte und Germanistik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; 1958 bis 1967 wissenschaftlicher Assistent bzw. Oberassistent am Institut für deutsche Geschichte der Hallenser Universität; Promotion 1967 über die ideologiegeschichtliche Wirkung von Constantin Frantz; 1967 bis 1990 Tätigkeit am Institut bzw. der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Berlin als Dozent, o. Prof. und stellvertretender Direktor der Instituts für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Forschungen zum Geschichtsbeußtsein in der DDR, darüber auch Habilitation; 1991 »abgewickelt«, seit 1995 Rentner. Meier ist Mitbegründer und Vorsitzender des »Gesellschaftswissenschaftlichen Forums« e. V. Berlin.

Prof. Dr. sc. phil. Ernstgert Kalbe (geb. 1931); Studium der Geschichte und Bulgaristik in Leipzig, spezialisierte sich auf ost- und südosteuropäische Geschichte und absolvierte längere Studienaufenthalte in Leningrad, Kiew, Sofia und Zagreb. Promotion 1960 zur internationalen Protestbewegung gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933, Habilitation 1971 über Widerstand und Revolution 1941–1944/1945 in Südosteuropa. 1961 zum beauftragten Dozenten für Geschichte Südosteuropas, 1969 zum Hochschuldozenten und 1972 zum ordentlichen Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen, leitete er seit 1974 bis zur Abwicklung 1990 den Wissenschaftsbereich Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1992 initiierte er die Gründung einer Sektion Osteuropaforschung bei der Leipziger Gesellschaft für Kultursoziologie e. V., die seit 1994 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mitgetragen wird. Kalbe ist verantwortlicher Herausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel«, seit 1999 als »Leipziger Jahrbücher« und Mitherausgeber von »Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente«. Er ist Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin. Zu seinen zahlreichen Publikationen siehe auch die Auswahlbibliographie in diesem Band.

